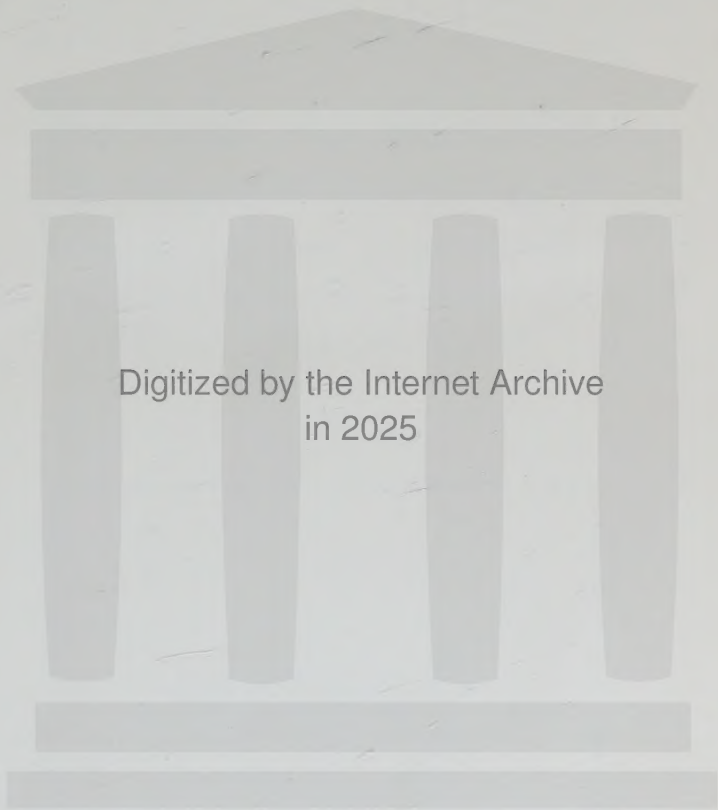
Jackson Library –UNCG
D511.A1 B4 c.1 NGUU
Die Kriegsschuldfrage : Monatsschrift fur in
v.4
JAN-JUNE
1926
3 0510 0732116T

The University of North Carolina
at Greensboro

JACKSON LIBRARY

THE UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA
1891
GREENSBORO

For Building Use Only


Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/berlinermonatshe0004unse

Die Kriegsschuldfrage

Berliner Monatshefte

für internationale Aufklärung

Herausgegeben von der Zentralstelle
für Erforschung der Kriegsursachen
Leitung: Alfred von Wegerer

Jahrgang IV

D
511
A1B4
v.4

BERLIN NW 6 / 1926

Die Kriegsschuldfrage

Inhaltsverzeichnis

Jahrgang 1926

Seite

Aall, Herrmann Harris: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 932

Amerikanische Kriegsschuldfragendiskussion: Professor Bernadotte E. Schmitt — Professor Harry Elmer Barnes 293

Auffenberg-Komarow, Freiherr von: Nie wieder Krieg . . . 28

Ausländische Gelehrte über die geöffneten deutschen Archive . . 900

Bach, August: Poincaré und die erste Balkankrise 471

— Der Telegrammwechsel Rom—Paris bei Kriegsausbruch 1914 . . 879

Barbagallo, Corrado: Die Große Politik der Europäischen Kabinette (italienisch und deutsch) 919

Barnes, Harry Elmer: The Verdict in War Guilt as It Stands in 1926 (englisch und deutsch) 195

Berger, Viktor: Der Weltkrieg und der Versailler Vertrag 349

Boghitschewitsch, M., Dr.: Nouvelles dépositions concernant l'attentat de Serajevo 21

— Neue Erklärungen über das Attentat von Sarajewo 87

— Die serbische Gesellschaft „Vereinigung oder Tod", genannt die „Schwarze Hand" (deutsch und englisch) 664

Briefwechsel zwischen Kaiser Franz Joseph und Zar Nikolaus II. über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina 238

British Appeal to Conscience (englisch, deutsch, französisch) . . 2

Das italienisch-russische Abkommen von Racconigi 415

Demartial, Georges: Die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Frankreich 131

— Die russische Mobilmachung und „Die Verantwortlichen" des Herrn Caillaux 430

— Pétersbourg—Potsdam (französisch und deutsch) 806

— Die Große Politik der Europäischen Kabinette (französisch und deutsch) 913

Seite

Demus-Morau, Ferdinand: Tagebuchaufzeichnungen über die Maßnahmen des I. k. und k. Korpskommandos vor Beginn der allgemeinen Mobilmachung 549

Der russisch-bulgarische Vertragsentwurf von 1909. Eine Zuschrift des bulgarischen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Vasil Radoslavoff . 272

Die angebliche Bürgschaft der k. und k. Regierung für Gabrinović . 330

Die Goldreserven der „Banque de France" und der „Reichsbank" für den Weltkrieg 571

Die Zusammenkunft von Konstanza 489

Ein Brief des Obersten House an Kaiser Wilhelm II. 19

Eine geheime Zusatzklausel zur Erklärung des Dreiverbandes vom 4. September 1914 111

Eine Kriegsschulddiskussion zwischen Harry Elmer Barnes und Bernadotte E. Schmitt 839

Englands Kriegsbereitschaft 577

Fay, Sidney B., Professor: Die Große Politik der Europäischen Kabinette (englisch und deutsch) 900

Frantz, Gunther: Sasonow und die Russische Mobilmachung 1914 . 207

Gérards Ansichten über den preußischen Militarismus. Mit einer Erwiderung von Alfred von Wegerer 454

Glaise-Horstenau, Edmund von: Erzherzog Franz Ferdinand und der Krieg 565

Herre, Paul: John S. Ewarts Buch über die Wurzeln und Ursachen des Krieges 142

— Harry Elmer Barnes' Werk über die Entstehung des Weltkrieges . 602

Horváth, Eugen: Die Kriegsschuldfrage in der ungarischen Politik . 733

— Die Große Politik der Europäischen Kabinette 944

Inagaki, Morikatsu: Zur Kriegsschuldfrage von einem Japaner . . 267

— Die Große Politik der Europäischen Kabinette (japanisch und deutsch) 929

Jagow, von, Staatsminister a D.: Die Kriegserklärung 662

— Eine Rede Lord Greys 947

Japikse, N., Dr.: Die Große Politik der Europäischen Kabinette (holländisch und deutsch) 930

Karo, Georg: Walter Hines Page 553

— Walter Hines Page. II. Teil 690

Kiszling, Rudolf, Generalstabsoberstleutnant a. D.: Die österreichisch-ungarischen Kriegsvorbereitungen und die Mobilisierungsmaßnahmen gegen Rußland 1914 365

— Die militärischen Beziehungen und Bindungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche vor dem Weltkriege 820

Seite

König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo 485

Kritische Besprechungen eines Aufsatzes von Professor Bernadotte E. Schmitt 948

„Lange ohne Nachrichten." Russische Telegramme, betr. den Plan einer Besetzung des Bosporus 175

Lutz, Hermann: Das Verbrechen von Sarajewo 318

— Die „Times" von 1914 über die Pflichten Serbiens 396

Lwoff, Nicolaus von: Sir George Buchanan „Politische Mission in Rußland" 160

— Der Weltkrieg und der französische Nationalismus 321

Montgelas, Max, Graf: Die Schlußfolgerungen von Pierre Renouvin 32

— Das Ende zweier Kriegslügen 96

— Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber. I. Teil. 1892 bis 1906 282

— Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber. II. Teil. 1907 bis 1913 377

— Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber. III. und IV. Teil 435

Neue Dokumente zur Julikrisis 1914 6

Neue Dokumente zur Julikrisis 1914 100

Pasić über die Lage am 31. Juli 1914 730

Pashitch on the Situation on July 1914 836

Pokrowski, M., Professor: Die Große Politik der Europäischen Kabinette (russisch und deutsch) 937

Pribram, A. F., Professor: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 934

Rothfels, Hans: Die Memoiren des Lord Grey 151

Schäfer, Theobald von: Generaloberst von Moltke in den Tagen vor der Mobilmachung und seine Einwirkung auf Österreich-Ungarn 514

Schmitt, Bernadotte E., Professor: Die Große Politik der Europäischen Kabinette (englisch und deutsch) 907

Schwendemann, Karl: Eine Geschichtslüge des „Figaro" . . . 573

Schwertfeger, Bernhard: Die belgische Geschichtsschreibung über den Weltkrieg 220

Sosnosky, Theodor von: Die Kriegsschuld Italiens 747

Stumm, W. von: Die Mission des Obersten House im Frühjahr 1914 273

Szécsen, Graf: Ein vergeblicher Versuch für die Erhaltung des Friedens im Sommer 1914 66

Taube, Baron von: Die Große Politik der Europäischen Kabinette (französisch und deutsch) 937

Seite

Torre, Augusto: Die Große Politik der Europäischen Kabinette (italienisch und deutsch) 925

Urbánski von Ostrymiecz, August: Mein Beitrag zur Kriegsschuldfrage 70

Wegerer, Alfred von: Grey über das Verbrechen von Sarajewo . 226

— Einige Bemerkungen zum Aufsatz des Professors Bernadotte E. Schmitt über die Kriegsschuldfrage 313

— Neue Ausschnitte zum Attentat von Sarajewo 400

— „Die Enthüllungen des Herrn Ljuba Jovanović." Eine Kritik zum Anhang des VI. Kapitels von Seton-Watsons „Sarajewo" 767

— Die Große Politik der Europäischen Kabinette 899

Wiesner, Friedrich, Dr., a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister a. D.: König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo. Eine Richtigstellung und Ergänzung an der Hand unveröffentlichter Urkunden 639

Zustand drohender Kriegsgefahr (deutsch und englisch) 43

Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

An unsere Leser.

Mit dem vorliegenden Heft eröffnet „Die Kriegsschuldfrage" ihren vierten Jahrgang. Allen Mitarbeitern, Lesern und Freunden unserer Zeitschrift sagen wir unsern herzlichsten Dank für die Unterstützung, die sie unsern Bestrebungen im letzten Jahr entgegengebracht haben. Wir hoffen, daß die kleine, aber unermüdliche Schar, die bisher unentwegt zur wissenschaftlichen Klärung der Kriegsschuldfrage beigetragen hat, der Zeitschrift weiter treu bleiben wird.

Das Jahr 1925 zeigt in der Kriegsschuldfrage fraglos eine aufsteigende Linie. Die Erkenntnis, daß der „Fehlspruch von Versailles" auf Grund des heute vorliegenden Materials nicht mehr aufrechterhalten werden kann, hat sich immer mehr durchgesetzt. In Frankreich und England haben der „Apell aux Consciences" und der „Appeal to Conscience" deutlich gezeigt, daß man sich nicht mehr mit dem bloßen Studium der Kriegsschuldfrage begnügt, sondern die Beseitigung des einseitigen und ungerechten Urteils über die Kriegsschuldfrage, wie sie im Versailler Vertrag festgelegt worden ist, zur Forderung erhebt.

Die deutsche Regierung hat mit ihrem Versuch, vor Locarno an die Gewissen der Regierungen zu appellieren, noch kein Glück gehabt. Wir hoffen aber, daß die verantwortlichen Führer des deutschen Volkes sich trotzdem nicht abhalten lassen werden, zu gegebener Zeit, aber dann mit mehr Nachdruck, ihre gerechten Forderungen erneut vorzubringen.

Dem Senat der Vereinigten Staaten von Amerika wird am 1. Februar von der Kongreß-Bibliothek in Washington eine Arbeit über die bisherigen Veröffentlichungen in der Kriegsschuldfrage vorgelegt werden. Wir sind überzeugt, daß dieses Werk rein sachlich und unparteilich abgefaßt worden ist.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß das amerikanische Volk, getreu den erhabenen Traditionen Abraham Lincolns, der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen wird, sobald es erkannt hat, daß der Friede von Versailles in der Beurteilung der Kriegsschuldfrage gefehlt hat.

Alle unsere Freunde im Ausland, die gleich uns den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge führen, weil sie der Ueberzeugung sind, daß ohne Beseitigung des falschen Urteils die so not-

wendige Verständigung zwischen den Völkern nicht herbeigeführt werden kann, bitten wir ihre für die Lösung der Kriegsschuldfrage unentbehrliche Arbeit fortzusetzen.

Die in Frankreich neu erscheinende Zeitschrift „Evolution", die die gleichen Ziele verfolgt wie wir, begrüßen wir mit herzlicher Sympathie und wünschen ihr vollen Erfolg.

„Die Kriegsschuldfrage" wird auch im neuen Jahr ungeachtet jeder parteipolitisch eingestellten Kritik ihr Bestreben, in sachlicher, wissenschaftlicher Weise zur Klärung der Kriegsschuldfrage beizutragen, fortsetzen.

Alfred von Wegerer.

British Appeal to Conscience.[1]

Deeply moved by the manifesto signed by over one hundred French men and women of distinction and published in "L'Ere Nouvelle" on July 9, 1925, we undersigned British citizens declare ourselves in cordial agreement with its plea that the Treaty of Versailles should be amended in two points:

(1) Article 231 attributes the origin of the war simply to "the aggression of Germany and her Allies". Without at this time expressing any opinion or withdrawing any opinion which we have previously expressed as to the policies of the late Imperial German Government, we regard it as an improper and dangerous precedent that the victors in a war should thus pronounce judgement on the vanquished. Such judgment, if it is to have any legal or moral authority, should be pronounced by an impartial court after careful study of all the evidence.

(2) Articles 227 to 230, dealing with offences against "international morality and the sanctity of Treaties" or "violation of the laws and customs of war" provide that any Germans guilty of such crimes shall be tried and punished by courts set up by their enemies, but make no provision either for the creation of an impartial court or for the trial and punishment of criminals who are not German. The injustice of this cannot be disputed.

---

[1]) Wortlaut nach „The Daily News" vom 9. Dezember 1925.

We regard these articles, which were forcibly imposed upon a defeated nation under the most terrible threats, as having expressed a state of mind in the Allied and Associated Powers which has now largely passed away. We believe that they are manifestly unjust and constitute a grave obstacle to international understanding. Consequently we urge the Governments concerned either to amend these Articles with no further delay or, if amendment of the Treaty prove too long and cumbrous a proceeding, to announce severally their intention to disregard them.

The Signatories.

The appeal is signed by 74 leaders of public thought in the nation, among the number being:

Mr. Arnold Bennett, Dr. Barnes, Bishop of Birmingham; Miß Margaret Bondfield, Dean Burroughs of Bristol, Bishop-Designate of Ripon; Dr. W. Moore Ede, Dean of Worcester; Sir Johnston Forbes-Robertson, Principal Alfred E. Garvie, New College, Hampstead; Lady Gladstone, Bishop Gore, Dr. C. H. Herford, sometime professor Manchester University; Sir Charles Hobhouse, the Dean of St. Paul's, Mr. J. M. Keynes Professor Harold J. Laski, University of London; the Master of Balliol, Oxford; the Bishop of Manchester, Professor J. H. Muirhead, Birmingham University; Professor Gilbert Murray, Professor A. E. Pollard, London University; Dr. W. B. Selbie, Mansfield College, Oxford; Mr. G. Bernard Shaw, Professor F. Soddy, Oxford; Miß Sybil Thorndike, Mr. R. H. Tawney, Mr. Raymond Unwin, Mr. H. G. Wells, Mrs. Wintringham, and Mr. Israel Zangwill.

*

Deutsche Uebersetzung:

Britischer Appell an das Gewissen.[2]

Tief bewegt von dem Manifest, das von über hundert französischen Männern und Frauen von Bedeutung unterzeichnet und in der „l'Ere Nouvelle" am 9. Juli 1925 veröffentlicht worden ist, erklären wir, die unterzeichneten britischen Staatsangehörigen, uns in herzlicher Uebereinstimmung mit

[2]) Uebersetzung nach „The Daily News" vom 9. Dezember 1925.

seiner Forderung, daß der Vertrag von Versailles in zwei Punkten geändert werden sollte:

1. Artikel 231 schreibt den Ursprung des Krieges einfach „dem Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten" zu. Ohne zu dieser Zeit irgendeine Meinung auszudrücken oder eine Meinung zurückzuziehen, der wir früher bezüglich der Politik der ehemalig kaiserlich deutschen Regierung Ausdruck verliehen haben, betrachten wir es als einen ungehörigen und gefährlichen Präzedenzfall, daß die Sieger in einem Kriege auf diese Weise über die Besiegten Urteil sprechen sollten. Ein solches Urteil sollte, wenn es irgendwelche gesetzliche oder moralische Autorität haben soll, von einem unparteiischen Gerichtshof nach sorgfältigem Studium des gesamten Beweismaterials ausgesprochen werden.

2. Artikel 227—230, die von Vergehen gegen „internationale Moral und die Heiligkeit der Verträge" oder von „Verletzung der Kriegsgesetze und -gebräuche" handeln, sehen vor, daß alle solcher Vergehen schuldigen Deutschen vor von ihren Feinden gebildete Gerichte gestellt und von ihnen bestraft werden sollen, treffen jedoch keinerlei Vorsorge, weder für die Errichtung eines unparteiischen Gerichtshofes, noch für ein Gerichtsverfahren gegen Verbrecher und ihre Bestrafung, die nicht Deutsche sind. Die Ungerechtigkeit dieses Verfahrens kann nicht bestritten werden.

Wir betrachten diese Artikel, die mit Gewalt einer besiegten Nation unter den schrecklichsten Drohungen auferlegt wurden, als den Ausdruck einer Geistesverfassung bei den alliierten und verbündeten Mächten, die jetzt zum größten Teil verschwunden ist. Wir sind der Ansicht, daß sie offensichtlich ungerecht sind und ein schweres Hindernis für die internationale Verständigung darstellen. Infolgedessen ersuchen wir die betreffenden Regierungen dringend, entweder diese Artikel ohne weiteren Aufschub zu ändern, oder wenn sich eine Aenderung des Vertrages als zu langwierig und mit Schwierigkeiten verknüpft herausstellen sollte, einzeln ihre Absicht zu verkünden, die Artikel fallen zu lassen.

*

Französische Uebersetzung:

L'Appel Anglais aux Consciences.[3]

Profondément émus par le manifeste, signé par plus de cent Français et Françaises d'élite, et publié dans „l'Ere Nouvelle" du 9 juillet 1925, nous soussignés, citoyens anglais, nous déclarons en plein accord avec eux dans le but de faire modifier le Traité de Versailles sur deux points:

1° L'article 231 attribue l'origine de la guerre uniquement à „l'agression de l'Allemagne et de ses alliés." Sans, quant à présent, émettre aucune opinion et sans nous dédire d'une opinion quelconque que nous avons exprimée antérieurement sur la politique de l'ancien gouvernement impérial allemand, nous considérons comme un précédent incorrect et dangereux que les vainqueurs d'une guerre prononcent ainsi un jugement sur les vaincus. Un tel jugement, pour avoir quelque autorité morale ou légale, devrait être prononcé par un tribunal impartial, après une étude minutieuse de tous les témoignages.

2° Les articles 227 à 230, traitant des atteintes à „la morale internationale et à l'inviolabilité des traités", ou des „infractions aux lois et coutumes de la guerre", stipulent que les Allemands coupables de tels crimes, seront jugés et condamnés par des tribunaux constitués par leurs ennemis, mais ces articles ne prévoient pas ni la création d'un tribunal impartial, ni le jugement et la condamnation des criminels qui ne sont pas allemands. L'injustice de ce procédé est incontestable.

Nous considérons ces articles qui ont été imposés sous les plus terribles menaces à une nation vaincue, comme la manifestation d'un état d'esprit des puissances alliées, grandement périmé à l'heure actuelle. Nous croyons qu'ils sont manifestement injustes et constituent un grave obstacle à l'entente internationale.

En conséquence, nous invitons les gouvernements intéressés à modifier ces articles dans le plus bref délai; ou, si la revision du Traité de paix demande une procédure trop longue et trop compliquée, à annoncer séparément leur intention de ne pas en tenir compte.

---

[3]) Wortlaut nach „La Volonté", 24. Dezember 1925.

Neue Dokumente zur Julikrisis 1914.

„Das zaristische Rußland im Weltkrieg"; Band I, erschienen im Staatsverlag, Leningrad 1926, enthält neben einem Vorwort von Professor M. N. Pokrowski den diplomatischen Schriftwechsel Rußlands mit der Türkei, Bulgarien, Rumänien und Italien bis zum Eintritt dieser Staaten in den Weltkrieg.

In nachstehendem sind die Telegramme wiedergegeben, welche sich auf die Julikrisis beziehen und bisher noch nicht oder nur unvollständig veröffentlicht worden sind.

Der gesamte Schriftwechsel wird binnen kurzem als Band VI der „Beiträge zur Kriegsschuldfrage" herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, im Verlage der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte erscheinen. DIE SCHRIFTLEITUNG.

I. Rußland und die Türkei.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

12. (25.) Juli 1914, Nr. 558.

Aus vertraulichen Unterhaltungen mit dem Großwesir habe ich den Eindruck empfangen, daß die Pforte in dem österreichisch-serbischen Konflikt eine abwartende Politik treiben will mit dem festen Entschluß, jede Gelegenheit, die den türkischen Interessen dienen kann, zu benutzen. Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

13. (26.) Juli 1914, Nr. 561.

Ihr Telegramm Nr. 1496 erhalten.[1])

In der Türkei freut man sich zweifellos über eine Demütigung Serbiens, des früheren Gegners, man hält aber vorläufig an einer abwartenden Politik fest, allerdings, mit dem festen Entschluß, die erste sich in der einen oder anderen Richtung bietende Gelegenheit, die den türkischen Interessen dienlich sein kann, zu benutzen. Bisher haben weder ich noch der französische Gesandte Anzeichen eines bei der Pforte bestehenden Wunsches, jetzt schon hervorzutreten, bemerkt, wenn es auch überaus wahrscheinlich ist, daß mein österreichisch-ungarischer

[1]) Im Telegramm vom 12. Juli 1914 Nr. 1496 beauftragt Sasonow Giers, die Gerüchte über Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Türkei, betreffend Eintritt der letzteren in den Krieg nachzuprüfen. (Cfr. „Krasny-Archiv" Nr. 4 S. 47.) (Anmerkung des Zentralarchiv.)

Das Telegramm Nr. 1496 ist in „Das Russische Orangebuch von 1914" auf Seite 18 veröffentlicht. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Kollege mehr denn je bemüht sein wird, die Türkei in den Einflußkreis des Dreibundes zu ziehen. Ich werde die angeschnittene Frage sorgfältig verfolgen. Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

14. (27.) Juli 1914, Nr. 566.

Ich verweise auf mein Telegramm 561.

Der Großwesir und Talaat erklärten mir heute, daß die Türkei beabsichtigt, dem austro-serbischen Konflikt fernzubleiben und die Entwicklung abzuwarten. Der Großwesir fügte vertraulich hinzu, daß er nach den ihm zugegangenen Nachrichten geneigt sei zu glauben, daß Bulgarien gegenwärtig nicht hervortreten werde, daß aber der türkische Geschäftsträger in Berlin über eine sehr kriegerische Stimmung in Deutschland, wo die Kriegspartei die Oberhand gewinne, berichte. Giers.

Brief des Botschafters in Konstantinopel an den Außenminister.

14. (27.) Juli 1914. Ganz vertraulich.

Sehr geehrter Herr Sergei Dimitrijewitsch.

Der gegenwärtig von Oesterreich-Ungarn unternommene sehr ernsthafte Schritt in Gestalt des an Serbien gestellten Ultimatums veranlaßt mich, auf die Bedeutung hinzuweisen, die der Schritt auf dem Balkan überhaupt und auf meinem speziellen Tätigkeitsgebiet, der Türkei, haben wird.

Ich kann nicht umhin, das allmähliche Sinken des österreichisch-ungarischen Prestiges in der Türkei während der letzten zwei Jahre festzustellen. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina und die darauf folgende erzwungene Einverständniserklärung damit seitens Serbien und Montenegro, die den letzten großen Erfolg der österreichischen Politik auf dem Balkan darstellte, sind in den letzten zwei Jahren vollständig aus dem Gedächtnis der empfänglichen türkischen politischen und öffentlichen Kreise entschwunden. Die Ereignisse des Balkankrieges, die der Türkei von den slawischen Staaten beigebrachte Niederlage und die Stärkung dieser auf Kosten jener haben zur Stärkung und zum Triumph der slawischen Idee, zum Schaden der österreichisch-ungarischen Interessen geführt und folglich zur Stärkung des Prestiges des Dreiverbandes auf Kosten des Dreibundes, sowie zur Erschütterung des früheren politischen Gleichgewichts, was mit Bedauern von den hiesigen Vertretern des Bundes festgestellt wird.

Nicht gewillt, sich mit der in der letzten Zeit enstandenen, für sie so ungünstigen Lage abzufinden, sind Oesterreich und mit ihm, vielleicht sogar hauptsächlich, Deutschland bemüht, aus dieser Situation herauszukommen und die erste sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um die frühere Lage und das Prestige im Nahen Orient und damit zugleich das politische Gleichgewicht zugunsten des Dreibundes wieder herzustellen. Eine solche günstige Gelegenheit bot sich durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand.

Aus Unterhaltungen mit meinen Kollegen, besonders mit dem zu Offenheiten neigenden deutschen Kollegen, habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß auch sie in dem entschlossenen Schritt Oesterreichs, der zweifellos mit Wissen und Billigung Deutschlands unternommen worden ist, das Mittel sehen, seine frühere Lage auf dem Balkan wiederherzustellen und den früheren überwiegenden Einfluß des Dreibundes in der Türkei wiederzugewinnen, jenen Einfluß, der nach ihrer Ansicht durch den Triumph des Panslawismus, auf den sie ziemlich offen hinweisen, über die Idee des Pangermanismus, von dem sie zu schweigen vorziehen, zerstört worden ist. Die Annahme des österreichisch-ungarischen Ultimatums durch Serbien, dieses in der Geschichte der internationalen Beziehungen außergewöhnlichen Ultimatums mit seinem gefährlichen Prinzip der Zulässigkeit der Versklavung der kleinen Staaten durch die Großmächte, muß das letztere in ein Vasallenverhältnis zu Oesterreich-Ungarn bringen. Die serbische Antwort ist als ungenügend befunden worden. Der österreichische Gesandte hat Belgrad verlassen, die diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten sind abgebrochen und der Beginn der Feindseligkeiten ist augenscheinlich jeden Moment zu erwarten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Serbien, sich selbst überlassen, schließlich von seinem mächtigen Nachbarn zermalmt werden muß.

Wenn Oesterreich so glänzend das sich gesteckte Ziel erreicht, wird sein Triumph, und folglich auch der Triumph des es unterstützenden Dreibundes unausbleiblich zur vollständigen Erschütterung des politischen Gleichgewichts auf dem Balkan zugunsten jenes führen und bei der von mir schon erwähnten Empfänglichkeit der Türken diese endgültig dem Dreibunde angliedern, so daß uns in ihnen Feinde erstehen werden.

Ich halte es für meine Pflicht, Eure Hohe Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß die erfolgreiche Vollendung der von Oesterreich unternommenen Aktion als weiteres Ergebnis die völlige Vernichtung unseres Prestiges und unserer mit so viel

Opfern und Bemühungen erlangten Stellung auf dem Balkan zur Folge haben wird; das wird sich in der verderblichsten Weise auf unsere wirtschaftlichen Interessen auswirken und alle in den letzten Jahren erreichten Resultate zerstören. Es würde für uns eine so unerträgliche Lage entstehen, daß wir, um aus derselben herauszukommen, über kurz oder lang die Initiative eines Krieges auf uns werden nehmen müssen.

In Anbetracht dessen müssen wir nach meiner festen Ueberzeugung auf alle Eventualitäten vorbereitet sein. Ich gestatte mir daher, auf die von mir schon mehrfach angeschnittene Frage zurückzukommen, nämlich zu der dringenden und unbedingten Notwendigkeit, so schnell wie möglich unsere Schwarzmeerflotte wesentlich zu verstärken und unsere Landarmee vollkommen kampfbereit zu machen, damit der vielleicht nahe bevorstehende Zeitpunkt unseres aktiven Hervortretens uns nicht unvorbereitet überrasche. M. Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

20. Juli (2. August) 1914, Nr. 612.

Ich verweise auf mein Telegramm Nr. 611.[2])

Aus meinen weiteren Unterredungen mit dem Großwesir schließe ich, daß die Pforte, wenn sie auch zur Zeit Neutralität bewahrt, doch für jede Eventualität vorbereitet sein will; sie ist fest entschlossen, von einer möglichen Abänderung des Bukarester Vertrags[3]) zugunsten Bulgariens, sowie auch aus jeder anderen Gelegenheit, die der Türkei einen Vorteil bringen könnte, Nutzen zu ziehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie im Grunde ihres Herzens unseren Feinden Erfolg wünscht, da sie uns fürchtet und uns dank den Verleumdungen unserer Gönner der Absicht verdächtigt, nunmehr vom Bosporus Besitz ergreifen zu wollen. Dieses Gefühl wird von den Offizieren der deutschen Mission, die in der Türkei zurückgeblieben ist, stark unterstützt. Diese Mission ist ein höchst unerwünschtes Element, das die Türken beständig gegen uns aufhetzt; ich glaube

---

[2]) *Telegramm Nr. 611 ist im zweiten russischen Orangebuch unter Nr 3 der Deutschen Ausgabe von 1916 veröffentlicht.*

(Anmerkung der Schriftleitung.)

[3]) Der am 25. Juli (8. August) 1913 unterschriebene Bukarester Vertrag beendete den Balkankrieg. Nach dem Vertrage erhielt Rumänien das nordöstliche Bulgarien bis zur Linie Turtukai—Baltschik, Serbien — das ganze Gebiet zwischen Wardar und Struma mit Ausnahme der Landschaft Strumiza, Griechenland — Seres, Drama und Kavalla.

(Anmerkung des Zentralarchiv.)

aber, daß die Pforte sich nicht eher entschließen wird, sie zu entfernen, als bis sich das Ergebnis unseres Kampfes mit Deutschland klar erkennen läßt. Nach Ansicht unseres Militäragenten ist die türkische Armee gegenwärtig in einem solchen Zustande, daß sie für uns keine Gefahr bedeutet. Unter diesen Umständen glaube ich, dürfen wir, indem wir alle Vorsichtsmaßnahmen in unseren Grenzen treffen, bei der Pforte keine Vorstellungen wegen ihrer militärischen Maßnahmen erheben, solange diese keinen aggressiven Charakter uns gegenüber tragen. Ich halte es aber für überaus wünschenswert, daß England und Frankreich die Ankunft des Dreadnought „Osman" verhindern.

Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

21. Juli (3. August) 1914, Nr. 618.

Ich verweise auf mein Telegramm Nr. 612.

Aus den mir von dem Großwesir und dem französischen Botschafter von Enver Pascha gegebenen Erklärungen geht hervor, daß letzterer den Offizieren der deutschen Mission erklärt hatte, er sei bereit, sie zu entlassen, wenn sie es wünschten, aber Liman habe erwidert, Berlin habe ihnen befohlen, in der Türkei zu bleiben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Berliner Weisung mit der Berechnung gegeben wurde, auf die eine oder andere Weise ... (Lücke) der Türkei zu benutzen, und Unstimmigkeiten zwischen ihr und uns hervorzurufen. Ich bin jedoch überzeugt, daß die Entfernung der Mission uns nur im Falle unseres militärischen Erfolges über Deutschland gelingen würde, um so mehr, als Enver, ungeachtet seiner Versicherungen aus Mißtrauen zu uns, auf die Anwesenheit der deutschen Offiziere großen Wert legt. Das hier umlaufende Gerücht von der Ernennung Limans zum Stabschef der türkischen Armee wird von ihm kategorisch dementiert. Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

22. Juli (4. August) 1914, Nr. 621.

Der Großwesir teilte mir mit, daß der Ministerrat beschlossen habe, die strengste Neutralität zu bewahren, und zu diesem Zweck unter anderem anzuordnen, eine Minensperre im Bosporus und in den Dardanellen zu legen, dabei aber die Passage für Handelsdampfer unter Führung eines Lotsen freizugeben. Heute, gegen 10 Uhr morgens, wurden die Minen gelegt. In Anbetracht dessen, daß Deutschland auf jede Weise bestrebt

ist, die Türkei gegen Rußland aufzuhetzen, indem es dieselbe von unserer Absicht, jetzt den Bosporus zu besetzen, überzeugen will, und indem es gerüchtweise verlauten läßt, daß sich unsere Schwarzmeerflotte in der Nähe des Bosporus aufhält, ist es wünschenswert, daß von unserer Seite nichts geschieht, was die Türkei als eine Bestätigung der von Deutschland ausgestreuten Gerüchte auffassen könnte, da andernfalls die Türken unter dem Eindruck eines plötzlichen Schreckens imstande wären, die Meerengen ganz zu schließen und sich zu unbesonnenen Maßnahmen uns gegenüber entschließen könnten.

Kopie an Eberhard.[4]) Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

23. Juli (5. August) 1914, Nr. 628.

Als General Leontjew[5]) gestern in meinem Auftrage Enver Pascha besuchte, sagte dieser, daß die Mobilisation keineswegs gegen Rußland gerichtet sei und daß die Türkei, wenn es den Interessen Rußlands entsprechen würde, und zur Beruhigung hinsichtlich der kaukasischen Grenze beitragen könnte, bereit sei, Teile des IX. und XI. Korps von dort wegzuziehen. Ferner erklärte er, daß die Türkei gegenwärtig an niemand gebunden sei und ihren Interessen entsprechend handeln werde. Wenn Rußland wünsche, seine Aufmerksamkeit auf die türkische Armee zu richten und sie für seine Ziele zu verwenden, so halte er auch eine solche Kombination nicht für ausgeschlossen. Diese Armee könnte von Rußland verwendet werden, sowohl zur Neutralisierung der Armee des einen oder anderen Balkanstaates, der beabsichtigt, sich gegen Rußland zu wenden, wie auch zur Unterstützung von Armeen der Balkanstaaten gegen Oesterreich, wenn es Rußland gelingen könnte, die Balkanstaaten unter sich und mit der Türkei auf der Basis gegenseitiger Konzessionen auszusöhnen. Auf die Frage des General Leontjew, welcher Art denn diese Konzessionen sein müßten, entgegnete Enver, daß sie für die Türkei in den Aegäischen Inseln und Westthrazien bestehen könnten, wobei Griechenland Kompensationen im Epirus, Bulgarien in Mazedonien und Serbien in Bosnien und der Herzegowina erhalten könnten. Auf die von General Leontjew vorgebrachten Zweifel versicherte

---

[4]) *Admiral Eberhardt war Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

[5]) *Russischer Militäragent in Konstantinopel. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

Enver, daß er von der Möglichkeit einer solchen Kombination, was die Türkei anbetrifft, überzeugt sei. Ihr würden auch mit Freuden die Regierung und das türkische Volk zustimmen, wenn sie sich erst von den damit verbundenen realen Resultaten überzeugt haben würden.

General Leontjew bittet eine Kopie dieses Telegramms dem Kriegsministerium zu überlassen. Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

23. Juli (5. August) 1914, Nr. 629.

In einem Gespräch mit Enver drückte General Leontjew diesem in meinem Auftrage sein Erstaunen darüber aus, daß die deutschen Offiziere immer noch weiter in der Armee blieben. Enver entgegnete, er habe die Deutschen nicht zurückgehalten, er sehe aber keinen zwingenden Grund, ihre Abreise zu verlangen, bevor sich nicht die politische Lage geklärt habe. Es wäre auch nicht im Interesse der Armee, in einem so schwierigen Augenblick wie dem einer Mobilisation, diese Offiziere gewaltsam zu entfernen. Er persönlich zweifle nicht daran, daß die deutsche Regierung damit, daß sie diese in der Türkei ließe, ihre Zwecke verfolge, nämlich die Türkei in ihren Kreis hineinzuziehen, daß dieser Zweck aber nicht erreicht werden würde, weil die Türkei bloß ihre eigenen Interessen verfolge. Wenn nur die im Telegramm Nr. 628 erwähnte Kombination zustande kommt, so wird er am selben Tage den Deutschen sagen: „Jetzt seid ihr unsere Feinde, und ich ersuche euch, euch zu entfernen."

Ich bitte eine Kopie dieses Telegramms dem Kriegsministerium zu senden. Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

23. Juli (5. August) 1914, Nr. 630.

Aus einer sein volles Vertrauen genießenden Quelle hat General Leontjew erfahren, daß die Türkei den Boden für ein Militärabkommen mit Bulgarien sondiert habe, wobei, wohl nach deutschem Plan, die türkische Mobilmachung Bulgarien erschrecken und es im gegenwärtigen kritischen Moment zum militärischen Anschluß an Oesterreich bewegen soll. Ich habe General Leontjew, der bulgarischen Kreisen nahe steht, beauftragt, diese gefährliche Kombination zu durchkreuzen.

Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

23. Juli (5. August) 1914, Nr. 631.

Ich verweise auf die Nummern 628, 629, 630.

Heute besuchte mich der bulgarische Gesandte und bewies mir nachdrücklich unter dem Vorbehalte, daß er nur seine persönliche Meinung ausspräche, für Bulgarien sei der Zeitpunkt der Rückkehr in den russischen Einflußkreis und der moralischen Einigung mit den Balkanstaaten gekommen. Auf meine Antwort, daß ich jeden Schritt Bulgariens in dieser Richtung aufrichtig begrüßen würde und Bulgarien gerade jetzt die weitgehendste Möglichkeit hierzu habe, indem es . . . (Lücke) Serbiens die Hand reiche, entgegnete Toschew, daß die Erbitterung der Bulgaren gegen die Serben zur Zeit noch so groß sei, daß er an der Möglichkeit eines sofortigen Hervortretens Bulgariens im Verein mit Serbien leider zweifeln müsse. Allerdings sei er fast überzeugt, daß Bulgarien sich nicht gegen Serbien erheben werde, und daß Bulgarien vollkommen aufrichtig in der gegenwärtigen Krise die strengste Neutralität bewahren werde. Es würde aber gern gegen einen Ueberfall der Türkei gesichert sein, und sehe eine solche Garantie in der gegenseitigen Verpflichtung der Türkei, Griechenlands, Bulgariens und Rumäniens an dem gegenwärtigen Kriege nicht teilzunehmen. In dieser Verpflichtung würde er den Keim eines Balkanblocks gegen Oesterreich sehen. Für ihre Neutralität könnten die Balkanstaaten territoriale Kompensationen erhalten. Hierbei kam Toschew mit genau denselben Vorschlägen heraus, wie sie an demselben Tage Enver Pascha unserem Militäragenten unterbreitet hatte. Dieser letzte Umstand beweist zweifellos, daß, gestützt auf Oesterreich und Deutschland, zwischen der Türkei und Bulgarien Verhandlungen über eine gemeinsame Haltung in der gegenwärtigen Krise geführt worden sind. Bulgarien sah sich unter der Drohung einer Einmischung Griechenlands und Rumäniens gezwungen, auf ein aktives Hervortreten zu verzichten. Englands Anschluß an uns im Kampfe gegen Deutschland hat auch die Türkei ernüchtert. Ich glaube, daß die Befürchtung eines deutschen Mißerfolges und der heiße Wunsch, doch irgendeinen Vorteil aus dem gegenwärtigen Kriege für sich herauszuschlagen, die Türkei und vielleicht auch Bulgarien veranlassen, jetzt mit uns anzubandeln. Ohne ihrer Aufrichtigkeit auch nur im geringsten zu trauen, glaube ich doch, daß wir sie nicht zurückstoßen dürfen, da wir sie dadurch unseren Feinden in die Arme treiben würden. Die Idee der Bildung eines Balkanblocks mit Einschluß der Türkei kann für uns nur bis zu dem

Punkt nützlich sein, solange wir nicht die Möglichkeit haben, festen Fuß an den Meerengen zu fassen. Ich erlaube mir daher die Meinung auszusprechen, daß die Fortsetzung der Verhandlungen mit der Türkei über eine zwischen uns mögliche Einigung wünschenswert ist.

Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

23. Juli (5. August) 1914, Nr. 632.

Ich beziehe mich auf meine Nr. 631.

Im Laufe des von mir im vorhergehenden Telegramm wiedergegebenen Gesprächs ließ Toschew ziemlich deutlich durchblicken, daß nach seinen Nachrichten zwischen der Türkei und Deutschland schon ein Abkommen über gemeinsame Aktionen gegen uns zustande gekommen sei, daß die Türkei sich aber anscheinend das Recht vorbehalten habe, erst hervorzutreten, wenn die Umstände es gestatten. Ich leugne die Möglichkeit eines solchen Abkommens nicht, doch dürfte dasselbe in Anbetracht der mangelnden Bereitschaft der türkischen Armee so bald nicht in Kraft treten. Seine Bedeutung würde gefährlicher werden, wenn Bulgarien sich dazu gesellen sollte, da das eine Intervention auf dem Balkan hervorrufen würde, was zweifellos die Lage Oesterreichs erleichtern könnte.

Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

24. Juli (6. August) 1914, Nr. 633.

Dringend. Ich telegraphiere an Eberhardt.

In Ergänzung meines Telegramms Nr. 621 kann ich nur immer wieder betonen, daß wir den Deutschen nicht in die Hände arbeiten dürfen, indem wir Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, die Türken zu erschrecken. Ihrem Gefühl nach stehen sie natürlich nicht auf unserer Seite, über ihre Absichten sind sie sich selbst noch nicht genügend klar. Diese Absichten sind von der weiteren Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz abhängig.

Giers.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Botschafter in Konstantinopel.

24. Juli (6. August) 1914, Nr. 1705.

Ich halte es für wünschenswert, daß General Leontjew seine Unterhaltung mit Enver Bey in wohlwollendem Sinne fortsetzt, sei es auch nur zum Zwecke eines gewissen Zeitgewinns, unter Vermeidung irgendwelcher bindenden Erklärungen.

Sasonow.

II. Rußland und Bulgarien.

Geheimtelegramm des Gesandten in Sofia.

12. (25.) Juli 1914, Nr. 141.

Der hierher kürzlich aus Wien zurückgekehrte österreichische Gesandte[6]) hatte im Laufe dieser Tage häufige und langdauernde Unterredungen mit Radoslawow. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat Graf Tarnowski nach Erhalt entsprechender Weisungen in Wien bei Radoslawow angefragt, welche Haltung Bulgarien einnehmen werde, wenn Oesterreich im Falle einer unbefriedigenden Antwort Serbiens auf die in Belgrad überreichte Note Repressivmaßnahmen gegen Serbien ergriffe. Außerdem ist Oesterreich anscheinend bestrebt, sich im Falle seiner Aktion gegen Serbien wenn nicht die aktive, so doch jedenfalls die neutrale Unterstützung Bulgariens zu sichern. Gestern war Radoslawow nach seiner Konferenz mit dem österreichischen Gesandten im Schlosse. Die hiesigen, gegen Serbien sehr feindselig gestimmten militärischen Kreise würden sich zu einem Feldzuge gegen die Serben sehr zustimmend verhalten.

Sawinski.

Geheimtelegramm des Gesandten in Sofia.

16. (29.) Juli 1914, Nr. 146.

Ihr Telegramm Nr. 1496 erhalten.[7])

Radoslawow versicherte mir gestern, die bulgarische Regierung habe beschlossen, in der österreichisch-serbischen Frage neutral zu bleiben. Auf meine Bemerkung jedoch, daß der österreichische Gesandte in seinen endlosen Unterredungen sowohl mit ihm, als auch mit dem König ihnen sicherlich für eine Unterstützung Mazedonien auf Kosten Serbiens verspreche, verhehlte er nicht, daß er natürlich Mazedonien mit beiden Händen nehmen würde. Positive Angaben, die es bestätigen würden, daß zwischen Bulgarien und Oesterreich aus diesem Anlaß ein Uebereinkommen besteht, habe ich nicht, es ist jedoch aus allem ersichtlich, daß dies mehr als wahrscheinlich ist. Falls und zu dem Zeitpunkte, wo Oesterreich Serbien überfällt, wird Bulgarien sicherlich seine Komitadschis nach Mazedonien schicken und den Serben nach Verabredung mit den Oesterreichern jeg-

---

[6]) *Dr. A. Graf v. Tarnow Tarnowski. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

[7]) Im Telegramm Nr. 1496 weist Sasonow Sawitzki an, die Gerüchte über Verhandlungen zwischen der Türkei, Bulgarien und Oesterreich zu prüfen (sh. „Krasny-Archiv" Nr. 4 S. 47). (Anmerkung des Zentralarchiv.)

Vgl. hierzu Fußnote 1. (Anmerkung der Schriftleitung.)

liche andere Schwierigkeiten bereiten. Wie aus Unterredungen mit Politikern der Regierungsparteien und der Opposition hervorgeht, sind sie grundsätzlich damit einverstanden, daß das in diese furchtbare Lage gebrachte Serbien der Hilfe und Sympathie bedürfe, in praxi halten sie es jedoch nicht für möglich, ihre Abrechnung mit Serbien in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Neutralität, von der Radoslawow sprach, trägt meiner Meinung nach einen rein abwartenden Charakter. Die Bulgaren mit ihrem praktischen Verstande wollen ein wenig Vorsicht üben und dann je nach dem Gange der Ereignisse sich entschließen, wessen Partei zu ergreifen für sie vorteilhafter sein wird. Ich erklärte mit Bestimmtheit, noch seien alle ohne Unterschied der Parteirichtung überzeugt, Rußland werde keine neue Verhöhnung von seiten Oesterreichs zulassen, und dann würden sie mit Leichtigkeit Wien den Rücken kehren. Malinow[8]) versicherte mir, daß selbst der König diese Taktik befolge. Wenn wir aber Oesterreich gestatten, seine internationale Räuberei zu begehen, so wird Bulgarien natürlich versuchen, hieraus die größtmöglichen Vorteile für sich herauszuschlagen. Ich kann hierbei nicht verhehlen, daß in diesem Falle unser Ansehen in der slawischen Welt überhaupt unwiederbringlich verlorengehen wird. Sawinski.

Geheimtelegramm des Gesandten in Sofia.

16. (29.) Juli 1914, Nr. 151.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 150.[9])

Aus diesem Telegramm ist ersichtlich, daß von der durch Bulgarien erklärten Neutralität sehr wenig übrig bleibt. Die von Oesterreich ermutigten Bulgaren haben augenscheinlich beschlossen, die Gelegenheit nicht zu versäumen und unter der Hand Mazedonien zu erobern oder für autonom zu erklären und, wenn nicht Rumänien zu überfallen, so doch jedenfalls zur Abwehr eines Angriffs Rumäniens bereit zu sein. Wir haben gleich jetzt darüber schlüssig zu werden, wie wir uns zur Schmälerung des ohnehin benachteiligten Serbiens zu verhalten haben. Eine zu große Schwächung Serbiens, besonders zugunsten Bulgariens, darf, wie mir scheint, überhaupt und besonders deshalb nicht von uns erwogen werden, weil im Falle des Gelingens des von der jetzigen bulgarischen Regierung in Aussicht genommenen

[8]) *Russophiler bulgarischer Politiker. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

[9]) Im Telegramm Nr. 150 vom 16. Juli wird über militärische Vorbereitungen in Bulgarien und über die Tätigkeit bulgarischer Agenten in Mazedonien berichtet. (Anmerkung des Zentralarchiv.)

Schrittes die Rolle der russenfreundlichen Parteien in Bulgarien ein für allemal ausgespielt sein wird. Vorgestern telegraphierte ich, daß ich Bulgarien vor den österreichischen Verlockungen und der Entsendung von Banden gewarnt habe; ohne einen besonderen Befehl von Ihnen würde mein weiteres Drängen zwecklos sein, da sie in Worten alles ableugnen werden. Vielleicht ließe sich etwas durch Radko-Dmitriew oder über Bukarest auf Grund der Unverletzlichkeit des Bukarester Vertrages machen, wenn von dieser Unverletzlichkeit überhaupt noch die Rede sein kann. Man muß Serbien gegenüber nicht verhehlen, daß alles, was wir in diesem Sinne unternehmen werden, in der Folgezeit von den Bulgaren gegen uns gerichtet werden wird.

Sawinski.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Gesandten in Sofia.

21. Juli (3. August) 1914, Nr. 1655.

Abschrift nach Nisch.

Ich bitte Sie, der Regierung und, wenn Sie es für geboten erachten, dem Könige folgendes zu erklären:

„In dem gegenwärtig durchlebten verantwortungsvollen Augenblick wird das Benehmen Bulgariens möglicherweise für immer das Verhalten Rußlands zu ihm vorausbestimmen. Den Leitern der bulgarischen Politik bietet sich die Möglichkeit, alle Mißverständnisse zu zerstreuen, die Bande zwischen Bulgarien und Rußland in neuer Stärke wiederherzustellen und die bevorstehende Prüfung zu bestehen, indem es sich der Verwirklichung der Volksideale nähert. Hierzu ist eine gewissenhafte, ehrliche Uebereinstimmung der bulgarischen Politik mit den Unternehmungen Rußlands erforderlich. Bulgarien kann hieraus im Falle territorialer Erwerbungen Serbiens tatsächliche Vorteile ziehen. Wenn Bulgarien hingegen Wirren in Mazedonien säen und irgendwelche böswillige Absichten gegen Serbien hegen wird, so wird ein derartiges Benehmen Bulgariens im Hinblick auf den Eintritt Rußlands in den Krieg von uns als eine offene feindselige Handlung gegen Rußland betrachtet werden und für immer eine Kluft zwischen beiden Völkern aufreißen. Die Leiter Bulgariens übernehmen die persönliche Verantwortung für die kommende Politik, und wir möchten glauben, daß Bulgarien sich der besten Vermächtnisse seiner Geschichte erinnern, sie nicht verraten und mit Bestimmtheit seine Absicht erklären wird, schon jetzt mit uns in Verhandlungen über die Uebereinstimmung unserer gegenseitigen Pläne zu treten."

Sasonow.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Geschäftsträger in Serbien. 23. Juli (5. August) 1914, Nr. 1684.

Ich bitte Sie, Paschitsch folgendes mitzuteilen:

„Wir sind der Ansicht, daß man im gegenwärtigen Augenblick unter Weglassung kleinlicher Erwägungen entschlossen und schnell handeln muß. Von diesem Standpunkt aus sind wir der Ansicht, daß eine Mitwirkung Bulgariens, unabhängig vom Ausgange des Krieges, nur dadurch gesichert werden kann, daß man ihm gleich jetzt Ischtip und Kotschana mit dem Territorium bis zum Wardar übergibt. Im Falle eines siegreichen Krieges dagegen erhält Bulgarien das vom Artikel 2 des Geheimanhanges zum Serbisch-Bulgarischen Vertrag vom 29. Februar 1912 vorgesehene sogenannte strittige Territorium vom Gipfel des Golem nördlich von Kriwaja Palanka bis zum Ochrida-See unter Einschluß von Struga. Falls Bulgarien Bedenken tragen sollte, mit militärischen Streitkräften einzugreifen, so könnte es als Belohnung für eine gewissenhafte Beobachtung der Neutralität Kotschana und Ischtip mit dem Territorium bis zum Wardar nur nach einem siegreichen Kriege erhalten, wozu sich Serbien bereits jetzt Rußland gegenüber verpflichten wird, das diese Verpflichtung Bulgarien mitteilen wird."

Indem Sie diese Mitteilung machen, legen Sie Paschitsch unseren allgemeinen Standpunkt wie folgt dar: Rußland, das einen Krieg begann, der die Anspannung aller Kräfte erfordert, einen Krieg, der durch die Verteidigung Serbiens hervorgerufen wurde und der mit Gottes Hilfe zur Verwirklichung seiner Volksideale führen wird, zweifelt nicht daran, daß die serbische Regierung ohne zu schwanken seinem sehnlichsten Wunsche nach Wiederherstellung der Brüderlichkeit unter allen slawischen Völkern und vor allem zwischen Serbien und Bulgarien entgegenkommen wird.

Die Opfer, die Serbien zu diesem Zwecke wird bringen müssen, stehen in gar keinem Verhältnis zu dem, was es erhalten kann. Sie stehen auch in gar keinem Verhältnisse zu den Opfern, die Rußland bringt. Es versteht sich von selbst, daß die gegenwärtig Paschitsch mitzuteilenden Bedingungen von uns nicht den Bulgaren mitzuteilen sind. Für uns ist nur ein schnelles und entschiedenes Einverständnis der serbischen Regierung damit notwendig, Rußland die Vollmacht zu übertragen, Verhandlungen in den oben erwähnten Grenzen zu beginnen. Irgendwelche Schwankungen würden wir im gegenwärtigen Augenblicke für unmittelbar verderblich halten. Sasonow.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Brief des Oberst House an Kaiser Wilhelm.

In der Entgegnung des Staatsminister a. D. v. Jagow auf die Memoiren Lord Greys, die unter dem Titel „England und der Kriegsausbruch" im „Verlag für Kulturpolitik" erschienen ist, hat Herr v. Jagow einen Brief des Oberst House an Kaiser Wilhelm vom 8. Juli 1914 erstmalig veröffentlicht. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die diesem Schreiben zukommt, bringen wir nachstehend das Dokument in seinem Originalwortlaut zum Abdruck. DIE SCHRIFTLEITUNG.

Oberst Edward M. House an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Balholm.

Sir!

London, July 8, 1914

Your Imperial Majesty will doubtless recall our conversation at Potsdam, and that with the President's consent and approval I came to Europe for the purpose of ascertaining whether or not it was possible to bring about a better understanding between the Great Powers, to the end that there might be a continuation of peace, and later a benificent economic readjustment witch a lessening of armaments would insure. Because of the commanding position your Majesty occupies, and because of your well known desire to maintain peace, I came, as your Majesty knows, directly to Berlin. I can never forget the gracious acceptance of the general purposes of my mission, the masterly exposition of the world wide political conditions as they exist to-day and the prophetic forecast as to the future which your Majesty then made. J received every reasonable assurance of your Majesty's cordial approval of the President's purpose, and I left Germany happy in the belief that your Majesty's great influence would be thrown in behalf of peace and the broadening of the world's commerce. In France I tried to reach the thoughts of her people in regard to Germany, and to find what hopes she nursed. My conclusion upon leaving was that her statesmen have given over all thoughts of revenge, or of recovery of the two provinces. Her people in general still have hopes in both directions, but her better informed rulers would be quite content if France could be sure of her autonomy as it now exists. It was then, Sir, that I came to England and with high hopes, in which I have not been disappointed. I first

approached Sir Edward Grey, and I found him sympathetic to the last degree. After a two hours conference we parted with an understanding that we should meet again within a few days. This, I inferred to mean that he wished to consult with the Prime Minister and his Colleagues. At our next conference, which again lasted for two hours, he had to meet me, the Lord Chancellor, Lord Crewe and Sir William Tyrrell. Since then I have met the Prime Minister and practically every important member of the British Government, and I am convinced that they desire such an understanding as will lay the foundation for permanent peace and security. England must necessarily move cautiously less she offend the sensibilities of France and Russia, but with the changing sentiment in France, there should be a gradual improvement of relations between Germany and that country which England will now be glad to foster. While much has been accomplished, yet there is something still to be desired in order that there may be a better medium created for an easy and frank exchange of thoughts and purposes. No one knows better than your Majesty of the unusual foment that is now going throughout the world, and no one is in so fortunate a position to bring about a sane and reasonable understanding among the statesmen of the western peoples, to the end that our civilization may continue uninterrupted. While this communication is, as your Majesty knows, quite unofficial, yet it is written in sympathy with the well known views of the President, and, I am given to understand, with the hope from His Britannic Majesty's Government that it may bring a response from your Majesty which may permit another step forward.

Permit me, Sir, to conclude by quoting a sentence from a letter which has come to me from the President: „Your letter from Paris, written just after coming from Berlin, gives me a thrill of deep pleasure. You have, I hope and believe, begun a great thing and I rejoice with all my heart."

I have the honor to be, Sir, with the greatest respect your Majesty's very obedient Servant,

gez. Edward M. House.

Nouvelles dépositions concernant l'attentat de Sarajevo.[1]

Par M. BOGHITCHEWITCH.

La revue yougoslave „Nova Evropa" (nouvelle Europe) traite depuis un certain temps seulement la question des responsabilités de la guerre de 1914 ayant trait à la Serbie. — Dans son numéro du 21 octobre 1925, volume XII, No. 12, elle publie en Serbe un chapitre du livre qui doit prochainement paraître en anglais intitulé „Sarajevo" et signé du publiciste anglais bien connu Seaton-Watson (Scotus Viator).[2])

Ce chapitre intitulé le mouvement révolutionnaire yougoslave nous donne des détails importants concernant le mouvement lui-même et les instigateurs, mais certaines inexactitudes de principe réclament une réfutation immédiate.

Deux jeunes gens, un de l' Herzégovine et l'autre de la Croatie qui ont participé activement à tous les actes terroristes des révolutionnaires de la Serbie et des provinces slaves appartenant alors à l'Autriche, m'ont fait après lecture de cet article des dépositions qui démentent catégoriquement certaines assertions de Seaton-Watson.

La population de la Bosnie et de l'Herzégovine supporta toujours avec peine l'administration étrangère quelle qu'elle soit, turque ou autrichienne. Aussi les agents de séditions et les auteurs d'assassinats politiques ne manquèrent jamais en ces provinces. Comme je l'expose en détail plus loin, les révolutionnaires nationalistes serbes utilisèrent cet élement révolutionnaire né du mécontentement.

Seaton-Watson explique longuement le développement du mouvement révolutionnaire bosniaque et herzégovinien, mais il n'indique pas, ce qui est pourtant très important, la connexité qui existe entre l'action de ces bosniaques révolutionnaires par mécontentement de l'administration étrangère et l'action des serbes du royaume, révolutionnaires par nationalisme.

L'idée de la réunion de tous les serbes quelle que soit sa qualité de ressortissant d'Etat, sa religion ou son parti politique revient au Prince Michel Obrénovitch, assassiné par

[1]) Der Aufsatz erscheint gleichzeitig in der „Evolution". (Anmerkung der Schriftleitung.)

[2]) Cette revue a déjà publié toute la table des matières du livre de Seaton-Watson, ainsi que différents autres chapitres en traduction serbe.

des partisans des Karageorgévitch en 1868. Son suprême vœu[3]) fut que tous les serbes travaillent systématiquement à l'union nationale sous la direction de la Serbie, alors principauté. Tous les partis politiques en Serbie ont pris comme mot d'ordre ce désir patriotique.

Seaton-Watson fait donc erreur quand il prétend que le parti radical n'était pas favorable au mouvement nationaliste. Ce mouvement ne fut pas seulement appuyé par les particuliers sans distinction de parti, mais aussi par les administrations centrales d'Etat tel que le ministère de la guerre, ministère des cultes et surtout par le département de propagande du ministère des affaires étrangères. Autrement dit, tous les Serbes sans exception unirent leurs efforts pour atteindre le but fixé par le prince Michel. Le gouvernement serbe accorda non-seulement son appui moral, mais aussi des subsides nécessaires à toute propagande.

C'est en 1903 lors du changement de dynastie en Serbie que ce mouvement prit une plus grande extension et que la propagande antiautrichienne devint très intense même dans les milieux officiels serbes.[4])

Dès 1903 les conjurés, officiers serbes, qui par l'assassinat du roi Alexandre mirent sur le trône Pierre Karageorgévitch, inaugurèrent une action terroriste de propagande, créèrent des bandes de komitadjis, destinées particulièrement à l'action révolutionnaire en Macédoine, fondèrent des écoles à Prokuplje, Vranja et Tjuprija. Les élèves de ces écoles se recrutaient principalement parmi les jeunes gens de la Bosnie et de l'Herzégovine. Ces jeunes gens étaient préparés militairement et moralement par les officiers conspirateurs eux-mêmes à une action révolutionnaire nationaliste.

Parmi les sociétés de propagande, relatives à la culture nationale intellectuelle, il faut citer la société du Saint Sava, le Slovenski Jug (sud slave) qui dura jusqu'en 1908, puis la „Narodna Odbrana" (défense nationale) à partir de 1909 à 1914. Toutes ces sociétés furen subventionnées par l'Etat.

[3]) Zavestajna misav Kneza Michaila (dernière volonté du prince Michel).

[4]) Voir Boghitchévitch „Les Causes de la guerre", F. Rieder et Cie. édit. 1925, pages 30, 130 etc.

Mais la plus influente de toutes ces sociétés fut la société „Ujedinjenjeilismrt" (union ou mort) dite aussi „main noire", organisée en société secrète en 1911 par les officiers conspirateurs dont nous avons parlé plus haut et qui furent incontestablement depuis 1903 les chefs du mouvement révolutionnaire et les instigateurs de tous les attentats, commis en Turquie, au Monténégro et en Autriche. Leurs actions révolutionnaires étaient souvent appuyées par le gouvernement serbe. A la tête de ces officiers se trouvait le colonel Dragoutine Dimitriévitch Apis, fusillé à la suite du procès de Salonique en juin 1917.

Seaton-Watson ne parle pas de l'action de ces officiers serbes, faisant œuvre de révolutionnaires. Ils sont pourtant les maîtres des bosniaques et herzégoviniens dont il relate les actes terroristes.

Le mouvement nationaliste suivit son cours normal de 1904—1907, mais l'annexion de la Bosnie-Herzégovine par l'Autriche excita le zèle des révolutionnaires yougoslaves. Des foyers nationalistes se créèrent dans différents centres universitaires de la monarchie austro-hongroise. De nombreuses sociétés qui eurent leurs journaux, leurs revues, se constituèrent. Prague fut l'un de ces foyers où quantité d'étudiants yougolaves venaient chercher un appui théorique auprès du professeur Masaryk, un des premiers défenseurs d'une façon scientifique de leur cause. Sa thèse principale était qu'on ne commet une trahison qu'envers son propre peuple. De cette façon un Tchèque, par exemple, ne devait de comptes qu'au peuple tchèque.

Cette action n'était pas parallèle à celle de Belgrade, mais bien une continuation. Seaton-Watson fait l'historique de ces sociétés d'étudiants, il cite leurs noms, leurs journaux, leurs revues, mais il n'indique pas le rapport qui existait toujours entre Belgrade et ces différents foyers nationalistes en Autriche.

Seaton-Watson établit vraiment cette question unilatéralement, et parce qu'il l'établit ainsi, il arrive à la conclusion erronée que tous les actes terroristes commis en Autriche de 1910 à 1914 étaient ourdies exclusivement par des Bosniaques et Herzégoviniens, disciples d'après lui des révolutionnaires russes.

Les révolutionnaires de la Bosnie et Herzégovine n'ignoraient évidemment pas les actes terroristes des anarchistes russes. Il lisaient les œuvres de Bakounine, Herzen, Krapotkine etc. Mais il est à noter que la „Narodna odbrana", dont le siège

était à Belgrade leur fournissait souvent la plupart de ces livres, car les Serbes voulaient, grâce aux actes anarchistes russes, développer la conception révolutionnaire de ces Bosniaques et Herzégoviniens. Ensuite il s'agissait en Russie d'une question purement sociale, tandis qu'en Bosnie on se trouve devant un mouvement purement nationaliste. Ils cherchaient donc dans les ouvrages russes le côté pratique et non les idées. Si les assertions de Seaton-Watson étaient exactes, comment pourrait-on expliquer que tous les Bosniaques et Herzégoviniens auteurs d'attentats ont commis leurs actes après un long séjour dans les milieux révolutionnaires nationalistes en Serbie et spécialement à Belgrade, car on ne peut le nier, tous ces jeunes gens ont été instruits théoriquement et pratiquement en Serbie où ils ont trouvé toutes les armes dont ils ont eu besoin. Prenons quelques exemples: Géraitch considéré par Seaton-Watson comme un des principaux instigateurs du mouvement révolutionnaire soit disant bosniaque, s'exerça au tir du révolver à Vranja sous la direction d'un des membres de la société de la „Main noire" Bogine Simitch, officier serbe peu de temps avant l'exécution de son agression contre le gouverneur de la Bosnie, Varéchanine, le 2 juin 1910. Youkitch, auteur de l'attentat contre le banus (gouverneur) de la Croatie s'exerça au tir du revolver sous la direction du commandant Voya Tankositch en 1912 à l'occasion de la visite des étudiants croates à Belgrade. Presque tous les auteurs des autres attentats, y compris celui dirigé contre l'archiduc François-Ferdinand et son épouse, furent également préparés à Belgrade par des membres serbes d'origine de la société „Union ou mort". La plupart de ces jeunes gens bosniaques auteurs d'attentats étaient aussi membres de cette union et par conséquent obligés d'obéir aveuglément au comité central de Belgrade.

L'acte révolutionnaire de Géraitch a été glorifié par un autre Bosniaque, et nous reconnaissons avec Seaton-Watson que cette glorification influença grandement toute la jeunesse bosniaque. Mais là encore il omet de dire que Gatchinovitch était aussi membre de la „main noire" et que sa brochure „la mort d'un héros" a été éditée à l'imprimerie du journal „Piémont" de cette société, et qu'en qualité de membre de cette union il reçut de Belgrade l'ordre de distribuer dans un but de propagande sa brochure dans les écoles de Bosnie et de l'Herzégovine. Lors de l'occupation de Belgrade par les Austro-Allemands en 19915 on a trouvé des milliers d'exemplaires de cette brochure chez l'agitateur serbe bien connu, Milé Pavlovitch, ainsi qu'une grande

correspondance ayant rapport à la propagande révolutionnaire dans les provinces de l'empire dualiste où l'élément slave dominait. Gatchinovitch possédait incontestablement au plus haut degré, comme Seaton-Watson l'affirme, les qualités d'un grand agitateur, et il eut une grande influence non seulement sur la jeunesse, mais aussi sur toutes les classes de la société. Cette influence lui permit d'enrôler le plus de gens possible, ce qui lui était ordonné, mais il faut, si l'on veut être impartial, remarquer qu'il était comme nous l'avons déjà dit plus haut, membre de la „main noire" et qu'en cette qualité il n'était que l'humble exécuteur des ordres du comité central de Belgrade. Le formulaire du serment des nouvelles recrues de la Bosnie et de l'Herzégovine n'était pas un formulaire d'un comité quelconque bosniaque, mais le formulaire du serment de la société „Union ou mort". Les révolutionnaires, les cercles révolutionnaires de la Serbie et des provinces slaves de la monarchie étaient sous les ordres directs du comité central de Belgrade. Ainsi les Bosniaques et les Herzégoviniens ne furent pas des agitateurs indépendants, mais des subalternes des révolutionnaires nationalistes serbes. Gatchinovitch était aidé pécuniairement, non seulement par la main noire, mais aussi par la Narodna Odbrana, dont il était également membre et même par le département de propagande du ministère des Affaires étrangères, qui lui accorda une bourse pour étudier à Lausanne.[5])

L'exposé de ces faits démontre clairement que la tête du mouvement ne se trouvait pas en Bosnie-Herzégovine, mais à Belgrade.

C'est une vaine tentative de vouloir pour des raisons politiques et patriotiques embrouiller une question suffisamment élucidée grâce à des documents diplomatiques et à d'autres arguments incontestables. Celui qui pour des raisons quelconques s'écarte de la vérité, dont nul soit dit en passant ne peut enrayer

---

[5]) Le département de propagande du ministère des Affaires étrangères donna des bourses aussi à d'autres jeunes gens de nationalité slave, mais sujets autrichiens, pour étudier en Autriche, en Serbie et à l'étranger. Nos deux témoins, Bastaitch et Goloubich, par exemple, étaient de même boursiers du dit ministère. On peut se demander comment le gouvernement serbe ayant du sûrement avoir connaissance de leurs plans révolutionnaires a-t-il décemment leur accorder des bourses? Quiconque connait les dessous de l'action révolutonnaire yougoslave ne doit-il pas admettre qu'ils recevaient des bourses du gouvernement serbe à cause de leurs sentiments révolutionnaires et nationalistes?

la marche, ne contribuera pas à décharger, mais au contraire à charger davantage le gouvernement serbe.

La terrible catastrophe qui en 1914 accabla le monde entier et qui compte parmi ses causes plus ou moins lointaines aussi le mouvement révolutionnaire nationaliste serbe, donne droit à chaque être pensant, le droit moral, de dire toute la vérité sur les responsabilités de la guerre de 1914.

*

A l'appui de notre argumentation, je joins les dépositions de deux révolutionnaires cités plus haut et ayant particulièrement participés aux préparatifs de l'attentat contre l'archiduc François Ferdinand.

1. Moustapha Goloubitch, né à Stolaz en Herzégovine actuellement domicilié a Vienne.

2. Paul Bastaitch, également domicilié à Vienne.

Ces deux dépositions peuvent être, cela va sans dire, appuyées par d'autres dépositions et d'autres preuves.

1. La rencontre de Toulouse a eu lieu non pas comme Seaton-Watson le prétend, mi janvier 1913 mais en mi janvier 1914 (nouveau style).

2. Etaient présents Moustapha Goloubitch, Mohamed Mechmedbachitch et Milan Gatchinovitch. Nulle autre personne n'assista à cet entretien.

4. La réunion a eu lieu à Toulouse dans la rue St. Jérome, hôtel restaurant St. Jérome.

5. L'idée de cette entrevue est due au commandant Voya Tankositch à Belgrade d'accord sans nul doute avec le colonel Dimitriévitch.

6. Moustapha Goloubitch avait reçu l'ordre de se rendre à Lausanne pour s'entendre au sujet de cette rencontre avec Gatchinovitch.

7. Paul Bastaitch et Jean Givanovitch qui avaient connaissance de ce conciliabule projeté, furent aussi désignés pour y assister, mais étudiant à Paris, ils ne purent faute d'argent se rendre à Toulouse.

8. L'objet de ce conciliabule était en premier lieu de préparer un attentat contre l'archiduc François Ferdinand, puis d'autres attentats en différents endroits de la monarchie austro-hongroise, même a Vienne contre des personnalités importantes civiles et militaires. Ou comptait par là soulever l'élément slave en Autriche-

Hongrie et même provoquer la conflagration générale européenne.

9. L'exécution de ce plan fut décidée.

10. A la suite de ce conciliabule Gatchinovitch écrivit une lettre à Gavrilo Princip, domicilié à Sarajevo, dans laquelle il l'exhortait à venir à Lausanne avec Danilo Ilitch pour fixer les détails de ces attentats.

11. Fin janvier Mohamed Mechmedbachitch est rentré de Toulouse à Stolaz en Herzégovine et quelques jours après son retour il est allé voir Danilo Ilitch à Sarajevo pour se mettre à sa disposition pour assassiner immédiatement le gouverneur de la Bosnie, le général Potiorek, si c'était nécessaire, sinon pour se mettre pour d'autres attentats à sa disposition. Ilitch a tout de suite déclaré que c'était pour le moment inutile d'assassiner Potiorek car il était aussi décidé d'assassiner d'abord l'archiduc, ce qui était beaucoup plus important.[6])

12. Dès que Ilitch et Princip reçurent la lettre de Gatchinovitch les invitant de venir à Lausanne, Princip est parti pour Belgrade pour demander l'autorisation d'entreprendre ce voyage, mais Tankositch, l'instrument exécuteur des ordres de Dimitriévitch, lui fit savoir que ce voyage n'était plus nécessaire, vu qu'on avait aussi à Belgrade décidé d'assassiner l'archiduc, et pour cette raison Princip a été retenu à Belgrade où il est resté jusqu'à la fin du mois de mai, où Ciganovitch et Tankositch l'exercèrent au tir du pistolet Browning calibre 9 millimètres. Tous les pistolets pour l'attentat de Sarajevo étaient achetés par Dimitriévitch lui-même.

13. Ilitch et Princip avertirent Gatchinovich à Lausanne qu'ils n'avaient plus besoin d'aller à Lausanne, car tous les préparatifs pour l'exécution du plan de l'assassinat de l'archiduc ont déjà été faits à Belgrade et à Sarajevo.

14. Peu de jours avant l'attentat, Danilo Ilitch est allé à Belgrade pour recevoir les dernières instructions et cette fois-ci — important à noter — Dimitriévitch lui-même les lui donna.

---

[6]) Cette constatation démontre que le plan de l'assassinat à été déjà fixé avant qu'on ait su que l'archiduc viendrait en Bosnie pour assister aux manœuvres, de façon que la nouvelle de Tchabrinovitch envoyé à Pouchara à Belgrade et communiqué à Princip par ce dernier, que l'archiduc assisterait aux manœuvres, n'était pas le motif, comme Seaton-Watson prétend, mais seulement une bonne occasion pour mettre à exécution leur projet.

En prenant congé du colonel, Ilitch déclara qu'il était sûr d'y laisser sa vie et le pria instamment de protéger sa mère.

15. Seaton-Watson a raison de dire qu'Ilitch fut le principal organisateur des préparatifs qui se faisaient à Sarajevo dans le but d'assassiner l'archiduc (tandis que Princip n'était qu'un organe exécuteur). Mais encore une fois, il omet de noter qu'Ilitch exécutait les ordres de Dimitriévitch, principal instigateur de l'attentat.

16. Seaton-Watson semble accepter la version qu'Ilitch aurait eu au dernier moment des hésitations quant à l'exécution de l'attenta. Cependant cette version est inexacte, car Ilitch, Princip et Mehmedbachitch ont envoyé quatre jours avant l'attentat une carte postale à Gatchinovitch à Lausanne ainsi rédigée: „Salut révolutionnaire". Puis ils lui ont envoyé une lettre de quatre pages dans laquelle ils s'expriment en termes enthousiastes au sujet de l'exécution toute prochaine de leur plan qui devait être exécuté le samedi suivant pendant les manœuvres. Comme on sait, l'attentat n'a pas eu lieu le samedi, mais le lendemain dimanche, le 28 juin à Sarajevo. En même temps ils s'expriment dans cette lettre en termes très défavorables sur un cammarade — dont le nom nous est également connu, mais que nous ne voulons pas encore citer — parce qu'il a refusé au dernier moment de participer à l'attentat. Nous avons des raisons de soupçonner ce jeune homme d'avoir pour différents motifs fourni les renseignements erronés à Seaton-Watson.

Nie wieder Krieg!

Von Freiherrn von AUFFENBERG-KAMOROV,
Kriegsminister a. D.

In Straßen und auf Plätzen rief und heulte man es und viele glaubten wirklich, daß man damit den Richtern und der Menschheit einen großen Dienst erweisen könne. Die Propagatoren, die wußten es freilich besser, zumal, wenn sie so nebenbei an dem von ihnen erstellten Feuer ihre Parteisuppe kochen wollten. Dem aufregenden Getriebe der demonstrierenden Menschenmassen zusehend, mußte man sich aber erinnern, daß fast dieselben Massen, mindestens aber Schichten aus dem

gleichen sozialen Milieu, vor wenig Jahren mit der gleichen oder ähnlichen Verve „Deutschland, Deutschland über alles", die „Wacht am Rhein", „Allons enfants de la patrie", „Gode save the King", „Bože Cara chrana" u. a. m. gesungen und sich daran begeistert hatten. Es will sonach scheinen, als ob in all diesen Fällen ein militantes Grundmotiv vorhanden wäre. Nur in den letzt erwähnten Fällen mit einer klaren fixen Direktion, im erstgenannten Falle nebulose Vorstellung gegen kaum erkennbare, gar nicht recht faßbare Ziele. Trotzdem entstand hierdurch in den Massen der zorndurchglühte Wunsch nach Feststellung der „Kriegsursachen", also auch der „Kriegsschuldigen". Sie wurden nun einfach den besiegten Parteien zugeschoben, und da man durch ungeheure Ueberlegenheit die schrankenlose Macht gewonnen hatte, so kodifizierte man sogar die Kriegsschuld und stempelte — noch dazu für alle Zeiten — die Unterlegenen zu Kriegsschuldigen, Kriegsverbrechern oder wie man sie sonst nennen wollte. „Vous avez la force, vous acez parfaitement raison", sprach im Jahre 1878 der sich ergebende, türkische Generalgouverneur von Vosmer zu dem ihn reprimandierenden österreichischen General: Ein Grundsatz, der nun ins Große übertragen wurde.

Zu den ungezählten Gegenbeweisen, die im Laufe der letzten Jahre mit ebensoviel Sorgfalt als Geschicklichkeit, gerade in dieser Zeitschrift, gesammelt und dokumentiert wurden, sind jetzt wieder etliche neue dazu gekommen. Sie resultieren zunächst aus den Schilderungen und Betrachtungen, die sich anläßlich des Heimganges des Feldmarschalls Conrad von Hötzendorff ergeben haben. Gänzlich von selbst ergeben haben, also ohne daß hierbei geplant gewesen wäre, die Kriegsschuldfrage zu relevieren.

Mit dem Thema persönlich sehr genau bekannt, kann ich darüber im Nachfolgenden sprechen:

Wenn es im alten Oesterreich-Ungarn einen Mann gab, der tatsächlich an den Krieg mit Hartnäckigkeit dachte und ihn — zu gelegener Zeit — herbeiführen wollte, so war dies zweifelsohne der nunmehr verblichene einstige Chef des Generalstabes, dazu sei aber gleich — und wenn ich's vermöchte, mit turmhohen Lettern — hinzugefügt: nicht im entferntesten aus ehr- oder ruhmsüchtigen Motiven, sondern einfach aus dem Grunde, weil er es als eigenste Pflicht erkannte, von seiner hohen Warte aus für des Reiches Sicherheit Bedacht zu nehmen, drohende Gefahren rechtzeitig zu erkennen, ihnen vorzubeugen, unter Umständen ihnen auch zuvorzukommen. Kann

es nun jemand gerecht und billig Denkenden geben, der dies verargen, ja dies nicht als primäre Pflicht jeglichen obersten militärischen Führers anerkennen würde oder müßte?

Aus diesem Grunde, n u r aus diesem Grunde, — wobei er auf Basis der historischen Entwicklung die politische Situation analysierte, in der sich der Staat, angefangen in der Mitte der ersten Dekade des laufenden Jahrhunderts, befand, — erkannte er deutlich, daß die äußeren, leider auch teilweise inneren Verhältnisse im Status der Doppelmonarchie unzweifelhaft und unausweichlich einer Katastrophe entgegengetrieben, gegen die alle diplomatischen Rezepte und Latwergen früher oder später unwirksam sein würden. Nachdem aber diese Gefahrmomente, diese Gewitterwolken fast von allen Seiten aufstiegen, so resultierte daraus für ihn die zwingende Notwendigkeit, an eine gewaltsame Lösung zu schreiten, solange noch die Chancen hierfür einigermaßen günstig lagen, was in jenen Tagen unzweifelhaft der Fall war.

Kein pflichtbewußter, kein erfolgreicher Herrscher, Staatsmann oder sonst oberster Führer hat je anders gedacht noch gehandelt. Speziell in Preußen (Deutschland), Friedrich der Große bis Bismarck, dessen Aperçu über „Präventivkriege" ganz falsch verstanden wurde. Schließlich rangierten ja die drei Kriege, die er geführt, ja völlig erzwungen hatte, in die Reihe der auf Grund genauesten Kalküls hervorgerufenen Präventivkriege. Gar nicht zu reden von den zahlreichen Kriegen Frankreichs und Englands, die fast ausschließlich aus Präventivgründen — oder sagen wir kulanter aus Gründen der Staatsräson — geführt wurden. So dachte auch der Feldmarschall. Ich kann's persönlich bezeugen, da ich mit ihm, von frühester Jugend befreundet, just in jenen Jahren in Wien stationiert war. In stundenlangen Gängen auf den von ihm bevorzugten einsamen Wegen sprachen wir dies hundertfach durch.

Die hieraus resultierenden Konklusionen trug er dann in der ihm eigenen überzeugenden Art an den letztentscheidenden Stellen vor. Diese erkannten wohl die volle Richtigkeit der dargelegten Argumente, doch die daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen, also entscheidende Beschlüsse wurden wiederholt, schließlich a limine abgewiesen. Und auch als im Höhepunkt der Krise vom März 1909 die Gegner der Monarchie sowie der beiden Zentralmächte Serbien zu einem fadenscheinigen Ausgleich veranlaßten, so griff man mit Begierde diese temporäre Lösung auf und erfreute sich (in bewußter Selbsttäuschung) an einem papierenen Erfolg.

Vor dem Richterstuhl objektiver, historischer Kritik kann dies wohl kaum als richtig angesehen werden, kann man aber dagegen Männern auf höchsten Posten, die derart pazifistisch gestimmt waren, eine effektive Kriegsschuld aufbürden, sie also in weiterer Instanz zu den den Krieg Verursachenden stigmatisieren?? Männer, die vornehmlich aus Friedensliebe und Quietismus jenen Moment des Handelns bewußt versäumten, der sie bzw. die von ihnen geführten Staaten zum Erfolg und vor allem aus einer Situation herausgeführt hätte, die früher oder später zum Verhängnis, mindestens aber zu einem Kampf auf Leben und Tod mit kalkulierbar ungünstigen Chancen führen mußten? Das könnte denn doch kein vernünftiger Mensch behaupten. Und weil überdies in jenen Tagen eigentlich zum letztenmal Chancen für ein verheißungsvolles Ergreifen einer kraftvollen Initiative gegeben waren, so kann man doch unmöglich annehmen, daß fünf Jahre später, als sich die Situation für die Mittelmächte erheblich verschlimmert hatte, nahezu die gleichen Männer plötzlich von einem Kriegsfuror erfaßt und hierdurch die Schuldigen am Kriege geworden wären.

Doch auch auf ein weiteres Moment sei hingewiesen, aus dem sich die volle Nichtigkeit des Märchens von der Kriegsschuld der Mittelmächte von selbst ergibt. Es sind dies die aus offiziellen Quellen stammenden Daten über die vorhanden gewesenen Friedensstände bei den zunächst beteiligten Mächten Europas in den ersten Monaten des Jahres 1914. Also zu einer Zeit, wo doch — für den Fall einer aggressiven Absicht — die Vorbereitungen mit aller Intensität hätten durchgeführt werden müssen. Danach betrugen nun die Friedensetats in jenem Zeitabschnitt in Rußland 1 500 000, in Frankreich (einschl. Kolonialtruppen) 1 050 000 Mann; dagegen in Deutschland 847 000 und in Oesterreich-Ungarn 494 000 Mann. Also Rußland hielt eine Friedensarmee, die um ein Bedeutendes größer war, als jene Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zusammengenommen, und das 40 Millionenvolk der Franzosen leistete sich eine Friedensarmee, die jene des 60 Millionenvolkes der Deutschen um mehr als ¼ überwog, um mehr als doppelt aber die Friedensarmee der 52 Millionen zählenden Bevölkerung Oesterreich-Ungarns. Wenn man noch hinzunimmt, daß das 2½ Millionenvolk der Serben sich auf einen Friedensstand von 50 000 Mann einstellte, also relativ ebenfalls das Doppelte von Oesterreich-Ungarn, so kann doch kein objektiv Denkender bestreiten, daß sich das aggressive Moment in geradezu eklatanter Weise auf Seiten der Ententemächte aussprach. Das ist so einleuchtend,

so überragend deutlich, daß dagegen — meiner Ansicht nach — alle die aus den Staatsarchiven zusammengezogenen Noten und Korrespondenzen einfach verblassen, und ich wundere mich, daß diese in keiner Weise zu bemäntelnden oder wegzuargumentierenden Tatsachen nicht schon oft in jenen Schriften und Darlegungen erschienen sind, die sich mit der Kriegsschuldfrage, doch meist in spekulativer Art und Weise, befassen.

Ich halte dafür, daß auch diese Darstellungen geeignet wären, wieder einige Steine von dem Lügengebäude abzutragen, das in den verschiedenen Pariser Friedensdiktaten mit wahrhaft künstlerischer Bosheit errichtet wurde, wobei rücksichtslose Gewalt die Baumeister beigestellt hatte. Es wird hierdurch fürs erste vielleicht nichts gebessert; doch es ist die Pflicht aller, nach besten Kräften mitzuwirken, daß jene Mauern niedergelegt werden, die selbst den Anblick auf Gefilde verstellen, in denen — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — Gerechtigkeit und Wahrheit ihren Sitz aufgeschlagen haben.

Die Schlußfolgerungen von Pierre Renouvin.

Von GRAF MAX MONTGELAS.

Im Juliheft (S. 451—473) konnte berichtet werden, daß das Buch des französischen Historikers Renouvin „Les Origines immédiates de la Guerre" hinsichtlich der Tatsachen der Krise 1914 eine große Annäherung an den Standpunkt der deutschen Forschung bezeichnet. Die Punkte, über die Uebereinstimmung besteht, seien nochmals kurz zusammengefaßt:

1. Infolge Duldung der großserbischen, gegen den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichteten Propaganda ist die serbische Regierung indirekt mitschuldig am Attentat von Sarajevo. (Daß nunmehr auch die direkte Mitschuld des Kabinetts Paschitsch nachgewiesen ist,[1]) konnte

[1]) Das gesamte Material über die Entstehung des Komplotts und die schwere Schuld des Kabinetts Paschitsch ist erschöpfend zusammengestellt in zwei äußerst lehrreichen Studien Professor S. B. Fays (Northampton, Mass.). „Current History", Oktober „Serb's War Guilt revealed" und November „The Black Hand Plot that led to World War".

Renouvin bei Abfassung seiner Schrift noch nicht bekannt sein.)

2. Bei den Potsdamer Besprechungen vom 5. Juli scheint der allgemeine Krieg keinen Teil des aufgestellten Programms gebildet zu haben. Ein „Kronrat" hat damals nicht stattgefunden.

3. Die deutsche Regierung hat an der Abfassung des Ultimatums an Serbien nicht mitgearbeitet. Die Ententemächte waren über wesentliche Punkte des Schriftstückes gleichfalls im voraus unterrichtet.

4. In den ersten Tagen nach Uebergabe des Ultimatums hatte man in der Wilhelmstraße den Eindruck und konnte ihn haben, daß England und Frankreich im Gegensatz zu Rußland mit der Lokalisierung des österreichisch-ungarischen Krieges einverstanden seien.

5. Der erste Vorschlag Greys sah eine Vermittlung zu Vieren vor, d. h. eine Vermittlung in Wien und Petersburg durch Deutschland, Italien, England und Frankreich. Dieser Vorschlag entsprach den wesentlichen Voraussetzungen der deutschen Politik, da er nur die Eventualität eines österreichisch-russischen Konflikts im Auge hatte. In Berlin war man daher auch bereit, den Vorschlag anzunehmen.

6. Der spätere Vorschlag Greys (vom 26. Juli) einer Konferenz in London unter seinem Vorsitz bedeutete eine unbestreitbare Schwenkung der britischen Haltung, denn damit wollte Grey unmittelbar in den österreichisch-serbischen Streit eingreifen.

7. Die serbische Antwort auf das Ultimatum enthält viele Verklausulierungen und Einschränkungen und hinterläßt bei genauem Studium einen ungünstigeren Eindruck als bei der ersten Lektüre.

8. Am 28. Juli vollzog sich eine entschiedene Schwenkung der deutschen Politik im Sinne friedlicher Lösung der Krise. Diese Schwenkung äußerte sich in dem, deutscher Initiative zu verdankenden Vorschlag „Halt in Belgrad".

9. Der „konfuse und schwerfällige" Text der so sehr gegen die Aufrichtigkeit der deutschen Haltung ausgenützten Depesche Szögyény (vom 27. Juli) läßt verschiedene Deutungen zu, konnte jedoch niemals einen Grund für österreichische Unnachgiebigkeit bilden, da das Telegramm auch bei ungünstigster Auslegung sich nur auf Ablehnung allenfallsiger englischer Vermitt-

lungsvorschläge bezog, während die Anregung „Halt in Belgrad" ein deutscher Plan war, den Grey einen Tag später aufgegriffen hat.

10. Der deutsche Kanzler war am 29. und 30. Juli eifrig um Erhaltung des Friedens bemüht.

11. Die allgemeine Mobilmachung ist in Rußland früher angeordnet worden als in Oesterreich.

12. Den Grund zur endgültigen Anordnung der allgemeinen russischen Mobilmachung (30. Juli am frühen Nachmittag) bildeten ausschließlich militärtechnische Rücksichten und keineswegs irgendwelche beunruhigende Nachrichten aus Berlin oder Wien.

13. Die allgemeine Mobilmachung in Oesterreich (31. Juli mittags) war schon durch die (am 28. Juli angekündigte, am 29. angeordnete) russische Teilmobilmachung gerechtfertigt, da diese die österreichischen Grenzen mit Uebermacht bedrohte.

14. Die allgemeine russische Mobilmachung mußte Gegenmaßnahmen in Deutschland und gleiche Anordnungen in Frankreich hervorrufen.

Die Uebereinstimmung in diesen vierzehn Punkten ist trotz der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über andere, im Juliheft eingehend erörterte Fragen außerordentlich wichtig und gibt die Hauptstützen des von der Kriegspropaganda gegen Deutschland errichteten Anklagegerüsts — Beschluß zum Weltkriege im Potsdamer „Kronrate" vom 5. Juli, Ablehnung „aller" Vermittlungen oder „zu spätes" Eingehen darauf, Priorität und Grundlosigkeit der allgemeinen österreichischen Mobilmachung — so völlig preis, daß man nicht begreifen kann, wie Poincaré, der seine früheren Anklagen zwar wesentlich eingeschränkt hat, aber immer noch zahlreiche, ebenso unbegründete wie heftige Angriffe gegen die deutsche Politik richtet, sich auf Renouvin zu berufen wagt.[2])

[2]) Die wichtigste Einschränkung sind folgende Sätze Poincarés im Oktoberheft der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs": „I do not claim that Austria and Germany, in this first phase (nämlich Anfang Juli 1914), had a conscious thought-out intention of provoking a general war. No existing document gives us the right to suppose that, at that time, they planned anything so systematic." (Ich behaupte nicht, daß in diesem ersten Stadium Oesterreich und Deutschland die wohl überlegte, bewußte Absicht hatten, einen allgemeinen Krieg hervorzurufen. Keines der vorhandenen Dokumente berechtigt uns zu der Annahme, daß sie zu diesem Zeitpunkt einen so systematischen Plan hegten.)

Nicht so vollständig wie der Darstellung der Tatsachen kann der Schlußfolgerung (conclusion) im letzten Kapitel des Buches (S. 250ff.) zugestimmt werden.

In einleitenden Worten wird es als ein zu summarisches Verfahren bezeichnet, kurzweg von einer Politik dieser oder jener „Regierung" zu sprechen, da innerhalb jeder Regierung verschiedene Personen mit verschiedenen Meinungen handelnd aufgetreten seien. Nun werden zwar denkende Männer mit selbständigem Urteil nicht in jedem Stadium einer wochenlangen Krise genau dieselbe Ansicht haben, aber schließlich kommt es nur darauf an, welche Auffassung jeweils sich durchgesetzt hat. Da kann nun kaum bestritten werden, daß auf deutscher Seite die endgültige Entscheidung jedesmal durch den Reichskanzler getroffen worden ist. Renouvin stimme ich darin bei, daß es „nicht der Kaiser war, der die Verhandlungen in der Hand hatte" (S. 251), woraus auch folgt, daß manchen Randbemerkungen keine allzu große Bedeutung beigelegt werden sollte. Anders steht es um die Behauptung, daß Herr von Tschirschky seine Instruktionen mitunter in einer die Kritik herausfordernden Weise ausgeführt habe. Professor Pekar, Prag, vertritt die gerade entgegengesetzte These, der Botschafter sei durch seine Instruktion wider seinen Willen zu schroffer Haltung gezwungen worden. Die bis jetzt bekannten Dokumente geben weder für die eine noch für die andere Anklage einen Beleg.

Wenn man die Frage der Meinungsverschiedenheiten innerhalb desselben Lagers berührt, so genügt es wohl nicht, auf französischer Seite lediglich die „Verheimlichungen" (réticences) Paléologues anzudeuten, vielmehr besteht meines Erachtens gerade dort ein grundsätzlicher schicksalsschwerer Widerspruch. Der stellvertretende Außenminister Bienvenu-Martin wünschte aufrichtig die Lokalisierung des österreichisch-serbischen und damit die Vermeidung des allgemeinen Krieges. Aber das Stirnrunzeln Petersburgs schüchterte ihn ein, und am 29. Juli nach der Landung in Dünkirchen orientierten der ganz anders denkende Poincaré und der in dessen Bann stehende Viviani die französische Politik im Sinne unbedingter Unterstützung Rußlands. Dort drängten der Generalstabschef und die hinter diesem stehenden einflußreichen Kreise von Anfang an zum Kriege, während dahingestellt bleiben mag, zu welchem Zeitpunkt Sasonow dafür gewonnen wurde. In London hinwiederum ist die einheitliche Leitung wohl unzweifelhaft. Grey mußte zwar vorsichtig operieren, um außer Asquith und

Churchill auch die übrigen Mitglieder des Kabinetts für das unbedingte Zusammengehen mit Rußland und Frankreich zu gewinnen, aber während der ganzen Zeit war es doch der Staatssekretär des Auswärtigen, der die Fäden in der Hand hielt.

Die Beurteilung des Ursprungs und Verlaufs der Krise wird sodann in drei Abschnitte gegliedert.

I.

„Das Attentat von Sarajevo war der Anlaß, der zum dritten Male während eines Jahrzehnts Oesterreich und Rußland einander gegenüberstellte" (S. 252).

Die Aspirationen der Südslawen bildeten die ernsteste aller Gefahren, von denen die Donaumonarchie bedroht war. Die Schwäche Oesterreichs erfüllte auch Deutschland mit Sorge. Daher der österreichische Entschluß zum Kriege gegen Serbien, daher die deutsche Zustimmung dazu. Beide Mächte würden sich mit diesem beschränkten Erfolge begnügt haben und hegten keinen Wunsch nach einem europäischen Kriege (S. 253). Sie nahmen jedoch das Risiko eines großen Krieges auf sich, wobei sie zudem auf die Neutralität Englands rechneten (S. 254).

Zwischen dem lokalisierten Kriege und der russischen Intervention, die zum europäischen Kriege führen mußte, gab es eine dritte Lösung, nämlich diplomatische Unterhandlungen. Entweder direkte Besprechungen, zu denen Sasonow bereit war, oder die Beilegung des österreichisch-serbischen Falles durch die Großmächte. Aber die Zentralmächte widersetzten sich beiden Lösungen: Oesterreich verweigerte die direkten Besprechungen, Deutschland die Konferenz. Durch die, vom militärischen Standpunkt wegen fehlender Bereitschaft der Truppen zwecklose Kriegserklärung an Serbien bekundete Oesterreich, daß es sich durch diplomatische Mittel nicht aufhalten lassen wolle. Durch Zulassung dieser Kriegserklärung zeigte sich Deutschland vollkommen einverstanden (accepte de plein gré) mit der Eventualität der russischen Intervention und des europäischen Krieges, um so mehr, als es noch immer auf die Neutralität Englands rechnete (S. 255).

Diese Argumentation, die später durch den Satz abgeschwächt wird, daß Deutschland — am 27. Juli so wenig wie am 5. — um jeden Preis einen allgemeinen Krieg hervorrufen wollte (S. 256), kann nicht als stichhaltig anerkannt werden, insbesondere aus folgenden drei Gründen:

a) Nicht nur Sasonow war zu direkten Besprechungen bereit, sondern diese wurden auch von Deutschland begrüßt und begünstigt, dessen Botschafter ja die erste Anregung dazu gegeben hatte. Auch Oesterreich ging darauf ein, wennschon über den Inhalt des Gedankenaustausches verschiedene Auffassungen in Wien und Petersburg sich geltend machten. Auf die, den Tatsachen widersprechende Beschwerde Sasonows, daß Graf Berchtold diese Besprechungen verweigere, hat dann die deutsche Politik einen unter Bundesgenossen beispiellos scharfen Druck auf Wien ausgeübt.

b) Daß der Konferenzvorschlag eine „unbestreitbare Schwenkung" der englischen Haltung bedeutete, hat Renouvin selbst zugestanden (S. 71). Heute wissen wir, was beim Erscheinen des französischen Buches noch nicht bekannt war, daß Grey diese Schwenkung aus einer nicht zu rechtfertigenden Nachgiebigkeit gegen Sasonow vornahm, der sich jede Mahnung zur Mäßigung in Petersburg verbeten und damit den ersten englischen Vorschlag einer „Vermittlung zu Vieren" abgelehnt hatte.[3])

c) Deutschland hat den Fehler, die militärisch zwecklose Kriegserklärung an Serbien zuzulassen, wieder gut gemacht durch die noch vor Bekanntwerden des Absendens der Kriegserklärung beschlossene Anregung, daß die militärischen Operationen sich auf die Besetzung von Belgrad und Umgebung als „Faustpfand" beschränken sollten.

II.

1. Die russische Teilmobilmachung vom 29. Juli ist „eine schwerwiegende Initiation, denn als erste Macht appelliert Rußland an die Gewalt, um die Wiener Regierung an der Ausführung ihres Programms zu hindern" (S. 256).

Renouvin versucht, den Appell an die Gewalt zu rechtfertigen. Die Mobilisierung habe den „Charakter einer Replik", da infolge der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien Sasonow „nicht mehr auf eine wirksame Intervention der Großmächte rechnen konnte" (S. 257).

Wenn aber Sasonow nicht mehr auf solche Intervention rechnete, dann konnte er auch nicht mehr aufrichtig an Kon-

[3]) Siehe die Ausführungen des „Daily Herald" vom 5. Oktober 1925, übersetzt in „Die Kriegsschuldfrage" Novemberheft S. 781 ff.

ferenz, Schiedsgericht und Formeln glauben. Grey war bekanntlich anderer Ansicht. Er glaubte auch n a c h der Kriegserklärung an Serbien an die Möglichkeit wirksamer Intervention und machte sich am 29. Juli die tags vorher von Deutschland gegebene Anregung „Halt in Belgrad" zu eigen. Wahrscheinlich würde damit der Weg für eine Einigung frei gewesen sein, wenn die russische Mobilisierung ihn nicht versperrt hätte.

Das französische Urteil geht ferner an der Tatsache vorüber, daß Rußland, entgegen seiner mit Absicht irreführenden Ankündigung, schon am 29. die a l l g e m e i n e Mobilmachung angeordnet hatte, deren Ausführung nur durch einen deutschen Friedensschritt verhindert wurde.

2. Die a l l g e m e i n e r u s s i s c h e M o b i l m a c h u n g vom 30. Juli ist „eine noch wichtigere Initiation". Sie mußte in Deutschland, wie dieses schon am 27. angekündigt hatte, eine „sofortige Entgegnung" und als weitere Folge die „französische Mobilmachung" hervorrufen. Es handelte sich um eine r u s s i s c h e Entscheidung. Es ist jedoch „möglich, ja wahrscheinlich", daß die Zusicherungen Frankreichs und die persönliche Haltung Greys vom Petersburger Kabinett als „Ermutigung" zu dieser Entscheidung aufgefaßt worden sind.

Dieses Urteil über die Schuld Rußlands, die Mitschuld Frankreichs und Englands, ruht fest auf dem Boden des darstellenden Teils des Buches, wo folgende Sätze mit der deutschen These „russische allgemeine Mobilmachung gleich Krieg", so gut wie völlig übereinstimmen: „Damit (mit der russischen Mobilmachung) hatten die Militärs das Wort. Die Regierungen waren, ob sie sich dessen bewußt waren oder nicht, den Generalstäben gegenüber nicht mehr frei" (S. 161/162). Daß die Kriegserklärung nur eine Formalität sei, das „scheint der Standpunkt der Generalstäbe und auch der Regierungen in ihren geheimen Ueberlegungen zu sein" (S. 181).

Im Schlußkapitel stehen indessen Behauptungen, welche die Verantwortung für Abbruch der vermittelnden Unterhandlungen auf Deutschland abzuschieben versuchen. „Nicht die allgemeine Mobilmachung Rußlands hat die Anstrengungen Bethmann Hollwegs zu nichte gemacht. Bevor die Entscheidung des Zaren bekannt wurde, war das deutsche Einlenken (revirement) zu Ende und die Politik des Kanzlers gescheitert" (S. 260). Zwei Tage habe Bethmann dem Drängen des Generalstabes widerstanden, am Abend des 30. Juli jedoch sei er unterlegen. „Er

sistiert die energischen Instruktionen,[4]) die er an demselben Abend an Tschirschky geschickt hatte, und beschränkt sich darauf, etwas später Abschrift eines Telegramms des Königs von England, das für eine direkte Aufforderung keinen Ersatz bieten kann, nach Wien zu schicken" (S. 261).

Warum aber, so muß man einwenden, hat denn der deutsche Generalstab auf rasche Entscheidung gedrängt? Eben wegen der allgemeinen russischen Mobilmachung. Renouvin selbst hat die Worte angeführt, die Moltke gegen Mitternacht zu Oberstleutnant von Haeften spricht: „Wir haben zwei glaubwürdige, von einander unabhängige Nachrichten, daß in Rußland die allgemeine Mobilmachung der ganzen bewaffneten Macht schon angeordnet ist" (S. 162). Die Ursache der Sistierung des einen Telegramms war sonach die „Initiation" Rußlands, über die man im Generalstab zutreffend unterrichtet war. Dazu kommt, daß trotz Aufhebung der einen Instruktion die Vermittlung des Kanzlers noch keineswegs zu Ende war. Enthielt das Telegramm König Georgs keine Mahnung zum Frieden? War die Weitergabe solcher Mahnung keine Vermittlung? Hat nicht Staatssekretär von Jagow kurz vor Mitternacht dem russischen Botschafter die Vermittlung nahegelegt?[5])

Renouvin wirft dann die Frage auf, ob es denn richtig sei, daß der Mobilmachungsbefehl die russische Regierung in die Rolle des „Angreifers" versetzt, und daß die Ausführung des Befehls „unfehlbar" den Krieg nach sich gezogen habe. Die Antwort lautet (S. 262): Nach der Auffassung der Unterhändler über die französisch-russische Allianz würde eine allgemeine russische Mobilmachung gegen Oesterreich allein bedeutet haben, daß Rußland „in Europa die Rolle des Angreifers übernimmt". Auch habe im Gedankengang der französischen und englischen Staatsmänner 1914 die Priorität der österreichi-

---

[4]) Die Mehrzahl darf nicht so gedeutet werden, als ob mehrere Instruktionen an Tschirschky sistiert worden wären. Es handelt sich nur um Dokument 441, alle anderen Weisungen blieben in Kraft.

[5]) Chronologisch unhaltbar ist der vielleicht auf einen Druckfehler zurückzuführende Satz: „In dem Augenblick, da die Regierung des Zaren die allgemeine Mobilmachung beschloß, war das Los der Vermittlung schon entschieden" (S. 261). Spätestens 4 Uhr (= 3 Uhr deutsche Zeit) Entschluß des Zaren (S. 146). Zwei Stunden später Sitzung des Preußischen Staatsministeriums, wo beschlossen wird, „keine große militärische Entscheidung zu treffen" (S. 124). 7 Uhr abends Telegramm Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Josef, endlich 9 Uhr die später aufgehobene Instruktion an Tschirschky (S. 138).

schen allgemeinen Mobilmachung, an die man damals glaubte, (richtiger wäre: zu glauben vorgab), einen Stützpunkt der Anklage gegen die Zentralmächte gebildet. Während der Verhandlungen über die französisch-russische Militärkonvention sei ferner ausdrücklich vereinbart worden, daß die Mobilmachung Deutschlands oder Oesterreichs als sicheres Zeichen der Feindseligkeiten anzusehen sei. „Die Mobilmachung ist die Kriegserklärung." Mit diesen Worten Generals Boisdeffre sei jedoch nicht gesagt, daß die russische Mobilmachung in den Augen Frankreichs einer Kriegserklärung gleichkomme, und daß Frankreich und Rußland 1914 zur sofortigen Eröffnung der Feindseligkeiten verpflichtet gewesen wären. „Der Satz besagt nur, daß die französischen Generale und Politiker von 1892 und 1893 die Mobilmachung ihrer eventuellen Gegner als das offenkundige Anzeichen einer Angriffsabsicht ansahen. Ist es nun aber nicht gerecht, dieselbe Argumentation auch gegenüber dem Rußland von 1914 anzuwenden?"

Nach dem hier und in früheren Kapiteln Ausgeführten könnte man etwa nachstehende Fortsetzung erwarten: Wenn die französischen Generale und Politiker von 1892/93 und ebenso deren Nachfolger, die ja die einschlägigen Verhandlungen genau kannten, berechtigt waren, die Mobilmachung der Gegner als offenkundiges Anzeichen einer Angriffsabsicht anzusehen, dann sind auch die deutschen Generale und Politiker berechtigt, die Mobilmachung der Gegner Deutschlands ebenso anzusehen. Wenn ferner die russische Mobilmachung in Deutschland eine „unverzügliche Antwort" hervorrufen muß (S. 258), die nach den strengsten pazifistischen Grundsätzen nichts anderes sein kann als die deutsche Mobilmachung, und wenn diese deutsche Mobilmachung auf Grund des Bündnisvertrages als „Kriegserklärung" angesehen werden muß, dann kommt doch auch der russischen Mobilmachung genau dieselbe Bedeutung zu.

Statt solcher Fortführung des Fadens kommt indessen der Einwand: „Aber Sasonow hat sich wohl gehütet, diese Angriffsabsichten (die man aus der russischen Mobilmachung folgern könnte) zu bekunden" (S. 262). Der Minister des Zaren habe weiter verhandelt. Von diesen Verhandlungen muß jedoch meiner Ansicht nach das eigene Wort Sasonows gelten, das er schon am Vormittag des 30. Juli gesprochen hat: „Das Werk der Diplomatie ist zu Ende" (S. 144). Es muß gelten das Urteil Renouvins: „Glauben sie (die weiter verhandelnden Regierungen Rußlands und Oesterreichs), daß eine friedliche Lösung

möglich sei? ... Die Regierungen waren, ob sie sich dessen bewußt waren oder nicht, den Generalstäben gegenüber nicht mehr frei" (S. 161/162).

III.

Der dritte Abschnitt des letzten Kapitels beschäftigt sich mit dem deutschen Kriegsplan, der zu einem überstürzten Beginn der Feindseligkeiten genötigt habe. Es konnte selbstverständlich nicht die Aufgabe des Renouvinschen Buches sein, zu erörtern, ob ein anderer Plan und welcher Plan militärisch möglich gewesen wäre. Auch hier soll auf diese Frage nicht eingegangen, sondern nur erwähnt werden, daß die Notwendigkeit raschester Eröffnung der Feindseligkeiten im Westen nicht auf dem — völkerrechtlich nicht zu billigenden — Durchmarsch durch Belgien, sondern auf dem, auch vom rein militärischen Standpunkt wenig glücklichen Gedanken beruhte, den Angriff auf die Festung Lüttich als Handstreich mit noch immobilen Truppen, ohne schwere Artillerie, zu versuchen. Die Uebereilung war um so bedauerlicher, als nach einem Telegramm Iswolskys vom 2. August die französische Regierung beabsichtigte, beim Zusammentritt der Kammer am 4. August, in einseitiger Darstellung der auf beiden Seiten begangenen zahlreichen, aber an sich unbedeutenden Grenzverletzungen zu erklären, daß infolge deutscher Angriffe auf französisches Gebiet der Kriegszustand zwischen beiden Staaten eingetreten sei.

Sehr dankenswert ist, daß Renouvin stark hervorhebt, wie wenig Kaiser und Kanzler den Ausbruch der Katastrophe als „frischen fröhlichen Krieg" begrüßten. „Der Optimismus, den sie um sich zu verbreiten gezwungen waren, entsprach nicht ihrer innersten Ueberzeugung" (S. 265). Dieses loyale objektive Urteil erledigt alle die böswilligen Schlüsse, die aus manchen tatsächlichen und vielen erfundenen Aeußerungen deutscher Politiker und deutscher Generale, die noch mehr als die Politiker den Optimismus verbreiten mußten, in der Zeit der Kriegspsychose gezogen worden sind.

*

Zum Schlusse bemerkt Renouvin, daß bei Feststellung der Verantwortung die einen nach äußeren Merkmalen, wie Mobilmachung und Kriegserklärung, urteilen, während andere den „Angriffswillen an sich" festzustellen suchen. Heute nun neige die öffentliche Meinung dazu, den Angriffswillen in Zurück-

weisung von Schiedsgericht und diplomatischem Kompromiß zu erblicken. Diese Zurückweisung falle den Zentralmächten zur Last.

Ein zuverlässigeres Merkmal für den Angriffswillen scheint mir jedoch das politische Ziel des kriegführenden Staates zu sein. Oesterreich wollte einen lokalen Krieg, den es zu seiner Selbsterhaltung für nötig erachtete, einen lokalen Krieg mit defensivem politischen Zweck. Rußland entfesselte den allgemeinen Krieg, weil es starrsinnig die Rolle des Protektors über einen Staat beanspruchte, der heute von seinem Schutzherrn nichts mehr wissen will; und es maßte sich diese Protektorrolle an zum Zwecke eines territorialen Gewinnes, den ihm heute die eigenen Kriegsgefährten von 1914 nicht mehr zugestehen wollen.

Nicht im Juli 1914 durch Handlungen Oesterreichs hat die „diplomatische Provokation" begonnen, sondern im Juni durch das Attentat, das serbische Offiziere und Beamte organisiert und geleitet haben, von dem die serbische Regierung gewußt, vor dem sie aber nicht in wirksamer Weise gewarnt hat.

Wenn ich es unternommen habe, alle Nüancen der Beurteilung ebenso eingehend zu besprechen wie vor einigen Monaten die Uebereinstimmung hinsichtlich der wichtigsten Tatsachen, so ist das geschehen, nicht um Meinungsverschiedenheiten zu vertiefen und zu verschärfen, sondern in der Auffassung, daß ein so gerecht und maßvoll denkender Forscher wie Pierre Renouvin, dessen Ruf mit Recht weit über die Grenzen seines Vaterlandes reicht, den Anspruch darauf hat, daß jedes seiner Urteile genau erwogen werde.

Zustand drohender Kriegsgefahr.

Ueber die Bedeutung des Zustandes drohender Kriegsgefahr herrscht nach unseren Beobachtungen im Ausland noch vielfach eine falsche Vorstellung. Die Zentralstelle hat daher das Reichsarchiv gebeten, ihr die Bestimmungen über die Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr zur Veröffentlichung mitzuteilen.

Wir geben hiermit das Schreiben des Reichsarchivs im Wortlaut wieder und hoffen, daß damit die Legende, daß die Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr gleichbedeutend mit einer Anordnung der allgemeinen Mobilmachung gewesen sei, als abgetan angesehen werden kann.

Wir wären sehr dankbar, wenn uns von französischer Seite der Wortlaut der Bestimmungen zugeschickt werden könnte, die vom französischen Kriegsministerium bei Anordnung der „Ordre de départ en couverture" erlassen worden sind. Die „Ordre de départ en couverture" entspricht etwa der Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr, geht aber nach unserer Auffassung über die entsprechenden deutschen Anordnungen hinaus, da auf Grund dieser Ordre bereits das II., VI., VII., XX. und XXI. französische Armeekorps mobil gemacht wurden. Diese Ordre wurde bereits am 30. 7., 4[55] nachmittags, mithin 21 Stunden vor Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr in Deutschland, der am 31. 7., 1 Uhr mittags befohlen worden ist, erlassen. *Die Schriftleitung.*

Der Präsident des Reichsarchivs.

(Bitte in der Antwort Nummer und Betreff anzugeben.)
Nr. 15310/Z. 25.

Potsdam, den 14. November 1925.
Auf dem Brauhausberg.

An die

Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen,

Berlin.

Zum Schr. vom 21. Okt. 1925 Nr. 547/25 B/Jae.
Betr.: Die Bedeutung der Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr.

Die Bedeutung der Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr ergibt sich aus dem § 20 B des Mobilmachungsplanes für das deutsche Heer und in den in der Anlage J zum Mobilmachungsplan beigegebenen Dienstvorschriften für die Regelung des Verkehrs bei drohender Kriegsgefahr. § 20 B hat folgenden Wortlaut:

Bei drohender Kriegsgefahr.

Es sind folgende Maßnahmen zu treffen:

a) Schutz der wichtigsten Eisenbahnkunstbauten in allen Korpsbezirken.

b) Bekanntgabe des Merkblattes an die Presse in allen Korpsbezirken. (Das Merkblatt enthält eine kurze Uebersicht über militärische Maßnahmen und Tätigkeit, deren Veröffentlichung durch die Presse zu vermeiden wäre.)

c) Zurückberufung der auf Urlaub befindlichen Personen des aktiven Dienststandes bei allen Armeekorps.

d) Zurückberufung der aus den Standorten abwesenden Truppen bei allen Armeekorps.

e) Regelung des Verkehrs nach der Vorschrift in Anlage J Dienstvorschrift für die Regelung des Verkehrs. (Die Vorschrift enthält Bestimmungen über die Ueberwachung des Post-, Telegraphen-, Fernsprech-, Funken- und Eisenbahnverkehrs, besonders Ueberwachung des Postverkehrs usw. nach dem Ausland, sowie Einstellung des Privatgüterverkehrs in den Grenzgebieten.)

f) Ausführung der vorgesehenen Grenzschutzmaßnahmen (Grenz- und Bahnschutz).

g) Ueberführung der für den Schutz der Nordseeinseln bestimmten aktiven Truppen, des Artilleriegeräts, der Munition und des Verpflegungsbedarfs nach den Inseln.

h) In den Grenzbezirken außerdem

   a) Deckung der Eisenbahnen, Sicherung großer Brücken und wichtiger Eisenbahnknotenpunkte, der Luftschiffhallen und Luftschiffwerften und der für das Luftfahrwesen und den Funkenverkehr wichtiger Anlagen gegen Zerstörungsversuche — auch aus feindlichen Luftfahrzeugen —,

   b) Rückführung der transportfähigen Kranken, deren Wiederherstellung nicht in wenigen Tagen zu erwarten ist, aus den Grenzgarnisonen in weiter rückwärts gelegene Garnisonen.

Erfolgt vor ausgesprochener Mobilmachung ein feindlicher Einfall oder ist zu erkennen, daß ein solcher unmittelbar bevorsteht, so hat der kommandierende General alle Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, um die Gestellung aller

dienstpflichtigen Mannschaften und für tauglich befundenen Militärpflichtigen, sowie aller brauchbaren Pferde aus den bedrohten Bezirken nach rückwärtigen Orten herbeizuführen und zu sichern. Auch hat er dafür zu sorgen, daß die Hilfsmittel des eigenen Landes nach Möglichkeit dem Feinde entzogen werden, so vor allem die in Magazinen niedergelegten Verpflegungsbestände, die staatlichen Kassen, die Betriebsstoffe für Kraftfahrzeuge. Nötigenfalls sind Vorkehrungen für ihre Vernichtung zu treffen.

Die Räumung bedrohter Bahnstrecken veranlaßt er durch Vermittlung der Militär-Eisenbahnbehörden und unterstützt sie auf Anfordern tatkräftig.

Gleichzeitig mit dem Erlaß der Anordnung über drohende Kriegsgefahr sollte gemäß § 6 des Mobilmachungsplanes für das deutsche Heer die Erklärung des Kriegszustandes (§ 68 der Reichsverfassung) erfolgen.

Der Zustand drohender Kriegsgefahr ist 1914 durch AKO. vom 31. Juli 1914 mit folgendem Wortlaut erklärt worden:

Ich bestimme hiermit: Die für den Zustand drohender Kriegsgefahr vorgesehenen Maßnahmen sind durchzuführen.

gez. Wilhelm (R.)
ggez. v. Bethmann Hollweg.

Dieser AKO. ging am 26. Juli 1914 ein Erlaß des Herrn Reichskanzlers, Reichsamt des Innern I M. 562/14, voraus, durch den bestimmt wurde, daß bei drohender Kriegsgefahr das ganze Reichsgebiet in den Kriegszustand erklärt wird und die vollziehende Gewalt auf die Militärbefehlshaber überging. Wie die im Falle der drohenden Kriegsgefahr durchzuführenden Sicherungs- und Schutzmaßnahmen ausgeführt werden sollten, wurde durch die Erlasse des Kriegsministeriums an die kommandierenden Generale vom 12. Januar 1911, M. J. 13980/10 A 1 und vom 31. März 1911, M. J. 380/11 A 1 geregelt.

gez. von Mertz.

State of Threatening Danger of War.

In various quarters abroad a wrong notion apparently prevails as to the meaning of the German term „Zustand drohender Kriegsgefahr" (State of Threatening Danger of War). The Central Office for the Investigation of the Causes of the War has therefore approached the Reichsarchiv with a request for information concerning the actual procedure observed in connection with the issuing of the order proclaiming the „state of threatening danger of war".

We publish below the text of the letter received from the Reichsarchiv in response to this request, and we hope that this communication will serve to show the mistake of assuming that the order proclaiming a „state of threatening danger of war" is synonymous with an order for „general mobilisation."

We should in this connection be extremely grateful if the French authorities would supply us with the text of the regulations observed by the French Ministry of War in connection with the issue of the „Ordre de départ en couverture". This Ordre de départ en couverture approximately corresponds to the German order proclaiming the „Zustand drohender Kriegsgefahr". The French „Ordre", however, as far as we can judge, is more farreaching than its German countertype, inasmuch as it was by virtue of this Ordre de départ en couverture that the II, VI, VII, XX and XXI French Army Corps were mobilized. The Ordre de départ in question was issued as early as 4.55 p. m. on July 30, or twenty-one hours in advance of the order proclaiming a „state of threatening danger of war" in Germany, the latter not being promulgated till 1 p. m. on July 31.

The Editor.

The President of the Reichsarchiv.

No. 15310/Z. 25. Potsdam, 14th Nov. 1925.
Auf dem Brauhausberg.

To the
Central Office for the Investigation of the Causes of War.

In reply to letter dated 21st Oct. 1925.
No. 547/25 B/Jae. concerning the meaning
oft the Order for the State of Threatening
Danger of War.

The meaning of the Order proclaiming a State of Threatening Danger of War becomes clear from Par. 20 B of the Plan of Mobilisation for the German Army and from the Service Regulations contained in Supplement J appended to the Plan of Mobilisation for the Ordering of Traffic in case of Threatening Danger of War. Par. 20 B runs as follows:

In Case of Threatening Danger of War.

Measures are to be taken as follows for:

a) The proxection of the most important railway lines, bridges, etc. in the various Army Corps Districts.

b) The issue to the Press in all Army Corps Districts of the Special Memorandum. The Special Memorandum contains a brief summary of the various military measures and activities concerning which the Press is to remain silent.

c) The recall of all persons on the active list of any Army Corps who are on leave of absence.

d) The recall of troops that are absent from their garnison towns. This applies to all Army Corps without exception.

e) The regulation of the traffic according to the rules laid down in Supplement J, entitled Service Regulations for the Ordering of Traffic and Postal Communications. (These regulations contain rules concerning the supervision of postal, telegraph, telephone, wireless and railway intercourse, especially in the case of postal communication with foreign countries and the stopping of private goods traffic in the frontier districts.)

f) The carrying out of measures prescribed for the protection of the frontiers (Protection of boundaries and railroads).

g) The transfer to the North Sea Islands of the active troops charged with the protection of these islands; transfer to the islands of the artillery equipment, ammunition and commissiariat stores.

h) In the frontier districts additional measures are to be taken for

   a) The protection of the railway lines, the safeguarding of big bridges and important railway junctions, of airship sheds and docks and of all plant important in connection with aviation and wireless communication against attempts to bring about their destruction—also when such attempts proced from hostile aeroplanes.

   b) The transport of all sick persons who can safely be moved from the frontier garrisons to garrisons lying further to the rear, provided their restoration to health is not to be expected within a few days.

Should a hostile raid take place before mobilisation has been proclaimed or if there is reason to believe that such a raid is immediately impending, the commanding general is to take any steps that may be necessary for the calling up of all men liable for military service and of all men of military age who are physically fit. He will also take measures for securing the transport of all serviceable horses from the threatened area to safer localities in the rear. He has also to take measures for the withdrawal out of reach of the enemy, so far as is possible, of the resources of the country, especially of commissariat stores collected at the depôts, of State money-chests and of fuel for motor vehicles. If necessary measures are to be taken for the destruction of these objects.

The general in command is to carry out the evacuation of threatened railway lines with the aid of the military railway authorities and is to afford the latter energetic support should they ask for assistance.

According to Par. 6 of the Plan of Mobilization for the German Army, the declaration of a State of War (Par. 68 of the German Constitution) should take place simultaneously with the issue of the Order proclaiming Danger of War. In 1914 the State of Threatening Danger of War was declared by an Army Order dated 31st July 1914, running as follows:

I herewith ordain that the measures prescribed for the State of Threatening Danger of War be put into execution.

Signed Wilhelm (R.)
Countersigned v. Bethmann Hollweg

This Army Order was preceded on 26th July 1914 by an Order issued by the Chancellor from the Reichsamt des Innern I M. 562/14, directing that in the case of threatening danger of war the whole territory of the Reich should be declared in a state of war and that the executive power should pass immediately into the hands of the military commanders. The manner in which the various protective and safety measures to be taken in the case of threatening danger of war were to be carried out was laid down in the orders issued by the Ministry of War to the commanding generals, dated 12. January 1911, M. J. 13980/10 A 1 and 31. March 1911, M. J. 380/11 A 1.

Signed: von Mertz.

MONATSBERICHT.

Presseschau, aus Zeitschriften.

AMERIKA.

The Daily Hampshire Gazette.
12. December 1925.

SPEAKS ON CAUSES OF WORLD WAR.

Prof. Fay, Addressing Progressive Club, Gives Four Underlying Causes of Conflict

NOT ONLY GERMANY BLAMED.

The Hampshire County Progressive club held its first meeting of the season, as a club, (the two previous being public meetings) on Sunday evening at the People's Institute. Professor Sidney B. Fay of Smith college gave an informal address on the causes of the World War. It was followed by a prolonged and lively discussion in which a number took part. There was an excellent attendance. The president, Mrs. John B. Dickson, announced that the club had now approximately a hundred and twenty-five members.

Professor Orton introduced Professor Fay, as needing no introduction to a Northampton audience, and stated that the necessity would be no greater were the audience composed of intelligent Europeans, since Professor Fay is widely recognized abroad as one of the most distinguished of the American scholars whose researches into the causes of the European War are assuming an ever increasing significance. However calmly, we, in America, may regard the question of war guilt, in Europe it is not only a subject of supreme interest but of practical polities.

So vast is the new documentary material, which has come to light in Germany, Austria, Russia, within the last two years, resulting from the overthrow of the older governments in these countries, and the desire of the existing regimes to throw discredit upon the old—so far back into the past do the threads of diplomatic entanglements go, (Professor Fay smilingly suggested that one should begin properly with the rule of Charlemagne,)—so involved and intricate and delicate is the weighing of evidence, that to present adequately the sources of one's conclusions would require the whole of three evenings at least, instead of the small space of an hour.

Historical opinion has passed through three phases, the first, the period during the war from July, 1914, to the Peace Conference in 1919, when conviction was general, outside of Germany, that Germany plotted the war. This impression was aided by the publication of Germany's so-called White Book, August 3rd, 1914, containing 27 documents, designed to prove that Germany was fighting a war of protection. The book left out all the diplomatic interchanges between Berlin and Vienna, and for that reason was naturally discredited. Then came Austria's Red Book with 69 documents. On August 4th, Viscount Grey laid before Parliament the British Blue Book containing 161 documents, which had every evidence of completeness and impartiality. The French Yellow Book followed and the Russian Orange Book. This was the material available during the war.

From Germany in 1919 came the Kautsky documents, 1123 in number, in place of the original 27 and translated directly into English. Telegrams

during the critical days of July and August are arranged in chronological hourly orders. Also a new Austrian Red Book of 352 instead of 69 documents, also Bolshevik documents, showing falsefications in the original Russian Orange Book and the French Yellow Book. Besides there has been a flood of memoirs mostly from German, Austrian, and Russian side. This constituted the second phase, the assorting and appraising of this materials.

Now during the first phase it was easy and natural to make out a strong case against Germany, and many legends arose having the authority of highly respectable people. A notable instance is the story of the Potsdam Conference, as related by our ambassador to Constantinople, Mr. Morganthau. On page 83 of his book he tells how the Potsdam Conference, a secret gathering of nearly all the German ambassadors, Tirpitz, Moltke, bankers, captains of industry, and all who were necessary for Germany's war preparation, assembled July 5 by order of the Kaiser, who asked "Are you ready?" The bankers replied that they desired a delay of two weeks, in order to convert Germany's securities into cash. This was granted and the conference dispersed. Every effort was made to lull Europe into a sense of false security pending the final preparations which culminated in the ultimatum of July 25, Mr. Morganthau states that the conference was described to him, one afternoon in August, when the outlook for Germany in the war was most favorable, by one who was present, the German ambassador at Constantinople, Wangenheim. In corroboration of this story he cites the slump in the New York stock market between July 5th and July 22nd, showing that Germany was secretly unloading her securities. United States Steel fell from 61 to 50 1-2. This story has been translated into several languages and became one of the main pieces of evidence, used to prove German responsibility.

We now know it is a complete myth. There was never any Potsdam Conference. The persons purported to have been present have all furnished alibis. As for the corroboration, United States Steel never fell below 59 during that period and closed higher at the end than at the beginning.

In every war there is the immediate occasion, the spark which ignites the conflagration, and the underlying causes. Historical research has now entered into its third phase, the study of the underlying causes of the World War.

This involves the diplomatic history of Europe from 1870 on. Germany has already set about making a clean breast of her own diplomatic history during that period. Bismarck's most secret papers, which he never dreamed would see light, are now available. The work is monumental, fifty volumes are projected, already thirty volumes completed, bringing the account down to 1908.

After the Franco-Prussian War Bismarck, anticipating France would eventually seek revenge for her loss of prestige and her loss of Alsace-Lorraine, instituted the Triple Alliance for defensive purposes, Germany, Austria, and Italy. To offset it and also at first for purely defensive reasons the Triple Entente came into being composed of France, England and Russia. Professor Fay considers the first of the underlying causes of the World War to be this system of secret alliances and secret agreements although he adds the system did preserve the peace of Europe for thirty years.

The second underlying cause is militarism and navalism, the evil of large standing armies causing anxiety and suspicion abroad and a terrible economic burden at home, hair trigger mobilization, instigated by the

military authorities when the least pressure is felt. It is a question whether the Czar or the Kaiser could have halted mobilization when it was once under way. It is utterly false, he declared, the belief that Germany, armed to the teeth, fell upon an unsuspecting world. The best French and German authorities agree that the French army was slightly larger than the German army. If you take into account the military effort, France's was in excess of Germany's, but of course Germany had the larger reserve owing to her larger population.

Industrial imperialism he named as the third underlying cause, the economic competition of all great countries for the raw materials and markets of the World, involving the investment of capital abroad, the building of great railways for strategic and economic purposes. In this he considers one country about as responsible as another.

And as the last underlying cause he cites the growth of nationalism, the desire of people of a common race for a common government. This feeling, developing out of the ideals of the French Revolution, has been most keen for years in Austria and the Balkan Peninsula. It is difficult to see how the Austrian omelette of seven or eight self-conscious nationalities could have been unscrambled short of war. As for the other three underlying causes, the system of secret alliances, militarism and navalism, and industrial imperialism, while contributing factors, none of them individually made war inevitable.

In conclusion he treated in some detail the immediate occasion of the war, the murder of the Austrian Archduke on June 28, 1914, the fact that the Serbian Cabinet knew of the plot three weeks in advance, but took no steps to prevent its being carried out, the fact that it was not the first of Serbian assassinations. Germany's sympathy for Austria was natural and was intensified by the personal friendship of the Kaiser for the murdered Archduke, (he had paid him a visit only two weeks before). However, it was assumed in both countries that the war would be only a local one. Of course it was a colossal blunder on the part of Germany to give Austria a blank check to carry out her project with regard to Serbia. She realized this and tried to recall it when it was too late. We know now that Germany sent a series of nine telegrams of increasing vehemence to Austria in protest after her ultimatum to Serbia, and that these were not answered for more than sixty hours. It was France's encouragement to Russia in her Balkan ambitions from 1912 on, her assurance of aid if Russia went to the assistance of Serbia, which precipitated the World War. For it was Russian mobilization, not Germany's declaration of war, which changed the conflict from a local one, to one of world-wide dimensions.

Professor Fay does not exonerate Germany from all blame. He does maintain however, that the assumption that "The war was premeditated by the Central Powers, together with their Allies. Turkey and Bulgarica, and was the result of acts deliberately committed in order to make it unavoidable," as stated in article 231 of the Treaty, as utterly false[1]) in view of our present knowledge.

---

[1]) In dem uns übersandten Exemplar war das hier gesetzte Wort durchgestrichen und dafür in Bleistift „false" eingesetzt.

(Anmerkung der Schriftleitung.)

*

Zwei amerikanische Kriegsschuld-„Forscher".

„Abendpost", Chicago, 17. November 1925, Nr. 272.

Die Chicagoer „Abendpost" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Aufsatz des Gesandten Dr. Friedrich von Wiesner im Oktoberheft „Die Kriegsschuldfrage". Bekanntlich hatte Herr von Wiesner an die beiden Führer der amerikanischen Friedensdelegation in Versailles, Robert Lansing und James Brown Scott die Anfrage gerichtet, von wem ihnen in Versailles der in den amerikanischen Vorbehalten veröffentlichte Auszug aus dem „Dokument Wiesner" mitgeteilt worden sei. Die amerikanische Delegation hatte nur einen Bruchteil des umfangreichen Dokumentes veröffentlicht, ohne auf den weiteren Inhalt auch nur hinzuweisen.

Dazu bemerkt die Chicagoer „Abendpost": „Es ist bedauerlich zugeben zu müssen, daß hier entweder eine unverantwortliche Leichtfertigkeit oder eine bewußte Unterlassung vorliegt. Die österreichische Regierung hat bekanntlich nach dem Attentat nie eine direkte Beschuldigung gegen die serbische Regierung erhoben, sondern nur gewisse Regierungsfunktionäre und einzelne panslawistische Organisationen als Urheber hingestellt. Eben diese Personen sind im Bericht Wiesners genannt, was von der amerikanischen Delegation aber einfach unterschlagen wurde, weil zu Versailles damals eben die Tendenz herrschte, nur belastendes, nicht aber entlastendes Material zu finden. Daß auch bei Lansing und Scott diese Tendenz vorherrschte, darf deshalb angenommen werden, weil es nahezu ausgeschlossen erscheint, daß zwei Delegaten ein Dokument prüfen und dabei einen wichtigen Satz finden und den nächsten ebenso wichtigen aber übersehen können. Es liegt die Möglichkeit vor, daß die amerikanische Delegation nur einen Auszug aus dem Dokument im Besitz hatte, da das Original zu jener Zeit — im Jahre 1919 — im Wiener Archiv unveröffentlicht ruhte. In diesem Falle durfte sie aber mit gutem Gewissen kein abschließendes Urteil abgeben, ohne vorher das ganze Dokument studiert zu haben. Sie hätte dann auch die Pflicht gehabt, den Ursprung ihrer Information zu verifizieren.

Nichts dergleichen ist geschehen. Man setzte sich vielmehr wohlgemut an den grünen Tisch und verfaßte eine Note, die noch über den ersten Beschluß der Gesamtkommission hinausging, und fixierte in Amerikas Namen die Kriegsschuld anscheinend endgültig und natürlich falsch. Man leistete damit den Friedensmachern von Versailles Handlangerdienste, die,

wenn sie bewußt geschahen, woran kaum zu zweifeln ist, nicht anders als schmutzig genannt werden können. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß ein amerikanischer Staatssekretär, Herr Robert Lansing, und der Doctor juris der Heidelberger Universität, James Brown Scott, Präsident des amerikanischen Instituts für Völkerrecht, ihren Namen dazu hergaben."

*

Serbiens Verantwortlichkeit für den Krieg. Von Sidney Bradshaw Fay.

„Freie Welt", 1. und 15. Dezember 1925.

Der Wiener Ministerialrat Leopold Arndt hat den gleichnamigen Artikel, den Prof. Fay im Oktoberheft der New-Yorker „Current History" veröffentlicht hat, ins Deutsche übertragen und gibt die wertvollen Ausführungen Prof. Fays in ihrem vollen Wortlaut wieder. (Vgl. Novemberheft „Die Kriegsschuldfrage" Seite 777.)

*

Oberst House bestätigt.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 13. Dezember 1925, Nr. 586.

Oberst House bestätigt in San Franzisco die Richtigkeit des in der soeben erschienenen Broschüre „England und der Kriegsausbruch" von G. v. Jagow, veröffentlichten Friedensbriefes des Obersten an den damaligen deutschen Kaiser vom 8. Juli 1914.

Wie die amerikanische Presse mitteilt, werden die Erinnerungen von Oberst House bereits im Februar 1926 im Buchhandel erscheinen.

*

DEUTSCHLAND.

Deutsche Stimmen zur Kundgebung der englischen Intellektuellen.

Gegen die große Lüge.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 8. Dezember 1925, Nr. 577.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt in ihrem Kommentar zu dem Appell der englischen Intellektuellen: „Die englische Kundgebung ist ein Aufruf an die Gewissen. Sie ist als

Erfolg der kleinen mutigen Schar englischer Wahrheitsapostel zu betrachten, deren unverzagter Führer im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge Morel gewesen war. Morel hat diesen Anfangserfolg nicht mehr erleben dürfen. Das Andenken an sein einsames, unerschrockenes Ringen wird wieder lebendig in dieser Zeit, in der die ersten Lichtstrahlen durch die Lügennebel brechen."

*

Gegen die Kriegsschuldlüge.

„Vorwärts", 9. Dezember 1925, Nr. 580.

In dem Kommentar des „Vorwärts" heißt es u. a.: „Aus der jahrelangen Arbeit an der Aufhellung der Kriegsschuldfrage hat sich im Auslande mehr und mehr die Ueberzeugung verbreitet, daß die Versailler Kriegsschuldthesen sich nicht aufrecht erhalten lassen. Im Vertrauen auf diese Entwicklung außerhalb Deutschlands hat im letzten Jahr die verständige Volksmehrheit in Deutschland auf eigene Kundgebungen verzichtet. Aber diese Zurückhaltung der deutschen Oeffentlichkeit hat sich gelohnt. Je weniger in Deutschland gelärmt wird, um so lauter erschallen im Ausland die Stimmen, die aus ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung heraus eine Korrektur des im Vertrag von Versailles gesprochenen Urteils fordern."

*

Die Kriegsschuldfrage.

„Frankfurter Zeitung", 9. Dezember 1925, Nr. 916.

Die „Frankfurter Zeitung" sieht in der Kundgebung der englischen führenden Persönlichkeiten den ersten Spatenstich auf dem Felde, „auf dem das Unkraut der Hetzmärchen noch allzu üppig wuchert".

„Die Kriegsschuldfrage wäre ein historisches, ein moralisches Problem geblieben, wenn die Diktatoren von Versailles nicht den unvernünftigen Versuch gemacht hätten, sie in ein paar Vertragsklauseln rechtlich zu formulieren. Damit ist sie ein politisches Problem geworden. Denn ein Volk läßt keine ungerechte Anklage auf sich ruhen, mag sie auch nur von der öffentlichen Meinung erhoben werden. Die Wahrheit läßt sich zudem nicht durch Machtverträge bannen. Sie ist eine Urkraft, die sich um so stärker anspannt, je schwerer der Druck ist, der auf sie gelegt wird ..."

„Die Kadaverlegende ist schon gefallen. Sie wird noch weitere Lügen mit sich in den Abgrund ziehen. Es ist am besten, wenn wir die Freunde der Wahrheit im Auslande ungestört arbeiten lassen und sie auch nicht zu einer Ueberstürzung verleiten wollen, die dem Ernste und der geschichtlichen Bedeutung der Frage gar nicht entspräche."

*

Ein neuer Sieg in der Kriegsschuldfrage. Von Hans Delbrück. „Deutsche Allgemeine Zeitung", 9. Dezember 1925, Nr. 579.

Delbrück kommt noch einmal auf den Artikel Poincarés im Oktoberheft der „Foreign Affairs" zurück, da er mit Clausewitz den Grundsatz vertrete, „daß man einen Sieg am besten an der Stelle verfolge, wo er erfochten worden ist". Dieses strategische Gesetz habe der amerikanische Historiker Prof. Harry Elmer Barnes angewandt und den Artikel Poincarés, der einen starken Rückzug in der Kriegsschuldfrage bedeutet, „unter das Seziermesser genommen". Delbrück zitiert in seinen weiteren Ausführungen aus der Kritik des Professors Barnes, die im Novemberheft „Die Kriegsschuldfrage" erschienen ist, wesentliche Stellen im Wortlaut.

*

Die Oeffnung der Kriegsarchive. Wird Frankreich dem deutschen Beispiel folgen?

„Vorwärts", 6. Dezember 1925, Nr. 576.

Am 31. Januar 1925 hatte die französische Regierung in der Kammer die Veröffentlichung der diplomatischen Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges zugesagt. Da seither aber nichts mehr darüber verlautete, sah sich die französische Liga für Menschenrechte veranlaßt, beim Auswärtigen Amt nach dem Stand der Dinge zu fragen. In der Antwort heißt es, daß schon innerhalb kurzer Zeit nach Beendigung der bereits begonnenen Klassifizierung der Archive im Gelbbuch alle Dokumente über die Ursachen des Krieges veröffentlicht werden würden. Eine weitere Veröffentlichung der Dokumente über die diplomatischen Verhandlungen während des Krieges sei ebenfalls geplant. Zur Bearbeitung des umfangreichen Materials soll demnächst eine besondere Sachverständigenkommission ernannt werden.

Eduard VII. und Deutschland. Von Professor Georg Karo. „Deutsche Allgemeine Zeitung", 7. Dezember 1925, Nr. 575.

Eine Charakterisierung der Persönlichkeit Eduard VII. und insbesondere seiner Haltung gegenüber Deutschland auf Grund der Biographie von Lee und des Buches von Farrer: „Die europäische Politik unter Eduard VII."

*

Die lebende Lüge. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger. „Hannoverscher Kurier", 3. Dezember 1925, Nr. 566.

Oberst Schwertfeger weist auf die bedeutsame Wandlung in der Auffassung Poincarés über die Kriegsschuldfrage hin, wenn man die Vorträge Poincarés vom Winter 1920/1921 (mit denen sich Oberst Schwertfeger schon im Sommer 1921 auseinandergesetzt hat) mit seinem Artikel in der amerikanischen „Foreign Affairs" vergleicht.

Ueber die deutsche amtliche Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage schreibt Schwertfeger: „Mögen derartige Beteuerungen gelegentlich auch nur als ethische Geste bewertet werden und vom Standpunkt der reinen Realpolitik aus vielleicht sogar überflüssig erscheinen; sie sind dennoch unbedingt notwendig. Notwendig einmal, um diese Hauptlebensfrage des deutschen Volkes in unserem eigenen Bewußtsein stets wach zu erhalten, notwendig zum andern, damit all die zahlreichen Vorkämpfer der Wahrheit, deren es überall in der Welt gibt, nicht durch Deutschlands eigenen Verzicht in dieser seiner wichtigsten Lebensfrage entmutigt werden."

*

Ministerpräsident Held zur Kriegsschuldfrage. „Berliner Lokal-Anzeiger", 1. Mai 1925, Nr. 591.

In einer Rede in Regensburg über die politische und wirtschaftliche Lage erklärte der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, es sei die größte Aufgabe und es sei die Hauptaufgabe Deutschlands, die Kriegsschuldfrage zu lösen und Deutschland von seinem Fluch zu befreien.

*

The responsibility for the war. By Wilhelm Marx.
„Foreign Affairs", January 1926.

In der Dezembernummer der amerikanischen „Foreign Affairs" veröffentlicht Reichskanzler a. D. Marx eine Entgegnung auf den Artikel, den Poincaré in dem Oktoberheft der gleichen Zeitschrift gebracht hat. Marx nimmt nicht direkt auf Poincaré Bezug, aber sein Aufsatz ist doch eine deutliche Erwiderung auf die Angriffe Poincarés. Marx setzt mit großer Klarheit die deutsche Position in der Kriegsschuldfrage auseinander und schildert eingehend die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorausgehenden Ereignisse. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis wird von Marx wiederholt als dokumentarisches Beweismaterial herangezogen. Marx kommt am Schlusse seines Artikels zu der Forderung, daß das deutsche Volk fair play verlangen müsse. Nur wenn die Wahrheit zu ihrem Rechte komme, und die Verurteilung, die Deutschland in dem übereilten Schiedsspruch von Versailles widerfahren sei, zurückgezogen werde, könne die moralische Abrüstung bewirkt werden, die Voraussetzung der militärischen Abrüstung.

*

ENGLAND.

Vor dem Erscheinen der ersten Bände der englischen Aktenpublikation.

Wie die „Times" in ihrer literarischen Beilage vom 26. November mitteilt, werden die ersten Bände der großen englischen Aktenpublikation bereits in Kürze erscheinen. Diese ersten Bände umfassen die Periode vom 28. Juni bis 4. August 1914. Als verantwortlicher Herausgeber zeichnet J. W. Headlam-Morley, der durch sein großes Werk über die 12 Tage und durch seine Schuldfragendiskussion mit Hans Delbrück bekannt geworden ist.

*

„The Sarajevo Crime."

„The Times" Literary Supplement, 10. Dezember 1925.

In einer Besprechung des neuen Buches der Miß Durham über den Mord von Sarajevo kommen die „Times" zu nachstehenden Schlußfolgerungen, die immerhin einen bemerkens-

werten Umschwung in der englischen Auffassung über die Schuld am Mord von Sarajevo bedeuten:

„Nevertheless, the thoughtful reader, after perusing Miss Durham's interesting account of political morals and military manners in pre-war Belgrade, will probably be very thankful that the British Empire entered the Great War not as the friend of Serbia, or even as the Ally of Russia, but in the honourable capacity as a guarantor of the violated neutrality of Belgium."

*

Locarno und die Kriegsschuldfrage.

„Kölnische Zeitung", 25. November 1925, Nr. 876.

In der Oberhausdebatte über Locarno sagte Lord Haldane u. a., er habe den äußersten Widerwillen gegen das Schuldbekenntnis, das man Deutschland mit dem Versailler Vertrag aufgezwungen habe, und er hoffe, daß der neue Stand der Dinge diese Worte des Versailler Vertrages mehr und mehr ihrer Bedeutung berauben werde.

*

FRANKREICH.

Lettre ouverte à M. Ferdinand Buisson. Von Victor Margueritte.

„La Volonté", 16. Dezember 1925.

Margueritte veröffentlicht einen offenen Brief an Ferdinand Buisson, den Vorsitzenden der französischen Liga für Menschenrechte.

Margueritte erinnert daran, daß die Liga am 12. Juni 1925 sich mit dem Entwurf für einen Brief an den französischen Ministerpräsidenten beschäftigt habe, in dem zum Ausdruck kommen sollte, daß die alleinige Belastung Deutschlands mit der Schuld am Kriege, so wie sie im Artikel 231 des Versailler Vertrages niedergelegt sei, als ungerecht und irrtümlich bezeichnet werden müsse. Dieser Brief ist nicht abgesandt worden; jetzt aber, führt Margueritte aus, da der Augenblick nahe ist, wo Deutschland in den Völkerbund eintritt, muß die Liga einen offiziellen Schritt beim Ministerpräsidenten unternehmen und sich dafür einsetzen, daß Frankreich erklärt, daß es in Zukunft das Deutschland aufgezwungene Kriegsschuldgeständnis für nicht mehr bestehend ansehe.

So sehr wir das mutige, unermüdliche Eintreten Marguerittes für eine Beseitigung des Kriegsschuldparagraphen auch stets bewundern, glauben wir nicht, daß sich das deutsche Volk mit einer derartigen Erklärung Frankreichs zufrieden geben würde. Wenn das deutsche Volk sich auch anläßlich der Kadaverlegende mit einer ähnlichen Erklärung Englands abgefunden hat, liegen bei der Kriegsschuldfrage die Dinge doch anders.

*

ITALIEN.

„Nuove Pubblicazioni sulle origini della Guerra mondiale."
„Nuova Rivista Storica", Jahrgg. 9, Band 5, 1925.

Die von dem Mailänder Historiker, Professor Corrado Barbagallo, herausgegebene Monatsschrift „Nuova Rivista Storica" bringt eingehende Besprechungen einer Reihe in letzter Zeit erschienener Bücher zur Kriegsschuldfrage. Ueber die Tagebuchaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums heißt es: „Sie werfen ein neues Licht auf die Empfindungen der zaristischen Regierung in der Julikrise 1914. Die absolut friedlichen Absichten, die von der Westpresse der Petersburger Regierung unterstellt werden, erweisen sich zum Teil als Irrtum ... Frankreich läßt sich, wie die Aufzeichnungen weiter enthüllen, mehr als notwendig mitreißen und bestätigt zunächst indirekt, dann direkt, „daß es vollständig bereit sei, wenn notwendig, seine Bündnispflichten zu erfüllen".

Mit großer Vorsicht behandelt der Verfasser die Memoiren des Generals Suchomlinoff, sowie das Buch des ehemaligen deutschen Kronprinzen: „Ich suche die Wahrheit". Beim Buch des ehemaligen Kronprinzen wird die geschickte Beweisführung und sein Erscheinen auch begrüßt, „wenn es dazu beiträgt, einige historische Interpretationsfehler der Vergangenheit und der Gegenwart zu korrigieren".

Es folgt nun eine längere Besprechung des kürzlich erschienenen Buches des französischen Kriegsschuldforschers Renouvin über „Les origines immédiates de la guerre".

„Die amtliche Stellung des Verfassers noch mehr als seine Eigenschaft als Franzose haben ihn an absolut unparteiischen Schlußfolgerungen gehindert. Diese Schlußfolgerungen sind im Gegenteil ein verzweifelter Versuch, die Ergebnisse der Untersuchung mit der amtlichen französischen These in Einklang zu bringen. Unvermittelt befindet sich so der Leser am Schluß des

Buches gegenüber einem Urteilsspruch, der über einen Kreis langer und falscher Schlüsse hinweg das politische Urteil des Vertrages von Versailles zu wiederholen scheint."

In dem Schlußwort wird gegenüber diesen zahlreichen Veröffentlichungen zur Kriegsschuldfrage lebhaft kritisiert, daß in Italien bisher zur Aufklärung der öffentlichen Meinung äußerst wenig getan werde, was sehr bedauerlich sei, da dadurch die Masse der Italiener in absolut irrtümlichen Gedankengängen gehalten werde.

*

SERBIEN.

„Das Sarajevoer Attentat und die Kriegsschuldfrage."

„Slobodna stampa", 14. November 1925, Nr. 62.

Das Blatt führt aus:

„Nichts hat in der neuen Geschichte vielen Menschen soviel Anlaß zum Schreiben gegeben, wie das Sarajevoer Attentat und die damit in Verbindung stehende Kriegsschuldfrage. Ueber ein einfaches, natürlich entstandenes Ereignis, dessen Folgen allerdings nicht so einfach sind, schreibt man ganze Bücher und führt man Verhandlungen.

In unserem Lande tritt anscheinend ein besonderer publizistischer Beruf zutage, der das Sarajevoer Attentat erforscht und davon schreibt. Gerade als wenn mit dem Ereignis ihr guter Ruf verbunden und die Bedingung geknüpft wäre, die ‚Schlechtesten in die Reihe der Besten zu stellen'.

Nach Herrn Stanojewitsch, der in bezug auf das Attentat gewisse ‚Entdeckungen' gemacht hat, sind noch zwei maßgebende Schriften erschienen. Herr Borivoje Jevtitsch mit einem Buch ‚Das Sarajevoer Attentat' und Herr Ljuba Jovanowitsch als damaliger Innenminister. Aber auch diese beiden sind über diese Sache nicht gleicher Meinung, was jedoch nach unserer Ansicht bedeutungslos ist, da sie sowohl ideell als auch physisch gewissermaßen weit voneinander leben.

Nach ihnen haben sich eine Masse Berufener und Unberufener gemeldet, und in der allerjüngsten Zeit auch die Herren Milan Andonowitsch, Professor der Geodäsie, und Rade Parežanin, Journalist. Inwieweit die beiden für die Sache maßgebend sind, gerade in bezug auf das Sarajevoer Attentat etwas zu entdecken, überlassen wir der Beurteilung anderer.

Aber wenn wir nach dem urteilen, was die beiden über das Attentat und die Kriegsschuldfrage bisher gesagt haben —

wenn schon die beiden Sachen identifiziert werden —, dann sollten dagegen nicht nur die lebenden Teilnehmer und Organisatoren des Attentats, sondern auch die Regierung protestieren.

Einer von ihnen, nämlich Andonowitsch, behauptet, daß das Attentat Oesterreich selbst von Wien amtlich organisiert hatte, um sich des unbequemen Ferdinand zu entledigen. Inwieweit diese These unrichtig ist, braucht nach unserer Ansicht nicht hervorgehoben zu werden. Aber sie enthält unbewußt auch etwas anderes. Auf diese Weise wird der Kampf Jugoslawiens für die Vereinigung herabgesetzt. Gegen das frühere Oesterreich wäre nichts bewiesen, dagegen beleidigt man jene im Grabe, die im Kampf gegen Oesterreich gefallen sind, sowie das ganze lebende Volk, das stets gegen Wien und sein faules, feudales Regime gearbeitet hat.

Die unmögliche und unrichtige These des Herrn Andonowitsch ist gleichwertig mit der früheren Behauptung, wonach Serbien das Attentat organisiert hätte. Das sind alles leere Behauptungen, mit denen man, ohne Rücksicht, wer sie bringt, aufhören sollte.

Wer darüber zu schreiben wünscht, sei es, weil er gern schreibt, sei es der historischen Forschung zuliebe, sei es zur Verteidigung Serbiens in der Kriegsschuldfrage, dem steht genügend Material (geschriebenes und lebendes) zur Verfügung und er sollte sich lediglich dieses maßgebenden und genauen Materials bedienen.

Es bleibt schließlich noch etwas. Gibt es vielleicht Leute, die den Historikern Beifall spenden? Das Sarajevoer Attentat ist für literarische und geschichtliche Experimente am allerwenigsten geeignet.

Die interessierten Leute sollten wissen, daß das Attentat an einem Orte verübt wurde, wo sofort alle Tatsachen festgestellt wurden, was nicht mit Kolumbus zu verwechseln ist, der erst alles erforschen mußte. Sie werden sich umsonst bemühen, nicht existierende Dokumente zu finden, wobei ihnen klar wird, daß über den Beschluß der Jugend, Ferdinand zu töten, keine Protokolle bestehen. Vielleicht suchen sie diese?

Im Interesse des Staates sollte man mit dieser Manier aufhören. Alles hat seine Grenzen, auch die literarische Unkorrektheit."

Die Ansicht der „Slobodna stampa", daß das serbische Volk stets gegen Wien und sein feudales Regime gearbeitet hat, ist für die Beurteilung der Kriegsschuldfrage sicher von großem Interesse. Die Annahme des Blattes, daß über den Beschluß,

Ferdinand zu töten, Protokolle, wenn auch nicht bestehen, so doch noch erstehen können, dürfte dem Blatte aus dem vorstehenden Aufsatz Dr. Boghitschwitschs klar werden.

Von Kolumbus scheint der Herr Verfasser eine sehr eigenartige Vorstellung zu haben.

*

Bücherschau.

Conrad, Feldmarschall: Aus meiner Dienstzeit 1906—1918. Fünfter Band. Rikola Verlag, Wien, Leipzig, München 1925. 1006 S.

Conrad, Feldmarschall: Mein Anfang 1878—1882. Kriegserinnerungen aus der Jugendzeit. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1925. 275 S.

„Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914." Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. 5. Reihe. Erste Abteilung: „Weltpolitische Komplikationen." Band 26 bis 29 (6 Teile). Im Verlage der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte Berlin, 1925.

v. Jagow: England und der Kriegsausbruch. Eine Auseinandersetzung mit Lord Grey. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1925. 82 S.

Nekludoff, A.: Souvenirs Diplomatiques en Suède pendant la Guerre Mondiale. Avec une préface de M. Gabriel Hanotaux de l'Académie Française. Librairie Académique Perrin et Cie., Paris 1925. 342 S.

Rheindorf, Kurt: Die Schwarze Meer- (Pontus-) Frage 1856—1871. Ein Beitrag zu den orientalischen Fragen und zur Politik der Großmächte im Zeitalter Bismarcks. Unter Benutzung bisher unveröffentlichten amtlichen Dokumentenmaterials. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925. 176 S.

BESONDERE MITTEILUNG

Die gegenwärtige schwere wirtschaftliche Lage zwingt zu unserem größten Bedauern leider auch uns, den bisherigen Versand von Frei-Exemplaren unserer Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage" wesentlich einzuschränken. – Wir richten daher an diejenigen unserer geehrten Leser, die bisher dauernd Frei-Exemplare von uns bezogen haben, die ergebene Bitte, die wissenschaftliche Erforschung der Kriegsschuldfrage durch Einzahlung des Abonnementsbetrages zu unterstützen.

DIE SCHRIFTLEITUNG

BEZUGS-BEDINGUNGEN

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a, Tel.: Norden 5836, zu beziehen. Inlandspreis: Vierteljahresabonnement 3.– Gm. Auslandspreis: Vierteljahresabonnement (einschließlich Porto und Verpackung) 3.50 Gm.

TERMS OF SUBSCRIPTION

This monthly magazine is obtainable on application to the Central Office for the Investigation of the Causes of the War, Berlin NW 6, Luisenstraße 31a. / Price 3,50 Gm. yearly post free.

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK / BERLIN

ALCIDE EBRAY
FRANZÖSISCHER GESANDTER A. D.

DER UNSAUBERE FRIEDEN

415 Seiten Groß-Oktav / Broschiert Mk. 12.— / Halbleinwand Mk. 15.—

„Die vernichtendste Kritik am Friedensvertrag . . .“ Kölnische Ztg.
„E. ist juristisch schärfer als Keynes und Nitti . . .“
Neue Freie Presse, Wien.

GENERAL HOFFMANN

AN ALLEN ENDEN MOSKAU

Broschiert Mk. 1.50 / Halbleinwand Mk. 2.50

„Eine harte Nuß für ‚Locarnisten‘ und noch mehr für ‚Antilocarnisten‘! Aber interessant, sachlich und schlüssig in seiner Art.“
Schwäbischer Merkur, Stuttgart.

G. v. JAGOW
STAATSSEKRETÄR A. D.

ENGLAND UND DER KRIEGS-AUSBRUCH

EINE AUSEINANDERSETZUNG MIT LORD GREY

Broschiert Mk. 2.— / Halbleinwand Mk. 3.—

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Staatsmännern, von denen der eine in Deutschland, der andere in England in den kritischen Tagen des Weltkriegs-Ausbruchs für die auswärtige Politik verantwortlich zeichnete.

VICTOR MARGUERITTE

DER WEG ZUM FRIEDEN

MIT DEM APPELL AN DIE GEWISSEN

Herausgegeben von Joseph Chapiro / Broschiert Mk. 2.—

„Ein Dokument von Marguerittes Geist . . . , ein Dokument zum Weltfrieden, das jeder Deutsche lesen sollte.“ Neue Badische Landesztg.
„Der Verlag hat sich durch die Publikation einen dauernden Ehrenplatz in der Geschichte der Friedensbewegung erworben.“ Das neue Europa.

Demnächst erscheint: **VICTOR MARGUERITTE**

DIE VERBRECHER

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Joseph Chapiro / Preis broschiert ca. Mk. 8.— / Halbleinwand ca. Mk. 10.—

Dieses Werk, das in Frankreich trotz des ostentativen Schweigens der Presse innerhalb von zwei Monaten in 50000 Exemplaren verkauft wurde, bedeutet in der Geschichte der Schuld am Kriege einen Wendepunkt.

Druck von Otto Elsner, Berlin S 42

Das Wichtigste aus dem Inhalt.

Am 15. Januar ist in Paris die erste Nummer einer neuen Monatsschrift „Evolution" erschienen, die der internationalen Verständigung und Annäherung der Völker dienen will. Ihr Gründer ist Victor Margueritte und ihr Schriftsteller Armand Charpentier.

Anschrift: „Evolution", André Delpeuch, éditeur, 51, Rue de Babylone, Paris.

*

Graf Szécsen, bei Kriegsausbruch k. u. k. Botschafter in Paris, teilt mit, daß er am späten Abend des 31. Juli 1914 mit Ermächtigung des Grafen Berchtold im französischen Außenministerium Philippe Berthelot, der ihn in Abwesenheit von Viviani empfing, die Erklärung abgegeben habe, „daß die k. u. k. Regierung in Serbien keinerlei Eroberungsabsichten verfolge und im Falle eines kriegerischen Konfliktes mit diesem Lande die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens nicht antasten werde."

Berthelot erklärte, „daß es für Verhandlungen jetzt zu spät sei". Graf Szécsen hatte den Eindruck, „daß man am Quai d'Orsay eine friedliche Beilegung unseres Konfliktes mit Serbien für nicht erreichbar erachte und auch nicht wünsche."

*

Boghitschewitsch gibt in einem Aufsatz „Neue Erklärungen über das Attentat von Sarajewo" auf Grund zweier Zeugenaussagen, des Mustapha Golubitsch und Paul Bastaitsch bekannt, daß der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand zu töten, bereits Ende Januar gefaßt worden ist, woraus folgert, daß das Motiv für die Tat nicht die Teilnahme des Erzherzogs an den österreichischen Manövern in Serbien gewesen ist.

*

Das russische Zentralarchiv hat soeben das Verhör des Admiral Koltschak vor dem Untersuchungs-Ausschuß veröffentlicht. Hieraus ergibt sich, daß zu dem bekannten Entente-Abkommen über Schließung eines Separatfriedens vom 4. September 1914 eine geheime Zusatzklausel bestand, wonach den drei Mächten England, Frankreich und Rußland gestattet war, unter folgenden Voraussetzungen einen Separatfrieden zu schließen:

Für England bei der Landung deutscher Truppen auf englischem Boden, für Frankreich nach der Besetzung von Paris, für Rußland beim Ausbruch der Revolution.

Ein vergeblicher Versuch für die Erhaltung des Friedens im Sommer 1914.

Von Graf N. Szécsen.

In seinem sehr interessanten Buche „Les Preuves" beschäftigt sich Herr Mathias Morhardt mit der Frage der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Weltkrieges. Auf Grund der bisher bekannt gewordenen authentischen Dokumente ist er mit Erfolg bestrebt, nachzuweisen, daß es keineswegs die Zentralmächte waren, die allein für den Weltbrand verantwortlich gemacht werden können. Der Konflikt der österreichisch-ungarischen Monarchie mit Serbien, der der Anlaß, aber nicht die Ursache des Weltkrieges war, hätte sicher, wie Herr Morhardt nachweist, ohne eine europäische Konflagration hervorzurufen, geschlichtet werden können, wenn Rußland, durch Herrn Poincaré gedrängt, nicht vorzeitig die allgemeine Mobilisierung angeordnet hätte in einem Moment, wo eine friedliche Lösung oder, schlimmstenfalls, eine Lokalisierung des Krieges noch erreichbar schien und wo zu diesem Ende eben Verhandlungen im Zuge waren.

In sehr interessanter und überzeugender Weise weist Herr Morhardt nach, wie die von französischer, englischer und russischer Seite veröffentlichten diplomatischen Schriftstücke durch tendenziöse Zusammenstellung, Unterschlagung einzelner Dokumente, ja oft durch direkte Fälschungen dazu bestimmt sind, die wahre Sachlage zu verdunkeln und so darzustellen, als ob die Zentralmächte um jeden Preis auf einen allgemeinen Krieg hingearbeitet hätten.

In dem Werke Morhardts geschieht auch einer Démarche Erwähnung, die ich, der damals den Posten eines österreichisch-ungarischen Botschafters in Paris bekleidete, am 31. Juli 1914 im französischen Auswärtigen Amte im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens gemacht habe und die, tags darauf mit meinem Einverständnis, durch den hierzu von seiner Regierung ermächtigten eidgenössischen Gesandten Herrn Lardy, am Quai d'Orsay unterstützt ward.

Diesbezüglich möchte ich die Ausführungen Herrn Morhardts durch nachfolgende Bemerkungen ergänzen: Graf Berchtold

hatte, um die russische Regierung über die Absichten des k. u. k. Kabinetts zu beruhigen, in St. Petersburg die bündige Erklärung abgeben lassen, daß die k. u. k. Regierung in Serbien keinerlei Eroberungsabsichten verfolge und im Falle eines kriegerischen Konflikts mit diesem Lande „die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens nicht antasten werde".

Von diesem Schritte meiner Regierung wurde ich zu meiner rein persönlichen Information in Kenntnis gesetzt, ohne die Ermächtigung zu erhalten, davon der französischen Regierung Mitteilung zu machen. Graf Berchtold ging offenbar von der Ansicht aus, daß unser Konflikt mit Serbien nur uns und dieses Land angehe und direkt, ohne Hineinziehung fremder Mächte, ausgetragen werden müsse. Wenn er sich entschloß, hinsichtlich Rußlands eine Ausnahme zu machen, so geschah dies mit Rücksicht auf die zahlreichen, zwischen der k. u. k. Monarchie und Rußland stattgefundenen früheren Besprechungen über die Balkanfrage. Auch dürfte er wohl, und mit Recht, vorausgesetzt haben, daß seine in St. Petersburg abgegebene, so wichtige Désinteressementserklärung der französischen Regierung sicher mitgeteilt werden würde.

Obschon auch ich dies für wahrscheinlich halten mußte, war ich trotzdem der Ansicht, daß, im Hinblick auf die öffentliche Meinung in Frankreich, besonders, da in den Zeitungen stets von angeblichen Eroberungsabsichten Oesterreich-Ungarns die Rede war, es sehr erwünscht wäre, die französische Regierung und das große Publikum über die uneigennützigen Absichten der k. u. k. Regierung aufzuklären. Ich erbat daher vom Grafen Berchtold die Ermächtigung, die in St. Petersburg abgegebene Erklärung amtlich zur Kenntnis der französischen Regierung bringen zu dürfen und diesen Schritt auch der Tagespresse mitzuteilen.

Nach wiederholtem Drängen stimmte der Minister meinem Vorschlag bei. Ich begab mich daher sofort nach Empfang des diesbezüglichen Telegrammes am 31. Juli spät abends auf den Quai d'Orsay, wo ich, in Abwesenheit Herrn Vivianis, von Herrn Berthelot empfangen wurde, den ich über die in St. Petersburg abgegebene Erklärung informierte. Zu meinem lebhaften Erstaunen versicherte mir der genannte Funktionär, daß ihm hiervon nichts bekannt sei, und fügte hinzu, daß es für Verhandlungen jetzt zu spät sei. Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Monarchie zu Serbien und bei eingetretenem Kriegszustand könne man nicht mehr von Verhandlungen reden. Ich trat dieser Auffassung entgegen und sagte

ihm, nach meiner persönlichen Ansicht ließe sich der Konflikt noch immer beilegen, wenn Serbien sich entschließen wollte, die Forderungen, die meine Regierung in ihrer befristeten Note vom 23. Juni gestellt hatte, vollinhaltlich zu erfüllen. Der von französischer Seite immer hervorgehobene Umstand, daß der direkte diplomatische Verkehr zwischen Belgrad und Wien abgebrochen sei, bilde in diesem Falle kein Hindernis, denn Serbien könne stets die Vermittlung einer an der Frage nicht interessierten, wirklich neutralen Regierung in Anspruch nehmen, um eine entsprechende Erklärung nach Wien gelangen zu lassen und zu verhandeln. — Dies war die von mir auf eigene Verantwortung gemachte Suggestion, die Herr Viviani in einer Zirkulardepesche vom 1. August (Nr. 120 des französischen Gelbbuches) als „vague" bezeichnete. Hätte sich Serbien damals zu einem solchen Schritt entschlossen, so wäre die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen gegeben gewesen.

Aus der ganzen Haltung meines Mitredners mußte ich den Eindruck schöpfen, daß man am Quai d'Orsay eine friedliche Beilegung unseres Konfliktes mit Serbien für nicht erreichbar erachte und auch nicht wünsche. Herr Berthelot zeigte keinerlei Neigung, die Möglichkeiten einer direkten friedlichen Verständigung irgendwie zu besprechen, auch unterließ er es, der Presse über den von mir übernommenen Schritt eine Mitteilung zu machen, die sicherlich beruhigend gewirkt hätte.

Ich hielt es nichtsdestoweniger für meine Pflicht, tags darauf, am 1. August, Herrn Iswolsky aufzusuchen, um auch ihm von der in St. Petersburg schon vor einigen Tagen abgegebenen Erklärung meiner Regierung Kenntnis zu geben. Mein russischer Kollege versicherte mir, nie etwas davon gehört zu haben. (?)

Wenn diese übereinstimmende Erklärung der Herren Berthelot und Iswolsky der Wahrheit entsprach, was ich allerdings bezweifeln möchte, so müßte man zu dem Schlusse kommen, daß das Kabinett von St. Petersburg die eine friedliche Verständigung sehr erleichternde, so wichtige Erklärung des Grafen Berchtold absichtlich vor der französischen Regierung geheim gehalten hätte, um die Legende von der Eroberungsabsichten der Monarchie zu bekräftigen, was ein neuerlicher Beweis dafür wäre, daß man in St. Petersburg den Krieg wollte.

Trotz der ablehnenden Haltung Herrn Berthelots glaubte ich noch den Versuch unternehmen zu sollen, zur Aufklärung der öffentlichen Meinung den Sachverhalt im Wege der Presse bekannt zu geben. Ich wandte mich zu diesem Zwecke an einen

mir befreundeten Senator und gewesenen Minister, der an der Spitze einer stark verbreiteten Zeitung stand, mit welchem ich sehr gute, vertrauensvolle Beziehungen unterhielt, und den ich als loyalen, besonnenen und friedliebenden Politiker kannte. Nachdem ich mehrmals vergebens versucht hatte, denselben persönlich zu sprechen, bat ich ihn brieflich, den Inhalt der vom Grafen Berchtold in St. Petersburg abgegebenen Erklärung zu veröffentlichen.

In einem für meine Person sehr freundlichen Briefe lehnte jedoch der genannte Senator jede Intervention in dieser Angelegenheit ab. Er sagte nach einigen einleitenden Worten: „Je suis sensible à votre témoignage, car nous n'avons jamais eu vous et moi, que des rapports amicaux, et je suis profondément attristé, comme vous, des événements, que se déroulent. — — que n'a-t-on pu les empêcher! L'heure des rectifications est, hélas, passée. Mais je vous garde personnellement le souvenir qui est dû à votre esprit loyal et à vos sentiments bien intentionnés."

Dieser Brief zeigt, daß auch ein so ruhig, friedlich denkender Mann, wie der Briefschreiber, den allgemeinen Krieg schon damals für unvermeidlich hielt. Es durfte nichts publiziert werden, was die kriegerische Begeisterung der Bevölkerung hätte herabmindern können. Inwieweit diese, jeder Beschwichtigung abgeneigte Stellungnahme des in Rede stehenden Senators auf Einflüsse des Quai d'Orsay zurückzuführen ist, entzieht sich meiner Beurteilung.

Parallel mit den obenerwähnten, von mir versuchten versöhnlichen Schritten fand, wie schon oben erwähnt, im Einverständnis mit mir noch eine andere, auf die Initiative des rumänischen Gesandten, Herrn A. E. Lahovary, durch den Gesandten der schweizerischen Bundesregierung versuchte Vermittlungsaktion statt, die Herr Morhardt in seinem Werke auf Grund der von ihm eingeholten Informationen wahrheitsgetreu schildert, so daß ich seinen Ausführungen nichts beizufügen brauche. Der Genauigkeit halber möchte ich nur bemerken, daß die Behauptung Herrn Morhardts (S. 175, letztes alinea) „M. de Szécsen a fait demander à la Suisse d'intervenir etc." nicht ganz richtig ist. Die Anregung zu dem von Herrn Lardy zu unternehmenden Schritt ging von Herrn Lahovary aus, dem ich gesagt hatte, daß Serbien noch immer durch Vermittlung einer neutralen Macht den Faden der Verhandlungen wieder anknüpfen könnte. Natürlich stimmte ich dem Vorschlage meines rumänischen Kollegen bereitwilligst zu.

Ich möchte bei diesem Anlaß die loyalen und wohlgemeinten Bemühungen Herrn Lahovarys und des von mir hochgeschätzten Herrn Lardy dankbarst anerkennen. Daß ihre vermittelnden Schritte zu keinem Erfolge führten, überraschte mich nicht. Man war in französischen Regierungskreisen leider, wenn auch vielleicht mit Unrecht, davon überzeugt, daß der allgemeine Krieg nicht mehr zu vermeiden sei, betrachtete daher jeden Verständigungsversuch als aussichtslos und lehnte es ab, sich mit solchen Anregungen zu beschäftigen.

Ob diese Ueberzeugung bei gewissen russischen und französischen Politikern eine ganz aufrichtige war, möchte ich dahingestellt sein lassen. Die kriegerisch gesinnten Kreise in St. Petersburg und Paris haben sicherlich alles getan, um die gemäßigten Elemente davon zu überzeugen, daß der Krieg nicht mehr verhindert werden könne.

Mein Beitrag zur Kriegsschuldfrage.

Von Feldmarschalleutnant d. R. August Urbański von Ostrymiecz, von 1909 bis 1914 Chef des Evidenzbüros des k. u. k. Generalstabes.

Zu Beginn des Jahres 1925 erhielt ich ein vom 6. Februar d. J. datiertes Schreiben des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses des Deutschen Reichstages folgenden Inhaltes:

Eure Exzellenz!

„Wie Ihnen vielleicht bekannt sein dürfte, hat der Deutsche Reichstag einen Untersuchungs-Ausschuß zur Prüfung der Kriegsschuldfrage eingesetzt.

In einem Mémoire teilen Sie mit, daß das Evidenzbüro vielfach Warnungen erhalten habe, daß dem Erzherzog-Thronfolger bei seiner Reise nach Sarajevo Gefahr drohe.

Die neuen Veröffentlichungen des früheren serbischen Gesandten in Berlin, Dr. Bogičević, der Mrs. Durham, sowie in serbischen Zeitschriften, lassen die Vermutung fast zur Gewißheit werden, daß nicht nur die serbische Regierung von dem bevorstehenden Attentate gewußt, sondern daß auch die Russen irgendwie bei der Vorbereitung beteiligt gewesen sind.

Wir wären Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie uns mitteilen würden, welcher Art diese Warnungen waren und von welcher Seite sie ausgegangen sind."

Dieses Schreiben hat mich aus der lethargischen Ruhe gerissen, in der ich nach einem Leben voll Arbeit seit dem Zusammenbruche unserer Monarchie, ergeben in das unabwendbare Schicksal, dahinlebte — machtlos dem böswilligen Treiben zusehend, das die Leistungen unserer Soldaten in ihrem letzten Ringen um den Bestand des Staates zu schmälern sich bemühte, vor allem aber machtlos gegen die große Lüge, die uns und dem verbündeten Deutschen Reiche die Schuld am Kriege aufbürdet, die uns vor dem Richterstuhle der Geschichte für ewige Zeiten mit dem Fluche beladen will, diesen vernichtendsten aller Kriege gewollt, ihn mit Absicht heraufbeschworen zu haben.

In meiner Antwort an den parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß des Deutschen Reichstags habe ich darauf hingewiesen, daß mir gegenwärtig kein Aktenmaterial zur Verfügung steht, daß ich bei der Wiedergabe meiner Kenntnisse aus jener Zeit lediglich auf mein Gedächtnis angewiesen bin.

Die Eindrücke der politisch hochbewegten Vorkriegsjahre sind jedoch in mir so tief eingeprägt, daß ich für deren richtige Wiedergabe voll einstehen kann.

Ich habe sie dem parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusse gegenüber dahin resümiert, daß ich mit meinem vollen Mannesworte dafür einstehen kann, daß ich während der ganzen fünf Jahre, die ich als Leiter des Evidenzbüros des k. u. k. Generalstabes, — das sich mit der Evidenthaltung der Machtfaktoren der fremden Mächte zu befassen hatte, — bei keiner einzigen Person oder Behörde unserer Monarchie oder des Deutschen Reiches den Willen oder die Absicht zum Kriege gehört oder empfunden habe, daß ich vielmehr eine Kette militärisch und politisch nicht zu verkennender Anzeichen zu registrieren hatte, die mit wachsender Klarheit zu der Erkenntnis drängten, daß Oesterreich-Ungarn und das verbündete Deutsche Reich systematisch isoliert, zu einem Existenzkampfe gezwungen sein werden.

Ich habe mich angeboten, diese Erklärung vor jedem objektiven, die Wahrheit ernstlich suchenden Forum mit aller Verantwortlichkeit für die Ehre meines makellosen Namens zu beeiden, um auf diese Weise beizutragen, die Lüge zu zerstreuen, die in die Welt gesetzt wurde, um eine Berechtigung für jene

Knebelungen zu schaffen, mit denen man auf Feindesseite hofft, das Deutschtum möglichst lange ohnmächtig zu erhalten.

Es hat nicht an Anregungen gefehlt, meine Auffassung über die Kriegsschuldfrage der Oeffentlichkeit zu übergeben. Wenn ich diesen Anregungen nunmehr folge, so leitet mich hierbei vor allem das Bewußtsein, daß die Steuer zur Wahrheit Pflicht jedes ethisch denkenden Menschen ist, nicht weniger aber die Erkenntnis der Nachkriegszeit, welch schier unüberbrückbare Kluft die Unwahrheit zwischen Menschen und Völkern, zum Schaden der Kultur, der Zivilisation und des so notwendigen Friedens der Menschheit geschaffen hat.

Mit der unwandelbaren Ueberzeugung, daß die Wahrheit endlich sich durchringen muß, schreite ich an meinen Beitrag zur Kriegsschuldfrage.

Reformaktion in Mazedonien.

Im Frühjahr 1908, damals Oberstleutnant im k. u. k. Generalstabskorps, kam ich zum ersten Male in aktiven Kontakt mit der äußeren Politik unserer Doppelmonarchie. Ich kam an jene Stätte, wo der erste den Serben sehr willkommene Anlaß ausgelöst wurde, unsere Monarchie den wohl vorbereiteten und amtlich geschürten Haß fühlen zu lassen.

Im Sinne des von Kaiser Franz Joseph I. und dem Zaren Nikolaus II. vereinbarten Mürzsteger Programmes wurde im Jahre 1904 in Mazedonien — damals türkisches Gebiet — zwecks Anbahnung geordneter Verhältnisse in dem durch politische Agitation durchwühlten Lande, in dem politische Morde und Bandenkämpfe an der Tagesordnung waren, ein internationales Reformwerk inauguriert, an dem sich außer Oesterreich-Ungarn und Rußland, auch England, Frankreich und Italien beteiligten.

Jeder dieser Staaten hatte es übernommen, in einem Sektor des Landes, die einheimische Gendarmerie nach europäischem Muster zu organisieren. Dazu wurde eine Zahl von Offizieren bestimmt, die nach langwierigen Verhandlungen mit dem Sultan in türkische Dienste treten, türkische Uniform tragen mußten und in einer bestimmten Form auch auf den Sultan beeidet waren. Deutschland nahm an diesem Reformwerk nur insofern teil, als ein höherer deutscher Offizier Leiter der Gendarmerieschule in Saloniki war. In der Sorge, daß die Tätigkeit der an Zahl vollkommen unzulänglichen Reformoffiziere in dem türkischen System wirkungslos bleiben werde, wurde außerdem für jeden Sektor ein höherer Offizier der betreffenden Macht er-

nannt, der nicht in türkischem Solde stand und den Reformoffizieren als Rückhalt dienen sollte.

Im April 1908 wurde ich zum adjoint militaire d'Autriche-Hongrie ernannt und zog nach Orientierungsbesuchen bei unseren Vertretungen in Belgrad, Sofia und bei der Botschaft in Konstantinopel, der ich in gewissen Belangen unterstand, in meinem Amtssitze Uesküb ein.

Schon in den ersten Tagen fiel mir die Spannung auf, die zwischen meinen Reformoffizieren und den Serben bestand. Die rege Propagandatätigkeit des serbischen Konsuls gegen alles Oesterreichische konnte in dem engen Milieu, selbst wenn gewollt, nicht verborgen bleiben. Es war mir in der kürzesten Zeit klar, daß die Anwesenheit österreichisch-ungarischer Offiziere auf dem Gebiete ansässiger Slawen den Serben höchst unwillkommen sei, weil sie hierin ein Hindernis für die Raillierung der Südslawen unter ihrer Führung sahen. Es war dies damals schon ein Programm, auf das sich jeder einzelne Serbe ohne Unterschied des Standes eingestellt hatte, ein Programm, das die vollste Unterstützung seitens Rußlands fand.

Die Rolle des russischen Gesandten in Belgrad in der Nacht des Königsmordes, bei der Einsetzung der jetzigen Dynastie an Stelle des nach Oesterreich orientierten Hauses Obrenowitsch, war eine zu deutliche Unterstreichung des Kurses, den Serbien als Exponent Rußlands im Süden Europas zu nehmen hatte. Unsere Mission bekam die Feindseligkeiten der Serben sehr bald recht empfindlich zu fühlen.

Auf dem ewig gärenden Boden politischer Unzufriedenheit war es den Serben gelungen, die Albanesen im Norden des Vilajets Kossowo zu allerlei politischen Forderungen zu harrangieren, deren eine auch die Aufhebung der Reformtätigkeit Oesterreich-Ungarns war. Zur Durchsetzung dieses Programmpunktes setzten sich im Juli 1908 gegen 10 000 wohlbewaffnete Albanesen gegen Uesküb in Bewegung. Wir waren in jener kritischen Zeit nur vier österreichisch-ungarische Offiziere, ohne jeden militärischen Rückhalt, gebunden durch Pflicht und Ehre in Uesküb und verdanken unser Leben nur dem opfermütigen Einschreiten der jungtürkischen Offiziere, die — stolz auf die eben errungenen Erfolge ihrer Revolution — eifersüchtig darauf bedacht waren, die erkämpfte Freiheit nicht durch einen sie in den Augen der Welt mißkreditierenden Gewaltakt verletzt zu sehen. Auf die Nachricht des Anmarsches der Albanesen stellten sie sich ihnen mit den Waffen entgegen und erzwangen nach Verhandlungen den Abzug derselben.

Ich entnehme meinen amtlichen Berichten aus jenen Tagen die deutlichen Hinweise auf die Anteilnahme auch offizieller serbischer Stellen an der gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Agitation. Kein Wunder, daß sich aus dieser gezüchteten Atmosphäre des Hasses und nationaler Exaltation sechs Jahre später leicht der gedungene Prinzenmörder finden ließ.

Die Revolution der Jungtürken im Sommer 1908 hatte dem Sultan die langgewährte, jedoch suspendierte Verfassung wieder abgerungen. Die Gleichheit des türkischen Untertanen nach Nation und Religion war in der Verfassung garantiert, die Jungtürken hatten den ernsten Willen und schienen die Macht zu haben, diese Gleichheit zu gewährleisten.

Unter diesen geänderten Verhältnissen mußte ich die Fortsetzung der Reformaktion als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei und als eine Provokation der die Ordnung ernstlich wollenden neuen Machthaber ansehen. Ich ordnete daher in meinem Sektor sofort die Einziehung der Reformoffiziere aus ihren kleinen Stationen nach Uesküb an — eine Maßnahme, die später seitens des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Aeußeren gutgeheißen wurde. Einige Wochen später wurde ich mit den Reformoffizieren in die Monarchie abberufen.

Unser definitives Abgehen aus Mazedonien löste in serbischen Kreisen großen Jubel aus, der sich jedoch bald in schäumende Wut verwandeln sollte.

Annexion Bosniens und der Herzegowina.

Durch die Gewährung der Konstitution wurde das türkische Parlament wieder aktiviert. Die von Oesterreich-Ungarn seit dem Jahre 1878 okkupierten Provinzen Bosnien und die Herzegowina, sowie der Sandschak Novipazar waren zu jener Zeit formell noch türkische Gebiete, die daher in dem neu zu erwählenden Parlamente in Konstantinopel vertreten sein sollten. Dies gab für unsere Monarchie, die diese Länder mit dem Blute ihrer Söhne erworben und mit dem Gelde ihrer Bürger zu wirtschaftlicher Blüte gebracht hatte, eine unannehmbare Lage. Niemand billig Denkender konnte von uns etwas anderes erwarten, als die Annexion jener Provinzen, die durch 30 Jahre im faktischen Besitz der Monarchie waren.

Den Serben als Vorkämpfer für das südslawische Reich erschien Bosnien und die Herzegowina in den Händen der Türken eine gelegentlich leicht heimzuholende Beute, während sie der österreichisch-ungarischen Monarchie territorial einverleibt,

dem südslawischen Konzentrationsgedanken unwiderruflich entrückt erschienen.

Deshalb loderte bei der Nachricht, Oesterreich-Ungarn werde Bosnien und die Herzegowina annektieren, ein Sturm des Hasses auf, der die anfangs ganz ergebene Türkei mitriß und der ein ungeahntes Echo in vielen europäischen Staaten fand, deren Außenämter fast schon vergessen hatten, daß die beiden unter unserem Regime der westeuropäischen Kultur wesentlich näher gerückten Provinzen „auf dem Papier" noch türkisch seien.

Angeregt durch die serbischen Entrüstungsschreie, die von Rußland auf das Wärmste sekundiert wurden, griff die gemachte Empörung über diesen ganz natürlichen Schritt der Doppelmonarchie mit staunenswerter Bereitwilligkeit auch auf unseren Dreibundgenossen Italien über.

Es ist kein Zufall, daß man schon in diesem Protestkonzerte gegen die Annexion jene Staatengruppierung erkennt, der wir im Weltkriege gegenüberstanden. Wir, die wir zu jener Zeit im Banne der Erscheinungen standen, konnten uns dem Eindrucke nicht verschließen, daß der Protest gegen die Annexion das erste Symptom jener Einkreisungspolitik war, die systematisch gegen die Mittelmächte ins Werk gesetzt wurde.

Auf Feindesseite konstruiert man die Kriegsschuldfrage, soweit sie die österreichisch-ungarische Monarchie betrifft, auf den 5. Oktober 1908 zurück, auf den Tag, an dem unser Minister des Aeußeren in den Delegationen beider Parlamente die Annexion Bosniens und der Herzegowina amtlich erklärte. Man suchte darin eine Provokation Europas, weil dieser Schritt ohne breiter politischer Fühlungnahme und ohne „Konferenzen" unternommen wurde! — Man kann über diese Auffassung nur staunen — die Welt hat sich vorher und nachher mit territorialen Erwerbungen unter weit nichtigeren Rechtstiteln glatt abgefunden!

Ich war am 26. August unter dem Titel, an den Manövern teilnehmen zu müssen, mit etwa der Hälfte unserer Reformoffiziere aus Mazedonien abberufen worden, der offizielle Abbruch der Reformaktion sollte später auf diplomatischem Wege geschehen.

Bei meinem Eintreffen in Wien am 28. August erhielt ich die Weisung, mich sofort im Ministerium des Aeußeren einzufinden. Der Minister, Baron Aehrenthal, motivierte in der Unterredung zunächst die Notwendigkeit der Annexion. Er ver-

schloß sich hierbei nicht den möglichen Folgen dieses Schrittes und hatte das Bedürfnis, ehe er dem in Ischl weilenden Kaiser den endgültigen Antrag zur Annexion stellte, auch meine Ansicht zu hören, da ich direkt aus dem Hexenkessel der türkischen Revolution, der serbischen Propaganda, der nationalen und konfessionellen Rivalität zwischen Serben, Bulgaren, Albanesen, Griechen und Türken kam, die seit Generationen in blutiger Fehde miteinander lagen.

Auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen gab ich Baron Aehrenthal gegenüber meiner sicheren Erwartung Ausdruck, daß die Serben der Annexion jeden denkbaren Widerstand entgegensetzen werden und daß sie, der Unterstützung durch Rußland sicher, auch vor einem Waffenkonflikt nicht zurückschrecken würden.

Das Selbstbewußtsein der Serben war jedoch nicht allein auf die Zustimmung Rußlands für seine südslawischen Pläne gestützt. Jeder Serbe ohne Ausnahme des Standes lebte in der festen Ueberzeugung — man konnte es in Uesküb und in der Provinz täglich hören —, daß die serbischen Aspirationen bei einer Reihe europäischer Staaten auf Unterstützung rechnen können. Nur dieses Bewußtsein konnte den damaligen Kleinstaat ermutigen, an einen Waffengang mit dem mächtigen Nachbar zu denken. Serbien wußte, daß es im Kampfe mit Oesterreich-Ungarn einen Ring unsere Monarchie umschließender Feinde als Bundesgenossen finden würde.

Der Umstand, daß im Winter 1908/09 der Traum des südslawischen Reiches zeitweilig zurückgesetzt werden mußte, hat den Wunsch danach nur noch mehr angefacht. Aus dieser Atmosphäre heraus mußte früher oder später der Krieg entstehen. Sollte sich kein plausibler Anlaß finden, dann hatte die nationale Aufpeitschung der Leidenschaften ein Milieu geschaffen, aus dem heraus sich nur zu willig Mörderhände finden ließen, die unter der Aureole nationalen Märtyrertums den Anstoß zu einem Kriege schaffen würden.

Fünf Jahre Chef des Evidenzbüros.

Nach meiner Abberufung von Mazedonien hospitierte ich im Winter 1908/09 im Evidenzbüro des Generalstabes in Wien, für dessen Leitung ich in Aussicht genommen war. In dieser politisch hochbewegten Zeit bekam ich einen genauen Einblick in die Lage unserer Monarchie — mein Chef des Generalstabes,

Exzellenz Conrad von Hötzendorf, hat sie an Hand von Dokumenten im ersten Band seines Werkes in lichtvollster Weise niedergelegt.

Die „Einkreisung der Mittelmächte", die bange Sorge all der folgenden Jahre bis zum Ausbruche des Krieges, war der rote Faden all der verzweifelten Versuche des für die Führung im Kriege berufenen Chefs des Generalstabes, die äußere wie die innere Politik in Bahnen zu lenken, die das Reich für den unausweichlichen Existenzkampf befähigt machen sollten. Die „Einkreisung" war der Leitfaden für die rastlosen, mit den härtesten Seelenkämpfen geführten Versuche, die Armee möglichst schlagfertig zu machen für jene Stunde, da an sie die Aufgabe herantreten werde, den Kampf um den Bestand unseres altehrwürdigen Reiches aufzunehmen.

Das Vertrauen des Chefs des Generalstabes hat mich im Frühjahr 1909 auf den Posten des Chefs des Evidenzbüros gestellt. In dieser Stellung hatte ich Gelegenheit, jede einzelne Phase der mit unheimlicher Präzision zum Kriege drängenden Ereignisse bis knapp vor Ausbruch desselben mitzuerleben. Im täglichen dienstlichen Verkehre mit Exzellenz Conrad von Hötzendorf lernte ich seinen scharfen Seherblick bewundern, mit dem er die kommenden Ereignisse beherrschte. Ich war Zeuge und Mithelfer seiner rastlosen Bemühungen für den uns aufgezwungenen Existenzkampf möglichst gerüstet zu sein.

Von einer Agression, einem mutwilligen Auslösen eines Krieges war da niemals die Rede — wie wir uns der vielen Feinde erwehren sollten, das ging dem mit Sorgen schwer beladenen Chef des Generalstabes einzig und allein, Tag und Nacht durch den Kopf.

Wie ein von der Meute eingeschlossener Eber trachtet durch Ausfälle gegen seine Bedränger sich Luft zu machen, so schwebte auch dem Chef des Generalstabes vor, den sich immer enger ziehenden Kreis der Feinde an einer Stelle zu durchstoßen und hierdurch den Ring zu sprengen.

Man hat auf Feindesseite Conrad von Hötzendorf den Apostel der Präventivkriege genannt! Paßt dieses Epitheton auf den Chef des Generalstabes eines Staates, der sein Vaterland von Mächten eingeschlossen sieht, die ihm ans Lebensmark wollen und der in der Sorge um den Bestand des Reiches dem Herrscher den Vorschlag unterbreitet, einen der sicheren Feinde abzutun, ehe der Ring das Reich erdrosselt!

Nur böser Wille oder Unkenntnis der Lage können hieraus eine Kriegsschuld konstruieren!

Conrad blieb übrigens ungehört und unverstanden. Die dem Selbsterhaltungstriebe entsprungenen Abwehrmaßnahmen des Chefs des Generalstabes wurden von der Diplomatie und dem friedliebenden Monarchen verworfen, die friedliche Lösung des Annexionskonfliktes und der Klärung des Verhältnisses zu Italien, selbst vom verbündeten Deutschen Reiche empfohlen — und trotzdem werden Conrads Anträge auf das Konto Kriegsschuld gebucht!

Im Laufe der fünf Jahre meiner Amtstätigkeit als Chef des Evidenzbüros hatte ich mehrmals im Jahre amtliche Besprechungen mit dem deutschen Generalstabe. Auch da muß ich es mit allem Nachdruck betonen, daß der ganze Gedankenaustausch jener kritischen Jahre unter dem Gesichtspunkte der Abwehr des kommenden Kampfes stand. Ich erinnere mich genau eines Gesprächs mit dem deutschen Chef des Generalstabes, von Moltke, in dem er mir seine Empörung über die Verweigerung einer Standeserhöhung[1]) der Kompanien der Korps an der Westgrenze kundgab, trotzdem er dem Parlamente seine schweren Besorgnisse angesichts der immer höheren Kriegsbereitschaft der französischen Grenzkorps persönlich vorgetragen hatte. Da klang nur die Sorge heraus, dem ersten französischen Angriffe nicht gewachsen zu sein — keine Spur jener Agression oder Provokation, die man durch geschickte Mache den Deutschen so gern unterschob.

Als Chef des Evidenzbüros war es meine Pflicht, alle auf die Wehrmächte der fremden Staaten Einfluß nehmenden Faktoren evident zu führen. In Ausübung dieser Aufgabe war ich in der Lage, die systematische Ausgestaltung der Wehrmächte unserer späteren Feinde im Weltkriege vor dessen Ausbruch Schritt für Schritt zu verfolgen.

Aus der Fülle der mit jedem Tage sich mehrenden Anzeichen des sich immer enger schließenden Ringes um die Mittelmächte will ich einige Etagen dieses Prozesses hervorheben, die jeden Zweifel ausschließen, daß das Ganze sich nach einem systematischen Plane abspielte, der ganz selbsttätig und ohne jede Provokation seitens der Mittelmächte arbeitete.

[1]) *Gemeint ist hiermit eine zahlenmäßige Erhöhung der Friedensstärke. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

Der französische Milliardenkredit an Rußland.

Wer an den agressiven Absichten der durch die Franzosen inspirierten und durch König Eduard VII. inaugurierten Einkreisungspolitik noch gezweifelt hätte, mußte eines Besseren belehrt werden, als die Oeffentlichkeit erfuhr, daß Frankreich Rußland einen Milliardenkredit gewährt habe — nicht etwa zu wirtschaftlichen Investitionen, es wurde gar kein Hehl gemacht, daß dieser Kredit in erster Linie für den Ausbau der unzulänglichen russischen Aufmarschbahnen bestimmt sei. Dem offiziellen Besuche der Staatsoberhäupter folgten alsbald Informationsreisen französischer Generalstabsoffiziere nach Petersburg. Der französische Bürger, der seine Spargroschen für die Anleihe hingegeben hatte, wollte wissen, ob sein Geld auch gut angelegt sei. Tatsächlich war alsbald der französische Einfluß auf die russische Wehrmacht sehr deutlich zu fühlen.

Ich konnte meinem Chef bald über eine Reihe organisatorischer Maßnahmen berichten, die zunächst dem Streben galten, das große Menschenmaterial Rußlands, das bis dahin nur unzulänglich ausgenützt war, zum Waffendienste heranzuziehen, es in Verbände höherer Ordnung zu gliedern. Die russische Armee, die noch kurz vorher im Kriege gegen Japan in traditioneller Schwerfälligkeit dem um so viel schwächeren asiatischen Gegner unterlag, schuf mit einem Male Formationen höherer Ordnung von beklemmender Zahl. Wehrgesetzliche Verfügungen sorgten dafür, daß die große Masse der männlichen Bevölkerung militärisch ausgebildet werde. Es entstanden Depots, aus denen die aufgebotenen riesigen Massen bekleidet, ausgerüstet und bewaffnet werden konnten. Das Artilleriematerial wurde modernisiert, die Militärluftschiffahrt ins Leben gerufen. Die geistige Durchbildung des Generalstabes wurde unter französischen Einfluß genommen. Probemobilisierungen sollten die Schlagfertigkeit der neuen Verbände, die Qualität der neuen Mobilisierungsbestimmungen überprüfen. Die Manöver wurden aus der bisherigen konservativen Form von Paradevorführungen nach französischem Muster durchgeführt.

Um den französischen Sparer über seine geopferten Summen zu beruhigen und ihm schon einen Vorgeschmack der Gloire zu geben, wurden russische Gäste sehr fleißig zu den französischen Manövern geladen, die sich mit Vorliebe an den deutschen Grenzen abspielten. Man war seiner Sache schon sicherer geworden, so konnte man es sich

gestatten, den künftigen Führer der russischen Armeen, den Deutschenhasser Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, gelegentlich des Abschlusses von Manövern hart an die deutsche Grenze zu führen, wo er in Begleitung seiner erlauchten Gemahlin mit einer für das französische Volk bestimmten Geste der Bedeutung des französisch-russischen Bündnisses in nicht mißzuverstehenden Worten Ausdruck gab.

Es gab keinen Zweifel mehr; Rußland hatte sich trotz aller Bemühungen der Glieder der heiligen Allianz, die vor 100 Jahren dem Kaiser der Franzosen den Fuß auf den Nacken gesetzt hatte, denselben Franzosen mit Leib und Seele verschrieben.

Die Einkreisung war im Wesen vollführt. Im Osten wie im Westen standen die Mittelmächte einer ehernen Wand von Bajonetten gegenüber. Im Süden frohlockte Serbien. Eine Lücke des Ringes blieb scheinbar im Südwesten.

Unser Verhältnis zu Italien.

Italien stand mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland seit Jahren im Bundesverhältnis. Conrad von Hötzendorf hat den Wert dieses Bündnisses sehr bald nach seiner Berufung als Chef des Generalstabes im Jahre 1906 erkannt. Er ist mit seiner Erkenntnis nicht durchgedrungen, weder bei dem Leiter des Ministeriums des Aeußeren noch bei unserem Verbündeten, dem Deutschen Reiche — der Krieg hat das Urteil über diesen Irrtum gesprochen.

Es ist bezeichnend, daß ein großer Bruchteil meiner amtlichen Tätigkeit gerade in dem Verfolgen der militärischen Maßnahmen unseres Bundesgenossen Italien bestand, das mit steigender Intensität militärische Vorsorgen traf, die alles eher als bündnistreue Nachbarschaft verrieten.

Während all die Jahre hindurch von unserem Außenminister in den Delegationen der Dreibund als die Grundlage unserer Außenpolitik proklamiert wurde und im vertrauten militärischen Verkehre alljährlich die Komödie der Eisenbahn-Justradierung der an den Rhein bestimmten italienischen Korps erneut wurde, die im Falle eines Krieges gegen Frankreich aufmarschieren sollten, liefen in meinem Büro unausgesetzt Nachrichten ein, die uns belehrten, wie systematisch Italien den kommenden Krieg gegen Oesterreich-Ungarn einleitete.

Eine große Kette modernster Befestigungen an der Tiroler und Kärntner Grenze sollten die Flanke und den Rücken der in

der venetianischen Ebene aufmarschierenden Operationsarmee decken.

Diesen Aufmarsch konnten wir anfänglich an allerlei Maßnahmen hinter der Livenza erwarten.

Ich entsinne mich genau des Tages im Jahre 1910, als ich beim Vortrage Exzellenz von Conrad die selbst ihn verblüffende Nachricht melden mußte, daß die Italiener ihren Aufmarsch an den Tagliamento vorverlegen. Es bedurfte unwiderlegbarer Beweise und einer bestätigenden Kontrolle der eingelaufenen Nachrichten, daß die Italiener mitten im Frieden gegen ihren vieljährigen Bundesgenossen eine durch mächtige Brückenköpfe geschützte Aufmarschzone schaffen, ehe selbst Conrad, der sich über die Haltung Italiens in einem künftigen Kriege gewiß keinen Illusionen hingab, meinem Berichte Glauben schenkte.

Die Werke der Brückenköpfe am Tagliamento waren noch im Bau und schon mußte die Regierung im Parlamente in Rom Vorwürfe hören, daß der schmale Grenzstreifen zwischen dem Tagliamento und der Reichsgrenze preisgegeben werde.

Alsbald liefen Nachrichten ein, daß die italienische Heeresleitung eine Reihe von Punkten hart an unserer Grenze zu befestigen beabsichtige.

Befestigungen sind im Gesichtswinkel des Laien Mittel der Abwehr, der Militär weiß, daß sie im Zusammenhange mit anderer militärischen Vorsorgen streng offensiven Charakter haben.

Ueber die Absichten Italiens konnten wir uns um so weniger Zweifeln hingeben, als die militärischen Maßregeln im vollsten Einklang mit der nationalen Propaganda gegen unsere Monarchie standen.

Die Schreibweise der Presse, das Treiben der Irredenta, Pamphlete, die auch vor der ehrwürdigen Gestalt unseres greisen Kaisers nicht halt machten, ließen keinen Zweifel über Stimmung und Absichten der Italiener übrig.

Wieder entsinne ich mich eines Tages, da ich ein aus der Feder Gabriele d'Annunzios entsprungenes Pamphlet über unseren Kaiser zur Uebersetzung zugestellt erhielt, bei dessen deutscher Wiedergabe sich die Feder meines Referenten in Wut und Empörung sträubte.

Eine Kette immer häufiger sich wiederholender Grenzverletzungen seitens der militärisch organisierten italienischen Zollwache oder an der Grenze übender Alpini-Abteilungen waren der Ausfluß der Stimmung gegen den Dreibund-

Genossen, ein Zustand, an dem die loyale Haltung des italienischen Botschafters in Wien und seines Personals wohl nichts zu ändern vermochten.

Selbst die Adria, unser kümmerlicher Kontakt mit dem Welthandel, war ein Objekt des leidenschaftlichen Begehrens unseres Bundesgenossen, der die Adria, das Meer, das unsere kleine tapfere Kriegsmarine schon einmal rühmlich gegen italienische Gelüste verteidigt hatte, mit Hartnäckigkeit das „mare nostro" nannte.

Unser Bundesgenosse, dem wir in seinem Tripolis-Unternehmen in loyalster Art freie Hand gelassen hatten, stand — es gab keinen Zweifel — in der Reihe unserer Feinde. Die Einkreisung war vollzogen!

Der Kundschaftsdienst.

Zu den unliebsamsten Pflichten des Evidenzbüros gehörte der Kundschaftsdienst. Mit Einsetzen der Balkankrise im Winter 1908/09 begann eine überaus rege Kundschaftertätigkeit aller uns umgebenden Staaten. Die Vielsprachigkeit der Randländer der Monarchie bot einen reichen Nährboden für die nationale Propaganda, die mit Vehemenz einsetzte. Hand in Hand damit ging die militärische Auskundschaftung. Ein Heer von kleinen, großen, geschickten und dummen Spionen überflutete unsere Monarchie. Mein Personal für dieses Ressort rieb sich im erbitterten Kampfe gegen diese Seuche auf. In rastloser Tag- und Nachtarbeit, mit Aufbietung aller kriminalistischer Hilfsmittel waren wir bestrebt, die Ausspähung durch fremde Agenten zu hindern. Die Spionageprozesse, bis dahin eine Seltenheit, stiegen in die Hunderte.

Aus den finanziellen Mitteln, die die fremden Staaten auf den Kundschaftsdienst verwandten, konnten wir auf den Ernst ihrer Absichten schließen.

In die Zeit meiner Amtsführung fällt die Entlarvung von zwei russischen Militärattachés, höhere Offiziere, die den Auftrag hatten, unsere militärischen Einrichtungen sekreter Natur auszuspähen, koste es was es wolle. Das fremde Geld rollte auf diesem Gebiete schrankenlos und brachte leider gar manchen Bürger unserer Staaten, selbst Offiziere auf die Bahn des Verbrechens.

Aus der Einvernahme der zahlreichen Spione, deren wir habhaft wurden, aus den Aufgaben, die sie erhalten hatten, konnten wir genau die Ziele und Absichten unserer Gegner erkennen.

Sie deckten sich völlig mit all den anderen Symptomen der Einkreisung. Es gab keinen Zweifel — der Vernichtungskrieg gegen die Mittelmächte, die man treu Seite an Seite wußte, war eine beschlossene Sache, dessen Ausbruch lediglich mehr eine Frage der Zeit.

Deutschlands Größe, Deutschlands Tüchtigkeit war eine wirtschaftliche Gefahr für Englands Weltmarkt geworden. Es bedurfte keiner großen Ueberredung, Frankreich für den Gedanken zur Vernichtung Deutschlands zu gewinnen. An der Seite Deutschlands stand Oesterreich-Ungarn, daher mußte auch dieses isoliert werden. Die Anregung nationaler Aspirationen genügte, um den Ring unserer Feinde zu schließen.

Aber selbst im Kundschaftsdienste blieben wir in der Defensive. Die Abwehr der feindlichen Agenten nahm Personal, Zeit und Mittel vollauf in Anspruch. Die streng vornehme Auffassung unseres Kaisers schloß jede Betätigung unserer Militärattachés im Spionagedienst absolut aus. Unser würdiger greiser Kaiser faßte eine solche Tätigkeit als einen Mißbrauch der Gastfreundschaft des fremden Staates auf und hätte sie streng geahndet. Das Ministerium des Aeußeren, in allererster Linie bestrebt, ja mit allen Nachbarn in korrektem Verkehr zu stehen, lähmte jede aktive Betätigung im Kundschaftsdienst. Jeder Ansatz hierzu begegnete dem schärfsten Proteste des Ministers des Aeußeren zu einer Zeit, da unsere Nachbarn uns mit Spionen überfluteten und in unserem Reiche die nationale Agitation der Feinde ihre höchsten Blüten trieb.

Unser ritterlicher Monarch, das ängstliche Ministerium des Aeußeren, das im aktiven Kundschaftsdienste nur eine Provokation unserer Nachbarn sah, das waren die leitenden Faktoren unseres Staates, dem man vor der Geschichte das Brandmal der Mitschuld am Kriege aufbürden will!

Die Ermordung unseres Thronfolgers.

Das vorgerückte Alter des Kaisers Franz Josef, die immer häufiger sich wiederholenden Unpäßlichkeiten des greisen Monarchen, hatten die natürliche Folge, daß die Person des Erben des Thrones immer mehr in den Vordergrund trat, dessen starker Wille sich auf den verschiedensten Gebieten der komplizierten Regierungsmaschine unserer Doppelmonarchie oft schon recht deutlich fühlbar machte.

Es war naheliegend, daß der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand den Wunsch empfand, die dem Reiche neu einverleibten Provinzen Bosnien und die Herzegowina zu besuchen und

die Bande der Zugehörigkeit zum Reiche durch persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung enger zu knüpfen.

Die Absicht des Erzherzogs, im Anschlusse an militärische Uebungen die Hauptstadt Sarajevo zu besuchen, fand die Billigung des Kaisers. Man konnte erwarten, daß das Auftreten des Thronerben und seiner Gemahlin unter Entfaltung eines gewissen Pompes einen günstigen Einfluß auf die loyalen Elemente üben und ein Gegengewicht gegen die reichsfeindliche Agitation der Serben bilden werde. Das war vor allem die Ansicht des Landeschefs, der den Besuch eifrigst befürwortete.

Die Nachricht über den bevorstehenden Besuch unseres Thronfolgerpaares in der Hauptstadt Bosniens löste in Serbien einen Sturm der Empörung aus. Man unterschätzte nicht den Einfluß eines solchen Besuches, namentlich auf den mohammedanischen Teil der Bevölkerung. Man verschloß sich in Serbien nicht den Gefahren der Stärkung der loyalen Elemente. Der Besuch mußte hintertrieben werden! —

Es brach wieder eine Zeit maßloser Preßhetze, wütender Agitation ein, die allein schon Sorgen für die Sicherheit des Thronfolgers bei dieser Reise auslösen mußte.

In meinem Büro mehrten sich die Anzeichen, daß die Serben vor nichts zurückschrecken würden, den Effekt der Reise zu paralysieren.

Alle in Serbien bestehenden mehr oder minder radikalen, rein national orientierten, offenen oder geheim organisierten Vereinigungen traten in verstärkte Aktion.

Die Kundschaftsstellen an der serbischen Grenze wußten fast jeden Tag versteckte und offene Aeußerungen zu melden, die keinen Zweifel ließen, daß das Leben des Thronfolgers während seiner Reise in Bosnien bedroht sei.

Die Gefahr eines Anschlages auf unseren Thronerben war in ihren Folgen unabsehbar. Wir wußten, daß von südslawischer Seite nur nach einem Anlasse gefahndet wurde, eine Entzündung der bis zur Höchstspannung geladenen politischen Atmosphäre zu provozieren.

Kurz vor dem Thronfolgermord, im April 1914, hatte ich den Auftrag, unseren Gesandten in Cettinje, Baron Gießl, der nach einer Operation in Berlin rekonvaleszent lag, gesichert nach Cettinje zu bringen, weil verbürgte Nachrichten vorlagen, daß die Montenegriner auf österreichischem Territorium einen Anschlag gegen ihn planen.

Es war vor allem der Chef des Generalstabes, der die schwerwiegenden Folgen eines Attentats auf den Erzherzogthronfolger von serbischer Hand einschätzte; er war es daher, der seinen Einfluß aufbot, den Thronfolger zur Aufgabe der Reiseabsicht zu bewegen.

Exzellenz Conrad hatte keinen Erfolg, die Reise wurde unternommen.

Bei den vorangegangenen Manövern, in der rein militärischen Umgebung, war es noch möglich, den Erzherzog zu schützen, in Sarajevo ereilte ihn und seine Gemahlin die Kugel des Mörders.

Die Würfel waren gefallen, die Stunde des Kampfes um den Bestand des Reiches, um die Erhaltung der Dynastie hatte geschlagen!

Vielfach wird die Frage erörtert, ist der Mord mit Wissen oder unter Duldung der serbischen Regierung geschehen?

Die jüngsten Publikationen in dieser Richtung haben wohl den lückenlosen Beweis für das Mitwissen und Duldung der serbischen Regierung erbracht. Doch wenn dem auch nicht so wäre — wer die engen Verhältnisse eines kleinen Balkanstaates kennt, in dessen Grenzen die politischen Handlungen einzelner kaum verborgen bleiben können, der weiß, daß Organisationen und deren Ziele ohne Duldung der Regierung nicht eine Stunde bestehen können.

Belgrad speziell ist ein so kleines Milieu, das ganze politische Leben spielt sich auf so engem Raum ab, daß die Annahme absurd ist, die Regierung hätte von den Attentatsplänen gegen unseren Thronfolger nichts gewußt.

Politische Morde sind in Serbien nicht neu, sie haben ihre Opfer wiederholt unter den gesalbten Häuptern der eigenen Herrscher gefunden.

Die Einzelheiten der Mordnacht, in der der letzte Obrenović und seine Frau fielen, zeigen die Vertrautheit mit der Technik derlei Arrangements in den offiziellen Kreisen. Sie haben auch den geistigen Zusammenhang des politischen Mordes mit dem mächtigen slawischen „Väterchen" erwiesen. Der an seinem Fenster in Belgrad auf die Meldung über die vollbrachte Tat wartende russische Gesandte ist ein erschreckendes Symptom der Skrupellosigkeit in der Wahl politischer Argumente.

Mir war diese Mentalität nicht neu, hatte ich doch als Chef unserer Mission in Mazedonien reichlich Gelegenheit gehabt, das

Treiben serbischer Banden als Exponenten serbischer Staatspolitik kennen zu lernen.

Während ein europäisches Konzert sich bemühte, in dem von nationalen Leidenschaften durchwühlten Mazedonien Ordnung zu schaffen, der Vogelfreiheit der armen Bewohner dieses gepeinigten Landstriches eine Grenze zu setzen, zogen die von der serbischen Regierung ausgerüsteten Banden sengend von Ort zu Ort, überfielen harmlose Dörfer und zwangen die Einwohner oft unter grausamen Martern, sich zur serbischen Nationalität und zur serbischen Kirche zu bekennen. — Alles, um im Falle des Verschwindens der Türkei einige Dörfer mehr dem jung-slawischen Reiche zuführen zu können.

Diese jeder Humanität und Zivilisation hohnsprechende Vergewaltigung fremder Untertanen geschah nicht nur mit Duldung, sondern über Auftrag der serbischen Regierung.

Als nach der Revolution der Jungtürken im Juli 1908 die Banden in Mazedonien zeitweilig abrüsteten, da stiegen sie aus den Verstecken nach Uesküb herab, um auch ihren Teil an den Verbrüderungsfesten zu haben. Mit dem üblichen Stolz der Briganten zeigten sie ihre Ordonnanz-Modelle[2]), ihre sonstigen Waffen und Ausrüstungsgegenstände, die sie aus staatlichen Magazinen gefaßt hatten. Es bedurfte nicht erst des die Zunge lösenden Alkohols, daß sie die Namen der serbischen Offiziere nannten, die sie instruiert hatten, wie sie ihr sauberes Gewerbe zu betreiben haben. Auf der Durchfahrt durch Belgrad hatte man mir schon den Platz gezeigt, auf dem der damalige serbische Kronprinz Georg persönlich die Anwerbung der Komitatschi vornahm.

Der Thronfolgermord von Sarajevo bleibt eine die Serben für ewige Zeiten besudelnde Kulturschande, die in der Geschichte ihr vernichtendes Urteil finden wird, sobald die durch den Krieg aus ihrem moralischen Gleichgewicht gebrachte Menschheit wieder zu ihrem normalen ethischen Fühlen zurückgekehrt sein wird.

Lange ehe die Hand eines exaltierten Jünglings die Waffe zu den verhängnisvollen Schüssen erhob, hat die Regierung in

---

[2]) *„Ordonnanz-Modelle" ist ein in der österreichischen Armee gebrauchter Fachausdruck. Man versteht hierunter das Modell des Infanteriegewehrs, das zur Zeit in der betreffenden Armee im Gebrauch ist. Feldmarschall Urbanski wollte, wie er uns mitgeteilt hat, damit sagen, „daß die abgerüsteten serbischen Banden mit Gewehren aus den Magazinbeständen der serbischen Armee ausgerüstet waren, was zweifellos nur mit Wissen und auf Befehl der Regierung geschehen konnte"* Die Schriftleitung.

Belgrad jene Atmosphäre geschaffen, aus der der Gedanke zum politischen Morde entstand. Den Mut zu diesem Treiben fanden die Lenker des kleinen Balkanstaates in der Unterstützung jener mächtigen Freunde, die das eherne Waffenband um die Mittelmächte geschmiedet haben, weil Deutschlands Fleiß und Tüchtigkeit eine wirtschaftliche Gefahr geworden war in dem Augenblick, da es sich in die Reihe der Konkurrenten auf dem Weltmarkte gestellt hatte.

Nicht einen Zoll breiten Bodens wollten die Mittelmächte, nur leben, bestehen, mit einem bescheidenen Platze an der Sonne!

Die Schuld der Mittelmächte an dem Kriege ist eine Lüge!

Mit der vollen inneren Ueberzeugung eines Mannes von Ehre und Gewissen kann ich, der mit den zum Kriege drängenden Ereignissen der Jahre 1908 bis 1914 in engstem Kontakte stand, die Worte des deutschen Kronprinzen wiederholen:

Wir haben den Krieg nicht gewollt, wir haben ihn vielmehr gefürchtet!

Neue Erklärungen über das Attentat von Sarajevo.*)

M. Boghitschewitsch.

Die jugoslawische Zeitschrift „Nova Evropa" (Das neue Europa) befaßt sich seit einiger Zeit ausschließlich mit der Frage der Verantwortlichkeiten für den Krieg von 1914 soweit sie Serbien betreffen. — In ihrer Nummer vom 21. Oktober 1925, Band II, Nr. 12, veröffentlicht sie in serbischer Sprache ein Kapitel des Buches, das demnächst in englischer Sprache erscheinen soll unter dem Titel „Sarajevo"; als Verfasser zeichnet der sehr bekannte englische Publizist Seaton-Watson (Scotus Viator).[1])

*) *Deutsche Uebersetzung des gleichen Aufsatzes im Januarheft dieser Zeitschrift.* *(Die Schriftleitung.)*

[1]) Diese Zeitschrift hat bereits das ganze Inhaltsverzeichnis des Buches von Seaton-Watson sowie verschiedene Kapitel in serbischer Sprache veröffentlicht.

Dies Kapitel, überschrieben „Die revolutionäre Bewegung in Jugoslawien", bringt wichtige Einzelheiten über die Bewegung selbst und ihre Urheber, aber einige, die ursächlichen Zusammenhänge betreffende Ungenauigkeiten erfordern eine sofortige Widerlegung.

Zwei junge Leute, einer aus der Herzegowina und der andere aus Kroatien, die an allen Terrorakten der Revolutionäre in Serbien und in den slawischen, zu Oesterreich gehörigen Provinzen teilgenommen haben, machten mir gegenüber nach der Lektüre dieses Artikels Aussagen, die ganz kategorisch gewisse Behauptungen Seaton-Watsons widerlegen.

Die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina ertrug von jeher nur widerwillig jede fremde Verwaltung, mochte sie nun türkisch oder österreichisch sein. Auch fehlte es in diesen Provinzen niemals an Aufwieglern und Anstiftern politischer Morde. Wie ich weiter unten im einzelnen darlege, nutzten die nationalistisch-serbischen Revolutionäre dieses aus der Unzufriedenheit geborene revolutionäre Element aus.

Seaton-Watson erklärt eingehend die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Bosnien und der Herzegowina, aber er weist nicht, was doch sehr wichtig ist, den Zusammenhang nach, der zwischen der Aktion der mit einer fremden Verwaltung unzufriedenen bosnischen Revolutionäre und der Aktion der Serben im Königreich, die aus Nationalismus Revolutionäre sind, besteht.

Der Gedanke, alle Serben zu vereinigen ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, ihre Religion oder politische Richtung, stammt von dem Prinzen Michel Obrenowitsch, der von Anhängern der Familie Karageorgewitsch 1868 ermordet wurde. Sein sehnlicher Wunsch[2]) war, alle Serben möchten systematisch auf ihre nationale Einigung unter der Führung und späteren Oberherrschaft Serbiens hinarbeiten. Alle politischen Parteien in Serbien haben diesen patriotischen Wunsch sich zur Parole gemacht.

Seaton-Watson irrt also, wenn er behauptet, daß die radikale Partei der nationalistischen Bewegung nicht günstig gesinnt war. Diese Bewegung wurde nicht nur durch Privatpersonen jeder Parteistellung unterstützt, sondern auch durch die staatlichen Verwaltungszentralen, wie das Kriegsministerium, das Kultusministerium und vor allem durch die Propagandaabtei-

[2]) Zavestajna misav Knesa Michaila (Der letzte Wille des Prinzen Michel).

lung des Außenministeriums. Mit anderen Worten: alle Serben ohne Ausnahme vereinigten ihre Bestrebungen zur Erreichung des vom Prinzen Michel gesteckten Zieles. Die serbische Regierung gewährte nicht allein ihre moralische Unterstützung, sondern sogar die zu jeder Propaganda erforderlichen Geldmittel.

Im Jahre 1903, zur Zeit des Dynastiewechsels in Serbien, gewann diese Bewegung sehr an Ausdehnung und die antiösterreichische Propaganda wurde in den offiziellen serbischen Kreisen sehr intensiv.[3])

Seit 1903 begannen die Verschworenen — serbische Offiziere, die den König Alexander ermordeten und Peter Karageorgewitsch auf den Thron setzten — eine terroristische Propagandaaktion und bildeten Komitatschibanden, die besonders für eine revolutionäre Tätigkeit in Mazedonien bestimmt waren, gründeten Schulen in Prokoplje, Vranja und Tjuprija. Schüler derselben waren hauptsächlich junge Leute aus Bosnien und der Herzegowina. Diese wurden durch die Verschwöreroffiziere selbst für eine nationalistische Revolutionstätigkeit vorbereitet.

Unter den Propagandagesellschaften, soweit ihnen die nationale Heranbildung der Intelligenz zufiel, ist die Vereinigung vom Heiligen Sava, die Slovenska Jug (südslawisch) zu erwähnen, die bis 1908 andauernd wirkte, dann die „Narodna Odbrana" (nationale Verteidigung) von 1909 bis 1914. Alle diese Gesellschaften wurden vom Staat unterstützt.

Die einflußreichste jedoch aller dieser Vereinigungen war die Gesellschaft „Uje din jenje ili smrt" (Einigkeit oder Tod), auch die „Schwarze Hand" genannt, als geheime Gesellschaft im Jahre 1911 von den vorerwähnten Verschwöreroffizieren organisiert, die seit 1903 zweifellos die Führer der revolutionären Bewegung und die Urheber aller Attentate waren, die in der Türkei, in Montenegro und in Oesterreich verübt wurden. Ihre revolutionären Handlungen fanden oft die Unterstützung der serbischen Regierung. An der Spitze dieser Offiziere stand der Oberst Dragutin Dimi-

[3]) Vergleiche Boghitchevitch „Les Causes de la Guerre". F. Rieder & Co., édit., 1925, Seite 30, 130 usw.

triewitsch Apis, erschossen auf Grund des Prozesses von Saloniki im Juni 1917.

Seaton-Watson spricht nicht von der Tätigkeit dieser serbischen Offiziere, die die Arbeit von Revolutionären verrichteten. Sie sind aber doch die Herren der Bosniaken und Herzegowiner, über deren terroristische Taten er berichtet.

Die nationalistische Bewegung nahm von 1904 bis 1907 ihren normalen Verlauf, aber die Annektierung Bosniens und der Herzegowina stachelte den Eifer der jugoslawischen Revolutionäre an. Nationalistische Herde entstanden in verschiedenen Hochschulzentren der österreichisch-ungarischen Monarchie. Zahlreiche Gesellschaften bildeten sich, die ihre Zeitungen, ihre Zeitschriften hatten. Prag war einer dieser Herde, wo eine Menge jugoslawischer Studenten eine theoretische Stütze bei Professor Masaryk suchten, einem der ersten wissenschaftlichen Verteidiger ihrer Sache. Seine grundlegende These war, daß man nur einen Verrat gegen sein eignes Volk kenne. Auf diese Art war z. B. ein Tscheche nur dem tschechischen Volke gegenüber verantwortlich.

Diese Aktion war nicht gleichlaufend mit der von Belgrad, wohl aber ihre Fortsetzung. Seaton-Watson schildert die Geschichte jener Studentenvereinigungen, er nennt ihre Namen, ihre Zeitungen, ihre Zeitschriften, aber er weist die Beziehungen nicht nach, die von jeher zwischen Belgrad und den verschiedenen nationalistischen Herden in Oesterreich bestanden.

Seaton-Watson behandelt die Frage einseitig, und da er das tut, kommt er zu dem irrigen Schluß, daß alle in Oesterreich von 1910 bis 1914 begangenen terroristischen Akte ausschließlich von Bosniaken und Herzegowinern angezettelt worden seien, die seiner Ansicht nach Schüler der russischen Revolutionäre waren.

Die Revolutionäre in Bosnien und der Herzegowina wußten selbstverständlich von den terroristischen Taten der russischen Anarchisten. Sie lasen die Werke von Bakunin, Herzen, Krapotkin usw. Dabei ist zu bemerken, daß die „Narodna Odbrana", deren Sitz in Belgrad war, ihnen oft die meisten Bücher lieferte, denn die Serben wollten, dank der russischen Anarchistenakte, die revolutionäre Geistesrichtung dieser Bosniaken und Herzegowiner weiter fördern. Uebrigens handelte es sich in Rußland um eine rein soziale Frage, während man in Bosnien vor einer rein nationalistischen Bewegung stand. Sie suchten daher in den russischen Werken, wie man am praktischsten die Sache anpacken könnte, und nicht die Ideen.

Wenn die Behauptungen Seaton-Watsons richtig wären, wie erklärt es sich dann, daß alle bosnischen und herzegowinischen Urheber von Attentaten erst nach einem langen Aufenthalt in den nationalistisch-revolutionären Kreisen Serbiens und besonders Belgrads zur Tat geschritten sind? Denn man kann es nicht leugnen: alle diese jungen Leute sind in Serbien, wo sie jedes notwendige Waffenmaterial fanden, theoretisch und praktisch ausgebildet worden. Greifen wir einige Beispiele heraus: Geraitsch, der von Seaton-Watson für einen der hauptsächlichsten Anstifter der sogenannten bosnischen Revolutionsbewegung gehalten wird, übte sich im Revolverschießen zu Vranja unter Anleitung eines der Mitglieder der „Schwarzen Hand", Bozin Simitsch, der noch kurz bevor er seinen Ueberfall gegen den Gouverneur von Bosnien, Varechanin, am 2. Juni 1910 ausführte, serbischer Offizier war. Yukitsch, der das Attentat gegen den Banus (Gouverneur) von Kroatien verübte, lernte 1912 gelegentlich des Besuchs kroatischer Studenten in Belgrad unter Aufsicht des Kommandanten Voya Tankositsch mit dem Revolver umzugehen. Fast alle Attentäter, einschließlich desjenigen, der den Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin ermordete, wurden gleichfalls in Belgrad durch serbische Mitglieder der Gesellschaft „Einigkeit oder Tod" vorbereitet. Die Mehrzahl der jungen bosnischen Attentäter waren auch Mitglieder dieser Gesellschaft und infolgedessen dem Zentralkomitee in Belgrad zu blindem Gehorsam verpflichtet.

Die revolutionäre Tat des Geraitsch wurde durch einen anderen Bosniaken als Heldentat gepriesen, und wir sind mit Seaton-Watson der Ansicht, daß diese Verherrlichung großen Eindruck auf die ganze bosnische Jugend gemacht hat. Aber selbst da unterläßt er es, zu sagen, daß auch Gatschinowitsch Mitglied der „Schwarzen Hand" war und daß seine Broschüre „Der Tod eines Helden" von der Druckerei der Zeitung „Piemont", die dieser Gesellschaft gehört, herausgebracht worden ist und er in seiner Eigenschaft als Mitglied dieser Vereinigung aus Belgrad den Befehl erhielt, zu Propagandazwecken seine Broschüre in den Schulen Bosniens und der Herzegowina zu verteilen. Bei der Besetzung Belgrads durch die deutschösterreichischen Truppen im Jahre 1915 hat man Tausende von Exemplaren dieser Broschüre bei dem sehr bekannten serbischen Agitator Mile Pawlowitsch gefunden, sowie ferner eine umfangreiche Korrespondenz, die sich auf die revolutionäre Propaganda in denjenigen Provinzen der Doppelmonarchie, wo das slawische Element vorherrschend war, bezog. Gatschinowitsch besaß un-

zweifelhaft, wie Seaton-Watson bestätigt, die Eigenschaften eines großen Agitators und hatte einen bedeutenden Einfluß nicht nur auf die Jugend, sondern auch auf alle Klassen der Gesellschaft. Dieser Einfluß gestattete es ihm, dem Befehl gemäß so viel Leute als möglich anzuwerben, aber, wenn man unparteiisch sein will, muß man bemerken, daß er, wie von uns bereits weiter oben gesagt wurde, Mitglied der „Schwarzen Hand" und in dieser Eigenschaft nur ein bescheidener Vollstrecker der Befehle des Zentralkomitees von Belgrad war. Die Eidesformel der neuen Rekruten aus Bosnien und der Herzegowina war nicht die Formel irgendeines bosnischen Komitees, sondern die Eidesformel der Gesellschaft „Einigkeit oder Tod". Die Revolutionäre, die revolutionären Gesellschaften Serbiens und der slawischen Provinzen der Monarchie standen unter dem direkten Befehl des Belgrader Zentralkomitees. Mithin waren die Bosniaken und Herzegowiner nicht unabhängige Agitatoren, sondern Untergebene der nationalistisch-serbischen Revolutionäre. Gatschinowitsch wurde finanziell nicht nur von der „Schwarzen Hand", sondern auch von der „Narodna Odbrana", deren Mitglied er ebenfalls war, unterstützt und sogar von der Propagandaabteilung des Außenministeriums, das ihm ein Stipendium bewilligte, damit er in Lausanne studieren könne.[4])

Die Schilderung dieser Tatsachen beweist klar, daß die Leitung der Bewegung sich nicht in Bosnien und der Herzegowina, sondern in Belgrad befand.

Ein vergeblicher Versuch ist es, aus politischen und patriotischen Gründen eine Frage verdunkeln zu wollen, die dank der diplomatischen Dokumente und anderer unumstößlicher Beweise hinreichend geklärt worden ist. Wer aus irgendwelchen Gründen sich der Wahrheit verschließt, deren Marsch, nebenbei

---

[4]) Die Propaganda-Abteilung des Außenministeriums gab auch an andere junge Leute slawischer Nationalität, die aber österreichische Untertanen waren, Stipendien, um in Oesterreich, Serbien und im Ausland studieren zu können. Unsere beiden Zeugen, Bastaitsch und Golubitsch, zum Beispiel waren ebenfalls Stipendiaten des Ministeriums. Man muß sich fragen, wie die serbische Regierung, die doch sicherlich Kenntnis von ihren revolutionären Plänen haben mußte, anständigerweise ihnen Freistellen bewilligen konnte. Wer die geheimen Triebfedern der jugoslawischen Revolutionstätigkeit kennt, muß der nicht annehmen, daß sie von der serbischen Regierung gerade wegen ihrer revolutionären und nationalistischen Gefühle Stipendien erhielten?

gesagt, niemand aufhalten kann, wird nicht zur Entlastung, sondern im Gegenteil zur schwereren Belastung der serbischen Regierung beitragen.

Die furchtbare Katastrophe, die im Jahre 1914 über die ganze Welt hereinbrach, und zu deren mehr oder weniger fernliegenden Ursachen auch die revolutionäre nationalistisch-serbische Bewegung zählte, gibt jedem denkenden Wesen das moralische Recht, die volle Wahrheit über die Verantwortlichkeiten für den Krieg von 1914 zu sagen.

*

Zur Bekräftigung unserer Beweisführung fügen wir die Aussagen von zwei weiter oben bereits genannten Revolutionären bei, die ganz besonders an den Vorbereitungen für das Attentat gegen den Erzherzog Franz-Ferdinand teilgenommen haben:

1. Mustapha Golubitsch, geboren zu Stolaz in der Herzegowina, zur Zeit wohnhaft in Wien.

2. Paul Bastaitsch, gleichfalls in Wien wohnend.

Diese beiden Aussagen können selbstverständlich noch durch weitere, sowie sonstige Beweise bestätigt werden.

1. Die Zusammenkunft in Toulouse fand nicht, wie Seaton-Watson behauptet, Mitte Januar 1913, sondern Mitte Januar 1914 (neuen Stils) statt.

2. Anwesend waren Mustapha Golubitsch, Mohamed Mechmedbaschitsch und Milan Gatschinowitsch. Keine andere Person war bei der Unterredung zugegen.

3. Die Zusammenkunft fand zu Toulouse in der Straße St. Jérome, Hotel-Restaurant St. Jérome, statt.

4. Die Idee dieser Begegnung ging aus von dem Kommandanten Voya Tankositsch in Belgrad, ohne Zweifel im Einvernehmen mit dem Oberst Dimitriewitsch.

5. Mustapha Golubitsch hatte Befehl erhalten, sich nach Lausanne zu begeben, um sich hinsichtlich dieser Zusammenkunft mit Gatschinowitsch zu verständigen.

6. Paul Bastaitsch und Jean Giwanowitsch, die Kenntnis von diesem verbrecherischen Plan hatten, waren ebenfalls bestimmt, beizuwohnen, konnten aber als Pariser Studenten wegen Mangels an Geld sich nicht nach Toulouse begeben.

7. Gegenstand dieser heimlichen Verabredung war in erster Linie die Vorbereitung eines Attentats gegen den Erzherzog Franz-Ferdinand, dann weiterer Attentate in verschiedenen Orten der österreichisch-ungarischen Monarchie, selbst in Wien, gegen einflußreiche zivile und militärische Persönlichkeiten. Man rechnete damit, auf diese Weise das slawische Element in Oesterreich-Ungarn aufzuwiegeln und sogar einen allgemeinen europäischen Brand zu entfesseln.

8. Die Ausführung dieses Planes wurde beschlossen.

9. Nach dieser geheimen Zusammenkunft schrieb Gatschinowitsch einen Brief an den zu Sarajevo wohnenden Gawrilo Princip, in dem er ihn aufforderte, mit Danilo Ilitsch nach Lausanne zu kommen, um die Einzelheiten dieser Attentate festzulegen.

10. Ende Januar kehrte Mohamed Mechmedbaschitsch von Toulouse nach Stolaz in der Herzegowina zurück und wenige Tage nach seiner Rückkehr besuchte er Danilo Ilitsch in Sarajevo, um sich ihm, wenn es nötig sein sollte, zur sofortigen Ermordung des Generals Potiorek, des Gouverneurs von Bosnien, zur Verfügung zu stellen, wenn nicht, zur Ausführung anderer Attentate. Ilitsch hat sogleich erklärt, daß es im Augenblick zwecklos sei, Potiorek zu töten, da er ja auch entschlossen sei, zuerst den Erzherzog zu ermorden, was sehr viel wichtiger wäre.[5])

11. Sowie Ilitsch und Princip den Brief von Gatschinowitsch mit der Einladung, nach Lausanne zu kommen, erhalten hatten, ist Princip nach Belgrad gefahren, um die Ermächtigung einzuholen, diese Reise zu unternehmen; Tankositsch aber, der Vollstrecker der Befehle des Dimitriewitsch, ließ ihn wissen, daß diese Reise nicht mehr notwendig sei, da man in Belgrad auch beschlossen hatte, den Erzherzog zu ermorden. Aus diesem Grunde wurde Princip in Belgrad

[5]) Aus dieser Feststellung geht hervor, daß der Plan der Ermordung schon gefaßt worden war, ehe man wußte, daß der Erzherzog nach Bosnien kommen würde, um den Manövern beizuwohnen. Mithin war die Nachricht, die von Tschabrinowitsch an Puchara in Belgrad gesandt wurde, daß nämlich der Erzherzog den Manövern beiwohnen würde, nicht das Motiv, wie Seaton-Watson behauptet, sondern nur eine gute Gelegenheit, den Plan auszuführen.

zurückgehalten, wo er bis Ende Mai blieb. Dort unterrichteten ihn Ciganowitsch und Tankositsch im Schießen mit einer 9 Millimeter kalibrigen Browning-Pistole. Alle Pistolen für das Attentat in Sarajevo waren von Dimitriewitsch selbst eingekauft worden.

12. Ilitsch und Princip benachrichtigten Gatinowitsch in Lausanne, daß sie nicht mehr nötig hätten, nach Lausanne zu gehen, denn alle Vorbereitungen für die Ausführung des Plans, den Erzherzog zu ermorden, seien bereits in Belgrad und Sarajevo getroffen worden.

13. Wenige Tage vor dem Attentat hat sich Danilo Ilitsch nach Belgrad begeben, um die letzten Instruktionen zu empfangen, und diesmal — was als wichtig zu vermerken ist — hat Dimitriewitsch sie ihm selbst erteilt. Bei seiner Verabschiedung von dem Obersten erklärte Ilitsch, daß er überzeugt sei, er würde dabei sein Leben lassen, und er bat ihn inständig, für seine Mutter zu sorgen.

14. Seaton-Watson sagt mit Recht, daß Ilitsch der hauptsächlichste Organisator der Vorbereitungen war, die in Sarajevo zur Ermordung des Erzherzogs getroffen wurden (während Princip nur ausführendes Organ war). Aber auch an dieser Stelle unterläßt er es, festzulegen, daß Ilitsch nur die Befehle des Dimitriewitsch, des Haupturhebers des Attentats, ausführte.

15. Seaton-Watson scheint sich der Annahme anzuschließen, Ilitsch habe im letzten Augenblick hinsichtlich der Ausführung des Attentats Bedenken gehabt, doch ist diese Ansicht unrichtig, denn Ilitsch, Princip und Mehmedbaschitsch haben vier Tage vor dem Attentat eine Postkarte an Gatschinowitsch nach Lausanne gesandt, auf der stand: „Revolutionären Gruß". Ferner haben sie ihm einen vier Seiten langen Brief geschickt, in dem sie mit begeisterten Worten von der nahe bevorstehenden Ausführung ihres Planes sprechen, der während des darauffolgenden Sonnabends gelegentlich der Manöver verwirklicht werden sollte. Bekanntlich hat das Attentat nicht am Sonnabend stattgefunden, sondern am nächsten Sonntag, dem 28. Juni, in Sarajevo. Gleichzeitig sprechen sie sich in diesem Briefe sehr ungünstig über einen Kameraden aus — sein Name ist uns ebenfalls bekannt, wir wollen ihn aber nicht nennen —, weil er im letzten Augenblick sich geweigert hat, an dem Attentat teilzunehmen. Wir haben begründete Vermutung, dieser junge Mann habe aus verschiedenen Motiven falsche Auskünfte an Seaton-Watson übermittelt.

Das Ende zweier Kriegslügen.

Von Graf Max Montgelas.

Die letzten Monate haben das Ende zweier Kriegslügen gebracht. Ueber das Begräbnis der „Kadaverlüge", d. h. der verleumderischen Anschuldigung, Deutschland habe im Kriege Fabriken eingerichtet, um aus den Leichen gefallener Soldaten Fett zu gewinnen, ist in der Tagespresse eingehend berichtet worden.[1]) Weniger Beachtung hat bisher die Erledigung einer zweiten Lüge gefunden, die dahin ging, Kaiser Wilhelm habe in einer Rede oder in einem Armeebefehl das britische Expeditionskorps als „verächtliche kleine Armee" bezeichnet. Eine solche Rede ist niemals gehalten worden. Ueber die Entstehung des Märchens vom Armeebefehl berichtet sodann niemand anders als Generalmajor F. Maurice, während des Krieges Chef der Operationsabteilung des britischen Generalstabes, in den „Daily News" vom 6. Dezember 1925:

„Während wir noch auf Aufklärung über das Märchen der ‚Leichenfabrik' warten müssen, das man nicht auf sich beruhen lassen kann, ist eine andere tief eingewurzelte Kriegslegende entlarvt worden. Herr Ponsonby hat sehr genau die Wahrheit der Behauptung nachgeprüft, daß der Kaiser seine Generale angewiesen hat, ihre Energie auf das eine Ziel zu konzentrieren, die ‚verächtliche kleine Armee des Generals French' über den Haufen zu rennen. Ponsonby hat einen deutschen General veranlaßt, die Spalten der deutschen Zeitungen zu durchforschen, und dieser teilt mit, daß er nirgends eine Nachricht über eine Rede des Kaisers gefunden habe, worin von unserer Armee in solchen Ausdrücken gesprochen würde; und um die Frage endgültig zu klären, hat der General eine Erklärung des Kaisers aus Doorn erwirkt, daß er nie etwas ähnliches gesagt habe.

Nun hat General Sir Neill Malcolm darauf hingewiesen, daß nach Darstellung der britischen Armee die betreffende Redewendung nicht in einer kaiserlichen Rede, sondern in einem deutschen Heeresbefehl vorkomme. Im Armeebefehl des britischen Expeditionskorps vom 24. September 1914 war nämlich gesagt:

„Das Nachstehende ist Abschrift eines Befehls des deutschen Kaisers vom 19. August:

---

[1]) *Vgl. auch „Der Weg zur Freiheit", Mitteilungsblatt des „Arbeitsausschusses Deutscher Verbände", Nr. 11, 12, 5. Jahrgang 1925.*
(Anmerkung der Schriftleitung.)

Es ist mein königlicher und kaiserlicher Befehl, daß Sie im gegenwärtigen Zeitpunkt Ihre Energie auf ein einziges Ziel konzentrieren, und dieses Ziel ist, daß Sie Ihre ganze Geschicklichkeit und alle Tapferkeit meiner Truppen darauf richten, vor allem die verräterischen Engländer zu vernichten und die verächtliche kleine Armee Generals French über den Haufen zu rennen.

Großes Hauptquartier Aachen, 19. August."

Die britischen Truppen müssen aufgemuntert werden.

Es war dahin gekommen, daß unsere kleine Armee in der vierten Septemberwoche an der Aisne eine sehr schlimme Zeit durchmachte, und das englische Hauptquartier verfiel auf den Gedanken, die täglichen Befehle zur Verbreitung von Nachrichten zu benützen, von denen man annahm, daß sie die Truppen ermutigen und aufmuntern würden. Die meisten dieser Nachrichten waren so gefaßt, daß sie das deutsche Heer lächerlich machten. Insbesondere entsinne ich mich eines kleinen Spottgedichts, das sich über die deutsche Landwehr lustig machte. Diese Versuche erschienen den Soldaten im Schützengraben so töricht, daß sie bald aufgegeben wurden.

Die Nachricht von der Aeußerung des Kaisers über unsere verächtliche kleine Armee scheint in England gegen Ende August aufgetaucht und im Laufe des September zum Armeehauptquartier gelangt zu sein, wo sie ein geschickter Propagandist, der aufmunterndes Material sammelte, in einen deutschen Heeresbefehl umwandelte. Damals gab sich niemand die Mühe, den angeblichen Befehl mit kritischen Augen zu betrachten. Der Befehl erfüllte seinen Zweck, aber heute kann er ernster Prüfung nicht mehr standhalten.

Zunächst befand sich das deutsche Hauptquartier am 19. August nicht in Aachen, sondern in Coblenz und wurde einige Tage später nach Luxemburg verlegt. Aachen war zweifellos eingesetzt worden in der Erwägung, ein an der belgischen Grenze ausgegebener Befehl würde den Eindruck verstärken, daß die Deutschen dem linken Flügel der gegnerischen Armeen, wo das britische Expeditionskorps stand, besondere Aufmerksamkeit zuwendeten. Unglücklicherweise ist der Kaiser jedoch im August 1914 niemals in Aachen gewesen.

Ein Telegramm.

Aber es gibt noch einen anderen Grund, der den Befehl als Fälschung stempelt. Am 19. August waren die Deutschen ganz unsicher, wo die britische Armee gelandet sei, und hatten

keinerlei Nachricht, wo sie sich befand. Am 20. August, an dem Sir J. French den Vormarsch seiner Armee von westlich Maubeuge auf Mons für den frühen Morgen des folgenden Tages anordnete, telegraphierte der deutsche Generalstabschef von Moltke aus Coblenz an General von Kluck, der die erste Armee auf dem rechten deutschen Flügel führte: „Mit Landung der Engländer bei Boulogne und ihrer Verwendung aus Richtung Lille muß gerechnet werden. Es besteht hier jedoch die Ansicht, daß Landungen in größerem Umfange nicht erfolgt sind."

Nun weiß jeder, der die Grundzüge der deutschen Heeresorganisation kennt, daß der Kaiser keine Operationsbefehle für seine Armeen nach eigener Idee ausgegeben hat. Der regelmäßige Dienstgang war, daß alle diese Befehle durch den Chef des Generalstabes vorbereitet wurden, und der deutsche Generalstab war sicher nicht so unerfahren, daß er den deutschen Generalen vorgeschrieben hätte, ihre Energie auf die Vernichtung einer Armee zu konzentrieren, wenn er ihnen nicht sagen konnte, wo diese Armee sich befand.

Ich weiß nicht, wie die ursprüngliche Nachricht in die englische Presse gekommen ist, aber ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß der kaiserliche Heeresbefehl, der in unserem Armeebefehl wiedergegeben wurde, nichts anderes war als die Erfindung eines Propagandisten. Es ist daher so gut wie sicher, daß der Name, auf den unsere ersten fünf Divisionen stolzer waren als auf irgendeinen anderen, ihnen nicht vom deutschen Kaiser verliehen worden ist. Die ‚verächtliche kleine Armee' hat die russischen Armeen überlebt, aber nur um schließlich gleich diesen zur interessanten Fabel im Reiche der Phantasie zu werden."

Im Anschluß an diese dankenswerten Aufklärungen des englischen Generals werden die Anordnungen der deutschen Heeresleitung in der Zeit vom 17. bis 20. August 1914 nach den im Reichsarchiv liegenden Originalen bekannt gegeben:

17. August.

An diesem Tage sind fünf Heerestagesbefehle ergangen. Der vom Großen Hauptquartier Coblenz datierte Befehl Nr. 30 und 31 für die auf dem nördlichen Flügel stehende 1. und 2. Armee (Kluck und Bülow) lautet:

„Se. Majestät befehlen:

1. und 2. Armee und Höherer Kavalleriekommandeur 2 werden für das Vorgehen nördlich der Maas dem Oberbefehlshaber der 2. Armee unterstellt. —

Der Vormarsch ist am 18. August anzutreten. —

Es kommt darauf an, die in Stellung zwischen Diest — Tirlemont — Wawre gemeldeten feindlichen Kräfte unter Sicherung der eigenen linken Flanke gegen Namur von Antwerpen abzudrängen.

Die spätere Verwendung der beiden Armeen ist aus der Linie Brüssel—Namur unter Sicherung gegen Antwerpen beabsichtigt.

Für die Fortnahme von Namur durch den linken Flügel der 2. und den rechten Flügel der 3. Armee werden noch Befehle ergehen. Die der 2. Armee unterstellte schwerste Artillerie ist für diesen Angriff vorzuführen.

3. Armee wird mit rechtem Flügel im Anschluß an linken Flügel der 2. Armee über Durbuy gegen die Südostfront von Namur vorgehen.

Trennungslinie zwischen 2. und 3. Armee Malempré—Tohogne—Havelange — Thou (Orte der 3. Armee). —

Die für Sicherung und Ausbau von Lüttich erforderlichen Truppen und Mittel sind durch 2. Armee bei der Obersten Heeresleitung anzufordern.

Die beabsichtigten Marschziele der unterstellten Korps sind täglich zu melden. gez. v. Moltke."

Die Heeresbefehle Nr. 32, 33 und 34 regeln in gleicher Weise, ohne Nachrichten über den Feind zu geben, die Marschziele für die 3., 4. und 5. Armee.

Der Heeresbefehl Nr. 35 und 36 weist ganz kurz der 6. und 7. Armee die Aufgabe zu, „die linke Flanke des Heeres zu sichern".

18. August.

An diesem Tage ergehen aus Coblenz zwei Fernsprüche, in fortlaufender Numerierung als Nr. 37 und 38 bezeichnet, die sich ausschließlich auf den Angriff gegen die Festung Namur beziehen.

19. August.

Heeresbefehle sind an diesem Tage überhaupt nicht ergangen.

20. August.

Es folgt im Anschluß an den Befehl Nr. 38 vom 18. August der Befehl Nr. 39 aus Coblenz für die 1. bis 5. Armee, dessen Absatz 5 die von Generalmajor F. Maurice erwähnte Unsicherheit über den Standort des britischen Expeditionskorps zum Ausdruck bringt:

„Französische Kräfteverteilung am 20. August wird wie folgt angenommen:

An der Maas zwischen Namur und Givet I. u. II. französisches Armeekorps, vielleicht auch X.

Südlich der Sambre zwischen Namur und Maubeuge feindliche Kräfte im Anmarsch begriffen, davon zwischen Namur und Charleroi

heute bereits in der Nähe der Sambre ein bis höchstens zwei Armeekorps.

Westlich der Linie Charleroi—Fumay etwa 3 Armeekorps im Anmarsch nach Norden, darunter wahrscheinlich Reserve-Divisionen. Sie haben Linie Philippeville—Avesnes voraussichtlich heute noch nicht erreicht.

Mit Landung der Engländer bei Boulogne und ihrer Verwendung aus Richtung Lille muß gerechnet werden. Es besteht hier jedoch die Ansicht, daß Landungen in größerem Umfange nicht erfolgt sind.

Vor der Mitte unseres Heeres scheinen zwischen Fumay und Charleville gar keine oder nur schwache Kräfte zu stehen. Von Charleville bis Verdun stehen nach hiesiger Ansicht das III., XI., IV. und starke Teile des VI. französischen Armeekorps. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hinter ihnen 4 Reserve-Divisionen herangezogen werden. Nach sicheren Nachrichten soll die Ausladung der Reserve-Divisionen erst am 19. August begonnen haben.

Die Höheren Kavalleriekommandeure sind zu benachrichtigen.

gez. v. Moltke."

Neue Dokumente zur Julikrisis 1914.

(Fortsetzung.)

(Vgl. „Die Kriegsschuldfrage" Januarheft 1926.)

III. Rußland und Rumänien.

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

12. (25.) Juli 1914, Nr. 162.

Ihr Telegramm 1488 erhalten.[1])

Ich erhielt das Telegramm Eurer Hohen Exzellenz um 4 Uhr nachmittags und teilte seinen Inhalt sofort Bratianu mit, der sich

---

[1]) Durch das Telegramm Nr. 1488 vom 11. Juli 1914 wurden die russischen Vertreter in Wien, Berlin, Paris, London, Rom und Bukarest vom Wunsche des Außenministeriums benachrichtigt, vor allem auf einer Verlängerung der von Oesterreich zur Beantwortung der österreichischen Forderungen Serbien gestellten Frist sowie außerdem darauf zu bestehen, daß den Mächten die Möglichkeit gewährt werde, sich mit den Ergebnissen der Untersuchung über den Mord von Sarajevo bekanntzumachen.

(Anmerkung des Zentralarchiv.)

Das Telegramm Nr. 1488 ist in „Das Russische Orangebuch von 1914" auf Seite 4 veröffentlicht. *(Anmerkung der Schriftleitung.)*

zu dieser Zeit bei mir befand. Dieser erklärte seine volle Bereitwilligkeit, sich dem hiesigen österreichischen Gesandten gegenüber im Sinne des Kudaschew[2]) vorgeschriebenen Schrittes zu äußern; er ist jedoch tief davon überzeugt, nur Deutschland könne im letzten Augenblick Oesterreich von einem Ueberschreiten der serbischen Grenzen nach Ablauf der Frist des Ultimatums abhalten. Beim Gespräch über den Inhalt der serbischen Note ist Bratianu der Ansicht, Oesterreich habe ein gewisses Recht auf Genugtuung von seiten Serbiens, soweit die Frage die Bestrafung der am Verbrechen von Sarajevo schuldigen Personen sowie die sich aus der gerichtlichen Untersuchung ergebenden Tatsachen betrifft. Die Forderungen Oesterreichs gingen aber weit über diese Grenzen hinaus und machten ihre Annahme durch Serbien sehr schwierig. Ueberhaupt konnte Bratianu bei aller Zurückhaltung in seinen Aeußerungen nicht verhehlen, daß die österreichische Note auf die rumänische Regierung einen schweren Eindruck gemacht hat. Auf die Anfragen Paschitschs hat die rumänische Regierung ihm bereits den Rat gegeben, die österreichischen Forderungen anzunehmen, wobei sie von der Erwägung ausging, daß sie keine andere Antwort erteilen könne, da sie nun einmal selbst nicht imstande ist, Serbien bewaffnete Unterstützung gegen Oesterreich zu leihen; eine derartige Unterstützung erachtete Bratianu als über den Rahmen der rumänischen Interessen hinausgehend, die seiner Meinung nach darauf hinauslaufen, daß Bulgarien von einem Angriff auf Serbien abgehalten wird und daß Serbien als Ergebnis eines Krieges zwischen Oesterreich und Serbien keine territoriale Einbuße erleidet. Ich gestattete mir, von mir aus persönlich bei Bratianu anzufragen, welche Haltung Rumänien einnehmen würde, falls das österreichische Ultimatum Anlaß zu einem allgemein-europäischen Konflikt geben sollte. Bratianu antwortete, ein Entschluß könne von Rumänien erst gefaßt werden nach einer Beratung nicht nur des Kabinetts, sondern auch nach einer Prüfung der Frage mit den Führern der Opposition; jedenfalls müßte Rumänien dann genau und bestimmt wissen, welche Haltung Rußland einnehmen und welche Aufgaben es sich stellen werde, worauf Rumänien nicht weniger genau seine eigene Haltung dem Konflikt gegenüber festlegen würde. Meine Unterredung mit Bratianu trug einen sehr freundschaftlichen und herzlichen Charakter. Poklewski.

---

[2]) *Russischer Botschaftsrat in Wien. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

14. (27.) Juli 1914, Nr. 169.

Nr. 1506 erhalten.[3])

Ich verfehlte nicht, mich über seinen Inhalt mit dem Ministerpräsidenten auszusprechen, der sich über das Verhalten Rumäniens zum österreichisch-serbischen Konflikt genau so äußerte, wie dies in meinem Telegramm Nr. 142 dargelegt ist. Er findet die serbische Antwortnote sehr versöhnlich, jedoch könne Rumänien bei all seiner Sympathie zu Serbien nur den Rat zur Nachgiebigkeit geben, um es vor materieller Einbuße zu bewahren; ein starkes Serbien in seinen gegenwärtigen territorialen Grenzen sei ein Lebensinteresse für Rumänien. Durch seine Worte schimmerte sogar der Gedanke hindurch, eine friedliche Besetzung Belgrads durch Oesterreich würde das Wiener Kabinett nachgiebiger machen und es Serbien gestatten, ungeschwächt aus der gegenwärtigen Krise hervorzugehen. Einen allgemeinen europäischen Krieg erachtet Bratianu als eine Katastrophe für Rumänien und macht gegenwärtig alle Anstrengungen, ihn zu vermeiden. Er lehnt es ab, schon jetzt eine Bestimmung der Haltung auf sich zu nehmen, die Rumänien im Falle eines Krieges einnehmen werde, wobei er auf die Notwendigkeit vorheriger Verhandlungen mit den Vertretern aller hiesigen politischen Parteien hinweist. Er würde Eurer Hohen Exzellenz für eine Informierung über den Grad der Schärfe der Krise sehr verbunden sein sowie, falls der europäische Krieg unvermeidlich werden sollte, auch über eine Informierung darüber, welche Großmächte an ihm teilnehmen und welche Endziele Rußland und seine Verbündeten durch den Krieg zu erreichen trachten werden. Poklewski.

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

15. (28.) Juli 1914, Nr. 170.

Ergänzung zu meinem Telegramm Nr. 169.

Vertraulich. Nachdem Bratianu den König augenscheinlich bereits mit dem Inhalte meiner gestrigen Unterredung mit ihm bekannt gemacht hatte, besuchte er mich soeben und wiederholte, er habe nach wie vor kein Recht, eine offizielle Mitteilung über die Haltung zu machen, die Rumänien im Falle eines all-

[3]) Im Telegramm vom 13. Juli 1914 Nr. 1506 erkundigte sich das Außenministerium über die mögliche Stellungnahme Rumäniens zur Frage des österreichisch-serbischen Konflikts. (Anmerkung des Zentralarchiv.)

Das Telegramm Nr. 1506 ist in „Das russische Orangebuch von 1914" auf Seite 30 veröffentlicht. (Anmerkung der Schriftleitung.)

gemeineuropäischen Krieges einnehmen werde. Er fand es jedoch für möglich, aus eigenem Antriebe und persönlich von sich aus zu erklären, Rußland habe jedenfalls kein irgendwie feindliches Auftreten von Rumänien zu erwarten. Im weiteren Verlaufe der Unterredung war Bratianu weniger bestimmt, und man konnte aus ihr eher den Schluß ziehen, daß Rumänien gegenwärtig zur Beobachtung der Neutralität geneigt sei. Durch die Worte Bratianus schimmerte einerseits der Wunsch hindurch, zu erfahren, wie Rußland im Falle eines Sieges mit Oesterreich umgehen würde, und andererseits — die Befürchtung, Rumänien könnte, falls es neutral bliebe, sich nach Friedensschluß (ausgelassene Stelle) aussetzen sowohl von seiten Rußlands, als auch von seiten Oesterreichs.

Unter anderen Nachrichten teilte mir Bratianu die von Oesterreich der rumänischen Regierung gegenüber abgegebene Versicherung mit, daß Serbien als Ergebnis eines österreichisch-serbischen Krieges keine territoriale Einbuße erleiden werde. Nachdem Bratianu dann seinem Bedauern über die Rückkehr von Venizelos nach Athen Ausdruck gegeben hatte, sagte er mir, er habe durchaus zufriedenstellende Erklärungen des Athener Kabinetts über seine volle Bereitwilligkeit erhalten, während der bevorstehenden Ereignisse die Beobachtung des Bukarester Vertrages zu überwachen. Poklewski.

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

18. (31.) Juli 1914, Nr. 174.

Vertraulich. Nach der vorgestern stattgefundenen Ministerkonferenz macht sich hier ein bedeutender Umschwung bemerkbar. Gestern erschien in der Presse eine Regierungsmitteilung, die mit der Erklärung schließt, Rumänien werde im Augenblicke der Entstehung eines allgemeinen europäischen Krieges entscheiden, welche Haltung es einzunehmen habe. Einige Blätter und die hiesige Gesellschaft legen diese Mitteilung in dem Sinne aus, daß Rumänien nicht neutral bleiben werde und daß der König beschlossen habe, im Bunde mit Deutschland zu handeln. Nach den mir und dem französischen Gesandten zur Verfügung stehenden Nachrichten, deren vollkommene Genauigkeit unter den gegenwärtigen Umständen schwer nachzuprüfen ist, hat sich der König in der letzten Sitzung des Ministerrats für die Fortsetzung der allerentschiedensten Versuche zur Vermeidung eines europäischen Krieges und, falls sich ein solcher als unvermeidlich erweisen sollte, für eine gemeinsame Handlungsweise Rumäniens mit

dem Dreibunde ausgesprochen. Bratianu und alle Minister hätten heftig dem letzten Vorschlag widersprochen, was, wie man sagt, den König zur Drohung mit dem Thronverzicht bewogen habe. Denselben Nachrichten zufolge werden als Gründe für das Auftreten des Königs angegeben:

1. Das Bestehen eines Verteidigungsvertrages mit Oesterreich in der Form, wie ich es gemeldet habe, 2. die Möglichkeit, daß der König irgendwelche persönliche Verpflichtungen dem Deutschen Kaiser und dem Kaiser von Oesterreich gegenüber übernommen hat, 3. die in diesen Tagen von Oesterreich erhobenen Forderungen nach Erfüllung des Bündnisvertrages und die von Deutschland erhobenen Forderungen nach Festlegung des Standpunktes Rumäniens zum kommenden Kriege, 4. die Unmöglichkeit für Rumänien, Neutralität zu wahren, die seine Beziehungen zu beiden kriegführenden Parteien verderben und es der möglichen Kriegsvorteile berauben könnte; endlich 5. die Ueberzeugung von der Ueberlegenheit der militärischen Kräfte des Dreibundes sowie davon, daß dieser Rumänien die nötigen Garantien in bezug auf Bulgarien geben könnte. Es ist ferner hinzuzufügen, daß Deutschland und Oesterreich hier für uns ungünstige Gerüchte verbreiten, wie z. B., daß wir zum Kriege nicht vorbereitet seien, daß England und Frankreich an ihm nicht teilnehmen wollten usw. — Der Ministerrat ist zu keinerlei Entschluß gekommen und hat beschlossen, morgen von neuem zusammenzutreten unter Teilnahme der Vertreter der Opposition, und man kann mit Sicherheit sagen, daß die hiesige öffentliche Meinung gegenüber Oesterreich feindselig gestimmt ist, während die rumänische Armee schon ein Jahr von der Hoffnung auf ein gemeinsames Vorgehen mit uns gegen die Doppelmonarchie lebt und der alleinige Gedanke eines möglichen Feldzuges gegen Rußland die hiesigen höheren Offiziere tief verstimmt. In Bukarest haben bereits Kundgebungen stattgefunden und werden weitere vorbereitet. Alle diese Tatsachen sind der Regierung gut bekannt, und eine (ausgelassene Stelle) nahestehende Person versicherte mir heute, das Kabinett wolle sie ausnutzen, um die Neutralität zu bewahren oder sogar gemeinsam mit uns gegen Oesterreich vorzugehen, wobei es gleichzeitig die Verbreitung der zu Anfang meines Telegramms dargelegten Nachrichten für nützlich halte. Ich habe mir jedoch gestattet, ausführlich bei ihnen oben zu verweilen, da sie leider mit den in Ihrem Geheimtelegramm Nr. 1536 mitgeteilten Nachrichten übereinstimmen. Von Bratianu kann man im gegenwärtigen Augenblick keine bestimmteren Erklärungen erlangen

(ausgelassene Stelle) besuchte gemeinsam mit dem französischen Gesandten und er wiederholte, Rumänien sei durch nichts gebunden und beim nächsten großen Rate werde wiederum die Frage erörtert werden, welche Haltung es beim Entstehen eines europäischen Krieges einnehmen werde. Er hob auch hervor, daß die mir von ihm gegebenen Versicherungen vom 15. Juli durchaus persönlichen Charakter trügen und die Handlungsfreiheit Rumäniens nicht beeinträchtigten. Nach dem Weggange des französischen Gesandten betonte ich Bratianu gegenüber lange Zeit die Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblicks für die zukünftigen Beziehungen Rußlands zu Rumänien und für die Verwirklichung des rumänischen Ideals mit unserer Hilfe. Um kein Mittel der Einwirkung auf die rumänische Regierung außer acht zu lassen, gestattete ich mir auch, Bratianu eine Mitteilung im Sinne Ihres Telegramms Nr. 1556 zu machen. Bratianu dankte mir und versprach, alle meine Worte zu erwägen; gleichzeitig fragte er an, ob unsere Verbündeten späterhin die Losreißung einer der österreichischen Provinzen sanktionieren würden, da England anscheinend die Wiederherstellung des status quo nach Beendigung des europäischen Krieges wünsche. Ich antwortete, unsere Verbündeten würden den von uns gegebenen Versprechungen Rechnung tragen. Bratianu bat mich sodann, nicht den Gerüchten zu glauben, die in der Stadt verbreitet würden, und versuchte, mir den Gedanken einzuflößen, daß ein Zusammenarbeiten mit uns nicht ausgeschlossen sei. Indem ich alles oben Dargelegte mitteile, wage ich es noch nicht, in dieser schweren Minute eigene Schlußfolgerungen zu ziehen, da ich nach dem Beispiel Eurer Hohen Exzellenz noch nicht an die Möglichkeit einer „beispiellosen Heimtücke" Rumäniens glauben möchte.

Poklewski.

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in Belgrad.

19. Juli (1. August) 1914, Nr. 276.

Ich telegraphiere nach Bukarest:

In meiner Gegenwart empfing Paschitsch heute ein sehr alarmierendes Telegramm von Ristitsch[4]) aus Bukarest. Im Telegramm heißt es, es seien ernste Anzeichen vorhanden, die auf die Neigung Rumäniens hinwiesen, dem Dreibunde zu folgen. Die entscheidende Rolle spiele nach dieser Richtung König Karl. Im Telegramm wird außerdem die Meinung Eurer Hohen Exzellenz und des französischen Gesandten erwähnt, der die

[4]) *Serbischer Gesandter in Bukarest. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

Solidarität Rumäniens mit dem Dreibunde als vollendete Tatsache betrachte. Paschitsch bat mich sogleich, über das Dargelegte Eurer Hohen Exzellenz zu telegraphieren und um eine möglichst vollständige Beleuchtung der Frage zu bitten. Ungeachtet einer gewissen Unzufriedenheit Paschitschs mit der Unentschlossenheit Rumäniens angesichts der entstandenen Verwicklungen läßt er dennoch nicht den Gedanken zu, Rumänien könnte in das Lager der Feinde Serbiens übergetreten sein. In diesem Falle könnte nicht von einer Garantie des Bukarester Vertrages gesprochen werden, von der die Rumänen unausgesetzt reden. Paschitsch glaubt nicht an die Richtigkeit der erhaltenen Nachricht und erwartet mit Ungeduld Aufklärungen, die Eure Hohe Exzellenz mir mitzuteilen vielleicht nicht abgeneigt sein werden. Strandtmann.

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

20. Juli (2. August) 1914, Nr. 179.

Telegramm Nr. 1579 erhalten.[5])

Persönlich. Sehr vertraulich. Bratianu teilte mir heute auf Grund des Telegramms von Diamandy[6]) die Kriegserklärung Deutschlands an uns mit. Ich weiß, daß die Staatsmänner aller hiesigen Parteien im gegenwärtigen Augenblicke stark beunruhigt sind durch die Möglichkeit eines Angriffs von seiten Bulgariens, falls Rumänien uns Gefolgschaft leistet oder sogar neutral bleibt. Ich erlaubte mir daher nicht nur, Bratianu gegenüber die Hinweise Eurer Hohen Exzellenz auf die Vorteile zu wiederholen, die Rumänien aus einer gemeinsamen Handlungsweise mit uns ziehen könnte, sondern fragte bei ihm auch in freundschaftlichster Form an, was Rußland zur Stärkung der Stellung Rumäniens tun könnte, falls Rumänien während der gegenwärtigen Krise eine freundliche Haltung uns gegenüber annehmen sollte. Bratianu fragte mich, ob wir die Aufrechterhaltung der Neutralität durch Rumänien als einen Ausdruck der Freundschaft uns gegenüber betrachten würden, worauf ich mir gestattete, indem ich mich durch den allgemeinen Sinn des oben

---

[5]) Im Telegramm vom 18. Juli 1914 Nr. 1579 weist Sasonow, indem er Befürchtungen über die Haltung Rumäniens äußert, den Botschafter auf die Möglichkeit hin, Rumänien Unterstützung bei der Erwerbung Transsylvaniens zu versprechen (sh. „Krasny-Archiv" Nr. 5 S. 55).

(Anmerkung des Zentralarchiv.)

Das Telegramm Nr. 1579 ist in „Das russische Orangebuch von 1914" auf Seite 135 veröffentlicht. (Anmerkung der Schriftleitung.)

[6]) *Rumänischer Gesandter in Petersburg (Anmerkung d. Schriftleitung.)*

erwähnten Telegramms Eurer Hohen Exzellenz leiten ließ, in bejahendem Sinne zu antworten. Bratianu bedankte sich für meine freundschaftliche Mitteilung. Nachdem er sein Bedauern darüber geäußert hatte, daß Serbien die österreichische Note nicht voll und ganz angenommen hat, klagte er über die schwierige Lage Rumäniens und über die auf der hiesigen Regierung lastende große Verantwortung und fügte hinzu, die Haltung Rumäniens einem allgemeinen europäischen Kriege gegenüber werde beraten werden (ausgelassene Stelle) am Tage in Sinaja im großen Rate unter dem Vorsitz des Königs und unter Teilnahme der Mitglieder des Kabinetts sowie auch Carps, Lahovaris, Marghilomans, Theodor Rosettis, Take Jonescus und Filippescus, falls letzterer zu dieser Zeit aus dem Auslande zurückgekehrt sein sollte. Derselbe Rat wird über die Frage der Mobilmachung der rumänischen Armee beraten. Vorbereitende militärische Maßnahmen werden jedoch bereits getroffen. Die Lage ist hier nach wie vor beunruhigend. Die Presse vermeidet Angriffe auf Oesterreich, während die offiziellen Organe der hauptsächlichsten politischen Parteien vorsichtig nach einer Rechtfertigung der Handlungsweise Oesterreichs gegenüber Serbien suchen. Die Stimmung der öffentlichen Meinung hat sich vorläufig nicht geändert. Nach der oben erwähnten Sitzung des Rats morgen abend oder übermorgen früh wird die Gesandtschaft nach Bukarest übersiedeln, wohin jetzt der Schwerpunkt der Tätigkeit der Regierung verlegt wird. Ich befürchte, die Gesandtschaft wird keine sichere Gelegenheit finden, bereits jetzt die Geheimarchive nach Odessa zu schaffen.

Poklewski.

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

20. Juli (2. August) 1914, Nr. 180.

Ich telegraphiere an Strandtmann:

Ihr Telegramm Nr. 276 erhalten.

Die Haltung der rumänischen Regierung ist tatsächlich zweideutig und flößt uns ernste Befürchtungen ein. Sie schwankt immer noch stark und hat anscheinend noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt. Die Frage der Haltung Rumäniens einem allgemeineuropäischen Kriege gegenüber und der Mobilmachung der rumänischen Armee wird hier morgen in einem besonderen Rate unter dem Vorsitze des Königs beraten werden.

Poklewski.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Botschafter in Paris.

20. Juli (2. August) 1914, Nr. 1634.

Wir haben schon seit einiger Zeit Grund dazu, an der Zuverlässigkeit Rumäniens zu zweifeln. Die von Poincaré geäußerte Ansicht teilend, haben wir Poklewski bevollmächtigt, Rumänien, falls er dies für möglich findet, unsere Unterstützung zur Erwerbung von Transsylvanien im Falle eines gemeinsamen Vorgehens gegen Oesterreich zu versprechen. Vorläufig sieht es jedoch nicht danach aus, als ob Rumänien zu einem derartigen Uebereinkommen geneigt wäre. Was Valona anbelangt, so erheben wir keinen Einspruch gegen seine Abtretung an Italien, aber da ich der Ansicht bin, daß Frankreich als Mittelmeermacht mehr als wir an der Frage interessiert ist, wem der Zugang zum Adriatischen Meer gehören wird, so wäre es meiner Meinung nach besser, daß die aus diesem Anlasse möglichen Verhandlungen mit Italien von Frankreich selbst geführt würden, wobei wir nur ständig auf dem laufenden hierüber zu halten wären. Ueber den Erhalt dieses Telegramms wollen Sie kurz telegraphieren.

Sasonow.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Gesandten in Bukarest.

21. Juli 1914[7]), Nr. 1636.

Der Präsident der französischen Republik selbst hat Iswolski gesagt, zwecks Einwirkung im erwünschten Sinne auf Rumänien müsse man ihm Transsylvanien versprechen.

Sasonow.

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

21. Juli (3. August) 1914, Nr. 181.

Nach den mir vorliegenden glaubwürdigen Nachrichten verlangt die deutsche und die österreichische Diplomatie von Rumänien, daß es uns den Krieg erkläre, unter der Drohung, seine Neutralität würde als feindselige Haltung dem Dreibunde gegenüber betrachtet werden. Dieser gibt Rumänien auch Garantien bezüglich Bulgariens, bietet Beßarabien und das Timok-Tal an und versichert, daß in Beßarabien keine Truppen von uns vorhanden seien. Gleichzeitig werden Gerüchte über den unvermeidlichen Sieg des Dreibundes und über die im voraus

[7]) *Die Angabe des westeuropäischen Datums fehlt.*
(Anmerkung der Schriftleitung.)

beschlossene Neugestaltung der Karte Europas verbreitet, was auf alle Gesellschaftskreise einen niederdrückenden Eindruck macht. Ich habe mit fast allen hiesigen Staatsmännern gesprochen, und die Mehrheit von ihnen hat sich mir gegenüber für die Neutralität ausgesprochen, wobei alle besondere Furcht vor Bulgarien hegen. Take Jonescu hat keinerlei bestimmte Erklärung über die Neutralität abgegeben und mir gegenüber nur geäußert, Rumänien sei sowieso verloren, da es, welche Entscheidung von ihm auch getroffen werden möge, entweder vom Erdboden vertilgt oder in eine Art russischen oder ungarischen Gouvernements verwandelt werden würde. Seinem äußerst aufgeregten und betrübten Aussehen nach, sowie auch vielen anderen Anzeichen nach zu urteilen, befürchte ich, daß im heutigen Rate die für uns ungünstigste Entscheidung getroffen werden wird. Poklewski.

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

21. Juli (3. August) 1914, Nr. 184.

Der Rat hat unter dem Vorsitz des Königs angesichts der gegenwärtigen Lage fast einstimmig den Beschluß gefaßt, „die militärischen Maßnahmen zum Schutze der Grenzen Rumäniens zu verstärken". Dies ist keine Neutralitätserklärung, sondern weist gleichsam auf den Wunsch Rumäniens hin, eine abwartende Haltung einzunehmen. Der Minister des Aeußeren erklärte mir bei seiner Mitteilung über den Beschluß des Rats, Rumänien hege keinerlei Absichten, Rußland anzugreifen. Der Gehilfe des Ministers versicherte mir, Rumänien könne nicht das wohlwollende Verhalten seiner Kaiserlichen Majestät zu ihm vergessen, und die rumänische Regierung könne nicht gegen die öffentliche Meinung des Landes angehen. Nach den mir vorliegenden Nachrichten hat sich der Ministerrat heute morgen einstimmig für Nichteinmischung ausgesprochen, und dieser Meinung haben sich sodann alle übrigen Teilnehmer am großen Rate, mit Ausnahme Carps, angeschlossen. Der König soll erklärt haben, er bestätige als konstitutioneller Monarch diesen Beschluß. Ich werde nicht verfehlen, ergänzend über alles zu berichten, was ich in der Folgezeit über die wahre Bedeutung des heutigen Beschlusses werde erfahren können. Der österreichische Gesandte teilte heute allen mit, Tisza habe erklärt, daß den transsylvanischen Rumänen besondere Vorrechte gewährt würden. Poklewski.

Geheimtelegramm des Gesandten in Bukarest.

23. Juli (5. August) 1914, Nr. 202.

Abschriften nach Konstantinopel, Sofia, Nisch und Athen.

Ich schloß aus den Worten des Außenministers, daß die bulgarische Regierung Rumänien vorschlägt, den rumänischen Besitz Dobrudschas für immer anzuerkennen, wofür Bulgarien volle Handlungsfreiheit während der gegenwärtigen Krise erhalten solle. Poklewski.

IV. Rußland und Italien.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Botschafter in Paris.

22. Juli (4. August) 1914, Nr. 1672.

Der italienische Botschafter nahm heute mit mir wieder das Gespräch über die Bedingungen auf, unter denen sich Italien entschließen würde, sich zu uns und zu Frankreich im Kampfe gegen Oesterreich zu schlagen. Er wies darauf hin, daß Italien außer der Erwerbung Trients sich die Vorherrschaft im Adriatischen Meere sichern und zu diesem Zweck Valona erhalten möchte. Hierbei wäre Italien damit einverstanden, auch einen territorialen Zuwachs zugunsten Griechenlands und Serbiens an der Adriatischen Küste zuzulassen. Unter Berufung darauf, daß sich die französisch-italienischen Beziehungen noch immer nicht durch genügendes gegenseitiges Vertrauen auszeichnen, sprach sich der Botschafter dafür aus, daß die Verhandlungen über das oben Dargelegte durch unsere Vermittlung geführt würden. Wir warten auf Ihre Antwort.

Sasonow.

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.

23. Juli (5. August) 1914, Nr. 240.

Telegramme Nr. 1672 und 1657 erhalten.

Ich teilte ihren Inhalt sofort Doumergue mit. Nach Prüfung der Frage gaben mir Poincaré und Viviani folgende Antwort:

„Die französische Regierung stimmt mit der Kaiserlichen Regierung darin überein, daß die Verhandlungen durch Vermittlung Rußlands geführt werden auf der Grundlage, die der italienische Botschafter in Petersburg zweimal Sasonow mitgeteilt hat, nachdem hierüber ein Uebereinkommen zwischen Frankreich und England erzielt sein wird.

Wenn Italien im gegenwärtigen Kriege seine Unterstützung Rußland, England und Frankreich leihen wird, so wird die französische Regierung gern damit einverstanden sein, daß bei der kommenden Abgrenzung und nicht zum Nachteile der nationalen Forderungen Frankreichs Italien gerade Trient und Valona erhalten soll, unter der Bedingung, daß Serbien und Griechenland ihrerseits territoriale Entschädigungen an der Adriatischen Küste erhalten."[8]) Auf meine Frage, was die französische Erklärung: „nicht zum Nachteile der nationalen Forderungen Frankreichs" bedeute, antwortete Doumergue, sie beziehe sich auf Elsaß und Lothringen, deren Rückgabe an Frankreich in jedem Falle gewährleistet sein müsse. Iswolski.

Eine geheime Zusatzklausel zur Erklärung des Dreiverbandes vom 4. September 1914.

Auf dem „Foreign Office" in London wurde am 4. September 1914 nachstehende Erklärung über den Abschluß eines Sonderfriedens zwischen Frankreich, Rußland und England unterzeichnet. (Vgl. Französisches Gelbbuch 1914, VII. Abschnitt):

„Die Unterzeichneten, von ihren respektiven Regierungen geziemend dazu ermächtigt, geben folgende Erklärung ab:

„Die Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands verpflichten sich gegenseitig, im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges keinen Sonderfrieden zu schließen."

„Die drei Regierungen kommen überein, daß, wenn der Augenblick zur Besprechung der Friedensbedingungen gekommen sein wird, keine der verbündeten Mächte ihre Friedensbedingungen aufstellen darf, ohne vorherige Vereinbarung mit jedem der anderen Verbündeten."

Gez. Paul Cambon,
Comte Benckendorff,
Edward Grey.'

[8]) Der Text der Antwort Poincarés und Vivianis ist eine Uebersetzung aus dem Französischen. (Anmerkung des Zentralarchiv.)

Aus der Schrift „Das Verhör Koltschaks", herausgegeben von K. A. Popoff, Staatsverlag, Leningrad 1925, geht jetzt hervor, daß zu dieser Erklärung eine Geheimklausel bestanden hat, wonach der Abschluß eines Separatfriedens für Frankreich bei der Besetzung von Paris, für England bei der Landung deutscher Truppen auf englischem Boden und für Rußland beim Eintreten einer Revolution zulässig war.

Wir führen die entsprechende Stelle in Uebersetzung aus dem angeführten Buch, „Das Verhör Koltschaks", Seite 62 ff., an:

Koltschak: „. . . Die allgemeine Anschauung war, daß der Krieg unbedingt fortgesetzt werden müsse, da wir mit solchen Verpflichtungen an die Bundesgenossen gebunden waren, daß unser Ausscheiden aus dem Kriege derartige Folgen haben würde, daß ein Friedensschluß mit Deutschland unter diesen Umständen den vollen Sieg Deutschlands bedeuten würde, welches unverzüglich die Verbündeten schlagen und uns seinen Willen in einer für uns kaum annehmbaren Form aufzwingen würde."

Alexejewski:[1]) „War Ihnen damals oder später bekannt, daß ein am 9. September 1914 zwischen Rußland, Frankreich und England geschlossenes Abkommen darüber existierte, daß bei gewissen Umständen von jedem der drei Staaten ungeachtet der Bestimmung des offiziellen Wortlauts, daß niemand einen Separatfrieden abschließen kann, ein solcher Frieden geschlossen werden darf? Diese Bedingung war für Rußland die Revolution."

Koltschak: „Ich höre zum erstenmal davon."

Alexejewski: „War Ihnen bekannt, daß der Gehilfe des Außenministers Neratow vor dem bolschewistischen Umsturz mehrere Dokumente des Außenministeriums an sich genommen hat? Er blieb im Ministerium unter der ersten Regierung und war die Hauptarbeitskraft im Außenministerium, weil weder Miljukow, noch besonders Tereschtschenko zur Führung der Geschäfte genügend vorbereitet waren. Das Dokument, von dem ich spreche, hat die Kommission nicht in Händen gehabt, ich hörte aber von einer zuverlässigen Persönlichkeit, die dem Außenministerium angehörte, daß ein

---

[1]) *Mitglied der Untersuchungskommission beim Verhör Koltschaks. Anmerkung der Schriftleitung.*

solches Dokument existiert hat. Für Frankreich war dieser Umstand, der den Abschluß eines Separatfriedens zuließ, die Besetzung von Paris; für England die Landung deutscher Truppen auf englischem Boden und für uns die Revolution."

Das Dokument selbst ist bisher nicht bekannt geworden. Da das Dokument aber in dreifacher Ausfertigung vorhanden sein muß, steht zu erwarten, daß es von seiten Frankreichs, Englands oder Rußlands noch einmal veröffentlicht werden wird.

Das Dokument zeigt, welche militärischen Ziele die deutsche Heeresleitung hätte erreichen müssen, um die Gegner voneinander zu trennen.

A. v. W.

MONATSBERICHT.

Presseschau, aus Zeitschriften.

AMERIKA.

Who Started the War? (Wer begann den Weltkrieg?) New Light from the Chancellor Marx. (Neues Licht von Reichskanzler Marx.)

„The New Republic", 6. Januar 1926.

Professor Sidney B. Fay bringt hier eine kurze, aber sehr beachtenswerte Kritik des Aufsatzes „The Responsibility for the War" des ehemaligen Reichskanzlers Marx im Januarheft der amerikanischen Vierteljahresschrift „Foreign Affairs".

Einleitend bemerkt Fay:

„So wirkungsvoll und zusammenfassend ist von keinem Historiker irgendeines anderen Landes Deutschlands Gesichtspunkt dargelegt. Der Artikel zeigt die sorgfältige Benutzung der neuesten und zuverlässigsten Dokumente: viel objektiver, gelehrter und überzeugender geschrieben — jedoch weniger rhetorisch — als der Artikel des Ex-Präsidenten Poincaré in der vorhergehenden Nummer der „Foreign Affairs"; obgleich ohne diesbezügliche Anspielung, soll es augenscheinlich eine Antwort darauf sein."

Die Auffassung von Marx, die Entente sei so viel stärker gewesen als die Mittelmächte, daß ein Angriffsplan von Seiten Deutschlands oder Oesterreichs beinahe selbstmörderisch gewesen wäre, bezeichnet Fay als richtig und sagt, daß die Mythe von der überlegenen deutschen Macht, die darauf bedacht gewesen sei, ein ahnungsloses und unvorbereitetes Frankreich zu überfallen, nicht länger haltbar ist.

Fay stimmt dann verschiedentlich den Ausführungen von Marx zu, besonders da, wo Marx sich auf die Veröffentlichungen von Friedrich Stieve „Iswolski und der Weltkrieg" stützt. Besonders stimmt er Marx darin bei,

daß Poincaré Rußland eine Blanko-Vollmacht (a blank check) in bezug auf ihre Balkanpläne gegeben habe, selbst wenn sie einen Weltkrieg bedeuteten. („Marx correctly concludes that Poincaré gave Russia a blank check in regard to her Balkan schemes even if they meant a world war.")

Fay fährt dann kritisch fort:

„Kritik kann auf zweifache Weise an dem Artikel des Ex-Kanzlers Marx geübt werden, obgleich weder die eine noch die andere Art wesentlich die Richtigkeit seiner Darlegungen angreift. Er konzentriert seine Aufmerksamkeit ganz auf die Entente. Er sagt beinahe nichts von den deutschen Handlungen und Fehlern, die unzweifelhaft die Staatsmänner der Entente dahin brachten, einen Krieg als „unvermeidlich" anzusehen und dadurch selbst zu geheimen Verträgen und Verständigungen beitrug, welche wiederum darauf hinzielten, ihn unvermeidlich zu machen. Nur wenn man sich die Handlungen beider Parteien — des Dreibundes und der Entente-Mächte — vor Augen hält, kann man den richtigen Saldo der Verantwortung für den Krieg ziehen.

Bis vor kurzem haben die meisten Entente-Schriftsteller, durch Kriegspropaganda und Vorurteil geblendet, an dieser Kurzsichtigkeit gelitten: sie sahen nur, was Deutschland und Oesterreich taten. Gut ist es, daß Schriftsteller wie Marx, Montgelas, Ewart, Fabre-Luce und andere unsern Ausblick erweitert haben und so das Gleichgewicht wiederherstellten."

. . . .

„Wir sind immer noch zu sehr geneigt, den alten Fabeln Glauben zu schenken. Ein Leitartikel in der „New York Times", vom 14. Dezember 1925, sagt z. B. hinsichtlich des Marxschen Artikels, daß Deutschland schuld war — Deutschlands Säbelrasseln —, daß die Lage sich zwei Jahre vor dem Kriege so verschlechterte. Eine Folge davon wäre das am 9. Juli 1913 im französischen Abgeordnetenhause angenommene Gesetz für die Einführung der dreijährigen Militärpflicht im französischen Heere; als Antwort darauf wird die Tatsache angeführt, daß im März 1913 der Bundesrat einen Vorschlag billigte, der am 1. Mai im Reichstag angenommen wurde, wonach der Effektivbestand des deutschen Heeres im Frieden von 544 000 Mann auf ungefähr 835 000 und 875 000 Mann erhöht wurde. In Wirklichkeit wurde das neue französische Gesetz in dem „Temps" am 17. Februar 1913 angekündigt, von Iswolski in einer Depesche am 27. Februar besprochen und der französischen Kammer am 10. März vorgelegt — 18 Tage, ehe das deutsche Gesetz dem Reichstag am 28. März vorgelegt wurde. In beiden Ländern tauchten Vermutungen in den Zeitungen auf, die die neuen Militärgesetze vor diesen Daten betrafen, jedoch ist es beinahe sicher, daß weder Frankreichs Erhöhung der Militärmacht durch die deutsche verursacht war, noch umgekehrt. In beiden Ländern waren die Erweiterungen der Kriegsrüstungen nur eine Folge des zunehmenden Argwohns und der politischen Spannung, die aus der Balkankrisis herrührte. Diese Krisis war das Resultat der Balkanliga, die unter Rußlands Schutz und tätigen Beihilfe gebildet worden war."

Fay fährt dann in seiner kritischen Betrachtung fort:

„Die zweite Kritik des Marxschen Artikels bezieht sich auf ein paar so unbedeutende Punkte, daß es pedantisch scheint, sie zu erwähnen. Das große Publikum möge sie überschlagen. In Anbetracht der geschichtlichen Genauigkeit, durch welche allein die Nationen den gemeinsamen Grund der wirklichen Tatsachen erreichen können, werden die Gelehrten sie gern lesen:

„Auf Seite 183 zitiert Marx aus einem geheimen Vertrag, der im Jahre 1909 zwischen Rußland und Bulgarien „geschlossen" sei. Ein derartiger Vertrag ist sicher „besprochen" worden, jedoch fehlt der Beweis, daß der Vertrag unterschrieben und „geschlossen" wurde."

(Es ist wohl richtig, daß ein einwandfreier Beweis noch fehlt, daß der russisch-bulgarische Vertrag ratifiziert und abgeschlossen worden ist. Soweit wir darüber unterrichtet sind, wurden derartige geheime Verträge überhaupt nicht ratifiziert. Es wäre sehr erwünscht, wenn der ehemalige Ministerpräsident von Bulgarien, Dr. Vasil Radoslawoff, hierüber Näheres mitteilen könnte. In seinem Buch „Bulgarien und der Weltkrieg" sind Angaben hierüber nicht enthalten.)

„Auf Seite 187 gibt Marx zwei Gründe, warum Rußland während der Balkankriege nicht zu den Waffen griff: 1. weil es nicht hinreichend gerüstet war; 2. weil Oesterreich-Ungarn, indem es sich selbst den größten Zwang auferlegte, jede unvorsichtige Maßnahme vermied, durch welche der Friede aufs Spiel gesetzt werden könnte. Der erste Grund ist sicherlich richtig, was den zweiten anbetrifft, so möchten wir sagen, daß der Grund eher der war, daß keins der anderen Länder einen europäischen Zusammenstoß haben wollte, und deshalb wirkten alle — besonders Deutschland und England — dahin, bei den Verhandlungen in London einen Krieg zu vermeiden."

„Auf Seite 191 sagt Marx: „Im Jahr 1914 hatte sich der feurige Ring um die Mächte Zentraleuropas geschlossen, durch das Zustandekommen eines Marinevertrages zwischen Großbritannien und Rußland. Ein derartiger Marinevertrag war nicht „geschlossen" worden, sondern nur besprochen. Zweifelsohne würde er in ein paar Tagen geschlossen worden sein, wären nicht damals Gerüchte davon an die Oeffentlichkeit gedrungen. Dies bewog Sir Edward Grey, im Parlament das Bestehen dieses Vertrages zu verneinen und vorläufig die Besprechungen aufzuschieben: wie es auch der russische Gesandte in Berlin klar in seinem Telegramm vom 2. Juli ausdrückt: Grey findet es schwierig, den Vertrag abzuleugnen und gleichzeitig Verhandlungen darüber weiterzuführen." In Anmerkung 20 steht infolge Druckfehlers: „Stieve: Iswolski im Weltkriege", während es lauten sollte: „Stieve, Iswolski und der Weltkrieg." Das erstere Werk von Stieve ist ein Auszug aus der Iswolski-Korrespondenz vom Jahre 1911—1914, das zweite: Stieves Ausgabe der Iswolski-Depeschen zwischen 1914 und 1917. Ob Stieves Zitate, auf die sich Marx hier bezieht, korrekt sind, kann mit Sicherheit erst gesagt werden, wenn wir Headlam-Morleys vollständige Ausgabe des Britischen Blaubuches von 1914, welches in ein paar Wochen erscheinen soll, zum Vergleiche haben."

Im letzten Absatz schließt sich Fay dann der Auffassung von Marx an, wie er sie im Schluß seines Aufsatzes in folgenden Worten wiedergegeben hat:

„Aber diese militärische Abrüstung wird erst möglich werden, wenn die moralische Abrüstung genügende Fortschritte gemacht hat, vor allem, wenn erst die moralische Verdammung von Versailles für nichtig erklärt ist . . . Darauf hinwirkend muß das Wissen um die Wahrheit unter der Menschheit verbreitet werden und ein Kampf für die Wahrheit in der Vergangenheit ist deshalb ein Kampf für das zukünftige Glück der Menschheit."

*

Deutschamerikanische Aufklärung.

„Berliner Lokal-Anzeiger", 14. Januar 1926, Nr. 23.

Der Vorsitzende des amerikanischen Turnerbundes, George Seibel aus Pittsburg, ein geborener Amerikaner, dessen Eltern aus Hessen stammen, hielt im süddeutschen Rundfunk in Stuttgart eine bemerkenswerte Ansprache, die ganz durchdrungen war von dem Glauben an den Sieg der Wahrheit hinsichtlich der Kriegsschuldlüge. Um allen jenen deutschen Männern zu danken, die zur Erziehung des amerikanischen Volkes beigetragen haben, so führte Seibel u. a. aus, wird die amerikanische Turnerschaft in die Schranken treten gegen die Entehrung des deutschen Namens, gegen die Entrechtung des deutschen Volkes und gegen die Verknechtung der deutschen Arbeit. Der amerikanische Turnerbund hat einen Beschluß gefaßt, der zum Ausdruck bringt, daß der amerikanische Turnerbund es sich zur Ehrensache gemacht hat, mit allen Mitteln die Aufklärung in der Kriegsschuldfrage zu betreiben.

*

„Political Science Quarterly", Nr. 4, Dezember 1925.

Professor Sidney B. Fay bespricht hier das Buch von Richard Grelling „La Campagne ‚Innocentiste' en Allemagne et le Traité de Versailles" und das Buch von Renouvin „Les Origines immédiates de la Guerre". In dem einleitenden Satz zu den beiden Besprechungen gibt Fay eine sehr treffende Charakteristik, sowohl von Grelling wie von Renouvin, die wir im Wortlaut wiedergeben:

„While his countrymen were fighting for the Fatherland, Richard Grelling, safe in Switzerland, devoted his energy to attacking them in J'accuse, ‚Das Verbrechen', and numerous magazine articles. He wrote with such venom, prolixity, and disregard of facts, that many serious students have begun to doubt his honesty and place less and less faith in his repetitions argumentation as to Germany's guilt."

„M. Renouvin is a man of totally different character and calibre. He fought long and valiantly for the defense of his country, losing one arm at the shoulder and part of the re-

maiming hand on the other. He is the best type of French scholar, worthy to be a pupil of M. Lavisse in the pre-war days."

*

„The Blame for the Sarajevo Murder Plot." Von Anthony V. Seferovitch, Consul General for the Kingdom of the Serbs, Croats and Slovenes (Yugoslavia), at Montreal, Canada.

„Current History", Dezember 1925.

Seferovitch versucht hier eine Kritik an den beiden Aufsätzen über die Kriegsschuldfrage von Professor Sidney B. Fay, die im Oktober- und Novemberheft der „Current History" veröffentlicht wurden.

In einer kurzen Antwort wird u. a. die längst widerlegte Auffassung, daß Kaiser Wilhelm und der Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt den Weltkrieg beschlossen hätten, von Professor Fay erneut zurückgewiesen.

Seferovitch stützt seine Ausführungen auf das 1924 erschienene Buch von Henry Wickham Steed „Through Thirty Years", in dem sich u. a. die phantastische Behauptung findet, daß der Kaiser dem Erzherzog in Konopischt den Vorschlag gemacht habe, nach der Niederwerfung von Frankreich und Rußland für die beiden Söhne des Erzherzogs, die bekanntlich nicht erbberechtigt waren, zwei neue Königtümer zu schaffen. Das eine, Königreich Polen, würde vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer reichen, das andere, Böhmen, Ungarn, die südslawischen Länder und Saloniki umfassen.

Sidney B. Fay sagt in seiner Kritik, daß diese Geschichte so albern (preposterous) sei, daß sich selbst Mr. Steeds eigene Zeitung, die Londoner „Times", weigerte, sie zu drucken und er sie als einen Kriegspropagandaartikel in einer Zeitschrift veröffentlichen mußte. Jetzt, fast nach 10 Jahren, hat er sie in seinen Memoiren „Through Thirty Years" wieder aufgewärmt als einen Köder für Leichtgläubigkeit, Vorurteil und Unwissenheit.

*

An open letter to Mr. Raymond Poincaré. Von Frederick Bausman.

„Foreign Affairs" (London), Januar 1926.

In seinem Aufsatz im Oktoberheft 1925 der amerikanischen „Foreign Affairs" hatte Poincaré von den Amerikanern gesprochen, die heute die Kriegsverantwortlichkeit Frankreichs

betonen. Unter anderem hatte er sich dabei gegen Frederick Bausman gewandt. Daraufhin antwortete ihm Bausman in einem offenen Brief, in dem er hervorhob, daß Poincaré selber in seinem Aufsatz „Die Lüge" von einem deutschen Eroberungsplan abgekommen war, und nunmehr zugebe, daß Deutschland bis zum Vorabend des Kriegsausbruchs keinen allgemeinen Krieg geplant habe. Bausman führt dann weiter aus: „Sie geben ohne weiteres zu, was von Ihren Freunden dem allgemeinen Publikum so hartnäckig verhehlt wird, nämlich, daß Deutschland versuchte, eine friedliche Lösung zu erzielen, als es sah, daß Rußland einen allgemeinen Krieg machen und Deutschland und Frankreich hineinziehen würde. Sie erklären das mit den Motiven der Furcht; aber Sie geben diese Friedensbemühungen doch zu. Welche Anstrengungen dieser Art haben Sie gemacht? — Keine, soweit die Dokumente zeigen. Sie beweisen tatsächlich das Gegenteil. Die amtlichen französischen Dokumente wollten Sie nie erschließen.

Sie haben eine große Rolle in den Erschütterungen Europas gespielt und sind ein Teil der Geschichte. Sie haben nichts dadurch zu gewinnen, daß Sie sich auf diese Debatten einlassen, in denen Sie oft widerlegt wurden. Wenn Ihre Rolle mit Erfolg verteidigt werden kann, werden die Historiker es besser tun als Sie."

*

Für Revision der Kriegsschuldfrage. Eine amerikanische Stimme.

„Berliner Börsen-Zeitung", 29. Dezember 1925, Nr. 605.

Die New-Yorker „World" schreibt zu dem englischen „Appell an die Gewissen": „Diese Forderung beruht auf Erwägungen, die für die Zukunft sehr klug und gegenüber der Vergangenheit und der historischen Forschung sehr angemessen erscheinen. Sie will mit der im Kriege zu Tode gehetzten Behauptung aufräumen, daß Deutschland für den Ausbruch des Krieges allein verantwortlich ist oder allein gegen die Heiligkeit der Verträge verstoßen hat. Wenn Deutschland sich dazu verstehen könnte, bei einer Streichung der Artikel 227 bis 231 den Dawesplan nicht als hinfällig zu betrachten, so könnte die Anpassung des Versailler Vertrages an die geschichtliche Wirklichkeit weiter gefördert werden."

*

DEUTSCHLAND.

Der Stand der Kriegsschuldfrage in den Vereinigten Staaten. Von Alfred von Wegerer.

„Deutscher Offiziersbund", 15. Januar 1926.

Wegerer zeigt in seinem Ueberblick, in wie starkem Maße in den Vereinigten Staaten das Interesse für die wissenschaftliche Klärung der Kriegsschuldfrage zugenommen hat. Die Presse berücksichtigt die Frage wesentlich stärker und weit verbreitete und angesehene amerikanische Zeitschriften wie „Current History" und „Foreign Affairs" sind besonders rührig geworden.

*

Das Haupthindernis für eine Neuaufrollung der Kriegsschuldfrage.

„Schlesische Zeitung", Breslau, 18. Dezember 1925, Nr. 595.

Der Londoner Mitarbeiter der „Schlesischen Zeitung" sieht das Haupthindernis für eine Aufrollung der Kriegsschuldfrage in England in der englischen Art, nicht über Vergangenes zu brüten und möglichst wenig davon zu hören. „Die Bekämpfer der Schuldlüge haben beim englischen Volk nicht so sehr bösen Willen, als Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit zu überwinden."

*

Studien zur Kriegsschuldfrage. Die Aktenfälschungen bei Kriegsausbruch. Von Dr. Hermann Kantorowicz, Freiburg i. B., Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages.

„Die Friedenswarte", Januar 1926.

Kantorowicz behauptet, daß die „gigantische deutsche Kriegsschuldpropaganda, der das Ausland nichts annähernd Gleichwertiges an die Seite stellen kann", die russischen und die französischen Fälschungen in die weiteste Oeffentlichkeit gebracht habe, während die Fälschungen des deutschen Weißbuches und des österreichischen Rotbuches, „wiewohl sie viel schwerer wiegen und viel leichter zugänglich sind, in der gewaltigen deutschen Literatur bisher kaum erwähnt worden" seien. Kantorowicz behandelt zunächst das englische Blaubuch, wo er es von vornherein als unwahrscheinlich ansieht, daß es „Verfälschungen im eigenen Interesse enthalten sollte". Kan-

torowicz läßt nur eine „Verstümmelung" gelten, und zwar die von Blaubuch 6, wo in dem Bericht des englischen Botschafters in Petersburg vom 24. Juli die sehr aufschlußreiche Zusammenfassung von Poincarés Besuch in Petersburg ausgelassen ist. Die Fälschung dieser Nummer ist zum erstenmal aufgedeckt worden durch Friedrich Stieve in seinem Kommentar zu den Iswolskiakten (Iswolski und der Weltkrieg, S. 213). Kantorowicz vermutet, daß nicht Grey, sondern Paul Cambon, der französische Botschafter in London, der eigentliche Urheber dieser Auslassung gewesen sei.

Wir werden über die Fälschungen und Auslassungen des englischen Blaubuches, auf die Kantorowicz überhaupt nicht näher eingeht, obwohl durch Vergleich mit den Aufsätzen Pokrowskis und dem Buche des englischen Historikers Oman manche Auslassungen festgestellt werden können, wohl sehr bald Klarheit gewinnen, da ja bekanntlich die Veröffentlichung der englischen Dokumente über den Kriegsausbruch unmittelbar bevorsteht.

Schärfer beurteilt Kantorowicz die Fälschungen des französischen Gelbbuches und des russischen Orangebuches. Unverständlich ist es, wie Kantorowicz auf Grund des in dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatzes „Die Irreführung der öffentlichen Meinung durch das französische Gelbbuch 1914" („Die Kriegsschuldfrage", Jahrgang II, S. 129 ff.) sagen kann, daß darin „haltlose Verdächtigungen" vorgebracht worden seien, ohne für diese Behauptung den billigerweise zu erwartenden Beweis zu erbringen. Im Gegenteil stimmen seine nachfolgenden Ausführungen durchaus mit den Feststellungen des genannten Aufsatzes überein.

*

Die Memoiren Lord Greys.

„Der Weg zur Freiheit", Mitteilungsblatt des Arbeitsausschusses deutscher Verbände.

In einer umfassenden Darstellung werden die für die Kriegsschuldfragenforschung wesentlichsten Momente treffend herausgearbeitet. In der Kritik des englisch-französischen Abkommens von 1904 heißt es: „Vergeblich sucht man in seinen Ausführungen, daß neben dem ‚offenen' Abkommen vom 8. April 1904 ein ergänzendes geheimes geschlossen wurde" (dessen Wortlaut erst am 11. November 1911 durch eine Indiskretion des „Temps" bekannt wurde). Den Ausführungen Lord Greys

über die Marokkokrisen wird ein Urteil des englischen Historikers Gooch entgegengestellt, der im April 1923 in der von ihm geleiteten „Contemporary Review" auf Seite 457 folgendes ausführte: „Marokko vergiftete das Leben Europas sieben Jahre hindurch. Hätte Delcassé Berlin so behandelt wie London, Rom und Madrid, so wäre die folgende Geschichte Europas weniger tragisch verlaufen." ... „England trägt für die Krisen von 1905 und 1911 eine teilweise Verantwortung durch die Beteiligung an einer doppelsinnigen Transaktion."

Hervorgehoben wird ferner, daß Grey in seinen Erinnerungen mit keiner Silbe die anglo-belgischen Generalstabsbesprechungen erwähnt. Zum Schlusse heißt es: „Worin bestand also nun die eigentliche Kriegsschuld Greys? Sie bestand darin, daß er in einer elfjährigen Amtszeit keinen positiven Schritt unternommen hat, um den europäischen Frieden zu fördern, sondern Kräften freie Hand gelassen hat, die unfehlbar die europäische Hochspannung verstärken und einen Krieg wahrscheinlicher machen mußten."

*

FRANKREICH.

Zur Oeffnung der französischen Archive.

„Les Cahiers des Droits de l'Homme", 15. Dezember 1925.

Am 27. Juni und am 5. November 1925 hat sich der Vorstand der französischen „Liga für Menschenrechte" bei der französischen Regierung nach dem Stand der Arbeiten für die Veröffentlichung der französischen Vorkriegsdokumente erkundigt. Das französische Ministerium des Auswärtigen hat geantwortet, daß eine erste Gruppierung der diplomatischen Vorkriegsdokumente begonnen sei.

„Deux publications d'ordre différent seront ensuite envisagées:

1. Un livre jaune essentiellement diplomatique dans la forme habituelle, publication qui peut être réalisée assez rapidement;
2. La publication intégrale de tous les documents relatif aux négociations de la guerre, qui est un énorme travail et pour lequel une commission, comprenant les personnalités les plus qualifiées, devra être nommée prochainement."

*

Eine neue französische Zeitschrift für internationale Verständigung.

Vor zwei Jahren hatte der französische Kriegsschuldfragenforscher Gustave Dupin (Ermenonville) eine eigens der Erforschung der Kriegsursachen gewidmete Zeitschrift „Vers la Vérité" ins Leben gerufen, die aber leider sehr bald wieder ihr Erscheinen einstellen mußte. Nun ist am 15. Januar die erste Nummer einer neuen Monatsschrift erschienen: „Evolution", die von Victor Margueritte, dem mutigen französischen Vorkämpfer für Wahrheit und Recht in der Kriegsschuldfrage, gegründet worden ist. Als Herausgeber zeichnet Armand Charpentier, der unseren Lesern aus seinen zahlreichen Aufsätzen in „L'ère nouvelle" und in „La Volonté" wohlbekannt ist.

Zu den regelmäßigen Mitarbeitern der „Evolution" sollen von französischer Seite gehören: Barbusse, Demartial, Dupin, Gouttenoire de Toury, Guétant, Morhardt und General Percin.

Die Zeitschrift ist nicht allein auf die Kriegsschuldforschung abgestellt, aber, da sie der internationalen Verständigung dienen soll, wird die Behandlung der Kriegsschuldfrage, ohne deren Klärung keine Verständigung möglich ist, einen breiten Raum einnehmen.

Das erste Heft bringt programmatische Aufsätze von Margueritte und de Brabandère. Dr. Boghitschewitsch berichtet über neue Enthüllungen aus der Vorgeschichte des Mordes von Sarajevo und Baron Baudran widmet der Entgegnung des Staatsministers von Jagow auf die Memoiren Lord Grey's eine eingehende Besprechung.

Im Interesse des gemeinsamen Ziels wünschen wir der neuen Zeitschrift die weiteste Verbreitung und schließen uns den Worten von Victor Margueritte an:

„En avant donc, la main dans la main, vers la Vérité et la Justice."

*

Les mensonges du livre jaune. Von Lazare.
„L'Humanité", 24. Dezember 1925.

Lazare (Pseudonym), der Verfasser des Buches „A l'origine du mensonge" veröffentlicht in der „Humanité" einen Briefwechsel, den er 1924/1925 mit dem Vorstand der französischen „Liga für Menschenrechte" geführt hat. Gegenstand des Briefwechsels sind die genauen Zeitangaben der Telegramme Gelbbuch 115 und 118, in denen die französischen Botschafter

in Wien und Petersburg die Anordnung der allgemeinen österreichischen und russischen Mobilmachung melden. Die Abgangs- und Ankunftszeiten von Telegramm 118 aus Petersburg sind bereits am 19. Januar 1923 durch Poincaré mitgeteilt worden. Ebenfalls hat die französische „Liga für Menschenrechte" schon die Zeiten von Gelbbuch 115 veröffentlicht. Dieses Telegramm wurde aufgegeben in Wien am 31. Juli, 6 Uhr vormittags, und kam in Paris am 31. Juli, 8 Uhr abends, an. Gelbbuch 118 aus Petersburg wurde aufgegeben am 31. Juli, 10 Uhr 45 vormittags, und kam in Paris an am 31. Juli, 8 Uhr 30 abends. Die beiden Depeschen sind also zur gleichen Zeit in Paris eingetroffen.

Nun hatte bereits im Jahre 1921 Poincaré in seinen Vorlesungen folgendes angeführt: „Am andern Tage, Freitag, den 31. Juli, telegraphierte Herr Dumaine aus Wien an Herrn Viviani: „Die allgemeine Mobilisierung aller Männer vom 19. bis zum 42. Jahr ist heute in der ersten Morgenstunde von der österreichisch-ungarischen Regierung verfügt worden," und wenig später, am gleichen Tage, empfing Herr Viviani folgende Mitteilung von Herrn Paléologue" (folgt Wortlaut von Gelbbuch 118).

In einer schwer verständlichen Weise zieht nun Lazare folgenden Schluß: „Das Telegramm 115 aus Wien ist am 31. Juli, 6 Uhr mittags, abgegangen", wenig später, so sagt Poincaré, habe Viviani das Telegramm von Paléologue mit der Meldung der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung erhalten. Folglich ist nach Lazare das Telegramm von Paléologue in Paris wenig später als 6 Uhr morgens angekommen.

Diese Konstruktion ist völlig irreführend. Poincaré wollte nur sagen, daß Viviani das Telegramm aus Petersburg wenig später als die Depesche aus Wien erhalten habe.

Im übrigen sind die Zeiten und der genaue Wortlaut von Gelbbuch 118 zum erstenmal von Pierre Renouvin im Winter 1922 in seiner Vorlesung in der Sorbonne bekanntgegeben worden. Renouvin hatte die Erlaubnis zum Studium der amtlichen Akten erhalten. Seine damals gemachten Angaben stimmen mit den späteren Mitteilungen der französischen Regierung genau überein. Es ist an dieser Stelle ausführlicher auf die an sich wertlose Veröffentlichung von Lazare eingegangen worden, weil sie starken Eingang in die deutsche Presse gefunden hatte und leicht Anlaß zu falschen Schlußfolgerungen geben kann.

*

Bücherschau.

Auerbach, Bertrand: L'Autriche et la Hongrie pendant la Guerre depuis le début des hostilités jusqu'à la chute de la Monarchie (Août 1914/Novembre 1918). Librairie Félix Alcan, Paris 1925, 627 S.

Goellner, Aladar: La Revision des Traités sous le régime de la Société Des Nations. Librairie Arthur Rousseau, Paris 1925, 103 S.

Gottschalk, Egon: Tübinger Abhandlungen zum öffentlichen Recht. 8. Heft. Frankreich und das neutralisierte Belgien, völkerrechtliche Studien zur Verletzung der belgischen Neutralität. Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart 1926, 149 S.

Guétant, Louis: La Revision du Traité de Versailles. Lettre ouverte au citoyen Th. Ruyssen. Verlag André Delpeuch, Paris 1925, 30 S.

Herkenberg, Karl Otto: „The Times" und das deutsch-englische Verhältnis im Jahre 1898, mit einer Einleitung von Martin Spahn. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin 1925, 143 S.

Karo, Georg: Grundzüge der Kriegsschuldfrage. Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H., München 1926, 64 S.

Koltschaks Verhör. Herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von K. A. Popoff. Staatsverlag, Leningrad 1925.

Das rührige russische Zentralarchiv hat einen wertvollen Beitrag zur neuesten Geschichte Rußlands herausgegeben: Die Veröffentlichung der stenographisch aufgenommenen Aussagen des Admirals Koltschak vor der außerordentlichen Untersuchungskommission. Unvollständige Bruchstücke seiner Aussagen sind seinerzeit von Hessen im „Archiv der russischen Revolution" Nr. 10 in Berlin veröffentlicht worden.

Admiral Koltschak war bekanntlich der Führer der großen antibolschewistischen Bewegung, die, von Ostsibirien ihren Ausgang nehmend, sich zeitweise sogar bis über den Ural in die östlichen Wolgagebiete ausdehnte. Erst hier gelang es der Sowjetregierung, die Bewegung abzudämmen und die Armee Koltschaks zum Rückzug zu zwingen. Innere Zwistigkeiten und ein Aufstand der im

Verbande der Koltschak-Armee kämpfenden tschechoslowakischen Legionen bewirkten dann schließlich den Zusammenbruch des ganzen Unternehmens, und Koltschak selbst wurde am 17. Januar 1920 von den meuternden Tschechoslowaken an die nachrückenden Bolschewisten ausgeliefert.

Von einer zu diesem Zweck in Irkutsk zusammengetretenen außerordentlichen Untersuchungskommission wurde Koltschak verhört. Nach beendetem Verhör sollte er nach Moskau gebracht und abgeurteilt werden. Dazu kam es aber nicht. Reste seiner Armee hatten sich zu seiner Befreiung zusammengetan und rückten Anfang Februar 1920 gegen Irkutsk vor. Diese Gefahr veranlaßte das Revolutionskomitee von Irkutsk, kurzen Prozeß zu machen, und es ließ den Admiral in der Nacht vom 6. zum 7. Februar erschießen, ohne daß das Verhör beendet war.

Die Veröffentlichung des Zentralarchivs bildet somit nicht ein abgeschlossenes Ganzes, sondern enthält nur eine sehr eingehende Schilderung des Admirals über sein Leben, seine Dienstzeit in der russischen Flotte und die erste Zeit des Feldzuges gegen die Sowjetregierung in Sibirien. Für den Außenstehenden beansprucht aber gerade der autobiographische Teil das größte Interesse, da Koltschak an dem Wiederaufbau der russischen Flotte nach dem russisch-japanischen Kriege neben wissenschaftlicher Betätigung — er war Mitglied der verunglückten Polarexpedition des Barons Toll — aktiven Anteil genommen hat und sehr eingehend über die russische Flottenpolitik vor dem Weltkriege aussagt. Er war ausgesprochen deutschfeindlich. Das kommt besonders deutlich bei seiner Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges zum Ausdruck, die aber gerade zeigt, wie bestimmt Rußland mit dem Kriege rechnete. So heißt es auf Seite 15, wo er von den Jahren 1906 bis 1908 erzählte:

„Es war dieses nämlich die Periode, als der Marinegeneralstab mit dem militärischen Hand in Hand arbeitete. An der Spitze unseres Stabes stand Admiral Brussilow, dort General Palizyn. Es war die einzige Periode, von der ich weiß, daß beide Stäbe Hand in Hand und harmonisch arbeiteten. Es war dies eine Periode zur Erforschung der allgemeinen politischen Lage, und schon im Jahre 1907 kamen wir zu der vollkommen bestimmten Schlußfolgerung von der Unvermeidbarkeit des großen europäischen

Krieges. Die Betrachtung der ganzen militär-politischen Lage, hauptsächlich Deutschlands, seine Vorbereitungen, sein Militär- und Marineprogramm usw., wiesen uns deutlich und unvermeidlich auf diesen Krieg, dessen Beginn wir im Jahre 1915 ansetzten; alles wies darauf hin, daß dieser Krieg sein muß. Im Zusammenhang hiermit mußte folgende Frage beantwortet werden. Wir wußten, daß die Initiative zu diesem Kriege, sein Beginn, von Deutschland ausgehen wird; wir wußten, daß es 1915 den Krieg beginnen wird. Es bestand nun die Frage, wie wir darauf zu reagieren hätten. Nach einer eingehenden und überaus sorgfältigen Betrachtung der geschichtlichen und militärpolitischen Lage kamen beide Stäbe zu der Ueberzeugung, daß wir auf der Seite der Feinde Deutschlands stehen würden, daß ein Bündnis mit Deutschland ausgeschlossen sei, und daß dieser Krieg endgültig die Frage: Sein oder Nichtsein für das Slawentum beantworten muß. Zwar nahmen einzelne Gruppen einen entgegengesetzten Standpunkt ein und betonten die Notwendigkeit eines Bündnisses mit Deutschland, aber die zugrundegelegte politische Lage zeigte, daß der Krieg gegen den Verband der Mittelmächte geführt werden muß. Ich möchte nur noch unterstreichen, daß der ganze Krieg vollständig vorhergesehen, vollständig erwartet war. Er kam uns nicht unerwartet, und selbst bei der Vorausbestimmung seines Beginns haben wir uns nur um ein halbes Jahr versehen. Die Deutschen selbst geben ja zu, daß sie den Krieg früher als beabsichtigt begonnen haben. (? Die Schriftlt.) Im Zusammenhang mit der allgemein-politischen Lage wurde auch das Flottenprogramm ausgearbeitet, das im Jahre 1915 vollendet sein sollte."

Kraus, Herbert: Gedanken über Staatsethos im internationalen Verkehr. Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, Geisteswissenschaftliche Klasse (II. Jahr, Heft 3). Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925.

Der Königsberger Professor Dr. Herbert Kraus ist durch seine Anteilnahme als Sachverständiger an den Versailler Verhandlungen weiteren Kreisen bekannt geworden. Den Zweck der neuen Arbeit sieht Professor Kraus in einer Herausarbeitung des Begriffes „Staatsethos". Er wollte „eine Veranschaulichung der Vielspältigkeit und Zerrissen-

heit der staatsethischen Vorstellung unserer Zeit unternehmen, wie sie sich dem juristischen Spezialisten in Fragen des internationalen Lebens heute darbieten".

Diese Arbeit ist gerade für die Kriegsschuldforscher von höchstem Interesse, denn bei der Ausbeutung des großen diplomatischen Quellenmaterials, das seit 1918 veröffentlicht wird, treffen Völkerrechtslehrer und Kriegsschuldforscher in vielen Punkten zusammen. „Es ist nicht Anatomie — schreibt Kraus —, was wir da treiben, wenn wir dieses Material in atemloser Spannung studieren und daraus unsere Schlüsse ziehen, sondern wir belauschen dabei das Arbeiten eines lebendigen, fiebernden Organismus. In zwei den Kriegsschuldforscher interessierenden Kapiteln schreibt Kraus über „Staatsethos und Staatsethos" und „Weltgewissen und Staatsethos".

Stieve, Friedrich: Das Russische Orangebuch über den Kriegsausbruch mit der Türkei. Seine Fälschungen über das Garantie-Angebot der Ententemächte an die Ottomanische Regierung. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926, S. 187.

Vergl. hierzu die eingehende Besprechung: „Das zweite russische Orangebuch" von Dr. Karl Schwendemann. „Deutsche Allgemeine Zeitung", 30. Januar 1926, Nr. 49.

★ ★

Zahlreiche Abonnenten sind noch mit ihren Bezugsgebühren im Rückstand. Da wir zur Fortführung unserer Zeitschrift auf die Abonnementsbeträge angewiesen sind, bitten wir um baldige Ueberweisung auf unser Postscheckkonto Berlin Nr. 25 558. Inlandspreis: Vierteljahresabonnement GM. 3.–, Auslandspreis: Vierteljahresabonnement GM. 3,50 (einschließlich Porto und Verpackung)

★ ★

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber"

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der **Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände**

*

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den größten kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik und den Auffassungen führender deutscher Wirtschafter bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und allen sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljärlich R. M. 3.–) werden von jeder Postanstalt und bei der Firma Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin S 42 Oranienstraße 140 — 142, entgegengenommen

Druck von Otto Elsner, Berlin S 42

Das Wichtigste aus dem Inhalt.

In seiner großen Darstellung über „Die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Frankreich" wirft der hervorragende französische Kriegsschuldfragenforscher Georges Demartial die Frage auf: „Wie können die Vereinbarungen in Locarno den Fortgang der Verhandlungen über die Verantwortlichkeiten für den Krieg beeinflussen?" — Demartial beantwortet diese Frage mit folgenden Ausführungen:

„Die Akten von Locarno sind die stillschweigende Lossagung von dem Artikel 231 des Vertrages von Versailles, wie die Begnadigung von Dreyfuß die stillschweigende Anerkennung seiner Unschuld war.

Nun, dieselben Erwägungen, welche es nicht zuließen, daß man sich mit der bloßen Begnadigung von Dreyfuß zufrieden gab, erlauben es ebenso wenig, daß man sich bei dem Werk von Locarno beruhige. Heute wie damals geht es in Wirklichkeit um menschliche Schlechtigkeit und Dummheit. Der einzige Unterschied ist der, daß diese sich damals gegen einen Mann richteten und heute gegen ein Volk."

*

Hans Rothfels kommt in seiner Besprechung der Memoiren Lord Greys zu folgender Schlußfolgerung:

„Das Bild des ‚Zauberlehrlings', in dem man das Wesen des englischen Staatssekretärs wohl zu fassen sucht, erscheint angesichts seiner Memoiren als falsch gewählt. Er ist nicht der zögernde, schwerfällige Staatsmann, der von dem Kriegswagen, den Poincaré und Iswolski lenken, umgerissen und fortgeleitet wird, er hat durchaus mit die Hand am Zügel. Seine Verantwortung beschränkt sich nicht auf Versäumnisse und passives Geschehenlassen, er ist der offizielle Führer einer englischen Interessenpolitik, die den Knoten wesentlich geschürzt, seine gewaltsame Lösung frühzeitig ins Auge gefaßt und schließlich bewußt mit herbeigeführt hat."

Seine eingehende Würdigung der Memoiren des ehemaligen englischen Botschafters in Petersburg, Sir George Buchanan beschließt Nikolaus von Lwoff mit den Worten:

„Um Deutschlands Einfluß im Osten einzudämmen und seine militärische Macht in Schach halten zu können, brauchte Großbritannien die Unterstützung des Zarenreiches. Dies bedeutete praktisch Deutschlands Einkreisung und führte zum Kriege. Rußlands rasches Versagen wurde von Grey und Buchanan nicht vorausgesehen — hier liegt ihr politischer Fehler. Die Ausrangierung des östlichen Verbündeten drohte 1917 England und Frankreich mit militärischer Katastrophe. Diese hatte allerdings nicht eingesetzt. Insofern blieb Großbritanniens Stellung doch behauptet, aber sein Einfluß in Rußland ging verloren. Jetzt, wo die Bolschewisten als Friedenstörer im Orient auftreten, könnte diese Sachlage für England wohl zum Verhängnis werden.

Großbritannien hat während des Krieges praktisch Rußland regiert und . . . aus seiner Hand gelassen.

Dies ist Sir George Buchanans politischer Mißerfolg."

*

In einer kritischen Abhandlung, die das große Werk des Kanadiers John S. Ewart über die Kriegsursachen zum Gegenstand hat, sagt Paul Herre: „Rücksichtslos werden die wirklichen Motive alles propagandistischen Beiwerks entkleidet und in ihrer vielfach brutalen Selbstsucht bloßgelegt. In keinem Buche ist mir bisher die Konfrontierung der verschleiernden und verfälschenden Kriegsliteratur mit dem nachträglichen Bekenntnis und der aktenmäßigen Enthüllung so erschütternd entgegengetreten. Das Verdienst daran hat die tiefsittliche Auffassung, die das ganze Werk erfüllt."

*

Aus dem Band I des Krasny-Archivs (Moskau) werden einige, bisher unbekannte russische Telegramme veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß die russische Regierung im Januar 1897 militärische Vorbereitungen traf, um die Meerengen zu besetzen.

Die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Frankreich.

Von G. Demartial.

Während des Krieges sagte einer meiner Freunde zu mir: „Wozu Ihre Sorge, die Wahrheit über den Ursprung des Krieges an den Tag zu bringen? Was Frankreichs Teilnahme anbelangt, so hat niemals ein Mensch bezweifeln können, daß es sich auf die Seite Rußlands geschlagen hat, um mit Deutschland abzurechnen. Der sogenannte Ueberfall Deutschlands war die Folge unseres Eintritts in den Krieg, nicht dessen Ursache. Die das nicht einsehen, wollen es eben nicht einsehen. Sie werden Ihren Beweisen gegenüber die Ohren verschließen, wie sie taub waren gegen die Stimme ihrer Vernunft und ihres Gewissens. Sie verlieren nur Ihre Zeit."

Mein Freund hatte nur zum Teil recht. Gewiß, diese Unterstellung genügte, um das ewig wiederholte Lied der Regierung von dem unvermuteten Angriff Deutschlands zu rechtfertigen. Aber die große Mehrheit der Franzosen war unschuldig an der Sache. Sie waren betrogene Narren. Die Geschichte der Völker ist die ihrer Leiden und die Geschichte ihrer Leiden ist die ihrer Leichtgläubigkeit. Nicht umsonst haben Viviani und Clemenceau, die weder an Gott noch an den Teufel glaubten, diesen Krieg einen Kreuzzug genannt. Den stumpfsinnigen und blutigen Mystizismus eines solchen hatte er.

Ohne Zweifel kann es verwunderlich erscheinen, daß der Mensch zu dieser Zeit, wo er Mittel findet, durch die Luft zu segeln und unterm Wasser zu fahren, nicht eine schärfere Urteilsfähigkeit beweist. Das liegt daran, daß die Vernunft unendlich viel langsamer voranschreitet als die Industrie. Der Mensch hatte längst die wunderbarsten Entdeckungen gemacht, als er noch Gestirne und Tiere anbetete. Die Gläser, ohne die ich kein Wort lesen oder schreiben könnte, sind in der geistigen Finsternis des Mittelalters erfunden worden. Wir sind tausendmal besser mit den nötigen Geräten für den Krieg versehen als die alten Griechen. Verstehen wir es auch tausendmal besser, ihn zu verhüten?

Da so viele Franzosen in gutem Glauben sich eine falsche Idee von den Kriegsursachen machten, war es Pflicht, zu versuchen, sie über ihren Irrtum aufzuklären. Eine um so gebieterische Pflicht, als die Regierung und ihre Propaganda der Frage

über die Verantwortlichkeiten eine hervorragende Bedeutung gaben. „Indem Deutschland" — so sagte man uns — „angriff, um Europa, das nur in Frieden zu leben wünschte, zu unterwerfen, ist es zum Feind des menschlichen Geschlechtes geworden. Dieser Krieg kann daher nicht wie ein anderer mit einem erkämpften Frieden enden. Man wird das Scheusal ohne Debatte verurteilen; dann wird man ihm eine Strafe auferlegen, die es endlich außerstande setzt, zu schaden." Kein Tag verging, an dem nicht diese These von irgendeiner großen Zeitung, gewöhnlich mit der Unterschrift eines Mitgliedes der Académie Française, verteidigt wurde. Da unter solchen Bedingungen Deutschland bis zu seinem letzten Atemzuge kämpfen würde, da es den Beweis einer ans Fabelhafte grenzenden Ausdauer gab, da jeder Tag des Krieges mehr an Menschenleben und Geld kostete, wie ein großer Krieg der Vergangenheit in seinem ganzen Verlauf, so hieß das, den Ruin Frankreichs fast ebenso wie den Deutschlands heraufbeschwören.

Schließlich gab es noch einen Grund, und zwar den stärksten, die Lüge zu bekämpfen, nämlich den, daß ein Schweigen als Zustimmung erschienen wäre.

Deshalb sah man von Beginn des zweiten Kriegsjahres an eine kleine Anzahl von Franzosen von ganz verschiedenen Lebensstellungen und Anschauungen sich zusammenschließen; man fand Schulter an Schulter einen Marquis, Schwager des Prinzen Roland Bonaparte, einen der bekanntesten streitbaren Arbeiter, den Sekretär der Metallvereinigung, einen berühmten Volkswirtschaftslehrer, zur Zeit Professor am Collège de France. Nicht in der Presse, wo die Zensur es nicht gestattet hätte, aber in kleinen Vereinslokalen stellten diese modernen Ketzer fest, daß die von der Regierung verbreitete Ansicht dem gesunden Menschenverstand zuwider war und feststehenden Tatsachen widersprach. Weder wahrscheinlich, noch wahr ist es — sagte ich meinesteils dort —, daß Deutschland allein die Verantwortung für den Krieg zufällt. Nicht wahrscheinlich, weil es, nach einem Ausspruch Bernard Shaws, offenbar alles dabei zu verlieren und nichts dabei zu gewinnen hatte, während seine Gegner ihn brauchten, der eine, um Konstantinopel, der andere, um das Elsaß zu nehmen, der dritte, um sich die Seeherrschaft zu sichern. Nicht wahr, weil offensichtlich Rußland der Hauptschuldige war, indem es unter dem Anschein eines allenfalls erklärlichen Grundes gegen Deutschland mobilisierte, aber wohl wußte, daß dies den Krieg bedeutete.

Man muß der Regierung zugeben, daß sie uns nicht ernstlich belästigte. Unsere Zusammenkünfte wurden nur verboten. Dem Publikum unbekannt, wurden wir weder geteert, noch gefedert.

*

Mit der Veröffentlichung der russischen, deutschen, österreichischen Archive brach eine neue Periode an. Tausende von unfehlbar echten Dokumenten erschienen, die sonst niemals oder erst in hundert Jahren ans Licht gekommen wären. Die offiziellen Persönlichkeiten, denen es nicht an Dreistigkeit fehlt, griffen einige Sätze heraus und behaupteten, darin eine Bestätigung für die Schuldlosigkeit der Entente zu sehen. Was diese Dokumente bekräftigten, war die Unwahrheit, die Widersinnigkeit der Legende, Deutschland sei allein am Kriege schuld. Auch sah man in die Debatte Männer eingreifen, die bisher sich ferngehalten hatten; sie gaben ehrlich zu, daß diese Legende zerstört worden sei.

Herr Fabre-Luce, ein ehemaliger und glänzender Zögling der Schule der politischen Wissenschaften, ist Sohn eines der ersten Leiter des bedeutendsten französischen Kreditinstituts und Schwager des Sohnes des Berliner Botschafters, Herrn de Margerie. Er gehört somit zur Welt der Geldaristokratie wie der Diplomatie; er gilt nicht für einen, der vom Idealismus lebt. Dennoch hat er 1924 ein Buch „La victoire" veröffentlicht, das zum großen Teil dem Suchen nach der Wahrheit über die Kriegsursachen gewidmet ist. Ihm verdankt man den Satz: „Die Zentralmächte haben getan, was den Krieg möglich, die Entente, was ihn notwendig machte."

Einer der bekanntesten Schriftsteller, Herr Victor Margueritte, hatte bereits seine Neigung zu historischen Forschungen bewiesen, indem er eine „Geschichte des Krieges von 1870" schrieb und, unter dem gemeinsamen Titel „Une époque", vier geschichtliche Romane über diesen Krieg und die Kommune. Sein Vater war an der Spitze der Kavallerie-Brigade gefallen, deren denkwürdige Attacke Kaiser Wilhelm zu dem berühmt gewordenen Ausruf veranlaßte: „Diese tapfern Leute!" Im Jahre 1919 hatte er „Au bord du gouffre" (Am Rande des Abgrunds) veröffentlicht, worin er beweist, daß unsere Generäle nicht das Recht haben, das Verdienst des Sieges für sich in Anspruch zu nehmen. Ihm ist es zu verdanken, daß die Gesamtheit der Fragen über den Ursprung des Krieges — sie gehen bis auf das Jahr 1870 zurück — durch ein großes Ver-

lagshaus der breiten Oeffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist.

Zu gleicher Zeit publizierte Herr Renouvin „Les origines immédiates de la guerre" (Die unmittelbare Veranlassung zum Kriege). Als Professor der Geschichte wohlbewandert in wissenschaftlichen Dingen, ist er ganz besonders befähigt, sein Urteil abzugeben. Da er in der Kriegsbibliothek Dienste tat, brauchte er nur auf einen Knopf zu drücken, um sich einen seiner hunderttausend Bände bringen zu lassen, deren Erscheinen eine Folge des Krieges war. Als die „Vergleichenden Geschichtstabellen" Kaiser Wilhelms II. erschienen, wurde er beauftragt, gemeinsam mit einem seiner Kollegen eine Entgegnung zu schreiben. Das Werk wurde durch ein „Vorwort" des Herrn Poincaré eingeleitet. Die „Société de l'histoire de la guerre" (Gesellschaft für die Geschichte des Krieges), die einen halboffiziellen Charakter hat, ließ an der Sorbonne für ihn einen Lehrstuhl der Kriegsgeschichte schaffen, und sein Buch ist nur die ausführlichere Bearbeitung einer seiner Vorlesungen. Man wird ihn also weder als inkompetent erachten, noch ihn verdächtigen können, daß er „das Spiel der Deutschen betreibe", wie Herr Poincaré zu sagen pflegt. Da er sich aber nicht damit zufrieden geben kann, Urkunden, Daten, falsche Aussagen einfach hinzunehmen, so ist er schließlich dazu gekommen, hinsichtlich der tatsächlichen Ereignisse fast in allen Punkten, besonders in der so überaus wichtigen Frage der Mobilisierungen, von der offiziellen Darlegung sich loszusagen. In seiner Lage ist es erklärlich, daß er sich bemüht, über diese seine Ablehnung einen schonenden Schleier zu breiten, aber ein einfacher Vergleich mit den offiziellen Dokumenten macht die Augen hell. Dieses Beispiel beruflicher Gewissenhaftigkeit ist um so ehrenhafter, als der französische Professorenstand während des Krieges und seither damit erheblich geizte. Man vergleiche das Werk von Renouvin und das Buch, die Wiedergabe eines Berichts im Senat, das Herr Bourgeois unter dem Titel „Les origines et responsabilités de la grande guerre" (Der Ursprung des großen Krieges und die Verantwortlichkeit) zu veröffentlichen gewagt hat, und urteile dann!

*

Hat man es dem Buch des Herrn Renouvin zu verdanken, daß selbst bei Herrn Poincaré ein gewisser Rückzug zu verzeichnen ist? Während er bisher Deutschland so hingestellt

hatte, als habe es Oesterreich gegen Serbien aufgehetzt, um einen europäischen Krieg zu entfesseln und über das überraschte Frankreich herfallen zu können, so gibt er jetzt in einem Artikel der „Foreign Affairs" in New York zu, daß die Zentralmächte den Krieg wohl nicht hätten vorhersehen können und den Wahnsinn begangen hätten zu glauben, Rußland würde die Vernichtung Serbiens zulassen. Da Rußland natürlich Serbien nicht hätte im Stich lassen können, mobilisierte es zuerst, weil seine Mobilmachung sehr schwerfällig war. Der Schuldige wäre der deutsche Generalstab, der diese Vorsichtsmaßregel zum Vorwand nahm, von seiner Regierung die Kriegserklärung zu erreichen.

So findet man wieder einmal mehr die wesentliche Bedeutung der russischen Mobilmachung für die Entstehungsgeschichte des Krieges bestätigt. Da Herr Poincaré es nicht mehr leugnen kann, daß diese Mobilisierung tatsächlich den Krieg hervorgerufen hat, behauptet er, sie hätte ihn nicht heraufzubeschwören brauchen, weil sie doch keinen Angriffszweck verfolgte und auch berechtigt war. Diese Lesart ist fast ebenso mit den Haaren herbeigezogen wie die erste. Die russische Regierung war sich von vornherein darüber klar, daß die Mobilmachung der russischen Armee nicht allein Anlaß zu einer deutschen Mobilisierung geben werde, sondern zum Kriege, denn aus strategischen Gründen, die einem Kinde verständlich sind, konnte Deutschland nicht mobilmachen, ohne anzugreifen. Deutschland hat keine Dummheit begangen, wenn es dachte, Rußland würde durch einen europäischen Krieg auf die österreichische Note an Serbien antworten; jeder Mensch von gesundem Verstand und anständiger Gesinnung würde ebenso gedacht haben. Die russische Mobilmachung war weder durch die Haltung Oesterreichs gerechtfertigt, das gar nicht daran dachte, Serbien zu vernichten, sondern vielmehr die Einstellung von Taten zu verlangen, die seine eigne Existenz bedrohten, noch durch die Haltung Deutschlands, das, als es das Gespenst des Krieges emporsteigen sah, zurückwich. Die Beweggründe Rußlands sind anderswo zu suchen. Der Beweis, daß die russische Mobilisation keineswegs weder ohne Angriffsabsichten, noch berechtigt war, liegt darin, daß die Regierungen der Entente, quorum Poincaré magna pars fuit, ihre Lügen und Fälschungen verdoppelten, um ihren Völkern den wahren Sachverhalt und die Umstände zu verheimlichen.

Deshalb sind wir entschlossen, die These von den geteilten Verantwortlichkeiten ebensowenig anzunehmen wie die von

der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands. Wir würden ihr gern zustimmen. Ist sie doch diejenige der Herren Fabre-Luce und Renouvin, sowie auch diejenige des Herrn Margueritte, obwohl dieser sich der Entente gegenüber unendlich viel strenger zeigt als jene. Man sagt uns, es wäre kluge Politik, es zu tun. Wir aber machen die Widerlegung des jungen und hervorragenden amerikanischen Professors Barnes zu der unsrigen. Da wir keine Politik treiben, haben wir auch kein Interesse daran, das, was uns die volle Wahrheit zu sein scheint, durch eine nur halbe zu ersetzen. Um so weniger sind wir dazu bereit, als diese Konzession nichts nutzen würde. Abgesehen von Ausnahmen, die so unbedeutend sind, daß sie nur die Regel bestätigen, wollen die Zeitungsleiter auf keine Art und Weise von der Frage der Verantwortlichkeit reden hören. Sie wissen, daß die offizielle Lesart unhaltbar ist, wollen es aber nicht sagen, weil sie sie gestützt hatten und nun zugeben müßten, daß man sie zum Narren hielt. Sie setzen sich auf den Scheffel, unter den sie die Wahrheit gestellt haben, und starren ins Blaue hinein, wenn man ihnen davon spricht. Ihre Leser wissen nicht, daß es eine Kriegsschuldfrage gibt und sind über die wahren Ursachen des ungeheuren Ereignisses, das sich unter ihren Augen und auf ihre Kosten abgespielt hat, ebenso unterrichtet, wie die Patagonier. Hierin gibt es keinen Unterschied zwischen der konservativen und der sogenannten radikalen Presse. Der heilige Bund gegen die Wahrheit besteht weiter und seine Parole ist Schweigen.

Wir verweilen noch weniger bei dem seltsamen Argument, daß es hieße, der deutschen Republik Unrecht tun, indem man die deutsche Regierung von 1914 von aller Schuld freispräche. Wenn man, um die Deutschen zu Republikanern zu machen, sie erst zu dem Glauben bekehren muß, daß die kaiserliche Regierung die Schuld am Kriege trage, dann sind sie nicht würdig, Republikaner zu sein.

*

Herr Margueritte hat einen ausgezeichneten Gedanken gehabt. Im letzten Sommer setzte er unter dem Titel „Appel aux consciences" (Aufruf an die Gewissen) einen Protest gegen den berüchtigten Artikel des Vertrags von Versailles in Umlauf und ließ ihn von zweihundert Personen unterzeichnen. Durch besagten Artikel hat man unter Androhung, den Krieg aufs neue zu beginnen, von Deutschland das Geständnis erpreßt, daß es allein verantwortlich für den Krieg sei, da es ihn durch seinen

Angriff verschuldet habe. Man findet auf der Liste der Unterzeichner die Tochter und den Enkelsohn des ehemaligen Präsidenten der Republik, Loubet, die Söhne Rostands, Schriftsteller von großem Ruf, eine Anzahl bedeutender Professoren, fünf pensionierte Generäle. Dieser Protest entscheidet nicht die Frage, ob Deutschland allein oder mehr oder weniger für den Krieg verantwortlich sei. Er weist nur auf die Art hin, wie man von ihm dies Geständnis erzwungen hat. Er ist von Personen unterzeichnet worden, die das Verfahren mißbilligen, obwohl sie an die Verantwortlichkeit Deutschlands glauben, und von andern, die nicht nur das Verfahren verwerfen, sondern der Ansicht sind, daß Deutschland unschuldig sei. So ist vor dreißig Jahren die Revision des Dreyfus-Prozesses nicht nur von Leuten gefordert worden, die von der Ungerechtigkeit der Verurteilung des Angeklagten überzeugt waren, sondern auch von solchen, die, obwohl sie ihn für schuldig hielten, über die Tat der Prozeßführung empört waren. Die Verschwörung des Totschweigens hat diese Kundgebung wie vieles andere unterdrückt.

*

Wie können die Vereinbarungen in Locarno den Fortgang der Verhandlungen über die Verantwortlichkeiten für den Krieg beeinflussen? Die Sachlage scheint eine gewisse Aehnlichkeit mit der des Dreyfus-Prozesses zur Zeit seiner Revision zu haben. Denken wir einmal daran zurück! Der Kapitän Dreyfus wurde 1894 durch ein Kriegsgericht zur Deportation verurteilt, weil er einer fremden Macht militärische Dokumente ausgeliefert hatte. Es verlautete nach und nach, es sei das „bordereau" genannte Schriftstück, welches zu seiner Anklage die Veranlassung gegeben hatte, gar nicht von seiner Hand geschrieben, und andererseits, daß der Ueberführungsbeweis der Richter durch ein Aktenstück erbracht worden sei, auf dem der Anfangsbuchstabe D stand; dieses war ohne Wissen des Dreyfus und seines Verteidigers dem Gericht als von Dreyfus herrührend unterbreitet worden, obwohl es mit der Angelegenheit gar nicht im Zusammenhang stand; und schließlich, daß das „bordereau" von der Handschrift eines andern Offiziers, Esterhazy, war, eines in Schulden steckenden Menschen, der seiner Geliebten geschrieben hatte, er wünsche Paris von den Deutschen geplündert zu sehen. Esterhazy, zu Beginn des Jahres 1898 vor ein Kriegsgericht gestellt, wurde trotzdem freigesprochen und der berühmte Schriftsteller Zola, der das Gericht beschuldigte, ihn auf Befehl freigesprochen zu haben, wurde zu Gefängnis ver-

urteilt. Die fünf Kriegsminister, die einander seit 1894 gefolgt waren, hatten sämtlich unter dem Beifall der Kammer ihrer Ueberzeugung von der Schuld des Dreyfus Ausdruck gegeben. Im August 1898 bemerkte man, daß ein beim Prozeß Esterhazy zum Vorschein gekommenes und Dreyfus belastendes Aktenstück von dem Oberst Henry, dem Chef des Nachrichtenbüros im Generalstabe, fabriziert worden war. Henry wurde verhaftet und schnitt sich die Kehle durch. Da holte man Dreyfus zurück und stellte ihn vor ein neues Kriegsgericht. Er wurde abermals verurteilt. Die Regierung begnadigte ihn bald darauf. Aber die Sache war damit nicht erledigt. Dreyfus hatte ausdrücklich erklärt, er würde die Revision seines Prozesses weiter betreiben. Noch andere entdeckte Fehler, die zur Zeit seiner zweiten Verurteilung unbekannt waren, ermöglichten es, die Angelegenheit vor den Kassationshof zu bringen, der 1906 feierlich seine Schuldlosigkeit erklärte. Die Ueberführung der Leiche Zolas in das Pantheon im Jahre 1908 war der letzte Akt der Tragödie, die Frankreich an den Rand des Bürgerkriegs gebracht hatte. Sechs Jahre später fabrizierte der Außenminister patriotische Fälschungen gegen den „boche", wie sie der Kriegsminister gegen den Juden zustande gebracht hatte.

Der Prozeß Deutschlands ist im Stadium der Begnadigung angelangt. Deutschland hatte, bevor es nach Locarno ging, wissen lassen, daß es nicht im Sinne habe, das ihm zu Versailles abgepreßte Geständnis zu bestätigen. Die alliierten Mächte umgingen die Frage, indem sie erwiderten, diese habe mit der Aufstellung eines Sicherheitspaktes, über den in Locarno verhandelt werden sollte, nichts zu tun. In der Tat haben die Vereinbarungen in Locarno der Verdammung Deutschlands ein Ende gesetzt. Sie werden überall als ein Akt der Versöhnung betrachtet. Der König von England begrüßte sie in seiner Botschaft vom 24. Dezember vergangenen Jahres als den „Anfang eines freundschaftlichen Zusammenarbeitens". Wird dies der Fall sein, da doch die Leiden des Krieges noch überall so schmerzlich nachwirken, wenn man tatsächlich glaubt, daß Deutschland allein ihn gewollt, allein vorbereitet, allein entfesselt habe, um ein friedliches Europa sich zu unterjochen? Sicherlich nicht. Die Akten von Locarno sind die stillschweigende Lossagung von dem Artikel 231 des Vertrages von Versailles, wie die Begnadigung von Dreyfus die stillschweigende Anerkennung seiner Unschuld war.

Nun, dieselben Erwägungen, welche es nicht zuließen, daß man sich mit der bloßen Begnadigung von Dreyfus zufrieden gab,

erlauben es ebenso wenig, daß man sich bei dem Werk von Locarno beruhige. Heute wie damals geht es in Wirklichkeit um menschliche Schlechtigkeit und Dummheit. Der einzige Unterschied ist der, daß diese sich damals gegen einen Mann richteten und heute gegen ein Volk. Ebenso wie die Gerechtigkeit nicht geahndet wurde, als das Urteil des Kassationshofes den Bau aus Lügen und Fälschungen stürzte, durch welche die Urheber der Verurteilung des Dreyfus ihn für ein von Esterhazy begangenes Verbrechen für immer ins Bagno schaffen wollten, ebenso kann der Gerechtigkeit nur Genüge geschehen, wenn eine feierliche Revision des Vertrages von Versailles das Gebäude von Lügen und Fälschungen niederreißt, durch welche die Ententemächte Deutschland beschuldigen, einen Krieg entfesselt zu haben, dessen wahre Urheber sie selbst sind.

Aber wie mit der Erklärung der Unschuld des Dreyfus nicht gesagt worden war, daß die Juden besser seien als die Christen, so wird auch die Rechtfertigung Deutschlands nicht bedeuten, daß die Deutschen mehr taugen als die Russen, die Franzosen und die Engländer. Da die Menschen überall ungefähr die gleichen sind, ist es sogar möglich, daß diese an ihrer Stelle wie jene gehandelt hätten. Ist das aber ein Grund, die an ihrer Stelle zu verurteilen?

Also nicht um das Interesse Deutschlands geht es, wenn es sich darum handelt, den Kampf zu beginnen, ebenso wie die Katholiken und Freidenker, welche die Revision des Dreyfus-Prozesses forderten, sie nicht in dessen Interesse oder in dem seiner Glaubensgenossen verlangten. Der Oberst Picquart, welcher der Wahrheit den Weg ebnete, war Antisemit. Man verlangte Gerechtigkeit für Dreyfus im Interesse aller Bürger. Man muß Gerechtigkeit für Deutschland im Interesse aller Völker fordern, da die Gerechtigkeit ein allen gemeinsames Gut und jeder der Gefahr ausgesetzt ist, den Fanatismus seines Nachbarn gegen sich ausbrechen oder sich von seiner Regierung betrogen zu sehen. Wenn durch eine internationale Umfrage festgestellt würde, daß die russische und die französische Regierung, um die Völker in den Krieg zu hetzen, diese mit falschen Nachrichten geblendet haben, daß ihre diplomatischen Schriftstücke mit Lügen durchlöchert sind wie ein Schaumlöffel, daß fast alle Regierungen der Welt sich an diesen Betrügereien beteiligt haben, daß der sogenannte „Krieg für das Recht" das größte, jemals gesehene Lügenunternehmen war, dann wird das einzige Wort „Krieg" in Zukunft bei allen Völkern die Angst erwecken, wieder so leichtgläubig sein zu können, und sie

würden sich schwerer aufeinander hetzen lassen. Kurz: die Revision des Vertrags von Versailles wird den genarrten Völkern nur ein heilsames Mißtrauen gegen die Regierung einflößen. Und deshalb muß man sie fordern.

Aber — könnte man sagen — ist der Völkerbund nicht dazu da, einen Krieg zu verhüten? Was für ein Scherz! Wenn der Krieg seltener wird, so liegt das daran, weil er zu grausam, zu teuer geworden ist, an der Furcht vor den Luftschiffen und vor dem Bankerott, nicht dank den Frömmeleien von Genf. Frankreich war dort durch Viviani vertreten. Von dem Krieg sagte er: „Er war der entscheidende Zusammenstoß der dunklen Mächte des Bösen mit den strahlenden Mächten des Guten." England war dort durch Balfour vertreten. Er sagte von dem Kriege: „Es war der Krieg des Himmels gegen die Hölle." Die Männer, die dort die sonstigen Völker vertraten, haben sich kaum weniger bloßgestellt. Man denke sich die Mörder der Bartholomäusnacht als Vorsitzende einer friedfertigen Tagung der Religionsbekenntnisse! Ich werde an den Völkerbund glauben, wenn er an die Wände seines Versammlungssaales ein Gemälde hat malen lassen, das die Richter von Versailles darstellt, wie sie, den Dolch in der Faust, auf Deutschland knien und schreien: „Gestehe, daß du der einzige Kriegsschuldige bist, oder man gibt dir den Gnadenstoß!"

*

Dies ist zur Zeit der Stand der Kriegsschuldfrage in Frankreich. Im Vergleich mit dem am Ende des Krieges ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Wenn man damals in Abrede stellte, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei, so galt man für mondsüchtig. Heute kann niemand mehr die These aufrechterhalten, daß es allein verantwortlich ist. Man würde ihm die von der Regierung gebilligten Forschungsergebnisse in dem Buch des Herrn Renouvin entgegenhalten.

Betrachtet man die andern Staaten, so scheint Frankreich auf dem Wege zur Wahrheit am weitesten zurückgeblieben zu sein. Die Engländer haben ohne Bedenken Herrn Asquith zum Lord gemacht, der in seinem Buch „Genesis of the War" (Die Entstehung des Krieges) sich ebenso erschreckend schamlos zeigt wie Herr Poincaré in seinen „Les Origines de la Guerre" (Die Ursachen des Krieges), ohne, wie dieser, die Entschuldigung zu haben, daß er ein Lothringer ist. Aber Morel wurde innerhalb von drei Jahren dreimal in das Unterhaus gewählt und die Labour Party hat seit langer Zeit und zu wieder-

holten Malen die Regierungslüge zurückgewiesen. Die amerikanischen Abgesandten hören allerdings nicht auf, hier allen Ernstes den Krieg als „die Rettung der Demokratie" zu feiern, aber La Folette, der von Herrn Owen als der sicherste Rückhalt der Verantwortlichkeitsfrage angesehen wurde, ist im Triumph wieder in den Senat gewählt worden. Die politische Welt in Frankreich lehnt es rundweg ab, sich anders zu der Frage zu stellen wie bisher, und wenn man die Herren Herriot und Painlevé ebenso reden hören will wie die Herren Poincaré und Millerand, dann braucht man sie nur zu reizen. In England und in den Vereinigten Staaten hat eine ganze Plejade von bekannten Professoren sich mit der Sache befaßt. In Frankreich gibt es gerade einen einzigen dieser Art. Die französische „Gesellschaft für Geschichte des Krieges" hat beschlossen, einen auswärtigen Historiker herauszugeben, um zu beweisen, daß sie das Interesse daran nicht verloren hat. Sie hat Grelling gewählt. Sehr wenige Personen, selbst unter den Schriftstellern, die von den besten Absichten beseelt sind, beherrschen den Stoff. Kurzum: obwohl die Waffe des Totschweigens nicht ausschließliches Eigentum der französischen Presse ist, so wird doch die öffentliche Meinung nirgends in so tiefer Unwissenheit gehalten wie hier. Ohne die deutsche Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" würde man über nichts auf dem laufenden sein, nicht einmal über die Artikel, die Herr Poincaré in den Vereinigten Staaten veröffentlicht.

Alles in allem, in den drei Ländern ist der Sieg der Ententepropaganda erhalten geblieben. „Glaubt ihr" — sagt Candide —, „daß die Menschen sich immer gegenseitig so umgebracht haben wie heutzutage? Daß sie immer Lügner, Schurken, Hinterlistige, Fanatiker, Heuchler und Dumme waren?" „Glaubt ihr" — sagt Martin —, „daß die Sperber immer Tauben gefressen haben, wenn sie welche hatten?" Also wappnen wir uns mit Geduld!*)

*) *Der Aufsatz ist bereits im Märzheft der amerikanischen Zeitschrift „Current History" erschienen und wird auch im nächsten Heft der in Paris erscheinenden „Evolution" gebracht werden. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

John S. Ewart's Buch über die Wurzeln und Ursachen der Kriege 1914—18.[1]

Von Paul Herre.

Das Buch des bekannten kanadischen Richters und Völkerrechtlers, das hier besprochen werden soll, ist bereits im Sommer vorigen Jahres von sachverständiger amerikanischer Seite im Rahmen der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage" gewürdigt worden. Ich darf auf die beiden aufschlußreichen Rezensionen der Herren Bausman und Barnes im August-Heft 1925 verweisen. Indessen stimme ich der Schriftleitung dieser Monatsschrift zu, wenn sie es für wünschenswert hält, auch vom deutschen Standpunkt aus einmal dem wichtigen Buche näherzutreten, und so unterziehe ich mich dieser Aufgabe.

Freilich muß sofort festgestellt werden, daß die Aufgabe einige Schwierigkeiten bereitet. Ewart's Werk ist mehr eine Materialsammlung als eine durchdringende Verarbeitung des weitschichtigen Stoffes. Soweit man von einer Darstellung sprechen kann, ist diese wenig übersichtlich aufgebaut und unnötig weitschweifig, und in literarischer Hinsicht ist das Buch deshalb leider recht unwirksam. Für den Deutschen wirkt es als eine weitere Erschwerung, daß der Verfasser — der Kenntnislosigkeit des angelsächsischen Publikums Rechnung tragend — auch Dinge, die dem nicht zu fernstehenden Betrachter einigermaßen geläufig sind, in größter Ausführlichkeit ausbreitet, und es verursacht nicht wenig Mühe, zu den vielfach höchst selbständigen Formulierungen und Schlußfolgerungen vorzudringen. Um so nachdrücklicher muß auf den reichhaltigen Inhalt und die wichtigen Untersuchungsergebnisse des Buches hingewiesen werden. Selbst dem deutschen Kenner hat es mancherlei zu sagen, sowohl hinsichtlich der Gesamtauffassung wie zahlreicher Einzelheiten. Durch die Heranziehung entlegener, vorwiegend publizistischer, angelsächsischer Quellen ist es Ewart möglich geworden, eine große Reihe von Vorgängen der Vorkriegsentwicklung neu zu beleuchten; auch

[1] The Roots and Causes of the Wars (1914—1918). 2 Bände. New York, George H. Doran Company (1925). 1204 S.

aus der Tagespresse konnten im Sinne solcher Illustrierung vielfach überraschende Aufschlüsse gewonnen werden.

Das Werk gliedert sich, über die Teilung in zwei Bände hinweggehend, in drei Hauptabschnitte. Ein erster behandelt die Ursachen des Weltkrieges, ein zweiter gibt eine Analyse der Wurzeln, ein dritter, kürzerer, befaßt sich schließlich mit dem Ausbruch des Weltkrieges. Mit Absicht spricht der Verfasser vom Weltkrieg im Plural: es handelt sich für ihn nicht um einen einzelnen Krieg, sondern um eine Mehrzahl von Kriegen, deren Abgrenzung und Ineinandergreifen sich aus den von ihm festgestellten Wurzeln des Weltkrieges ergeben.

Das Verfahren, das in dem Buche zur Anwendung gelangt, ist das des Richters. Der Verfasser versammelt die Parteien um sich und unterwirft sie einem regelrechten Verhör. Er breitet ihre Argumente aus, läßt die verschiedenartigen Quellen sprechen und fällt schließlich das Urteil sachlich und unbestechlich. Er ist mit dem Staats- und Völkerleben vertraut genug, um sich über die Parteien stellen zu können, und er beherrscht das ungeheure Quellenmaterial ausgezeichnet. Aber Untersuchung, wie Plaidoyer, wie Urteilsspruch sind rein juristisch. Das ist hinsichtlich der Aufhellung der geschichtlichen Zusammenhänge die Grenze des eigenartigen Buches. Dem Historiker ist das Verfahren ebenso interessant wie ungewöhnlich. Eine Art von Gegenprobe für die so gewonnenen Ergebnisse ist dann die Untersuchung der großen Streitfragen und Gegensätze, die die Vorkriegszeit beherrschen. Die Aufdeckung und Sezierung der Wurzeln des Weltkrieges beantwortet die gleichen Fragen noch einmal auf eine andere Weise: An Stelle der Befragung der einzelnen Parteien tritt die des Problems, an dem mehrere Parteien durch natürliche oder geschichtliche Verkettung Anteil haben.

Scharf werden Völker und Regierungen auseinandergehalten, und hinsichtlich des Kriegswillens und der Kriegsbereitschaft werden sie vielfach in Gegensatz zueinander gestellt. So meint der Verfasser, daß das serbische Volk keineswegs den Tod des Erzherzogs Franz Ferdinand begehrte; daß die Völker der Donaumonarchie durchaus nicht die Ermordung des habsburgischen Thronfolgers rächen wollten; daß das russische Volk ebenso wie das französische Serbien völlig gleichgültig gegenüberstanden; daß das französische Volk sich wenig um Rußland kümmerte usw. Ueberall waren es nur gewisse Politiker, die jeweils ein solches besonderes Interesse nahmen, und sie übten entweder einen entscheidenden Einfluß

auf die Regierung aus oder bildeten selbst die Regierung. Die Regierungen sind die handelnden Staaten, und so werden sie in Ewart's Buch durchgängig gleichgesetzt. Die einzelnen Persönlichkeiten treten dabei ganz zurück. Kaum daß einmal Grey und Wilson als Träger bestimmter Anschauungen erscheinen; auch sie sind als Persönlichkeiten nur leise angedeutet, nicht aber nach biographischen Gesichtspunkten betrachtet oder gar erfaßt. Der einzelne Mensch bleibt in dieser Betrachtung ganz im Hintergrunde und ordnet sich völlig den allgemeinen Kräften und Erscheinungen ein.

Wurzeln und Ursachen! In dieser Reihenfolge zählt der Titel die Fragenkomplexe auf, die das Buch behandelt, und tatsächlich entspricht das der Logik, denn die Wurzeln stellen die tiefsten Zusammenhänge der Aeußerungen dar, deren spätere Antriebe in den Ursachen zum Ausdruck gelangen; anders ausgedrückt: die Wurzeln haben einen primäreren Charakter als die Ursachen. In Wahrheit jedoch verfährt Ewart umgekehrt: er behandelt zuerst die Ursachen und dann die Wurzeln. Das entspricht seinem ungeschichtlichen Vorgehen. Charakteristisch ist aber auch, daß selbst die Wurzeln einer Art Verhör unterzogen werden, obschon die Darstellung in diesen Abschnitten mitunter auf weit zurückliegende Jahrhunderte zurückgreift.

Was zunächst die Wurzeln angeht, so unterscheidet der Verfasser natürliche und gegebene (historisch entstandene). Eine wirkliche Rolle spielen nur die letzteren in der Untersuchung; ihren Inhalt bilden die politisch - diplomatischen Auseinandersetzungen und die wirtschaftlichen Gegnerschaften in Europa seit 1870. Soweit die nicht sehr scharfe Herausarbeitung der ordnenden Gesichtspunkte eine zahlenmäßige Aufreihung gestattet, kennt Ewart acht Hauptwurzeln des Weltkrieges. Als die wichtigste erscheint ihm die elsaß-lothringische Frage, für die Frankreich die alleinige Verantwortung trägt. Ihr an Bedeutung nahe ist die Balkanfrage, deren Verantwortung sich auf alle Mächte verteilt. Indessen hebt sich aus dieser als Besonderheit die dritte Wurzel heraus: der serbisch - österreichische Gegensatz wegen Bosniens und der Herzegowina. Eine vierte Wurzel ist das Wachsen des deutschen Handels und der deutschen Kriegsflotte, eine fünfte die Ersetzung Frankreichs durch Deutschland in der Hauptnebenbuhlerschaft Groß-Britanniens auf dem europäischen Kontinent, während die Bedrohung der englischen und russischen Hegemonie durch Deutschland im nahen Osten die sechste Wurzel darstellt.

Die beiden letzten Wurzelgruppen bilden die Auseinandersetzungen wegen Persiens und Marokkos, sowie die beherrschende Zeiterscheinung des Imperialismus mit seinen Erzeugnissen gegenseitiger Furcht und gegenseitigen Hasses.

Scharf voneinander geschieden werden Anstifter und Teilnehmer des Weltkrieges und Hinzugetretene. Unter der ersten Gruppe zählen lediglich Serbien und Oesterreich-Ungarn, während bei Rußland Anstiftung und Teilnehmerschaft ineinander überfließen. Als Teilnehmer gelten Frankreich, England und Deutschland. Gegenüber den ententistischen Beschuldigungen der deutschen Alleinschuld oder wenigstens der mitschuldigen Anstiftung stellt Ewart ausdrücklich klar: „Es wird behauptet, daß Oesterreich-Ungarn mit seinem Ultimatum an Serbien seinen Verbündeten, Deutschland, zum Mitschuldigen machte. Das ist Unsinn." Im Sinne der Teilnehmerschaft kam es zum Weltkriege, weil Frankreich, England und Deutschland an den betreffenden Wurzeln Anteil hatten. Als Hinzugetretene werden behandelt: Belgien, Japan, die Türkei, Italien, Bulgarien, Rumänien, Portugal, Griechenland und die Vereinigten Staaten; die süd- und mittelamerikanischen Republiken sowie China und Siam, die sich den Ententemächten noch anschlossen, sind unbeachtet geblieben.

Die Behandlung dieser einzelnen Staaten, mit der der Hauptabschnitt der Ursachen des Weltkrieges erfüllt ist, geschieht unter Beantwortung der Frage: Warum traten die einzelnen Mächte in den Krieg? Die allgemeine Stellungnahme kommt dabei in scharfer Formulierung zum Ausdruck. Unter Zurückweisung jeder verschleiernden Begründung wird als der alleinige Beweggrund des staatlichen Handelns der reine Interessengesichtspunkt nachgewiesen. Von dieser Erkenntnis fließt die letzte Erklärung, die Ewart hinsichtlich der Entstehung des Weltkrieges zu geben hat. Die Klarstellung der Interessen aber, die die Regierungen der einzelnen Staaten bestimmten, erfolgt in weitem und weitestem Zurückgreifen auf die geschichtliche Vergangenheit. Wie sehr hier das Verfahren des Verhörs auf Kosten geschichtlicher Verknüpfung zur Anwendung gelangt, kommt darin zum Ausdruck, daß die Zusammenhänge nach Ursache und Wirkung nicht selten zerrissen werden. Als ein zufällig herausgegriffenes Beispiel diene die Behandlung der Vorgänge in Rußland um die Wende der Jahre 1913/14. Es werden da die russischen Denkschriften und Ministerberatungen hinsichtlich der Lösung der geschichtlichen Mission Rußlands gegenüber den Meerengen v o r dem

Liman v. Sanders-Zwischenfall behandelt, obschon dieser den direkten Anstoß für jene bildete.

Was die Motive der einzelnen Staaten selbst betrifft, so sei nur von den wichtigeren Ländern die Rede. Für Serbien sieht Ewart als die entscheidenden Antriebe nationale Rache und Ländergier an. Aehnliche Motive erkennt er neben Prestige-Gesichtspunkten Oesterreich-Ungarn zu. Rußlands Beweggründe erscheinen ihm im Sinne der Ursachen Rache für die diplomatische Niederlage in der bosnischen Krise, im Sinne der Wurzeln Streben nach dem Besitze Konstantinopels und nach der Beherrschung der slawischen Völker auf dem Balkan. Als Frankreichs Motive bezeichnet er die leidenschaftlichen Revanchegelüste wegen des verlorenen militärischen Prestiges und die Begierde nach Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens. Für das sarkastisch behandelte Italien ist rohe Ländergier als alleiniger Antrieb zu erkennen.

Besonders eingehend befaßt sich der Kanadier mit den Motiven Englands, und der Vorkämpfer einer völligen kanadischen Selbständigkeit hat einen klaren Blick für die wahren Beweggründe der britischen Staatsmänner. Mit aller Entschiedenheit werden die Erklärungen zurückgewiesen, mit denen die Asquith, Grey, Bonar Law vor dem Parlament Englands Eintritt in den Krieg rechtfertigten. Nicht die geplante Maßregelung Serbiens (an Serbien hatte England gar kein Interesse), nicht die Verletzung der belgischen Neutralität (diese hätte Deutschland gegenüber auf dem Verhandlungswege gesichert werden können), nicht der Schutz der kleinen Völker (während des Krieges sind die Rechte der kleinen Völker von England und seinen Verbündeten immer wieder mit Füßen getreten worden), nicht die ehrenwörtliche Verpflichtung gegenüber Frankreich (das Versprechen war so geheim, daß es in irgendeiner Form hätte umgangen werden können), nicht der Abscheu vor dem deutschen Militarismus (der englische Marinismus war wenigstens ebenso stark), nicht Ländergier (in Berichtigung Ewart's sei doch auf das Streben nach den deutschen Kolonien hingewiesen) ließen England die Waffen ergreifen. England stand in Gegnerschaft zu Deutschland wegen dessen beispiellosen Entfaltung von Bevölkerung, Gebiet, Produktion, Handel, Schiffahrt und Kriegsflotte. Deshalb stellte es seine historische Feindschaft zu Frankreich und Rußland zurück, verband sich mit diesen zur Entente, richtete danach seine gesamte Außenpolitik ein und trat auf dieser Basis in den Krieg. Die englische Behauptung, daß die britische

Flotte nur eine defensive Rolle gespielt habe, wird von Ewart mit Ironie zurückgewiesen. Die Flottenpaniken sind ihm hysterische Anfälle. Besonders scharf wird Grey beurteilt; der Verfasser sieht in ihm lediglich einen unfähigen Staatsmann, der seiner Aufgabe nicht gewachsen war.

Besonders wichtig für uns Deutsche ist, wie Ewart über die Beweggründe Deutschlands urteilt. Ich darf die entscheidende Stelle im Wortlaut anführen: „Wie bei den anderen Mächten, so war auch bei Deutschland die Wahrung seiner nationalen Interessen der Hauptgrund zum Kriege. Aber abgesehen von seiner Pflicht zum Bündnis gegenüber Oesterreich und zur Verteidigung seiner Grenzen gegen Rußland hatte Deutschland keinen treibenden Anlaß, sich in einen Krieg zu stürzen." Der Verfasser bestreitet mit Entschiedenheit, daß Eroberungsgelüste die deutschen Staatsmänner in den Krieg geführt hätten, und Berufungen auf Zeugnisse wie die Nationalhymne „Deutschland, Deutschland über alles" brandmarkt er in ihrer ganzen Lächerlichkeit durch den Hinweis auf Englands „rule the waves". „Man schrieb solche Eroberungsgedanken während des Krieges gewissen deutschen Denkern, wie Nietzsche, Treitschke und Bernhardi zu. Ich habe ihre Schriften sorgfältig gelesen, aber nichts dergleichen in ihnen gefunden. Es mag Deutsche gegeben haben, die dergleichen Ueberschwenglichkeiten äußerten. Solche Leute gibt es in allen Ländern. Deutschlands Verlangen nach einer starken Flotte beruhte auf denselben Beweggründen wie das ähnliche Verlangen Englands und Amerikas. Alle mannbaren Völker, darunter auch die Deutschen, sind kriegerisch veranlagt und zuweilen eroberungslustig. Die Deutschen sind in dieser Hinsicht keine schlimmeren Sünder als wir anderen." Seinen staatlichen Interessen folgend handelte Deutschland ohne Revanchegelüste und Ländergier.

Bei einer solchen Stellungnahme kann es nicht wundernehmen, daß Ewart auch über die Motive der Vereinigten Staaten zu einer Beurteilung gelangt, die der in Amerika üblichen wenig entspricht. Schon in dem Hinweis auf den Kontrast zwischen den Kundgebungen Wilsons zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der nach dem Siege angewandten Praxis tritt das deutlich hervor. Demgemäß behandelt er Wilson und seine tönenden Phrasen mit größter Geringschätzung. Er zerfasert die Schlagworte vom „Krieg gegen den Krieg" und von der „Rettung der Demokratie". Die wirklichen Beweggründe für Amerikas Eintritt in den Krieg

waren nach Ewart's Meinung vorwiegend wirtschaftspolitischer Natur und gingen denen Englands parallel. Für die beiden angelsächsischen Großmächte handelte es sich übereinstimmend um Schiffe und um Geld. Beide wollten sich unbedingt die Seewege offen halten, und beide wollten nicht zulassen, daß ihre Hauptschuldner zugrunde gingen. Für diese Auffassung beruft sich Ewart ausdrücklich auf amerikanische Zeugnisse, wie die von Wilson, Harvey, Hughes und Hill. Amerikas Entscheidung war trotz aller ideenmäßigen Verschleierung der Niederschlag einer reinen Interessenpolitik auf wirtschaftlicher Grundlage.

Die Erörterung des Kriegsausbruches, die den dritten Hauptabschnitt bildet, stellt zweifellos den schwächsten Teil des Werkes dar. Für die Beantwortung dieser Frage werden die vorhandenen Quellen nicht hinreichend ausgeschöpft, und auch in der Urteilssprechung macht sich ein gewisses Schwanken bemerkbar. Im ganzen stuft Ewart die „Verantwortung für überstürzte Herbeiführung der Feindseligkeiten" folgendermaßen ab. Eine große Last trägt Serbien „wegen seiner unnachbarlichen Handlungsweise". Gleich schuldig ist Oesterreich-Ungarn „wegen Aufrechterhaltung seiner schroffen Haltung nach Empfang der serbischen Antwort". Indessen „hauptsächlich und entscheidend trägt Rußland die Verantwortung", und zwar „wegen Unterbrechung der Verhandlungen zur friedlichen Beilegung". Im einzelnen läßt zumal die Beurteilung der österreichisch-ungarischen Politik einige Unsicherheit erkennen. Auf der einen Seite wird die großserbische Agitation als eine lebensgefährliche Bedrohung der Donaumonarchie erkannt; auf der anderen nimmt der pazifistische Verfasser doch Anstoß an Oesterreich-Ungarns Abwehr, die zum Kriege führte. Die überragende Bedeutung der russischen Mobilisation wird zwar richtig gewürdigt, aber zu isoliert gesehen, so daß die große Mitschuld der französischen und englischen Politik an den russischen Entscheidungen nicht genügend hervortritt. Dagegen zeigt sich Ewart bezüglich der Frage der belgischen Neutralität wieder durchaus als der überlegene Beurteiler, der freilich zumal hier sein juristisches Interesse hervortreten läßt. Deutschland erfährt wegen des unbestreitbaren Bruches der belgischen Neutralität die selbstverständliche Verurteilung, erhält aber aus der bestehenden Notlage die mildernden Umstände zugebilligt und wird vollends im Hinblick auf ähnliche neutralitätswidrige Handlungen, die sich die Ententemächte ohne eine solche Notlage während des Krieges haben zu Schulden kommen lassen, entlastet. Im weiteren beschäftigt sich

der Verfasser lediglich mit der Haltung Englands und Deutschlands seit den Verträgen von 1831 und 1839 in der belgischen Frage, während er dem Verhalten Belgiens selbst kein Interesse entgegenbringt.

So umfassend das Quellenfundament ist, auf dem sich die kritische Arbeitsleistung Ewart's aufbaut, so muß das Fehlen aller deutschsprachigen Quellen doch als eine bedauerliche Lücke bezeichnet werden. Dokumentarische und darstellende Quellen deutscher Herkunft sind von dem Verfasser nur so weit verwertet, als sie in die englische oder französische Sprache übersetzt sind. Von der englischen Kritik ist diese Tatsache als ein schwerer Mangel hingestellt worden, und in der Tat hätte es die Wirkung des Buches vermehrt, wenn auch die nicht übersetzten deutschen Zeugnisse wie die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes (die freilich bei Abschluß des Werkes nur erst bis zur Jahrhundertwende vorgeschritten war) und die neuesten darstellenden Werke Brandenburgs, des Grafen Montgelas (dessen Leitfaden erst neuerdings ins Englische übersetzt worden ist), Frantz' und anderer herangezogen worden wären. Aber man kann ziemlich bestimmt behaupten, daß das Buch auch dann nicht viel anders ausgefallen wäre. Eine solche Feststellung bedeutet dem Verfasser und seiner Arbeit gegenüber ein unfreiwilliges Ehrenzeugnis.

Mit größerem Rechte ist es wohl als ein Nachteil zu bezeichnen, daß sich Ewart — über das charakterisierte methodische Verfahren hinaus — auch in der allgemeinen Auffassung sich allzusehr von juristischen Gesichtspunkten leiten läßt. Nicht die Frage, ob eine Entscheidung und Handlung politisch klug und richtig war, ist für sein Urteil maßgebend, sondern die Frage, ob sie rechtlich und moralisch zulässig war. Auch dafür ein Beispiel. Für uns Deutsche steht heute fest, daß die Konferenz, die die kaiserliche Regierung 1905 zur Ordnung der marokkanischen Streitfrage in Vorschlag brachte, ein schwerer politischer Fehler war; in Ewart's Buch erscheint sie in gegenteiliger Beleuchtung, weil über ihre formelle Berechtigung kein Zweifel bestehen kann.

Von der deutschen Kriegsschuldforschung her begrüßen wir Ewart's Werk — neben dem anders gearteten, ausgezeichneten Buche Frederick Bausman's[2]) — als das erste angel-

---

[2]) *Frederick Bausman's bekanntes Buch „Und Frankreich?" ist jetzt in spanischer Uebersetzung mit einem Vorwort von Reichsminister a. D. Friedrich Rosen bei dem Verlag Editor Internacional Madrid-Berlin unter dem Titel „Que Francia explique!" erschienen. Anmerkung der Schriftleitung.*

sächsische Werk, das auf breitester Quellengrundlage und in vollster Objektivität das Problem der Entstehung des Weltkrieges aufrollt und behandelt, und zwar mit einem Deutschland entlastenden Ergebnis. Das Buch ist vorhanden und kann nicht umgangen werden. Wir werden unsererseits immer wieder an seine mutige Aufklärungsleistung erinnern und dafür sorgen, daß es zumal in denjenigen Kreisen, die der Aufklärung am meisten bedürfen, nicht in Vergessenheit gerät. Dazu aber sei die deutsche Forschung auf zwei Gesichtspunkte hingewiesen, die das Buch Ewart's wie rote Fäden durchziehen und die ihm eine bestimmte Note verleihen: die starke Belastung Englands und die Betonung des großen Anteils der wirtschaftlichen Interessen an der Entstehung des Weltkrieges. Es sollte Beachtung finden, mit welcher Selbstverständlichkeit der Angelsachse in dieser Hinsicht Stellung nimmt.

Am Ende dieser Würdigung darf ich noch einen mehr persönlich gearteten Eindruck sprechen lassen: ganz außerordentlich wirksam ist in Ewart's Werk die Gegenüberstellung der Vorwandsgründe, die die einzelnen Mächte für den Eintritt in den Krieg hatten, und der wahren Gründe, die dafür bestimmend waren. Rücksichtslos werden die wirklichen Motive alles propagandistischen Beiwerks entkleidet und in ihrer vielfach brutalen Selbstsucht bloßgelegt. In keinem Buche ist mir bisher die Konfrontierung der verschleiernden und verfälschenden Kriegsliteratur mit dem nachträglichen Bekenntnis und der aktenmäßigen Enthüllung so erschütternd entgegengetreten. Das Verdienst daran hat die tief sittliche Auffassung, die das ganze Werk erfüllt. Es charakterisiert die hohe Gesinnung Ewart's, wenn er über die verlogene Kriegspropaganda und ihre Gefolgschaft in der Nachkriegszeit folgendermaßen urteilt: „Daß alle Teilnehmer, die den Krieg überlebten, hinsichtlich seiner Zwecke und Ziele irregeführt wurden, ist beklagenswert genug. Daß aber Millionen der Kämpfer mit unrichtiger Anschauung von dem Gegenstand ihrer Kämpfe starben, ist sicherlich eine der größten aller geschichtlichen Tragödien."

Die Memoiren des Lord Grey.[1]

Von Hans Rothfels.

Nachdem Haldane und Asquith gesprochen, kommt nun endlich auch der dritte und der in die Einzelheiten der Politik am tiefsten Eingeweihte aus dem engeren Kreise des liberalen englischen Vorkriegskabinetts zu Worte. Mit den beiden Freunden zusammen steuerte er das Staatsschiff in den Strom des liberalen Imperialismus hinein. Man wird weder bei dem einen noch bei den anderen wesentliche Aufschlüsse über diese wichtige Gruppenbildung erwarten dürfen. Alle drei sind sie Meister in der Kunst des Verschweigens. Insbesondere Asquith hat es ja verstanden, mit advokatorischer Eleganz über die heikelsten Punkte hinwegzugleiten.

Auch das Erinnerungsbuch des Diplomaten Grey ist naturgemäß ein diplomatisches Plaidoyer, ein Instrument englischer Politik von 1925. Interessant sind dafür die (auch sonst wertvollen) Kapitel über die Politik der Alliierten während des Krieges, etwa die Abschattierungen im Urteil über Japan und die Vereinigten Staaten. Die Geschichte der Vorkriegszeit dient der alten These von der freien Hand und dem Friedenswillen Englands. Was dazu nicht paßt, wie z. B. die englisch-französische Marinekonvention vom August 1912, wird schweigend übergangen. Man würde Seiten brauchen, um alle Auslassungen und Schiefheiten des Buches aufzuzählen. Zum Teil mögen sie sich daraus erklären, daß Grey infolge eines Augenleidens an eigener Lektüre verhindert gewesen ist. Immerhin, die Siebertschen Akten z. B. sind zu seiner Kenntnis gelangt. Ist es da bona fide denkbar, daß die französische Politik in der Balkankrise und während der Londoner Konferenz so harmlos dargestellt wird, daß der Name Poincaré in den beiden starken Bänden überhaupt nicht vorkommt? Iswolski wird nur kurz erwähnt, seine angebliche Aeußerung „c'est ma guerre" als bedeutungslose Geschmacklosigkeit beiseite geschoben.[2]) Erst

[1]) Twenty-five Years 1892—1916 by Viscount Grey of Fallodon. 2 Bände. London 1925. Eine deutsche Uebertragung ist inzwischen beim Verlag F. Bruckmann, München, erschienen. Es verdient angesichts anderer Vorgänge hervorgehoben zu werden, daß die Uebersetzung von Baronin Werkmann allen wesentlichen Anforderungen in ausgezeichneter Weise entspricht.

[2]) Den Namen des maßgeblichen Zeugen, der ihm diese Aeußerung überliefert hat, es war Bertie, der englische Gesandte in Paris, verschweigt Grey wohlweislich.

recht deckt Grey über die eigene englische Politik den Mantel fürsorglicher Redaktion. Ist es für einen Mann, der der Wahrheit dienen will, möglich, die Reisen König Eduards für eine Angelegenheit des persönlichen Amusements zu erklären, zu behaupten, von der Entente von 1904 seien nur „ein oder zwei unwichtige Klauseln" nicht sofort veröffentlicht worden? Ist es bona fide denkbar, den detaillierten Bericht Sasonows über Balmoral anzuzweifeln und von den russisch-englischen Marineverhandlungen des Frühjahrs 1914 zu sagen, sie hätten nur den Zweck gehabt, Rußland in guter Laune gegenüber — Frankreich zu erhalten? Diese Liste von Fragen würde sich beliebig fortsetzen lassen. Bis in die Einzelheiten des Stils und der Komposition[3]) läßt sich die zweckbewußte Absicht des Diplomaten verfolgen.

Aber diese Diplomatie Greys von 1925 steht in der gleichen doppelten Front wie die seiner Amtszeit. Wenn er damals Frankreich und Rußland nicht durch eine unbedingte Friedlichkeit abschrecken durfte, so muß er jetzt dartun, daß er, wenn es denn zum Kriege kommen sollte, nichts zu seiner diplomatisch-militärischen Vorbereitung versäumt hat, ja, daß er weitsichtiger war als diejenigen, die an das Dogma der freien Hand, der „Von-Fall-zu-Fall"-Entscheidung glaubten. Und so läßt das Gegeneinander zweier diplomatischer Tendenzen einen sehr bedeutsamen Wahrheitskern erkennen, die durch und durch diplomatische Quelle selbst legt den Charakter der Greyschen Diplomatie viel freier dar, als wir ihn bisher sehen konnten. Gerade die Verhüllungen und Verschweigungen machen dasjenige doppelt wichtig, was wir an positiv Neuem aus der Greyschen Apologie und den Dokumenten[4]), die sie stützen sollen, erfahren.

Zum Teil betreffen diese Neuaufschlüsse Einzelheiten, die hier nur kurz zu berühren sind. So erfahren wir sehr Wichtiges

[3]) Man überlege, um nur ein Beispiel zu nennen, was Grey wohl zu der auffallenden Art der Stoffverteilung zwischen den beiden Bänden bewogen hat. Die Zäsur liegt nicht, wie man erwarten sollte, vor Serajewo, sondern der erste Band umfaßt noch die „Krise" mit (obwohl er dadurch übergewichtig wird), der zweite beginnt mit dem Umschwung der Stimmung in England: der Leser, der eine Pause gemacht hat, tritt damit unter die Suggestion der „belgischen These".

[4]) Die Dokumente sind von Spender aus dem „riesigen Material" des Foreign Office ausgewählt und von Grey noch einmal gesichtet worden. Wie bei dieser doppelten Siebung verfahren worden ist, dafür wird uns die Aktenveröffentlichung von englischer Seite hoffentlich bald zuverlässige Kriterien an die Hand geben. Warum ist z. B. keiner der Berichte Hardinges von den Reisen König Eduards veröffentlicht worden?

über die englisch-russischen Verhandlungen von 1906/07. Man vergleiche das Schreiben Greys an Nicolson vom 6. November 1906 (Engl. Ausg. I, 161 ff.). Es geht daraus klar die Art hervor, wie der Ausschluß „dritter Mächte" aus Persien verwirklicht werden sollte und ebenso die Art, wie Grey Rußland für die offenbare Ungunst des fernasiatischen Teilungsvorschlags entschädigen wollte, nämlich durch Entgegenkommen im Nahen Orient. Da die Dardanellenfrage auch andere europäische Mächte angehe, so könne nicht England, sondern müsse Rußland sie aufwerfen. Mit anderen Worten, die Wendung Rußlands gegen die Mitte hin ist bewußt und von Anfang an — schon vor Reval — in die Ententeverhandlungen einkomponiert worden. — Interessant sind ferner die dokumentarischen Aufschlüsse über die Nord- und Ostseeverhandlungen 1907 und über die Besprechungen mit Iswolski in London während der bosnischen Krise. — In ein ganz neues Licht rückt endlich der Grey-Cambon-Briefwechsel vom November 1912. Man nahm bisher (trotz der merkwürdigen Stelle in Les Affaires Balkaniques I, S. 115) allgemein an, daß er von Frankreich veranlaßt worden sei. Nach Grey hingegen ging er zurück auf den Wunsch derjenigen englischen Kabinettsmitglieder, die den Inhalt der militärischen Besprechungen nicht kannten und nervös zu werden begannen (I, 96 f.). Zu ihrer Beruhigung wurde im Ministerrat der bekannte Wortlaut des Briefes an Cambon entworfen, Grey zweifelte nicht, daß der französische Botschafter keine Schwierigkeiten machen werde, d. h. also, die Betonung der formellen Unverbindlichkeit war nicht eine, wenn auch problematische Schranke gegenüber Frankreich, sondern eine Beruhigungspille für ängstliche Kollegen.

Das führt zu der Hauptfrage hinüber: Was ist der Sinn der englischen Verhandlungen mit Frankreich und bald auch mit Rußland, was waren die Ziele der Greyschen Ententepolitik, in welchem ursächlichen Verhältnis steht sie zum Kriegsausbruch?

Hier klafft in unserer Kenntnis der diplomatischen Vorgänge noch am ehesten eine Lücke. Zwar konnten wir auch schon bisher zu diesem Thema mehr feststellen, als vielfach angenommen wird. Aber zumeist blieben wir doch auf Analogieschlüsse und allgemeine Erwägungen angewiesen. Ein wirklich quellenmäßiger Einblick ließ sich nur an Einzelpunkten, freilich an sehr symptomatischen Einzelpunkten, gewinnen. In höchst erwünschter Weise führen nun die dokumentarischen Aufschlüsse

und der Kommentar Greys darüber hinaus und bieten für die Beurteilung der englischen Außenpolitik eine festere Grundlage.

Grey übernahm bekanntlich im Dezember 1905 die englisch-französische Entente als fait accompli. Wenn schon das konservative Kabinett sich zu ihr entschlossen hatte, so entsprach sie erst recht den Neigungen der Liberalen. „Der Himmel war klar und die Sonne schien warm," so sagt Grey sehr bezeichnend in seinen Erinnerungen (I, 51). Das Gefühl der Erleichterung erklärt sich für ihn persönlich aus den Erfahrungen der 90er Jahre, da England „das Spiel der Deutschen besorgte". Bismarcks Bündnispolitik, die Ablenkung Frankreichs und Rußlands nach der kolonialen Peripherie, Deutschlands anspruchsvolleres Auftreten in der Welt, die Gefahr für England, jeden Augenblick in einen großen Konflikt über Aegypten oder Hinterindien oder Ostasien verstrickt zu werden, seine daraus folgende „Abhängigkeit" vom guten Willen Deutschlands, das war die Situation der Lehrjahre Greys. Man kann davon absehen, daß nicht alles in diesem Bilde stimmt, jedenfalls stößt man hier auf ein wesentliches und bleibendes Motiv der Greyschen Politik: Nie wieder in die gefährdete Lage der Isolierung zurückfallen, Frankreich und bald auch Rußland halten — sei es auch um einen sehr hohen Preis, das wurde ihr Ziel. Mag Grey immer den „Fall-zu-Fall"-Charakter seiner Politik behaupten, sie zeigt selbst in der verhüllenden Sprache der Memoiren eine erstaunlich frühe Einstellung auf bestimmte Möglichkeiten.

War diese Ententepolitik nun deutschfeindlich, war sie „Einkreisung"? Grey bestreitet das natürlich. Aber er selbst kann mit der These, daß England dem deutschen Expansionsbedürfnis freien Lauf gelassen, schließlich doch nur auf die beiden Vertragsentwürfe von — 1914 hinweisen. Jede „Aktivität" Deutschlands, auf welchem Schauplatz immer, erscheint als „Rütteln" an der Entente. Wenn das nicht Deutschfeindschaft und Einkreisung ist, so haben Worte keinen Sinn mehr. Von der Sonderdiplomatie König Eduards in Italien und Oesterreich mag man dabei noch ganz absehen. Hält man sich an Grey allein, so erscheint er immer wieder durch das Schreckgespenst der „Abhängigkeit von Deutschland" beherrscht. Auch der harmloseste deutsche Annäherungsversuch ist verdächtig und muß in Paris desavouiert werden. Das geht von einem interessanten Vorspiel 1906[5]) bis zur Haldane-Mission. Am 28. April

[5]) Vgl. dazu Mendelssohn-Bartholdy in „Europ. Gespräche", Dezember 1925.

1908 sprechen sich Grey und Clemenceau über die ewigen deutschen Anbiederungsversuche aus, und Grey versäumt nicht festzustellen, daß Elsaß-Lothringen doch wohl immer noch ein Hindernis für jedes „wirkliche Rapprochement" zwischen Frankreich und Deutschland sei (II, 291). Trotzdem bleibt die Sorge, daß Deutschland den Weg zu seinen Nachbarn findet und den Kontinent eint. Das ist der „cauchemar" Greys. Eine Fülle von Zeugnissen ließe sich dafür anführen bis zu jenem Brief an Roosevelt von 1915 hin, in dem es heißt: „Leute wie ich würden im Fall einer deutschen Vorherrschaft lieber umkommen oder Europa verlassen" (II, 150). Das interessanteste unter diesen Zeugnissen ist vielleicht der Abschnitt (I, 242 ff.), in dem Grey sehr geschickt alle Vorwürfe, die der deutschen Politik etwa zu machen sind, — Bismarck in den Mund legt. Mancherlei Nachdenkliches wäre dazu zu sagen. In diesem Zusammenhang sei nur der Schlußgedanke erwähnt. Grey meint, das Resultat einer richtigen deutschen Politik wäre Deutschlands Vorherrschaft und Englands Abhängigkeit gewesen, in London würde man das zu spät erkannt haben.

Man sieht hier wie in einem Hohlspiegel Greys eigene Politik. Ein solches Streben nach Hegemonie wäre für das englische Denken ganz natürlich gewesen. Und eben einer „richtigen" deutschen Politik alle denkbaren Schranken vorzubauen, war Greys Ziel. Daß Deutschland ihm dabei eifrig mitgeholfen hat, ist eine Sache für sich und mindert nicht den Wert dieses Einblicks in das Innere des englischen Ministers. Mit Recht verwahrt sich Grey gegen das landläufige Motiv der „Wirtschaftsrivalität". Auch die deutsche Flotte spielt in seinen Erinnerungen nur eine ganz sekundäre Rolle. Entscheidend und immer wieder hervortretend ist der rein politische Gegensatz zwischen der alten Hegemoniemacht und dem jung aufsteigenden Staate.

Daß die Politik, die unter diesem Leitmotiv stand, zum Krieg führen mußte, wird man nicht sagen dürfen. Immer ist im Auge zu behalten, daß die Grenze zwischen diplomatischer und militärischer Kriegführung in England schmaler ist, als in irgendeinem andern Lande. Das Erwünschteste wäre es Grey ohne Zweifel gewesen, wenn Deutschland sich diesem System widerspruchslos und resigniert einpaßte. Aber wenn Deutschland das nicht tat, wenn es diplomatisch oder gar militärisch an der Entente rüttelte? Oder, wenn die Ententegenossen Ziele verfolgen, die zum Konflikt führten?

Damit ist das Problem der sogen. „freien Hand" und der militärischen Abreden berührt. Grey setzt sich mit diesem Fragenkomplex in seinen Erinnerungen eingehend auseinander. Allerdings unter starker Abkürzung des Tatsachenberichtes. Er berührt etwas näher nur die Besprechungen mit Cambon vom Januar 1906, nach denen an die Stelle der bisherigen (inoffiziell durch Repington geführten) Abreden militärische Konferenzen der Generalität traten. Deren weitere Etappen fingiert Grey — in ausgesprochen doppelter Buchführung —, nicht näher gekannt zu haben. Aus dem wichtigen Jahre 1911 druckt er nur einige wenige Dokumente, darunter ein warnendes Schreiben von Asquith (I, 95). Die Marinekonvention von 1912 übergeht Grey, wie schon erwähnt, ganz. In der Tat würde seine Komposition erheblich gestört werden, wenn er auf jenes Schreiben Churchills vom 23. August 1912 an Grey und Asquith Bezug nehmen müßte, in dem es hieß, England übernehme die Verpflichtungen eines Bündnisses ohne seine Vorteile.[6])

Im Grunde aber hat Grey etwas ganz Aehnliches bereits unmittelbar nach Antritt seines Amtes am 31. Januar 1906, dem „kritischen" Tage, wie er selbst sagt, Paul Cambon gegenüber mindestens angedeutet. Aus der sehr interessanten Niederschrift über diese Unterredung (I, 78 ff), die das in Spenders Campbell-Bannerman-Biographie bereits veröffentlichte Material in erwünschter Weise ergänzt, geht hervor, daß Grey zunächst die militärischen Abreden billigte, damit im Fall einer Krise keine Zeit aus Mangel an einem „formellen Engagement" verloren gehe. Cambon mochte daraus — hellhörig wie er war — das Eingeständnis eines „materiellen Engagements" herausfühlen. Förmliche Zusicherungen lehnte Grey wiederholt wie auch späterhin ab. Er suchte das Cambon durch folgenden Gedankengang schmackhaft zu machen: Die bisherige Lage der Dinge sei für Frankreich die günstigste. Sollte England weitergehende Verpflichtungen übernehmen, so würde das Kabinett verlangen, einen mäßigenden Einfluß auf die französische Marokkopolitik auszuüben. Das ist die „Carte blanche" des Ententeverhältnisses, die parlamentarische Verfassung führte mit einer gewissen Notwendigkeit daraufhin. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Grey hinfort entschlossen war, als Minister für den Kriegsentschluß an fanzösischer Seite unter allen Umständen einzutreten. In der gleichen Unterredung wies er Cambon daraufhin, daß die Macht der Tatsachen stärker sein werde als jede münd-

[6]) Vgl. dazu meinen Aufsatz „Die Kriegsschuldfrage", April 1925.

liche Zusicherung. Schon „die Aktivität Deutschlands" (I, 80) z. B. könne die Entente in ein Defensivbündnis verwandeln. Aber würde das Parlament diesen persönlichen Wechsel honorieren? Grey selbst scheint nachträglich zu zweifeln, ob er damals „gut" gehandelt habe, er erkennt die Bedenken Campbell-Bannermans gegen seine Geheimpolitik als berechtigt an. Aber wie er schon am 9. Januar 1906 zum deutschen Botschafter Metternich sagte, daß „im Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich" (schlechthin!) England unmöglich neutral bleiben könne (I, 82 f), so hielt er daran fest, für seine Person diesen Entschluß zu vertreten und evtl., wenn er nicht durchdringe, zu demissionieren, nicht, weil er gebunden sei, sondern weil es das sachliche Interesse Englands so verlange.[7])

Dieses Interesse Englands an der Niederhaltung Deutschlands ist das Entscheidende. Darum — nicht aus Schwäche oder Passivität — mußte den Ententegenossen nachgegeben, durfte das Verhältnis zu ihnen nicht durch unbedingte Friedlichkeit kompromittiert werden. Wohl konnte man Frankreich und Rußland die taktische Rücksichtnahme auf die englische öffentliche Meinung ans Herz legen, aber eine ernsthaft mäßigende Einflußnahme, wie sie Deutschland wiederholt ausübte, hat nie stattgefunden. Es ist daher schlechterdings unwahr, wenn Grey rückblickend versichert (I, 302 f), die englischen Beziehungen zu Frankreich und Rußland hätten Sicherheit gegeben, daß diese Mächte keine aggressive oder gefährliche Politik aufnehmen würden. Jede Möglichkeit einer solchen Garantie hatte Grey ausdrücklich am 31. Januar 1906 ausgeschlossen. Nur daß in dem Ententeverhältnis ein gewisser Zwang zu guter „Regie" lag, wird man zugeben können.[8])

Die Haltung Greys in der Krise von 1914 bestätigt das im vollen Umfang und am entscheidenden Punkte. Auch dazu erhalten wir wesentlich neue Aufschlüsse. Es sei abgesehen von den zahlreichen Irrtürmern, an denen Grey heute noch festhält, und der tiefen Feindseligkeit seines Buches, die diese Irrtümer trägt, nur von der eigenen Politik Greys soll hier die Rede sein.

---

[7]) Tatsächlich fiel die sogenannte „Ehrenverpflichtung", von der Lloyd George später gesprochen, für Grey mit dem Interesse Englands zusammen. Jedes Abweichen von dieser Linie drohte aufs Neue zur Isolierung zu führen. Auch Cambon war klug genug, nur an das Interesse Englands zu appellieren.

[8]) Namentlich die französische Politik ging mit Geschick darauf ein, wie der Brief Poincarés an König Georg und der Befehl über die 10-km-Zone dartun.

Da ist vor allem ein Dokument hervorzuheben, das im englischen Blaubuch aus guten Gründen weggelassen worden ist, die Depesche an Buchanan vom 25. Juli 1914 (I, 317 ff). Sie bestätigt das Urteil, das man von dem englischen Konferenzvorschlag bisher schon indirekt gewinnen konnte. Grey teilt hier dem englischen Botschafter mit, er hätte Lichnowsky gegenüber die Vermutung ausgesprochen, „daß Rußland mobilisieren werde" . . . und verlangt, daß die deutsche Regierung Oesterreich, wenn Rußland gegen disen Staat mobilisiere, dazu bringe, „eine Einschränkung seiner Forderungen an Serbien unter dem Druck der russischen Mobilisierung in Erwägung zu ziehen". Das sei nicht leicht für Deutschland und der Staatssekretär fürchte, daß er antworten werde, die deutsche Mobilisation sei eine Frage von Stunden (!), die russische von Tagen. Er hätte nun tatsächlich verlangt, „daß Deutschland im Fall einer Mobilisierung Rußlands gegen Oesterreich statt selbst gegen Rußland zu mobilisieren, seine Mobilisierung aufschiebe und sich unserer Intervention an Oesterreich anschließe, wodurch es seines zeitlichen Vorsprungs verlustig würde, denn, schlüge die diplomatische Intervention fehl, so hätte Rußland inzwischen für seine Mobilisierung Zeit gewonnen".

Mit anderen Worten: der indirekte Rat an Rußland, zu mobilisieren und die dolosen Hintergedanken des Interventionsplans, Demütigung Oesterreichs und Zeitgewinn für Rußland, werden hier von Grey mit aller Offenheit ausgesprochen. Man begreift danach, daß Sasonow gegen diesen Interventionsplan keine Bedenken erhob. Er wußte von jetzt an, Rußland werde nicht wieder wie 1909 und — im Grunde auch 1912 — zurückzuweichen brauchen. Alle weiteren Vermittlungsversuche Greys standen im Schatten dieses ersten Schrittes, an der entscheidenden Stelle war ihnen die Spitze abgebrochen.

Warum hat Grey die russische Mobilisation nicht aufgehalten oder verzögert? Er selbst sagt, er hätte das nur tun können, wenn er die Russen durch ein unbedingtes Hilfsversprechen entschädigte, was wegen des Parlaments unmöglich war. Das ist richtig und beleuchtet scharf die Kriegsgefährlichkeit jedes Ententeverhältnisses. Aber es kommt noch etwas anderes, wichtigeres hinzu: Grey wollte keinen Einfluß ausüben, der die Russen zum Nachgeben und in der Folge etwa zu einer Revision ihrer Gesamtpolitik veranlassen konnte. Man übersieht zu leicht, daß er keine prinzipielle Friedens-, sondern englische Interessenpolitik trieb. Ob Grey diese Interessen richtig oder falsch verstand, steht hier nicht zur Entscheidung. Er jedenfalls

war der Ansicht, daß die Entente durch einen diplomatischen Erfolg oder, wenn das nicht zu erreichen war, durch Waffengemeinschaft besiegelt werden müsse. Während der ganzen Woche, so sagt er selbst (I, 312 f), beschäftigte ihn die Möglichkeit, daß Kabinett, Parlament und öffentliche Meinung sich dem Kampf an Frankreichs Seite versagen könnten. „In diesem Falle würde ich demissioniert haben." Das Schrecklichste schien ihm die Gefahr — nicht, daß es überhaupt zum Kriege komme, sondern daß Frankreich und Rußland im Vertrauen auf England den Krieg auf sich nähmen und dann im Stich gelassen würden. In den düstersten Farben und mit dem überzeugenden Tenor ursprünglichen Empfindens malt Grey die Folgen eines englischen Beiseitestehens aus. Wir wären ohne Freunde und entehrt, diskreditiert und isoliert gewesen. Man hätte uns gehaßt wie nach dem Kriege von 1870. Deutschland würde die Weltherrschaft errungen haben, wir hätten einer elenden und unwürdigen Zukunft entgegengesehen. Es ist somit ganz evident, daß für Grey weder die Verletzung der belgischen Neutralität noch die Flottenkonvention und die Mobilmachung der Marine entscheidend waren. Schon vorher und unabhängig davon ist er entschlossen, von der diplomatischen Kriegführung — wenn sie nicht zum Erfolg führt — eventuell und soweit es auf seine eigene Initiative ankommt, zur militärischen Kriegführung überzugehen. Hätte Deutschland die belgische Frage taktisch klüger behandelt, so würde Greys Politik wohl erschwert, aber nicht in grundsätzlich andere Wege gelenkt worden sein. Das Bild des „Zauberlehrlings", in dem man das Wesen des englischen Staatssekretärs mitunter zu fassen sucht, erscheint angesichts seiner Memoiren als falsch gewählt. Er ist nicht der zögernde, schwerfällige Staatsmann, der von dem Kriegswagen, den Poincaré und Iswolski lenken, umgerissen und fortgeschleift wird, er hat durchaus mit die Hand am Zügel. Seine Verantwortung beschränkt sich nicht auf Versäumnisse und passives Geschehenlassen, er ist der offizielle Führer einer englischen Interessenpolitik, die den Knoten wesentlich geschürzt, seine gewaltsame Lösung frühzeitig ins Auge gefaßt und schließlich bewußt mit herbeigeführt hat.

Sir George Buchanan: „Politische Mission in Rußland."

Von Nicolaus von Lwoff.

Der Weltkrieg mit seinen Erzeugern, Hauptakteuren jener alten ruhmreichen Diplomatie, ist zur Vergangenheit, beinahe zur Geschichte geworden. Tief wirken noch die Wunden, die durch das Zusammenprallen der Waffen entstanden, aber das Drama selbst ist schon etwas wie Literatur, etwas, das wir vor langen Jahren, es scheint fast als ob im Traum, miterlebt haben. Jede der großen Figuren aus jenen Zeiten des Kriegsvorabends trifft in irgendwelchem Maße die Schuld an der Weltkatastrophe, den einen mehr, den anderen weniger. Jeder fühlt es auch und sucht, sich durch Memoirenschreiben entlastend, nach Balsam für diese moralischen Wunden. Keiner ist schuld am Kriege, möchte man sagen, nachdem man alle Erinnerungen der Führer gelesen, keiner und doch jeder, denn jeder einzelne hat doch nicht bis zuletzt gekämpft, um das große Uebel zu verhüten. Eine Persönlichkeit aus der langen Reihe der Geschichtsschreiber der Vor- und Kriegszeiten wird Gegenstand dieser Erörterungen. — Sir George Buchanan, der britische Botschafter in St. Petersburg. Weder diplomatisches Genie, noch erste politische Triebkraft, war er nichtsdestoweniger treuer und gewissenhafter Beschützer und Förderer der Interessen und Ziele seines Landes, wirkte im Moment politischer Hochspannung in einem Reiche, das besonders Englands Einfluß offen war und begegnet deshalb unserem Interesse. Seine zwei Bände umfassenden politischen Memoiren sind unter dem Titel „Meine Mission in Rußland und andere diplomatische Erinnerungen" bereits vor zwei Jahren in England erschienen. Eine deutsche Uebersetzung fehlt, unseres Wissens, noch immer.

Sir George Buchanan war Diplomat der alten englischen Schule und zu seinem Berufe beinahe von Kind auf erzogen. Sohn des britischen Gesandten in Kopenhagen, hatte er eine lange politische Laufbahn hinter sich, bevor er für seine verantwortliche Mission in Petersburg ausersehen wurde. 1878 in Wien, später dritter Sekretär in Rom, dann in Tokio und wieder in Wien, lernt Buchanan auch Deutschland kennen, und zwar zuerst in der Eigenschaft eines Chargé d'Affaires beim Großherzoglichen Hof zu Darmstadt. Berlin besuchte er für längere

Zeit als Botschaftsrat 1901, erlebte damals eine Epoche gereizter Beziehungen zwischen Deutschland und England — infolge des Burenkrieges — und protestierte bei Bülow des öfteren wegen britischfeindlicher Ausfälle des Reichstags. Er verläßt die Reichshauptstadt 1903, von seinem Aufenthalt wohl nicht entzückt, mit ausgesprochen deutschfeindlichen Gefühlen. Den Stempel dieser Gesinnung trägt Buchanan bis zum Ende seiner politischen Laufbahn. Seine erste verantwortliche und vollkommen selbständige Mission erhält Sir George am Hofe des Koburger Ferdinand in Sofia. Er versteht, die besonderen Eigenschaften jenes Monarchen und das rasche Emporwachsen seines seit langer Zeit ohnmächtigen Staates scharfsinnig und anregend wiederzugeben. Nach einem bedeutungslosen Zwischenakt im Haag wird Buchanan 1910 als Nachfolger des in Rußland sehr geschätzten Sir Arthur Nicholson zum Botschafter in St. Petersburg ernannt. Hier tritt er nun in den Mittelpunkt aller schwebenden englisch-russischen Probleme. Es wäre nicht ohne Interesse, eine Parallele zwischen Buchanan und seinem französischen Kollegen Paléologue zu ziehen. Beide hatten die russische Politik in beträchtlichem Maße beeinflußt, beide waren aktive Figuren am historischen Wendepunkt des Sommers 1914. Aber wie verschieden ihre Persönlichkeiten! Paléologue — ein beredsamer, geselliger Franzose, diplomatischen bel-esprits, mit ausgesprochener Ambition, im Mittelpunkt der Petersburger Aristokratie zu stehen, neugierig-geistreicher Beobachter alles gesellschaftlichen Geschehens, ist am Abend seines Lebens eher Schriftsteller als nüchterner Memoirenverfasser geworden. Dichtung und Wahrheit verbinden sich zum großen Reize in den fließenden Zeilen seiner Schriften. Buchanans Memoiren wirken anders: er behandelt seinen Petersburger Aufenthalt streng und ausschließlich als Politiker, meint es recht ernst mit seinen Aufgaben, möchte den Nachkommen sachlich abgeschlossene Rechenschaft über sein diplomatisches Werk hinterlassen. Seine Schriften sollen auch der Rechtfertigung gegen manchen Angriff dienen. Sir George hatte keinen Sinn für die anregende Plauderei seines Kollegen; seine Erzählung beginnt mit politischen Betrachtungen, verfolgt auf das engste die Entwicklung der Beziehungen zwischen Rußland und England und endet mit der Katastrophe Rußlands — mit dem Bolschewismus. Buchanans politische Mission war schwieriger als die Paléologues, denn Englands Freundschaft schien immer verdächtig in Rußland, noch viel mehr als die Frankreichs; außerdem wurde die Rivalität beider Länder im Osten niemals vollständig be-

seitigt. Paléologue war schließlich 1917 durch Noulens ersetzt worden, Buchanan blieb aber bis zur letzten Stunde und erntete auf dem Posten den Zusammenbruch seiner gesamten russischen Politik. Buchanan hat kaum ein paar Worte für die Petersburger Gesellschaft übrig, wo er als zielbewußter Brite keine übermäßigen Sympathien genoß, und nennt en passant nur einige Namen im Zusammenhang mit dem bekannten Rasputin-Morde und den gegen ihn von der reaktionären Partei erhobenen Vorwürfen. Obwohl kaum jemals einem Botschafter das Schicksal, so Tragisches wahrzunehmen, entfiel, bleibt er bei seiner Erzählung stets sachlich und gewissermaßen verschlossen. So ist auch sein Aeußeres: mittelgroß, mager, mit etwas zu langem Halse, eine durch Krankheit mitgenommene Gestalt, schlagender Kontrast zwischen frisch-jugendlichem Gesichtsausdruck und langsam-müder Bewegungsart. Etwas gütiges und dennoch kühles im Blick der Augen — wieder Kontraste. Immer ruhig, schweigsam, angenehmes, schablonenhaftes Lächeln in Gesellschaft, alles in allem — waschechter Engländer. Zusammen mit Legationsrat O'Burne, dem lebenslustigen Iren, sah man ihn täglich am Granitquai der Newa auf und ab wandern. Die üppige Erscheinung seiner schüchternen Gemahlin Lady Georgina erfüllte mit Langeweile manchen Petersburger Salon. Die Tochter Myrreil, eine reife blonde Jungfrau, war britisch genug, um Talente zu haben, — sie tanzte und übte Dichtkunst. Die Sprache des Menschen wirkt kühl, jeder Aufregung fern, das Element der Dichtung fehlt vollkommen: sine ira et studio betrachtet Sir George die Entstehung dieses sorgsam geschaffenen politischen Baues, der über Nacht in Trümmern lag, und widmet nur ein paar Seiten dem Hofleben und den einflußreichen Persönlichkeiten. An erster Stelle beschäftigt er sich natürlich mit dem Charakter und den Eigenschaften des Monarchen.

Die zurückgezogene, in sich geschlossene Lebensweise des Kaiserpaares gestattete dem Botschafter nur selten deren Umgang. Sir George beklagt sich über diese Sachlage, ein regulärer Dienstverkehr mit dem Zaren wurde wegen der Seltenheit der Audienzen beinahe zur Unmöglichkeit. Der Botschafter kritisiert auch die etwas hochmütige Weise, in der man die Vertreter der ausländischen Mächte am Hofe behandelte. Trotz alledem und der allgemeinen Verurteilung gar mancher politischen Richtlinien Nikolaus II., begegnet seine Persönlichkeit ausgesprochener Sympathie Buchanans. „Kaiser Nikolaus II.," schreibt er, „ist eine der tragischsten Figuren

der Weltgeschichte. Er liebte sein Land, setzte sein ganzes Wesen für dessen Wohl und Größe ein, hat aber dennoch selbst die Katastrophe verursacht. Würde er im klassischen Zeitalter gelebt haben, hätten sein Leben und Tod wohl zum Thema einer großen Tragödie für irgendeinen altgriechischen Poeten werden können." Und weiter lesen wir folgendes: „Er (Nikolaus II.) hatte Gaben, welche sich zweifellos für einen konstitutionellen Monarchen gut eigneten: er war intelligent, von kulturell-entwickeltem Geist, besaß Sinn für systematische und planmäßige Arbeit. Seine Persönlichkeit übte einen ganz besonderen Reiz auf jeden, der ihm näher trat. Aber Kaiser Nikolaus II. hatte von seinem Vater weder die starke Persönlichkeit, noch seinen großen Charakter und rasche Entschlußfähigkeit geerbt — alles außerordentlich wichtige Eigenschaften für einen Alleinherrscher." Buchanan rechtfertigt den Zaren gegen den Vorwurf der Falschheit, der ständig vom Grafen Witte erhoben wird. Nikolaus II. habe viele Fehler gehabt, diese Beschuldigung sei aber grundlos. „Sein Unglück," meint Sir George, „bestand darin, daß er zum Alleinherrscher geboren war, sein Wesen aber so wenig in diese Rolle hineinpaßte." „Gläubig und Fatalist," heißt es an einer anderen Stelle, „war Nikolaus II. immer bereit, das zu ertragen, was ihm von Gott zugesandt wurde." Buchanan kommt auf einen Passus aus Iswolskis Memoiren zurück, wo dieser erzählt, er sei in Peterhof beim Zaren 1906 zum Vortrag erschienen, als die benachbarte Festung Kronstadt wegen Meuterei ihrer Garnison von den Marinegeschützen stark bombardiert wurde. Der Monarch stand ganz ruhig am Fenster und hörte den Worten Iswolskis aufmerksam zu. Der Minister erlaubte sich die Frage, wieso der Zar in jenem kritischen Augenblick so gelassen verbleiben könne. „Wenn Sie mich vollkommen ruhig sehen, ist es deshalb," entgegnete Kaiser Nikolaus, „weil ich des Glaubens bin, daß Rußland, mein Geschick und dasselbe meiner Familie fest in Gottes Händen liegen. Dieser allein hat mich dorthin gestellt, wo ich mich befinde. Möge geschehen, was wolle, ich ergebe mich seinem Willen mit der Ueberzeugung, daß ich niemals etwas anderes erstrebt, als Diener des Landes zu sein, das er mir anvertraut hat." Mit diesem felsenfesten Glauben, mag er gerechtfertigt sein oder nicht, ging Nikolaus II. mit seiner Gemahlin und seinen Kindern 11 Jahre später in den Märtyrertod.

Kaiserin Alexandra wird als schüchterne, aber willensstarke Persönlichkeit geschildert, mit krankhafter, beinahe

fanatisch-religiöser Geisteseinstellung. Sie habe unbedingten Einfluß auf ihren schwachen Gemahl ausgeübt und Rußland dem Ruin entgegengeführt. Deutschfreundliche Gefühle sollen die Kaiserin niemals beherrscht haben, sie habe sich als Engländerin auf russischem Thron gefühlt und dies einmal Kerenski gegenüber bekundet. Nikolaus II. und seine Gemahlin waren nach Buchanans Einsicht glückliche Ehegatten und hielten treu zueinander bis zum Grabe. Was die übrigen Angehörigen des Herrscherhauses anbetrifft, so äußert sich Sir George besonders freundlich über die Kaiserin-Mutter und den liberalen, kultivierten Großfürsten Nikolai Michailowitsch.

Die Eigenschaften der leitenden Minister werden nur flüchtig erwähnt. Besonderer Beachtung erfreut sich allerdings Stolypin, dem Buchanan zwar reaktionäre Gesinnung, dennoch aber große staatsmännische Eigenschaften zuspricht. Sasonoff fällt mäßiges Lob zuteil, wahrscheinlich aus Dankbarkeit für die Dienste, die er England erwiesen.

Wir lesen in den Memoiren auch einige Betrachtungen über Rasputin, allerdings nicht viel Neues. Die Rolle dieses perversen Pfaffen am russischen Hofe sei noch immer geheimnisvoll, meint der Botschafter. Kaiserin Alexandra sei zweifellos unter den Einfluß seiner starken Persönlichkeit geraten, ihr Gemahl aber weniger. Viele ehrgeizige Strolche suchten sich mit Hilfe dieses unsauberen Menschen durchzufressen, was auch manchem gelang. Rasputin selbst soll nach Buchanan im Kriege zwar kein Spion gewesen, aber deutsche Agenten beherbergt und sich gar oft in hohe Politik hineingemischt haben. Es war ohne Zweifel eine rohe, sinnliche Persönlichkeit, welche Gemeinheit mit starker hypnotischer Willenskraft vereinigte. Dies ist, allgemein gesagt, was wir über den berühmt gewordenen „Staretz" bei Buchanan lesen.

Als der neue englische Botschafter seinen Einzug in Petersburg 1910 hielt, war der Grundstein der späteren anglo-russischen Allianz erst vor kurzer Zeit, d. h. 1907, angelegt worden. Damit ist die persische Konvention gemeint, welche die Regelung der Machtverhältnisse beider Staaten im Reiche der Schahs zur Aufgabe hatte. Drei Zonen sind geschaffen worden: die nördliche und südliche wurden zum Protektoratgebiet, die eine Rußlands, die andere Großbritanniens, die mittlere Zone blieb der Regierung Persiens überlassen. Diese Konvention sollte Rußland den Weg nach Indien sperren und die allmähliche Entspannung der Beziehungen zwischen beiden Reichen fördern. England warb um die Freundschaft des Zaren, um seinem

großen politischen Alpdruck zu entgehen — der Schaffung eines kontinentalen Blocks unter Deutschlands Führung. Nun bringt aber Sasonoff 1911 die sogenannte Potsdamer Konvention nach Hause. Dieses wichtige Dokument hatte den Zweck, der wirtschaftlichen Expansion des Deutschen Reiches in Nordpersien mit Genehmigung Rußlands freie Bahn zu lassen. Selbstverständlich wendet sich Buchanan scharf gegen diese neue „Orientierung" der russischen Außenpolitik und stellt Sasonoff als „Hereingefallenen" dar, und zwar in die Falle Kiderlen-Wächters. Uebrigens gelingt es dem englischen Botschafter nicht, die Potsdamer Konvention vollkommen aus der Welt zu schaffen. Unter seinem Einflusse wird nun die Interpretation mehrerer Paragraphen geändert. Am Anfang seiner Tätigkeit hat es Buchanan allerdings nicht leicht. Er will Rußland von den freundschaftlichen Gefühlen seines Landes überzeugen, aber in Petersburg bleibt das Mißtrauen gegen England wach. Buchanan muß mahnen und warnen, manchmal auch nachgeben, um die heranziehende „deutsche Gefahr" womöglich zu beschwören. Aber die Früchte der anglo-russischen Liebe wollten lange nicht reifen; geraume Zeit wurde dieser Eros in Rußland als rein platonisch aufgefaßt und Petersburg blickte immer noch bisweilen sanften Auges nach Berlin. Da kam endlich für die Engländer die ersehnte Opportunity für gute Taten in der Gestalt der Balkankriege von 1912—1913. Die Welt sah Englands Friedensbemühungen am Tische der Londoner Konferenz und später in Bukarest. Sir Edward Grey und sein Petersburger Botschafter sollten diesmal Stifter des europäischen Friedens werden, und es gelang ihnen tatsächlich, eine glückliche vermittelnde Stellung im glühenden Konfliktstoffe des Balkans einzunehmen. Buchanan fühlte sich sehr stolz über den Erfolg der englischen Diplomatie und verwies auf jene Dienste Großbritanniens, wenn er die Russen von der unbedingten Treue seines Landes ihnen gegenüber überzeugen wollte. Englands Machtpolitik beruhte damals, wie gesagt, auf dem Grundsatze der Verhinderung eines deutsch-russischen Bündnisses um jeden Preis. Die Aufgabe Sir Georges in dieser Richtung wurde zweifellos durch seine persönlich guten Beziehungen zu Sasonoff bedeutend erleichtert. Dieser nicht sehr weit blickende Staatsmann schätzte die englische Freundschaft wie gemünztes Geld und ließ in der Eigenschaft eines treuen Famulus' Buchanan nicht viel zu wünschen übrig. Das Jahr 1913 verging im Zeichen einer erhöhten Rüstungstätigkeit Deutschlands. Der Engländer unterließ es nicht, diese Tatsache für seines Landes Zwecke

nützlich zu machen. Er rechnete auf gründliche militärische Vorbereitungen Rußlands und suchte im April 1913 den Zaren zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit äußerte Buchanan die Meinung, Deutschland könne seine erhöhten militärischen Ausgaben kaum auf die Dauer ertragen, ohne sich in den Krieg zu stürzen. Wie sollten nun die Mächte dieser großen Gefahr vorbeugen? Kaiser Nikolaus antwortete, er werde nach dem Fehlschlag der Haager Konferenz 1898 sich jeder Anregung zur allgemeinen Abrüstung enthalten, und äußerte den Gedanken, daß es nur einen Ausweg gäbe, ein erhöhtes Rüsten nach Deutschlands Beispiel einzuleiten. Rußland beabsichtige, dasselbe numerische Verhältnis seiner Armee zu der Deutschlands aufrechtzuerhalten (d. h. 16 zu 10), wie es England mit seiner Marine Deutschland gegenüber getan hat. Man könne nicht wissen, was geschehen würde, müsse aber auf alle Fälle gefaßt sein. Also könnte Sir George Buchanan ruhig schlafen, — die beiden Nachbarreiche waren von nun an gründlich verfehdet.

Allerdings ist ganze Arbeit noch nicht getan worden, denn die Frage stand noch immer offen: was tut England im Falle eines Weltkrieges? Im März erschienen im führenden Petersburger Blatte „Nowoje Wremja" eine Reihe Interviews dessen politischen Leiters mit dem Grafen Witte. Der erfahrene Staatsmann war der Meinung, daß der europäische Friede nur durch eine neue Umgruppierung der Mächte gewährleistet werden könne. „Graf Witte," schreibt Buchanan, „erblickte stets den Grundpfeiler der russischen auswärtigen Politik in einer engen Anlehnung an Deutschland und äußerte offen den Gedanken, daß Rußland durch seine Verständigung mit England einen großen Fehler begangen habe, weil es dadurch seiner Aktionsfreiheit beraubt wurde." „Sogar Persönlichkeiten, die uns gegenüber Wohlwollen bekundeten," versichert der Botschafter, „fingen an, darüber nachdenklich zu werden, ob die Verständigung mit einem Lande, dessen Beistand im Kriegsfalle nicht sicher sei, wohl von praktischem Werte sein könne."

Nikolaus II. blieb der Sache nicht fern. In seiner Unterredung mit Buchanan im April 1914 verspottet er zwar Wittes Gedanken über eine Umgruppierung der Mächte, stellt aber auch eine Forderung an den Botschafter: „Ich würde gern," sagt er, „ein engeres Bündnis zwischen England und Rußland sehen, allerdings ein Bündnis rein defensiven Charakters." Die englische Politik verhielt sich dieser Anregung ablehnend gegenüber, — die Rolle eines wohlwollenden Vermittlers ohne jede

Verpflichtung schien ihr durchaus erwünscht. Es blieb also vorläufig bei dem status quo. Den 13. Juni 1914 erschien die englische Flotte in Kronstadt und wird mit großem Pomp empfangen. Im Kaiserpalais wartet ein prunkvolles Galadiner auf den Admiral Beatty und dessen Stab. So wurden die freundschaftlichen Gesten Großbritanniens und Rußlands in beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Die Entente cordiale schien trotz allem fest begründet zu sein. Kaum war die britische Flotte abgedampft, wollte auch Sir George frohen Herzens in Urlaub gehen, — man hatte zwar den österreichischen Thronfolger ermordet, aber die politischen Konsequenzen deuteten nicht auf Uebel im großen Maßstab. Seine Koffer waren gepackt. Plötzlich klingelt's am Telephon. „Wer spricht?" „Das bin ich, Sasonoff," war die Antwort. „Oesterreich hat in Belgrad ein Ultimatum vorgelegt, das auf Krieg schließt. Bitte, kommen Sie in die französische Botschaft, warten Sie auf mich in einer Stunde; ich muß die Lage mit Ihnen und Paléologue besprechen." Der Vorhang ging auf. Krieg war plötzlich in der Luft, Buchanan hatte zu Besorgnis Anlaß. Er wußte, daß es sich in der bevorstehenden Unterredung um die heikle Frage der englischen Kriegsbereitschaft handeln würde. Sasonoff war erregt. Er bemerkte, daß die Monarchie niemals ohne Rückfühlung mit Berlin in dieser Weise gehandelt hätte, stellte auch sofort die Frage, ob Rußland auf seine Verbündeten rechnen könne. Paléologue gab die Zusicherung. „Und Eure Exzellenz?" fragt Sasonoff, sich an Buchanan wendend. Die Antwort lautete ausweichend. Die Mißstimmung des Außenministers wächst: „Sie können nicht beiseite bleiben," meint er dem Engländer gegenüber. Sir George greift nun zur Gegenfrage: Werde Rußland im Falle militärischer Operationen gegen Serbien sofort Oesterreich Krieg erklären? „Wahrscheinlich wird Rußland mobilisieren müssen," äußert Sasonoff seine persönliche Meinung, „die Frage soll im bevorstehenden Ministerrat unter Seiner Majestät Vorsitz entschieden werden."

Wir kennen die weiteren Ereignisse. Dies jedenfalls bedeutet den Prolog. Wer war an jenem Selbstmorde von nie gewesenem Umfange schuld? Lloyd George sagte einmal, die Völker seien in den Krieg hineingestolpert. Wollen wir bei dieser Auffassung einstweilen verbleiben. England, der größten Seemacht, die traditionelle Vermittlerin bei großen Konflikten, blieb in zwölfter Stunde das letzte Wort, das Wort des Krieges oder des Friedens. England sprach es nicht, oder vielmehr erst dann, als es zu spät war; so wird, unserer Meinung nach, der

Geschichtsschreiber die Rolle des Inselreiches in jenen Sommertagen 1914 brandmarken.

Sir George Buchanan läßt sich in scharfe Polemik gegen den Standpunkt Baron von Schoens ein. Jede Verantwortung der Katastrophe wird en bloc von der Entente abgewälzt, Sasonoffs politische Schachzüge durchaus gebilligt. Sicher hat das Petersburger Ministerium damals nichts gegen Buchanans Rat unternommen. Am 2. August stand Europa schon in Flammen, Englands Haltung war aber noch ungeklärt. Drei Tage lang verblieb Sir George in recht peinlicher Lage, — das Botschaftsgebäude war förmlich von der wartenden Menge belagert. Nun aber am 5. trifft ein lakonisches Telegramm aus London ein: „Krieg mit Deutschland — handeln Sie." Buchanan atmet erleichtert auf. Sasonoff erfährt alsbald die freudige Botschaft. Der Engländer stellt sich beim festlichen Gottesdienst ebenbürtig seinem französischen Kollegen zur Seite. Ein neues Kapitel fängt in der Mission Sir Georges an: die Aufgabe, Rußlands Kriegswillen in der denkbarsten Hochspannung zu erhalten. Krieg soll im Osten bis zum Endsiege oder — völliger Erschöpfung geführt werden. Stark schien der Zusammenschluß aller Parteien im Zarenreich. Die Erfolge in Ostpreußen und Galizien steigerten den Optimismus der Diplomaten. Alle glauben an ein baldiges glorreiches Kriegsende. Paléologue geht sogar mit seinem englischen Kollegen eine allerdings mäßig hohe Wette um 5 Pfund ein mit der Prophezeiung, die Welt werde Weihnachten 1914 des Krieges Ende erblicken. Aber die Deroute der Sasonoffschen Armee und der Rückzug in Galizien ändern im Herbste das Bild der Lage vollkommen. Es wird den alliierten Botschaftern am 13. Dezember vom russischen Generalstabe mitgeteilt, daß die Heeresverwaltung über keine Gewehre mehr zur Ausrüstung der Reservisten verfüge, und daß die Munitionslager leer seien. Zwei bis drei Monate lang, heißt es, werde die Lage beinahe verzweifelt aussehen. Das verbündete Ausland wird um dringende Hilfe gebeten. Die Depression im Lande schwillt zum Hochdruck. Man munkelt Verrat. Miassojedoff, der Chef des Generalstabes, wird seines Amtes enthoben und vor das Kriegsrecht gestellt. Graf Witte aber wandelt mit verächtlichem Lächeln in den Salons herum und predigt Frieden. Dies alles sieht und hört der englische Botschafter und rüstet zur Abwehr. Am Silvesterabend 1914 greift er im Englischen Club zu Worte. — Schande euch, die ihr nicht weiter kämpfen wollt. — Ein Weg steht nur Europa offen, der Weg des Krieges bis zum Endsiege — ist

seiner langen Rede kurzer Sinn. Die Mahnung sollte Graf Witte und seine Freunde treffen. Kurze Zeit darauf starb Witte. Viele atmeten erleichtert auf, Rußland aber nicht: das nächste Kriegsjahr bringt Buchanan keine Freuden. Mit Ausnahme der Kriegserklärung Italiens — ein allerdings bedeutender Erfolg der englischen Diplomatie —, bleibt der politische und militärische Horizont recht düster. Unheilvoller Rückzug der russischen Armee hinter die Linie Kowno—Brest-Litowsk, eine Lawine Flüchtlinge nach dem Osten zuströmend —, dies sind die Uebel des Tages. Und noch mehr: die Anstrengungen der alliierten Diplomaten, Bulgarien und Rumänien den Krieg gegen die Zentralmächte aufzuzwingen, sind erfolglos; außerdem wird die heikle Frage Konstantinopels aufgerollt. Am 13. März 1915 ist Buchanan nach langen Unterhandlungen ermächtigt worden, Kaiser Nikolaus eine weitgehende Zusicherung zu erteilen: die Konstantinopel-Erbschaft von Englands Gnaden sollte jetzt das Zarenreich erhalten, und zwar unter folgenden drei Bedingungen: es sollte die Freiheit der Meeresstraßen garantiert, ein Freihafen geschaffen, die neutrale Zone in Persien zugunsten Großbritanniens aufgehoben werden. Rußland willigt ein. Sir George beeilt sich nun, also zu prophezeien: „Nach dem Kriege werden England und Rußland die mächtigsten Reiche der Erde sein." Wie unendlich weit entfernt stehen wir von jenen Tagen, wo derartige Erklärungen und Hoffnungen möglich waren!

Damals allerdings waren dies konkrete, beinahe greifbare Realitäten. Der panslawistische Gedanke erhielt plötzlich Triebkraft in Rußland. Konstantinopel wurde zur Erlösung der entsetzlichen Gegenwart, zum Ziele eines Krieges, der von vornherein kein Ziel in sich barg. Der führende Stern Konstantinopels stieg jetzt über die Russen. Er sollte, nach Englands Weisung, den wankenden Willen zum Endsieg stärken. Ein Fehlschlag: der heilige Dom der Sofia wurde zwar begehrt, Siege aber ließen sich nicht mit platonischen Reden bezwingen. 1916 ist Rußland trotz der Besserung seiner militärischen Lage bereits so ermattet, daß keiner ernstlich an die Möglichkeit einer großen Offensive mehr glaubt. Seit Mitte 1915 wird auch die innerpolitische Krise des Kaiserreiches zur Sorge der alliierten Diplomaten. Die Stimmung wird durch die ständige Fehde zwischen Regierung und Parlament auf die Spitze getrieben. Minister kommen und gehen, den Launen der Kaiserin Alexandra folgend. Die Aufgaben wachsen den leitenden Männern über den Kopf. Zuerst blieb Buchanan bloß Zuschauer

des Uebels. Aber man munkelte Separatfrieden; der Augenblick der Bloßstellung der deutschfreundlichen Treibereien schien jetzt dem Engländer für gekommen. Den ersten Anlaß gab die bevorstehende Dienstentlassung Sasonoffs und die Ernennung Stürmers zum Außenminister in der zweiten Hälfte 1916. Buchanan hielt diesen Schlag nicht aus und richtete an Seine Majestät ein warnendes Schreiben. Aber durch den Einfluß der Kaiserin Alexandra — so meinte der Botschafter — mißlang der Versuch und Stürmer wurde doch Minister. Ein fleißiger, reaktionärer, nicht kluger, aber durchaus ehrlicher Beamter österreichischer Abstammung. Schwarz sieht Buchanan in die Zukunft. Wie könnte er, der britische Botschafter, einem so wenig respektablen Mann, auf dem der Fluch „Pro-German" lastete, Vertrauen schenken? Buchanan pflegte den Umgang mit Gentlemen, und Gentleman war nur derjenige, der sich auf den englischen Standpunkt stellte. „I can't troit him", schreibt er nach London und sucht sich nach edleren Leuten um. Er findet sie in der oppositionellen, liberalen und ehrgeizigen Klique eines Miljukoffs, Gutschkoffs, Fürsten Lwoffs, und macht sich zu deren Berater. Aber immer noch versucht Buchanan, seinen Einfluß auf den Zaren zur Geltung zu bringen. Es war Mitte Januar 1917, also am Vorabend der Revolution. Der Botschafter kommt im Sonderzug nach Zarskoje Selo zur Privataudienz, wird im Saale stehend empfangen, — also ein schlechtes Omen. Einen Augenblick wurde Sir George nervös, zögerte, glaubte nicht imstande zu sein, das vorzutragen, was er beabsichtigt hatte. Nun ging es aber doch: „Wollen Majestät, daß ich volle Wahrheit sage?" lautete die erste Frage, auf die es gewöhnlich kein „Nein" gibt. Es folgt also eine lange Klage über Zwiespalt von Volk und Krone, die Desorganisation des Wirtschaftslebens, den unheilvollen Einfluß der deutschfreundlichen Partei usw. „Ich suche selbst meine Minister aus und verbiete jedem, mich zu beeinflussen," widerfährt Kaiser Nikolaus der eindeutigen Anspielung auf die Person seiner Gemahlin. „Wie geht Ew. Majestät bei dieser Wahl vor?" erlaubt sich Buchanan fortzufahren. „Indem ich mich über die Eigenschaften der Personen erkundige, die ich für diesen oder jenen Ministerposten für geeignet halte," lautete die Antwort. „Ich fürchte, daß Ew. Majestät nicht immer gut unterrichtet werden. Wie könnte, entschuldigen Majestät meine Worte, wie könnte ein Mann wie Protopopoff (der damalige Innenminister) auf der politischen Bühne erscheinen, da er doch Rußland an den Rand des Abgrunds führt?!" — Ich ernannte

Protopopoff aus den Kreisen der Duma," war des Zaren Antwort, „um ihr Angenehmes zu bereiten. Hier ist jetzt meine Belohnung!" „Die Duma kann nicht zu einem Manne Vertrauen haben, der geheimer Beziehungen mit Deutschland verdächtigt wird, um mit diesem Lande Frieden zu schließen." (Protopopoff soll in Stockholm einen Vertreter Deutschlands gesprochen haben.) Die Rede endet mit einem Appell zur Versöhnung mit den Vertretern des Volkes. „Danke Ihnen, Sir George," sagte Zar Nikolaus, als er Buchanan die Hand zum Abschiede reichte. Herr Bark, Minister der Finanzen, erzählte dem Botschafter, er habe den Zaren nie so erregt gesehen, wie nach dieser Audienz. Als Bark kurz nachher ein Abschiedsgesuch einreichte, riß es der Monarch in Stücke mit den Worten: „Jetzt ist nicht die Zeit für die Minister, ihre Aemter zu verlassen." „Aber," meint Buchanan, „war der Eindruck meiner Rede auf den Zaren noch so stark, er war nicht stark genug, um Kaiserin Alexandras Einfluß zu bezwingen." Der Unwillen der öffentlichen Meinung über die Schlappheit der Regierung war dermaßen groß, daß Buchanan sich vollkommen an die Seite der liberalen Opposition stellte. Diese Männer sollten dem Lande zur Stunde ihrer Macht das Verbleiben im Kriege solange ermöglichen, wie es die Alliierten wünschten.

Ein russischer politischer Freund Buchanans, der später in der provisorischen Regierung einen Ministersitz erhielt, bekundete in jenen Tagen, die Revolution werde kaum vor Ostern einsetzen, sie würde aber nur zwei Wochen dauern. Der englische Botschafter hoffte offensichtlich auf einen Umsturz von oben, eine Palastrevolution, ohne Mitwirkung der Massen. Seine Ratgeber und Freunde waren wohl desselben Glaubens. Aber als der Tag kam und wie alle Revolutionen plötzlich im chaotischen Drang der sich überstürzenden Ereignisse, da riß die Flut auch jene mit, die sich als Leiter des Volksgeschickes auserlesen hatten. Nun wurde es Ebbe und die Vertreter der Straße, der Soldaten und Arbeiter erschienen unerwartet im Bereiche der Macht. Sir George Buchanan wurde zum Leiter einer Schattenregierung; mit ständig zunehmender Rücksicht behandelte sie jene anarchistischen Kräfte, die zu bekämpfen ihr der Mut fehlte. Buchanan steht jetzt im Mittelpunkt. Die neuen Männer besuchen ihn täglich. Sie kommen, sitzen stundenlang und halten, man möchte sagen, Vorträge in der britischen Botschaft. In jenem Saltykoffschen Palais, wo vor hundert Jahren der greise Feldmarschall als Rußlands Regent seine staatsmännische Arbeit tat; in den stillen, kahlen Räumen

sitzt wieder ein Herrscher, ein Engländer, Sir George Buchanan. Er baut das Gerüst eines jungen Staates. Ab und zu erscheinen seine Handwerker, — Kerenski, das Genie in der Lederjacke, von seinem Adjutanten gefolgt, Professor Miljukoff, der alles verstanden und im voraus geregelt, darum jedem Zweifel fern, stets zufrieden bleibt, der sanfte Ideologe Fürst Lwoff und manche andere. Hier, in der Schmiede des freien Rußlands, wird viel und überzeugend geredet.

Der Engländer merkt bald den Leerlauf: die parallele Macht der Arbeiter- und Soldatenräte hemmt jeden konservativen Regierungsschritt und schwächt die Armee bis zur vollkommenen Ohnmacht. Produktive Arbeit wird unmöglich. Aber was nun? Der rechte Flügel der Regierungspartei sind eigentlich Buchanans Männer, er fühlt sich ihnen gegenüber gebunden, versucht es darum mit energischen Worten —, überall tauchen bolschewistische Agenten auf, Ungehorsam den Massen predigend. Sind es nicht bezahlte deutsche Spitzel? Energisch wendet sich Buchanan gegen diese Umtriebe. Wie? Indem er Kerenski aufsucht und Protest erhebt. Kerenski bekundet vollkommene Einsicht, läßt aber alle Bolschewisten ruhig Freiheit genießen —, das neue Regime verbete nämlich schroffe Zwangsmaßnahmen. Dies alles bekundet nichts Gutes. Buchanan sucht den starken Mann und findet den weichen Tereschtschenko. Er ist Finanzminister aus einem angesehenen, sehr reichen bürgerlichen Hause. Jung, unerfahren, glühenden Herzens, stattlich von Erscheinung, sogar elegant, meint er es mit jedem gut, will alle seines schönen Glaubens an die Revolution überzeugen. Ein geselliger Camille Desmoulins! Im Grunde gar kein Revolutionär, persönlicher Bewunderer des vielredenden Kerenskis. Nicht lange bleibt sein Einfluß bestehen. Die Regierung ändert ihren Kurs den Soldatensowjets zuliebe ständig mehr nach links, wird immer ängstlicher, immer sachter in der Behandlung von Lebensfragen. Krieg will niemand mehr, kann auch keiner mehr führen. Eine Revidierung der Kriegsziele ist geboten, eine neue Formel: „Ohne Annexion und Kontribution" — wurde geprägt, gar nicht nach dem Geschmack des englischen Botschafters, den die russischen Minister forderten, auch eine ähnliche Einstellung seitens der Verbündeten. Eine gemeinsame Konferenz zur Behandlung dieser Frage wird in Sicht gestellt und Tereschtschenko, der damals das Auswärtige Amt leitete, machte sich schon auf die Reise, als der bolschewistische Umsturz ausbrach.

Ungemein gründlich und genau sind diese Tagebücher Buchanans über Kerenskis Herrschaft. Höchst wertvolle Quellen zur Geschichte der russischen Revolution. Nüchtern, ohne Uebertreibung und Phantasie werden Gespräche wiedergegeben, die Ereignisse in jeder Einzelheit verfolgt, die inneren Zusammenhänge der Politik kurz festgelegt. Auch ein gewisser Rechtfertigungswille ist zu erblicken. „Wir haben alles gemacht, um die Lage Rußlands zu retten," lesen wir zwischen den Zeilen, „mehr als das konnte man von uns nicht verlangen." Eine schlimmere Zuschauerrolle fällt nun dem Botschafter zu. Er sieht im November 1917 Trotzkis Truppen einmarschieren, das Chaos an der Front und in der Hauptstadt wüten. Von einer Leibwache aus jungen Kadetten geschützt, sieht Buchanan von seinen Fenstern aus Banden roter Soldaten herumstreifen, Mord und Raub stiftend. Die gewohnten Spaziergänge Sir Georges entbehren jetzt jedes Reizes. Er wird zwar nicht angegriffen, erhält aber ständig Drohbriefe. Einmal ist er beinahe in ein Handgemenge geraten, wurde von seiner Bekannten, der Fürstin Trubetzkoy, gerettet. Sie meinte, wenn er mit einer Dame sei, könne ihm nichts geschehen. Die Bolschewisten sind Männer von anderem Schlage. Trotzki eröffnet sofort Friedensverhandlungen. Englands Politik steht machtlos einem in Zersetzung begriffenen Lande gegenüber. Der Gedanke aber an eine deutsche Gefahr hier im Osten bleibt immer dominierend. Wenn man selbst schon aus der Lage nichts herausholen kann, so soll man wenigstens Deutschland daran verhindern, sein Spiel in Rußland zu treiben. Buchanan schrieb damals ins „Foreign Office": „Meine erste Sorge und Ziel waren stets auf das eine gerichtet, Rußland im Kriegszustand zu erhalten, aber man kann keinem erschöpften Volk den Krieg gegen seinen Willen aufzwingen. Das einzige, was Rußland zur letzten Anstrengung veranlassen könnte, wäre das Bewußtsein, daß es ganz aus eigener Ueberzeugung handle, und zwar ohne jeden Druck von seiten der Alliierten. Also sollte England seinen östlichen Verbündeten von der Verpflichtung, keinen Separatfrieden zu schließen, freisprechen." „Wenn wir Rußland freigeben," meint Buchanan in seinen Berichten, „dann wird sich des Volkes Unzufriedenheit mit den allzu schweren Friedensbedingungen gegen Deutschland wenden. Ein deutsch-russisches Bündnis nach dem Kriege würde zur ewigen Bedrohung Europas und hauptsächlich Großbritanniens werden." Die Mission Buchanans ist jetzt notgedrungen auf den Schutz der englischen Kolonie in Rußland beschränkt. In diesen Angelegenheiten wurde der Botschafter

zu gewissen Beziehungen mit Trotzki genötigt, allerdings nicht persönlich, sondern per interim des englischen Kapitäns Smith. Die Frage des Austausches der internierten Staatsangehörigen beider Länder wurde aktuell. Fortwährende Reibungen entstehen auf jenem Gebiete. Im November fordert der Kriegskommissar die Genehmigung der Rückreise Tschitscherins aus England. Trotzki schlägt mit der Faust auf den Tisch, die Sache wird alsbald geregelt, und der zukünftige Außenkommissar erscheint in Moskau an der Seite seiner Kollegen.

Noch einmal hält Buchanan eine öffentliche Ansprache, sie gilt der im Botschaftsgebäude versammelten Presse. Am Vorabend ihres Todes sollte sie noch etwas über die freundschaftlichen Gefühle Englands hören. Und nun ist die Mission Sir Georges zu Ende. Die Bande wurden abgebrochen. Am Grabe Rußlands hat er nichts mehr zu tun. Seine letzten Eindrücke sind grauenhaft. „Plünderungen und Morde werden beinahe zur Gewohnheit, bei Nacht hält man Leute auf und nimmt ihnen Kleider und Juwelen ab," schreibt er. „Eine Nacht gab es unaufhaltsames Feuer in der Nähe des Botschaftsgebäudes. Meine Frau mußte der Sicherheit wegen auf einer Matratze am Boden schlafen; niemand weiß, was der Tag oder die Nacht bringen werden." Frühmorgens am 6. Januar 1918 verläßt Buchanan mit seiner Familie das Botschaftsgebäude bei spärlichem Kerzenlicht. Er ist traurig. „Ich weiß nicht warum," schreibt Sir George, „aber Rußland übt auf alle, die es kennen, einen derartigen mysteriösen Reiz, daß sogar jetzt, als seine grausamen Söhne ihre Hauptstadt in eine Hölle verwandelten, wir es dennoch schwer empfinden, uns von ihr zu trennen. Ich weiß nicht warum, aber wir sind traurig." Ueber Finnland, Schweden und Norwegen führt jetzt sein Weg nach England.

Die letzten Seiten der Memoiren sind dem Empfang daheim und der Amtszeit als Botschafter in Rom gewidmet. Praktisch nur ein Nachklang. In London unterstützt Buchanan eine energische Interventionspolitik im Süden Rußlands, seine Stimme bleibt aber so ziemlich ohne Bedeutung.

Rom wurde zur Ruhestätte, zum sanften Untergang seines politischen Sternes.

Die diplomatische Tat Buchanans endete doch in Rußland. Alles in allem war sie ein Fehlschlag. Um Deutschlands Einfluß im Osten einzudämmen und seine militärische Macht in Schach halten zu können, brauchte Großbritannien die Unterstützung des Zarenreiches. Dies bedeutete praktisch Deutschlands Einkreisung und führte zum Kriege. Rußlands rasches Versagen

wurde von Grey und Buchanan nicht vorausgesehen — hier liegt ihr politischer Fehler. Die Ausrangierung des östlichen Verbündeten drohte 1917 England und Frankreich mit militärischer Katastrophe. Diese hatte allerdings nicht eingesetzt. Insofern blieb Großbritanniens Stellung doch behauptet, aber sein Einfluß in Rußland ging verloren. Jetzt, wo die Bolschewisten als Friedensstörer im Orient auftreten, könnte diese Sachlage für England wohl zum Verhängnis werden.

Großbritannien hat während des Krieges praktisch Rußland regiert und . . . aus seiner Hand gelassen.

Dies ist Sir George Buchanans politischer Mißerfolg.

„Lange ohne Nachrichten".

Russische Telegramme betreffend den Plan einer Besetzung des Bosporus.

Im Sommer und Herbst 1896 hatten die Niedermetzelungen der Armenier, in ganz Europa Empörung gegen den Sultan und die türkische Regierung ausgelöst. Am 20. Oktober machte der britische Außenminister Lord Salisbury den Vorschlag, die sechs Großmächte sollten ihre Botschafter in Konstantinopel ermächtigen, zu Beratungen über die Herbeiführung geordneter Zustände in der Türkei zusammenzutreten. Die russische Regierung verhielt sich gegenüber diesem Vorschlag sehr ablehnend und sicherlich hatte Kaiser Wilhelm recht, wenn er in einem Telegramm an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe am 12. November 1896 schrieb: „Sollte man daher in St. Petersburg, ehe man das Verbessern der Türkei durch Reformen zugebe, entschlossen sein, die Frucht abzupflücken, statt sie sich reif in den Schoß fallen zu lassen?" („Die Große Politik der Europäischen Kabinette", Bd. 12, I, Nr. 3071.)

Diesen Verdacht des Kaisers bestätigte ein Bericht des deutschen Botschafters in Pertersburg, Fürsten Radolin, vom 27. Dezember 1896, in dem mitgeteilt wurde, daß der russische Botschafter in Konstantinopel, Nelidow, dem Zaren ein mémoire überreicht habe, in dem Nelidow die Zustände in der Türkei in so schwarzen Farben schilderte, „daß seiner Ansicht nach eine Lösung nur in Besetzung Konstantinopels und der asiatischen Küste des Schwarzen Meeres zu finden wäre . . ." („Die Große Politik der Europäischen Kabinette", Bd. 12, I, Nr. 2930.) Wenn auch dieser Vorschlag des Botschafters zunächst vom Ministerrat abgelehnt wurde, so scheint er doch sehr bald wieder aufgegriffen worden zu sein.

Die folgenden Telegramme zeigen jedenfalls, welche Vorbereitungen zu Beginn des Jahres 1897 für eine militärische Besetzung des Bosporus von seiten des russischen Außenministers getroffen worden sind. Die Telegramme sind dem Aufsatz „Das Projekt zur Besetzung des Bosporus", der in Bd. I des „Krasny-Archivs" veröffentlicht worden ist, entnommen.

Die nur im Auszug wiedergegebenen Telegramme sind inhaltlich von geringerer Bedeutung.

Die Schriftleitung.

1.

Der Kriegsminister Hauptstab. Ganz geheim
14. Januar 1897 Nr. 10.

Seiner Erlaucht Grafen M. N. Murajew.[1])

Geehrter Herr Graf Michael Nikolajewitsch.

Ich habe die Ehre Ew. Erlaucht zur Kenntnis zu bringen, daß unser Herr und Kaiser am 11. Januar geruht hat, die nachstehenden Darlegungen über die im Falle einer notwendig werdenden bewaffneten Intervention Europas in der türkischen Frage zu ergreifenden Maßnahmen Allerhöchst zu billigen.

Bei einer solchen Intervention müssen wir uns, gleichzeitig mit der Annäherung europäischer Kriegsgeschwader aus dem Mittelmeer nach Konstantinopel, im Schwarzen Meer sichern, und zwar durch die Besetzung des oberen Bosporus durch eine Landungsabteilung.

Von dem Eintreten dieser Umstände verständigt unser Botschafter in Konstantinopel den Kommandierenden des Bezirks Odessa und den Befehlshaber der Schwarzmeerflotte durch ein vereinbartes Telegramm folgenden Inhalts: „Lange ohne Nachrichten".

Auf dies Telegramm hin werden alle Vorbereitungsmaßnahmen zur Einschiffung der Landungsabteilung getroffen; auf allen Stationen des Militärbezirks Odessa wird die Beförderung von Privattelegrammen eingestellt (die Depeschen der indischen Telegraphenleitung werden nach Petersburg geleitet); gleichermaßen wird auf kurze Zeit (ungefähr auf 24 Stunden) das Auslaufen aller privaten Schiffe, besonders der Dampfer, aus den Häfen unterbunden. Das Auslaufen des Landungstransports erfolgt hierauf nur auf Allerhöchsten diesbezüglichen telegraphischen Befehl aus Petersburg.

---

[1]) *Graf Murawjew wurde am 13. Januar 1897 zum Verweser des Außenministeriums und am 25. April 1897 zum Außenminister ernannt. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

Der ausschließliche Zweck der Landungsoperation ist die Besetzung des oberen Bosporus und betrifft keineswegs Konstantinopel. Der Umfang der Operation kann nur auf Weisung unseres Botschafters geändert werden.

In Ergänzung dieser allgemeinen Erwägungen erhielten die Allerhöchste Bestätigung auch die folgenden Gesichtspunkte, die sich auf die dem Befehlshaber der Schwarzmeerflotte übertragene Aufgabe beziehen.

Die Sicherung der Landungsabteilung muß die feste Besetzung der am Bosporus befindlichen Positionen im Auge behalten, und zwar bis einschließlich Beikos auf dem asiatischen Ufer und bis Keretsch-Burnu auf dem europäischen. In Abhängigkeit aber von den Ergebnissen der der Landungsoperation voraufgehenden Verhandlungen unseres Botschafters mit der Pforte kann unsere Landungsabteilung, vorausgesetzt, daß die Pforte uns die Befestigungen des Bosporus (oder den wichtigsten Teil derselben) auf friedlichem Wege einräumt, einen die bei Beikos und Keretsch-Burnu befindlichen Positionen nicht einschließenden Rayon besetzen; doch muß derselbe unter allen Umständen einen zuverlässigen und sicheren Schutz des Bosporus gegen den Durchbruch feindlicher Schiffe ins Schwarze Meer gewährleisten.

Zur Aufrechterhaltung der ständigen telegraphischen Verbindung mit Odessa muß die Landungsabteilung dafür Sorge tragen, sich schnellstens in den Besitz des Ausgangspunktes des Unterseekabels bei Kilia nördlich des Bosporus zu setzen.

Um den Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, Vizeadmiral Kopytow, von den Ergebnissen der Verhandlungen unseres Botschafters mit der Pforte in Kenntnis zu setzen, wird letzterer gehalten sein, dem Geschwader des genannten Admirals eines der beiden in Konstantinopel befindlichen Stationsschiffe entgegenzuschicken, wobei der Treffpunkt des Stationsschiffes mit dem Geschwader durch die vorher bestimmte geographische Länge und Breite festgelegt wird.

Alle hier dargelegten Erörterungen werden auch den für die Vorbereitungen in Betracht kommenden Stellen, wie dem Kommandierenden der Truppen im Bezirk Odessa und dem Befehlshaber der Schwarzmeerflotte und -häfen zur Kenntnis gebracht.

Genehmigen Sie die Versicherung meiner vollkommenen Verehrung und Ergebenheit.

Peter Wannowski.

2.

Auszug.

Ganz geheimes dringendes Schreiben des Kriegsministers an den Verweser des Außenministeriums.

24. Januar 1897.

Der Kriegsminister gibt eine Anfrage des Militärbefehlshabers in Odessa weiter, wonach der Befehlshaber der Schwarzmeerflotte der Ansicht ist, daß auf das Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel bereits die Einschiffung der Truppen zu erfolgen habe und nur für das Inseestechen selbst der Allerhöchste Befehl abzuwarten sei. Der Kriegsminister vertritt dagegen die Auffassung, daß auch die Einschiffung der Truppen nur auf Allerhöchsten Befehl zu erfolgen hat.

3.

Auszug.

Geheimtelegramm des Verwesers des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an den Kriegsminister.

St. Petersburg, 24. Januar/5. Februar 1897.

Der Verweser des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten teilt mit, daß er die Instruktion für die Vorbereitung der Schwarzmeer-Landungsabteilung in dem Sinne auffaßt, daß die Einschiffung der Truppen nur auf Allerhöchsten Befehl in Angriff genommen werden darf.

4/5.

Auszug.

Schreiben des Verwesers des Außenministeriums an den Botschafter in Konstantinopel.

St. Petersburg, 25. Januar/6. Februar 1897.

Der Verweser überreicht in der Anlage Abschrift eines ganz geheimen Briefes des Kriegsministers vom 14. ds. Mts., aus dem zu ersehen ist, daß die Einschiffung der Truppen der Schwarzmeer-Landungsabteilung nur auf Allerhöchsten Befehl begonnen werden darf.

General Petrow, der Gehilfe des Verkehrsministers, befürchtet, daß das vereinbarte Telegramm „Lange ohne Nachrichten" des russischen Botschafters in Konstantinopel gegebenenfalls nicht an den Militärbefehlshaber in Odessa

sowie an den Befehlshaber der Schwarzmeerflotte gelangen würde, da die Absendung des Telegramms vielleicht durch die dänische Gesellschaft des Kabels Odessa—Konstantinopel, die in Händen von Engländern wäre, aufgehalten würde.

General Petrow macht zur Umgehung dieser Gefahr daher den Vorschlag, daß das vereinbarte Telegramm nach Petersburg geschickt würde mit der Maßgabe, es von dort in einer näher bezeichneten Weise weiterzugeben.

6.

Auszug.

Schreiben des Verwesers des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an den russischen Botschafter in Konstantinopel.

St. Petersburg, 31. Januar/12. Februar 1897.

Der Brief enthält die Mitteilung über die Weitergabe des Telegramms in der in Nr. 5 bezeichneten Weise.

7.

Ganz geheimes Telegramm an den W. G. R. Nelidow in Konstantinopel.

St. Petersburg, 3./15. Februar 1897.

Wenn die Notwendigkeit eintritt, das vereinbarte Telegramm „Lange ohne Nachrichten" abzusenden, so veranlassen Sie gleichzeitig den Handelsagenten Kotschetow an unseren Handelsagenten in London folgendermaßen zu telegraphieren: „Kauft 10 000 Pfund", während derselbe Kotschetow nach Petersburg an den Direktor der Staatsbank zu telegraphieren hat: „Verkauft 10 000 Pfund."

8.

Auszug.

Schreiben des russischen Botschafters in Konstantinopel an den Fürsten Valerian Sergeijewitsch *(Obolenski? Die Schriftltg.)* im russischen Ministerium des Aeußern.

Pera, 12./24. Februar 1897.

Der Botschafter teilt mit, daß er nicht annimmt, daß die dänische Kabelgesellschaft die vereinbarten Telegramme anhalten würde, ein russisches Telegramm nach Petersburg „Lange ohne Nachrichten" dagegen eher auffallen dürfte.

Zum Schluß bemerkt der Botschafter wörtlich:

„Uebrigens wird man zu dieser Maßnahme wohl kaum seine Zuflucht nehmen, da man doch annehmen muß, daß irgend jemand uns zuvorkommen wird. Die ganze Berechnung war darauf basiert, daß wir als die ersten ankommen. So wird die Sache wohl ins Wasser fallen. Ja und selbst in dieser Richtung scheinen sich die Dinge nicht zu entwickeln."

9.

Auszug.

Ganz geheimes Schreiben des russischen Außenministeriums an den russischen Innenminister und den russischen Botschafter in Konstantinopel.

21. Februar/6. März 1897.

Nach zuverlässigen Nachrichten hat der englische Konsul in Odessa von dem bestehenden Plan, notwendigenfalls eine russische Truppenabteilung nach dem Bosporus zu schicken, Kenntnis bekommen und die englischen Botschafter in St. Petersburg und Konstantinopel verständigt.

Der englische Botschafter in Konstantinopel habe darauf den englischen Konsul in Odessa angewiesen, wenn beim Auslaufen der russischen Flotte es verboten sei zu telegraphieren, solle er sich zur Absendung des Telegramms nach Konstantinopel eines der Handelshäuser in Odessa bedienen. Der Konsul habe daraufhin geantwortet, daß er seine Mitteilungen durch Kurier schicken werde, da Handelstelegramme voraussichtlich ebenfalls zurückgehalten werden würden.

10.

Auszug.

Ganz vertrauliches Schreiben des Innenministers an den Verweser des Außenministeriums.

22. Februar 1897.

Der Innenminister teilt mit, daß im Falle des Auslaufens der russischen Flotte, abgesehen von Telegrammen, auch Dampfer und Eisenbahnzüge zurückgehalten werden, so daß der Kurier des englischen Konsuls in Odessa kaum die Möglichkeit haben wird, rechtzeitig in Galatz einzutreffen. „Für alle Fälle sind dem Gendarmerieoffizier in Reni entsprechende Weisungen zugegangen."

11.

Auszug.

Ganz geheimes Schreiben des russischen Außenministeriums an den russischen Botschafter in Konstantinopel.

St. Petersburg, 24. Februar/9. März 1897.

Das englische Telegramm über die Ausfahrt der russischen Flotte nach dem Bosporus soll von Galatz aus nach Pera auf den Namen Obson befördert werden. Ferner wird das Anhalten der Dampfer und Eisenbahnzüge mitgeteilt, so daß der Kurier des englischen Konsuls in Odessa nicht rechtzeitig in Galatz eintreffen kann, weiter wird bekanntgegeben, daß dem Gendarmerieoffizier in Reni entsprechende Weisungen erteilt worden sind.

12.

Der Kriegsminister Hauptstab. Ganz geheim.
20. April 1897, Nr. 152.

Seiner Erlaucht Grafen M. N. Murawjew.

Geehrter Herr Graf Michael Nikolajewitsch.

Der Kommandierende der Truppen im Bezirk Odessa hat mir eben die nachstehenden Daten mitgeteilt, aus denen der Grad der Versorgung unserer Schwarzmeer-Landungsabteilung mit Transportmitteln im Laufe dieses Frühjahrs und des bevorstehenden Sommers ersichtlich ist.

Im Falle des Eintreffens eines entsprechenden Befehls können beim ersten Transport eingeschifft werden: In Sewastopol 12 815 Mann und 32 Geschütze, in Odessa 17 685 Mann und 72 Geschütze, zusammen 30 500 Mann mit 104 Geschützen nebst entsprechendem Train und Bagage.

Hiervon können nach Maßgabe des Vorhandenseins von Schiffen, staatlichen und privaten, mit deren Anwesenheit man in den genannten Häfen rechnen kann, tatsächlich befördert werden: bis zum 30. April etwa 25 000 Mann, vom 1. bis 15. Mai etwa 23 000 Mann und nach dem 15. Mai im ganzen nur etwa 20 000 Mann.

Somit müssen wir damit rechnen, daß wir aus Mangel an Transportmitteln nötigenfalls im Laufe des ganzen Sommers gleichzeitig über das Schwarze Meer nicht mehr als zwei Drittel unserer Landungsabteilung befördern können.

Von dem Obigen habe ich die Ehre, Ew. Erlaucht in Kenntnis zu setzen.

Genehmigen Sie die Versicherung meiner vollkommenen Verehrung und Ergebenheit. Peter Wannowski.

MONATSBERICHT.

Presseschau, aus Zeitschriften.

AMERIKA.

Amerikanische Untersuchung der Kriegsursachen.

Am 16. Februar 1925 wurde im amerikanischen Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten ein Vorschlag des Senators O w e n angenommen, der dahin lautete, daß die der Kongreß-Bibliothek in Washington angegliederte gesetzgeberische Hilfsstelle („Legislative Reference Service") bis zum 1. Februar 1926 dem Senat eine „unparteiische Zusammenstellung samt alphabetischem Verzeichnis aller zuverlässigen wichtigen Beweisschriften über den Ursprung und die Ursachen des Weltkrieges, die bis jetzt gedruckt vorliegen oder in sonstiger Form ohne größere Schwierigkeiten zur Verfügung stehen," einreichen sollte.

Die Bibliographie wurde unter Leitung des Vorsitzenden des „Legislative Reference Service", Dr. Meyer, durch den ersten Bibliothekar der Kongreß-Bibliothek, Dr. William A. Slade, hergestellt. Eine kritische Würdigung des gewaltigen Materials hatte Dr. Tansill von der Kongreß-Bibliothek übernommen.

Da vorläufig nur unvollständige Pressemeldungen vorliegen, nehmen wir davon Abstand, schon jetzt Näheres über die Arbeit der Kongreß-Bibliothek mitzuteilen.

*

„Serbia's Guilt at Sarajevo."

„The Nation", New York, 27. Januar 1926.

Die „Nation" veröffentlicht im vollen Wortlaut den Artikel, den der ehemalige k. u. k. Gesandte Dr. von Wiesner über das Ergebnis der von ihm in Sarajevo angestellten Untersuchungen und über die tendenziöse Auswertung seines amtlichen Berichtes durch die amerikanischen Delegierten zur Versailler Friedenskonferenz im Oktoberheft 1925 dieser Zeitschrift gebracht hat.

*

„Russia's War Guilt becomes plainer."

„The Nation", 27. Januar 1926.

Die „Nation" hebt die Bedeutung des im Januarheft 1926 der „Current History" veröffentlichten Protokolls über den russischen Ministerrat vom 24. Juli 1914 hervor. Dieses Protokoll beweist klar, daß die russischen militärischen Maßnahmen zur Anordnung der allgemeinen Mobilmachung bereits einen Tag eher, als man bisher gewußt habe, getroffen worden sind. Das Protokoll wird im Aprilheft dieser Zeitschrift im vollen Wortlaut veröffentlicht werden.

*

„Amerikas Eintritt in den Krieg." Eine Lusitania-Debatte im Amerikanischen Senat.

„Kölnische Zeitung", Nr. 118, 13. Februar 1926.

Der demokratische Senator Dill erklärte heute in einer vor dem Senat gehaltenen Rede, der größte Schwindel, den das amerikanische Volk jemals begangen habe, bestände in der Behauptung, daß Amerika in den Krieg eingegriffen hätte, weil Deutschland in Belgien einmarschiert sei und die Lusitania versenkt habe. Der Eintritt Amerikas in den Krieg sei lediglich eine geschäftliche Unternehmung gewesen und deshalb erfolgt, weil der amerikanische Handel behindert worden sei. Senator Reed fragte hierauf, ob die Torpedierung der Lusitania nicht allein ein genügender Grund zur Kriegserklärung gewesen sei. Dill erwiderte, daß seiner Meinung nach Frauen und Kinder eben nicht auf einem Schiffe mitgenommen werden sollten, um sozusagen den Transport von Munition durch ihre Anwesenheit zu sichern.

*

„Für Revision des Versailler Vertrages."

„Tägliche Rundschau", Nr. 87, 21. Februar 1926.

Der Abgeordnete Berger brachte heute im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, in der Präsident Coolidge ersucht wird, eine internationale Konferenz zur Revision des Versailler Vertrages einzuberufen. Die Vereinigten Staaten, so führte Berger aus, beherbergen nur einige Menschen, die des Glaubens seien, daß der Krieg für die demokratische Freiheit und die Aufgabe des Militarismus geführt worden sei. Die Regierungsfreiheit habe seit dem sogenannten Versailler Frieden eine

Lügenfabrikation unterhalten. Die größte Lüge sei Deutschlands Alleinschuld am Krieg. Der Versailler Vertrag sei auf dieser ungeheuren Lüge aufgebaut worden.

*

„Die Memoiren des Oberst House."

Seit einigen Wochen veröffentlicht die Pariser Ausgabe des „New York Herald" längere Auszüge aus den Memoiren des Oberst House. Da die Buchausgabe sehr bald vorliegen wird, werden wir schon in einem der nächsten Hefte eine kritische Würdigung dieses Memoirenwerkes veröffentlichen können.

*

DEUTSCHLAND.

„Völkerrechtliche Zeitwende." Von Prof. Dr. Kraus, Königsberg. „Deutsche Juristen-Zeitung", 15. Februar 1926.

Prof. Dr. Kraus gibt einen Rückblick auf die Entwicklung der internationalen Politik vom Abschluß der Friedensverträge bis zum Vertrag von Locarno. Wenn auch heute noch keine allgemeine Tendenz zur Revision der Friedensverträge festzustellen sei und die Verträge formalrechtlich noch im wesentlichen beständen wie im Jahre 1919, so habe sich inzwischen doch Gewaltiges vollzogen, und zwar im Bereiche der Grundlagen der Friedensverträge, der konkreten wie der gedanklichen.

„Besonders frappant sind die Wandlungen im Bereiche des öffentlichen Denkens und Fühlens über die sog. Schuldfrage. Ich möchte den kennen, der von sich sagen kann, daß er seine Meinung in dieser Frage zugunsten Deutschlands nicht geändert hat. Ich möchte wissen, wie viele von denen, die noch immer von Deutschlands Schuld schreiben, nicht schon innerlich bekehrt sind."

*

„Sasonows mißglückte Selbstverteidigung." Von Richard Förster. „Saarbrücker Zeitung", 15. Februar 1926.

„Das schlechte Gewissen." Neue Fälschungen russischer Urkunden. Von Hermann Lutz. „Münchener Neueste Nachrichten", Nr. 31, 31. Januar 1926.

Besprechungen des zweiten russischen Orangebuches, das soeben von Friedrich Stieve veröffentlicht worden ist.

„Geschichtliche Legendenbildung. Von W. v. Massow.
„Tägliche Rundschau", 17. Februar 1926.

Massow schreibt über das bei der „Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte" erschienene Buch von Herkenberg über die Stellungnahme der „Times" zu dem deutsch-englischen Verhältnis im Jahre 1898:

„Um den Wert der Studie Herkenbergs richtig zu beurteilen, muß man sich klar machen, daß die „Times"-Artikel natürlich nicht den Wert von diplomatischen Akten haben, daß aber die „Times"-Redaktion jederzeit über die Politik und Absichten des britischen „Foreign Office" genügend unterrichtet ist, und — vielleicht abgesehen von der hier nicht in Betracht kommenden Zeit, als sie unter dem Einfluß des Lord Northcliffe stand — niemals eine Haltung eingenommen hat, die die Kreise der amtlichen Politik Englands direkt stört. Aus dieser Tatsache kann man bestimmte Schlüsse ziehen, und insofern sind Tonart und Inhalt der „Times"-Artikel allerdings Beweismittel für die Richtung der englischen Politik und ihrer wahren Absichten. Aus der Haltung der „Times" während des ganzen Jahres 1898 geht mit voller Klarheit hervor, daß sich England in der Tat in jener Zeit durch verschiedene Ereignisse und Erscheinungen in der hohen Politik lebhaft beunruhigt fühlte und seine damalige Isolierung unangenehm empfand, daß aber seine verantwortlichen Staatsmänner nicht daran dachten, die Uebelstände dieser Lage auf direktem Wege durch eine allen Traditionen widersprechende Bündnispolitik zu beseitigen, sondern den gewohnten Weg vorzogen, unter den Mächten, deren Bestrebungen ihnen gefährlich werden konnten, Uneinigkeit zu stiften."

*

Der „Geist von Locarno" und die Schuldfrage. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.
„Tägliche Rundschau", Nr. 24, 15. Januar 1926.

Oberst Schwertfeger warnt davor, von dem Vertrag von Locarno eine Revision des Versailler Vertrages zu erhoffen. Die Abmachungen von Locarno seien zustande gekommen trotz der deutschen Verwahrung in der Kriegsschuldfrage. Schwertfeger sieht mit dem Abschluß des letzten Bandes der großen deutschen Aktenpublikation den Zeitpunkt gekommen, wo Deutschland „mit vollstem Rechte und unter Zustimmung aller ehrlichen Wahrheitssucher in der ganzen Welt auf Revision des Vertrages von Versailles klagen" könne.

ENGLAND.

Who made the War? A Case for impartial Treatment. By Wickham Steed.

„Review of Reviews, 15. Januar / 15. Februar 1926.

Steed behandelt einige Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Kriegsschuldfragenforschung unter besonderer Berücksichtigung des österreichisch-serbischen Problems vor Kriegsausbruch. Er hebt lobend das Werk von Pierre Renouvin hervor. Dem ausgezeichneten Buch der Miß Edith Durham über Serajewo, das im Aprilheft unserer Zeitschrift Hermann Lutz noch eingehend würdigen wird, spricht er ohne Begründung jede Beweiskraft ab und wendet sich polemisch gegen den großen Aufsatz, den der Reichskanzler a. D. Marx im Januarheft 1926 in den amerikanischen „Foreign Affairs" veröffentlicht hat. Wenn auch Steed, der zehn Jahre lang Korrespondent der Londoner „Times in Wien war, als ein ausgezeichneter Kenner der Vorkriegspolitik der Donaumonarchie angesehen werden muß, beurteilt er doch die Enthüllungen der Nachkriegszeit von einem sehr einseitigen Standpunkt aus, und geht darin so weit, daß er sogar den hervorragenden amerikanischen Historiker Prof. Sidney Bradshow Fay als Sachverständigen ablehnt.

Steed macht zum Schluß den beachtenswerten Vorschlag, das Kriegsschuldfragenproblem einer internationalen Kommission unter Leitung des Völkerbundes zu unterbreiten.

*

FRANKREICH.

Die Erinnerungen Poincarés.

Noch im Laufe dieses Monats werden in Paris im Verlag von Plon & Co. die Erinnerungen Poincarés erscheinen. Poincaré hat seinem Buche den Titel gegeben: „Im Dienste Frankreichs." In zwei Bänden behandelt er die Zeit seiner Ministerpräsidentenschaft vor dem Kriege vom Januar 1912 bis zum Februar 1913. Große Auszüge haben bis jetzt die „Revue des deux Mondes", die „Revue de France" und die „Revue Hebdomadaire" veröffentlicht. Aus ihnen geht hervor, daß Poincaré sein Buch nicht als Historiker, sondern mehr als Jurist, als Verteidiger geschrieben hat. Es ist ein Plaidoyer zur Rechtfertigung seiner Außenpolitik im Jahre 1912. Die Kriegsschuldfragenforschung wird sich eingehend mit diesem Buche beschäftigen müssen.

JAPAN.

Tod des japanischen Ministerpräsidenten Kato.

Am 28. Januar 1926 ist in Tokio im Alter von 68 Jahren der japanische Ministerpräsident Viscount Kato gestorben. Kato war ein so unbedingter Freund Englands, daß man ihn im Fernen Osten zuweilen den „jungen Mann" Greys genannt hat. Zweimal hat er sein Land in London vertreten. Von 1894 bis 1899 als Gesandter und 1912 als Botschafter. Am 14. April 1914 wurde Kato im Kabinett Okuma Außenminister.

Während noch am 28. Juli 1914 die offiziösen Tokioer „Times" erklärten, daß Japan im Falle eines europäischen Krieges strengste Neutralität bewahren werde, wurde bereits am 8. August bekanntgegegeben, daß Japan mit Rücksicht auf das englisch-japanische Bündnis keine Neutralitätserklärung erlassen könne. Am 15. August 1914 richtete Kato ein Ultimatum an Deutschland, das zum Ausbruch des Krieges mit Japan und für Deutschland zum Verlust von Tsingtau führte.

*

RUSSLAND.

Suchomlinoff †.

Am 2. Februar 1926 ist in Berlin der ehemalige russische Kriegsminister General Suchomlinoff im Alter von 78 Jahren gestorben. An seinem Grabe werden noch einmal alle Erinnerungen wach an die Rolle, die dieser Mann vor dem Kriege und bei Kriegsausbruch gespielt hat. War Suchomlinoff, wie er während seines Exils in Deutschland begreiflicherweise betonte, ein Deutschenfreund, war dieser Mann wirklich nur ein Opfer der angeblich gegen ihn gesponnenen Intrigen geworden oder war er nicht doch viel mehr gewesen, als er nach dem für Rußland unglücklichen Ausgang des Krieges gewesen sein wollte?

Wer nur seine Memoiren liest und alle übrigen Quellen nicht kennt, wird Suchomlinoff nicht zu den Urhebern des Weltkrieges rechnen. Aber wenn einem Memoirenwerk gegenüber als historischer Quelle Vorsicht geboten ist, so ganz besonders vor den Memoiren Suchomlinoffs. Der Mann, der auf diesen Blättern alle Verantwortung für den Kriegsausbruch von seinen Schuldern abwälzt, ist nicht mehr der russische Kriegsminister von 1914 oder noch weniger der Verfasser bzw. Inspirator der

berühmten Droh- und Alarmartikel in der „Birschewija Wjedomosti". Diese Memoiren sind im Exil geschrieben, überarbeitet und wieder überarbeitet worden und das Resultat ist eine oratio pro domo, aber kaum mehr Geschichte.

Wer die Haltung des russischen Kriegsministers im Juli 1914 beurteilen will, muß zu der primären Quelle greifen, in erster Linie zu den Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums. Hier tritt Suchomlinoff in einer ganz anderen Weise in Erscheinung, als in seinen Memoiren. Er hat im Ministerrat am 24. Juli 1914 dem verhängnisvollen Beschluß auf Teilmobilmachung gegen Oesterreich-Ungarn zugestimmt, er hat am 25. Juli im Kronrat von Krasnoje Szélo gegen die Ausführung dieses Beschlusses keinen Einspruch erhoben und er ist am 29. Juli dem Beschluß für die sofortige Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung beigetreten. Suchomlinoff hat somit im Juli 1914 allen Beschlüssen seine Zustimmung gegeben, die den europäischen Krieg unabwendbar machen mußten.

Wenn in der deutschen Presse, unter dem Eindruck der Memoiren Suchomlinoffs, die Rolle dieses Mannes bei Kriegsausbruch zumeist als eine rein passive geschildert wird, so entspricht dies wohl kaum den historischen Tatsachen. Es verträgt sich dies auch nicht mit dem tatenlustigen Charakter und dem lebhaften Temperament selbst des gealterten Suchomlinoff, wie wir ihn kennen lernen durften.

*

Neue russische Dokumente.

In dem soeben erschienenen Heft 10 des „Krasny-Archiv" wird der Schriftwechsel des russischen Finanzministeriums über den Abschluß ausländischer Anleihen aus dem Jahre 1905/06 veröffentlicht. Die Schriftstücke lassen den Gegensatz zwischen der Pariser Regierung, die den russischen Anleihewünschen wohlwollend gegenübersteht, und den französischen Finanzkreisen, die eine ablehnende Haltung einnehmen, erkennen.

Aus dem übrigen Inhalt ist neben einem Aufsatz über die englisch-russische Konvention von 1907 und die Teilung Afghanistans der Schriftwechsel zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem Zaren über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina zu erwähnen.

*

Bücherschau.

Claparède, René: „E. D. Morel. Un grand homme d'action 1873—1924." S. A. Jent, Genf 1926, 32 S.

Bryan, Jennings: „The Memoirs of William Jennings Bryan." By Himself and His Wife, Mary Baird Bryan. The John C. Winston Company, Chicago-Philadelphia-Toronto 1926, 560 S.

Denner, Tyler: „Roosevelt and the Russo-Japanese War." A critical study of American policy in Eastern Asia in 1902 to 1905, based primarily upon the private papers of Theodore Roosevelt. Doubleday, Page & Co., Garden City and New York 1925, 371 S.

Judet, Ernest: „Georges Louis." Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926, 279 S.

Margueritte, Victor: „Die Verbrecher." Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926, 309 S.

Montgelas, Pauline: „Von Frankreichs Seele und Form. Der Kampf um den Rhein." Mit einem Geleitwort von Professor Georg Karo. Verlag Hans Scheller, Charlottenburg 1925, 169 S.

Nowack, Karl Friedrich: „Der Weg zur Katastrophe." Mit Briefen, Gesprächen, Dokumenten und Karten. Quellenmäßig belegte Ausgabe. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926, 300 S.

Stegemann, Hermann: „Das Trugbild von Versailles." Weltgeschichtliche Zusammenhänge und strategische Perspektiven. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin-Leipzig 1926, 358 S.

Stieve, Friedrich: „Isvolsky and the World War." Based on the Documents recently published by the German Foreign Office. Translated by E. W. Dickes. Allen and Unwin, London 1926, 254 S.

Eine ausführliche Besprechung bringt „The Times Literary Supplement" vom 11. Februar 1926, S. 87.

Meyers Geographischer Handatlas. Fünfte, gänzlich umgearbeitete Auflage. Mit 92 Haupt- und 102 Nebenkarten sowie vollständigem abecelichem Namenverzeichnis. In Leinen gebunden 24 Reichsmark. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.)

Es ist zu begrüßen, daß dem vom gleichen Verlag nach dem Kriege herausgegebenen „Kleinen Handatlas" nun auch eine neue Auflage von Meyers Geographischem Handatlas folgt, der gegen den kleinen die doppelte Tafelzahl aufweist. Der auch äußerlich geschmackvoll ausgestattete Band zeichnet sich durch Reichhaltigkeit, Zuverlässigkeit und Uebersichtlichkeit der Karten aus. Das glücklich gewählte Format, das dem eines Lexikonbandes entspricht und es ermöglicht, den Atlas auf dem Schreibtisch oder im Büchergestell unterzubringen, und seine Wohlfeilheit sind weitere ins Auge fallende Vorzüge. Die zahlreichen durch den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufenen Veränderungen im Staatenbilde sind überall gewissenhaft berücksichtigt, so daß der Atlas ein ansprechendes Bild von der heutigen Länder- und Staatengestaltung bringt. Einen wertvollen Bestandteil bilden die in größeren Maßstäben wiedergegebenen Pläne und Umgebungskarten von wichtigen Großstädten und Häfen sowie die Sprachenkarten der Grenzgebiete. Ein Verzeichnis aller auf den Karten und Plänen vorkommenden Namen mit über 65 000 Nachweisen ermöglicht es jedem Benutzer, sich im Atlas schnell zurechtzufinden.

Soeben erschien

UNIV.-PROFESSOR GEORG KARO (HALLE)

GRUNDZÜGE DER KRIEGSSCHULDFRAGE

Preis M. 1.50

Den geschulten Lesern der Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" braucht diese Schrift nicht mit allgemeinen Erläuterungen empfohlen zu werden. Aber auch ihnen so viel Allgemeines, daß diese „Grundzüge" etwas Neues darstellen, nämlich nichts Geringeres als ein Gesamtbild der europäischen Politik von 1871—1914, aufgebaut auf dem Problem der Kriegsschuldfrage. Aber nicht nur dies ist dem Verfasser auf bloß 64 Seiten in meisterhafter Weise gelungen; er bringt in diesem engen Raum nach jedem Kapitel auch umfassende Literaturangaben und als Anhang die Vorkriegsverträge in zwei Sprachen und ein gutes Register. Dies die Inhaltsübersicht: 1. Die Problemstellung, II. Bismarcks Kanzlerschaft (1871—1890), III. Der neue Kurs (1890—1900), IV. Deutschlands Aufstieg (1900—1905), V. Die Isolierung Deutschlands (1906—1910), VI. Ständige Kriegsgefahr (1911—1914), VII. Die Krisis vom Juli 1914, — Register — Anhang: Die Vorkriegsverträge.

Die Schrift erfüllt inhaltlich folgende Forderungen: Ueberparteilichkeit, vollständige Beherrschung des Stoffes, knappe und klare Darstellung, genaue und zahlreiche Literaturangaben, Brauchbarkeit für den Forscher. Und folgende praktische Forderungen: Klare, gemeinverständliche Darstellung, geringer Umfang, geringer Preis bei würdiger und dauerhafter Ausstattung, Brauchbarkeit für weiteste Kreise. Damit ist tatsächlich etwas Einzigartiges, bislang Fehlendes geschaffen. Die „Grundzüge" sind zu einer Grundschrift der Kriegsschuldfrage geworden.

Wir fordern die Leser dieser Zeitschrift deshalb nicht etwa nur zur eigenen Anschaffung auf, sondern richten vielmehr eine Bitte und einen Appell an sie, dieses gelungene Werk eines der ersten Forscher verbreiten zu helfen im In- und Auslande! Wer einen verständigen Freund im Auslande hat, möge es ihm senden. Im Inland ist die Kenntnis in allen Kreisen nicht minder wichtig, damit wenigstens in dieser das ganze Volk angehenden Frage der Weg zur Einigkeit geebnet wird. Keine Schul-, Vereins-, Werk- oder Direktionsbücherei sei ohne die „Grundzüge". Man dringe darauf, daß sie von jeder guten Buchhandlung ständig geführt und ausgehängt werden. Geben Sie ihrem Buchhändler oder direkt an uns die Anschriften von Interessenten; wir werden dann Inhaltsverzeichnis und Prospekt schicken. Vor allem bitten wir Sie selbst um baldige Lesung. Für einige Worte des Urteils wären wir dankbar.

Buchverlag der Süddeutschen Monatshefte
München, Amalienstraße 6.

SOEBEN IST ERSCHIENEN:

Die neuen Steuergesetze und ihre Bedeutung

I. Band

Unter freundlicher Mitarbeit der zuständigen Referenten im Reichsfinanzministerium

herausgegeben von

Dr. Kulenkampff

Mitglied des Reichstages

mit einer Einleitung von

Dr. Popitz

Staatssekretär im Reichsfinanzministerium

★

Umfang: 350 Seiten in Leinen gebunden ord. Rm. 10.--
Unter Berücksichtigung aller Veränderungen und Nachträge
Abgeschlossen am 31. Dezember 1925

★

Auch neben jedem anderen Kommentar unentbehrlich für jeden Kaufmann, Beamten, Rechtsanwalt usw.

DER DEUTSCHEN-SPIEGEL VERLAGS-GESELLSCHAFT M.B.H. / BERLIN W 35

Druck von Otto Elsner, Berlin S 42

Das Wichtigste aus dem Inhalt.

Der amerikanische Professor Harry Elmer Barnes gelangt zu nachstehender Verteilung der Kriegsschuld:

„Wenn wir die Reihenfolge der Schuld der verschiedenen Länder abschätzen, so können wir mit Sicherheit sagen, daß die einzige direkte und unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg auf Frankreich und Rußland fällt mit der Schuld zu etwa gleichen Teilen. Dann würde Oesterreich kommen, obwohl es niemals einen allgemeinen europäischen Krieg wünschte. Zum Schluß würden wir Deutschland und England gemeinschaftlich den letzten Platz zuerkennen, da beide in der Krise von 1914 gegen den Krieg waren."

Professor Barnes zieht aus dieser Verteilung der Kriegsschuld folgende Schlußfolgerung: „Nachdem die Schuld für den Weltkrieg verteilt ist, sollten die Ausgaben für die Schadloshaltung der Leidenden ebenso verteilt werden."

★

Gunther Frantz gibt in seinem Aufsatz erstmalig in deutscher Übersetzung das Protokoll des russischen Ministerrates vom 24. Juli 1914 wieder, aus dem hervorgeht, daß die russische Regierung schon zu diesem frühen Zeitpunkt zu einer gewaltsamen Lösung des Konfliktes zugunsten Serbiens entschlossen war.

★

Bernhard Schwertfeger veröffentlicht die erste kritische deutsche Würdigung des belgischen offiziösen Geschichtswerkes über den Weltkrieg, das an Deutschenhaß die schlimmsten Erwartungen übertrifft. Insbesondere brandmarkt Schwertfeger den in diesem Werk getriebenen Mißbrauch mit völkerverhetzenden Karikaturen.

Alfred von Wegerer stellt die Unkenntnis Greys über die Entstehung des Attentats von Sarajewo fest und zeigt in eingehender Beweisführung, wie haltlos die von Grey aufgestellte Behauptung ist, die serbische Mitschuld sei eine „unbewiesene Verdächtigung".

★

Aus dem Russischen wird der Briefwechsel zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem Zaren über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina mitgeteilt.

★

Die große Aktenveröffentlichung des englischen Auswärtigen Amtes über die Vorgeschichte und den Ausbruch des Weltkrieges wird elf Bände umfassen, von denen der letzte, der die diplomatischen Verhandlungen vor Kriegsausbruch enthält, noch im Frühjahr 1926 gleichzeitig in London und Berlin in englischer und deutscher Spracher erscheinen wird.

★

The Verdict on War Guilt as It Stands in 1926.

By Harry Elmer Barnes, Ph. D.

Der vorliegende Aufsatz, der uns von dem amerikanischen Professor Harry Elmer Barnes in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt wurde, ist ein Vorabdruck aus dem Schlußkapitel seines Buches, das demnächst im Verlag von Alfred Knopf in New York erscheinen wird. Wir bringen den Aufsatz im englischen Originaltext sowie in deutscher Übersetzung. Die Schriftleitung.

The large collections of secret documents published by the Austrian, German, Russian and English governments, together with the many memoirs and monographs dealing with various aspects of the responsibility for the World War, enable us at the present time to reconstruct our ideas upon this momentous problem. Such study and reflection as the present writer has been able to execute in this field has brought him to the following conclusions.

The general European system after 1870, based as it was upon nationalism, militarism, secret alliances, and imperialistic aims, naturally inclined Europe toward war. This international system does not, however, explain why war came in 1914, as the same general European situation had been prevailing for many years prior to that time, though certain problems has become more acute in the year immediately preceding the World War, particularly those arising out of clashes in Morocco and the Near East. We must examine into the manner in which the European system was so manipulated as to lead to war in 1914.

The Franco-Russian Alliance, concluded in 1893, was first transformed into a strong and offensive organization following 1912 through the coöperation of Izvolski and Poincaré. Both recognized that the chief objectives of Russian and French foreign policy, the seizure of the Straits and the return of Alsace-Lorraine, could be realized only through a general European war. From 1912/14 their joint plans involved a manipulation of the Balkan situation in such a fashion as to be able to take advantage of any crisis likely to provoke a European war, to get England so involved that she would be bound to come in on the side of France and Russia, and greatly to increase the military preparations in France and Russia. It was decided that Serbia would be the area likely to be most fruitful in which to create the desired incident in the Balkans. Hence, Serbian nationalism was strongly encouraged and particularly directed against the position of Austria in the Balkans.

In the early spring of 1914 a prominent officer in the Serbian General Staff, together with other Serbian intriguers, laid a plot for the assassination of the Archduke, Franz Ferdinand. The Serbian civil government was aware of the plot for at least a month before its execution, but made no adequate effort to stop the plot or to warn Austria. When the assassination came the French and Russians recognized that the impending clash between Austria and Serbia would constitute a highly appropriate episode over which to bring about the desired conflict. The year 1914 was a particularly desirable year because there was imminent danger that England might develop more happy relations with Germany, and that the French Radicals might be able to secure the repeal of the French Army Bill. Poincaré went to St. Petersburg and renewed his pledge of two years earlier to support Russia in a war over the Balkans, and indicated that the Austro-Serbian conflict would meet the conditions demanded by the French in supporting Russia in intervention in the Balkans.

The Franco-Russian plan was to advocate a show of conciliation and concessions on the part of Serbia, and to demonstrate an apparent Franco-Russian willingness to settle the dispute through diplomacy, while secret Franco-Russian military preparations were to be carried on synchronoualy which would ultimately make a diplomatic settlement quite impossible. Hence, Russia urged Serbia not to declare war on Austria, and, to insure a sufficiently conciliatory Serbian reply to Austria, the Serbian response to the Austrian ultimatum was drafted in the French Foreign Office. Russia did not desire to have Serbia precipitate matters prematurely by a declaration of war on Austria because this would unfavorably affect European opinion, particularly English opinion, and would also bring about military activities altogether too rapidly for Russia, whose mobilization over a vast area would necessarily be slow as compared with that of Austria and Germany.

On the 24th of July, the moment Russia and France learned of the terms of the Austrian ultimatum to Serbia, France and Russia began that joint program of diplomatic barrage combined with secret military preparations which made a European war inevitable by the afternoon of July 30th. Russia sent a diplomatic message to Serbia counselling moderation, but at the same time decided upon the mobilization of the four great military districts of Central and Southern Russia as well as of the Russian fleets. She also called in the Russian money in Austria and Germany. At this same moment Berthelot was drafting the Serbian reply in Paris. On

the same day Viviani telegraphed to the French Foreign Office that the Austro-Serbian situation was likely to create serious European complications, and the Frenchs troops of Morocco were ordered home. Both countries began systematic military preparations for war on the 26th of July.

By the 29th the time had come when Russian military preparations had gone far enough to warrant a general mobilization, and the Tzar was persuaded to consent to this order. A telegram from the Kaiser, however, persuaded him to revoke the order, but the next day Sazonov and the army officials once more wormed out of the Tsar his reluctant consent to the order for general mobilization. The French and the Russians had understood for a generation that once Russian general mobilization was ordered there would be no way of preventing a European war. General Dobrorolski has told us with great candor that the Russian authorities in 1914 fully realized that a European war was on as soon as the mobilization order had been sent out of the general telegraph office in St. Petersburg late in the afternoon of the 30th.

The French authorities had been thoroughly informed as to the nature and progress of the Russian military preparations, but they made no effort to restrain them, though the French well knew that these military activities made a European war unavoidable. They actually urged the Russians to speed up their military preparations but to be more secretive about them, so as not to alienate England and provoke Germany to countermobilization. On the night of July 31st the French government went still further and openly decided for war, handing this information to Izvolski about midnight of the 31st. France was thus the first country to declare itself for war in the European crisis of 1914, while Russia was the first to take those steps that made war certain.

The Austrian statesmen in 1914 decided that the time had come when it would be necessary to curb the Serbian menace, and they consciously planned the ultimatum to Serbia with such severity that it would be practically impossible for Serbia to concede all of these demands. The Austrian plan then was to make a show of diplomacy but to move toward a certain punitive war. This program was much like that of France and Russia, save for the fact that Austria desired to provoke nothing but a local punitive war while the plans of France and Russia envisaged a general European conflict. This is the most important point to be borne in mind when estimating the relative war guilt of Austria as against that of France and Russia.

Germany, formerly friendly to Serbia, was alarmed by the assassination of the Archduke and the resulting menace to her chief ally. Germany therefore agreed to stand behind Austria in the program of the latter to execute her plan of punishing Serbia. The answer of the Serbians to the Austrian ultimatum, however, impressed the Kaiser as satisfactory, and from that time on he was opposed to further military activity on the part of Austria against Serbia. In cooperation with Sir Edward Grey, Germany began on the 27th of July to urge upon Austria direct negotiations with Russia and mediation of her dispute with Serbia. Austria refused to listen to this advice and declared war upon Serbia on the 28th. Germany became alarmed at the rumored Russian military preparations and vigorously pressed Austria for a diplomatic settlement of the dispute.

Austria did not give way and consent to this until the 31st of July, which was too late to avert the general European war because the Russian mobilization was then in full swing. Germany endeavored without success to secure the suspension of military activities by Russia, and then after unexpected hesitation and deliberation declared war upon Russia. The Russian general mobilization, undertaken with the full connivance of the French, was ordered at a time when diplomatic negotiations were moving rapidly toward a satisfactory settlement of the major problems in the crisis. Hence, the Russian general mobilization not only initiated military hostilities, but was also the sole reason for the failure of diplomatic efforts.

England was for peace provided France was not drawn into the conflict, but was determined to come into the war in case France was involved. As France decided from the beginning to stand with Russia for war, and as England refused to attempt to restrain either France or Russia, she was inevitably drawn away from her support of the German efforts for a diplomatic settlement of the crisis and into the support of the military aggression of France and Russia. She made her decision to enter the war after Germany had offered to keep out of Belgium and to refrain from attacking France if England would remain neutral. Germany suggested that she would guarantee the integrity of France in the event of war if England would promise to remain neutral. The Belgian issue in England was a pure subterfuge exploited to inflame British opinion against Germany and to secure British support of the war policy of Sir Edward Grey.

The United States entered the war in part because the British blockade of the ports of the Central Powers led us to have our chief financial stake in the Entente, and partly because of the pro-British sympathies of Ambassador Page and President Wilson, which made it impossible for them to attempt to hold England strictly to international law on the seas. The English violations of international law in regard to neutral rights provoked the German submarine warfare in retaliation, and this submarine warfare furnished the ostensible excuse for the American entry into the conflict, though Mr. Wilson had secretly conveyed to England his intention to enter the war on the side of the Entente nearly a year before the resumption of German submarine warfare, if Germany would not submit to terms which only a conquered nation could accept.

In estimating the order of guilt of the various countries we may safely say that the only direct and immediate responsibility for the World War falls upon France and Russia, with the guilt about equally distributed. Next in order would come Austria, though she never desired a general European war. Finally, we should phace Germany and England as tied for last place, both being opposed to war in the 1914 crisis. Probably the German public was somewhat more favorable to military activities than the English people, but the Kaiser made much more strenuous and decisive efforts to preserve the peace of Europe in 1914 than did Sir Edward Grey.

The really important aspect of the above material is not, of course, merely the satisfaction of our curiosity as to the historical facts regarding war origins, but the important bearing which these facts have on public and international policy at the present time. As the prevailing European international policy is still based upon the assumption of unique German responsibility for the war it is evident that the facts in the situation demand the repudiation of this program and the adoption of a more fair and constructive policy. The Dawes report, and the discussion which it has promoted, in common with most of the analyses of the reparations problem, rests upon altogether fallacious premises which alike invalidate the content of the proposal and the machinery of enforcement. The whole logical and juristic foundation of the notion of reparations from Germany, in so far as it differs from the age-old policy of punitive levies on conquered peoples, is the assumption of the complete and unique responsibility of Germany for the origin of the World War and the misery, suffering and

economic losses which it entailed. This assumption is fully embodied in the provisions of the treaty of Versailles relating to reparations, and even Poincaré was once incautious enough to admit that proof of divided responsibility for the outbreak of the great conflict carried with it a disappearance of the case for German reparations. The Dawes plan, and any current American and European agreements as to its enforcement, while immensely better than the Poincaré policy, are comparable to efforts to reduce the fine of a man, known by all to be innocent.

What we need to do is to adopt a broad, constructive and farsighted policy. The guilt for the World War having been distributed, the expense of indemnifying the sufferers should likewise be distributed. The United States might well use its undoubted financial power to induce France and England (the latter would probably glady welcome the proposal) to forego all notion of any reparations from Germany and to adopt the program of a mutual sharing with Germany of the burdens of reconstruction and rehabilitation. The United States could with great propriety indicate its good-will and intentions in the circumstances by cancelling the debts of the European powers on the above condition. Once England and France gave some such evidence of international honesty and decency, one of the chief obstacles and objections would be removed to our joining the League of Nations. We may agree with Fabre-Luce that, though the wartime slogan that America and the Entente entered the War solely for the purpose of ending all war was at the time pure hypocrisy, yet we shall have lost both the War and the peace if we do not take steps to make this constructive aspiration an achieved reality. The beginnings of any such move must be found in an appreciation of the facts concerning the origins of the World War.

Das Urteil über die Kriegsschuld nach dem Stande von 1926.

Von Harry Elmer Barnes, Ph. D.

Die großen Sammlungen von den durch die österreichische, deutsche, russische und englische Regierung veröffentlichten Geheimdokumenten, zusammen mit den vielen Memoiren und Monographien, die sich mit den verschiedenen Gesichtspunkten der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg befassen, setzen uns jetzt in den Stand, unsere Ideen von diesem wichtigen Problem neu aufzubauen. Dies Studium und die Betrachtungen, die der Schreiber dieser Zeilen in der Lage war, in diesem Felde anzustellen, hat ihn zu den folgenden Schlüssen gebracht.

Das allgemeine europäische System nach 1870, wie es auf Nationalismus, Militarismus, Geheimbünden und imperialistischen Zielen basiert war, stellte natürlicherweise Europa auf Krieg ein. Dieses internationale System erklärt jedoch nicht, warum der Krieg im Jahre 1914 kam, da dieselbe allgemeine europäische Lage viele Jahre vor dieser Zeit vorherrschte, obwohl gewisse Probleme in den Jahren unmittelbar vor dem Kriege sich mehr zugespitzt hatten, besonders diejenigen, die aus Zusammenstössen in Marokko und dem nahen Osten hervorgingen. Wir müssen die Art und Weise prüfen, wie das europäische System gehandhabt wurde, um zum Kriege im Jahre 1914 zu führen.

Das französisch-russische Bündnis, im Jahre 1893 geschlossen, wurde zuerst in eine starke Angriffsorganisation umgeändert, die im Jahre 1912 durch das Zusammenwirken Izvolskis und Poincarés erfolgte. Beide erkannten, daß die Hauptziele der russischen und französischen Außenpolitik, die Inbesitznahme der Meerengen und die Rückgabe Elsaß-Lothringens, nur durch einen allgemeinen europäischen Krieg verwirklicht werden konnten. Von 1912 bis 1914 bedingten ihre vereinten Pläne eine derartige Handhabung der Balkanlage, daß sie in der Lage waren, aus jeder Krise, die voraussichtlich einen europäischen Krieg herbeiführen konnte, Vorteil zu ziehen, England so zu verwickeln, daß es gezwungen sein würde, sich auf der Seite Frankreichs und Rußlands zu beteiligen und die militärischen Rüstungen in Frankreich erheblich zu verstärken. Es wurde entschieden, daß Serbien voraussichlich das fruchtbarste Gebiet sein würde, auf dem man den gewünschten Zwischenfall auf dem Balkan hervorrufen könnte. Serbischer Nationalismus wurde daher stark ermutigt und besonders gegen die Stellung Österreichs im Balkan gerichtet.

Um Frühlingsanfang 1914 entwarf ein hoher Offizier im serbischen Generalstab zusammen mit anderen serbischen Verschwörern einen Plan zur Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Die serbische Zivilregierung kannte den Plan wenigstens einen Monat vor seiner Ausführung, machte jedoch keinerlei angemessene Anstrengung, den Plan zu verhindern oder Österreich zu warnen. Als der Mord kam, erkannten die Franzosen und Russen, daß der bevorstehende Zusammenstoß zwischen Österreich und Serbien einen außerordentlich geeigneten Zwischenfall abgeben würde, über den man den gewünschten Konflikt herbeiführen könnte. Das Jahr 1914 war ein ganz besonders wünschenswertes Jahr, weil zu der Zeit die Gefahr drohte, daß England angenehmere Beziehungen zu Deutschland entwickeln könnte, und daß die französischen Radikalen imstande sein könnten, die Ablehnung des französischen Armeegesetzes durchzusetzen. Poincaré ging nach St. Petersburg und erneuerte sein Gelöbnis von vor zwei Jahren, Rußland in einem Kriege um den Balkan zu unterstützen, und deutete an, daß der österreichisch-serbische Konflikt den von den Franzosen verlangten Bedingungen entsprechen würde, um Rußland bei einem Eingreifen auf dem Balkan zu unterstützen.

Der französisch-russische Plan war, das Zeigen eines versöhnlichen Geistes und Zugeständnisse von seiten Serbiens zu befürworten und eine scheinbare französisch-russische Geneigtheit darzutun, den Streit auf diplomatischem Wege zu schlichten, während gleichzeitig geheime französisch-russische militärische Rüstungen ausgeführt werden sollten, die am Ende eine diplomatische Erledigung ganz unmöglich machen würden. Daher drang Rußland in Serbien, nicht an Österreich Krieg zu erklären, und um eine ausreichend versöhnliche serbische Antwort an Österreich sicherzustellen, wurde die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum im französischen auswärtigen Amt entworfen. Rußland wünschte nicht, daß Serbien die Dinge voreilig durch eine Kriegserklärung an Österreich überstürze, weil dies die europäische öffentliche Meinung ungünstig beeinflussen würde, besonders die Englands, und auch militärische Bewegungen bei weitem zu schnell für Rußland herbeiführen würde, dessen Mobilmachung über ein weites Gebiet notgedrungen langsam sein mußte im Vergleich mit Österreich und Deutschland.

Am 24. Juli, in dem Augenblick, in dem Rußland und Frankreich die Bedingungen des österreichischen Ultimatums an Serbien erfuhren, begannen Frankreich und Rußland das gemeinschaftliche Programm diplomatischer Manöver, vereint mit geheimen militärischen

Vorbereitungen, die am Nachmittag des 30. Juli einen europäischen Krieg unvermeidlich machten. Rußland sandte eine diplomatische Botschaft an Serbien, in der es zur Mäßigung riet, entschloß sich aber zu gleicher Zeit zur Mobilmachung sowohl der vier großen Militärbezirke Zentral- und Südrußlands als auch der russischen Flotten. In demselben Augenblick entwarf Berthelot die serbische Antwort in Paris. Auch verlangte Rußland die Rückzahlung russischen Geldes in Österreich und Deutschland. Am selben Tage telegraphierte Viviani an das französische auswärtige Amt, daß die österreichisch-serbische Lage wahrscheinlich ernste europäische Verwicklungen herbeiführen würde, und die französischen Marokkotruppen wurden heimbeordert. Beide Länder begannen systematische militärische Vorbereitungen zum Kriege am 26. Juli.

Am 29. war die Zeit gekommen, daß russische militärische Rüstungen weit genug gediehen waren, eine allgemeine Mobilmachung zu rechtfertigen, und der Zar wurde überredet, diesem Befehl zuzustimmen. Ein Telegramm des Kaisers veranlaßte ihn allerdings, den Befehl zurückzuziehen, aber am nächsten Tage entwanden Sazonov und die hohen Offiziere dem Zaren nochmals seine widerwillige Zustimmung zu dem Mobilmachungsbefehl. Die Franzosen und Russen waren sich seit einer Generation klar, daß, wenn einmal die allgemeine russische Mobilmachung befohlen war, es keinen Weg geben würde, einen europäischen Krieg zu verhindern. General Dobrorolski hat uns mit großer Offenheit gesagt, daß die russischen Behörden im Jahre 1914 sich vollkommen klar waren, daß ein europäischer Krieg begann, sobald der Mobilmachungsbefehl am späten Nachmittag des 30. vom Haupttelegraphenamt in St. Petersburg abgesandt wurde.

Die französischen Behörden waren genau über die Natur und den Fortschritt der russischen militärischen Vorbereitungen unterrichtet, machten jedoch keinerlei Anstrengungen, sie zurückzuhalten, obwohl die Franzosen wohl wußten, daß diese militärischen Rüstungen einen europäischen Krieg unvermeidlich machten. Sie drängten die Russen tatsächlich, ihre militärischen Vorbereitungen zu beschleunigen, jedoch dieselben etwas besser zu verheimlichen, um England nicht zu entfremden und Deutschland zur Gegenmobilmachung herauszufordern. In der Nacht des 31. Juli ging die französische Regierung noch weiter und entschied sich offen für den Krieg und gab Izvolski diese Nachricht etwa um Mitternacht des 31. Frankreich war so das erste Land, das sich in der europäischen Krise von 1914 für den Krieg erklärte, während Rußland das erste war, die Schritte zu tun, die zum Kriege führen mußten.

Die österreichischen Staatsmänner entschieden sich 1914 dafür, daß die Zeit gekommen sei, wo es nötig sein würde, der serbischen Drohung einen Riegel vorzuschieben, und sie entwarfen das Ultimatum an Serbien bewußt mit solcher Strenge, daß es für Serbien praktisch unmöglich sein würde, allen diesen Forderungen nachzugeben. Der österreichische Plan war, den Anschein diplomatischer Verhandlungen zu erwecken, aber auf einen sicheren Bestrafungskrieg hinzuarbeiten. Dieses Programm war dem Frankreichs und Rußlands sehr ähnlich, abgesehen von der Tatsache, daß Österreich nichts als einen lokalen Strafkrieg herbeizuführen wünschte, während die Pläne Frankreichs und Rußlands einen allgemeinen europäischen Konflikt umfaßten. Dies ist der allerwichtigste Punkt, den man im Auge haben muß, wenn man die verhältnismäßige Kriegsschuld Österreichs gegen die Frankreichs und Rußlands abwägt.

Deutschland, das früher Serbien freundlich gesinnt war, wurde durch die Ermordung des Erzherzogs und die daraus entstehende Drohung für seinen Hauptverbündeten beunruhigt. Deutschland erklärte sich daher bereit, hinter Österreich zu stehen in dem Programm des letzteren, seinen Plan, Serbien zu bestrafen, durchzuführen. Die Antwort der Serben auf das österreichische Ultimatum beeindruckte jedoch den Kaiser als zufriedenstellend, und von da an war er gegen weitere militärische Aktion von seiten Österreichs gegen Serbien. In Zusammenarbeit mit Sir Edward Grey begann Deutschland am 27. Juli, Österreich zu direkten Verhandlungen mit Rußland und Vermittlung seines Streites mit Serbien zu drängen. Österreich weigerte sich, auf diesen Rat zu hören und erklärte Serbien am 28. den Krieg. Deutschland wurde durch die Gerüchte von russischen militärischen Vorbereitungen alarmiert und drängte Österreich energisch zu einer diplomatischen Erledigung des Streites.

Österreich gab nicht nach und stimmte nicht zu bis zum 31. Juli, als es zu spät war, den allgemeinen europäischen Krieg abzuwenden, da die russische Mobilmachung da schon im vollen Gange war. Deutschland versuchte ohne Erfolg, die Unterbrechung der militärischen Vorbereitungen Rußlands zu erreichen und erklärte dann nach unerwartetem Zögern und Überlegen Rußland den Krieg. Die russische allgemeine Mobilmachung, die in vollem Einverständnis mit den Franzosen vollzogen worden war, wurde zu einem Zeitpunkt angeordnet, als diplomatische Verhandlungen sehr schnell einer zufriedenstellenden Lösung der Hauptprobleme der Krise entgegeneilten. Daher leitete die russische

allgemeine Mobilmachung nicht nur die militärischen Feindseligkeiten ein, sondern war auch der einzige Grund für den Mißerfolg der diplomatischen Bemühungen.

England war für Frieden, vorausgesetzt, daß Frankreich nicht in den Konflikt hineingezogen wurde, aber es war entschlossen, in den Krieg einzutreten, im Falle, daß Frankreich verwickelt würde. Da Frankreich von Anfang an entschlossen war, mit Rußland für den Krieg einzustehen, und da England sich weigerte, den Versuch zu machen, Frankreich oder Rußland zurückzuhalten, so wurde es unvermeidlich von seiner Unterstützung der deutschen Anstrengungen für eine diplomatische Erledigung der Krise ab- und in die Unterstützung des militärischen Angriffs Frankreichs und Rußlands hineingezogen. Es faßte seinen Entschluß, in den Krieg einzutreten, nachdem Deutschland angeboten hatte, Belgien nicht zu betreten und Frankreich nicht anzugreifen, wenn England neutral bleiben würde. Deutschland schlug vor, daß es die Unantastbarkeit Frankreichs im Kriegsfalle garantieren würde, wenn England versprechen wollte, neutral zu bleiben. Die belgische Frage in England war ein bloßer Vorwand, der ausgenutzt wurde, um die britische öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzuhetzen und britische Unterstützung der Kriegspolitik Sir Edward Greys zu gewinnen.

Die Vereinigten Staaten traten in den Krieg ein, teils weil die britische Blockade der Häfen der Zentralmächte unsere ganzen finanziellen Interessen auf die Seite der Entente verlegte und teils wegen der pro-britischen Sympathien des Botschafters Page und des Präsidenten Wilson, die den Versuch für sie unmöglich machten, England streng zur Beobachtung des Völkerrechts auf See anzuhalten. Die englischen Verletzungen des Völkerrechts bezüglich neutraler Rechte forderte den deutschen Unterseebootkrieg in Wiedervergeltung heraus, und dieser Unterseebootkrieg lieferte die scheinbare Entschuldigung für den amerikanischen Eintritt in den Kampf, obwohl Herr Wilson beinahe ein Jahr vor der Wiederaufnahme des deutschen Unterseebootkrieges England heimlich seine Absicht kundgegeben hatte, in den Krieg auf seiten der Entente einzutreten, wenn Deutschland sich nicht Bedingungen unterwerfen würde, die nur eine besiegte Nation annehmen konnte.

Wenn wir die Reihenfolge der Schuld der verschiedenen Länder abschätzen, so können wir mit Sicherheit sagen, daß die einzige direkte und unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg auf Frankreich und Rußland fällt mit der Schuld zu etwa gleichen Teilen. Dann würde Österreich kommen, obwohl es niemals einen allgemeinen europäischen Krieg wünschte. Zum Schluß würden wir

Deutschland und England gemeinschaftlich den letzten Platz zuerkennen, da beide in der Krise von 1914 gegen den Krieg waren. Vielleicht war das deutsche Publikum militärischen Unternehmungen etwas mehr geneigt als das englische Volk, aber der Kaiser machte viel stärkere und entschlossenere Anstrengungen, den Frieden Europas im Jahre 1914 zu wahren, als Sir Edward Grey.

Die wirklich wichtige Seite des oben angeführten Materials ist natürlich nicht nur die Befriedigung unserer Neugierde auf die historischen Tatsachen bezüglich der Kriegsursachen, sondern das wichtige Verhältnis, welches diese Tatsachen zu der öffentlichen und internationalen Politik zu gegenwärtiger Zeit haben. Da die vorherrschende europäische internationale Politik noch auf der Annahme alleiniger deutscher Verantwortung für den Krieg beruht, so ist es klar, daß die tatsächliche Lage der Verwerfung dieses Programms und die Aufnahme einer gerechteren und aufbauenden Politik erfordert. Der Dawes-Bericht und der Meinungsaustausch, den er hervorgerufen hat, zusammen mit den meisten Analysen des Reparationsproblems beruhen auf durchaus trügerischen Voraussetzungen, die gleichzeitig den Inhalt des Vorschlages und die Maschinerie der Durchführung außer Kraft setzen.

Das ganze logische und juristische Fundament des Gedankens von deutschen Reparationen, soweit es sich von der Jahrtausende alten Politik der besiegten Völkern auferlegten Strafkontributionen unterscheidet, ist die Annahme der vollkommenen und einzigen Verantwortung Deutschlands für den Ursprung des Weltkrieges und das Elend, Leiden und die wirtschaftlichen Verluste, die er mit sich brachte. Diese Annahme ist voll in den auf Reparationen bezüglichen Verordnungen des Versailler Vertrags verkörpert, und selbst Poincaré war einmal unvorsichtig genug, zuzugeben, daß der Beweis geteilter Verantwortung für den Ausbruch des großen Kampfes das Verschwinden der deutschen Reparationen mit sich brächte. Der Dawes-Plan und alle laufenden amerikanischen und europäischen Übereinkommen zu seiner Durchführung, obwohl unendlich besser als die Poincaré-Politik, sind mit Bemühungen zu vergleichen, die Geldstrafe eines Mannes zu verringern, der allen als unschuldig bekannt ist.

Was wir tun müssen, ist, uns eine großzügige, aufbauende und weitsichtige Politik zu eigen zu machen. Nachdem die Schuld für den Weltkrieg verteilt ist, sollten die Ausgaben für die Schadloshaltung der Leidenden ebenso verteilt werden. Die Vereinigten Staaten sollten ihre unzweifelhafte finanzielle Macht benutzen,

Frankreich und England (letzteres würde den Vorschlag wahrscheinlich mit Freuden begrüßen) zu veranlassen, jeden Gedanken irgendwelcher Reparationen von Deutschland fallen zu lassen und das Programm anzunehmen, mit Deutschland auf Gegenseitigkeit die Bürde des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung zu tragen. Die Vereinigten Staaten könnten mit großem Anstand ihren guten Willen und ihre guten Absichten unter den Umständen zu erkennen geben, indem sie die Schulden der europäischen Mächte unter den obigen Bedingungen strichen. Nachdem England und Frankreich einmal einen solchen Beweis internationaler Ehrlichkeit und Anständigkeit gegeben hätten, wäre eins der Haupthindernisse und Einsprüche gegen unseren Eintritt in den Völkerbund beseitigt. Wir mögen mit Fabre-Luce übereinstimmen, daß, obwohl das Kriegsschlagwort, Amerika und die Entente wären lediglich in den Krieg gegangen, um allem Kriege ein Ende zu machen, zu jener Zeit reine Heuchelei war, wir beides, den Krieg und den Frieden verloren haben werden, wenn wir nicht Schritte tun, dieses nach Aufbau gehende Streben zu einer vollendeten Wirklichkeit zu machen. Der Beginn einer solchen Bewegung muß in der Würdigung der Tatsachen des Ursprungs des Weltkrieges gefunden werden.

Sasonow und die russische Mobilmachung 1914.

Von Gunther Frantz.

Wir sollten glauben, daß das Thema der russischen Mobilmachung in der Öffentlichkeit zur Genüge behandelt worden ist, daß es erschöpft und so gründlich nach allen Richtungen hin durchleuchtet ist, daß über ihre Bedeutung für die Entstehung des Weltkrieges keine Zweifel mehr bestehen könnten. Dem ist aber nicht so. Veranlassung, erneut auf dieses Thema zurückzugreifen, geben uns insbesondere zwei Stimmen, die von der englischen Insel zu uns herüberschallen und beweisen, daß immer wieder Versuche gemacht werden, alles zu entstellen und zu verdunkeln, was Deutschland helfen könnte, die berüchtigte Versailler These von Deutschlands Schuld am Kriege zu Fall zu bringen.

Es ist schon über ein Jahr her, daß in einer englischen Besprechung des deutschen, vom Reichsarchiv herausgegebenen amtlichen Werkes, die in der literarischen Beilage der Londoner „Times" am 15. 1. 1925 erschienen ist, sich der Satz findet: „Da Rußland seine Vorbereitungsperiode am 26. anordnete und keine endgültige Feststellung gemacht ist, daß Frankreich irgendwelche Kriegsmaßnahmen vor der Mobilisation außer der Grenzverletzung vornahm, so scheint dieser Punkt von geringer Bedeutung. Die Hauptanklage ist, daß Rußland den Krieg begann und die Mobilmachung eine halbe Stunde vor Deutschland anordnete!"

Eine andere Äußerung über Rußlands Rolle beim Kriegsausbruch, die uns eine Erwiderung abnötigt, findet sich in der englischen Ausgabe der „Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums"[1]) in Gestalt des Vorwortes, das der ehemalige russische Außenminister Sasonow geschrieben hat. Ihm mußte natürlich eine offizielle Veröffentlichung über seine amtliche Tätigkeit in den kritischen Tagen des Sommers 1914 außerordentlich peinlich sein. Deshalb ist es begreiflich, wenn er in einem Vorwort die Gelegenheit ergreift und versucht, dem belastenden Material einen Teil seines Gewichtes zu nehmen; er tut das allerdings mit unhaltbaren und unbeweisbaren Behauptungen und selbst unter unzutreffender Berufung auf nicht vollständiges Material aus der eigenen Werkstatt, wie es ihm in der Dardanellenfrage nachgewiesen ist[2]). Vertretern der Kriegsschuldlüge, die nicht lesen und hören wollen, was an Tatsachen schriftlich und mündlich inzwischen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht ist, können wir nicht mit Gewalt Auge und Ohr öffnen. Ihre Worte aber vergiften weiter das Gewissen der Welt — und dagegen gilt es anzukämpfen.

Am 24. Juli, als das Ultimatum an Serbien in Petersburg bekanntgeworden war, fand zunächst im Beisein des russischen Außenministers ein Frühstück beim französischen Botschafter, alsdann um 3 Uhr nachmittags ein Ministerrat statt.

Das Ergebnis dieser Ministerbesprechung, über deren Verlauf auch die Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums berichten, wurde in einem Protokoll mit folgendem Wortlaut niedergelegt:

---

[1]) „How the War began". London: George Allen u. Unwin.

[2]) Friedrich Stieve: Das russische Orangebuch über den Kriegsausbruch mit der Türkei. Verlag für Kulturpolitik. Berlin 1926.

(Kopie.) [3])

Text des russischen Planes.

Auf dem Originaltext geruhte S. M. mit eigener Hand die Worte „Einverstanden, Zarskoje Selo, 12. Juli 1914“ zu setzen.

Gegengezeichnet: Ministerpräsident,
Staatssekretär Goremykin.

Besondere Aufzeichnung des Ministerrats.

11./24. Juli 1914.

Nach der Erklärung des Ministers des Äußern betreffend die jüngsten Maßnahmen der österreichisch-ungarischen Regierung gegen Serbien.

Der Minister des Äußern setzte den Ministerrat in Kenntnis, daß sich, wie sich sowohl aus seinen eigenen Informationen als aus der Mitteilung des österreichisch-ungarischen Botschafters an dem Kaiserlichen Hof ergäbe, die österreichisch-ungarische Regierung an die serbische Regierung mit Forderungen gewandt habe, die in der Tat für die serbische Regierung als Regierung eines souveränen Staates ganz unannehmbar erschienen. Diese Forderungen seien in Form eines Ultimatums gestellt, das innerhalb einer bestimmten Frist Antwort verlange. Diese Frist laufe morgen, den 12./25. Juli, um 6 Uhr abends ab.

Da wir voraussahen, daß sich Serbien an uns um Rat wenden würde, vielleicht auch um Hilfe, ergab sich die Notwendigkeit, eine Antwort vorzubereiten, welche Serbien gegeben werden könnte.

Der Ministerrat hat, nachdem er die Erklärung des Hofmeisters Sasonow im Zusammenhang mit den Nachrichten, die der Kriegsminister, der Marineminister und der Finanzminister über die politische und militärische Lage gegeben haben, erwogen hat, folgendes beschlossen:

1. Den Vorschlag des Ministers des Äußern zu billigen, sich mit den Kabinetten der Großmächte in Verbindung zu setzen, um die österreichisch-ungarische Regierung zu veranlassen, ein Hinausschieben der Antwort auf die in ihrem Ultimatum erhobenen Forderungen zu gewähren, so daß es den Regierungen der Großmächte ermöglicht würde, sich mit den Dokumenten über das Verbrechen von Sarajewo, die sich in den Händen der österreichisch-ungarischen Regierung befinden und welche diese nach

[3]) Deutsche Übersetzung aus „New Light on Russia's War Guilt“ von Robert C. Binkley, Current History, Januarheft 1926.

der Erklärung des österreichisch-ungarischen Gesandten der russischen Regierung mitzuteilen bereit ist, vertraut zu machen und sie zu prüfen.

2. Den Vorschlag des Ministers des Äußern zu billigen, daß man der serbischen Regierung folgenden Rat erteile:

   Sollte die Lage Serbiens sich derart gestalten, daß es sich gegen das möglicherweise zu erwartende bewaffnete Vorgehen Österreichs-Ungarns aus eigener Kraft nicht schützen könnte, so möge sie einem Einbruch in serbisches Gebiet, falls ein solcher stattfinden sollte, keinen bewaffneten Widerstand entgegensetzen, sondern erklären, daß Serbien der Gewalt weichen und sein Schicksal dem Urteil der Großmächte anvertraue.

3. Den Kriegs- und den Marineminister zu ermächtigen, gemäß den Erfordernissen ihrer Ressorts Sr. Majestät Zustimmung dazu zu erbitten, daß, entsprechend dem Fortgang der Ereignisse, die Mobilisierung der vier Militärbezirke von Kiew, Odessa, Moskau und Kasan sowie der in den baltischen Gewässern und im Schwarzen Meer befindlichen Flotten angeordnet werde.

   (Anmerkung des geschäftsführenden Sekretärs des Rates: Im Urtext ist das Wort „baltische" Gewässer von Sr. Majestät eigenhändig zugefügt und das Wort „Flotte" in „Flotten" verbessert worden.)

4. Den Kriegsminister zu ermächtigen, sofort das Aufspeichern von Kriegsmaterial vorzunehmen.

5. Den Finanzminister zu ermächtigen, sofort Schritte zu tun, um die Fonds des Finanzministeriums, welche sich augenblicklich in Deutschland oder Österreich befinden mögen, zu verringern.

Der Ministerrat betrachtet es als seine untertänigste Pflicht, Ew. Majestät von diesen Entschlüssen, die er gefaßt hat, in Kenntnis zu setzen.

Der Originaltext ist vom Präsidenten und von Mitgliedern des Ministerrats gezeichnet, gegengezeichnet von dem geschäftsführenden Sekretär des Rats.

(Die Seiten, nach denen die Übersetzung gemacht ist, finden sich in mimeographierter Form in einem schweren, gebundenen Band: Hoover Kriegsbibliothek. Rußland, R. 968, „Vysochaise utverzhdennye zhurnaly Sovieta Ministrov i Osobykh Sovieshchanii, 1914. Otdielenie 2, K. S. M." Das Datum, der 11. Juli, entspricht dem 24. Juli neuen Stils. Die Aufzeichnung über die Zusammenkunft, die am folgenden Tage stattfand, befindet sich in demselben Band. Von da ab bis nach Ausbruch des Krieges sind keine Zusammenkünfte mehr verzeichnet.)

Somit war die russische Regierung bereits am 24. Juli bereit, „falls die Umstände dies erfordern sollten", einen Teil der Streitkräfte gegen die Donaumonarchie mobil zu machen. Sie ergriff damit Partei für Serbien gegen Österreich-Ungarn, dokumentierte ihren Willen, Serbien zu helfen, und war zu einer gewaltsamen Lösung des Konfliktes zugunsten Serbiens entschlossen. Dieser Beschluß wurde am 25. Juli vom Zaren bestätigt und im Kronrat desselben Tages gebilligt und „weiter entwickelt". Die Mobilmachung sollte allerdings bis auf weiteres nicht ausgesprochen werden, jedoch sollten „alle Vorbereitungsmaßnahmen für ihre schleunige Durchführung im Notfalle" getroffen werden. Was unter diesen „Vorbereitungsmaßnahmen" und den „anderen militärischen Maßnahmen", die in dem Ministerrat des Tages vorher beschlossen waren, zu verstehen war, wissen wir. Es war in der Hauptsache die Kriegsvorbereitungsperiode. Reglementarisch und organisatorisch seit 1912 vorbereitet, sollte sie jetzt praktisch Anwendung finden.

Die gesamte russische Armee befand sich im Sommer 1914, wie von altersher in Rußland üblich, in den Lagern und auf den Truppenübungsplätzen. Dort konnte sie naturgemäß nicht mobil machen, denn die Mobilmachungsbestände: Gerät, Munition, Waffen, Ausrüstung, Fahrzeuge, Bekleidung, auch für die Verstärkungsmannschaften, befanden sich in den Garnisonen. Sämtliche Truppen im ganzen europäischen Rußland, also auch die der Bezirke, deren Mobilmachung nicht vorgesehen war, erhielten noch am 25. Juli Befehl, schnellstens in ihre Garnisonen zurückzukehren[4]). Diesem Befehl folgte in der Nacht zum 26. Juli der Befehl, „den 26. Juli als Beginn der Kriegsvorbereitungsperiode im ganzen Gebiet des europäischen Rußlands zu rechnen", also auch in den Bezirken Wilna und Warschau, die an Deutschland grenzten, und auch in Petersburg[5]).

Diese Kriegsvorbereitungsperiode erscheint dem englischen Kritiker der „Times" „von geringer Bedeutung". Entweder kennt er ihre Bedeutung überhaupt nicht oder schließt bewußt die Augen.

Denn nunmehr, vom 26. Juli ab, befand sich die ganze russische Armee, zwar nicht der Form und dem Worte nach, aber doch der Sache und dem Sinne nach im Zustande der Mobilmachung.

---

[4]) G. Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg". Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924. Vgl. Anlage 128—130.

[5]) Ebenda, Anlage 97.

Auf das Wesen der Kriegsvorbereitungsperiode ist auch in den Seiten dieser Zeitschrift bereits hingewiesen worden[6]). Angesichts obiger Behauptung aus englischem Munde aber sei nochmals ganz klar und nachdrücklich wiederholt: die Kriegsvorbereitungsperiode gestattete und bezweckte, die Armee insgeheim auf Kriegsfuß zu setzen. Die Bestimmungen waren indes so abgefaßt, daß nach außen immer das Gesicht der Harmlosigkeit gewahrt und in ehrlicher Überzeugung erklärt werden konnte: Mobilmachung ist nicht befohlen. Mobil aber wurde unter einem anderen Namen trotzdem gemacht. Deshalb konnte auch der russische Kriegsminister am Abend des 26. Juli formal richtig unter Ehrenwort dem deutschen Militärattaché in Petersburg erklären, daß keinerlei Mobilmachungsorder ergangen sei, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen sei[7]). In dieser Erklärung lag aber eine bewußte, planmäßige Irreführung. Denn nach den Bestimmungen für die Kriegsvorbereitungsperiode konnten die Mannschaften der Reserve und Reichswehr zu Übungen eingezogen und zur Auffüllung an die Grenzkorps überwiesen werden. Auf diesem Wege erhielten die Truppen ihre planmäßige Stärke für den Kriegsfall. Ebenso konnten Bagagepferde angekauft werden; dadurch erhöhte die Truppe ihren Pferdebestand. Auch zahlreiche andere Maßnahmen, die unter den Begriff „Mobilmachung" fielen, konnten getroffen werden und der offiziellen Mobilmachung vorweggenommen werden, z. B.: Verteilung der Transportpläne zum Aufmarsch, Abreise der Bahnhofskommandanten an ihre Bestimmungsorte, Scharfmachen der Artilleriemunition, Ankauf von Lebensmitteln für die Verpflegungsfahrzeuge, Einkleidung der Mannschaften in die Feldgarnitur usw.[8])

Wir wissen ferner, daß während der Kriegsvorbereitungsperiode der Grenz-, Bahn- und Brückenschutz ausgestellt und an der Grenze Stellungen ausgehoben wurden. Wir wissen auch, daß in dieser Zeit vor der offiziellen Mobilmachung auch schon die Beförderung von Truppen, z. B. die der 5. Kavalleriedivision aus Kasan, aus dem Innern Rußlands in das Grenzgebiet erfolgen sollte. Rußland beschränkte sich also in der Kriegsvorbereitungsperiode nicht nur auf Maßnahmen, die sie der eigentlichen Mobilmachung vorwegnahm, sondern leitete schon Truppenbewegungen an die Grenze, also den Aufmarsch gegen die Nachbarn ein, dem amtlich und ehren-

---

[6]) Heft 4 vom April 1924.

[7]) „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch". Nr. 242.

[8]) „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg". Anlage 30.

wörtlich versichert wurde, daß sich die Maßnahmen der russischen Regierung nicht gegen ihn richteten!

Wir wissen ferner auch, daß die Kriegsvorbereitungsperiode planmäßig der Irreführung und Verschleierung der wahren politischen Absichten dienen sollte und ein sorgfältig konstruiertes Instrument der Diplomatie bildete. Rußland mußte bis zum Beginn der Feindseligkeiten Zeit gewinnen, um den Antransport seiner Truppen von der Wolga, aus Kaukasien und aus Asien durchführen zu können. Je länger sich die Mobilmachungsperiode hinziehen ließ und je später die Feindseligkeiten begannen, um so günstiger war es für Rußland. Denn um so sicherer konnte Rußland darauf rechnen, mit Überlegenheit seinem Gegner, der schneller wie die russische Armee an der Grenze versammelt sein konnte, entgegenzutreten. Diese Frage war aber für den Beginn der Operationen von allergrößter Wichtigkeit und mußte auch diplomatisch berücksichtigt werden. Deshalb bildet die Kriegsvorbereitungsperiode, diese geheime, allmähliche Überführung des Friedensheeres auf Kriegsfuß, das Mittel, ohne Mobilmachungsorder mobil zu machen. Das war so geplant und gewollt. Alles kam nur darauf an, daß die Diplomatie geschickt genug war, möglichst lange den Gegner irrezuführen, um möglichst viel Zeit für die Kriegsvorbereitungsperiode zu gewinnen. Jeder Tag, der durch die Verhandlungen der Diplomatie gewonnen wurde, mußte ein kostbarer Gewinn sein und die Chancen für einen erfolgreichen Operationsbeginn erhöhen. Gegen diese Ideologie der russischen Regierungskreise verstieß es aber, wenn die telegraphische Mobilmachungsorder an die Truppe den Befehl zum Beginn der Feindseligkeiten in sich schloß. Es lag gar nicht im Sinne der russischen Interessen, mit der Mobilmachung auch gleichzeitig loszuschlagen. Diese verlangten vielmehr Zeitgewinn, und deshalb war es praktischer, „die Eröffnung der Feindseligkeiten in Einklang mit der Bereitschaft zu bringen". Dabei sei „anzustreben", so heißt es in den Urkunden[9]), „die erforderliche Zeit zu gewinnen, weshalb ohne Notwendigkeit die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen" seien. Denn es konnte vorteilhaft sein „aufzumarschieren, o h n e die Feindseligkeiten zu beginnen", und durch „geschickte diplomatische Verhandlungen" sollte man versuchen, „die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern"![9]) Auf Zeitgewinn und Maskierung der geheim betriebenen Mobilmachung durch diplomatische Verhandlungen kam es also an, damit dem Gegner die Hoffnung blieb, „der Krieg könnte noch vermieden werden", und damit Rußlands Armee bereits

[9]) „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg". Anlage 82.

marschbereit war, wenn der Gegner aus diesem Hoffnungstraum erwachte.

Im Sommer 1914 war von russischer Seite diese sorgfältig ausgeklügelte Methode mit der Inkraftsetzung der Kriegsvorbereitungsperiode am 26. Juli in die Praxis übersetzt. Einige Tage wurden dadurch immerhin gewonnen, aber zu wenig für die russischen Hoffnungen und Wünsche. Mit hämischer Freude über die Vertrauensseligkeit, mit der die Zentralmächte in die Falle gegangen waren, und mit Enttäuschung darüber, daß wenigstens Deutschland zu früh die wahren Absichten seines östlichen Nachbarn erkannt hatte, erklärte im Sommer 1915 General Palizyn, der ehemalige Generalstabchef: „Bedenken Sie doch, was geworden wäre, wenn die Österreicher ihre Truppen geschlossen gegen uns geworfen hätten. Unser Aufmarsch wäre nicht geglückt, und sie hätten uns Teilniederlagen beibringen können. Aber sie haben lange nicht geglaubt, daß Rußland den Krieg erklären wird. Sie wandten alle ihre Aufmerksamkeit Serbien zu, in der vollen Überzeugung, daß wir uns nicht rühren würden. Unsere Mobilmachung traf sie wie ein Donnerschlag. Aber es war schon zu spät für sie. Sie hatten sich mit Serbien eingelassen. Auch die Deutschen ließen die ersten Tage vorübergehen. Insgesamt haben wir 12 Tage gewonnen. Unser Gegner beging in diesem Sinne einen riesigen Fehler und räumte uns gleichzeitig einen nicht zu bemessenden Vorteil ein.“ [10])

Diese Worte Palizyns lassen keinen Zweifel mehr an dem wahren Ziel der russischen Politik in den Tagen vor Kriegsausbruch und an der Absicht, den Gegnern eine Falle zu stellen. Für die russischen Wünsche entwickelten sich aber die Ereignisse Ende Juli 1914 viel zu schnell. Die Hoffnung der Russen, in wochenlanger Arbeit während der Kriegsvorbereitungsperiode die Armee marschfertig zu machen, erfüllte sich nicht[11]). Es gelang ihnen nicht in den wenigen Tagen nach dem 26. Juli das Ziel ganz zu erreichen. Aber immerhin hatten sie doch einen „nicht zu bemessenden Vorteil“ durch den „riesigen Fehler“ ihrer Nachbarn gewonnen!

[10]) Tagebuch des Großfürsten Andrej Wladimirowitsch. Staatsverlag. Petersburg 1925. Seite 38.

[11]) Die Russen rechneten zweifellos damit, durch die Kriegsvorbereitungsperiode einen Zeitgewinn von mehreren Wochen zu erlangen. Darauf läßt auch ein Satz aus dem Bericht des Admiralstabes an den Marineminister vom 24. 6./7. 7. 1914 schließen, der lautet: „Wenn der Kriegsausbruch für uns nicht plötzlich eintreten wird, sondern mit einer Kriegsvorbereitungsperiode von 2—3 Wochen . . ., was, sofern die Initiative für die Feindseligkeiten auf unserer Seite liegt, möglich sein kann . . .“ (Rotes Archiv, 7. Band, 1924.)

Am 28. Juli verständigte Paléologue Sasonow über die volle Bereitschaft Frankreichs, seinen Bündnispflichten, wenn es notwendig werden sollte, nachzukommen; aus London ging die Nachricht ein, daß die Zuversicht der Zentralmächte in die Neutralität Englands keinen Grund mehr habe, und die Donaumonarchie erklärte Serbien den Krieg. Nunmehr war Sasonow entschlossen, zu handeln, und wies den russischen Generalstabchef „auf die Notwendigkeit hin, mit der Mobilmachung der Armee nicht länger zu zögern“[12]) — wohlverstanden: mit der Mobilmachung der Armee, d. h. mit der Gesamtmobilmachung! Denn den „Glauben an die Heilsamkeit der Teilmobilmachung“ hatte er inzwischen unter dem Einfluß der Militärs über Bord geworfen. Es wurden also am 28. Juli abends die Befehle für die Gesamt- und für die Teilmobilmachung zur Unterschrift für den Zaren fertiggemacht, und am Vormittage des 29. Juli hatte der Generalstabchef beide Befehle mit der Unterschrift des Zaren in seinem Portefeuille. Etwa um 12 Uhr mittags händigte er dem Chef der Mobilmachungsabteilung den vom Zaren unterschriebenen Befehl für die Gesamtmobilmachung zur Ausgabe an die Armee ein. Ferner telegraphierte der Generalstabchef am 29. Juli nach Warschau, daß „der 30. Juli der erste Mobilmachungstag sein würde“. Das offizielle Mobilmachungstelegramm würde folgen[13]).

Hier sei mit aller Klarheit festgestellt:

1. am 29. Juli, 3 Uhr nachmittags, erklärte der russische Generalstabschef dem deutschen Militärattaché in Petersburg ehrenwörtlich — er bot sogar spontan schriftliche Bestätigung an —, daß bis zur Stunde nirgends Mobilmachung erfolgt sei und der Zar keine Mobilmachung gegen Deutschland wünsche[14]).

Der Zar hatte aber die Ukase bereits unterschrieben, und der Bote zur Ausfertigung der Mobilmachungstelegramme an die Truppen im Reiche war unterwegs! Es lag dem Sinne und der Sache nach eine Lüge, dem Worte nach aber mindestens eine bewußte Irreführung vor!

2. Am 28. Juli, als noch kein Mobilmachungsbefehl vom Zaren unterschrieben war, telegraphierte Sasonow an den russischen Botschafter in Berlin, daß am 29. Juli die Mobilmachung der vier

---

[12]) General S. Dobrorolski: „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914“. Beiträge zur Schuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Erstes Heft. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1922.

[13]) „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“. Anlage 143 und 145.

[14]) „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914“. Nr. 370.

Bezirke gegen Österreich ausgesprochen werden würde, aggressive Absichten aber gegen Deutschland nicht gehegt würden[15]).

3. Am 29. Juli, also zu einer Zeit, wo die Gesamtmobilmachung bei den Zentralstellen in Petersburg bereits bekannt und die Verbreitung des Befehls veranlaßt war, erklärte der russische Außenminister dem Vertreter des Deutschen Reiches, daß die ergriffenen militärischen Maßnahmen — dazu gehörte damals also auch die Mobilmachung in Wilna und Warschau an der deutschen Grenze — keineswegs gegen Deutschland gerichtet, vielmehr nur durch die Mobilmachung von acht Korps in Östereich hervorgerufen seien![16])

Am 30 Juli hatte angeblich die Meldung des russischen Botschafters in Berlin über die falsche Nachricht des „Lokalanzeigers" den Anstoß zur Mobilmachungserklärung in Rußland gegeben — eine Meldung, die, wie inzwischen einwandfrei nachgewiesen ist, noch gar nicht in Petersburg gewesen sein konnte, als dort bereits der Entschluß zur Mobilmachung gefaßt war[17]). Diese Meldung des „Lokalanzeigers" spielt auch jetzt noch bei Sasonow eine Rolle. Wir fragen aber: Welche Gründe und Nachrichten haben denn am 29. Juli der russischen Regierung die Veranlassung zur Gesamtmobilmachung gegeben?! Daß diese in letzter Minute zurückgezogen und in die Teilmobilmachung umgewandelt wurde, war doch nur ein Verdienst der beiden Monarchen, die den Frieden erhalten wollten!

Als Sasonow nach sehr bewegter Aussprache dem Zaren am 30. Juli nachmittags die Einwilligung zur Gesamtmobilmachung abgerungen hatte, eilte er an den Telephonapparat im Palais, übermittelte dem „mit Ungeduld" wartenden Generalstabschef den Allerhöchsten Befehl und fügte hinzu: „Jetzt können Sie das Telephon zerbrechen" oder, wie nach dem Bericht des Generals Dobrorolski die Worte Sasonows lauteten: „Alors faites vos ordres, mon général, et ensuite . . . disparaissez pour toute la journée . . ."

Der Sinn der Worte Sasonows läßt keinen Zweifel zu: Januschkewitsch sollte unerreichbar und unauffindbar sein, damit der Mobilmachungsbefehl nicht erneut wieder aufgehoben werden könnte, wie am Tage vorher.

---

[15]) „Das russische Orangebuch von 1914". Beiträge zur Schuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1925. Dokument Nr. 70.

[16]) Ebenda, Nr 84.

[17]) Graf M. Montgelas: „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", S. 178, und „Deutsche Rundschau", Mai 1922.

Der russischen Mobilmachungserklärung vom 30. Juli folgte die deutsche vom 1. August. Volle 48 Stunden Vorsprung ließ Deutschland seinem kriegslustigem Nachbarn im Osten. Elf Jahre nach diesen Ereignissen macht ein englischer Kritiker aus diesen 48 Stunden eine halbe Stunde!

Konnte sich Deutschland nach der russischen Mobilmachung seinerseits auf die Mobilmachung beschränken?

Wir wollen unseren berechtigten Standpunkt in dieser Frage nicht selbst verteidigen, sondern das Wort einem Russen, dem General Gurko, erteilen, dessen Stimme einiges Gewicht haben dürfte, weil er als Herausgeber des amtlichen Werkes über den Russisch-Japanischen Krieg gewisses Ansehen in den gebildeten Kreisen der Armee genoß, und weil er als Verfasser des berüchtigten Armeebefehls vom 25. Dezember 1916 verantwortlich für die Ablehnung des deutschen Friedensangebotes war[18]). Er schrieb im Jahre 1919[19]):

„Vom deutschen Gesichtspunkt aus gesehen, war der Beginn der russischen Mobilisierug gleichbedeutend mit der Notwendigkeit für Deutschland, unverzüglich die militärischen Operationen zu beginnen. Um das zu verstehen und zu billigen, müssen wir uns daran erinnern, daß die Hauptbedingung des Erfolges für Deutschland in der Möglichkeit lag, seine gesamte mobilisierte Armee ins Feld zu führen und den Einfall in die feindlichen Länder sofort zu beginnen, b e v o r diese Zeit gehabt hatten, fertig zu werden, und im besonderen, bevor die russische Mobilmachung hatte zu Ende gebracht werden können.

Aber wenn Deutschland noch bei Beginn der russischen Mobilisierung auf eine Kriegserklärung von russischer Seite hätte warten wollen, in der Berechnung, daß Rußland sich auf eine bloße Mobilmachung ohne Kriegserklärung beschränken würde, so würde das Land diesen Vorteil, der dann Rußland zugute gekommen wäre, verloren haben. Auf dieses Wagnis konnte sich Deutschland nicht einlassen, weshalb die russische Mobilmachung sozusagen mechanisch eine deutsche Mobilmachung hervorrief.

Es kann möglicherweise Leute geben, die zu dem Schluß kommen, daß Deutschland sich auf die bloße Mobilisierung hätte beschränken können; aber ein solches Verfahren würde das gleiche unvorteilhafte Ergebnis zur Folge gehabt haben, wenn auch in

[18]) W. Gurko: Rußland 1914—1917. Erinnerungen an Krieg und Revolution. Seite 254.

[19]) General W. Gurko: „Leben und leben lassen". Kopenhagen/Berlin 1919.

geringerem Grade. Der obenerwähnte Vorteil bezog sich nämlich nicht nur auf die Mobilmachung, sondern hauptsächlich auf die Möglichkeit, den Einfall in Feindesland unmittelbar beginnen zu können. Sein Heer zu mobilisieren und dann seine Feinde in aller Ruhe dasselbe tun zu lassen, um später Krieg zu erklären, würde dasselbe gewesen sein, wie seinen Haupttrumpf aufzugeben — seine Feinde, die noch nicht mit ihrer Mobilisierung fertig waren, anzufallen. Folglich bedeutete die russische Mobilisierung für Deutschland die Notwendigkeit, den Krieg zu erklären, ohne einen einzigen Tag zu vergeuden.

Es besteht ganz gewiß ein Unterschied: die Deutschen mußten die russische Mobilisierung mit einer Kriegserklärung beantworten; wir konnten uns auf eine bloße Mobilisierung beschränken, da es zu unserem Vorteil war, den Zeitpunkt zu einer Kriegserklärung, die sich vielleicht als nötig erweisen konnte, hinauszuschieben."

Diese Zeilen Gurkos charakterisieren so treffend die Zwangslage, in der sich Deutschland nach der russischen Mobilmachungserklärung vom 30. Juli befand, daß wir ihnen nichts Besseres hinzuzufügen haben.

Zum Schluß noch einige Worte zu Sasonows Behauptung in dem erwähnten Vorwort, daß Rußlands Vorbereitung zum Kriege „in jeder Beziehung bedauernswert und hoffnungslos rückständig" gewesen sei. Das soll doch wohl eine Erkenntnis a posteriori sein! Oder hat Sasonow trotz Rußlands „bedauernswerter und hoffnungsloser Rückständigkeit" im Verein mit Iswolski und Poincaré eine Politik getrieben, die zum Kriege führen mußte? Hat er dem Zaren den Mobilmachungsbefehl vom 29. und 30. Juli abgerungen, trotzdem er wußte, daß Rußland nicht zum Kriege bereit war? Um so größer wäre seine Schuld. Aber er hat damals, im Jahre 1914, eine andere Überzeugung gehabt. Wurde doch am 12. März 1914 in der Petersburger Börsenzeitung erklärt, „daß Rußland keine fremden Drohungen mehr fürchte", und „daß das Hauptziel der Landesverteidigung erreicht sei", daß im Gegensatz zu dem früheren defensiven Charakter des Operationsplanes jetzt die Armee eine „aktive Rolle" spielen werde. „Unsere Artillerie besitzt Geschütze", hieß es, „die den fremden Modellen in nichts nachgeben. Unsere Küsten- und Festungsgeschütze sind sogar denjenigen anderer Staaten überlegen . . . Ebenso wie der Herrscher wünscht Rußland den Frieden, aber es ist im Bedarfsfalle auch gerüstet."[20]) Dieser Artikel war bekanntlich vom Kriegsminister Suchomlinow lanciert.

[20]) Weißbuch 1919, Anlage X. 2.

Ob der Außenminister nun vor oder nach der Veröffentlichung Kenntnis von ihm erhalten hat, in jedem Falle war er über den vorzüglichen Zustand der Armee und ihre volle Kriegsbereitschaft um so mehr unterrichtet, als wenige Monate vorher in der Sitzung des Ministerrats vom 31. Dezember 1913/13. Januar 1914 der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes „kategorisch die volle Bereitschaft Rußlands zum Zweikampf mit Deutschland" erklärt hatten, „von einem Zweikampf mit Österreich schon gar nicht zu reden"[21]). Diese Erklärung war nicht für Leser oder Zuhörer bestimmt, die eingeschüchtert oder ermuntert werden sollten; es war eine amtliche, pflichtmäßige Erklärung des Ministers in einem Kabinettsrat, die dem Außenminister als Grundlage seiner Außenpolitik dienen mußte.

Im Juni 1914 hat dann der Kriegsminister der Welt noch einmal durch die Presse verkünden lassen: „Rußland ist bereit und hofft, daß auch Frankreich bereit sein wird!"

Hat Sasonow jetzt alle jene Äußerungen, die mehr oder weniger amtlichen Charakter trugen, vergessen?! Bei der historischen Würdigung der Kriegsursachen können wir nicht Ansichten gelten lassen, die sich erst nach dem Kriege auf Grund der geschichtlichen Vorgänge gebildet haben. Ehrlicher als der ehemalige Außenminister scheint uns ein moderner russischer Militärschriftsteller zu sein, der schreibt: „Unsere diplomatische Bereitschaft zum Kriege war vorzüglich, die militärische und finanzielle durchaus erträglich." [22])

Versuche zur Vertuschung und Irreführung sind heute im Lager unserer Feinde noch ebenso beliebte Mittel, die Weltmeinung zu täuschen, wie vor Jahren, wo zur Rechtfertigung des Völkerbetrugs gefälschte Farbbücher herausgegeben wurden!

---

[21]) Rotes Archiv, Band 7, 1924, Seite 48.
[22]) A. Swjetschin: „Strategie". Staatlicher Militärverlag. Moskau 1926.

Die belgische Geschichtsschreibung über den Weltkrieg.

Von Bernhard Schwertfeger.

Vor einiger Zeit ist im Verlag von Henry Bertels, Brüssel, das vierbändige Werk der Belgier über den Weltkrieg, zum Teil bereits in zweiter Auflage, erschienen. Als Erscheinungsjahre sind 1923, 1924, 1925 angegeben.

Wir haben vom Standpunkte der Kriegsschuldfrage aus ernste Veranlassung, uns mit diesem Werke zu beschäftigen, wie überhaupt ganz allgemein gesagt werden mag, daß es durchaus verfrüht wäre, das Problem der Verletzung der belgischen Neutralität und der Führung des Volkskrieges in Belgien 1914 bereits als endgültig erledigt anzusehen. Wenn während der Zeit der deutschen Besetzung Belgiens sich ein allmählicher Umschwung der Belgier in ihrer Beurteilung der Vorgänge von 1914 zu unseren Gunsten gelegentlich anzukündigen schien, so ist durch den für Deutschland so außerordentlich unglücklichen Abschluß des Krieges diese Entwicklung zu unseren Ungunsten und im Sinne einer viel schärferen Verurteilung der Kriegsvorgänge durch die Belgier erfolgt. Sie hatten die grauenhaften Bilder der Revolution, die widerwärtigen Anzeichen der sich auflösenden Manneszucht in Etappe und Heer umittelbar vor Augen und übertrugen nunmehr stimmungsmäßig die im November und Dezember 1918 aus unmittelbarstem Erleben gewonnenen Eindrücke rückwärts auf das Jahr 1914 und den ganzen Kriegsverlauf. Aus dieser Geistesrichtung heraus, ist es verständlich, daß man in Belgien seit 1918 alles getan hat, um den Deutschenhaß in Denkmälern, in Gerichtsverhandlungen und Kontumazialurteilen sowie in Wort und Schrift zu verewigen.

Das in der üblichen, sehr reichen äußeren Ausstattung der belgischen Verleger gehaltene große vierbändige Kriegswerk übertrifft in dieser Beziehung unsere schlimmsten Erwartungen. Man hätte doch mindestens annehmen dürfen, daß man einem ernst gehaltenen Werke, an dem Historiker von Ruf wie Pirenne mitgearbeitet haben, und zu dessen einem Bande Baron Beyens in Person das Vorwort geschrieben hat, auf eine gewisse Gleichmäßigkeit und Objektivität schon in der Ausstattung mit Bildern Bedacht nehmen würde. Was aber soll man dazu sagen, daß die Monarchen, Heerführer, Staatsmänner und sonstigen hervorragenden Persönlichkeiten des Weltkrieges, soweit sie der Entente angehört haben, stets in ernsten, würdigen Bildern dem Leser vorgeführt werden,

während der deutsche Kaiser mit seinen Heerführern fast ausschließlich in der Form der Karikatur erscheint? Gewiß kann man sich auch in der ernsthaften historischen Literatur der Karikatur bedienen; Otto Hammanns „Bilder aus der letzten Kaiserzeit" mit den charakteristischen Zeichnungen von Olaf Gulbransson und besonders seine „Deutsche Weltpolitik 1890—1912" mit einer Reihe ausgesprochener Karikaturen bilden einen Beweis dafür. Das belgische Kriegswerk läßt aber in der Anordnung seines Bildschmuckes jede Objektivität, ja man kann sogar sagen, in manchen Fällen sogar jeden Anstand vermissen. So sieht man im zweiten Bande (L'invasion allemande) eine widerwärtige Karikatur des „Pruis", mehrere Bilder, die den im Auslande reisenden Vorkriegsdeutschen in ähnlich verletzender Weise darstellen, wie neulich Mussolini die heutigen Deutschen gekennzeichnet hat. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß von den deutschen Kaisern, dem deutschen Kronprinzen und den Heerführern im zweiten Bande auch einige würdige Abbildungen gebracht worden sind, ferner auch von Bismarck, Bethmann Hollweg, dem Grafen Zeppelin. Dann sind aber auch zahlreiche blutrünstige Karikaturen von Louis Raemaekers (S. 143, 225, 242, 257, 317, 323) in den Text eingefügt, die plündernde Soldaten und Offiziere von schreckenerregendem Aussehen darstellen. Kaiser Wilhelm II. erscheint auf Seite 394 in einer Karikatur, vor dem Heilande zusammengebrochen und die Worte hervorstoßend: „Wir sind keine Barbaren." Auf Seite 399 ist der Kaiser als ewiger Jude gezeichnet, der die Welt durchwandern muß, da er den Heiland von seiner Tür verwiesen habe und nun nirgends Frieden finden könne.

Im vierten Bande ist der mit Karikaturen getriebene Mißbrauch noch ärger. Ich darf mich hier darauf beschränken, nur die wesentlichsten zu nennen, so auf Seite 59, wo der Kaiser, Bethmann Hollweg und Tirpitz als arme Sünder nebeneinander stehen und gleichmäßig beteuern: „Wir haben den Krieg nicht gewollt." Auf Seite 66 sieht man, wie Kaiser Wilhelm den Kaiser Franz Joseph an einem Stuhle festbindet, damit er nicht etwa auf den Gedanken kommen könne, sich mit Rußland zu verständigen und dem Kaiser das Spiel zu verderben. Auch das Bild des belgischen Deportierten auf Seite 185, eines würdigen alten Herrn, der von einem deutschen Offizier mit vorgehaltener Pistole gezwungen wird, sich zu Munitionsarbeiten zu verpflichten, ist in hohem Maße geeignet, Deutschland herabzusetzen und den belgischen Haß zu verewigen. Daß König Ferdinand von Bulgarien auf Seite 221 eine recht unglückliche Figur macht, ist unter diesen Verhältnissen nicht zu verwundern. Das Widerwärtigste aber

ist wohl das Bild auf Seite 230, wo die Monarchen der Mittelmächte als Wegelagerer gezeichnet sind; Kaiser Wilhelm steht mit gezücktem Dolche vor dem hingekauerten Kaiser Franz Joseph, dem Sultan und dem Könige von Bulgarien. Der Kaiser erhebt den Finger und sagt: „In dem Augenblick, wo ich schreien werde ‚Gott mit uns', werdet Ihr vorstürzen". Diese Blütenlese mag genügen, um die Ausstattung des Werkes mit Bildern, dieser wirksamsten Propaganda zu kennzeichnen.

Aber auch in sachlicher Beziehung sind schwere Bedenken gegen das Werk geltend zu machen. Für die Herausgabe zeichnen verschiedene Autoren verantwortlich. Band I „La vie matérielle de la Belgique durant la guerre mondiale" ist von Georges Rency verfaßt und mit einem Vorwort von Carton de Wiart versehen. In diesem Bande sind wesentliche und auch für Deutschland wichtige Einzelheiten über das materielle Leben Belgiens während des Krieges, über das amerikanische und spanische Hilfswerk, enthalten.

Der zweite Band, der die deutsche Invasion (L'invasion allemande) behandelt, ist von J. Cuvelier, dem belgischen Generalarchivar, bearbeitet. Das Vorwort hat der schon erwähnte Rektor der Universität Gent, Henri Pirenne, geschrieben. Hierauf muß ich noch zurückkommen. Band III umfaßt die militärischen Operationen (Les opérations militaires) und bildet, wie es in der Eigenart militärischer Geschichtsschreibung liegt, den sachlichsten und leidenschaftslosesten Teil des Werkes. Als Verfasser zeichnen Oberstleutnant Tasnier und Major R. van Overstraeten.

Der für unsere Auseinandersetzungen in der Kriegsschuldfrage neben dem zweiten Bande wichtigste vierte Teil des Werkes behandelt die diplomatische Geschichte der Jahre 1914—1918 (Histoire diplomatique 1914—1918). Die Bearbeitung hat der Generaldirektor im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Alfred de Ridder übernommen, der Mitglied der Königlichen Geschichtskommission ist. Das Vorwort stammt von Baron Beyens, der beim Erscheinen des Bandes belgischer Botschafter beim Vatikan war. Baron Beyens ist allen Deutschen durch seine Berichte bekannt, die er als Nachfolger des deutschfreundlichen Barons Greindl als belgischer Gesandter in Berlin von 1912 ab nach Brüssel erstattet hat. Noch in seinen letzten Berichten kurz vor Ausbruch des Weltkrieges hatte dieser scharf beobachtende Diplomat durchaus nicht etwa Deutschland einseitig mit der Schuld an der immer unheimlicher emporwachsenden Kriegsspannung belasten zu dürfen geglaubt. Im Kriege wandelte er sich zum leidenschaftlichsten

Deutschenhasser und veröffentlichte bereits während der Kriegsereignisse in der Pariser „Revue des deux mondes" seine Schrift „L' Allemangne avant la guerre", die später in Buchform erschienen ist und erheblich dazu beigetragen hat, Deutschland im Sinne des Vertrages von Versailles als Hauptschuldigen erscheinen zu lassen.

In seinem Vorworte zum Bande IV lobt Baron Beyens die historisch untadelige Arbeit des Herrn de Ridder, der überall nur aus den zuverlässigsten Quellen geschöpft habe. Gewissenhaft gehe de Ridder bis auf das Entstehungsjahr des Königsreichs Belgien — 1830 — zurück, um zu zeigen, wie Belgien im Laufe der Jahrzehnte bis zum Ausbruch des Weltkrieges immer seine ungewöhnlich schwierige Aufgabe zu erfüllen gewußt habe, die darin bestand, zwischen der Begehrlichkeit des östlichen und des südlichen Nachbarn die nationale Selbständigkeit zu behaupten. Im Gegensatze zu denjenigen Deutschen, die sich jetzt bemühten, die Schuld Deutschlands am Weltkriege abzuleugnen, beweise de Ridder, daß Kaiser Wilhelm II. durch seine Ermutigungen Österreichs den Krieg heraufbeschworen und schließlich unter dem Drucke seines Generalstabes gegen Rußland und Frankreich entfesselt habe.

Über die letzten tragischen Tage teilt Beyens als damaliger Augenzeuge der Vorgänge in Berlin mit, Kaiser Wilhelm II., „ein Komödiant von Natur", habe es immer geliebt, als Militär zu erscheinen, ohne irgendeine der dazu gehörigen Eigenschaften zu besitzen. Das habe er gewußt, und auch, daß aus diesem Grunde seine Generale im Kriege in die vorderste Linie rücken und ihn selbst in den Hintergrund verdrängen würden. Deshalb sei er so lange friedliebend gewesen. In der Woche nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien hätte er, nach Beyens' Meinung, Österreich noch zurückzuhalten vermocht. Das aber habe er nicht getan und aus Schwäche des Charakters und Wankelmut dem Wunsche seiner militärischen Ratgeber nachgegeben, zumal ihm sein Großer Generalstab den Sieg garantierte. Diesen blutigen Vorwurf werde die Geschichte gegen Kaiser Wilhelm II. erheben. „Die Führer der Armee und Marine wollten den Krieg, den sie auf das Genaueste vorbereitet hatten, und mit ihnen marschierte die Feudalkaste, aus der sich der Hof Wilhelms II. rekrutierte. Sie wollten durch sichere Triumphe die Weltherrschaft Deutschlands und die eigene Herrschaft der preußischen reaktionären Partei, der sie angehörten, fest begründen. Patriotischer Wahnsinn, egoistische und vielfache Berechnungen waren die Ursachen der Sündflut, von deren Unheil Europa sich heute in so hohem Maße erholen muß; und die Rasenden, die ihn entfesselten, haben eine interessierte Unterstützung bei allen

den stolzen und verwegenen Persönlichkeiten gefunden, an denen das Reich solchen Überfluß besaß, bei den Intellektuellen ebensowohl wie bei den Führern der Großindustrie."

Auf den reichen und zum Teil äußerst interessanten Inhalt des vierten Bandes genauer einzugehen, liegt außerhalb des Rahmens meiner heutigen Betrachtung, die nur bezweckt, das Augenmerk der Forscher in der Kriegsschuldfrage auf die neue und in Deutschland zum Teil noch ganz unbekannte belgische Veröffentlichung zu lenken. Zu der Darstellung der Verletzung der belgischen Neutralität im August 1914 und zur Erörterung der Vorgänge, die sich daran angeschlossen haben, ist noch viel zu sagen. Ich behalte mir das für einen späteren Aufsatz vor und möchte nur jetzt schon darauf hinweisen, daß de Ridder u. a. behauptet (S. 174/175), König Albert habe von den Besprechungen zwischen General Ducarne und Oberst Barnardiston im Frühjahr 1906[1]) den damaligen deutschen Militärattaché, Major Renner, loyal unterrichtet, und Renner habe gewußt, daß keinerlei Abkommen zwischen England und Belgien darauf gefolgt war. Da de Ridder heute noch zu den Persönlichkeiten des amtlichen politischen Dienstes gehört, muß man dieser Erklärung, die sich auf die Person des regierenden Monarchen stützt, eine gewisse Bedeutung beimessen, und es erscheint erforderlich, diesen Zusammenhang aufzuklären.

Im übrigen stützt sich de Ridder bei der Darstellung der Vorgänge vom Frühjahr 1906 hauptsächlich auf die bekannten Schriften von Waxweiler. Bemerkenswert ist hierbei, daß nach de Ridders Darstellung Dernburg den Hauptanteil bei der Veröffentlichung und zum Teil ungenauen Wiedergabe der Ducarne-Barnardiston-Dokumente gehabt haben soll. Die Darstellung gipfelt schließlich in der Behauptung, Deutschland habe, um die Verletzung der belgischen Neutralität zu rechtfertigen, gegen Belgien einen Feldzug der Lügen und Verleumdungen eröffnet und dabei immer neue falsche Zeugnisse aufgehäuft. Über diesen Teil des belgischen Kriegswerkes werden noch genauere Darlegungen gemacht werden müssen.

Von welchem Geiste die ganze Veröffentlichung getragen ist, und auf welcher Höhe historischer Beweisführung sie steht, geht wohl am besten daraus hervor, daß die Darstellung des Franktireurkrieges im zweiten Bande verhältnismäßig kurz gehalten ist und nur 14 Seiten umfaßt, von denen ein wesentlicher Teil durch Abbildungen, dreimal sogar von Seitengröße, in Anspruch genommen ist. Bekanntlich ist der Franktireurkrieg die Ver-

[1]) König Albert war damals noch Kronprinz.

anlassung für die deutschen Armeen gewesen, mit scharfen Maßregeln während des Durchzugs der Armeen durch Belgien im August 1914 die Ruhe und Sicherheit in der Flanke und im Rücken der Armeen sicherzustellen. Am Franktireurkriege trägt die belgische Regierung durch die Art ihrer Aufrufe zum Kriege und durch die Friedensvorarbeiten für die sogenannte Bürgerwacht (garde civique) einen wesentlichen Teil der Verantwortung. Ich selbst habe in meiner Schrift „Die Grundlagen des belgischen Franktireurkrieges 1914“[2]) zu dieser Frage ausführlich Stellung genommen, und Alfred de Ridder erwähnt diese meine Arbeit im vierten Bande des Kriegswerkes an verschiedenen Stellen. Das dritte Kapitel des zweiten Bandes aber, der sich ja gerade mit der deutschen Invasion beschäftigt und die sogenannten Kriegsgreuel in Belgien in der größten Ausführlichkeit behandelt, beschränkt sich lediglich auf die Wiedergabe einer in Paris bereits im Jahre 1916 erschienenen Studie von M. F. van Langenhove „Comment naît un cycle de légendes. Francs-tireurs et atrocités en Belgique“ (Paris, Payot, 1916). Der Verfasser des zweiten Bandes, Generalarchivar J. Cuvelier, hebt selbst hervor, daß er nach dieser Schrift, die ein wahres Muster historischer und psychologischer Kritik sei, über diese Frage nichts mehr zu sagen habe; das Kapitel 3 stelle daher nur eine einfache Zusammenfassung dieser Studie dar. Vom Standpunkt der historischen Kritik ist es geradezu ungeheuerlich, in dieser Weise zu verfahren und eines der bittersten Kapitel aus der jüngsten Geschichte so obenhin durch Wiedergabe einer schon 1916 abgeschlossenen Schrift unter dem Anschein einer ernsten Behandlung abzutun. Meiner Ansicht nach dürften bei der Erörterung einer solchen Frage, die für die Beziehungen Belgiens und Deutschlands für Jahrzehnte hinaus bestimmend bleibt, in einem solchen, sich abschließend gebärdenden Kriegswerke nur ganz zuverlässige und durch die neueste Literatur gestützte, nach jeder Seite hin abgewogene Darstellungen zu Worte kommen.

---

[2]) Titel der ersten Ausgabe: „Belgische Landesverteidigung und Bürgerwacht (garde civique) 1914“.

Grey über das Verbrechen von Sarajewo.

Alfred von Wegerer.

Die Welt wird vermutlich niemals alles erfahren, was hinter der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand steckte. Wahrscheinlich gibt es niemand und hat es niemand gegeben, der alles weiß, was darüber zu wissen wäre.“ Mit diesen aberweisen, aber inhaltlosen Worten leitet der ehemalige Außenminister des englischen Weltreichs das 16. Kapitel seiner Memoiren „Die letzte Krise“ ein. Indem man in diesem Kapitel weiterliest, wartet man vergeblich von Zeile zu Zeile, ob Sir Ed. Grey, wenn auch nicht alles, so doch wenigstens einiges aus der Vorgeschichte des Attentats von Sarajewo weiß und kritisch betrachtet. Aber vergebens. Man gewinnt sehr bald, schon nach der zweiten Seite, den Eindruck, daß Grey nicht nur nicht alles, sondern anscheinend gar nichts von dem weiß oder wissen will, was hinter der Ermordung des Erzherzogs steckte und was heute bereits die Spatzen von allen Dächern pfeifen. Grey, der so gern den Stimmen der Vögel lauscht, hat nichts von alledem gehört. —

Grey fährt dann fort:

„Man kann annehmen, daß die Nachfolge Franz Ferdinands nach seinem Oheim Franz Josef mehr als einer Seite unangenehm gewesen wäre. Es wurde daher vermutet, daß mehr als ein Komplott zu seiner Beseitigung bestanden habe von Männern, die unabhängig voneinander und einander unbekannt arbeiteten. Doch so viel ich weiß, sind das alles nur Vermutungen, und der Wunsch, die dunklen Hintergründe dieser Tragödie eines einzelnen zu belichten, ist zurückgetreten angesichts des Unheils und Entsetzens, das die darauffolgende Welttragödie auslöste.“

Angesichts der heute allgemein bekannten Tatsachen über den Ursprung des Attentats von Sarajewo muß es einen wundernehmen, daß der englische Minister erneut Gerüchte der Kriegspropaganda ausstreut, an denen kein wahres Wort ist, noch dazu, als diese Gerüchte Verleumdungen enthalten, die jeden Angehörigen der Doppelmonarchie mit Abscheu erfüllen müssen.

Die Vorgeschichte des Attentats von Sarajewo konnte Grey wie jeder andere in dem offiziellen „Dossier“ der k. u. k. Regierung nachlesen, das im österreichischen Rotbuch 1919 I Nr. 48 abgedruckt ist. Dieses Schriftstück hat die Regierung der Doppelmonarchie am 25. Juli 1914 dem „Foreign Office“ in London wie auch den übrigen

in Frage kommenden Mächten zugestellt. Auch Grey hätte es lesen müssen ,selbst wenn sein „Week-end" noch eine weitere Kürzung erfahren hätte.

Grey fährt dann in seinen Memoiren fort: „Wenn ein Verbrechen von solcher Niedertracht verübt worden ist, begnügt sich die Öffentlichkeit nicht mit Vermutungen", und sagt dann weiter: „Gelingt es nicht, den wirklichen Verbrecher zu fassen, so verlangt die Entrüstung des Volkes, daß wenigstens die Richtung klargestellt werde, in der er zu suchen ist.

Das zwischen Serbien und Österreich bestehende Mißtrauen wies sie. Österreich hielt die serbische Politik für provozierend. Serbien hielt die österreichische Politik für bedrohlich. War es daher nicht mehr als wahrscheinlich, daß serbische Fanatiker dieses Verbrechen auf serbischem Boden ausgeheckt hatten. Was die öffentliche Meinung Österreichs in dieser Hinsicht als sicher betrachtete, schien auch nach Ansicht Unbeteiligter nicht unwahrscheinlich. Diese unbewiesene Verdächtigung verringerte die allgemeine Sympathie mit Österreich und gewiß die meine nicht."

Nach der Auffassung von Grey haben also 1914 nur „unbewiesene Verdächtigungen" darüber bestanden, daß serbische Fanatiker das Verbrechen auf serbischem Boden ausgeheckt hatten. Man staunt und sucht vergebens nach der Vogelstimme, die Grey dies Liedchen vorgepfiffen hat. —

Wir greifen zu den Dokumenten. Sowohl in dem am 23. Juli 1914 überreichten Ultimatum an Serbien sowie in dem zwei Tage später abgesandten bereits erwähnten „Dossier" an die Mächte finden sich tatsächliche Angaben darüber, daß der Plan für die Ermordung des Erzherzogs von Belgrad ausging.

Im Ultimatum steht folgendes:

„Die königl. serbische Regierung verpflichtet sich überdies mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voija Tankosic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind;

durch wirksame Maßnahme die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern;

jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Sarajewo bei ihrem Eintreten nach Bosnien behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen." [1])

[1]) Ö. Rotbuch 1919, I Nr. 27.

In der dem Ultimatum beigegebenen Beilage steht:

„Die bei dem Gericht in Sarajewo gegen Gavrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d. J. begangenen Mordes, beziehungsweise wegen Mitschuld hieran, anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Sarajewo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gavrilo Princip, Nedeljko Cabrinovic, einem gewissen Milan Ciganovic und Trifko Grabez unter Mithilfe des Majors Voija Tankosic gefaßt.

2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen samt Munition, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Cabrinovic und Grabez in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganovic und dem Major Voija Tankosic verschafft und übergeben.

3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen.

4. Um das Gelingen des Attentates zu sichern, unterwies Ciganovic den Princip, Cabrinovic und Grabez in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topschieder dem Princip und Grabez Unterricht im Schießen mit Browningpistolen.

5. Um dem Princip, Cabrinović und Grabez den Übergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganovic organisiert.

Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und die Herzegowina wurde von den Grenzhauptleuten von Schabatz (Rade Popovic) und Loznica sowie von dem Zollorgan Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.“ [2])

In dem Begleitschreiben, das der Übersendung des österreichischen Ultimatums an Serbien nach London beigefügt war, findet sich folgende Mitteilung [3]):

„Die Ermordung des Erzherzogs Thronfolgers, die in Serbien beschlossen und geleitet wurde (das zur Verfügung der Mächte stehende Dossier gibt darüber erschöpfende Auskünfte), habe deutlich gezeigt, wessen man sich zu versehen habe, wenn man Serbien nicht zwinge, alle Verbindungen abzubrechen, die von den politischen Verschwörerzentren (wie der „Narodna odbrana“)

[2]) Ö. Rotbuch 1919, I Nr. 27. Beilage.
[3]) Ö. Rotbuch 1919, I Nr. 30.

nach den Ländern und Gebieten der Monarchie hinüberführen. England, in dem der serbische Königsmord die Gemüter auf das tiefste aufgewühlt habe, werde gewiß begreifen, daß die öffentliche Meinung der Monarchie gebieterisch eine Sühne für die moralische Mitschuld und das verbrecherische Geschehenlassen der Belgrader Kreise fordere. Wie wenig diese Kreise bisher zur Erkenntnis der Verwerflichkeit des Sarajewoer Attentats gelangt seien, beweisen die Äußerungen serbischer Diplomaten und Offiziere nach dem Attentate, beweise jede Zeile, die in den Belgrader Blättern geschrieben werde, und die Tatsache, daß die serbische Regierung noch keinen Finger gerührt hat, um auf serbischem Boden gegen die serbischen Mitschuldigen des Verbrechens vom 28. Juni vorzugehen."

Am Schlusse des bereits mehrfach erwähnten „Dossiers", das ohne Anlagen 16 Druckseiten umfaßt [4]), heißt es im Anschluß an die Darstellung über die Vorbereitung des Attentats:

„Schwere Schuld hat die königl. serbische Regierung auf sich geladen, als sie all dies geschehen ließ.

Zur Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu Österreich-Ungarn verpflichtet, hat sie ihrer Presse gestattet, den Haß gegen die Monarchie zu verbreiten; hat sie es zugelassen, daß auf ihrem Boden etablierte Vereinigungen unter Führung höherer Offiziere, Staatsbeamter, Lehrer und Richter öffentlich eine Kampagne gegen die Monarchie führen, die auf die Revolutionierung ihrer Bürger abzielt; hat sie es nicht verhindert, daß an der Leitung ihrer Militär- und Zivilverwaltung beteiligte, aller moralischen Hemmungen bare Männer das öffentliche Gewissen derart vergiften, daß ihm in diesem Kampfe der gemeine Meuchelmord als die beste Waffe scheint."

All dies war Grey in den letzten Julitagen 1914 dienstlich bekanntgeworden. Die Auffassung Greys, daß nur „unbewiesene Verdächtigungen" vorgelegen haben, ist demnach gänzlich unhaltbar.

Wenn auch, wie Grey sagt, seine Sympathie Österreich gegenüber durch die „unbewiesenen Verdächtigungen" nicht verringert worden sind, so führte ihn seine Oberflächlichkeit in der Beurteilung der Geschehnisse, wie wir gleich sehen werden, sehr bald zu falschen Schlüssen.

Wir folgen weiter Greys Memoiren:

„Doch als man begann sich einzubilden, daß die serbische Regierung selbst für das Verbrechen verantwortlich sei, machte

[4]) Ö. Rotbuch 1919, II Nr. 48.

diese Sympathie Halt. Diese Theorie schien nicht wahrscheinlich. Sie war sogar unwahrscheinlich; sie konnte ohne Beweisführung nicht akzeptiert werden."

Wir müssen uns zunächst fragen, wen Grey unter dem „man" verstanden wissen will, der sich „eingebildet" haben soll, daß die serbische Regierung selbst für das Verbrechen verantwortlich sei. Die k. u. k. Regierung hat sich „trotz aller gegen das serbische Kabinett sprechenden Indizien und Verdachtsgründe" [5]) an die damalige Beweislage gehalten und nicht die serbische Regierung, „sondern nur gewisse serbische Funktionäre und gewisse panslawistische Organisationen angeklagt".[6]) Die Sympathie Greys brauchte daher jedenfalls nicht vor der österreichischen Regierung Halt zu machen. Meinte Grey aber die öffentliche Meinung in Österreich, so hat er bitter Unrecht, wenn er mit seiner Sympathie Halt macht. Wir wissen heute, wie sehr die öffentliche Meinung in Österreich mit ihren Vermutungen, wohl richtiger mit ihrer inneren Überzeugung, im Recht war, daß die serbische Regierung für das Verbrechen mitverantwortlich gemacht werden mußte. Hier war wirklich einmal „Volkesstimme — Gottesstimme".

Aber nicht nur die öffentliche Meinung in Österreich schien sich „einzubilden", daß die serbische Regierung mitverantwortlich sei, sondern auch in England selbst war die gleiche Auffassung vorherrschend.

Der englische Botschafter in Wien, Sir Maurice de Bunsen, hat zu dem Chefredakteur des Fremdenblattes, Dr. Julius Szeps, gesagt: „Seien Sie überzeugt, daß das ganze englische Volk das fluchwürdige Verbrechen von Sarajewo verdammt, und daß auch nicht bei einem einzigen Engländer die geringste Sympathie für Serbien herrscht. Man ist müde, sich durch dies kleine Land immer in Unruhe und Besorgnis stürzen zu lassen" [7]).

Aus der englischen Presse vom Juli 1914 wollen wir hierzu noch einige Stimmen anführen, die wir der kleinen Schrift von Friedrich Meinecke „Probleme des Weltkrieges" [8]) entnehmen.

---

[5]) Siehe Friedrich von Wiesner „Der verfälschte und der echte Text des Dokument Wiesner", „Die Kriegsschuldfrage", Oktober 1925. Seite 646.

[6]) A. a. O. Seite 647.

[7]) Angeführt nach Leopold Mandl „Die Habsburger und die serbische Frage", Wien 1918. M. gibt in der Fußnote als Quelle hierfür an „Wiener Allgemeine Zeitung" vom 10. September 1914.

[8]) Verlag R. Oldenbourg, München und Berlin 1917.

„Pall Mall Gazette“ schrieb: „Es ist unleugbar, daß Belgrad die Pflanzschule der Verschwörung gegen die Ruhe des Nachbarstaates ist. Es ist die Pflicht der serbischen Regierung, sich nicht nur selbst von solchen Machenschaften fernzuhalten, sondern ihnen auch den Schutz ihrer Jurisdiktion zu verweigern. Österreich ist berechtigt, die strikte Erfüllung dieser Verpflichtungen zu fordern, und wir erwarten, daß die Antwort auf seine Aufforderung auf seiten der Regierenden Serbiens die ehrliche Bereitschaft zeigen wird, das Land von dieser Anklage zu reinigen.“ Und an anderer Stelle: „Wir haben immer und immer wieder die grundsätzliche Berechtigung der österreichischen Beschwerden gegen Serbien anerkannt. Wenn Österreich dadurch in die häßliche Stellung eines scheinbaren Friedensstörers hineingedrängt wird, wenn sein gerechter Anspruch auf Sicherheit es mit den tiefen und alten Gefühlen des russischen Volkes in Widerspruch gesetzt hat, so steht es nicht uns zu, darüber zu richten. Gern erfahren wir, daß die Sympathie, die wir und andere Österreich entgegenbrachten, das Herz der Bevölkerung Wiens ergriffen hat.“

Die „Daily News“ sagte: „Österreichs Forderungen enthalten nichts, was wirklich unerträglich wäre. Seine Entrüstung sei natürlich und nicht ungerecht, und Serbien täte am besten, sich prompt zu unterwerfen. Verhandlungen könnten später erfolgen.“

Garvin schrieb im „Observer“: „Wir erkennen an, daß Rußland die Zerstörung Serbiens nicht dulden kann, aber es soll auch keiner einen Finger aufheben, um Serbien in seiner Hartnäckigkeit zu ermutigen oder ihm das volle Maß sofortiger Bestrafung zu ersparen... Belgrad war ein Treibhaus von Träumen und Komplotten, die unmittelbar gegen die Existenz der Habsburger Monarchie gerichtet waren. Die direkte Folge dieser moralischen Atmosphäre war der Doppelmord in Sarajewo . . . Wir müssen Rußland helfen, Garantien gegen die Vernichtung des unabhängigen Serbiens zu finden, ohne die Rettung dieses schuldigen Staates vor ausreichender und denkwürdiger Bestrafung anzustreben.“

Zu welcher Auffassung sich die verschiedenen Mitteilungen im offiziellen Deutschland verdichteten, geht aus einer Stelle der Thronrede Kaiser Wilhelms hervor, die er am 4. August 1914 bei der außerordentlichen Session des Reichstags im Weißen Saal verlesen hat. Es heißt hier:

„Die Kaiserlich russische Regierung hat sich, dem Drängen eines unermüdlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat

eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge das Unheil dieses Krieges veranlaßte."

Wir wollen aber den Dingen noch weiter auf den Grund gehen und nachprüfen, ob eine falsche Einbildung vorgelegen hat oder ob nicht ein intuitives Erkennen in Österreich vorhanden war, das die serbische Regierung für das Verbrechen mitverantwortlich machen mußte.

Es steht heute zweifellos fest, daß letzteres der Fall war. Das wichtigste Beweisstück hierfür, das Geständnis des serbischen Unterrichtsministers Ljuba Jovanowitsch in der Schrift „1914—1924 Blut des Slawentums", soll auch an dieser Stelle noch einmal wörtlich wiederholt werden:

„Ich erinnere mich nicht, ob es Ende Mai oder Anfang Juni war, als uns eines Tages Herr Pasitsch sagte — diese Dinge bearbeitet er meist nur mit Stojan Protitsch, der damals das Ministerium der inneren Angelegenheiten hatte, aber so viel sagte er auch uns anderen —, daß einige Vorbereitungen trafen, um nach Sarajewo zu gehen und Franz Ferdinand, der dort eintreffen und am Veitstag feierlich empfangen werden sollte, umzubringen. Wie man mir später sagte, wurde das aus dem Kreise heimlich organisierter Leute und von patriotischen bosnisch-herzegowinischen Studentenkreisen in Belgrad vorbereitet. Und Herr Pasitsch und wir übrigen meinten, man solle, und Stojan übernahm es auch, eine Verfügung an die Grenzbehörden an der Drina erlassen, daß man den Übergang der jungen Leute verhindere, die zu dem Zweck Belgrad verließen. Aber die Grenz„behörden" waren selbst in der Organisation und führten die Verfügung Stojans nicht aus, sondern meldeten ihm — und er später uns —, seine Weisung habe sie zu spät erreicht, denn diese jungen Leute wären bereits über den Fluß gesetzt.

So schlug der behördliche Versuch, die Ausführung des vorbereiteten Attentats zu verhindern, fehl, wie auch der Versuch fehlschlug, den unser Gesandter in Wien, Herr Jotsa Jovanowitsch, beim Minister Bilinski auf eigene Initiative unternahm, den Erzherzog von der geplanten verhängnisvollen Reise abzubringen. So wurde das Attentat in Sarajewo ausgeführt, und zwar in schrecklicherem Umfange, als vorauszusehen war, und mit Folgen, die sich damals niemand hatte träumen lassen" . . .

„Am Veitstage war ich am Nachmittage allein in meiner Wohnung auf dem Senjak. Etwa um 5 Uhr meldete sich bei mir telephonisch ein Beamter aus dem Pressebüro und sagte mir, was mittags in Sarajewo geschehen war. Und obwohl ich wußte,

was sich dort vorbereitete, war mir doch, während ich den Hörer hielt, als ob mir jemand plötzlich einen Schlag versetzt hatte, und als nachher die erste Nachricht auch von anderen Seiten bestätigt wurde, begannen mich schwere Sorgen zu quälen."

Wir heben bei dieser Gelegenheit noch einmal ausdrücklich hervor, daß diese erschütterndste Anklage gegen die serbische Regierung von 1914, deren damaliges Haupt Pasitsch auch jetzt noch an der Spitze der Belgrader Regierung steht, bis heutigen Tages noch in vollem Umfang aufrechterhalten werden muß, und daß von der serbischen Regierung noch kein Finger gerührt worden ist, um sich von dieser Schuld reinzuwaschen.

Die Tatsache zeigt den moralischen Tiefstand nicht nur der gegenwärtigen Belgrader Regierung, sondern auch der übrigen Regierungen, die für die ungeheure Anklage gegenüber Pasitsch nur ein Achselzucken übrig haben. Weder eine Anfrage im englischen Unterhaus am 8. April 1925, noch die kürzlich in der Presse mitgeteilte Anfrage des ehemaligen serbischen Gesandten in Wien, Jova Jovanowitsch[8a]), haben Pasitsch veranlassen können, auch nur ein Wort zu seiner Entschuldigung vorzubringen. Auch der Völkerbund hat dieser Frage gegenüber noch nicht das geringste Interesse an den Tag gelegt.

Wir müssen uns daher auch heute wieder die Frage vorlegen, was soll denn eigentlich noch bewiesen werden, damit die Welt endlich anfängt, mit der großen Reinigung in der Kriegsschuldfrage Ernst zu machen! —

Worauf Grey seine Behauptung stützt, daß die Theorie, man hätte sich nur „eingebildet", daß die serbische Regierung für das Attentat mitverantwortlich sei, nicht wahrscheinlich schien, sondern sogar unwahrscheinlich war, teilt er nicht mit. Man könnte annehmen, daß Grey bei der Abfassung seiner Memoiren vielleicht die Wiesner-Depesche vom 13. Juli 1914 vorgeschwebt hat, obgleich der Inhalt dieser Depesche erst nach dem Kriege, und zwar nur in tendenziöser, gekürzter Weise bekanntgeworden ist. Seine Handlungsweise im Juli 1914 kann daher, ganz abgesehen von ihrem Inhalt, nicht aus dieser Depesche heraus erklärt werden.

Grey fährt dann fort, daß das österreichische Ultimatum an Serbien ganz überraschend gekommen sei. Das Ultimatum selbst findet er unerwartet streng, brüsker in seinem Ton und „erniedri-

---

8a) Nach der Belgrader „Politika" vom 27. 2. 1926 sagte Jovanowitsch: „Aber durch eine Unachtsamkeit unsererseits haben sie erreicht, daß man in der letzten Zeit in England und Amerika anfängt zu glauben, daß wir wirklich schuld sind . . ."

gender in seinen Bedingungen als irgendeine von einer unabhängigen Regierung an eine andere gerichtete Note, deren man sich erinnern kann".

Dies mag alles zutreffen; man konnte sich aber auch bis dahin nicht erinnern, daß an der Leitung der Militär- und Zivilverwaltung beteiligte Personen eines Nachbarstaates sich des gemeinen Meuchelmordes unter stillschweigender Duldung der Regierung bedient haben. War die offizielle Mitwisserschaft des serbischen Kabinetts damals zwar noch nicht juristisch erwiesen, so war Österreich doch auf Grund des vorliegenden Materials und aus seiner besonderen Kenntnis des Nachbarstaates heraus durchaus dazu berechtigt, die Vermutung zu haben, daß die serbische Regierung bei den Vorbereitungen zu dem Attentat ihre Hand im Spiel hatte.

Besonders gravierend war der Umstand, daß die serbische Regierung vor und nach dem Mord von sich aus nichts veranlaßt hat, um eine Untersuchung der Grenzbehörden einzuleiten, die die Mörder durchgelassen hatten. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß die Grenzübergänge bei Schabatz und Loznica ganz kleine enge Passagen waren, wo ohne Wissen der Behörden kein Mensch durchschlüpfen konnte. Der österreichische Verdacht, daß die serbische Regierung dies Treiben ihrer Grenzbehörden stillschweigend geduldet hat, war daher sehr naheliegend, und wie wir heute wissen, vollkommen zutreffend. Die serbische Regierung, die wußte, daß die Grenzbehörden selbst zu der Organisation gehörten, die den Mord gegen das Thronfolgerpaar in Szene gesetzt hatten, und denen, wie uns Jovanowitsch mitgeteilt hat, dienstlich mitgeteilt worden war, daß sie die der Regierung namentlich und zum Teil persönlich bekannten Mörder durchgelassen hatte, hätte die selbstverständliche Pflicht gehabt, sofort oder zum wenigsten gleich nach dem Attentat eine Untersuchung gegen die Grenzbehörden einzuleiten. Nichts von dem ist geschehen. Im Gegenteil, in Ziffer 6 der serbischen Antwortnote findet sich die zynische Bemerkung[9]):

„. . . Die königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplotte vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiet befinden . . ."

Wir wissen heute, daß, wenn die serbische Regierung dieser Pflicht nachgekommen wäre, sie sich selbst als mitschuldig an der Ermordung des Thronfolgerpaares hätte erklären müssen. Ohne

[9]) Vgl. Ö. Rotbuch 1919, II Nr. 47.

Hinzuziehung von k. u. k. Beamten wäre daher der volle Umfang des Verbrechens nie ans Tageslicht gekommen, und hätte die österreichische Regierung niemals die Sicherheiten erhalten, die zum Schutze der Erhaltung der Doppelmonarchie notwendig waren. Aus diesem Grunde waren die an sich wohl demütigenden Forderungen des Ultimatums, wie sie in Nr. 5 und 6 zum Ausdruck gekommen und später abgelehnt worden sind, berechtigt[10]).

Grey hebt dann den nach seiner Auffassung bestehenden Mangel an Beweisen für die Rechtfertigung des österreichischen Ultimatums mit folgenden Worten hervor:

„Das österreichische Ultimatum war nicht durch irgendeinen Beweis der Mitschuld der serbischen Regierung an dem Mord unterstützt, es ergab sich sogar, daß die beiden verhafteten Attentäter österreichische Untertanen waren. Einer von ihnen war sogar in Serbien als lästiger Ausländer betrachtet worden, doch . . ."

Das ist an sich richtig, doch können wir dem Standpunkt Greys trotzdem keineswegs beipflichten. Wenn bei Absendung des Ultimatums bereits der vollgültige Beweis der Mitschuld der serbischen Regierung an dem Verbrechen gegen die Habsburger Dynastie und den österreichisch-ungarischen Staat vorgelegen hätte, wäre es natürlich absurd gewesen, noch eine Untersuchung auf serbischem Boden unter Mitwirkung von Beamten der Doppelmonarchie zu fordern. In diesem Falle hätte wohl das Ultimatum ganz anders lauten und die Forderungen enthalten müssen, den serbischen Staat nach entsprechender Sühne für Österreich unter Kuratel zu stellen.

Man braucht nicht viel Phantasie zu haben, um sich auszumalen, wie in einem ähnlichen Fall ein englisches oder gar ein Ultimatum des faschistischen Duce gelautet hätte. In sehr anschaulicher Weise schildert der ehemalige Kronprinz Wilhelm in seinem Buch „Ich suche die Wahrheit", welche Wirkung es gehabt hätte, wenn der englische Thronfolger mit seiner Frau vor dem Burenkrieg die Kapkolonie besucht hätte und wäre in Kapstadt durch englische Untertanen von buerischer Nationalität ermordet worden. Der Kronprinz sagt hierüber:

---

[10]) Der Text der beiden Ziffern lautete: „Die königl. serbische Regierung verpflichtet sich überdies einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. u. k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken;

eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplottes vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden;

von der k. u. k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen." (Vgl. Ö. Rotbuch 1919, I Nr. 27.)

„Es wäre im höchsten Grade wahrscheinlich gewesen, daß die englische Regierung überhaupt kein Ultimatum gestellt, sondern die englische Flotte nach Afrika geschickt, das Land erobert und sich unterworfen hätte, und sie hätte gleichzeitig der ganzen Welt zu wissen gegeben, daß sie jede Einmischung in diesen Streit, der nur England angehe, als eine feindselige Haltung betrachten würde. Ich frage jeden Engländer auf Ehre und Gewissen, ob solches Vorgehen seiner Regierung nicht von ihm erwartet worden wäre, und ob eine englische Regierung, die sich etwa die Einmischung Deutschlands — wenn es überhaupt denkbar gewesen wäre, daß die Buren in solchem Fall nicht sofort die Sympathien des gesamten deutschen Volkes verloren hätten — in einem derart entstandenen Konflikt hätte gefallen lassen, vom Unwillen der britischen Bevölkerung nicht hinweggefegt worden wäre. Kein ehrlicher Brite wird diese Frage verneinen, obwohl die Burenbewegung höchstens eine englische Kolonie, die großserbische Bewegung aber den Bestand der österreichischen Monarchie bedrohte . . ."

Grey fährt dann in seinem oben angeführten Satz mit den Worten fort: „es ergab sich sogar, daß die beiden verhafteten Attentäter österreichische Untertanen waren. Einer von ihnen war sogar in Serbien als lästiger Ausländer betrachtet worden doch . . ."[11])

Daß die beiden Attentäter österreichische Untertanen waren, ändert natürlich nichts daran, daß die Drahtzieher in Belgrad die gleiche Verantwortung trifft, als wenn serbische Staatsangehörige den Mord vollbracht hätten. Wir wissen heute, daß man mit Absicht in Bosnien geborene Leute für das Verbrechen gewonnen hatte, um den Eindruck zu erwecken, daß es sich um eine Art revolutionärer Volksbewegung handle, die in Bosnien selbst aufgewachsen sei. Aus diesem Grunde hat man auch, gleichsam als Vertreter seiner Stammesbrüder, einen Osmanen in die Zahl der bereitgestellten Mörder mit aufgenommen, Mehemed Bastaitsch, dem es bekanntlich gelang, der österreichischen Polizei zu entgehen.

Grey teilt aber nicht mit, daß der eine von ihnen, der als lästiger Ausländer betrachtet worden sei, Gabrinovic, kurze Zeit vorher in später Abendstunde dem Kronprinz Alexander vorgestellt worden war. Unseres Erachtens ist diese ganze Angelegenheit mit Gabrinovic noch nicht so weit aufgeklärt, daß man daraus den Schluß ziehen könnte, die serbische Regierung wäre bestrebt gewesen, von Gabrinovic abzurücken.

---

[11]) Grey, deutsche Ausgabe Seite 294.

Nach den Memoiren Greys könnte man den Eindruck gewinnen, als ob der englische Außenminister auch während der Julikrisis der Haltung Österreichs nicht das geringste Verständnis entgegengebracht hätte. Aber dies trifft nicht zu. In seinem Telegramm an den englischen Botschafter in Berlin, Sir Ed. Goschen, vom 31. Juli 1914 sagt Grey folgendes:[12])

„Es ist mir eingefallen, daß, wenn infolge dieses gegenseitigen Mißtrauens in St. Petersburg und in Wien unmöglich eine Lösung zu finden wäre, Deutschland am Ballplatz und ich an der Sängerbrücke anfragen könnten, ob die vier unbeteiligten Mächte Österreich-Ungarn nicht die Anerbietung machen sollten, sie würden sich verpflichten, ihm volle Genugtuung seitens Serbiens zu verschaffen, wenn es verspräche, Serbiens Souveränität zu belassen und ihm kein Gebiet zu entreißen. Wie Ew. Ex. wissen, hat sich Österreich-Ungarn bereits zu diesen Versprechungen bequemt."

Hier stellte sich Grey selbst auf den Standpunkt, daß Österreich berechtigt war, sich „volle Genugtuung von seiten Serbiens zu verschaffen, wenn es verspricht, Serbien seine Souveränität zu lassen und ihm kein Gebiet zu entreißen". Österreich hatte dieses Versprechen gegeben[13]). Die Gefahr einer Zertrümmerung Serbiens und damit einer Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zum Nachteil der Ententemächte bestand sonach nicht. Es wäre daher jedenfalls einfacher gewesen, man hätte es Österreich überlassen, sich selbst „volle Genugtuung" zu verschaffen, als die ganze Welt in einen Krieg zu stürzen. Der österreichisch-serbische Konflikt hätte sich bei wirklicher Friedensliebe Rußlands und Frankreichs und bei einer festen Haltung Greys diesen beiden Staaten gegenüber durchaus lokalisieren lassen, und der große Krieg wäre vielleicht unterblieben, wenn die Welt sich mehr über den Mord von Sarajewo empört hätte.

---

[12]) Engl. Blaubuch Nr. 111.
[13]) Rotbuch 1919, III Nr. 19, 45, 62.

Briefwechsel zwischen Kaiser Franz Joseph und Zar Nikolaus II. über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina.

Die nachstehend veröffentlichten Briefe einschließlich der Fußnoten sind einem Aufsatz von A. Saiontschkowski „Um die Annexion von Bosnien und der Herzegowina" in Heft 10 der vom Zentralarchiv in Moskau herausgegebenen historischen Zeitschrift „Krasny Archiv" entnommen. Saiontschkowski gibt in seinem Aufsatz eine kurze Vorgeschichte der Ministerzusammenkunft von Buchlau und verbindet dann die einzelnen, sich auf die Annexionskrise beziehenden Briefe der beiden Herrscher mit erläuterndem Text. Da die Konzepte der Briefe des Zaren zum Teil von der Hand Iswolskis geschrieben sind, bezeichnet Saiontschkowski den nachstehenden Briefwechsel mit Recht als „ein diplomatisches Duell" zwischen Iswolski und Aehrenthal. Wir haben den Briefen das von Saiontschkowski im Begleittext angegebene Datum jedesmal vorangestellt. Der Begleittext ist hier nicht mit aufgenommen. Die Schriftleitung.

Kaiser Franz Joseph an Zar Nicolai II.

29. September neuen Stiles 1908.

„Mein teurer Freund!

Du kennst die Verhandlungen, die seit einiger Zeit von unseren Regierungen geführt werden zum Zwecke der Festigung der Grundlagen unseres Abkommens über die Orientfragen und der genauen Festsetzung der zukünftigen allgemeinen Richtlinien für die Politik, die wir im gegenseitigen Einvernehmen auf dem Balkan befolgen müssen. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, welche Bedeutung ich dem Erfolge dieser Verhandlungen beimesse, da ich fest davon überzeugt bin, daß ein Abkommen, wie es unsere Regierungen im Auge haben, am allerbesten dem Monarchismus und dem Konservatismus[1]) nützen wird, den Prinzipien, die uns im Interesse der Zukunft unserer Reiche so sehr am Herzen liegen.

Indem meine Regierung an einer befriedigenden Lösung dieser so überaus wichtigen Fragen arbeitete, mußte sie sich noch mit einem anderen Problem von besonderer Wichtigkeit befassen,

---

[1]) Wenn man die ganze sechzigjährige Korrespondenz Franz Josephs mit den russischen Zaren verfolgt, so findet man in jedem Briefe Franz Josephs, wenn er von Rußland irgendein Zugeständnis erbitten wollte, dieses Leitmotiv „Monarchismus und Konservatismus". Bei Nicolai I. hat diese Methode zugunsten Österreichs nie versagt.

dessen Lösung ohne Gefährdung der friedlichen Entwicklung der Ereignisse in Gebieten an meinen Grenzen nicht hinausgeschoben werden konnte.

Es handelt sich um die Lage von Bosnien und der Herzegowina.

Diese beiden Provinzen haben gegenwärtig dank den unablässigen Bemühungen meiner Regierung einen hohen Grad der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung erreicht, sie streben gesetzlich nach den Wohltaten einer autonomen und konstitutionellen Regierung[2]), woran meine Regierung nicht in der Lage ist, sie weiter zu hindern, in Anbetracht der unvorhergesehenen Ereignisse, die sich in der Türkei zugetragen haben[3]).

Es ist aber nicht möglich, an die Gewährung einer Verfassung für Bosnien und die Herzegowina heranzutreten, bevor nicht die Frage der zukünftigen politischen Stellung dieser Provinzen endgültig geregelt ist.

Somit ist scheinbar jener Augenblick herangekommen, auf den Giers[4]) in seinem Telegramm an den Fürsten Lobanow[5]) vom 27. Februar 1884 anspielt, wo er von unvorhergesehenen Umständen spricht, welche die österreichische Regierung veranlassen könnten, die in den beiden okkupierten Provinzen bestehende Lage abzuändern.

Tatsächlich, nicht Erwägungen des politischen Vorteils, sondern die sich aus der allgemeinen Lage ergebende zwingende Notwendigkeit veranlassen mich, zur Annexion von Bosnien und der Herzegowina zu schreiten.

Im festen Vertrauen auf Deine erprobte Freundschaft und auf die Stärke der unsere Reiche verknüpfenden traditionellen Bande bin ich fest überzeugt, daß Du Dich wohlwollend zu dieser Maßnahme verhalten wirst, zu der wir gezwungen sind und die Dein seliger Vater und Großvater vorausgesehen und ohne Einwendung gebilligt haben.

Zum Beweise dessen, daß dieser Beschluß in keiner Weise den konservativen Grundlagen der österreich-ungarischen Politik widerspricht und daß meine Regierung dem im Jahre 1897 aufgestellten Prinzip des Desinteressements treu bleibt, möchte ich Dir nur sagen, daß ich meine Regierung bevollmächtigt habe, gleichzeitig mit der Annexion von Bosnien und der Herzegowina auf militärische und administrative Rechte, wie

---

[2]) Die gesperrt gedruckten Worte sind von Nicolai II. unterstrichen.
[3]) Der jungtürkische Umsturz.
[4]) Außenminister unter Alexander III.
[5]) Russischer Botschafter in Wien zur gleichen Zeit.

sie der Monarchie vom Berliner Traktat im Sandschak Novibazar zugestanden sind, zu verzichten. Die unverzügliche Abberufung meiner dort gegenwärtig garnisonierenden Truppen mag als Bestätigung dieses Verzichtes dienen.

Glaube bitte den Gefühlen inniger Freundschaft Deines Bruders und Freundes

Franz Joseph."[6])

Zar Nicolai II. an Kaiser Franz Joseph.

22. Oktober (4. November) 1908.

„Mein teurer Freund!

Die tiefe und innige Freundschaft, die ich zu Dir hege, verbietet mir, Dir den überaus schweren Eindruck zu verbergen, den die Angliederung der Deiner Regierung vom Berliner Traktat anvertrauten Provinzen Bosnien und Herzegowina auf mich gemacht hat, und — was besonders betrüblich ist — die Angliederung auf dem Wege eines selbstherrlichen Akts.

Ich möchte die Bedeutung der Dir gegenüber von meinem Großvater und Vater übernommenen Verpflichtungen keinem irgendwie gearteten Zweifel unterziehen, ich will auch nicht die Frage aufwerfen, ob das von Dir erwähnte besondere Dokument dem bis heute bestehenden Abkommen entspricht — ich beschränke mich nur auf die Feststellung, daß die Stellung Bosniens und der Herzegowina, die Österreich-Ungarn vom Berliner Traktat zur Okkupation übergeben waren, nur durch einen Beschluß der Signatarmächte dieses Traktats geändert werden kann. Dieser Gesichtspunkt entspricht vollkommen dem auf der Londoner Konferenz aufgestellten und von Österreich-Ungarn feierlich anerkannten Prinzip, daß kein Staat sich von den Verpflichtungen des Vertrages lossagen oder seine Bestimmungen abändern kann, ohne daß hierzu die vertragschließenden Parteien ihr volles Einverständnis erklären.

Indem ich auf Deine Freundschaft und das Dir innewohnende hohe Gerechtigkeitsgefühl baue, gebe ich der Überzeugung Ausdruck, daß Du auch in vorliegendem Falle mit der Notwendigkeit der Anwendung dieses Prinzips vollkommen einverstanden bist.

Was mich anbetrifft, so bin ich von Herzen bereit, der Festigung der monarchischen und konservativen Grundlagen zu dienen, die für Rußland und Österreich-Ungarn so ungemein wohltätig sind, und ich werde alle Anstrengungen machen, um diese Schwierigkeiten freundschaftlich zu lösen und die unsere Reiche verbindenden traditionellen Bande enger zu knüpfen.

[6]) Übersetzung aus dem Französischen.

Glaube bitte den Gefühlen der innigen Freundschaft Deines Bruders und Freundes

Nicolai.“[7])

Kaiser Franz Joseph an Zar Nicolai II.

Wien, 7. Dezember (24. November) 1908.

„Mein teurer Freund!

Es war mir eine große Freude, durch den Großfürsten Michael den Brief zu erhalten, in dem Du meines Jubiläums gedacht hast; das traurige Ereignis, welches Deinen Bruder im Kreise der Angehörigen zurückhielt[8]), hat mich aufrichtig betrübt. Was Deine Wünsche anbetrifft, denen sich auch die Kaiserin anzuschließen wünschte, so haben sie die gefühlvollsten Seiten meines Herzens berührt. Deine Freundschaft, die Du mir schenkst, ist mir aus vielen Gründen teuer, und ich schätze sie besonders in einem Augenblicke, da ich nach einer sechzigjährigen Regierung voller Sorgen und Arbeit nicht ohne Erregung die Etappen dieser Regierung in meinem Geiste vorüberziehen lasse.

In dieser verflossenen Zeitspanne haben die Beziehungen zwischen unseren Herrscherhäusern (trônes) eine wichtige Rolle gespielt. Ich habe mich bemüht, sie zu stärken, nicht nur aus dem Gefühl der Anhänglichkeit heraus, sondern auch aus Pflicht meinen Völkern gegenüber.

Entgegen meinen persönlichen Sympathien mußte ich bald nach meiner Thronbesteigung erkennen, daß die mit dem Schicksal sowohl Rußlands wie auch meiner Monarchie zusammenhängenden Fragen nicht mit Hilfe einer offenen Bündnispolitik geregelt werden konnten; die nationalen und geographischen Bedingungen beider Reiche waren zu verschieden, als daß es möglich gewesen wäre, immer zur Erreichung ein und desselben Endzieles Hand in Hand zu gehen. Mit mir erkannten auch Deine Vorfahren, daß der Gegensatz in den Bestrebungen unserer Völker uns zu ständiger Wachsamkeit verpflichtete und uns den Gedanken einflößte, die Folgen dieses Gegensatzes mit Hilfe fester Freundschaftsbande und des Vertrauens zwischen unseren Häusern auszugleichen.

Ich habe dieses Prinzip zur Grundlage meiner Politik gemacht, die in der Ausnutzung aller der Interessenannäherung unserer Staaten förderlichen Umstände bestand, sowie andererseits in der wohlwollenden und ruhigen Betrachtung der Unstimmigkeiten, die bei einem Zusammenprall der Interessen entstehen könnten.

---

[7]) Übersetzung aus dem Französischen.

[8]) Der Tod des Großfürsten Alexej Alexandrowitsch.

Diese von Deinen Vorgängern geteilte Politik ist für Rußland nicht resultatlos verlaufen; sie hat es vor Gefahren bewahrt und ihm positive Vorteile verschafft. Sie gestattete Alexander II., den Krieg mit der Türkei zu beginnen und die Früchte des Sieges nicht nur zum Wohle Rußlands, sondern auch zum Wohle der Völkerschaften des Balkans zu pflücken.

Ich brauche Dich nicht an die Gefahrenmomente zu erinnern, die zeitweilig anläßlich der Balkanfrage während der Regierung Deines seligen Vaters entstanden. Unser guter Wille hat in dieser Zeit der erregten öffentlichen Meinung und ihrer unruhigen Ansprüche (velléités) die Oberhand behalten.

Auch später hat Deine erleuchtete (éclairée) Freundschaft uns dazu gebracht, durch das Abkommen vom Jahre 1897, das berufen war, die europäische Politik auf den Balkan zu richten, einen großen Schritt vorwärts zu tun. Scheinbar stand dieses Abkommen als der Beginn einer neuen Politik im Gegensatze zu den bisherigen Traditionen; in Wahrheit bedeutete es aber nur die Entwickelung jener Beziehungen, die durch zwanzigjährige Prüfungen erprobt waren.

Zu meiner Befriedigung gab mir diese Annäherung die Möglichkeit, eine Politik des freundschaftlichen Einvernehmens mit Rußland zu führen. Nicht nur, daß ich mich jenes Dokuments, das Österreich-Ungarn die volle Freiheit gab, seine wirtschaftlichen Interessen auf dem Balkan zu entwickeln, nicht bedient habe, nein, auch in der Zeit, da Du im fernen Osten einen schweren Krieg führtest, und in der Zeit der darauf für Rußland folgenden Unruhen habe ich diese materiellen Interessen verleugnet, nur um Dich auch nur vor dem Schatten irgendeiner Unruhe Europa gegenüber zu bewahren.

Jetzt endlich, als ich im Bestreben, den verwundbarsten Punkt meiner Länder zu schützen, es für meine Pflicht hielt, entscheidende Maßnahmen in bezug auf Bosnien und die Herzegowina zu treffen — Maßnahmen, die auch in unseren früheren Verpflichtungen figurieren, als Gegengewicht gegen den territorialen Zuwachs und den Einfluß des russischen Reiches —, habe ich, treu den Traditionen meiner Politik, Dein Reich meinem Projekt angegliedert, ihm wesentliche Vorteile einräumend.

Du schreibst in Deinem Brief vom 22. Oktober (4. November), daß Du Dich verpflichtet fühlst, bezüglich des Textes, auf den meine Regierung sich zur Verteidigung meiner letzten Handlungsweise berufen könnte, zu warnen. Glaube mir, mein teurer Freund, daß es mir nicht in den Sinn gekommen ist, mich dieser Dokumente zur Rechtfertigung meines Schritts vor Europa und vor Dir zu bedienen.

Ebensowenig habe ich in dieser Unterhaltung mit Dir im Sinne, auf Dein Urteil hinsichtlich meiner Diplomatie einzuwirken. Ich wünsche nur, Du sollst wissen, daß ich im vorliegenden Falle Dir gegenüber meine unveränderliche Loyalität bewahrt habe, nichts unternommen habe, was nicht früher von Deinen Vorfahren und kürzlich auch von Deiner Regierung gebilligt worden ist, die mir vorgeschlagen hat, meine Besitzungen über die von mir festgesetzten Grenzen auszudehnen. Ich muß Dir sagen, daß das Mißtrauen, daß Du meinen Absichten entgegenbringst, mich betrübt hat, und daß es bei Erwähnung jener Grundlagen, von denen ich nicht abzuweichen denke, zu Tage getreten ist; meiner Ansicht nach hätten diese Grundlagen wohl einem Gegner gegenüber erwähnt werden können, nicht aber gegenüber einem aufrichtigen Freunde, der sich für Deine Interessen und Deine Wünsche eingesetzt hat, bevor er zu Maßnahmen griff, deren Vorteil einerseits auf das Prestige Deines Reiches, wie andererseits auf die Sicherheit des Meinigen, einwirken muß.

Muß ich Dir denn wirklich sagen, daß ich das Mittel des fait accompli auf Grund ernster Erwägungen gewählt habe? Es liegt doch auf der Hand, daß die Türkei, und unter den obwaltenden Umständen auch einige andere Staaten, mir eine Absage erteilt oder zum mindesten mit ihrer Einverständniserklärung gefeilscht hätten, wenn ich sie vorher darum angegangen hätte. Die Druckmittel, die gegenwärtig Österreich-Ungarn gegenüber angewandt werden, wären gleich angesetzt worden, und die Aufrollung dieser Frage hätte von seiten der kleinen slavischen Staaten viel stärkere Proteste hervorgerufen, als die, mit denen ich es jetzt nach vollendeter Tatsache zu tun habe. Wahrscheinlich hätte man zu den Waffen greifen müssen und zwar in einer Angelegenheit, deren Endziel der Aufschub blutiger Zusammenstöße auf dem Balkan ist.

Deine erneute brüderliche Handlungsweise, teurer Freund, für die ich Dir nochmals meine Dankbarkeit ausdrücke, gibt mir Gelegenheit, Dir meine Auffassung von der auf mir ruhenden heiligen Pflicht darzulegen, wie die Überzeugungen, von denen ich mich habe leiten lassen während meiner Regierung, deren Jubiläum ich eben gefeiert habe, und während meines langen von gottgesandten Prüfungen erfüllten Lebens.

Ich wollte Dich meiner Treue zu den Prinzipien, von denen ich mich bis heute habe leiten lassen, versichern, sowie meines festen Entschlusses, ihnen auf dem Wege, den ich mir seiner Zeit erwählt habe, treu zu bleiben. Möge Gott Dein Vertrauen zu mir und Deine

Freundschaft im Interesse unserer Throne und unserer Völker erhalten.

Glaube bitte den Gefühlen der innigen Anhänglichkeit Deines Bruders und Freundes

Franz Joseph.[9])

Zar Nicolai II. an Kaiser Franz Joseph.

Zarskoje Selo, 17. Dezember 1908.

„Mein teurer Freund!

Ich war tief gerührt von den herzlichen Ausdrücken Deines Briefes und fühle meinerseits das Bedürfnis, offen mit Dir über die Beziehungen zu sprechen, die gegenwärtig zwischen unseren Reichen bestehen; leider ist in diesen Beziehungen in der letzten Zeit eine Änderung eingetreten, die mich tief betrübt. Du weißt, wie ich stets dem Abkommen[10]), unserem gemeinsamen und persönlichen Werk, ergeben war; hat es doch im Laufe von 10 Jahren den friedlichen Gang der Ereignisse auf dem Balkan sichergestellt.

Und wenn gegenwärtig dieser Zustand dem Gefühl allgemeiner Aufregung gewichen ist, so ist Rußland selbstverständlich hierfür nicht die Ursache.

In vollständiger Übereinstimmung mit meinem Willen ist meine Regierung pedantisch den Handlungen treu geblieben, die wir gemeinsam in Mazedonien unternommen haben; es ist Deinem Außenminister vorbehalten geblieben, unserem Abkommen den ersten Schlag zu versetzen. Muß ich Dir die betrüblichen Ereignisse des letzten Winters ins Gedächtnis rufen?

Während ich vollkommen überzeugt war, daß wir in Anbetracht der freundschaftlichen Verhandlungen unserer Minister in Wien in vollständigem Einvernehmen handeln werden, ist Baron Ährenthal unvermutet von unserer Linie abgewichen; ohne uns zu verständigen, präsentierte er sein Projekt der Sandschakbahn und ließ den von unseren Kabinetten gemeinsam ausgearbeiteten Plan der juristischen Reformen in Mazedonien fallen.

Du weißt, wie sehr ich bemüht war, einen Bruch unseres Einvernehmens zu vermeiden. Um es wiederherzustellen, befahl ich Iswolski in diesem Herbst mit Baron Ährenthal zu verhandeln. Dieser entwickelte während der Verhandlungen neue Pläne, die

---

[9]) Original in französischer Sprache.

[10]) Das Abkommen von 1908. *(Soll wohl 1897 heißen! Vgl. Pribram: „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914". Seite 78 ff. Die Schriftleitung.)*

nur den normalen Verlauf der Dinge und das gute Einvernehmen zwischen beiden Reichen stören mußten. Nichsdestoweniger bemühte sich mein Außenminister, von den friedlichsten Bestrebungen beseelt, Mittel ausfindig zu machen, mit deren Hilfe die Annexionsfrage, die er zwecks einer freundschaftlichen Lösung aufzurollen im Auge hatte, erledigt werden könnte.

Vor allem lenkte Herr Iswolski seine Aufmerksamkeit auf die Erregung, welche diese Frage nicht nur in Rußland, sondern auch unter den Balkanvölkerschaften auslösen mußte; dann wies er ihn auf die Bedingungen hin, unter denen wir ungeachtet aller bei dieser Frage bevorstehenden Schwierigkeiten in der Lage wären, Österreich-Ungarn gegenüber eine freundschaftliche Haltung einzunehmen; er erklärte ihm offen, daß wir von der These, an der wir immer festgehalten haben, nicht abgehen können, nämlich der These, daß die Annexion von Bosnien und der Herzegowina eine allgemein-europäische Bedeutung hat und nur mit dem Einverständnis der Mächte gelöst werden kann; es wurde sogar der Ort und die Zeit einer solchen Konferenz erörtert. Schließlich erhielt Iswolski von Baron Ährenthal die Zusicherung, daß er rechtzeitig von dem Entschlusse Deiner Regierung verständigt werden wird. Ich war vollkommen überzeugt, daß der Gedankenaustausch zwischen beiden Ministern mir vorher zur Prüfung vorgelegt werden muß[11]), worauf das von ihnen im Entwurf fertig gestellte Abkommen meine Bestätigung erhalten wird.

Ohne aber meine Antwort abzuwarten, hat Baron Ährenthal uns vor die vollendete Tatsache gestellt, nachdem er uns hiervon nur 24 Stunden vordem verständigte und sich nicht im geringsten an die von meinem Minister formulierten Einwände kehrte; alles dieses hinderte ihn zudem nicht, zu erklären, daß er in vollem Einvernehmen mit uns handelt. Gleichzeitig verbreiteten Deine Gesandten im Auslande die Ansicht, daß die Annexion die Mächte nichts angehe und daß Österreich-Ungarn an einer Konferenz nicht teilnehmen werde.

Du weißt, welchen Sturm diese schroffe Handlungsweise in ganz Europa erregte. Baron Ährenthal, der so viele Jahre unter uns gelebt hat[12]), mußte die Erregung der öffentlichen Meinung voraussehen, die hierdurch in Rußland hervorgerufen worden ist und die meiner Regierung so viel Schwierigkeiten gemacht hat und noch fortgesetzt macht.

[11]) Nach der Zusammenkunft mit Ährenthal bereiste Iswolski die europäischen Hauptstädte, während Österreich diese Zeit zur Annexionserklärung benutzte.

[12]) Er war Botschafter in Petersburg.

Du, mein teurer Freund, wirst es gleichfalls verstehen, wie sehr ich persönlich durch die Handlungsweise Deines Ministers gekränkt (froissé) worden bin. Ungeachtet dessen, hat mein Kabinett unablässig alles unternommen, um die Gemüter in Rußland, wie auch unter den Balkanvölkern zu beruhigen. Inmitten aller dieser Schwierigkeiten ist mein Kabinett auch nicht einen Augenblick seiner friedlichen und korrekten Haltung untreu geworden, und mit schmerzlichem Erstaunen habe ich von den Methoden erfahren, die Baron Ährenthal uns gegenüber angewandt hat. Er ist fähig gewesen, allem diplomatischen Brauch entgegen, anderen Kabinetten ohne unser Einverständnis Geheimdokumente mitzuteilen, die kürzlich zwischen unseren Kabinetten gewechselt worden sind. Einige von ihnen beziehen sich auf die mit unserem Geheimabkommen vom Jahre 1897[12a]) zusammenhängenden früheren Verhandlungen, welches Abkommen ich als einen zwischen Dir und mir persönlich abgeschlossenen Pakt ansehe, an dem unsere Minister nur in der Eigenschaft von Zeugen teilgenommen haben. Übrigens war es mir schon bekannt, daß Baron Ährenthal noch vor dem obigen Fall einem ausländischen Kabinett ein auf dasselbe Abkommen bezügliches Dokument mitgeteilt hat.

Ich kann nicht umhin, mein teurer Freund, in dieser Handlungsweise Deines Ministers einen Mangel an Achtung mir gegenüber zu erblicken. Unter solchen Umständen sind Geheimverhandlungen nicht möglich, und ich war gezwungen, meinem Außenminister zu befehlen, in Zukunft den Beziehungen zwischen beiden Kabinetten einen streng offiziellen Charakter zu verleihen.

Ich versichere Dir, mein teurer Freund, daß alle diese betrüblichen Ereignisse, die Gefühle meiner tiefen Verehrung für Dich und den aufrichtigen Wunsch, das gute Einvernehmen zwischen unseren Reichen wieder ganz hergestellt zu sehen, in keinem Fall erschüttern. Ich schreibe Dir diese Zeilen, nicht nur mit dem Gefühl tiefer Betrübnis, sondern auch mit großer Befürchtung für die Zukunft.

Es ist natürlich nicht an mir, darüber ein Urteil abzugeben, ob die Politik Deines Außenministers Deinem Reiche derartige Vorteile gegeben hat, daß sie in ihren Ausmaßen die dadurch hervorgerufenen Erregungen aufwiegen. Ich muß Dich aber fragen, ob diese Politik sich auf die schon verursachte Unruhe beschränken wird, oder ob wir uns am Vorabend von Verwickelungen befinden, die dem allgemeinen Frieden noch gefährlicher werden können. Nach den mir zugegangenen Nachrichten trifft Deine Regierung

---

[12a]) *Vgl. Fußnote 10. — Die Schriftleitung.*

militärische Maßnahmen in einem Umfange, die darauf schließen lassen, daß sie sich zu einem in nächster Zeit möglichen Konflikt mit Deinen südlichen Balkannachbarn vorbereitet. Erfolgt ein solcher Zusammenstoß, so wird eine gewaltige Empörung nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in Rußland die Antwort sein, und Du kannst Dir die außerordentlich schwierige Lage vorstellen, in der ich mich dann befinden würde. Verhüte Gott eine derartige Perspektive, die jeder Möglichkeit, die guten Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu erhalten, ein Ende macht und Europa in einen allgemeinen Krieg stürzen kann.

Ich meinerseits werde stets den Gefühlen und Prinzipien treu bleiben, von denen ich mich in den Beziehungen zu Dir habe leiten lassen und die mir für die Erhaltung des Friedens und der monarchischen Institutionen so unerläßlich erscheinen. Ich flehe zu Gott, mir bei meinen Bemühungen zu helfen und mir Dein Wohlwollen zu erhalten, das mir unendlich teuer ist und das ich fortgesetzt als das sicherste Mittel zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen unseren Reichen ansehe.

Glaube, bitte, an die Gefühle aufrichtiger Zuneigung Deines Bruders und Freundes Nicolai.“[13])

Kaiser Franz Joseph an Zar Nicolai II.

Wien, 15./28. Januar 1909.

„Mein teurer Freund!

Die Mühe, die Du Dir im Brief vom 17. (30.) v. Mts. gemacht hast, indem Du alle Argumente, die Deine Regierung gegen meine aufzuzählen für nötig befunden hat, persönlich anführst, zeigt mir, wie gewaltig Dein Interesse an der gegenwärtigen Politik ist. Ich sehe, wie stark Dich die Meinungsverschiedenheiten, die im Zusammenhang mit den kürzlichen Unterredungen zwischen unseren Ministern entstanden sind, beeindruckt haben; ich erinnere mich an analoge Konflikte, deren Zeuge ich seinerzeit gewesen bin. Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß derartige Streitigkeiten zwischen Staatsmännern am besten ohne Einmischung der Monarchen erledigt werden; die Erfahrung hat mich mehr als einmal gelehrt, ihnen gegenüber duldsam und zurückhaltend zu sein.

Du wirst nichts dagegen haben, wenn ich die von Dir auseinandergesetzten Meinungsverschiedenheiten nicht erörtere, sondern mich darauf beschränke, auf einige Dich und mich persönlich betreffende Stellen Deines Briefes hinzuweisen.

[13]) Original in französischer Sprache.

Vor allem war ich überrascht, von Dir zu erfahren, Baron Ährenthal habe im vergangenen Herbst Deinem Außenminister gegenüber „neue Pläne, die den normalen Gang der Ereignisse nur stören konnten, präsentiert . . .“ Diese neuen Pläne (es handelt sich zweifellos um die Annexion von Bosnien und der Herzegowina) waren in den allgemeinen Vorschlägen enthalten, mit denen Dein Minister zwei Monate vor der Zusammenkunft in Buchlau Baron Ährenthal überrascht hat. Mein Minister, der sich nicht gestattet hätte, die Projekte Iswolskis ohne meine Einwilligung zu kritisieren, war fest überzeugt, daß dieser von Dir bevollmächtigt war, sie mitzuteilen.

Mein teurer Freund, ich kann Dir meine Verwunderung nicht verhehlen, daß diese Vorschläge Dir nicht vorher zur Billigung vorgelegt worden sind und Dir erst nach vollendeter Tatsache bekanntgeworden sind in Form einer unerwarteten und unzeitgemäßen Mitteilung. Du mußt wissen, daß nach dem ursprünglichen Plan Deines Ministers die Maßnahme, die ich später Bosnien und Herzegowina gegenüber zur Anwendung gebracht habe und deren Notwendigkeit ihm zur Durchsicht vorgelegt worden war, sich auf den Sandschak von Nowibasar erstrecken sollte, während ich mich meinerseits verpflichtete, mich zu Handlungsweisen, die Du zum Zwecke der Öffnung der Meerengen für Deine Kriegsschiffe unternehmen solltest, wohlwollend zu verhalten und ihnen meine moralische Unterstützung zu gewähren.

Dieser Teil des Programms ist aus mir unbekannten Motiven nicht zur Ausführung gelangt; ich bitte Dich, mein teurer Freund, mir immerhin zu glauben, daß meine Regierung daran vollkommen unbeteiligt ist, und selbst heute wissen wir nichts darüber. Baron Ährenthal verdient somit in diesem Punkt keineswegs Deine Unzufriedenheit.

Ferner wäre es mir lieb, wenn Du Dein Urteil über meinen Minister, betreffend die große Unbescheidenheit, die er sich angeblich durch die behauptete Veröffentlichung unseres Abkommens vom Jahre 1897 Dir gegenüber hat zuschulden kommen lassen, revidieren würdest. Die unmittelbare Kenntnisnahme der Dokumente, die Dir augenscheinlich nicht vorgelegt worden sind, wird Dich auch hier davon überzeugen, wie ich es getan habe, daß kein uns beide betreffendes Geheimnis, kein einziges Detail unseres Geheimabkommens aus jener Zeit durch Mitteilungen Baron Ährenthals an ausländische Kabinette der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist. Im Gegenteil, der Minister hat bei der durch die Macht der Umstände nötig gewordenen Beleuchtung der Resultate unserer Ver-

handlungen Beweise seiner Zurückhaltung und Bescheidenheit gegeben.

Der dritte Punkt Deines Briefes endlich betrifft mich direkt und hat mich im höchsten Grade erstaunt. Ich kann es gar nicht verstehen, wie man Dir die Sachlage und die Stimmung auf dem Balkan derartig hat verheimlichen können, daß Du meine Haltung Serbien und Montenegro gegenüber als aggressiv ansiehst.

Die Erregung, die in diesen Gebieten herrscht, gebiert die verschiedensten und widersprechendsten Gerüchte, die unverzüglich und mit großer Sorgfalt nachgeprüft werden müssen. Die Ratgeber, welche darauf verzichten, ihre Nachrichten aus klaren Quellen zu schöpfen, und sie, bevor sie Dir vorgelegt werden, sorgfältig zu sichten, geben sich meiner Ansicht nach keine Rechenschaft darüber, welche Verantwortung sie auf sich nehmen und welchem Risiko sie die politische Lage aussetzen.

Mein Verhalten zu den serbischen Ländern ist mir seit dem Herbst von meiner Pflicht und Vorsicht vorgeschrieben worden in Anbetracht der alle Bevölkerungsklassen dieser Länder, die verantwortlichen Vertreter der Regierung nicht ausgenommen, durchdringenden leidenschaftlichen und haßerfüllten Feindseligkeit. Ich habe nie daran gedacht, ihre selbständige Existenz anzutasten und hege keine Eroberungsabsichten, die ihnen Schaden verursachen könnten. Ich habe im Gegenteil beschlossen, mit fester Hand der Möglichkeit von Angriffshandlungen Widerstand zu leisten, Handlungen, zu denen sie die zunehmende Frechheit treiben könnte bei ihren phantastischen Träumen, die ihnen leider nicht nur von einer Seite eingegeben werden.

Man wird kein Beispiel finden, daß eine um ihr Prestige und ihre Interessen besorgte Großmacht eine solche Langmut gezeigt hat, wie wir sie gegen die schamlose Provokation unserer kleinen Nachbarn üben.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß Überlegung und gesunder Verstand letzten Endes die Oberhand behalten werden gegenüber jenen Verblendungen, die sonst diese Völker den schlimmsten Zufällen zuführen können.

Mein Geschäftsträger in Petersburg hat mir die gnädigen Worte mitgeteilt, die Du an ihn anläßlich des Neuen Jahres zu richten die Güte hattest; zum Teil habe ich sie auch auf mich bezogen, und ich danke Dir von Herzen. Mögen die von Dir in wenigen Worten ausgedrückten Gefühle und Wünsche eine gute Vorbedeutung sein.

Glaube, bitte, den Gefühlen inniger Freundschaft Deines Bruders und Freundes

Franz Joseph."

An unsere Bezieher.

Wir bitten hierdurch die Abonnementsbeträge vom 1. April 1926 ab entweder direkt an uns oder auf Postscheckkonto

Berlin Nr. 51 412

zu überweisen.

Die Fortführung der Zeitschrift ist nur möglich, wenn die Abonnementsbeträge pünktlich eingezahlt werden. Wir bitten höflichst, uns Mahnungen zu ersparen.

Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen,
Berlin NW 6, Luisenstr. 31a.

Besondere Mitteilung.

In der Gesellschaft für Erforschung der Kriegsursachen wurden unter dem Vorsitz des Gesandten a. D. L. Raschdau im Winter 1925/26 folgende Vorträge gehalten:

Alfred von Wegerer: Der Stand der Kriegsschuldfrage in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (persönliche Reiseeindrücke).

Professor Dr. Paul Herre: John S. Ewart: „The Roots and Causes of the Wars".

Professor Dr. Georg Karo: The Life and Letters of Walter H. Page.

Archivrat Dr. Hans Rothfels: Grey, Viscount of Fallodon: „Twenty-five Years 1892—1916".

Graf Max Montgelas: Stand der Kriegsschuldforschung Anfang 1926.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Eine Studie zur Kriegsschuldfrage. Von Robert C. Binkley und Dr. August C. Mahr, an der Leeland Stanford Universität in Kalifornien.

„Frankfurter Zeitung", Nr. 157, 28. Februar 1926.

Die beiden amerikanischen Gelehrten sind der Ansicht, daß die bisher von deutscher Seite geübte Interpretation des Art. 231 des Versailler Vertrages juristisch unhaltbar ist. Sie sind nach eingehender Prüfung des Art. 231 zu der Überzeugung gekommen, daß in den deutschen Text durch eine ungeschickte Übersetzung eine von den alliierten und assoziierten Mächten nicht gewollte Auslegung hineininterpretiert worden ist. Sie schlagen folgende Abänderung des deutschen Textes vor:

Deutscher Wortlaut:	Fassung Binkley-Mahr:
Die All. und Ass. Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die All. und Ass. Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.	Die All. und Ass. Regierungen erklären und Deutschland anerkennt für sich und seine Verbündeten die Haftbarkeit für die Verursachung des gesamten Schadens und Verlustes, dem die All. u. Ass. Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, zu dem sie sich durch das Losschlagen Deutschlands und seiner Verbündeten gedrängt sahen, ausgesetzt worden sind.

Die beiden amerikanischen Gelehrten hoffen, durch ihre neue Fassung des Art. 231 den Nachweis erbracht zu haben, daß dieser Artikel nichts enthält, „wodurch Deutschland die ausschließliche Schuld am Zustandekommen des Weltkrieges zugeschoben wird".

Gegen die Interpretation der beiden amerikanischen Gelehrten wendet sich in der „Frankfurter Zeitung" (8. März 1926 Nr. 179) der Professor der romanischen Philologie in Marburg, Leo Spitzer. In seiner Studie weist Professor Spitzer an Hand des maßgeblichen französischen Wörterbuches von Littré „Dictionnaire de la langue française" nach, daß die deutsche Übersetzung von agression durch „Angriff" richtig ist. „Agression" ist der moralisch belastende Angriff, „attaque" das sozusagen faktische oder technische Losschlagen. Deutschland hat nach dem Wortlaut des Versailler Ver-

trages nicht bloß „losgeschlagen“ (attackiert), sondern „als erster (oder unprovoziert) angegriffen“, auf ihm lastet die moralische Verantwortung für das „erste Unrecht“.

Le Complot Franco-Russe, qui a causé la Guerre. Von Professor Harry Elmer Barnes.

„Revue de Hongrie“, 15. März 1926.

Professor Harry Elmer Barnes veröffentlicht demnächst ein Werk über die Kriegsschuldfrage: „The Genesis of the World War“. Aus diesem Buch hat er der „Revue de Hongrie“ ein Kapitel zum Vorabdruck überlassen. Nach einer Charakterisierung der Persönlichkeit Poincarés, behandelt Barnes ausführlich die Bedeutung der französisch-russischen Militär- und Marinekonventionen und leitet dann über zu der großen Schwenkung der französischen Außenpolitik im Oktober-November 1912, nach den ersten Erfolgen der Balkanstaaten.

Frances Responsibility for the World War. By Georges Demartial.

„Current History“, März 1926.

Die „Current History“ veröffentlicht den Aufsatz von Georges Demartial über die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Frankreich, den wir im Märzheft „Die Kriegsschuldfrage“ in deutscher Übersetzung gebracht haben.

A former American Ambassador defends the Frenchs. By James W. Gerard, former United States Ambassador to Germany.

„Current History“, März 1926.

A distinguihsed American Historian apportians the War Guilt. By Bernadotte E. Schmitt, Professor of Modern History, Chicago University.

„Current History“, März 1926.

Die vorstehenden beiden Artikel sind Entgegnungen auf den Aufsatz von Georges Demartial. Wir werden auf diese Ausführungen von Gerard und Professor Schmitt noch zurückkommen.

*

DEUTSCHLAND.

Die Schuldfrage auf der Stockholmer Weltkonferenz.

„Münchner Neueste Nachrichten“, Nr. 76, 17. März 1926.

Der Führer der deutschen Delegation auf der Stockholmer Weltkonferenz, der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses Dr. Kapler, hat an Erzbischof Soederblom ein Schreiben gerichtet, in dem er dahin zu wirken bittet, daß der Voll-

zugs- und Fortsetzungsausschuß der Weltkonferenz die deutsche Erklärung zur Kriegsschuldfrage auf die Tagesordnung seiner nächsten Sitzung im August 1926 setzen möge. Die Erklärung bringt als einmütige Überzeugung des gesamten evangelischen Deutschlands zum Ausdruck, daß eine Klärung der Kriegsschuldfrage eine moralische Aufgabe ersten Ranges sei, die im Hinblick auf die künftige ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen unabweislich und dringend erscheine.

Die Schuldigen. Frankreich und Rußland.

„Münchner Neueste Nachrichten", Nr. 58, 27. Februar 1926.

Der Herausgeber der Iswolski-Dokumente, Friedrich Stieve, hat am 26. Februar 1926 vor dem Münchener Akademischen Arbeitsausschuß gegen Friedensdiktat und Schuldlüge einen Vortrag gehalten über das Thema: „Rußland und Frankreich auf dem Wege zum Weltkriege." An Hand der Iswolski-Dokumente zeigte der Vortragende, welchen Entwicklungsgang die französische Politik in den Jahren 1912—1914 genommen hat, von dem ersten Zögern Poincarés, um russicher Balkaninteressen willen das Schicksal Frankreichs aufs Spiel zu setzen, von seinem plötzlichen Umschwung nach den ersten Erfolgen des Balkanbundes im November und Dezember 1912 bis zu seiner Versicherung, die nunmehr ohne Einschränkung gegeben wurde: Wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun. Der Redner nannte es eine Pflicht jedes Deutschen, die Kenntnisse über die Vorgeschichte des Krieges lebendig zu erhalten, denn es handele sich hier nicht um eine wissenschaftliche Frage gewöhnlicher Art, sondern um die Ehre der Nation.

Wahrheit über die Schuldfrage. Neue Taktik der „Times".

„Münchner Neueste Nachrichten", Nr. 66, 7. März 1926.

Der Londoner Korrespondent der „M. N. N." beleuchtet die Haltung, die von der Londoner „Times" gegenüber der Kriegsschuldfrage eingenommen wird:

„Sie ist nun zu der Taktik übergegangen, alle neuesten Veröffentlichungen dieser Art zum mindesten in ihrem literarischen Beiblatt ausführlich zu besprechen, wobei die Tendenz nicht so sehr dahingeht, die These von der Alleinschuld Deutschlands positiv zu rechtfertigen, wie diese Veröffentlichungen als sehr einseitige Propagandaliteratur hinzustellen.

Dieses Verfahren gebraucht die „Times" auch in ihrer Besprechung einer englischen Übersetzung von Stieves „Iswolski und der Weltkrieg", was eine Zusammenfassung des diplomatischen

Schriftwechsels Iswolskis ist, von dem ihre Leser allerdings bis jetzt in ihren Spalten noch nichts oder so gut wie nichts gehört haben. Die „Times“ heißt die Übersetzung willkommen, weil es wünschenswert sei, daß das britische Publikum mit Bezug auf die große Masse von Propagandaliteratur, die unter der Leitung des deutschen Außenamts von Deutschland ausströme, nicht im Dunkeln gelassen, sondern mit ihr wirklich bekanntgemacht werde, „einer Propaganda, deren Zweck sei, die moralische Autorität des Versailler Vertrages dadurch zu untergraben, daß man die These von der Verantwortung Deutschlands für den Krieg bestreite“. Der hier gekennzeichnete neue Standpunkt bedeutet ja nur einen kleinen Fortschritt auf dem Weg zur Wahrheit, aber doch immerhin einen Fortschritt gegenüber der bisher — und von niemand mehr als der „Times“ — befolgten Taktik, „das britische Volk im Dunkeln zu lassen.“

Wilhelm II. gegen Grey.

„Weserzeitung“, Bremen, Nr. 142, 14. März 1926.

New Yorker „Evening Graphic“ veröffentlicht einen Brief des ehemaligen Kaisers, in dem dieser zu den Erinnerungen des Obersten House, soweit diese auf die Vorgänge vom Juli 1914 eingehen, Stellung nimmt.

(Wir werden auf diesen Brief im nächsten Heft zurückkommen.)

Englische Kriegsvorbereitungen in Belgien vor dem Weltkriege. Vom österreichischen Major Dr. Lothar Rendulic.

„Militär-Wochenblatt“, Nr. 34, 1926.

Der Verfasser berichtet über ein unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges gedrucktes geheimes Dienstbuch des britischen Heeres, das wertvolle Anhaltspunkte enthält für die Pläne Englands zum Zusammenarbeiten mit Frankreich in einem Kriege gegen Deutschland. Aus dem Dienstbuche geht hervor, daß der englischen Armee die Aufgabe des Flankenschutzes der Franzosen im offensiven Sinne zugedacht war, und daß auch die amtlichen Stellen in Frankreich und England mit einer deutschen Umfassungsbewegung durch Belgien südlich der Maß-Sambre-Linie rechneten.

Die letzten Vorkriegstage. Neue Tatsachen von Prof. Dr. Fritz Kern.

„Münchner Neueste Nachrichten“, Nr. 59, 28. Februar 1926.

Aus den Privatpapieren des Großadmirals von Tirpitz teilt Prof. Kern nachstehende Aufzeichnung mit, die ein wertvoller Beitrag zur Beurteilung der Potsdamer Besprechungen am Abend

des 29. Juli ist. Am 29. Juli 1914, abends 6 Uhr, war der Großadmiral vom Kaiser nach Potsdam gerufen worden. Der Kaiser glaubte, daß der Frieden gesichert sei. Prinz Heinrich ist am gleichen Tage aus England zurückgekehrt, und der Kaiser teilt mit, daß der englische König erklärt habe, England würde in dem Krieg neutral bleiben. Allerdings habe Sir Edward Grey geäußert, die Sache würde anders, wenn wir Frankreich niederschlügen. Der Kaiser fragte: „Was heißt das?"

Tirpitz: „Greys Rede zeigt deutlich, daß England sich seine Schritte vorbehält und nicht klaren Wein einschenkt. Nur wenn England klipp und klar seine Neutralität erklärt, kommt es nicht zum Krieg."

Der Kaiser: „Ich habe das Wort eines Königs, das genügt mir." Nach diesem Ausdruck eines romantisch gefärbten Glaubens gewährte der Kaiser dem Großadmiral weiterhin einen tiefen Einblick in die Nervosität, in welche die Politik des Grafen Berchtold die Wilhelmstraße versetzt hatte. „Ich weiß nicht, was die Österreicher wollen", so äußerte der Kaiser. „Ich werde von allen Seiten bestürmt und habe deshalb einen Herrn vom Auswärtigen Amt nach Wien schicken wollen, aber die österreichischen Bahnen sind wegen der Teilmobilmachung gegen Serbien schon gesperrt. Deshalb ist an den Botschafter in Wien telegraphiert worden, er solle vom Grafen Berchtold kategorisch Auskunft darüber verlangen, was sie eigentlich wollten. Die Serben haben doch alles bis auf einige Bagatellen konzediert. Ich kann verstehen, daß die österreichische Armee Genugtuung braucht, nachdem sie dreimal vergeblich gegen Serbien mobilisiert ist, aber dazu genügt ein Faustpfand."

★

ENGLAND.

Erschließung der englischen Archive. „Die britischen amtlichen Dokumente zum Kriegsausbruch 1889—1914."

„Tägliche Rundschau", Nr. 129, 12. März 1926.

„Die Mitteilung der britischen Regierung vom November 1924, daß sie sich entschlossen habe, die wichtigsten Aktenstücke ihrer Archive über den Ursprung des Krieges von 1914—1918 zu veröffentlichen, hat, im Hinblick auf das Problem der Kriegsschuldfrage, größtes politisches Interesse erweckt. Es ist deshalb von erheblicher Wichtigkeit, über die nahe bevorstehende bedeutsame Publikation Näheres zu erfahren. Das britische Auswärtige Amt hat die Herausgabe ihrer Vorkriegsakten zwei hervorragenden

unabhängigen Geschichtsschreibern übertragen, den Herren Dr. G. P. Gooch und Dr. Harold Temperley, die völlig freies Verfügungsrecht über das Dokumentenarchiv des britischen Auswärtigen Amtes erhalten haben. Die Vorarbeiten sind bereits weit gediehen, und es kann jetzt Genaueres über Umfang, Inhalt und Gliederung des Werkes mitgeteilt werden.

Das Werk wird insgesamt 11 Bände umfassen, deren Inhalt folgendermaßen eingeteilt ist:

Band 1—2: 1889—1904 Der Übergang zum „Kontinentalismus" mit Einschluß des englisch-japanischen Bündnisses;

Band 3—4: 1904—1906 Frankreich, Deutschland und Marokko;

Band 5—6: 1906—1909 Rußland und der Nahe Osten;

Band 7—8: 1906—1912 Verhandlungen mit Deutschland;

Band 9: 1912—1913 Die Balkankriege;

Band 10: 1913—1914 Die letzten Friedensjahre;

Band 11: 1914 Der Ausbruch des Weltkrieges vom 28. Juni bis 4. August.

In allen Einzelheiten fest steht bereits Umfang und Stoffkreis des 11. Bandes, der sich mit den unmittelbar dem Kriegsausbruch vorangehenden Wochen, also der Zeit nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand, beschäftigt und der bereits im Frühjahr 1926 erscheinen wird. In diesem Bande soll alles veröffentlicht werden, was über die europäische Lage in den Archiven des britischen Auswärtigen Amtes an Material über die Zeit vom 28. Juni bis zum 4. August zu finden war.

Für die mit der Klärung der Kriegsursachen beschäftigten deutschen Kreise ist von Wichtigkeit, zu erfahren, daß auch eine deutsche Ausgabe des englischen Aktenwerkes bereits in Vorbereitung ist. Die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin hat sich die ausschließlichen Rechte für die deutsche Übersetzung gesichert und die Herausgabe dem bekannten Münchener Schriftsteller Hermann Lutz, der sich besonders mit dem Problem der Kriegsursachen beschäftigt, übertragen. Die deutsche Übersetzung des ersten Bandes ist bereits in Bearbeitung und soll gleichzeitig mit der englischen Ausgabe erscheinen, die sich im Druck befindet und unmittelbar nach Ostern 1926 zur Veröffentlichung gelangen wird. Die deutsche Ausgabe führt den Titel „Die Britischen amtlichen Dokumente zum Kriegsursprung 1889—1914".

Sir Sidney Lee †.

Am 3. März ist im Alter von 68 Jahren der bekannte englische Historiker Sidney Lee gestorben. Besonders bekannt geworden ist er durch die ihm anvertraute Biographie König Eduard VII., von der bisher der erste Band erschienen ist und dessen zweiten Band Lee noch selber druckfertig machen konnte.

★

FRANKREICH.

Für die deutsch-französische Annäherung. Eine deutsche Rede in Paris.

„Berliner Tageblatt", Nr. 124, 14. März 1926.

Der Reichstagsabgeordnete der Deutsch-Demokratischen Partei, Dr. Ludwig Haas, sprach am 13. März auf Einladung des Pariser „Club du Faubourg" über das Thema: „Ist eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich möglich?" Dr. Haas stellte fest, daß vor dem Kriege und auch noch während des Krieges von einem Haß gegen Frankreich in Deutschland keine Rede sein konnte. Erst die Politik Clemenceaus und Poincarés habe in Deutschland Erbitterung gegen Frankreich geschaffen.

Le Banquet d'„Evolution".

„La Volonté", Nr. 160, 16. März 1926.

Die Pariser Zeitschrift „Evolution" gab am 13. März zu Ehren von Herrn Dr. Ludwig Haas ein Essen, an dem die hervorragendsten Mitarbeiter der „Evolution" teilnahmen. An Stelle des abwesenden Begründers der Zeitschrift, Victor Margueritte, führte General Percin den Vorsitz. Anwesend waren u. a. Charpentier, Demartial, Delpeuch, Judet, Longuet und Poldès. In allen Reden wurde betont, daß man den Kampf gegen die Behauptung, daß Deutschland allein am Kriege schuldig sei, im Sinne des Aufrufs an die Gewissen energisch weiter führen werde. Dr. Haas sagte, daß der Aufruf an die Gewissen in Deutschland befreiend gewirkt habe. Die deutsch-französische Annäherung sei die große Grundlage des europäischen Friedens.

Autour d'une Ambassade. Jules Cambon à Berlin et la psychologie politique.

„Revue de France", 15. März 1926.

Vor dem Kriege hatte der ehemalige französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, um sich einen Kreis ausländischer Persönlichkeiten gesammelt, mit denen er häufig zusammen über die wichtigsten deutschen Probleme sprach. Diese Persönlichkeiten,

die alle Beziehungen zu maßgebenden deutschen Personen unterhielten, unterrichteten den Botschafter fortlaufend über die dort vorherrschenden deutschen Auffassungen über die internationale Lage. Ihre Berichte hatten für Jules Cambon einen höheren Wert als die der bezahlten Agenten. Wie er selber einmal auf einem Diskussionsabend einer Dame sagte, klaffte zwischen ihnen ein Abgrund. — In militärischen deutschen Kreisen sei man der Ansicht gewesen, daß die Armee das Maximum ihrer Vorbereitung erreicht habe. Die Staaten der Entente seien praktisch nicht auf einen Krieg vorbereitet, die Tripleentente werde bei den ersten starken deutschen Erfolgen auseinanderfallen, Rußland gehe einem unvermeidlichen Zusammenbruch entgegen und Frankreich werde einem gemeinsamen deutsch-italienischen Angriff nicht standhalten. Aber man dürfe nicht mehr lange zaudern, da die Lage bald nicht mehr so günstig sein werde. Man müsse daher nach einem Vorwand für die Entfesselung des Krieges suchen und ihn finden.

Ganz anders habe das Auswärtige Amt gedacht. Auch die deutschen Diplomaten hätten den Krieg für unvermeidlich, aber seinen Ausgang für sehr zweifelhaft gehalten. Sie glaubten, daß trotz der guten Vorbereitung der Armee alles von dem Können der militärischen Führer abhängen werde, also von einer Unbekannten. Auch seien sie weit klarer über die Leistungsfähigkeit und -willigkeit ihrer Bundesgenossen unterrichtet gewesen als die Militärs. Diese beiden Auffassungen in Deutschland standen sich gegenüber und bald habe die eine, bald die andere die Oberhand gehabt. So sei Deutschland mit sehr verschiedenen Anschauungen in den Krieg eingetreten.

Kriegsschuldfrage und Außenpolitik.

In seinem Leitartikel vom 26. Februar schreibt der „Temps“: „Wir erwarten von dem Geist von Locarno keine Wunder, sie zu schaffen, liegt nicht im Machtbereich menschlicher Kraft, aber es ist, glauben wir, nicht zu viel von ihm gefordert, die moralische Abrüstung der Nation zu beschleunigen, die für den verbrecherischen Angriff von 1914 verantwortlich ist.“

In der Locarno-Debatte der französischen Kammer führte der Abgeordnete Marin am 1. März aus: „Der Vertrag von Versailles sicherte nur Frankreich die Garantie Englands. Die Abmachungen von Locarno sichern die doppelte Garantie Englands, sowohl Deutschland wie auch Frankreich, beide auf gleichem Fuße stehend, Deutschland, das Frankreich angriff, und Frankreich, das sich verteidigte.“

In der Kammerdebatte vom 2. März sagte der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Franklin-Bouillon, in seiner Rede: „Nach Ausbruch des Krieges glaubte die ganze Welt an diese Wahrheit: Frankreich ist in abscheulicher Weise angegriffen worden. Es hat genügt, daß einige Personen in Frankreich eine Kampagne zur Erforschung der Kriegsursachen unternommen haben, daß Deutschland, sich auf diese französischen Veröffentlichungen stützend, Frankreich für die Entfesselung des Konflikts verantwortlich macht." Unter dem Beifall der ganzen Kammer, mit Ausnahme der äußersten Linken, fragte Franklin-Bouillon, ob diese Arbeiten der französischen Kriegsschuldfragenforscher nicht „ein Verbrechen gegen das Land" seien.

In seinem Leitartikel vom 9. März schreibt der „Temps" im Zusammenhang mit der Genfer Völkerbundkrise: „Wenn dies die gegenwärtigen vorgefaßten Meinungen in Berlin sind, so muß man notwendigerweise daraus schließen, daß Deutschland schon den Abscheu vergessen hat, den das von ihm im Jahre 1914 wohlüberlegte Verbrechen gegen das Recht bei der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen hat . . ."

In seinem Leitartikel vom 11. März 1926 schreibt der „Temps" über die von der deutschen Delegation in Genf eingenommene Haltung:

„Man hat die Empfindlichkeiten des Reiches gerne schonen wollen, um im Geiste von Locarno zu bleiben, dennoch muß man feststellen, daß es eine unerträgliche Situation ist, daß Deutschland, verantwortlich für den großen Krieg, Deutschland schuldig, aber nicht bereuend, das sieben Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrages seine internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt hat, den Völkerbundrat schulmeistern will, bevor es selber dort regulär zugelassen ist."

In seinem Leitartikel vom 14. März über die Genfer Verhandlungen erwähnt der „Temps" das Gerücht, Belgien werde zugunsten von Polen seinen Sitz als nichtständiges Mitglied im Rate freimachen. Dazu schreibt der „Temps":

„Man kann kaum glauben, daß ein derartiger Vorschlag in Genf von der Brüsseler Regierung beabsichtigt sein sollte, denn es wäre eine außerordentliche Ungerechtigkeit, Belgien, dieses erste und unschuldige Opfer des deutschen Angriffes von 1914, seiner Vertretung im Völkerbundrat in der Stunde zu berauben, da Deutschland in diesen Rat eindringt, um sich dort lärmend einzurichten."

★

RUSSLAND.

Wie begann der Krieg 1914. Von Professor Baron M. A. Taube.
„Rul", 19. März 1926.

Professor von Taube übt in diesem Aufsatz Kritik an der englischen Ausgabe der Tagesaufzeichnungen des früheren russischen Außenministeriums „How the War Began in 1914". Vom russischen Standpunkt aus wäre die Veröffentlichung nur zu begrüßen gewesen, wenn sie ohne die Vorbemerkungen Sasonows und Schillings erschienen wäre, da diese Vorbemerkungen eine Kette von Entgleisungen formaler und inhaltlicher Natur enthielten. Eine formale Entgleisung sieht Taube auch darin, daß die englische Übersetzung zwar angeblich nach dem russischen Original angefertigt sei, tatsächlich aber nach der mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer versehenen deutschen Ausgabe. Fußnoten der deutschen Ausgabe, die im Original fehlen, sind in die englische Übersetzung übernommen worden, ohne daß dies zu erkennen sei. Der Verfasser nennt dies „im besten Fall einen Mißbrauch des literarischen Eigentums des Herrn von Wegerer". Die inhaltlichen Entgleisungen sieht Taube in den zahlreichen Widersprüchen zwischen den Behauptungen in den Vorbemerkungen und der Darstellung in den Tagesaufzeichnungen selbst, deren Richtigkeit aber von den beiden einstigen russischen Diplomaten anerkannt wird. Ein zweiter Aufsatz folgt demnächst.

(Taube war bei Beginn des Krieges Unterstaatssekretär im russischen Unterrichtsministerium, bis 1911 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt.)

★

SERBIEN.

„Die Kriegsschuldfrage".
„Nova Evropa" (Agram), 11. Februar 1926.

Die in Agram erscheinende Zeitschrift „Nova Evropa", die schon oft ihre Spalten der Behandlung der Kriegsschuldfrage zur Verfügung gestellt hat und in der erst in den letzten Monaten der bekannte englische Historiker Seton-Watson häufiger zu den Enthüllungen über den Mord von Sarajewo Stellung genommen hat, veröffentlicht eine längere Besprechung unserer Zeitschrift. Wir geben nachstehend einen größeren Auszug aus diesem Aufsatz wieder, aus dem klar hervorgeht, daß die nachhaltige Beschäftigung unserer Zeitschrift mit den Mitschuldigen an dem Attentat von Sarajewo in Serbien unangenehm empfunden wird und sich auch

bereits in heftigen Anklagen gegen die sich in Stillschweigen hüllende Regierung Pasitsch äußert. In dem Artikel wird ausgeführt:

„Unter dem obigen Titel erscheint bereits das vierte Jahr in Berlin unter der Redaktion von Alfred von Wegerer eine Monatsschrift, die zum Ziele hat, die Welt über die Ursachen des Krieges und über die Schuld am Kriege zu belehren oder, besser gesagt, die Schuld am Kriege, soweit das durch eine systematische Propaganda und das überzeugen sollende schriftliche Wort überhaupt geschehen kann, von den Zentralmächten und namentlich von Deutschland abzuwälzen und sie anderen, hauptsächlich dem Vorkriegsserbien und seinen damaligen verantwortlichen und unverantwortlichen Faktoren auf die Schultern und das Gewissen zu laden. Die Zeitschrift wird herausgegeben von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" unter dem Vorgeben einer „wissenschaftlichen Erforschung und Klärung" der Wahrheit und der Ereignisse, die zum Weltkrieg geführt haben; es ist jedoch nicht schwer, in jedem Beitrage und auf jeder Seite die Tendenz und die wahren Gründe für die Veröffentlichung dieser und einer solchen Schrift zu entdecken. Es wäre indessen falsch, dieses Material einfach als tendenziös abzulehnen und sich nicht weiter um diese ganze deutsche Arbeit für die „internationale Belehrung" zu kümmern; erstens, weil sie neben vielen erfundenen und verkehrten Tatsachen und Daten auch ein reichliches Material für die Geschichte des Krieges — bereits gesammeltes und in der Hauptsache fertiges — enthält, das uns sonst nicht so leicht zugänglich wäre, und zweitens, weil die systematische und unermüdliche Arbeit, mit der die Deutschen eine solche Tätigkeit betreiben, nicht ohne Wirkung auf die übrige Welt bleibt, und zwar nicht nur auf die neutrale, sondern auch auf die der Verbündeten, die nach dem Kriege aufgehört hat, sich direkt für den Sieg der Verbündeten zu interessieren und allmählich auch der sogenannten „objektiven" Betrachtung der Dinge zugänglich geworden ist. Das ist ein natürlicher Prozeß, der sich unter besonders günstigen Bedingungen in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten entwickelt, wo von jeher Verständnis und Sympathie für die deutsche Zivilisation und für die deutsche Wissenschaft bestanden hat. Es wäre deshalb gut, wenn auch unsere „Zuständigen" aus ihrer falschen Siegerschwärmerei erwachten und nüchtern zusähen, was um sie herum und auch ein wenig weiter von ihnen weg geschieht und was man über den Krieg und das, was mit ihm zusammenhängt, spricht und schreibt. Hätten sie das bereits vor ein zwei Jahren getan, dann hätte es Herrn Ljuba Jovanović nicht in den Sinn kommen können,

jene seine „Erinnerungen“ nach obskuren Almanachs zu veröffentlichen, auch hätte man dann nicht patentierten Universitäts-„Historikern“ gestattet, Legenden über die Lebensfragen der Nation zu schreiben und sie noch dazu in die Weltsprachen übersetzen zu lassen. Wenn aber das Unglück bereits geschehen war, so hätte man denken sollen, daß wenigstens eine „Berichtigung“ von berufener Seite kommen würde, und daß man wenigstens versuchen würde, die aufgeregte internationale öffentliche Meinung durch amtliche Aufklärungen zu beruhigen. Es scheint indessen, daß „unser grauer Premier“ und seine gelbschnäbligen Beiräte in auswärtigen Angelegenheiten auch diese Frage als ihre persönliche und Parteisache aufgefaßt haben und aus Trotz nicht antworten wollen — weil sie ihr Hauptgegner Dr. Seton-Watson an der Nase zieht! . . . Vielleicht wird der ganze Schwarm französischer und englischer Publizisten mit ihrem Manifest mehr Glück haben, worin sie Abänderung des Versailler Vertrages, namentlich auch in der Frage der Feststellung der Schuld am Kriege. fordern. Hierin liegt auch der bisherige Erfolg der deutschen Propaganda (den Herr von Wegerer in den einleitenden Worten der ersten Nummer seiner Zeitschrift in diesem Jahre offen andeutet), daß sie die Grundlagen des Versailler Vertrages untergraben hat („Fehlspruch von Versailles“), die schon von Natur nicht gerade fest und unantastbar sind. Wenn es also zu einer Revision des Vertrages käme, wäre es gut, daß auch wir die Augen weit aufmachten, denn es könnte leicht passieren, daß einige neue Irrtümer und Fehler hineinkämen, diesmal aber auf unsere Rechnung.“

Paschitsch und die Kriegsschuldfrage. Ein Appell in der Skuptschina. „Berliner Tageblatt“, 28. Februar 1926.

Bei der Budgetberatung in der Skuptschina berührte der Abgeordnete der serbischen Bauernpartei und frühere serbische Gesandte in Wien, Joza Jowanowitsch, die Frage der Kriegsschuld und sagte, in den letzten zwei Jahren werde im Ausland die Anklage erhoben, Serbien habe 1914 von dem Attentat in Serajewo vorher gewußt und das Attentat nicht verhindert. In Amerika, England und selbst in Frankreich gäbe es Stimmen, die an die Kriegsschuld Serbiens glaubten. Wiederholt sei Paschitsch aus dem Inland und dem Ausland aufgefordert worden, die Kriegsschuld Serbiens zu dementieren, aber seither ohne Erfolg. Er richte daher einen ernsten Appell an Paschitsch, endlich im Interesse Serbiens das Wort in dieser wichtigen Angelegenheit zu ergreifen, sonst sähe es aus, als billige Serbien die deutsche Propaganda in der Kriegsschuldfrage.

Bücherschau.

Belmont, Perry: „La Politique des Etats-Unis et l'Europe (1878—1919)". Edition française avec un avertissement et une note biographique par Louis-Paul Alaux. Payot, Paris 1926, 388 S.

Belmont, der ehemalige Vorsitzende der amerikanischen Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten und früherer Botschafter in Madrid, betont die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.

Dickinson, G. Lowes: „The International Anarchy 1904—1914". George Allen and Unwin, London 1926, 516 S.

Florent-Matter: „Les vrais Criminels" Diplomatie et duplicité prussiennes. Librairie Berger-Levrault, Paris 1926, 384 S.

Dieses Buch soll eine Abwehrschrift gegen die deutsche Kriegsschuldfragenforschung sein. In der Ankündigung des Verlages heißt es: „Vom nationalen Gesichtspunkt aus ist dieses Werk eine starke Waffe in den Händen der Franzosen, denn es zeigt mit zwingender Beweiskraft, daß man die Verantwortlichen nicht hier suchen darf. Die „wahren Schuldigen" sitzen auf der anderen Seite des Rheins."

Herczeg, Franz: „Graf Stephan Tisza". Eligius-Verlag, Wien-Budapest, 1926, 53 S.

Histoire Diplomatique de la Grèce de 1821 à nos jours. Publiée sous les auspices du Gouvernement français et du Gouvernement hellénique. Par Edouard Driault et Michel Lheritier. Tome IV: „Suite du Règne de Georges I er jusqu'à la Révolution Turque (1878—1908). Hellénisme et Germanisme. Par Michel Lheritier. Les Presses Universitaires de France, Paris 1926, 580 S.

House, Colonel: „The Intimate Papers of Colonel House. Arranged as a narrative by Charles Seymour, Professor of History at Yale University. Volume I: „Behind the Political Curtain 1912—1915". Volume II: „From Neutrality to War 1915—1917". Ernest Benn Limited, London 1926, 474 und 502 S.

Kiderlen-Waechter Intime. D'après ses Notes et sa Correspondance. Traduit de l'allemand et précédé d'une introduction par H. Simondet, agrégé de l'Université. Payot, Paris 1926, 428 S.

Poincaré, Raymond: „Au Service de la France. Neuf Années de Souvenirs". Tome I: „Au Lendemain d'Agadir (1912)". Tome II: „Les Balkans en Feu (1912)". Plon-Nourrit & Cie., Paris 1926, 391 und 429 S.

METTERNICH

DER STAATSMANN UND DER MENSCH

von Heinrich von Srbik

2 Bände mit 1440 Seiten Text und 16 Bildertafeln. Gebunden in Leinen M. 48.—; in Halbleder M. 60.—; broschiert M. 40.—.

Die deutsche Wissenschaft kann auf dieses Werk stolz sein. Erstaunliche Quellenkenntnis geschickte Ordnung und Gliederung der Stoffmassen, Sinn für geistige Zusammenhänge, Weite des Standpunktes, Feinheit der historischen und politischen Analysen lassen Srbiks Metternich als ein Meisterwerk der heutigen Geschichtsschreibung erscheinen. *Kölnische Volkszeitung.*

. . . . . eine erschöpfende Ideengeschichte einer Epoche, deren Geistesströmungen kaum aus einem zweiten Werk besser erfaßt werden können, als aus diesem. *Neues Wiener Tagblatt.*

MARTIN LUTHER

GESTALT UND SYMBOL

VON GERHARD RITTER

166. S. mit Titelporträt. Pappband M. 4.—, Leinenband M. 5.—.

Ein Buch, von dem man nicht zu viel sagt, wenn man es als eines der besten und hervorragendsten historischen Werke der letzten Jahre bezeichnet . . . . Ich wüßte auch kein Buch, das uns besser Bedeutung und Wesen des großen Reformators verstehen lehrt.
Deutsche Akademische Rundschau.

Ein Lutherbuch ersten Ranges. Mit Ritters Luther verglichen, muten die Lutherdarstellungen, die gewöhnlich von unseren Laien gelesen werden, höchst armselig und unzureichend an . . . . muß **das** Lutherbuch aller geistig ernst strebenden Kreise unseres Volkes werden.
Landeskirchliche Blätter, Mannheim.

ALFRED DOVE

AUSGEWÄHLTE AUFSÄTZE UND BRIEFE

HERAUSGEGEBEN VON

FR. MEINECKE UND OSWALD DAMMANN

2 Bände mit zus. 640 S. Broschiert M. 12.—, in Leinen geb. M. 16.—.

. . . . Unerreicht an Glanz und Leuchtkraft und persönlicher Tiefe des Stils wie zugleich an geistvoller Prägnanz. . . . . Eine köstliche Bereicherung unserer Briefliteratur. Da er in regem Gedankenaustausch mit bedeutenden Männern, wie Gustav Freytag, Heyse, Ranke, Treitschke, Mommsen u. a. gestanden ist, bilden diese Briefe neben einer höchst genußreichen Lektüre wertvolle Dokumente über das geistesgeschichtliche Deutschland zu Doves Zeiten. *Gießener Anzeiger.*

VERLAG F. BRUCKMANN A.-G., MÜNCHEN

DAS AMTLICHE WERK

Der Weltkrieg 1914—1918

Bearbeitet im Reichsarchiv

Die mit größter Spannung erwartete Fortsetzung:

Der Marnefeldzug

erscheint in diesen Tagen.

III. Band: **Von der Sambre bis zur Marne.**
Mit 7 drei- und vierfarbigen Karten und vielen Skizzen. In weinrotem Ganzleinenband Mk. 22.—. In braunem Halblederband Mk. 27.—.

IV. Band: **Die Schlacht.**
Mit 10 drei- und vierfarbigen Karten und vielen Skizzen. In weinrotem Ganzleinenband Mk. 26.50. In braunem Halblederband Mk. 32.—.

Die früher erschienenen Bände behandeln:

I. Band: **Die Grenzschlachten im Westen.**
Mit 12 drei- und vierfarbigen Karten und vielen Skizzen. In weinrotem Ganzleinenband Mk. 25.—. In braunem Halblederband Mk. 30.—.

II. Band: **Die Befreiung Ostpreußens.**
Mit 14 dreifarbigen Karten und 11 Skizzen. In weinrotem Ganzleinenband Mk. 25.—. In braunem Halblederband Mk. 30.—.

Ausführliche Ankündigung versendet

E. S. MITTLER & SOHN, VERLAG, BERLIN SW 68

Soeben erschienen:

Universitäts-Professor DR. GEORG KARO (Halle)

GRUNDZÜGE DER KRIEGSSCHULDFRAGE

Inhalt:
I. Die Problemstellung. II. Bismarcks Kanzlerschaft 1871-90. III. Der neue Kurs 1890-1900. IV. Deutschlands Aufstieg 1900-1905. V. Die Isolierung Deutschlands 1906-1910. VI. Ständige Kriegsgefahr 1911-1914. VII. Die Krisis vom Juli 1914. Anhang: Die Vorkriegsverträge (Zweisprachig: Dreibund-, Rückversicherungs-, Zweibundvertrag, Vertrag von Bjoerkoe, Notenwechsel Grey - Cambon; Ultimatum an Serbien.) Register.

Die seit langem geforderte ganz knappe und doch umfassende Darstellung auf 64 Seiten. Zugleich der schärfste, klarste Grundriß zur europäischen, ja zur Weltpolitik von 1871 bis 1914.

Captain E. N. Bennett, das bekannte Mitglied der englischen Arbeiterpartei, schreibt über die „Grundzüge der Kriegsschuldfrage“:

Es ist die beste kurze Zusammenfassung, die ich gesehen habe.

Preis Mk. 1,50. Zu haben in jeder Buchhandlung.

Buchverlag der Süddeutschen Monatshefte
München, Amalienstraße 6

„The real truth is that the German people and the German Government and the German Kaiser had shown themselves attached to the doctrin of European peace for over forty years."

„Die tatsächliche Wahrheit ist, daß das deutsche Volk, die deutsche Regierung und der deutsche Kaiser sich mehr als vierzig Jahre lang mit der Lehre vom Europäischen Frieden verbunden gezeigt haben."

Aus einer Rede des ehemaligen Senators Robert L. Owen in Copley-Plaza, Boston, vom 27. März 1926, gehalten vor der Foreign Policy Association. Veröffentlicht in „The Progressive", New York, vom 15. April 1926.

Nachdruck aller Aufsätze nur mit Quellenangabe gestattet.

Das Wichtigste aus dem Inhalt.

Der japanische Schriftsteller Morikatsu Inagaki, der in Japan als Vorkämpfer des Völkerbundgedankens bekannt ist, schreibt über die Kriegsschuldfrage, vom japanischen Standpunkt aus gesehen.

★

Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident Dr. Vasil Radoslavoff teilt mit, daß der russisch-bulgarische Vertrag von 1909 nur Entwurf geblieben ist.

★

Wilhelm von Stumm, 1914 Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, berichtet über die Mission des Oberst House im Frühjahr 1914.

★

In einer umfassenden Arbeit, die sich über drei Nummern erstrecken wird, analysiert Graf Max Montgelas die Memoiren Lord Greys.

★

Zu einer interessanten Diskussion ist es anläßlich der Veröffentlichung eines Artikels von Georges Demartial zwischen den amerikanischen Professoren Bernadotte E. Schmitt und Harry Elmer Barnes gekommen. Von deutscher Seite nimmt Alfred von Wegerer zu den Ausführungen von Professor Schmitt Stellung.

★

In seinen Memoiren hatte Grey behauptet, daß einer der Mörder von Sarajewo, Gabrinović, von den Serben vorher als lästiger Ausländer betrachtet worden sei, doch Österreich habe die serbische Regierung darauf hingewiesen, daß Gabrinović unter österreichischem Schutze stehe. Dieser Behauptung tritt Alfred von Wegerer entgegen und beweist unter wörtlicher Anführung eines

von der k. u. k. Regierung am 8. Juli 1914 im Wiener „Fremdenblatt“ veröffentlichten Communiqués, daß im Dezember 1913 die Belgrader Stadtpräfektur das k. u. k. Konsulat in Belgrad gebeten habe, die Angaben, die Gabrinović über sein Vorleben und seine Person gemacht hatte, nachzuprüfen. Nach Erkundigung bei der Landespräfektur in Sarajewo beantwortete das Konsulat die Anfrage in dem Sinne, daß Gabrinović bisher unbescholten und seine Angaben richtig seien.

★

Im Monatsbericht der vorliegenden Nummer wird ein Brief des ehemaligen Kaisers über die Mission House im Frühsommer 1914, das Thronmanifest Franz Ferdinands sowie die Skupschtinarede des früheren serbischen Gesandten in Wien, Joca Jovanović, vom 26. Februar 1926, in der Jovanović gegen das Schweigen der serbischen Regierung angesichts der gegen sie von der Kriegsschuldforschung gerichteten Anklagen Protest erhebt, veröffentlicht.

Einzahlungen der Abonnementsbeträge auf Postscheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 25 558 für „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“, Verlagsabteilung Berlin NW. 6, erbeten.

Subscribers are reminded that subscriptions should be forwarded to „Postscheck Conto Berlin NW. 7 Nr. 25 558“, on account of the „Centralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“, Verlagsabteilung, Berlin NW. 6.

Prière de régler le prix d'abonnement par poste-chèque Berlin NW. 7 No. 25 558 pour compte du „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“, Verlagsabteilung, Berlin NW. 6.

Bezugspreis: Vierteljährlich im Inlande M. 3,—, im Auslande M. 3,50.

Zur Kriegsschuldfrage von einem Japaner.

Morikatsu Inagaki.

Morikatsu Inagaki ist in Japan als Vorkämpfer der Friedensidee und des Völkerbundes bekannt. Er lebt gegenwärtig in Europa und studiert die europäischen Staatenverhältnisse.

Die Schriftleitung.

Diesen kleinen Aufsatz teile ich in zwei Abschnitte: In dem ersten Teil werde ich meine Meinung über die Kriegsschuldfrage und in dem zweiten einige Punkte der öffentlichen Meinung des japanischen Volkes, soweit ich sie auffassen konnte, und welche eventuell zum Studium der Kriegsschuldfrage beitragen können, erörtern.

I. Mein Standpunkt zur Kriegsschuldfrage.

a) Der Weltkrieg war die natürliche Folge der Weltgeschichte.

Die Gründe für den Krieg bestanden überall, aber eine Weltorganisation, die den Krieg verhindern sollte, war nicht vorhanden. Der Krieg war die höchste Aufgabe des Staates, der für diesen Zweck gerüstet hat. Jeder Staat, außerhalb der neutralen Staaten, wußte genau, daß er die beste Gelegenheit ergreifen muß, um die sogenannte „Vaterlandsverteidigung" durchzuführen. Unglücklicherweise war die Geschichte der Staaten die Kriegsgeschichte gewesen und der Weltkrieg war ihre Fortsetzung.

Es handelt sich nicht um die Schuldfrage. Es handelt sich um die Frage der Ursache und deren Wirkung. Die auf dem Ausbeutungssystem aufgebauten Staaten, der in den Tausenden von Jahren genährte Völkerhaß, Nationalismus, Rüstungen und das Nichtvorhandensein einer Weltfriedensorganisation (wie z. B. der Völkerbund) — alle waren die Ursachen des Krieges.

Die Tatsache, daß ein Staat stärker gerüstet gewesen war als seine Nachbarstaaten und daher den Krieg mehr herbeigesehnt hat, als die schwächer gerüsteten, oder daß ein Volk militaristischer gesinnt war als das andere, ändert alles nichts an der Logik, daß der Weltkrieg die einfache Fortsetzung der Geschichte war.

b) Schuld und seine Voraussetzung.

Derjenige, der gegen Recht oder Moral verstößt, ist schuldig. Bis zum Weltkrieg war der Krieg rechtlich moralisch nicht ver-

boten worden. Jeder Staat hat mit einem kommenden Krieg gerechnet. Den Angreifer bei dem Weltkrieg festzustellen, ist unmöglich, da der Krieg nicht nur die Folge der militärischen Mobilmachung ist, sondern weil er das Kind der nationalistischen und kapitalistischen Politik der Jahrzehnte ist. Wenn wir den Schuldigen des Weltkrieges bestimmen sollen, was unmöglich ist, sollen wir auch bei den unzähligen Kriegen, die die Menschheit seit Jahrtausenden geführt hat, den Schuldigen suchen. Jedes Volk war zu dem Glauben gezwungen worden, daß der Krieg unvermeidlich wäre. Besonders bei dem Weltkrieg war der Glauben in jedem Volke stark, daß dieser Krieg ein Verteidigungskrieg wäre.

Nach dem Weltkrieg haben sich diese Umstände verändert, d. h. jedes Völkerbundsmitglied ist moralisch und rechtlich verpflichtet, nicht wider den Völkerbundpakt Krieg zu führen.

c) Das Schicksal der Besiegten.

Ebenso wie jeder Staat rechtlich den Krieg führen durfte, mußte er sich auch der Konsequenzen, die der Krieg nach sich zieht, bewußt sein. Der Sieger gewinnt und der Besiegte verliert; das war das herkömmliche, natürliche, brutale Schicksal der Menschheit gewesen. Der Krieg ist eine entscheidende Spekulation und kein Sport. Die Besiegten werden bestraft; sie müssen bezahlen und ihre Landstücke abgeben ohne Unterschied, ob sie den Krieg gewollt haben oder nicht. Die Geschichte kennt nur diese Tatsache. Daß das Wort „Schuld" am Weltkrieg ein lächerlicher Gedankenwiderspruch ist, ändert nichts an der Tatsache, daß der Sieger mit schweren Bedingungen den Besiegten zwingen kann — sowohl „rechtlich" als „moralisch". Nach dieser alten Moral und diesem alten Recht mußte man den Paragraphen 231 des Versailler Friedensvertrages wie folgend schreiben:

> „Deutschland und seine Verbündeten müssen alle Verluste und Schäden, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des Weltkrieges erlitten haben, entschädigen, weil Deutschland und seine Verbündeten den Krieg verloren haben."

d) Zweck der „Schuldfrage".

Unter der Schuldfrage kann man zwei Absichten verstehen, erstens die einfache Beseitigung der Ausdrücke, die das Wort „Schuld" bezeichnen, zweitens die Verbesserung des Inhaltes des Friedensvertrages. Meiner Meinung nach gibt es keinen grundsätz-

lichen Zusammenhang zwischen dem Worte „Schuld“ und den schweren Bedingungen des Friedensvertrages.

Dem Sieger stand nach dem alten Recht und der alten Moral das Recht zu, diese schweren Bedingungen aufzustellen, wenn auch das Wort „Schuld“ nicht gebraucht worden wäre. Der Besiegte hat auch in der Absicht den Krieg geführt, seinen Feind bis auf Grund und Boden zu vernichten und deswegen mußte er sich genau bewußt sein, daß ihm das gleiche Schicksal drohe. Die Staaten haben den Krieg geführt, d. h. ihre „höchste Moral“ durchgeführt. Die Politiker der Ententemächte haben das Wort „Schuld“ (Urheber) in den Friedensvertrag eingesetzt, um den Völkern der Siegesstaaten einen Trost zu geben, da die öffentliche Meinung gegen den Krieg groß geworden war und die Ententeregierungen bei ihren Völkern während des Krieges die Propaganda betrieben hatten, daß der Krieg von Feindesseiten aufgezwungen sei. Das Wort „Schuld“ ist logisch widersinnig, aber taktisch ein Trost.

Man kann nicht von der Schuldfrage zu der Revidierung der Friedensfrage gelangen. Die „Schuldfrage“ ist eine geschichtliche Aufklärungsarbeit, die keine politische Bedeutung hat. Eine „Schuld am Krieg“ existierte überhaupt nicht. Das Wort „Schuld“ stellt die Frage auf, ob „gut oder schlecht“, „recht oder unrecht“. Man kann dem Zusammenhang der Tausenden von Ursachen und Folgen nachforschen, die zum Weltkrieg geführt haben. Schuldig waren alle Menschen, unschuldig waren auch alle.

Es hat keinen großen Wert, den Schuldigen oder Unschuldigen durch diplomatische Dokumente oder Briefe zu suchen. Es läßt sich vielleicht durch die Dokumente die Schuld oder Unschuld eines Staates feststellen, aber das zeigt noch nicht die Wahrheit. Die Ursachen des Krieges befanden sich nicht auf dem Papier, sondern im Wesen des Staates. „Der Kampf gegen die Schuldlüge“ kann nur den Erfolg haben, das Wort „Schuld“ zu beseitigen, damit eine neue Moral und ein neues Recht von den Völkern mit Bewußtsein anerkannt werden, d. h. daß der Krieg nunmehr als schweres Verbrechen gelte.

e) Revidierung des Friedensvertrages.

Wenn wir auch moralisch und rechtlich auf dem alten Standpunkt verbleiben wollen, ist es doch nötig, die Ausdrücke, die das Wort „Schuld“ bezeichnen, zu beseitigen, weil es so logisch unrichtig ist. Damit ist nicht gleich gesagt, daß der Inhalt des Friedensvertrages verbessert werden muß, denn es liegt in der Hand des Siegers, zu machen, was ihm beliebt. Auch kann er das Schicksal wählen, allein oder mit den anderen zugrunde zu gehen.

Aber wenn wir nicht zusammen zugrunde gehen wollen, müssen wir wenigstens zum Wilsonschen Grundsatz zurückkehren.

Mit einer maßlosen Reparation und widernatürlichen Annexion wird der Weltfrieden nicht aufgebaut werden. Nicht nur der Frieden ist in Gefahr, sondern der wirtschaftliche Wiederaufbau wird verhindert, solange der Frieden nicht auf dem wirklichen Friedensgeist aufgebaut worden ist. Wenn wir nicht mehr in der alten Geschichte der Kriegszeit bleiben wollen, wenn wir endlich die vernünftige Zusammenarbeit der Menschheit anfangen wollen, dann müssen wir schon den Unterschied zwischen dem Sieger und Besiegten bei dem Weltkrieg vergessen. Dann müssen wir auf dem Standpunkt der Brüderlichkeit stehen, d. h. auf dem anderen rechtlichen und moralischen Standpunkt. Die ganzen Kräfte müssen eingesetzt werden, um das neue Recht und die neue Moral auf die Welt zu bringen. Der Weg ist schon klar; vom Nationalismus zum Internationalismus, vom verkrüppelten, alten Staatsgedanken zum Menschentum.

Die Schuldfrage ist eine Frage des Gefühls, der Form und der Vergangenheit; dagegen ist die Revidierung des Vertragsinhalts eine Frage der Zukunft, die nur mit dem Geiste des wirklichen Friedens und des gemeinsamen Wiederaufbaues gelöst werden kann. gleichgültig, ob Deutschland und seine Verbündeten die Urheber der Kriegsschäden sind oder nicht.

Die Revidierung des Friedensvertrages darf nicht vom nationalen Standpunkt durchgeführt werden. Diese Frage muß in die Gesamtfrage des Weltaufbaues eingegliedert werden, d. h. die Frage der Revidierung ist eine Teilfrage, sie muß mit der Frage des weltwirtschaftlichen Aufbaues, der Minderheitsfrage, der Frage des Kapitalismus überhaupt usw. zusammen behandelt werden.

II. Einiges über Japan und die Kriegsschuldfrage.

a) Die Gründe der Kriegsbeteiligung Japans.

Das japanische Volk versteht, daß Japan den Krieg geführt hat, 1. um dem englisch-japanischen Bündnis treu zu bleiben, 2. um die Sicherheit des fernen Ostens zu erhalten. Am Anfang sowie auch während des Krieges hat man nicht die Behauptung gehört, daß Japan Krieg führe, um den deutschen Militarismus niederzuschlagen.

b) Die öffentliche Meinung war neutral.

Selbst die während des Krieges geführte anti-deutsche Propaganda konnte das japanische Volk nicht zum Haß gegen Deutschland, geschweige denn gegen Österreich usw. aufhetzen. Die

Kriegserklärung Japans begeisterte das japanische Volk absolut nicht. Das Volk hat dem allem ruhig zugehört und es als eine Angelegenheit der Regierung betrachtet. Der größte Teil des Volkes wußte nicht zu Anfang des Krieges, ob sich Japan am Kriege beteiligen wird.

c) Kriegsschuldfrage in Japan.

Soweit ich meine Betrachtung anstellen konnte, habe ich gefunden, daß die Frage der Kriegsschuld keinen Widerhall in Japan gefunden hat. Es ist leicht zu verstehen, daß das Volk kein Interesse für diese Frage gehabt hat, da der größte Teil des Volkes nicht davon unterrichtet wurde, welch großes Interesse die Kriegsschuldfrage in Europa einnimmt. Das japanische Volk ist dieser Frage also gleichgültig gegenüber geblieben.

d) Japanisches Volk und Deutschland.

Die europäische, beziehungsweise die weiße Rasse ist im allgemeinen in der Welt außerhalb ihrer Heimat nicht beliebt, weil sie durch ihr hochmütiges Benehmen und ihre imperialistische Politik die nicht-europäischen Völker beherrschen will. Die Deutschen finden nach dem Kriege außerhalb Europas mehr Sympathie als die Engländer, Amerikaner oder Franzosen, aus dem einfachen Grunde, weil Deutschland seine Kolonien verloren hat und sein Imperialismus vorläufig von der Außenwelt verschwunden ist. Der Japaner bewahrt Dankbarkeit gegen Deutschland, daß er deutsche Wissenschaften annehmen konnte. Meiner Betrachtung nach im allgemeinen findet man in Japan Achtung und Sympathie für Deutschland, weil es nicht viel zu tun hat mit Japan, nicht nur bei der wirtschaftlichen und politischen Frage, sondern auch bei der Einwanderungs- und Rassenfrage. Nach dem Kriege hat das japanische Volk großes Mitleid mit dem deutschen Volk empfunden, das so schwer durch die Inflation usw. leiden mußte.

Der russisch-bulgarische Vertragsentwurf von 1909.

Eine Zuschrift des bulgarischen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Vasil Radoslavoff.

In seiner Besprechung des Aufsatzes über die Kriegsschuldfrage, den der ehemalige Reichskanzler Dr. Wilhelm Marx im Januarheft 1926 der amerikanischen „Foreign Affairs" veröffentlicht hatte, bezweifelte Professor Sidney B. Fay, daß im Jahre 1909 zwischen Rußland und Bulgarien ein Vertrag „geschlossen" worden sei. Professor Fay sagte dazu: „Ein derartiger Vertrag ist sicher „besprochen" worden, jedoch fehlt der Beweis, daß der Vertrag unterschrieben und „geschlossen" wurde." (Vgl. „Die Kriegsschuldfrage", Februar 1926, S. 115.)

Wir haben uns zur Klarstellung dieser Frage an den ehemaligen bulgarischen Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Radoslavoff, gewandt und Herr Dr. Radoslavoff hatte die Freundlichkeit, uns in nachstehendem Brief den gewünschten Aufschluß zu erteilen, der die Richtigkeit der Auffassung von Prof. Fay erweist.

Die Schriftleitung.

Berlin W. 15, den 7. April 1926.

Sehr geehrter Herr!

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 23. Februar d. J. und zur Klärung Ihrer an mich gerichteten Anfrage auf Seite 115 der „Kriegsschuldfrage" (Nr. 2 v. Februar 1926) kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Meiner Kenntnis nach gibt es zwischen Bulgarien und Rußland eine Konvention vom Mai 1902 sowie einen Vertragsentwurf von 1909.

Während des Balkankrieges oder vielmehr während des interalliierten Balkankrieges von 1913 hat die Regierung Geschoff — sich auf Art. 3 der bulgarisch-russischen Konvention von 1902 berufend — von Rußland gegen Rumänien militärische Hilfe zur Wahrung der Integrität des bulgarischen Territoriums verlangt; Sasonof hat sich aber geweigert, Bulgarien die Hilfe zu gewähren, weil diese Konvention, da sie von Anfang an nicht ausgeführt worden, seiner Meinung nach nicht mehr in Kraft gewesen sei, obwohl russischerseits mündliche Aufforderungen dazu ergangen seien, und weil Zar Ferdinand, als er 1910 mit seinen Ministern Malinoff und Paprikoff in Petersburg geweilt hat, die Erklärung gemacht habe, daß die Konvention von 1902 nicht vollständig und genügend sei. Die bulgarische Regierung hat Verhandlungen

zum Abschluß einer anderen, politischen Konvention geführt, zu der die Konvention von 1902 einen Anhang des neuen Bündnisvertrags bilden sollte. Dieser neue russisch-bulgarische Vertrag von 1909 ist aber unter den Kontrahenten nur als Entwurf geblieben.

Im bulgarischen Archiv liegt die bulgarisch-russische Militärkonvention von 1902 vor, unterzeichnet für Rußland vom Generalstabschef der russischen Armee General Jilinski und für Bulgarien vom bulgarischen Kriegsminister General Paprikoff.

Mit der vorzüglichsten Hochachtung

gez.: Dr. V. Radoslavoff,

Bulg. Ministerpräsident a. D.

Die Mission des Obersten House im Frühjahr 1914.

W. von Stumm.

Die politischen Papiere des als Vertrauensmann des Präsidenten Wilson bekannten Obersten House sind kürzlich in London erschienen.[1]) Herausgeber ist Professor Seymour von der Yale-Universität, der einen verbindenden Text zu den Schriftstücken geschrieben hat, die in der Hauptsache aus Briefen des Herrn House an den Präsidenten Wilson, an amerikanische und fremde Diplomaten sowie Aufzeichnungen über seine politische Tätigkeit bestehen.

Die Veröffentlichung ist von größtem Interesse für die Beurteilung der amerikanischen Politik während des Krieges. An dieser Stelle interessiert eine Episode, die sich kurz vor dem Kriege abspielte, und in deren Mittelpunkt Oberst House gestanden hat. Es handelt sich um den bekannten Versuch[2]), im Frühjahr 1914 eine Verständigung zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten und Frankreich herbeizuführen mit dem Ziel der Begrenzung der militärischen Rüstungen in Europa.

---

[1]) The Intimate Papers of Colonel House. Arranged as a Narrative by Charles Seymour. Ernst Benn Limited, London E. C.

[2]) Vgl. G. v. Jagow: England und der Kriegsausbruch. Verlag für Kulturpolitik. Berlin 1925.

Oberst House stammt aus Texas. Zum Teil in England erzogen, widmet er sich nach dem Tode seines Vaters der Bewirtschaftung seiner Baumwollplantagen und ist in kommerziellen und industriellen Unternehmungen tätig. Schon früh erwacht sein Interesse für Politik. Er nimmt an den politischen Kämpfen seines Heimatstaates, später an dem Ringen der beiden großen Parteien um die politische Macht in den Vereinigten Staaten als Mitglied der demokratischen Partei teil. Im Jahre 1911 macht er die Bekanntschaft des späteren Präsidenten Wilson, für dessen Wahl er sich einsetzt. Zwischen beiden Männern entwickelt sich ein Freundschaftsverhältnis. Oberst House wird der Vertrauensmann und intime Berater des Präsidenten. In dieser Eigenschaft ist er im Frühjahr 1913 bei der den Präsidentenwechsel begleitenden Neubesetzung der Verwaltungsposten durch Parteigänger des Erwählten tätig. Die Auswahl der amerikanischen Botschafter bringt ihn in Beziehungen zu den verschiedenen Kandidaten, insbesondere zu den Botschaftern in Berlin und London, Gerard und Page.

Im Juli 1913 kommt Oberst House nach England und hat eine Begegnung mit Sir Edward Grey. Er bespricht mit ihm zwischen England und den Vereinigten Staaten schwebende Streitfragen über die Panamakanal-Zölle und mexikanische Angelegenheiten. Von diesem Zeitpunkt datieren seine Beziehungen zu dem englischen Minister des Äußern. In Anknüpfung an die Besprechung entsendet Grey seinen Privatsekretär Sir William Tyrrell im Herbst 1913 nach Amerika. Bei dieser Gelegenheit entwickelt House dem einflußreichen Berater Greys einen lang gehegten Plan, zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten und Frankreich eine Verständigung über die Einschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande herbeizuführen. Tyrrell gibt ihm den Rat, zunächst nach Deutschland zu gehen, den Kaiser aufzusuchen und ihm zu sagen, daß England und Amerika das Kriegsbeil begraben hätten. Der dringende Wunsch liege vor, daß Deutschland sich diesem Einvernehmen anschließen und seinen guten Willen durch den Entschluß bekunden möge, auf den Bau einer übermäßigen Flotte zu verzichten und überhaupt den Militarismus einzuschränken. Tyrrell versichert, daß England bereit sei, vertrauensvoll mit Deutschland Hand in Hand zu gehen. Er sehe keinen Grund für Differenzen zwischen beiden Ländern. Er verspricht, House die ganze Korrespondenz zwischen England und Deutschland über die Entwaffnungsfrage zu geben, damit er sich davon überzeugen könne, wie richtig die Haltung Englands gewesen sei.

House trägt seinen Plan dem Präsidenten vor, der ihn enthusiastisch billigt. Im Laufe des Winters macht House seine Vorbereitungen und sucht sich über Deutschland sowie die Person des Kaisers näher zu unterrichten. Ende Mai 1914 trifft er in Berlin ein. Der amerikanische Botschafter hatte seinen Besuch angemeldet und für ihn eine Audienz von Seiner Majestät dem Kaiser erbeten. Graf Bernstorff hatte das Ersuchen mit dem Hinweis warm befürwortet, daß Oberst House der einzige Vertraute des Präsidenten sei. Von seiner Mission war der Botschafter anscheinend nicht unterrichtet. Er erwähnte sie nicht. Er berichtete, daß Herr House in amerikanischen Bankkreisen gut bekannt sei. Herr House führte den Titel eines Obersten, ohne sich jemals militärisch betätigt zu haben. Der Gouverneur von Texas hatte ihn in Anerkennung seiner politischen Verdienste in seinen Stab unter Verleihung dieses Titels aufgenommen, der an ihm haften blieb, auch nachdem er aus der Umgebung des Gouverneurs ausgeschieden war. In der Annahme, es mit einem Soldaten zu tun zu haben, lud der Kaiser den amerikanischen Besucher ein, an der in Potsdam alljährlich stattfindenden militärischen Feier des Lehr-Infanterie-Bataillons, dem sogenannten „Schrippenfest", teilzunehmen.

Schon vorher war Herr House gelegentlich eines in der amerikanischen Botschaft veranstalteten Festmahls mit verschiedenen deutschen Staatsmännern, u. a. dem Staatssekretär von Jagow und Admiral von Tirpitz, zusammengetroffen. Den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der durch das in diesen Tagen erfolgte Hinscheiden seiner Gemahlin in tiefe Trauer versetzt war, sah er nicht. Die Unterhaltung mit Herrn von Jagow bewegte sich in allgemeinen Betrachtungen über Friedens- und Abrüstungsideale. Admiral von Tirpitz stellte sich, nach den Aufzeichnungen des Herrn House, dessen Gedankengängen durchaus ablehnend gegenüber und verlieh der Ansicht Ausdruck, daß der auch von Deutschland gewünschte Friede am besten dadurch gewahrt werde, daß Deutschland seine Gegner in Furcht erhalte.

Aus der eingehenden Unterredung, die Oberst House am 1. Juni 1914 in Potsdam mit dem Kaiser ohne Zeugen hatte, ist hervorzuheben, daß der Kaiser freundlich und bewundernd von England sprach und erklärte, England, Amerika und Deutschland seien verwandte Völker und sollten sich näher aneinander anschließen. Herr House wies auf die Besorgnisse hin, die in England bezüglich des dauernden Anwachsens der deutschen Flotte gehegt würden, und daß ein englisch-deutsches Einvernehmen nicht in Frage kommen könne, solange Deutschland seine Flotte weiter vergrößerte, worauf

der Kaiser entgegnete, daß das deutsche Flottenprogramm allgemein bekannt sei und daß nach seiner Durchführung keine weitere Vergrößerung der Flotte stattfinden werde. England habe nichts von Deutschland zu fürchten.

Herr House sagte dem Kaiser, Präsident Wilson sei der Ansicht, daß amerikanische Vermittlung im Hinblick auf das zwischen beiden Ländern bestehende Mißtrauen vielleicht am besten geeignet sei, die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen und ein Einvernehmen zur Erhaltung des Friedens herbeizuführen. Es sei seine Absicht, von Deutschland aus direkt nach England zu gehen und die Frage mit der englischen Regierung ebenso zu erörtern, wie er es mit Seiner Majestät getan habe. Der Kaiser stimmte der Anregung zu und ermächtigte Herrn House, ihn von dem Verlauf seiner Besprechungen durch Vermittlung des Unterstaatssekretärs Zimmermann zu unterrichten.

Den Eindruck, den Herr House von seinem Berliner Aufenthalt gewonnen hatte, erhellt am besten aus einem Brief, den er von Paris aus, wohin er sich von Berlin zunächst begab, an den Präsidenten Wilson richtete, und in dem es heißt: „Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich den erwarteten Erfolg gehabt habe. Ich freue mich sehr über das Erreichte und brenne darauf, nach London zu gehen und zu sehen, was dort getan werden kann. Ich habe das Empfinden, daß ich dort ein viel schwierigeres Terrain vorfinden werde." Weniger optimistisch scheint sich allerdings Herr House in London ausgesprochen zu haben, wenn man den Angaben in den hinterlassenen Papieren des amerikanischen Botschafters in London Page[1]) Glauben schenken darf. Hiernach hätte Herr House die ungünstigsten Eindrücke von dem Militarismus gewonnen, von dem ganz Deutschland ergriffen sei, und der nicht nur die Armee und die Marine, die obersten Staatsbeamten, sondern auch die Bevölkerung beherrsche. Die größte Macht in Deutschland habe die Militär-Clique in den Händen, dann die Hohenzollerndynastie. Solange der Kaiser sich dem Militarismus unterwerfe, solange könne er sich halten. Die Militäroligarchie sei entschlossen, ihren Willen durchzusetzen. Sie werde den Kaiser entthronen, sobald er Neigung zeige, eine Richtung einzuschlagen, die zum Frieden führe. Ganz Deutschland sei mit Elektrizität geladen, alle Nerven seien in Spannung, ein einziger Funken werde genügen, alles in die Luft zu sprengen.

---

[1]) „The Life and Letters of Walter H. Page, by Burton J. Hendrick. London 1922."

Man würde angesichts dieser, jeder tatsächlichen Unterlage entbehrenden Phantastereien vor einem Rätsel stehen, wenn sich nicht in den Erinnerungen des Herrn Page ein Anhalt für die Qualität der Unterlagen fände, auf denen sich das Urteil des Herrn House gründete. Herr Page erzählt folgenden Vorfall, der einen tiefen und nachhaltigen Eindruck bei Herrn House hinterlassen habe. Dieser habe sich eines Abends mit dem Botschafter Gerard dem Vergnügen des Scheibenschießens hingeben wollen. Beide Herren hätten versucht, in einem der zahlreichen Schießstände Berlins Eingang zu finden. Es sei ihnen dies aber nicht gelungen, denn große Volksmassen seien vor jedem dieser Schießstände aufgereiht gewesen. Man habe den Eindruck gehabt, daß jeder wehrhafte Mann in Berlin seine freie Zeit dazu verwende, seine Schießfertigkeit zu erhöhen. Man fragt sich, wo Herr Gerard seinen Freund hingeführt hat. Es kann sich doch nur um die zahlreichen Schießbuden handeln, die sich in den Vergnügungsetablissements in den Vororten Berlins finden, und in denen Jünglinge und Jungfrauen nach getaner Arbeit sich damit vergnügen, mit Windbüchsen nach an Drähten schwingenden Tonpfeifen oder nach bunten Glaskugeln zu schießen, die auf einem Springbrunnen balancieren. Herr House glaubte in diesem harmlosen Spiel ein, wenn auch geringfügiges Symptom für die militärische Atmosphäre erblicken zu sollen, von der das deutsche Volk ganz allgemein erfüllt gewesen sei!

In Paris gerät Herr House mitten in eine Regierungskrisis. Es bietet sich ihm daher keine Gelegenheit, mit maßgebenden Persönlichkeiten zusammenzutreffen. Er hebt das in seinen Aufzeichnungen ausdrücklich hervor und erwähnt, daß er auch alle Einladungen abgelehnt habe, die ihm zugedacht waren. Um so mehr muß es überraschen, wenn er sowohl bei seinen Unterredungen in London wie in dem Schreiben, das er später an Seine Majestät den Kaiser richtete, das Ergebnis seiner in Frankreich gemachten Wahrnehmungen dahin zusammenfaßt, daß, wenn auch nicht das französische Volk, so doch die französischen Staatsmänner den Gedanken an die Wiedergewinnung der beiden verlorenen Provinzen völlig aufgegeben hätten. Man fragt sich vergebens, auf welche Tatsachen sich dieses Urteil gründete, das von der Wirklichkeit so weit entfernt war.

Am 9. Juni ist Herr House in London und trifft am 17. Juni mit Sir Edward Grey zusammen. House unterrichtet den Minister von seinen Eindrücken in Deutschland, von dem kriegerischen Geist, den er dort beobachtet haben will und der Hochspannung, in der sich das ganze Volk befinde. Er spricht die Befürchtung aus, daß

ein Funken alles in Flammen setzen könne. Deutschland werde gegebenenfalls rasch zuschlagen, ohne lange Erörterungen und friedliche Verhandlungen. Der Kaiser selbst und seine nächsten Ratgeber wollten den Krieg nicht, weil sie wünschten, daß Deutschland sich kommerziell ausdehne und an Reichtum zunehme. Aber die Armee sei militaristisch, aggressiv und jederzeit kriegsbereit. Herr House weist dann auf die Rolle hin, die Amerika als Friedensstifter zu übernehmen bereit sei. Er macht warnend darauf aufmerksam, daß der Reichskanzler jederzeit durch den Admiral von Tirpitz ersetzt werden könne und eine Lösung dann sehr viel schwieriger sein würde.

Herr House erzählt nicht, was Sir Edward Grey ihm erwidert hat. In einem Schreiben an den Präsidenten sagt er nur, daß er in dem Minister einen willigen Zuhörer, daß er ihn aufrichtig und sympathisch gefunden habe. Auch ein Brief an den Präsidenten, in dem er von einer weiteren Zusammenkunft mit Grey und anderen Politikern berichtet, bringt keinen näheren Aufschluß. In dem Kommentar ist gesagt, Sir Edward Grey habe den Vorschlag enthusiastisch aufgenommen, rasches Handeln scheine indessen nicht möglich gewesen zu sein. Grey habe Rücksicht zu nehmen gehabt auf die Empfindlichkeit der französischen und russischen Regierung. Tyrrell habe House wissen lassen, daß Grey sich überlege, wie er mit Deutschland in Berührung kommen könne, ohne bei den Mitgliedern der Entente Anstoß zu erregen.

Eine Quelle zur Aufklärung des Sachverhalts bieten die bereits erwähnten Papiere des Botschafters Page. Bezüglich der in Rede stehenden Vorgänge heißt es dort: „Obgleich die englischen Staatsmänner es nicht unumwunden aussprechen, so gewann man doch den Eindruck, daß sie die Mission des Obersten House für unnötig hielten — eine Sicherung gegen eine Gefahr, die nicht existierte. Oberst House versuchte Sir Edward Grey zu überreden, die Kieler Regatta aufzusuchen, um mit dem Kaiser den Plan zu erörtern. Aber die Regierung fürchtete, ein solcher Besuch würde in Frankreich und Rußland große Beunruhigung hervorgerufen haben."

Es heißt ferner in einem Brief von Page an den Präsidenten Wilson: „Sie — die englischen Minister — suchen etwas zu finden, was sie Deutschland sagen können, was schwierig ist, weil sie den Deutschen nicht ernstlich trauen. Grey meint es wirklich aufrichtig, aber er kann die Besorgnis nicht los werden, daß die Deutschen sein Entgegenkommen mißbrauchen und gegen ihn selbst ausnutzen könnten."

Endlich — am 3. Juli — erhält House durch Tyrrell den Bescheid, daß Sir Edward Grey ihn bitte, den Kaiser von den Eindrücken zu unterrichten, die er in seinen verschiedenen Unterredungen mit der englischen Regierung bezüglich eines besseren Einvernehmens zwischen den europäischen Staatsmännern gewonnen habe. Er möge versuchen, vor seiner Abreise eine Antwort zu bekommen. Sir Edward Grey wünsche nichts Offizielles oder Schriftliches zu schicken aus der Besorgnis, falls dies bekannt werden sollte, die französische und russische Empfindlichkeit wachzurufen. Er sei der Ansicht, daß es eine der Angelegenheiten sei, die am besten unformell und inoffiziell behandelt würden.

Es ist unmöglich, in dieser Stellungnahme etwas anderes zu sehen, als eine kaum verhüllte Ablehnung der Houseschen Ideen durch die englische Regierung. Eine Bestätigung dieser Auffassung bietet ein Schreiben, das Oberst House nach Kriegsausbruch an den Botschafter Page richtete und in dem es heißt: „Denken Sie daran, wie nahe wir daran waren, eine solche Katastrophe unmöglich zu machen. Wenn England etwas schneller gehandelt und mir erlaubt hätte, nach Deutschland zu gehen, so wäre dies wohl möglich gewesen." Man wünschte somit englischerseits nicht einmal, daß Oberst House seinen Plan in Berlin persönlich weiter verfolge. Mit so großen Bedenken stand man seinem Vorhaben gegenüber.

Den englischen Anregungen entsprach das Schreiben, das House aus London an den Kaiser richtete und das nachstehend im Wortlaut wiedergegeben ist:

London, 7. Juli 1914.

Sir!

Euere Kaiserliche Majestät werden sich zweifellos unserer Unterredung in Potsdam sowie dessen erinnern, daß ich mit Zustimmung und Billigung des Präsidenten nach Europa kam, um festzustellen, ob es möglich wäre, ein besseres Einvernehmen unter den Großmächten zustande zu bringen, behufs Erhaltung des Friedens und später auch behufs Herstellung einer wohltuenden wirtschaftlichen Neuordnung, welche durch eine Beschränkung der Rüstungen gesichert werden könnte. In Anbetracht der gebietenden Stellung, die Euer Majestät einnehmen, und in Anbetracht Ihres wohlbekannten Wunsches, den Frieden zu erhalten, kam ich, wie Euer Majestät wissen, direkt nach Berlin. Ich werde die gnädige Aufnahme der allgemeinen Ziele meiner Mission, die meisterhafte Darlegung der politischen Weltlage, wie sie heute besteht, den prophetischen Ausblick in die Zukunft, den Euer Majestät dann taten, niemals vergessen. Ich erhielt alle nur mögliche Zusicherung

von Euer Majestät herzlicher Billigung der Absicht des Präsidenten, und ich verließ Deutschland, beglückt durch das Vertrauen, daß Euerer Majestät großer Einfluß zugunsten des Friedens und der Erweiterung des Welthandels eingesetzt werden würde. In Frankreich versuchte ich die Stimmung des Volkes in bezug auf Deutschland zu ergründen und zu ersehen, welche Wünsche Frankreich nährt. Das Ergebnis meiner Eindrücke bei meiner Abreise war, daß die französischen Staatsmänner alle Gedanken an eine Revanche oder an die Wiedergewinnung der zwei Provinzen aufgegeben haben. Das Volk im allgemeinen hegt wohl noch Wünsche in beiderlei Richtung, aber die besser unterrichteten Führer würden ganz zufrieden sein, wenn Frankreich in seiner jetzigen Unabhängigkeit gesichert wäre. Hierauf, Sir, kam ich nach England, mit großen Hoffnungen, in denen ich nicht enttäuscht bin. Ich wandte mich zuerst an Sir Edward Grey und fand ihn in höchstem Maße übereinstimmend. Nach einer zweistündigen Besprechung schieden wir mit der Abrede, uns in wenigen Tagen wiederzutreffen. Ich schloß daraus, daß er sich mit dem Premierminister und seinen Kollegen zu beraten wünschte. Bei unserer nächsten Besprechung, die wieder zwei Stunden dauerte, brachte er mich mit dem Lord Chancellor, Lord Crewe und Sir William Tyrrell zusammen. Seitdem habe ich den Premierminister und alle wichtigen Mitglieder der britischen Regierung gesehen, und ich bin überzeugt, daß sie eine Verständigung wünschen, die als Grundlage für dauernden Frieden und Sicherheit dienen kann. England muß notwendigerweise vorsichtig vorgehen, um die Empfindlichkeit von Frankreich und Rußland nicht zu verletzen, aber mit dem Wandel der Gefühle in Frankreich müßte eine graduelle Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Lande, auf das England nun gern einwirken wird, eintreten. Wenn auch viel erreicht ist, so bleibt doch noch etwas zu wünschen übrig, und zwar, daß ein besseres „Medium“ für einen leichten und offenen Austausch von Gedanken und Vorschlägen geschaffen werde. Niemand kennt besser als Euer Majestät die außerordentliche Gärung, die jetzt in der Welt herrscht, und niemand ist in einer so günstigen Stellung, um eine gesunde und vernünftige Verständigung zwischen den Staatsmännern der westlichen Völker herbeizuführen zu dem Zwecke, daß unsere Zivilisation ununterbrochen fortschreiten möge. Obwohl diese Mitteilung, wie Euer Majestät wissen, ganz inoffiziell ist, so ist sie doch geschrieben in Übereinstimmung mit den wohlbekannten Ansichten des Präsidenten und, wie man mir zu verstehen gegeben hat, mit der Hoffnung der

Regierung Seiner Britischen Majestät, daß sie eine Antwort von Euer Majestät bringen wird, welche einen weiteren Schritt vorwärts gestatten könnte.

Erlauben Sie mir, Sir, mit der Wiedergabe einer Stelle aus einem Briefe zu schließen, den ich vom Präsidenten erhalten habe: „Ihr gleich nach Ihrer Ankunft von Berlin geschriebener Brief aus Paris erfüllt mich mit großer Freude. Sie haben, so hoffe und glaube ich, ein großes Werk begonnen, und ich freue mich von ganzem Herzen darüber."

Ich habe die Ehre zu sein, Sir, mit der größten Hochachtung Euerer Majestät sehr gehorsamer Diener

gez. Edward M. House.

Das Schreiben erreichte den Kaiser nicht mehr in Berlin, da er inzwischen die Nordlandreise angetreten hatte. Die russische Mobilmachung und der sich daran knüpfende Ausbruch des Krieges bereiteten dann den Verständigungsplänen des Obersten House ein jähes Ende. Am 1. August 1914 bestätigte der Unterstaatssekretär Zimmermann Herrn House im Auftrage des Kaisers den Empfang seines Briefes in freundlichen Worten und mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Ereignisse, die eine weitere Diskussion zurzeit unmöglich machten.

Man wird der Ansicht zuneigen dürfen, daß Herr House die Schwierigkeiten unterschätzt hat, die sich der Verwirklichung seiner Ideen entgegengestellt haben würden, auch wenn die englische Regierung größeres Entgegenkommen gezeigt hätte. Aber das eine steht fest, daß, wenn die ganze Aktion in ihren Anfängen stecken geblieben ist, weder die Haltung der deutschen Regierung noch die Stellungnahme des Kaisers hieran Schuld waren. Die Erhaltung des Friedens ist der leitende Grundsatz für die gesamte auswärtige Politik des Deutschen Kaiserreiches gewesen, ein Grundsatz, den sie auch bei diesem Anlaß nicht verleugnet hat. Für die englische Politik hingegen war oberstes Gesetz die unversehrte Erhaltung des eisernen Ringes, mit dem sie Deutschland umklammert hatte, und dieser Gesichtspunkt ist es auch gewesen, der in den kritischen Tagen des Juli 1914 Sir Edward Grey davon abgehalten hat, in Paris und Petersburg die Sprache zu führen, die den Ausbruch des Weltkrieges damals vielleicht hätte verhindern können.

Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber.

Graf Max Montgelas.

I. Teil 1892—1906.

Das Buch Lord Greys „Twenty-Five Years" hat allen denen eine schwere Enttäuschung bereitet, die bisher des Glaubens waren, daß er während seiner ganzen Amtstätigkeit, wenn auch in der Wahl der Mittel irrend, ohne Unterlaß bemüht gewesen sei, den nach dem Scheitern der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen immer mehr sich entwickelnden deutsch-englischen Gegensatz in einer den berechtigten Ansprüchen des deutschen Volkes auf Weltgeltung gerecht werdenden Weise zu überbrücken.

Viele dem Eingeweihten schon bekannten Züge aus dem Privatleben dieses Sprossen eines zur „führenden Schicht" gehörenden englischen Adelsgeschlechts berühren ungemein sympathisch: das innige Verhältnis zu der ihm durch einen Unglücksfall so jäh entrissenen Lebensgefährtin, die ritterliche Loyalität gegen seine Kollegen im Kabinett und gegen seine Mitarbeiter im Foreign Office, die Freude an der Natur, die Liebe zu den Tieren, die verhältnismässige Einfachheit des Haushalts.

Zum Staatsmann jedoch fehlte ihm das Format, zur Leitung der auswärtigen Politik die Schulung. Fremde Sprachen sprach er nicht, nur französisch konnte er lesen und einigermassen verstehen. Fremde Länder hat er außer Frankreich nicht gesehen. Von der Auffassung „gouverner c'est prévoir" will er nichts wissen. „Wenn alle Geheimnisse bekannt wären, würde man wahrscheinlich erkennen, daß die britischen Staatsmänner sich leiten ließen von dem, was das augenblickliche Interesse Englands erforderte, ohne sorgfältige Berechnungen für die Zukunft anzustellen" (S. 6). Solcher Auffassung mußte der Sinn verschlossen bleiben für die Schwierigkeiten der Politik des Deutschen Reiches, das bei seiner Lage im Herzen Europas der Rückenfreiheit entbehrte und dauernd unter dem Zweifrontendruck mächtiger Kontinentalnachbarn stand. Bismarck, dem als seltene Ausnahme die Gabe zuerkannt wird, die Folgen politischer Handlungen für längere Zeit vorauszusehen (S. 15), durchdachte immer wieder, oftmals in schlaflosen Nächten, die großen Probleme. Für Grey sind die schwierigsten Fragen einfach zu lösen. So sieht er in Chamberlains Anregung eines deutsch-englischen Bündnisses lediglich die Verbindung der größten Flotte mit dem größten Heere. Das sei „quite simple and clear" (S. 41). Ein solches Urteil ist denn

doch allzu vereinfachend, ferner muß dazu bemerkt werden, daß Deutschland niemals das „größte“ Heer besessen hat, sondern die deutsche Landmacht stand an Zahl stets hinter der russischen zurück und übertraf im Sommer 1914 nicht einmal die französische.[1])

Auch das Lob eines genauen und zuverlässigen Geschichtsschreibers wird die Nachwelt Grey schwerlich zuerkennen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß er durch ein Augenleiden bedauerlicherweise verhindert ist (S. XXI), persönlich Einblick zu nehmen in die erdrückende Flut von Beweisen für die Gefährdung des Weltfriedens durch französische und russische Umtriebe, so ist man doch erstaunt über die vielen Gedächtnislücken und über die geringe Kenntnis der Ereignisse vor und sogar während seiner Amtszeit.

Parlamentarischer Unterstaatssekretär 1892—95.

Aus seiner Tätigkeit als Parlamentarischer Unterstaatssekretär des Auswärtigen, die er 30jährig unter Lord Rosebery begann, haben sich Greys Gedächtnis folgende Ereignisse besonders eingeprägt.

Deutschland habe um die Jahreswende 1892—93 an England ein erpresserisches „Ultimatum“ gerichtet mit der Drohung, wenn England fortfahre, deutschen wirtschaftlichen Konzessionen in der Türkei Schwierigkeiten zu machen, werde die deutsche Unterstützung der englischen Politik in Ägypten ein Ende nehmen (S. 9—11). Zunächst ist zu berichtigen, daß der britische Botschafter in Konstantinopel nicht nur englische, wie Grey zugibt, sondern sogar französische Interessen zum Nachteile der deutschen begünstigt hatte. Ferner war die deutsche Note keineswegs ein Ultimatum und wurde in London auch gar nicht als solches aufgefaßt, sonst hätte der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt nicht am 8. Februar 1893 berichten können: „Lord Rosebery wiederholte bei diesem Anlaß, wie dankbar er sei für die wohlwollende Haltung der kaiserlichen Regierung sowohl als auch der Kabinette von Rom und Wien gegenüber seiner Politik in Ägypten.“ [2])

---

[1]) Die deutsche Kriegsstärke war 1914 der französischen nur wenig überlegen, die deutsche Friedensstärke sogar geringer. Siehe die Schrift des ersten französischen Sachverständigen, Generals Buat „L'Armée allemande pendant la Guerre de 1914—1918“.

[2]) Siehe dazu „Große Politik der Europäischen Kabinette“ VIII. Nr. 1816 und 1830. Ferner den Nachweis von Professor Mendelssohn Bartholdy in den „Europäischen Gesprächen“, Januar 1926 S. 32 f., daß das damalige deutsche Vorgehen sich völlig im Rahmen der bewährten Bismarckschen Politik gehalten habe.

Mit Frankreich und Rußland habe, so erzählt Grey weiter, Großbritannien damals in „constant friction" gelebt (S. 11). Ende Juli 1893 sei es anläßlich eines Zwischenfalls während der Blockade Siams durch ein französisches Geschwader beinahe zum Kriege mit Frankreich gekommen, wobei Deutschland anscheinend zur Waffenhilfe an England bereit gewesen sei (S. 14 Anm.).[3]) Noch stärker war der Interessenkonflikt mit Frankreich über Westafrika und den Sudan, hinsichtlich dessen Grey am 28. März 1895 im Unterhause sogar erklärte, daß der Vormarsch einer französischen Expedition dorthin von England als ein „unfreundlicher Akt" — man weiß, was dieses Wort in der englischen Diplomatensprache bedeutet — angesehen werden würde (S. 19 Anm.).

Bei dem gemeinsamen deutsch-französischen Einspruch gegen das englische Abkommen mit dem Kongostaate 1894 wird die deutsche Beschwerde gegen Artikel III, durch den England einen Streifen des belgischen Kongos längs der Westgrenze von Deutsch-Ostafrika (das dadurch vom Zugang zu den großen Seen im Innern völlig abgeschnitten worden wäre) pachten wollte, als völlig begründet anerkannt, weil England dadurch ein früheres Abkommen mit Deutschland, angeblich infolge Unkenntnis der Akten, verletzt hatte; der französische Protest hingegen, der sich auf andere Punkte des neuen Abkommens bezog, wird als nicht gerechtfertigt bezeichnet (S. 21—22).[4])

Die vorstehenden drei Punkte sind neben dem russisch-französisch-deutschen Einspruch gegen die von Japan im Präliminarfrieden von Shimonoseki 1895 China aufgezwungenen Bedingungen nach

---

[3]) England wollte sich damals für den Fall eines Krieges mit Frankreich die Mitwirkung Italiens sichern, und Deutschland deutete an, daß es seinen italienischen Bundesgenossen, wenn nötig, aktiv unterstützen könnte; „Große Politik" VIII. Nr. 1752 u. 53. Über das vergebliche Werben des Prinzen von Wales um eine bestimmte Zusage Deutschlands siehe Haller „Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg" S. 84 f. — Grey hatte 14 Tage vorher (17. Juli) im Unterhaus erklärt „die Unabhängigkeit und Integrität Siams sei eine Sache von ernster Wichtigkeit für das britische und mehr noch für das britisch-indische Reich, und die Regierung sei sich ihrer Verantwortung voll bewußt"; Hansard „The Parliamentary Debates" 4. Serie Bd. 14 Sp. 1712.

[4]) In diesem Falle hätte Grey, wenn sein Gedächtnis treuer wäre, eher von einer ultimativen deutschen Forderung sprechen können. Deutschen Protest siehe Note des Botschafters in London vom 11. Juni 1894 an den englischen Minister des Auswärtigen im „Staatsarchiv" Bd. 57 S. 32 Nr. 10581. Englands Einlenken loc. cit. S. 34 Nr. 10585. Siehe ferner Erlaß an den deutschen Botschafter in Wien vom 15. Juni „Große Politik" VIII. Nr. 2055.

Greys Erinnerung die wichtigsten Vorgänge während seiner ersten dreijährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Außenpolitik. Ein vorurteilsfreier Geist hätte aus solchen Erfahrungen etwa folgende Schlüsse ziehen können:

„Das Deutsche Reich ist bereit, die dank des deutschen Sieges über Frankreich möglich gewordene Stellung Englands in Ägypten trotz ihrer Völkerrechtswidrigkeit dauernd zu unterstützen und auch seine Dreibundsgenossen zu deren Unterstützung zu veranlassen. Als Gegenleistung verlangt es lediglich, daß England nicht an anderer Stelle im Orient die wirtschaftlichen Interessen des befreundeten Deutschlands zum Vorteile des mit England in „constant friction" lebenden Frankreichs schädige. Deutschland ist anscheinend sogar bereit, im Falle eines englisch-italienischen Krieges gegen Frankreich seinen italienischen Bundesgenossen aktiv zu unterstützen. Die Aufrechterhaltung eines guten Einvernehmens mit Deutschland und mit dem gesamten Dreibund ist daher für die britische Politik von vitaler Bedeutung." Anders Grey: „Ich erkannte bald, daß die Politik der Freundschaft mit dem Dreibund, so vorteilhaft sie für die Regierungen von Deutschland, Österreich und Italien sein mochte, für uns nicht immer bequem war" (S. 9). Diese Auffassung, die mit logischer Konsequenz zum Abschwenken ins französisch-russische Lager führen mußte, machte Sir Edward sich zu eigen zu einer Zeit, da die deutsche Flotte noch eine völlige quantité négligeable war, während die britische Admiralität mit äußerster Sorge das Anwachsen der französischen und russischen Seemacht beobachtete und sich zu großen Rüstungen gegen diese veranlaßt sah.[5])

Außer Dienst 1895—1905.

Über dieses Jahrzehnt hat Lord Grey zwar später gelegentlich manche interessanten Aufklärungen erhalten, zu eigenem Nachlesen der einschlägigen Dokumente fand er jedoch nach Rückkehr in das Amt (Ende 1905) keine Muße (S. 34). Da er bei der Niederschrift seiner Erinnerungen auf Einblick in die Akten jener Periode absicht-

---

[5]) Nach einer von der britischen Admiralität 1893 veröffentlichten Übersicht der Flottenstärken stand Deutschland damals unter den europäischen Großmächten an letzter (5.) Stelle. Zahl der Schiffseinheiten: Großbritannien 325, Frankreich 220, Rußland 130, Italien 93, Deutschland 87. — Gegen Rußland und Frankreich wurde die britische Flotte in der Zeit von 1894/99 um 173 Schiffseinheiten vermehrt. Noch 1899, kurz vor Schluß der ersten Haager Friedenskonferenz, wurden wegen des Flottenbauprogramms Rußlands, des Einberufers der Friedenskonferenz, vom britischen Parlament 472 Millionen Goldmark für Neubauten bewilligt.

lich verzichtet hat, ist es begreiflich, daß sein Buch nur wenig noch nicht Bekanntes bietet. Von der kurzen Darstellung seien daher nur folgende Punkte besprochen.

Der Beginn einer neuen deutschen Flottenpolitik wird in das Jahr 1900 des zweiten Flottengesetzes verlegt (S. 46), ein Beweis, daß das erste Flottengesetz von 1897 auf die deutsch-englischen Beziehungen keinerlei nachteiligen Einfluß ausgeübt hat, wie das ja auch aus den gerade nach 1897 beginnenden Bündnisverhandlungen hervorgeht.

Den Burenkrieg verteidigt Grey heute noch (S. 44). Das ist vom Standpunkt der von ihm vertretenen imperialistischen Politik sein gutes Recht. Nur sollten Männer, die so denken, nicht allzuviel vom „Schutz der kleinen Nationen" reden. Richtig ist, daß der Unwille über die Vergewaltigung der südafrikanischen Republiken in weiten Kreisen des deutschen Volkes lebhaften Ausdruck gefunden hat. Daß dieser Unwille sogar „eher noch lebhafter als anderswo" gewesen sei (S. 45), wird widerlegt durch die erste Rede Chamberlains in Leicester vom 29. November 1899, wo dieser unter scharfer Warnung an die Pariser Presse wegen deren Angriffe auf die „geheiligte Person der Königin" sagte, „England habe Anlaß, sich zu beglückwünschen, daß die schlimmsten Ausschreitungen nicht in der deutschen Presse erschienen seien".[6])

Nicht unerwähnt hätte bleiben dürfen, daß die deutsche Regierung von Anfang an auf die deutsche Presse in mäßigendem Sinne einzuwirken versuchte und in London wissen ließ, sie werde England keine Schwierigkeiten machen.[7]) Ferner, daß man in Berlin wiederholte französisch-russische Anregungen zu einer England nicht genehmen Intervention zurückgewiesen hat.[8]) Endlich, daß Kaiser Wilhelm gerade zur Zeit der schwersten Niederlagen der britischen Truppen (November 1899) seiner Großmutter einen damals von der öffentlichen Meinung Englands außerordentlich hoch geschätzten Besuch abstattete, und daß der Prinz von Wales Anfang 1900 sich dahin äußerte, „England dürfe nicht vergessen, daß es sowohl dem kürzlichen Besuche S. M. des Kaisers in England als

---

[6]) Chamberlain sprach in Leicester am 29. und 30. November 1899; in der ersten Rede hauptsächlich über den Burenkrieg, in der zweiten, von Grey teilweise zitierten Rede (S. 41) über die englisch-amerikanisch-deutsche Tripelallianz.

[7]) „Große Politik" XV. Nr. 4384 u. 4387.

[8]) loc. cit. Kapitel CIII „Die Interventionsfrage im Burenkrieg", insbes. Nr. 4463—65, 4471—74, 4484, 4494. Ferner wegen der Verleumdungen der deutschen Politik Nr. 4469—70, 4495, 4497.

auch der Haltung der deutschen Regierung im allgemeinen zu verdanken sei, wenn keine Intervention stattgefunden habe".[9])

Daß Grey das deutsch-englische Bündnis als ein allzu einfaches Problem ansieht, ist schon oben betont. Von den fast dreijährigen Verhandlungen erwähnt er nur die Rede Chamberlains vom 30. November 1899, wo dieser von einem „neuen Dreibund zwischen der teutonischen Rasse und den beiden Zweigen der angelsächsischen Rasse" spricht (S. 41). Beachtung verdient das Zeugnis Sir Edwards, er habe weder damals noch später etwas darüber gehört, inwieweit Chamberlain berechtigt war, im Namen von Lord Salisbury und seinen anderen Kollegen zu sprechen. Er hätte hinzufügen können, wie heftig damals seine, die liberale Partei, schon die erste Rede Chamberlains über die Bündnisfrage vom Mai 1898 in Birmingham bekämpfte[10]), wie spöttisch die „Times" als Organ der öffentlichen Meinung nach der Rede vom 30. November 1899 in Leicester über den Bündnisgedanken sich äußerte, welchen Sturm des Widerspruchs diese Rede in den Vereinigten Staaten auslöste.[11]) Diese gewichtigen, auch in den Denkwürdigkeiten des Freiherrn von Eckardstein verschwiegenen Gegenstimmen mußten die Leiter der deutschen Politik doch zu großer Vorsicht mahnen.

Eine besonders auffällige Gedächtnisschwäche ist die Behauptung, das französisch-englische Kolonialabkommen vom April 1904 sei sofort bis auf eine oder zwei unwichtige Klauseln veröffentlicht worden (S. 49). Die Wahrheit ist, daß die geheimen Artikel das gerade Gegenteil von der im öffentlichen Vertrage bestätigten Unabhängigkeit Ägyptens und Marokkos enthielten, eine Doppelzüngigkeit, die nach ihrer Enthüllung im Herbste 1911 in der französischen Kammer und später auch im Senate aufs schärfste gebrandmarkt wurde.[12]) Grey frohlockte über das Abkommen: „Die aufregende Zeit der Reibungen mit Frankreich war zu Ende, die Gefahr eines Krieges mit Frankreich geschwunden" (S. 50). Drohte indes nicht eine andere Gefahr,

---

[9]) loc. cit. Nr. 4475, siehe auch Nr. 4480, Brief des Prinzen von Wales an Kaiser Wilhelm vom 7. März 1900: „Wir hoffen, daß wir immer auf Deutschland als unsern besten Freund werden blicken können, solange Du am Ruder bist".

[10]) Debatte im englischen Unterhaus vom 10. Juni 1898, insbes. die Reden von Asquith und Sir Ch. Dilke; Hansard „Parliamentary Debates" 4. Serie Bd. 58 Sp. 1320, 1337, 1348 ff.

[11]) „Times" vom 1., 2. u. 4. Dezember 1899.

[12]) „Große Politik" XXIX. Nr. 10791; ferner „Sénat, Débats Parlementaires", insbes. d'Estournelles de Constant 6. Februar 1912 S. 161 Sp. 1 u. 2 und de Lamarzelles 7. Februar 1912 S. 166 Sp. 1.

sobald dieses Kolonialabkommen zur politischen Entente mit militärischen Besprechungen wurde? Die Schuld daran, daß es zur Entente wurde, wird späteren Versuchen Deutschlands zugeschoben, „das Agreement zu erschüttern oder zu zerschlagen" (S. 51). Als sofortige Versuche dieser Art werden die Landung in Tanger und der deutsche Druck auf Frankreich zur Entlassung Delcassés genannt. Beide Schritte geben gewiß Anlaß zur Kritik, aber sie waren nicht gegen das veröffentlichte Agreement gerichtet, sondern gegen dessen geheime Klauseln, über die schon im Herbst 1904 genügend durchgesickert war, um einen deutschen Einspruch zu rechtfertigen, wozu Bebel im Reichstag bemerkte, er wundere sich, daß Deutschland so spät für sein Recht eintrete.[13])

Der russisch-japanische Krieg brachte Grey zum Bewußtsein, wie „hart" Rußland von England behandelt wurde. „Im nahen Osten war Rußland der Zugang zum Mittelmeer versperrt worden, vornehmlich durch Großbritannien unter Lord Beaconsfield. Kürzlich hatte Lord Landsdowne als Außenminister eine Erklärung abgegeben, die einer Warnung gleichkam, nicht an den Persischen Golf zu rühren. Das verriegelte Rußland im mittleren Orient den Zugang zur eisfreien See. Und jetzt war ihm infolge der britisch-japanischen Allianz dieser Ausweg auch im fernen Osten genommen" (S. 54). Das ist eine sehr richtige Erkenntnis. In diesem ständigen Fernhalten eines Hundertmillionenvolkes vom Weltmeere liegt in der Tat die große historische Schuld Englands, liegen die letzten Wurzeln des Weltkrieges.

---

[13]) Erklärung Bebels im Reichstag am 29. März 1905 (Stenographische Berichte 1903—1905 S. 5697 Sp. 1): „Wenn, meine Herren, die Reichsregierung bemüht ist, zu verhüten, daß durch das Abkommen, das zwischen England und Frankreich vor länger als einem Jahre geschlossen wurde und das dahin ging, daß Frankreich, kurz gesagt, die Oberherrschaft in Marokko zuerkannt bekam, und es nach Ablauf von 30 Jahren in der Lage sein sollte, jede handelspolitische Konkurrenz fremder Staaten in Marokko auszuschalten — ich sage, wenn die Reichsregierung versucht, diesem Abkommen, das nach unserer Meinung die Interessen Deutschlands aufs schwerste schädigt, entgegenzuwirken, so werden wir derselben nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sie in diesem Bestreben unterstützen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das eine nur wundert uns bei dieser ganzen Sache: daß jetzt nach mehr als einem Jahre erst der Versuch gemacht wird, den berechtigten Interessen Deutschlands in Marokko nach Möglichkeit Achtung zu verschaffen, während das nach unserer Auffassung sofort hätte geschehen sollen, als das Abkommen der Öffentlichkeit übergeben wurde, als die Reichsregierung, wenn auch nicht auf offiziellem Wege, so doch überhaupt auf einem Wege Kenntnis von diesem Abkommen erlangte."

Es wird interessant sein, zu verfolgen, was Grey an leitender Stelle später denn getan hat, um diese von ihm als hart erkannte Behandlung gutzumachen.

Französisch-englische Entente und Beginn der militärischen Besprechungen.

Als im Dezember 1905 Grey als Leiter des Auswärtigen in das Kabinett Campbell-Bannerman eintrat, war die Konferenz von Algeciras vor der Tür. Am 10. Januar 1906 stellte der französische Botschafter P. Cambon die verhängnisvolle Frage, wie wohl Britannien sich verhalten würde, wenn die Verhandlungen zum Bruch zwischen Deutschland und Frankreich führen sollten. Eine förmliche französisch-englische Allianz sei weder nötig noch zweckmäßig, aber es sei für Frankreich von größter Wichtigkeit, zu wissen, ob Großbritannien im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich bereit sei, diesem bewaffneten Beistand zu leisten. Die Antwort des Staatssekretärs lautete, daß nach seiner persönlichen Ansicht die öffentliche Meinung Englands sehr stark für Frankreich Stellung nehmen werde, zu mehr als Neutralität könne er sich jedoch nicht verpflichten. Cambon erwiderte, daß ein Neutralitätsversprechen ihm „natürlich nicht genüge" und daß er seine Frage nach den englischen Wahlen wiederholen werde. Inzwischen halte er es für zweckmäßig, daß „eine nicht offizielle Verbindung der britischen Admiralität und des britischen Kriegsministeriums mit den französischen Militär- und Marine-Attachés stattfinde, um die Maßregeln zu beraten, die angezeigt sein würden, wenn die beiden Länder im Kriege verbündet wären". Solche Besprechungen, die keine der beiden Regierungen verpflichten, hätten schon stattgefunden und könnten wohl fortgesetzt werden. Grey widersprach nicht (I did not dissent from this view). Sowohl der Premierminister Campbell-Bannerman als auch Lord Ripon, der Führer der liberalen Partei im Oberhaus, erhielten Bericht über diese Unterredung (S. 70/72).

Ein merkwürdiger Vorgang! Der britische Außenminister erfährt einen Monat nach seinem am 11. Dezember 1905 erfolgten Amtsantritt (S. 67) durch den französischen Botschafter, daß britische und französische Militärs einen Gedankenaustausch für den Fall eines gemeinsamen Krieges gegen Deutschland pflegen, und er zeigt sich über diese militaristische Nebenregierung nicht einmal erstaunt. Mitte Januar ist geregelt, daß der französische Militärattaché sich mit dem britischen Kriegsamt direkt (nicht mehr durch Vermittlung des „Times"-Korrespondenten Oberst Repington) ins Benehmen setzen solle, wie dies der französische Marineattaché mit der britischen Admiralität schon bisher getan hatte (S. 74).

Am letzten Januartage wiederholte Cambon die am 10. gestellte Frage. Sir Edward, der inzwischen mit dem Premierminister gesprochen hatte, betonte drei Punkte. In erster Linie sei ein „großer Fortschritt" erzielt. Die Militär- und Marinebehörden ständen in Verbindung mit den Franzosen. Im Falle einer Krise würde trotz des Mangels einer formellen Verpflichtung kein Zeitverlust entstehen. Zweitens würde im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich aus Anlaß des Marokko-Abkommens die öffentliche Meinung in England so stark sein, daß „keine Regierung neutral bleiben könnte". Drittens habe Frankreich jetzt (ohne Bündnis) vollkommen freie Hand und sei der vorbehaltlosen diplomatischen Unterstützung Englands sicher. Wenn hingegen England mehr als diplomatische Unterstützung versprechen würde, so müßte es über die französische Marokkopolitik mit zu Rate gezogen werden und müßte im Bedarfsfalle „der französischen Regierung Konzessionen oder Änderungen ihrer Politik aufdrängen" (S. 76). Damit wird zugegeben, daß Frankreich gerade deshalb, weil ein förmliches Bündnis nicht abgeschlossen und weil zunächst nur diplomatische Unterstützung versprochen wurde, viel größere Freiheit hinsichtlich seines Vorgehens in Marokko erhielt, als bei einem festen Bündnis der Fall gewesen wäre. In dieser Freiheit des Vorgehens, in dieser diplomatischen Blankovollmacht an Frankreich, die durch militärische Besprechungen ergänzt wurde, lag die — von Grey damals nicht erkannte — Gefahr für den Frieden.[14]) Am Tage, nach dem so der Grund zum Kriegsbündnis gelegt war, schrieb Sir Edward seiner Frau: „Ich weiß nicht, ob ich recht getan habe, aber ich handelte ehrlich (honestly)" (S. 79). Richtiger sah Campbell-Bannerman, der befürchtete, daß die militärischen Konversationen eine „Verpflichtung" (obligation) oder zum mindesten ein „Ehrenabkommen" (honourable understanding) schaffen würden (S. 83). Nachträglich stimmt Grey dieser Kritik mit den Worten zu: „Mit mehr Erfahrung würde ich diese Befürchtung seinerzeit geteilt haben". Leider ließ Campbell-Bannerman die Zügel schleifen, leider kommt Greys Erkenntnis zu spät. Kein Wunder, daß am 2. Februar sein Privatsekretär sagen konnte „Cambon scheint zufrieden zu sein" (S. 85). Und Cambon war, wie Grey am 10. Januar berichtet hat, mit einer einfachen Neutralitätserklärung „natürlich nicht zufrieden".

Eine rein innenpolitische Angelegenheit Englands ist die Tatsache, daß alle diese Dinge nur zwischen Premierminister, Foreign

---

[14]) Für nähere Begründung wird auf die Ausführungen von Prof. Mendelssohn Bartholdy in den „Europäischen Gesprächen" Dezember 1925, S. 606 ff. verwiesen.

Office, Kriegsamt und Admiralität behandelt wurden. In diesem Punkt fühlt Grey seine Schuld noch deutlicher: „Heute würde ich sagen, daß ich einen Beschluß des Kabinetts hätte verlangen sollen" (S. 84). Der Nichtengländer ist an dieser Verfassungsfrage nicht interessiert, er darf indessen feststellen, daß, wenn solche Dinge ohne Vorwissen des Parlaments, ja sogar ohne Vorwissen des Gesamtkabinetts verhandelt und beschlossen werden, von „parlamentarischer Regierung" nicht gesprochen werden kann.

Die Konferenz von Algeciras.

In Greys Darstellung ist besonders interessant seine außerordentliche Bestürzung, als während der Konferenz sich Frankreich plötzlich beschwert, daß es von England nicht genügend unterstützt werde (S. 102 ff.). Man ist erstaunt, zu lesen, in welch überschwenglicher Weise die Bundestreue Englands versichert wird. „Herzliches Zusammenarbeiten mit Frankreich in allen Teilen der Welt (!) ist ein Kardinalpunkt der britischen Politik" (S. 105). Hat Deutschland jemals eine solche Versicherung Österreich gegenüber ausgesprochen? Der Engländer aber könnte fragen: Hat Frankreich jemals eine ähnliche Versicherung England gegenüber gegeben?

Daß Deutschland auf der Konferenz in allen wesentlichen Punkten nachgegeben hat, ist bekannt (S. 109). Diese Nachgiebigkeit wurde geübt zu einer Zeit, da Rußland durch die Niederlagen in der Mandschurei und die innere Revolution militärisch völlig gelähmt war, und das britische Expeditionskorps nach dem Zeugnis des Kriegsministers zwei Monate brauchte, um mit nicht mehr als 80 000 Mann operationsbereit auf Frankreichs Boden zu stehen.[15])

Vergebens sucht man in dem vorliegenden Buche nach einer Anerkennung für solche Friedensliebe oder, wenn man lieber will, für solche Scheu vor energischer Vertretung der deutschen Interessen.

Wenige Monate später (Sommer 1906) unternahmen deutsche Bürgermeister und Pressevertreter freundschaftliche Besuche in England, um die Stimmung zwischen beiden Ländern zu bessern. Der französiche Botschafter belügt Grey gröblich [16]), die deutsche Regierung habe in Paris mitteilen lassen, daß eine „entente"

---

[15]) Viscount Haldane „Before the War" S. 32.

[16]) Man muß dieses scharfe Wort von Prof. Mendelssohn Bartholdy gebrauchen, der auch die einschlägigen Dokumente zur Entlarvung der französischen Insinuation beibringt; „Europäische Gespräche", Dezember 1925, S. 614 ff.

zwischen Deutschland und England sich vorbereite (S. 110). In Wirklichkeit hatte der deutsche Botschafter Fürst Radolin dem französischen Außenminister Bourgeois auftragsgemäß nicht von „entente", sondern nur von „détente" gesprochen. Als Grey sich die Aufzeichnung Bourgeois' über die Unterredung mit Radolin vorlegen läßt, stellt sich heraus, daß darin nicht der Ausdruck „entente", sondern das schwächere, freilich auch noch etwas zu weitgehende Wort „rapprochement" gebraucht war (S. 111, Abs. 1). Anstatt nun aber den unzutreffenden Ausdruck Cambons zu rügen, schrieb Grey nach Paris „in Wirklichkeit gäbe es nichts in der Art einer „entente" zwischen den beiden Ländern (Deutschland und England) und es gäbe auch nichts, woraus eine „entente" gemacht werden könnte". Der Staatssekretär verfehlt auch nicht, hinzuzufügen, daß er persönlich die deutschen Pressevertreter nicht gesehen habe. Drei Wochen später, am 31. Juli, redet der deutsche Botschafter Graf Metternich eindringlich auf Grey ein: „Die Politik der Ententen mit Ausschluß Deutschlands, und um ein Gegengewicht in Europa gegen die deutsche Macht zu schaffen, sei unsicher in ihrer Durchführung und gefährlich in ihren Folgen. Ein einfacheres und sichereres Mittel, um das Gleichgewicht und den Frieden in Europa zu sichern, sei die Hereinziehung Deutschlands in das System der Ententen. Solange aber in England die Annäherungsversuche nach der deutschen Seite hin zurückgedrängt würden durch die Furcht, Mißfallen bei den Franzosen zu erregen, scheint es mir, daß hier (in London) die Politik der Schaffung eines Gegengewichts vor der (Politik) der Hereinziehung Deutschlands in den Kreis der Freundschaften den Vorzug finde." Der Staatssekretär antwortet ausweichend, ebenso auf die Frage, ob freundliche Beziehungen zu Deutschland mit Englands Freundschaft zu Frankreich verträglich seien.[17])

Dem Politiker Grey ging eben die Freundschaft mit Frankreich „in allen Teilen der Welt" über alles, sie durfte nicht durch Annäherung an Deutschland getrübt werden. Der Geschichtsschreiber Grey sieht nicht die Lüge des französischen Botschafters, sondern eine nur in der Phantasie existierende deutsche Intrigue.

Die deutschen Freundschaftsbesuche wurden eingestellt, um den französischen und englischen Argwohn zu beruhigen. Von englischer Seite reiste Kriegsminister Haldane im Herbst desselben Jahres (1906) nach Berlin, um Freundschaft für Deutschland zu bekunden und sich im preußischen Kriegsministerium über die

[17]) „Große Politik" Bd. 21 Nr. 7191 S. 445.

„Organisation rascher Mobilmachung“ zu informieren [18]), was mit Vorteil bei der eventuellen „unverbindlichen“ Vorbereitung für den Krieg gegen Deutschland verwertet werden konnte.

(Weitere Artikel folgen.)

Amerikanische Kriegsschuldfragen-diskussion.

I.

Bernadotte E. Schmitt,
Professor der neueren Geschichte an der Universität Chicago.

(Nachdruck aus dem Märzheft 1926 der „Current History“.)

Wir bringen nachstehend die deutsche Übersetzung eines Aufsatzes von Professor Bernadotte E. Schmitt aus dem Märzheft 1926 der New Yorker „Current History“, der eine Entgegnung darstellt auf einen Artikel von Georges Demartial aus dem gleichen Heft, den auch wir im Märzheft „Die Kriegsschuldfrage“ veröffentlicht haben. Zu den Ausführungen von Professor Schmitt ist uns eine Entgegnung von Professor Harry Elmer Barnes zugegangen, die wir gleichzeitig veröffentlichen.

Die Schriftleitung.

Diese Erwiderung erhebt keinen Anspruch darauf, endgültig festzustellen, wen die Verantwortung für den Weltkrieg trifft, noch auch will sie die Einzelheiten dieser Frage untersuchen. Sie will sich nur mit dem auseinandersetzen, was mir die beiden springenden Punkte in Herrn Demartials Darstellung zu sein scheinen, nämlich mit der Behauptung, daß Deutschland nicht allein für den Krieg verantwortlich sei, und mit der Annahme, daß die russische Mobilmachung, die tatsächlich den Krieg beschleunigte, unnötig und ungerechtfertigt gewesen sei. Diese Erwägungen führen ihn zu dem Schluß, „der Gerechtigkeit kann nur Genüge geschehen, wenn eine feierliche Revision des Vertrages von Versailles das Gebäude von Lügen und falschen Behauptungen niederreißt, durch welche die Ententemächte Deutschland beschuldigen, einen Krieg entfesselt zu haben, dessen wahre Urheber sie selbst sind“.

Nun erklärt der Vertrag von Versailles nicht, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei, obwohl die Alliierten und

[18]) Viscount Haldane, loc. cit. S. 23.

Assoziierten Mächte glaubten, daß es diese Verantwortung trüge. In Artikel 227 ist der ehemalige deutsche Kaiser „eines schweren Vergehens gegen das Völkerrecht und die Heiligkeit der Verträge" angeklagt. Das bezieht sich offenbar auf den Einbruch in Belgien.

Artikel 231, dessen Streichung oder Revision Deutschland so unablässig fordert, hat folgenden Wortlaut: „Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Schäden und Verluste verantwortlich ist, die die Alliierten und Assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

Es ist wohl zu beachten, daß dieser Artikel am Beginn des Abschnitt VIII des Versailler Vertrages steht, der von den Reparationen handelt und nur den Grundsatz festlegt, daß Deutschland verpflichtet sei, den Schaden gutzumachen, den es im Kriege angerichtet habe. Diesen Grundsatz hatte Deutschland selbst als eine der Bedingungen des Waffenstillstands vom 11. November 1918 anerkannt, denn in der Lansing-Note vom 5. November wurde festgestellt, daß es die Ansicht der Alliierten und Assoziierten Mächte sei, Deutschland müsse Ersatz leisten für allen, durch seine Angriffe zu Wasser, zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden. Artikel 231 ist also nur die förmliche Bestätigung einer Verpflichtung, die Deutschland auf sich genommen hat, ehe die Friedensverhandlungen begannen.[1]) Das Wort „Angriff", das in beiden Dokumenten gebraucht wird, muß man im Zusammenhang mit der Vorrede des Vertrages verstehen, welche aufzählt, daß der Krieg „seinen Ursprung gehabt habe in der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am 28. Juli 1914, der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland am 1. August 1914 und an Frankreich am 3. August 1914 sowie in dem Einmarsch in Belgien".

Vom juristischen Standpunkt aus gesehen, war Deutschland der Angreifer, denn es bestand kein Kriegszustand, bis Deutschland seine Kriegserklärungen gegen Rußland und Frankreich schleuderte und diese Tatsache ist schwerlich durch Erklärungen aus der Welt zu schaffen. Mögen die Deutschen zu ihrer Verteidigung auch immer wieder anführen, daß militärische Notwendigkeit sie

[1]) Diese Feststellung hat natürlich nichts mit der Streitfrage zu tun, ob die Reparationsverpflichtungen, die Deutschland in dem Vertrag auf sich genommen hat, mit den Bedingungen des Waffenstillstands übereinstimmen.

angesichts der russischen Mobilmachung dazu gezwungen habe, den Krieg zu erklären — es ist klar, daß die diplomatische Lage am 1. August 1914 wohl verzweifelt, aber nicht hoffnungslos war, und daß es Deutschlands erwiesene Handlung war, welche die letzte Möglichkeit einer friedlichen Lösung zerstörte. Man erinnere sich, daß 1870 Frankreich es war, das den Krieg an Preußen erklärte, und das Urteil der meisten Historiker darüber hat von jeher gelautet, daß Frankreichs Handlungsweise nicht zu rechtfertigen war, wie sehr es auch von Bismarck gereizt sein mochte. Vom Standpunkt des internationalen Rechtes aus ist also kein Grund für eine Revision des Artikels 231 gegeben.

Für uns handelt es sich jedoch um die moralische und politische Verantwortung am Kriege. Lesern der „Current History" braucht man nicht zu erzählen, daß diese Frage außerordentlich umstritten ist, und viele von ihnen werden sicher nicht einverstanden sein mit der Schlußfolgerung in Herrn Demartials Artikel, daß Deutschland neuem Nachrichtenmaterial zufolge zum größten Teil, wenn nicht völlig, von den Anschuldigungen gereinigt erscheine, die solange gegen es erhoben wurden. Bis zu einem gewissen Punkte hat Herr Demartial recht. Die Tausende von Dokumenten aus den russischen, österreichischen und deutschen Archiven, auf die er hinweist, haben unsere Begriffe über das, was im Juli 1914 und vor diesem Zeitpunkt geschah, gründlich verändert, so sehr, daß kein ernsthafter Forscher heutzutage mehr Deutschland oder Österreich die alleinige Verantwortlichkeit für den Krieg zuschreibt. Aber diese Dokumente bieten der Interpretation oft ausserordentlich schwierige Probleme. So bestehen, obgleich sie über die Tatsachen scheinbar derselben Ansicht sind, weitgehende Unterschiede in der Auffassung zwischen Herrn Alfred Fabre-Luce und Herrn Pierre Renouvin, die beide von Herrn Demartial zitiert werden. Aber immer stimmt man auch betreffs der Tatsachen nicht überein. Professor Sidney B. Fays Auffassung des Mordes von Sarajewo, wie sie kürzlich in der „Current History" dargetan wurde, wird aller Wahrscheinlichkeit nach in einem im Erscheinen begriffenen Buche Professor R. W. Seton Watsons angegriffen werden, der viel neues Material an Ort und Stelle gesammelt sowie aus anderen Quellen zusammengetragen hat. Wie gefährlich es bei dem augenblicklichen Stand unseres Wissens ist, mit dogmatischer Sicherheit etwas behaupten zu wollen, ist klar ersichtlich aus dem im Januarheft der „Current History" veröffentlichten Protokoll des russischen Ministerrates vom 25. Juli 1914, einem Dokument, welches auch die schärfsten Kritiker russischer Politik zwingen sollte,

einige ihrer Auffassungen zu revidieren.[2]) Und wenn die vollständige Folge der diplomatischen Korrespondenz Großbritanniens im Juli 1914, die sich jetzt im Druck befindet, veröffentlicht sein wird, so mag eine weitere Revision der heute geltenden Meinung nötig werden. Jedenfalls liegt noch ein weiter Weg vor uns, ehe etwas einer Harmonie der Anschauungen zwischen den Streitenden annähernd Ähnliches sich erreichen lassen wird, selbst zwischen vorsichtigen Gelehrten, die imstande sind, sich von nationalen Vorurteilen freizumachen und die strengste Objektivität walten zu lassen.

Der Vorschlag einer internationalen Untersuchung.

Herr Demartial schlägt vor, eine internationale Untersuchung vorzunehmen. Es ist möglich, daß eine Versammlung, bestehend aus Engländern, Franzosen, Deutschen und Russen nebst Vertretern neutraler Völker, zu einer gewissen Übereinstimmung gelangen könnte, wenigstens in bezug auf das, was wirklich geschehen ist. Aber der Versuch, die Verantwortung zu verteilen, würde wahrscheinlich zu einem farblosen Urteil führen, ähnlich dem des Deutschen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der entschied, daß keine Einzelpersönlichkeit, keine Partei oder Gruppe verantwortlich dafür sei, daß Deutschland den Krieg verloren habe. Im Augenblick ist es die wesentlichste Aufgabe der verschiedenen Regierungen, die in Frage kommenden Akten zu veröffentlichen. Die Deutschen tun dies eifrig und systematisch. Die Briten stehen gerade im Begriff damit zu beginnen. Die Sowjetregierung fügt ebenfalls viel Material hinzu aus den Archiven des alten Regimes, aber mehr sprunghaft und zufällig. Österreich hat nach einem ersten Versuch mit der Veröffentlichung aufgehört. Aber wenig ist aus Frankreich und nichts aus Italien gekommen. Wenn eine internationale Untersuchung diese Mächte zwingen würde, ihre Archive zu öffnen, dann freilich sollte sie so rasch wie möglich beginnen. Nur wenn alle Beweise zur Hand sind, können die Gelehrten — und sicherlich ist dies eher ein Problem für Gelehrte als für Politiker — hoffen, zu Schlüssen zu gelangen, die die Aussicht haben, allgemein als richtig anerkannt zu werden.

Die wichtigsten Tatsachen der europäischen Situation im Juli 1914 scheinen nach dem, was wir bis jetzt darüber wissen,

---

[2]) *Vergl. den Aufsatz von Gunther Frantz: „Sasonow und die russische Mobilmachung 1914", Aprilheft „Die Kriegsschuldfrage". (Anmerkung der Schriftleitung.)*

folgende gewesen zu sein:[3]) Die sechs Großmächte zerfielen in zwei miteinander rivalisierende Gruppen, den Dreibund und die Triple-Entente. Die Mitglieder des Dreibundes waren verpflichtet, einander zu helfen, falls eines von ihnen angegriffen würde.[4]) Dieselbe Verpflichtung bestand zwischen Frankreich und Rußland, und England hatte „mündliche Zusicherungen" gegeben oder „es als Ehrenpflicht auf sich genommen", Frankreich beizustehen, wenn es das Opfer eines unprovozierten deutschen Angriffs würde. Diese politischen Abkommen wurden verstärkt durch Militär- und Marinekonventionen (oder weniger formelle Abmachungen), welche in mehr oder minder detaillierter Form festsetzten, wo und bis zu welchem Umfange die versprochene Hilfe geleistet werden sollte. So mußte ein feindseliger Akt einer der Mächte fast unvermeidlich ganz Europa in Flammen setzen.

Wer war für diese Lage der Dinge verantwortlich? Alle! Die ersten Schritte tat Deutschland, als es 1879 ein Bündnis mit Österreich schloß und 1882 Italien noch in diese Verbindung hineinzog, so daß man das französisch-russische Bündnis von 1891—1894 und den späteren Anschluß Großbritanniens an dieses Bündnis mit Recht als Gegenmaßnahmen gegen Deutschlands Vorgehen betrachten darf. Aber im Laufe der Jahre festigten sich die Bande, die jede der beiden Gruppen untereinander verknüpften; Abmachungen wurden getroffen, die über die ursprünglichen, rein defensiven Zwecke hinausgingen, und die Neigung der beiden Mächteverbindungen, bei jedem Zwischenfall in der internationalen Politik eine einander entgegengesetzte Haltung einzunehmen, wuchs. Im Juli 1914 waren die Grenzen schärfer als je vorher gezogen worden. Am Vorabend von Sarajewo standen sich die rivalisierenden Gruppen Auge in Auge gegenüber.

Außerdem war jede Macht bis an die Zähne bewaffnet. Auch in diesem Punkte fällt die erste Verantwortung Deutschland zu, denn dieses hat zuerst die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Andererseits war es Großbritannien, das im Flottenbau das Tempo angab. Aber der Versuch, ein Land verantwortlich dafür zu machen, daß für die Dauer einer Generation die Rüstungen sich immer mehr steigerten, erscheint dem Verfasser belanglos, denn eine sorgfältige Untersuchung wird zeigen, daß jede Regierung ein so großes Heer

[3]) Wer sich eingehender mit der Vorkriegslage vertraut machen will, vergl. den Artikel: „Dreibund und Triple-Entente 1902—1914" in der Zeitschrift „American Historical Review" vom April 1924.

[4]) Nur brauchte Italien Österreich nicht beizustehen, wenn es von Rußland allein angegriffen würde und Österreich war nicht verpflichtet, Deutschland gegen einen französischen Angriff zu Hilfe zu kommen.

schuf und eine so mächtige Flotte baute, wie ihr Volk gutzuheißen und zu bezahlen sich überreden ließ. Rüstungen wie Bündnisse waren gleicherweise das Resultat der allgemeinen europäischen Lage, wie wir sie gerade beschrieben haben. Im Jahre 1914 hielten sich die Streitkräfte der beiden Gruppen ungefähr die Wage, ebenso wie eine Art von politischem Gleichgewicht vorhanden war — ein unsicheres Gleichgewicht zwar, aber doch genügend, um den Frieden in Europa zu bewahren, wenn es erhalten werden konnte.

Die Schwierigkeit lag aber darin, daß die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts auf der Aufrechterhaltung des status quo beruhte und daß es immer schwieriger, ja vielleicht unmöglich wurde, diesen status quo zu erhalten. Die territorialen Verhältnisse des Kontinents, besonders Ost- und Südosteuropas, waren ohne Rücksicht auf das Nationalitätenprinzip geregelt worden, und dieses Prinzip, das der französischen Revolution entstammt und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Stärke und Bedeutung zugenommen hatte, war im zwanzigsten Jahrhundert in seinem Programm und in seinen Formen revolutionärer geworden. Es war bekannt, daß die Grenzen auf dem Balkan unsicher und ungerecht waren, sowohl nach den Kriegen von 1912/13 als vor diesen. So gut wußte man dies, daß der Dreibund Vorkehrungen traf, um endgültig die Ziele Österreichs und Italiens in diesen Gegenden zu verwirklichen. Noch ernsthafter war die Lage in Österreich selbst, wo Millionen Menschen leidenschaftlich und zuweilen gewaltsam gegen ein politisches System protestierten, das die Wünsche der verschiedenen Völkerschaften nicht beachtete und nur dynastischen Interessen und dem Vorteile privilegierter Rassen diente. Die Spannung war in der Tat so groß geworden, daß eine Explosion nur noch eine Frage der Zeit schien, und in das französisch-russische Bündnis waren Bestimmungen aufgenommen worden, die für solche Möglichkeit Vorsorge trafen. Auf diesen Tag der Verschiebung der bestehenden Verhältnisse vorbereitet zu sein, war der eigentliche Zweck dieser verwickelten Bündnisse und sich steigernden Rüstungen, die die Spaltung Europas bezeichneten.

Der Schlüssel zu dieser Situation lag unstreitig in dem vielsprachigen Staatswesen Österreich-Ungarns. Es war natürlich, daß seine Herrscher der umstürzlerischen nationalistischen Agitation entgegenarbeiteten, die, wenn sie nicht eingeschränkt wurde, schließlich zur Zerstörung des Staates selbst führen mußte. Aber anstatt die notwendigen Reformen zu gewähren, waren sie nur darauf bedacht, die Unzufriedenheit gewaltsam zu unterdrücken und Ansehen zu gewinnen durch eine gewagte und zeitweise heraus-

fordernde äußere Politik. Während sie sich im Innern in der Verteidigung befanden, erweckte ihr Benehmen nach außen hin den Verdacht, daß sie weitreichende Pläne verfolgten, die den leichtzerbrechlichen status quo erschüttern mußten. Um diese wirklich bestehenden oder eingebildeten Pläne zu durchkreuzen und gleichzeitig ihre eigenen Ziele zu verwirklichen, ermutigte und unterstützte die russische Regierung die auswärtigen Feinde Österreichs wie auch dessen unzufriedene Völkerschaften im Innern. Daß Rußland tatsächlich einen Krieg gegen Österreich geplant habe, ist nicht bewiesen. Es ist wahrscheinlicher, daß es darauf wartete, daß dieses veraltete Staatswesen infolge seiner eigenen Morschheit zusammenbrechen würde. Aber Rußlands Politik war insofern aggressiv, als es diesen Auflösungsprozeß förderte und beschleunigte.

Der Kampf der beiden verbündeten Gruppen.

In diesem gewaltigen Zweikampf wurde jeder der beiden Vorkämpfer nach Kräften von seinen Verbündeten unterstützt. Das Fortbestehen Österreichs und die Ausdehnung des österreichischen Einflusses auf dem Balkan waren von wesentlicher Bedeutung für den Erfolg von Deutschlands eigenen Plänen in der Türkei. Obgleich man in Berlin mit der Art, wie die Wiener Politik durchgeführt wurde, nicht immer ganz einverstanden war, versagte man doch seine Unterstützung nicht. Aber eine Beherrschung des Nahen Ostens durch Österreich und Deutschland drohte das europäische Gleichgewicht zu zerstören, deshalb unterstützte Frankreich Rußland ebenso unentwegt und ohne Zögern, wie Deutschland seinem Verbündeten zur Seite stand. In beiden Lagern scheint die Überzeugung Wurzel gefaßt zu haben, daß die Entscheidung eines Tages im Kampfe fallen müßte; daher die fieberhaften Kriegsvorbereitungen, die den letzten Jahren vor 1914 ihr Gepräge gaben. Die Frage, ob irgendeine Macht einen europäischen Krieg wünschte, ist gerade der Punkt, an dem die Auslegungen des zur Verfügung stehenden Beweismaterials am weitesten auseinandergehen, wie man leicht erkennen kann, wenn man vergleicht, was M. Renouvin und Professor Barnes über diese Angelegenheit zu sagen haben. Klar ist jedoch, daß Österreich und Deutschland auf der einen Seite und Frankreich und Rußland auf der anderen gleicherweise entschlossen waren, es eher auf einen Krieg ankommen zu lassen, als dem Gegner irgendeinen augenfälligen diplomatischen Erfolg zu gönnen, der gegen sie ins Gewicht fallen mußte.

Infolge der unglückseligen Schicksalswendung wurde die Entscheidung zwischen den beiden Mächtegruppen beschleunigt durch

die serbische Frage, eine Frage, die den europäischen Kabinetten sechs Jahre schwer zu schaffen gemacht hatte, und sie in weniger akuter Form schon seit dem Berliner Kongreß beschäftigt hatte. Die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich im Jahre 1878 war gegen den Willen der Einwohner vollzogen worden, die sich mit den ihnen stammverwandten Serben zu vereinigen wünschten, und ungeachtet des bewaffneten Widerstandes der Bevölkerung. Diese Tatsachen gaben den Serben sicherlich einen gewissen moralischen, wenn auch natürlich keinen juristischen Anspruch auf diese Provinzen. Schließlich nahmen sie ihre Zuflucht zu den alten Hilfsmitteln der Schwachen, Propaganda und Intrigue, wodurch sie die Stellung Österreichs unterminieren wollten, was sie auch erreichten. Die österreichische Regierung suchte nun ihrerseits das politische und wirtschaftliche Leben Serbiens unter ihren Einfluß zu bringen, bald durch Bestechung, bald durch Betrug oder Gewalt.[5])

Seinen Höhepunkt erreichte dieses gespannte Verhältnis zwischen den beiden Mächten im Juni 1914 durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand.

Seitdem es bekanntgeworden ist, daß hohe serbische Beamte um die Verschwörung wußten, die zu diesem Verbrechen führte, und vielleicht mit seiner Ausführung einverstanden waren, haben viele daraus den Schluß gezogen, daß Österreich im Recht gewesen sei, wenn es in seinem berühmten Ultimatum Forderungen aufstellte, deren Annahme Serbien aller Macht beraubt haben würde. Sicherlich ist das Verbrechen von Sarajewo nicht zu entschuldigen, aber man sollte sich doch erinnern, daß 1. im Jahre 1903 Österreich genau Bescheid wußte über den Mordanschlag gegen König Alexander von Serbien, der den Serben so viel Tadel eingetragen hat, und das Opfer dieses Anschlages nicht warnte; daß ferner der Anschlag von Sarajewo in Bosnien ausgebrütet und von Bosniaken ausgeführt wurde als Antwort auf die hemmende und bedrückende Politik Österreich-Ungarns gegen die Südslawen inner-

---

[5]) Bestechung: Das Geheimbündnis Österreich-Ungarns mit dem König von Serbien 1881—1895, in welchem das erstere versprach, Serbien bei der Erwerbung Mazedoniens behilflich zu sein, wenn dieses dafür die Agitation in Bosnien und der Herzegowina aufgäbe. Der König sagte, daß sich außer ihm kein Mensch im Lande gefunden haben würde, der ein solches Dokument unterzeichnet hätte. Betrug: Verwendung gefälschter Akten im Jahre 1909, um Serbien zu beschuldigen, und im Jahre 1912 die Zusammenbrauung einer erfundenen Geschichte von serbischer Gewalttätigkeit gegen einen österreichischen Konsul. Gewalt: Kriegsdrohungen in den Jahren 1909, 1912 und 1913

halb und außerhalb der Habsburgischen Monarchie. Während vorauszusehen war, daß Österreich zu drastischen Mitteln greifen würde, um seine territoriale Integrität zu verteidigen, muß andererseits gesagt werden, daß keine Aussicht darauf bestand, daß unter dem starren österreichisch-ungarischen Regierungssystem den Südslawen Gerechtigkeit widerfahren würde. Wenn eine Reform von innen heraus unmöglich war, dann blieb die Revolution von außen her die einzige Rettung eines verzweifelten Volkes. Kurzum, es bestand eine bemerkenswerte Ähnlichkeit zwischen der Lage Serbiens und der Sardiniens, sechzig Jahre früher, als Cavour mit ungefähr denselben Methoden die Herrschaft Österreichs in Norditalien zu brechen suchte, welche Pasitsch und die Serben in Bosnien anwandten — und die Nachwelt hat entschieden, daß Italiens Sache gerecht gewesen sei.

Was nun die europäische Seite dieses Problems anlangt, so kann man sagen, daß eine Gefährdung Österreichs durch die serbischen Bestrebungen mehr im Bereiche der Möglichkeit als der Wirklichkeit lag. Die serbische Armee wartete nicht darauf, in Bosnien einzufallen, noch gab die Ermordung des Erzherzogs das Zeichen zu einer revolutionären Erhebung. Das Vorgehen Österreichs aber, wie sehr man es auch immer als eine Vorbeugungsmaßregel hinstellen möchte, die im Hinblick auf die zukünftige Sicherheit notwendig sei, mußte eine sofortige Verschiebung der Verhältnisse mit sich bringen. Denn es faßte ins Auge 1. eine Schmälerung der serbischen Souveränität dadurch, daß österreichische Beamte sich an der Tätigkeit der Regierung beteiligen sollten; 2. die Zahlung einer Entschädigung, selbst wenn Serbien das Ultimatum in toto angenommen hätte; und 3. „Die Isolierung und Verkleinerung Serbiens", wie Franz Joseph Wilhelm II. versicherte — das heißt, daß man Bulgarien und Albanien serbisches Gebiet zusprechen wollte. Serbien wäre sicherlich ein ohnmächtiger Vasallenstaat Österreichs geworden, wie das letztere es wünschte, wenn nicht Rußland dem kleinen Staate zu Hilfe gekommen wäre, und hiermit kommen wir zu dem Angelpunkt der ganzen Frage nach der unmittelbaren Verantwortlichkeit für den Krieg.

Rußlands Eingreifen.

Vom juristischen Standpunkt aus betrachtet, hatte Rußland kein Recht, sich einzumischen. Die diplomatische Praxis eines Jahrhunderts hatte die Regel gutgeheißen, daß Balkanangelegenheiten von allen Großmächten gemeinsam geordnet würden. Aber dies war ein besonderer Fall, denn Österreich behauptete, daß nichts

Geringeres als seine Existenz auf dem Spiele steht und seine Forderungen bedrohten die territoriale Integrität Rußlands nicht. Die Rechtfertigung Rußlands liegt auf dem Gebiet der hohen Politik, in der Notwendigkeit, das Gleichgewicht in Europa aufrecht zu erhalten. In dem Augenblick, als die Krisis ausbrach, schien Deutschland die Oberhand gewonnen zu haben in dem langen Kampfe um den Einfluß in der Türkei. Ein deutscher General hatte den eigentlichen Oberbefehl über die türkische Armee, und so freundlich war die türkische Regierung Deutschland gesonnen, daß sie am 1. August 1914 ein Bündnis mit Deutschland schloß. Seit einigen Monaten hatten die Türkei und Bulgarien miteinander über ein Bündnis verhandelt, und Bulgarien, solange der Schützling Rußlands, hatte sich von seinem Beschützer abgewandt und lieber in Berlin und Wien eine Anleihe abgeschlossen, als in Paris. Wenn Serbien unter Österreichs Einfluß gebracht werden konnte, dann wäre das letzte Glied in der Kette, die Berlin und Bagdad verbinden sollte, geschmiedet gewesen.[6]) Um eine solche diplomatische Beherrschung des nahen Ostens durch Österreich und Deutschland zu verhindern, mußte Rußland in seinem eigenen Interesse und getreu der geschichtlichen Überlieferung eingreifen.

Tatsächlich rechneten, wie ihre eigenen Dokumente endgültig beweisen, sowohl Österreich wie Deutschland mit einem Eingreifen Rußlands. Aber sie glaubten, daß Rußland sich auf diplomatischen Protest beschränken und den Worten keine Tat folgen lassen würde. Warum sie das gemeint haben, bleibt — trotz gewisser Gründe, die man dafür angeführt hat, das größte Rätsel der Krisis von 1914, aber sie scheinen tatsächlich überrascht worden zu sein, als Rußland militärische Maßnahmen zu treffen begann, nachdem seine Proteste unbeachtet geblieben waren. Deutschland war in der Tat so sehr überrascht, daß es der neuen Lage politisch völlig unvorbereitet gegenüberstand und ihm als einziger Gegenzug das Veto gegen die russische Mobilmachung einfiel. Insofern diese Mobilmachung der unmittelbare Anlaß des europäischen Krieges war, müssen wir fragen, ob sie gerechtfertigt war. Der Standpunkt, den Deutschland im Jahre 1914 einnahm, und an dem es seither festgehalten hat, ist der, daß Deutschland vom militärischen Ge-

[6]) Billigkeitshalber mag erwähnt werden, daß Deutschland und Österreich durch die Annäherung Rumäniens an Rußland im Juni 1914 in große Besorgnis versetzt wurden. Sie fürchteten, daß Rumänien, Serbien und Montenegro einen Keil bilden würden unter russischem Einfluß, der sich zwischen sie und Bulgarien und die Türkei schieben würde. Dies zeigt, wie wichtig die Stellung Serbiens auf dem europäischen Schachbrett geworden war.

sichtspunkt aus die russische Mobilmachung nicht zulassen konnte, vorausgesetzt, daß „Mobilisation Krieg bedeutete", und wenn es Krieg bedeutete, konnte Deutschland nicht warten, bis Rußland in Ruhe zu mobilisieren begann, daß die Mobilmachung den Krieg unvermeidlich machen würde; wenn, trotz dieser Warnung, Rußland sich zur Mobilmachung entschloß, so muß die Verantwortung für den Krieg ihm zur Last gelegt werden. Selbst das französische und das britische Auswärtige Amt scheinen als selbstverständlich angenommen zu haben, daß die russische Mobilmachung den Krieg bedeuten würde, und die Deutschen haben die Tatsache sehr ausgebeutet, daß weder Paris noch London, obwohl man dort die Gefahr kommen sah, Rußland den Rat erteilt haben, die Mobilmachung zu unterlassen.

Aber hat nicht im Grunde Deutschland den Russen zu verstehen gegeben: „Ihr dürft eure militärische Macht nicht zu einer Bedrohung Österreichs benutzen, aber wir werden unsere militärische Macht benutzen, um euch damit zu drohen?" Natürlich behaupteten die Deutschen, daß Rußland sich nicht in einen Streit einmischen dürfte, der, wie sie versicherten, nur Österreich und Serbien etwas anginge, und ihr Plan war, Rußland so einzuschüchtern, daß es nachgäbe. Wenn sich Rußland nicht bluffen ließ, so mußte man eben der russischen Regierung das Recht absprechen, innerhalb ihres eigenen Gebiets über ihre Truppen so zu verfügen, wie sie es für richtig hielt. Vom streng militärischen Gesichtspunkt aus war dieses Argument verständlich und stichhaltig, aber politisch war es ein unmöglicher Widersinn. Keine Regierung, die etwas auf sich hielt, konnte sich eine solche Unverschämtheit (insolence) gefallen lassen, und am wenigsten eine Regierung, die zweimal zurückgewichen war, als man einen Druck auf sie ausübte, die aber im Jahre 1914 auf die Stärke ihres Heeres vertraute. Tatsächlich hat Rußland erst dann mobilisiert, als Österreich den Krieg an Serbien erklärt hatte. Aber als die österreichische Regierung sah, daß Rußland es ernst meinte, erklärte sie sich bereit, über den Inhalt des Ultimatums an Serbien zu unterhandeln, und das war alles, was Rußland vom Beginn der Krisis an verlangt hatte. Vom russischen Standpunkt aus hatte die Mobilmachung ihren Zweck erreicht. Wenn man sie gerecht beurteilen will, so wird man sagen, daß sie verfrüht war. Rußland hätte wohl Österreich vorher wissen lassen können, daß die Mobilmachung erfolgen würde, wenn Österreich sich nicht auf Verhandlungen einlassen wollte; ein solcher Schritt hätte möglicherweise dieselbe Wirkung haben können, wie die Mobilmachung.

Die letzte Aussicht auf Erhaltung des Friedens.

Niemand kann sagen, ob österreichisch-russische Besprechungen zu einer friedlichen Beilegung der Angelegenheit geführt hätten, denn die Österreicher wollten vor allem Zeit gewinnen; aber sie stellten die letzte Möglichkeit dar, den Frieden zu erhalten, und diese wurde zerstört durch den festen Entschluß des deutschen Generalstabs, Vorsprung vor den Feinden zu gewinnen. Zweifellos haben diese Herren ehrlich geglaubt, daß die russischen Armeen, wenn sie einmal mobilisiert waren, notwendig, unvermeidlich und automatisch zum Angriff auf Deutschland vorgehen würden, denn das entsprach ihrer eigenen Lehre; aber diese Annahme ist nicht erwiesen worden. Die russische Regierung hat immer versichert, daß sie bis zum letzten Augenblick bereit gewesen sei, zu verhandeln, und ohne Zweifel war das aufrichtig gemeint, denn jeder Tag, den sie für die Mobilmachung gewann, verstärkte ihre Stellung bei den Verhandlungen. Zuletzt hätte sie dann Österreich ihre Forderungen aufzwingen können, ohne erst Krieg führen zu müssen. Mit anderen Worten: Deutschland hätte den Krieg vermeiden können — um den Preis einer schweren diplomatischen Niederlage, die die Balkanhalbinsel an Rußland ausgeliefert und die direkte Verbindung mit der Türkei zerstört hätte. Daß es in diese mißliche Lage geriet, hat Deutschland nur sich selbst zuzuschreiben, denn der Ursprung dieser Situation — eine Situation, die den Kaiser und seine Regierung entsetzte, als sie sie begriffen, läßt sich zurückverfolgen bis auf den 5. Juli. Das ist der Tag, an dem sie zufolge einer hoffnungslos fehlerhaften Analyse der Weltlage, Österreich die „Blankovollmacht" erteilten, ohne welche es niemals sein Ultimatum losgelassen haben würde. Aber wenn Österreich besonnener vorgegangen wäre, so hätte gar keine russische Mobilmachung stattzufinden brauchen. Wenn diese Mobilmachung den Krieg hervorrief, so war daran in nicht geringem Maße Deutschland schuld, wogegen es einwenden kann, daß es, als es merkte, was es angerichtet hatte, versucht habe, einen Ausweg zu finden. Dazu war es aber zu spät, wenn es nicht seinen halsstarrigen Bundesgenossen im Stich lassen wollte.

Die russische Mobilmachung „war in nicht geringem Grade Deutschland zur Last zu legen". Es besteht kein Zweifel mehr daran, daß Rußland nicht so energisch vorgegangen wäre und seine Mobilmachung ungeachtet der deutschen Warnungen fortgesetzt haben würde, wenn es nicht der Unterstützung Frankreichs völlig sicher gewesen wäre. Wenn wir deshalb Deutschland verurteilen, weil es Österreich zu stark unterstützt habe, so müssen

wir andererseits auch zugeben, daß Frankreich Rußland einen ebenso starken Rückhalt gewährte und dies noch dazu, wie so viele behauptet haben, ohne daß es in dem Maße direkt interessiert gewesen wäre wie Deutschland an der Erhaltung Österreichs. Das ist teilweise wahr. Frankreich hatte aber, wie die Dinge damals in Europa lagen, ein sehr beträchtliches Interesse daran, jene Störung des Gleichgewichts zu verhindern, die aus der Verwirklichung des österreichisch-deutschen Programms erwachsen wäre. Und da es nun einmal in das Alliance-System verwickelt war, mußte Frankreich Rußland unterstützen, wie Deutschland Österreich unterstützte, oder es hätte isoliert dagestanden. Man hat es Frankreich auch zum Vorwurf gemacht, daß es abgelehnt habe, einen Druck auf Rußland auszuüben, um die Mobilmachung des letzteren zu verhindern, und dieser Vorwurf ist berechtigt und wiegt schwerer.

Aber während Deutschland sich ablehnend verhielt, nahm Frankreich den Vorschlag an, der, wenn man alle Umstände in Betracht zieht, die meiste Aussicht auf Erhaltung des Friedens bot, nämlich Sir Edward Grey's Anregung einer Konferenz in London. Und dieser Vorschlag hatte den gewaltigen Vorzug, daß er erfolgt war, bevor die diplomatische Lage durch militärische Maßnahmen überholt worden war.

Verteilung der Schuld.

Aus dem Gesagten scheint hervorzugehen, daß die unmittelbare Verantwortung für die Katastrophe sich nach vielen Seiten hin verteilt. Keine Macht kann als einzige schuldig gesprochen werden; keine kann vollständig entlastet werden. Das Betragen Serbiens verdiente eine gewisse Bestrafung, wie allgemein anerkannt wurde. Aber Österreich schlug bewußt eine Politik ein, die auf Rußlands Widerstand stoßen mußte. Rußland kann man die verfrühte Mobilmachung vorwerfen. Deutschland wartete zu lange, bevor es versuchte, den Verbündeten zurückzuhalten, den es so leichtsinnig ermutigt hatte. Frankreich weigerte sich, einen Druck auf Rußland auszuüben. Selbst Großbritannien machte es dadurch, daß es nicht gewillt oder nicht imstande war, seine Stellungnahme klarzulegen, möglich, daß die Kriegsparteien in allen Hauptstädten auf seine Unterstützung oder auf seine Neutralität rechneten. Man hat verschiedene Versuche gemacht, gewissermaßen eine Statistik darüber aufzustellen, wie sich die Schuld auf die einzelnen Beteiligten verteile. Nicht zwei von ihnen führten zu dem gleichen Ergebnis. Die vernünftigste Erläuterung, die bis jetzt gegeben

wurde, ist vielleicht der Ausspruch des ausgezeichneten englischen Historikers Dr. G. P. Gooch: „Obgleich das Verhalten jeder der kriegführenden Mächte ihren Gegnern teuflisch erschien, war es doch in jedem Fall genau das, was man hätte erwarten können".[6]) Jede Macht dachte in erster Linie daran, ihre eigenen Interessen zu verteidigen, so wie sie diese auffaßte, und erst in zweiter Linie an den Frieden Europas.[7]) Wie die Dinge 1914 lagen, fühlte jeder, daß die Zukunft für lange Zeiten auf dem Spiele stand, und daß der Krieg einem Zurückweichen vorzuziehen sei. Die Tätigkeit der militärischen Stellen erschwerte unzweifelhaft eine friedliche Lösung und machte sie schließlich unmöglich, aber selbst wenn die Diplomaten ein Kompromiß hätten zusammenflicken können, wäre doch die grundlegende Streitfrage immer noch ungelöst geblieben, nämlich der Kampf zwischen der ansteigenden Flut des Nationalismus, der sowohl in seinen Zielen wie in seinen Methoden wesentlich revolutionär ist, und den konservativen Kräften, die bestehende Grenzen und Einrichtungen zu erhalten strebten. Der Historiker wird zögern, ein Volk, das um seine Freiheit ringt, oder eine Regierung, die sich zu behaupten sucht, verbrecherischer Absichten zu überführen, aber er wird, wie es eine Beschäftigung mit dem 19. Jahrhundert nahelegt, den Schluß ziehen, daß der Kampf zwischen zwei solchen miteinander in Widerstreit liegenden Ideen nur durch den Krieg entschieden werden konnte.

Theoretisch betrachtet hätte der österreichisch-serbische Streit zwischen den beiden Beteiligten allein erledigt werden können. Aber das System der Bündnisse und der Rüstungswettstreit machten den Ausgang zu einer Frage von europäischer Bedeutung, und was im Juli 1914 geschah, tat in überzeugender Weise dar, was für einen geringen Wert sowohl Bündnisse wie Rüstungen für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens besaßen. In jener Zeit scheint nur ein Staatsmann in Europa die Lehre begriffen zu haben — Sir Ed. Grey. Er telegraphierte am 30. Juli 1914 nach Berlin:

„Und ich möchte dies sagen: Wenn der Friede Europas erhalten und die europäische Krisis glücklich überwunden werden kann, so

---

[6]) „Geschichte des modernen Europa" (1923) S. 554.

[7]) Dies ist eine zu scharfe Verurteilung der britischen Politik. Sir Edward Grey erschöpfte seinen Geist in der Erfindung von Friedensvorschlägen. Als letzter dieser Vorschläge möge sein Anerbieten vom 31. Juli erwähnt werden, Frankreich und Rußland sich selbst zu überlassen, wenn Deutschland ernsthafte Friedensvorschläge machen würde.

werde ich meinerseits mich bemühen, ein Übereinkommen zustande zu bringen, an dem Deutschland sich beteiligen könnte und wodurch es die Sicherheit erlangen würde, daß weder durch Frankreich noch durch Rußland noch durch uns, gemeinsam oder in gesondertem Vorgehen, eine aggressive oder feindselige Politik gegen es selbst oder seine Verbündeten verfolgt werden würde.

— — Der Gedanke war bis jetzt zu utopisch, um ihn zum Gegenstand bestimmter Vorschläge zu machen, aber wenn die augenblickliche Krisis, die so viel schwerer ist als irgendeine, die Europa seit Generationen durchgemacht hat, glücklich überstanden wäre, dann hege ich die Hoffnung, daß das Gefühl der Erleichterung und die Nachwirkung, die dann einsetzen würde, eine entschiedenere Wiederannäherung der Mächte ermöglichen würde, als das bisher denkbar war."

Sir Edward Grey war der „geistige Vater" der Verträge von Locarno. Hoffen wir, daß der „Geist von Locarno" eine „entschiedenere Annäherung der Mächte" in der Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg von 1914 möglich machen werde.

II.

Harry Elmer Barnes.

Professor Bernadotte Schmitts Aufsatz gibt einen ausgezeichneten Begriff von derjenigen Auffassung des revisionistischen Standpunktes, wie er sich in den Vereinigten Staaten entwickelt hat, die man als die übermäßig konservative oder übervorsichtige bezeichnen könnte. Vieles in diesem Aufsatz, der von einem ausgezeichneten Kenner der diplomatischen Geschichte verfaßt ist, ist äußerst scharfsinnig, besonders das, was sich auf das Bestehen der Gegenbündnisse und den diplomatischen Hintergrund des Kampfes bezieht. Aber der Artikel enthält verschiedene wirklich erstaunliche Behauptungen, und diesen wollen wir einige Abschnitte widmen, bevor wir die vorgeschrittenere revisionistische Auffassung klarlegen, wie sie der Verfasser dieser Erwiderung herausgearbeitet hat.

1. Professor Bernadotte Schmitt behauptet, daß die diplomatische Lage am 1. August nicht hoffnungslos gewesen sei, und daß es „Deutschlands offenes Vorgehen gewesen sei, das eine diplomatische Lösung unmöglich gemacht habe." Professor Schmitt ist sich der Tatsache voll bewußt, daß die russische Mobilmachung am Nachmittag des 30. Juli angeordnet wurde; er weiß, daß die französisch-russische Militärkonvention von 1892 Mobilmachung und

Krieg gleichsetzte, und daß der französische, russische und britische Generalstab seit Jahren auf Grund dieser Voraussetzung operiert hatten. Er hat auch aus der Abhandlung Dobrorolskis ersehen, daß sich die Russen am 30. Juli völlig klar darüber gewesen waren, daß sie unwiderruflich einen europäischen Krieg herbeigeführt hatten: „Wenn diese (die russische Mobilmachung) einmal angeordnet ist, so gibt es kein Zurück. Dieser Schritt bestimmt automatisch den Beginn des Krieges. Die Sache hatte nun unwiderruflich ihren Anfang genommen. Der Befehl war in allen größeren Städten unseres riesigen Reiches bekannt. Keine Änderung war mehr möglich. Das Vorspiel des großen historischen Dramas hatte begonnen."

Diese Worte Dobrorolskis beweisen, daß keine Möglichkeit mehr bestand, auf diplomatischem Wege einen russisch-deutschen Zusammenstoß abzuwenden, obwohl die Angelegenheit natürlich hätte lokalisiert werden können, wenn Frankreich und England sich nicht eingemischt hätten.

2. Professor Schmitt führt seine Leser sicherlich irre, wenn er zu zeigen versucht, daß sich Frankreich, als es 1870 den Krieg erklärte, in gleicher Lage befunden habe wie Deutschland, als dieses 1914 den Krieg erklärte. Frankreich hatte im Jahre 1870 nur eine zweifelhafte und unbedeutende Beleidigung durch Worte erfahren, die es selbst verschuldet, wenn nicht absichtlich herausgefordert hatte. Deutschland aber war 1914 unmittelbar an seiner Grenze bedroht durch die gewaltigen, bewaffneten Massen des barbarischen Rußland, und es war seit einer Generation von den Sachverständigen der Entente zugegeben worden, daß Deutschland in solcher Lage nur die schleunige Kriegserklärung übrig bliebe.

3. Wenn Seton Watson irgendwelches Material haben sollte, womit er Professor Fay widerlegen könnte, so hat er es jedenfalls in seiner kürzlich erschienenen ausführlichen Kritik von Miß Durhams Buch über „das Verbrechen von Sarajewo" nicht ausgeführt. Er hat nicht einmal versucht, eine einzige wichtigere These Fays oder Miß Durhams zu widerlegen.

4. Wie ich in einem Leitartikel in der „New York Nation" vom 27. Januar 1926 sagte, belastet das Protokoll des russischen Ministerrats vom 24. Juli 1914 Rußland noch mehr, anstatt zu seiner Rechtfertigung zu dienen, wie Professor Bernadotte Schmitt meint. Er beweist, daß Rußland einen Tag früher, als wir bisher angenommen hatten, mit der Mobilmachung begann und sein Geld schon am 24. Juli aus Deutschland und Österreich zurückzog.

5. Professor Bernadotte Schmitt nimmt an, daß Serbien sich zufrieden gegeben haben würde, wenn in Österreich Reformen durchgeführt worden wären, die das Los der österreichischen Serben gebessert und diese befriedigt hätten. Er vergißt augenscheinlich, daß es gerade die Befürchtung war, Franz Ferdinand möchte solche Reformen einführen, die den Mordanschlag zustandekommen ließ. Serbien fürchtete mehr als alles andere eine österreichische Politik, die den Anfängen des groß-serbischen Programms den Wind hätte aus den Segeln nehmen können.*)

6. Es wird schwer sein, gegenüber der Beleuchtung, die diese Angelegenheit in Miß Durhams Buch und in Boghitschevitschs letzten, in der „Kriegsschuldfrage" veröffentlichten Abhandlung erfahren hat, die Behauptung aufrechtzuerhalten, daß der Mordanschlag ausschließlich in Bosnien ausgebrütet worden sei.

7. Niemand kann auch nur eine Minute lang glauben, daß eine serbische Untersuchung der Mordverschwörung den geringsten Zweck gehabt hätte, wenn Österreich nicht daran beteiligt gewesen wäre, ganz gleichgültig, ob dadurch die serbische Souveränität zeitweise vermindert wurde. Sicherlich hatte man dabei keine derartige Minderung der serbischen Hoheitsrechte ins Auge gefaßt, wie sie die „Pershing Expedition" der mexikanischen Souveränität gegenüber darstellte.

8. Äußerungen über österreichische Pläne hinsichtlich Serbiens im Jahre 1914, die Franz Joseph und andere Anfang Juli 1914 getan haben, sind durchaus nicht zu verwechseln mit den wirklichen Absichten Österreichs nach dem 23. Juli. Tisza und andere hatten eine bedeutende Abänderung des Planes durchgesetzt, wie ihn die extremen österreichischen Politiker Franz Joseph am 1. Juli in den Mund gelegt hatten. Selbst Sasonow gab zu, er sei überzeugt, daß Österreich keine territoriale Vergrößerung auf Kosten Serbiens plane. Der österreichische Gesandte in Petersburg versicherte Sasonow wiederholt nach dem 25. Juli, daß man das serbische Gebiet und die serbische Souveränität unangetastet lassen würde.

9. Es ist schwer zu verstehen, warum Professor Bernadotte Schmitt die Annahme Deutschlands, Rußland würde 1914 keine bewaffnete Einmischung versuchen, als das „Haupträtsel der Krisis von 1914" betrachtet. Die russischen Geheimdokumente, die wir jetzt besitzen, lassen die Hoffnung, den österreichisch-serbischen Kampf zu lokalisieren, als eine vergebliche erscheinen,

---

*) *Vergleiche hierzu das in der Presseschau dieser Zeitschrift wiedergegebene Manifest Franz Ferdinands. Seite 338. (Anmerkung der Schriftleitung.)*

aber im Jahre 1914 war es begreiflich, daß Deutschland, welches die französisch-russischen Pläne nicht kannte, eine solche Lokalisierung erhoffte. Man erwartete, daß der Zar den Abscheu des Kaisers vor diesem Morde teilen würde. In den Jahren 1912/13 hatte Rußland keinerlei Neigung zu kriegerischem Eingreifen gezeigt, als Östereich gedroht hatte, gegen Serbien mobil zu machen, eine Tatsache, die damals bei der Kriegspartei in Frankreich große Bestürzung hervorgerufen hatte. Im Jahre 1903 hatte Rußland Österreich mitgeteilt, daß es gegen eine zeitweilige Besetzung Belgrads durch die Österreicher keinen Einspruch erheben würde. Außerdem rechnete der Kaiser darauf, daß Englands neutrale Haltung dazu dienen werde, mäßigend auf die russische Politik einzuwirken. Es sprachen für die Annahme, daß Rußland sich mit diplomatischen Protesten begnügen würde, viel mehr Gründe, als für die Erwartung, daß es übereilte kriegerische Vorbereitungen treffen würde, wie es sie nun tatsächlich begann.

10. Professor Bernadotte Schmitts Versuch, die russische Mobilmachung gegen Österreich mit dem deutschen Ultimatum an Rußland zu vergleichen, erscheint dem Verfasser absurd. Rußland ordnete seine Mobilmachung an, bevor Deutschland oder Österreich die geringsten Mobilmachungsmaßnahmen gegen Rußland getroffen hatten. Und Deutschland mobilisierte, obwohl es sich doch in der Notwehr befand, nicht sogleich gegen Rußland, sondern begnügte sich mit einem Ultimatum angesichts einer allgemeinen russischen Mobilmachung, die bereits einen vollen Tag im Gange war, nachdem schon eine Woche lang im Geheimen teilweise Mobilmachungen stattgefunden hatten.

11. Wer Professor Bernadotte Schmitts Artikel liest, wird sicherlich nicht den Eindruck haben, daß es Rußland war, welches im Jahre 1908 die Annexion von Bosnien und der Herzogewina vorgeschlagen hat. Ebenso ist es ganz unrichtig, daß die russische Mobilmachung nach russischer Auffassung ihren Zweck erreicht gehabt hätte, wenn Österreich dadurch gezwungen worden wäre, auf Verhandlungen einzugehen. Der Zweck der russischen Mobilmachung war der, einen europäischen Krieg herbeizuführen, wie die besten russischen Sachverständigen es offen zugegeben haben. Die Russen waren sich dessen vollkommen bewußt, daß diese Mobilmachung, wenn sie einmal angeordnet war, nicht mehr aufgehalten werden konnte, wie sich auch die Haltung Österreichs nachher ändern mochte. Professor Schmitt hat recht, wenn er die russische Mobilmachung als verfrüht bezeichnet und in seinem Hinweis auf das, was Rußland hätte tun sollen.

12. Es war einzig und allein die russische Mobilmachung und nicht der Eifer des deutschen Generalstabes, welche die in letzter Stunde aufgetauchten Hoffnungen auf eine diplomatische Beilegung des Konflikts zerstörten. Aus den Feststellungen Dobrorolskis und aus dem Tagebuch des Barons Schilling wissen wir, daß alle russische Bereitwilligkeit, zu vermitteln, am und nach dem 30. Juli reine Ausflucht und Heuchelei war. Die Russen wußten, daß der europäische Krieg endgültig da war von dem Augenblick an, in dem Sasonow Januschkewitsch befahl, sein Telephon zu zerbrechen, am 30. Juli gegen 3 Uhr nachmittags.

13. Daß Professor Schmitt sich auf den fadenscheinigen Hinweis auf des Kaisers Blankovollmacht vom 5. Juli stützt, ist seiner nicht würdig. Das kommt gleich nach dem Märchen von Potsdam. Wie die Dinge am 5. Juli lagen, war die Blankovollmacht begreiflich und zu rechtfertigen. Als die Sache dann ein gefährliches Aussehen annahm, verwarf der Kaiser diese Politik, Österreich freie Hand zu lassen, und begann, auf dieses einen mäßigenden Einfluß auszuüben. Nur die übereilte russische Mobilmachung machte seine Bemühungen zunichte. Poincaré dagegen gab Rußland bereits am 22. Juli, bevor das österreichische Ultimatum überreicht war, Generalvollmacht, unternahm keinerlei Versuche, die russische Mobilmachung aufzuhalten und ermutigte die Russen im Geheimen zu den Handlungen, die den Krieg herbeiführen mußten.

14. Es entlockt einem ein Lächeln, wenn Professor Schmitt annimmt, daß Grey sich während der Krisis von 1914 nicht durch den Gedanken an das, was er für Englands Vorteil hielt, habe leiten lassen. Nicht einmal Poincaré oder Iswolski waren mehr beherrscht von dem Streben, die vermeintlichen Interessen ihres Landes zu fördern. Tatsächlich gibt Grey dies in seinen Memoiren auch vollkommen zu. Grey hat sein Versprechen nicht gehalten, Frankreich und Rußland aufzugeben, wenn Deutschland eine geeignete diplomatische Lösung der Krise vorschlagen würde. Er gab selbst im Jahre 1914 zu, daß der deutsche Plan, direkte Verhandlungen zwischen ihm und St. Petersburg herbeizuführen und der Bürgschaftsvorschlag zur Beilegung des österreichisch-serbischen Streites die denkbar besten Wege gewesen wären, um der Lage Herr zu werden. Deutschland arbeitete an der Ausführung dieser Pläne, als Grey vor Paul Cambon und den britischen Torys kapitulierte und zum Kriegsprogramm umschwenkte. Ferner hat Grey sich geweigert, das deutsche Ersuchen, er möge genau angeben, was er von Deutschland als Preis für das Neutralbleiben Großbritanniens fordere, zu beantworten. Wir hoffen sehr, daß der

„Geist von Locarno“ sich nicht erweisen wird als hervorgegangen aus der Politik Greys von 1905—1914, über die im Jahre 1914 das Urteil gefällt wurde. „Ich bedauere, daß nach dem Verlauf von acht Jahren das Beste, was man über diese Politik sagen kann, das ist, daß sie uns in einen Krieg wie diesen hineingebracht hat.“

15. Schließlich ist es zum mindesten seltsam, daß Professor Schmitt in der ausweichenden Strategie Sir Edward Greys das Heil erblicken und das alte Märchen aufrechterhalten will, Deutschland hätte die Vorschläge für eine diplomatische Beilegung des Streites zurückgewiesen. Er sagt: „Frankreich nahm den Vorschlag an, der am meisten Aussicht auf Erhaltung des Friedens bot, nämlich Sir Ed. Greys Vorschlag einer Konferenz in London, während Deutschland denselben ablehnte“. Nach dieser Feststellung würde niemand vermuten, daß Deutschland am 24. Juli dem ursprünglichen Plan Greys, die Großmächte sollten in den österreichisch-serbischen Streit vermittelnd eingreifen, zustimmte, während Frankreich und Rußland sich nicht damit einverstanden erklärten. Außerdem hat Sir Ed. Grey im Jahre 1914 selbst zugegeben, daß, was Deutschland an Stelle der Londoner Konferenz vorgeschlagen habe, nämlich direkte Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg, „von allen Methoden den meisten Vorzug verdiene“. Er gab seinen Plan einer Konferenz in London bereitwillig auf, um das Herbeiführen direkter Verhandlungen zu ermöglichen. Ferner war der von Grey angeregte Vorschlag eines Faustpfandes (pledge-plan) zur Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes ursprünglich von Deutschland ausgegangen und Österreich nahegelegt worden, bevor Grey mit dieser Anregung hervorgetreten war. Dann verwarf am 27. Juli Sasonow für Rußland den Konferenzplan durch seine Erklärung, daß Rußland in seiner Haltung gegenüber Österreich keinen mildernden Einfluss dulden würde. Frankreich konnte Greys Konferenzvorschlag pro forma getrost annehmen, da es wußte, daß Rußlands Haltung ihn unmöglich machen würde, selbst wenn Deutschland zustimmte. Frankreichs Anteil an den diplomatischen Bemühungen, die Krisis von 1914 zu überwinden, ist weit weniger bemerkenswert und ehrenvoll als der Deutschlands.

Einige Bemerkungen zum Aufsatz des Professor Bernadotte E. Schmitt über die Kriegsschuldfrage.

Alfred von Wegerer.

Wenn Professor Bernadotte Schmitt sagt, daß Deutschland, vom „juristischen" Standpunkt aus gesehen, der Angreifer war, da kein Kriegszustand bestand, bis Deutschland seine Kriegserklärung gegen Rußland und Frankreich abgab, ist dies, was Rußland anbelangt, zumindest sehr problematisch. Selbst wenn das Übergeben der Erklärung, daß sich der Kaiser im Namen des Reiches „als im Kriegszustand mit Rußland befindlich" betrachtet, als eine Angriffshandlung bezeichnet werden müßte, würde es sich hier nur um einen provozierten Angriff handeln, da infolge der russischen Mobilmachung, wie dies in der Kriegserklärung näher ausgeführt wurde[1]), eine „Herausforderung" von der deutschen Regierung als vorhanden angenommen wurde und auch tatsächlich vorlag. Bei allen Völkerbundsverhandlungen in der Nachkriegszeit wurde auch stets ein scharfer Unterschied zwischen provozierten und nichtprovozierten Angriffen gemacht. Will man also die Frage entscheiden, ob Deutschland „juristisch" als Angreifer Rußland gegenüber angesehen werden muß, kann dies nicht geschehen, ohne vorher zu der Frage Stellung zu nehmen, ob der Angriff Deutschlands als provoziert oder nichtprovoziert anzusehen ist.

Praktisch hatte der Kriegszustand bereits begonnen, da Rußland alle Vorbereitungen und Befehle zu einem Vorstoß auf deutsches Gebiet erlassen hatte, der zwei Stunden nach Übergabe der deutschen Kriegserklärung an Rußland am 1. August um 9 Uhr abends erfolgte.[1a])

[1]) Vgl. D. D. Nr. 542.

[1a]) Vgl. Reichsarchiv: „Der Weltkrieg 1914—18", II. Bd., S. 47 f.:

„Am 1. August, 6 Uhr abends (= 7 Uhr russischer Zeit) hatte der deutsche Botschafter Graf Pourtalès die Kriegserklärung in Petersburg übergeben. Schon zwei Stunden später besetzte eine kleine russische Kosakenabteilung die deutsche Poststelle in Klein-Zwalinnen (an der Grenze südlich Lötzen), eine andere wurde am 2. August morgens ebenfalls auf deutschem Gebiet bei Sochem (20 km südöstlich Soldau) von deutschen Kürassierposten abgewiesen. Beide russische Abteilungen hatten die Grenze überschritten, bevor ihnen der Kriegszustand bekannt sein konnte. Für die deutschen Truppen war die Erlaubnis zum Überschreiten der Grenze gegen Rußland bis dahin noch nicht gegeben worden. Die Oberste Heeresleitung erteilte sie vielmehr erst am 2. August vormittags nach Eingang der Meldungen über die russischen Grenzüberschreitungen."

Die diplomatische Lage am 1. August 1914 hält Bernadotte Schmitt wohl für verzweifelt, nicht aber als hoffnungslos, und sagt, daß es die Kriegserklärung Deutschlands war, die die letzte Möglichkeit einer friedlichen Lösung zerstörte.

Dieser Beurteilung Bernadotte Schmitts der Kriegserklärung vom 1. August kann nur theoretische Bedeutung beigemessen werden. Alle Versuche, die vor Übergabe der Kriegserklärung an Rußland gemacht worden sind, um die russische allgemeine Mobilmachung zu verhindern, waren ergebnislos geblieben. Die allgemeine russische Mobilmachung gegen Deutschland hatte den russischen Willen zum Kriege so deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es in Anbetracht der ungeschützten Ostgrenzen Deutschlands eine Leichtfertigkeit der Regierung gewesen wäre, die weiteren Angriffsvorbereitungen Rußlands soweit vorschreiten zu lassen, bis eine erfolgreiche Abwehr nicht mehr möglich gewesen wäre.

Der zum Beweise der vorstehenden These von Professor Bernadotte Schmitt angeführte Vergleich mit der Lage von 1870 ist wohl nicht ganz richtig, da weniger Frankreich im Jahre 1870 von Bismarck gereizt worden war, als der König von Preußen, dem durch den beauftragten Gesandten Napoleons III., Benedetti, eine Erklärung zugemutet wurde, die mit den Souveränitätsrechten eines selbständigen Staates nicht vereinbar war.

Bernadotte Schmitt behauptet, daß im Jahre 1903 Österreich über den Mordanschlag gegen König Alexander Obrenovic genau Bescheid wußte und das Opfer dieses Anschlags nicht warnte. Wir wären sehr dankbar, wenn Professor Bernadotte Schmitt die historischen Quellen hierfür mitteilen würde.

Die Behauptung Bernadotte Schmitts, daß das Vorgehen Österreichs eine sofortige Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan mit sich gebracht hätte, weil Kaiser Franz Joseph Wilhelm II. gegenüber versicherte, daß Österreich „die Isolierung und Verkleinerung Serbiens vorhabe", kommt für den eigentlichen Kriegsausbruch nicht mehr in Frage, da Österreich nach Absendung dieses Briefes wiederholt und ausdrücklich die Unverletzlichkeit der serbischen Integrität ausgesprochen hatte (vgl. hierzu österr. Rotbuch 1919, III. Teil, Nr. 15, 19 und 62).

Bernadotte Schmitt sagt: „Ein deutscher General hatte den eigentlichen Oberbefehl über die türkische Armee".

Dies trifft nicht zu. Der preußische General der Kavallerie Liman von Sanders traf am 14. Dezember 1913 als Führer der deut-

schen Militärmission in der Türkei ein und übernahm entsprechend den Festsetzungen des Kontraktes der Militärmission das Kommando über das I. Armeekorps in Konstantinopel. In Verfolg der Démarche des russischen Botschafters Herrn von Giers beim Großwesier, dem sich die Botschafter Englands und Frankreichs angeschlossen hatten, wurde, um den Wünschen des Auslandes entgegenzukommen, der General Liman von Sanders vorzeitig am 14. Januar 1914 zum General der Kavallerie befördert, womit kontraktlich für Liman von Sanders auch ein Aufrücken in den höheren Dienstgrad der türkischen Armee zum Marschall verbunden war. Aus dieser Beförderung ergab sich das Aufrücken in die Stellung eines Generalinspektors der türkischen Armee, der keine Kommandogewalt hatte, sondern dessen Aufgabe es vornehmlich war, die militärische Ausbildung der türkischen Armee, insbesondere in den Militärschulen, zu überwachen, Truppen und Festungen zu besichtigen.[2])

Weiter sagt Professor Bernadotte Schmitt: „Aber hat nicht im Grunde Deutschland den Russen zu verstehen gegeben, ihr dürft eure militärische Macht nicht zu einer Bedrohung Österreichs benutzen, aber wir werden unsere militärische Macht benutzen, um euch damit zu drohen?“

Mit der russischen Bedrohung Österreichs, wie sie in der Mobilmachung der vier Armeebezirke Kiew, Moskau, Kasan und Odessa, insgesamt 13 Armeekorps, gegenüber nur acht noch nicht mobilisierten österreichischen Armeekorps zum Ausdruck kam, hatte sich die deutsche Regierung in ihrer Friedensliebe anfangs abgefunden und hatte keinen Einspruch erhoben, als diese Maßnahme am 29. Juli der deutschen Regierung mitgeteilt worden ist. Die Auffassung, die deutsche militärische Macht sei dazu benutzt worden, um Rußland gegenüber eine Drohung auszusprechen, entbehrt jeder positiven Grundlage. Lediglich das Vorhandensein der nicht mobilisierten Armee kann doch schwerlich als Drohung aufgefasst werden.

Wenn Bernadotte Schmitt der russischen Regierung das „Recht“ zuspricht, innerhalb ihres eigenen Gebiets über ihre Truppen zu verfügen, wie sie es für richtig hielt, mit anderen Worten, die allgemeine Mobilmachung anzuorden und an der deutschen Grenze aufzumarschieren, verkennt Professor Bernadotte Schmitt die strategische Lage Deutschlands und das Wesen moderner Kriegführung. Ein Recht auf Mobilmachung der gesamten Streitkräfte kann einem einzelnen Staat in Europa keineswegs als sein gutes

[2]) Vergl. Liman von Sanders: „Fünf Jahre Türkei“, Seite 12 ff.

Recht zugesprochen werden, um das sich die anderen Nachbarstaaten nicht kümmern dürften. Zur Veranschaulichung des Gesagten möchten wir nur Professor Bernadotte Schmitt die Frage vorlegen, ob er damit einverstanden wäre, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika England das Recht einräumen würden, seine gesamten Streitkräfte, Armee und Marine, mobilisiert in Kanada versammeln zu dürfen, unter der Voraussetzung, daß die gesamte japanische Flotte in den Osthäfen Japans mobil zusammengezogen und seit Jahren ein militärisches und politisches Zusammenwirken zwischen England, Japan und Mexiko bekannt ist. Die Trennung, die Bernadotte Schmitt macht, „daß vom streng militärischen Gesichtspunkt aus dieses Argument verständlich sei, politisch aber ein unmöglicher Widersinn", können wir nicht beipflichten. Politische und militärische Gesichtspunkte lassen sich in der Praxis in dieser Hinsicht nicht von einander trennen.

Bernadotte Schmitt sagt dann weiter, „Russland hätte wohl Österreich vorher wissen lassen können, daß die Mobilmachung erfolgen würde, wenn Österreich sich nicht auf Verhandlungen einlassen wollte". Wir möchten dem hinzufügen, daß in Verfolg dieses Gedankens von Bernadotte Schmitt Rußland auch D e u t s c h l a n d hätte vorher wissen lassen können, daß die Mobilisierung erfolgen würde. Es wäre interessant, zu wissen, welche Bedingungen nach Ansicht von Professor Bernadotte Schmitt die russische Regierung Deutschland gegenüber hätte stellen sollen, damit es von seiner Mobilmachung gegenüber Deutschland Abstand nimmt. Eine Beantwortung dieser Frage könnte sehr zur Klärung der gegensätzlichen Standpunkte beitragen.

Der Auffassung Bernadotte Schmitts, daß der deutsche Generalstab die letzte Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, zerstört habe, um „Vorsprung vor dem Feinde zu gewinnen", fehlen alle tatsächlichen Unterlagen. Für den deutschen Generalstab handelte es sich seit dem 24. Juli nicht darum, irgendeinen Vorsprung in den militärischen Maßnahmen zu gewinnen, sondern den großen Vorsprung seiner Feinde, namentlich seines östlichen Nachbarn und gegenüber den englischen Flottenrüstungen einigermaßen wieder einzuholen, was ihm jedoch bei dem Vorsprung, den die Feinde erreicht hatten, keineswegs mehr gelungen ist.

Wenn Bernadotte Schmitt sogar behauptet, daß die russische Mobilmachung „in nicht geringem Grade Deutschland zur Last zu legen" war, zeigt dies, abgesehen davon, daß wohl höchstens Öster-

reich, nicht aber Deutschland für die russische Mobilmachung verantwortlich gemacht werden kann, daß Professor Bernadotte Schmitt die Entwicklung des Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Serbien in einer Schnelligkeit sich vollziehen sieht, die den tatsächlichen Verhältnissen durchaus nicht entsprach. Ohne die Dinge etwa durch die Zeitlupe betrachten zu wollen, muß man sich folgendes vor Augen halten: Vor dem 12. August war die serbische Armee nicht marschbereit. Die Tage bis dahin standen also noch selbst nach erfolgter Kriegserklärung für Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland zur Verfügung. Die militärische Gesamtlage der Mittelmächte wurde durch ein starkes Sichengagieren der österreichischen Streitkräfte in Serbien Rußland gegenüber erheblich verschlechtert. Eine militärische Besorgnis, daß von seiten Österreich-Ungarns ein fait-accompli geschaffen würde, dem Rußland sich hätte unterordnen müssen, läßt sich nicht nachweisen, im Gegenteil, die Haltung des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung bildete eine Garantie dafür, daß etwaigen neuauftauchenden Plänen Österreichs auch deutscherseits ein Riegel vorgeschoben worden wäre. Abgesehen hiervon war durch die mobilisierte englische Flotte die militärische Gesamtlage selbst ohne die russische Mobilmachung zugunsten der Entente verschoben.

★

Man kann die Dinge drehen und wenden wie man will, an der Tatsache, daß die russische allgemeine Mobilmachung den europäischen Krieg verursacht hat, wird die objektive Geschichtsschreibung bei gründlicher Würdigung aller Umstände nicht vorbeikommen können.

Wenn hier nur die strittigen Punkte in der Auffassung von Bernadotte Schmitt und uns herausgeholt worden sind, geschieht dies nicht, um den zwischen Bernadotte Schmitt und der deutschen Auffassung bestehenden Gegensatz zu vergrößern, sondern um durch Klärung der historischen Tatsachen die von Professor Bernadotte Schmitt gewünschte Annäherung zu ermöglichen, um so mehr, als die sehr gewissenhaften Studien von Professor Bernadotte Schmitt für die Kriegsschuldforschung auch nach unserer Auffassung besondere Beachtung verdienen.

„Das Verbrechen von Sarajewo".

Von Hermann Lutz.

Bis vor kurzem war der Balkan für den gewöhnlichen Europäer ein Buch mit sieben Siegeln. Nur verhältnismäßig wenige Fachleute wußten um die dortigen Verhältnisse wirklich Bescheid und, erst seitdem der Balkan der Anlaß zum Weltkrieg wurde, haben sich weitere Kreise näher mit diesem interessanten Winkel Europas befaßt.

In der angelsächsischen Welt haben — neben den Werken des britischen Historikers Seton Watson — namentlich die Schriften der Miß M. Edith Durham aufklärend gewirkt. Die beiden sind in manchen Punkten, insbesondere in ihrer Auffassung über die Serben, scharfe Gegner. Seton Watson fühlte sich bekanntlich durch die Enthüllungen des ehemaligen Ministers Ljuba Jowanowitsch, die in dieser Zeitschrift ausführlich behandelt wurden, stark betroffen und scheint noch wenig geneigt zu sein, seine frühere Überzeugung von der Schuldlosigkeit der serbischen Regierung an den Ereignissen von 1914 preiszugeben.

Anders steht der Fall mit Miß Durham. Ihr Buch „Twenty Years of Balkan Tangle"[1]) wurde von vielen Forschern als aufschlussreiches Werk gepriesen, doch fehlte es auch nicht an herber Kritik, selbst von deutscher Seite. Nun ist allerdings nicht zu verkennen, daß die Verfasserin hier und da einseitige Auffassungen vertritt — ich erinnere z. B. an ihre ausgesprochene Vorliebe für die Albanier —, doch ihre schon 1914 geäußerte Überzeugung, die sie auf Grund guter Kenntnis der Verhältnisse und persönlicher Erfahrungen gewann, daß nämlich die serbische Regierung eine beträchtliche Mitschuld am Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand habe, steht nun geschichtlich einwandfrei fest. Damit hat aber die Hauptthese der Miß Durham eine Bestätigung erfahren, die ihrem Balkanbuch — im Gegensatz zu den Schriften ihrer Gegner — nachträglich eine starke Stütze verleiht.

Miß Durham hat nun das seit „Twenty Years of Balkan Tangle" neu über den Mord am Erzherzog erschienene Material unlängst in einem Buche verarbeitet, das den Titel trägt: „The Serajevo Crime"[2]). Die Verfasserin fußte dabei vornehmlich auf serbischen Quellen, und zwar besonders auf der Schrift Stano-

[1]) George Allen and Unwin, London 1920. Deutsche Ausgabe: „Die Slawische Gefahr", Stuttgart 1923.

[2]) George Allen and Unwin, London 1925.

jewitschs, auf dem unversehens herausgekommenen Aufsatz Ljuba Jowanowitschs in „Krv Slowenstwa“ und auf dem 1918 in Saloniki veröffentlichten Verhandlungsbericht im Strafverfahren gegen serbische Offiziere der „Schwarzen Hand“. Davon sind den Lesern der „Kriegsschuldfrage“ die beiden erstgenannten Schriften wohl bekannt. Dagegen sind die Protokolle über den Saloniker Prozeß, ein Buch von rund 600 Druckseiten[3]), bisher nur wenigen zugänglich gewesen, und es ist ein großes Verdienst der Verfasserin, daß sie auf den Seiten 45—74 und namentlich 158—191 ihres Buches ausführlich darüber berichtet. Es wird ziemlich klar, daß die Hauptbeschuldigung gegen Oberst Dimitrijewitsch-Apis, eine Anschlag auf den damaligen Prinzregenten Alexander, den jetzigen König von Jugoslawien, angezettelt zu haben, nur der Vorwand war, um den Organisator des Mordes von Serajewo — zur eventuellen Anbahnung von Verhandlungen mit der Doppelmonarchie — zu „bestrafen“, um mit seiner Beseitigung einen lästigen Zeugen für die Mitwisserschaft der serbischen Regierung zum Schweigen zu bringen und um gleichzeitig den Offiziersbund „Die Schwarze Hand“ unschädlich zu machen.

Es war einer der großen Vorzüge von „Twenty Years“, daß es solch lehrreiche Einblicke in die uns fremde Mentalität der vielfach noch primitiven Balkanvölker verschaffte. Das gleiche trifft in engerem Rahmen auf den Saloniker Prozeß hinsichtlich der merkwürdigen Mentalität des serbischen Volkes und seiner „Intelligentia“ zu, ohne deren Kenntnis man sich kein zutreffendes Urteil über die Vorkriegsereignisse am Balkan zu bilden vermag. Abgesehen davon wollen wir hier die nachstehenden Hauptergebnisse des Prozesses nach den Feststellungen der Miß Durham festhalten:

Zwischen der nur „kulturelle“ Ziele verfolgenden „Narodna Odbrana“ und der „Schwarzen Hand“ bestanden allerhand Verflechtungen (S. 53).

Nach mehreren ganz bestimmten Zeugenaussagen haben die führenden Männer der „Schwarzen Hand“ dem Außenminister oder Kriegsminister oder sonst einem Minister jeweils alles mitgeteilt, was von öffentlichem Interesse erschien. Das war namentlich mit Außenminister Milowanowitsch der Fall (S. 61—63).

Der Bosnier Milan Ciganowitsch, serbischer Bahnangestellter, Komitadschi, Mitglied der „Schwarzen Hand“, Hauptzeuge gegen Dimitrijewitsch und „agent provocateur“, war Spitzel der serbischen Regierung, und diese „verschob“ ihn nach der Mordtat von

[3]) „Tajna Prewratna Organisatia“.

Serajewo, gab aber der österreichischen Regierung gegenüber vor, seinen Aufenthalt nicht zu kennen (S. 81—85, 166, 178, 180).

Der Vorsitzende des Gerichtshofs in Saloniki erklärte wiederholt, „daß ein Verbrechen stets ein Verbrechen ist, einerlei ob im Auslande oder daheim verübt, und daß die Regierung für die Handlungen ihrer Untertanen verantwortlich ist" (S. 58, 63, 64, 65): ein Standpunkt, den die Regierung Paschitsch 1914 nicht einnahm.

Beachtenswert ist sodann, daß verschiedene Brutalitäten des Majors Tankositsch, der 1915 fiel, ungestraft blieben, weil die Regierung es nicht wagte, gegen die Führer der „Schwarzen Hand" vorzugehen, und sie auch die Macht dazu nicht hatte.

Und schließlich sei als wichtig hervorgehoben, daß nach Professor Seton Watson das britische Kriegsministerium bei der serbischen Regierung vorstellig wurde, es solle die zum Tode Verurteilten nicht hinrichten lassen; worauf der Bescheid erging, das sei im Falle Dimitrijewitsch unmöglich, da er die Mordtat von Serajewo organisiert habe. Doch bleibt die Frage offen, ob etwa noch andere amtliche Stellen Großbritanniens damals und bis zum Friedensschluß etwas von diesem Bekenntnis erfuhren (S. 189—190).

Mit Recht schildert Miß Durham auch in diesem Buch den Attentatsversuch auf Nikolaus von Montenegro im Jahre 1907; denn er gestattet lehrreiche Vergleiche mit dem Mord von Serajewo, und die Verfasserin macht es glaubhaft, daß der mißglückte Anschlag von 1907 ebenfalls ein Teil des großserbischen Planes war.

Noch manches ist aber in Dunkel gehüllt: so die Frage, ob und in welchem Maße Freimaurerkreise an den Vorbereitungen des Attentats beteiligt waren[4]), was der Gesandte von Hartwig — der sich nachweisbar zugunsten der „Schwarzen Hand" verwandt hatte — von der Sache wußte (S. 136), wie weit der russsische Militärattaché in Belgrad, Artamanow, darin verwickelt war[5]), überhaupt welche Russen etwa zurate gezogen wurden.

Miß Durham war zufolge ihrer Balkanerfahrungen schon 1914 der Ansicht, daß der Mord von Serajewo nur den Kulminationspunkt einer langjährigen Politik bildete und daß die Forderung

[4]) Bezüglich der bekannten Enthüllungen H. Bottomleys in „John Bull" verweist Miß Durham (S. 87) auf eine Schrift C. H. Normans, in der es heißt: „Ich forschte der Authentizität des Artikels nach, und mir wurde versichert, daß das Dokument keine Fälschung war."

[5]) Artamanow soll seit der russischen Revolution auf Kosten der serbischen Regierung in Serbien leben (S. 199). — Nach manchen Aussagen soll auch der jetzige König Alexander von dem bevorstehenden Anschlag gewußt haben (S. 193, 196).

Österreichs, Organe der Monarchie sollten an den polizeilichen Erhebungen in Serbien teilnehmen, durchaus berechtigt war. Sie befindet sich nun in der glücklichen Lage, ihre Überzeugung durch mannigfache und unerwartete Beweise gestützt zu sehen.

Die versehentlichen Enthüllungen Ljuba Jowanowitschs haben in England großes Aufsehen gemacht, und Miß Durham hat sich um ihre Verbreitung besondere Verdienste erworben. Auch ihr Buch „The Serajevo Crime" ist ein wertvoller Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges. Gerade hinsichtlich Serbiens hat sich in der öffentlichen Meinung Englands ein bemerkenswerter Umschwung vollzogen, und es mag sich auch dort eines Tages allgemein die Ansicht Bernard Shaws durchsetzen, der bereits im Herbst 1914 schrieb: „Die wirkliche Tragödie war, daß man sich über den gewaltsamen Tod eines Mitmenschen so wenig empörte."[6])

Der Weltkrieg und der französische Nationalismus.

Von Nicolaus von Lwoff.

Bei der Behandlung der Kriegsschuldfrage beschränkt man sich gewöhnlich auf äußere Erscheinungen der großen Politik.

Nur allzuoft betrachten wir die Schachzüge der Diplomaten und Staatsmänner, ohne ihrem unvermeidlichen Zusammenhang mit dem Milieu, in welchem sie entstanden sind, genügend Rechnung zu tragen. Dabei vergessen wir, daß Politiker nur selten in voller innerer Überzeugung und Freiheit wirken; bisweilen leiten sie, viel öfter aber werden sie selbst geleitet, und zwar je bedeutender ihre Aufgabe, je schwerer die Verantwortung, um so unbeschränkter ihre Rücksicht auf andere Faktoren, vor allem auf die öffentliche Meinung. Nie zuvor hat es so viel unentschlossen-abhängige Staatsmänner gegeben als am Vorabend des Krieges: Sasonow (der z. B. friedensliebend und persönlich gar kein Serbenfreund war), Grey, Bethmann, Viviani, alle waren, jeder in eigener Weise, an höhere Gewalt, an Ideen und Gefühle gebunden, die im Herzen der Nationen emporwuchsen und um so fester waren, je länger sie reiften. Des-

[6]) „Der gesunde Menschenverstand im Krieg", Bd. II, Zürich 1919, Seite 80.

wegen ist die Frage der Entwicklung und Gestaltung der öffentlichen Meinung aller Länder bis in ihre feinsten Nuancen hinein ein Hauptproblem in der Geschichte der politischen Beziehungen von Volk zu Volk. Wir müssen dieser Tatsache bei der Erörterung des Kriegsschuldproblems unbedingt Aufmerksamkeit schenken. Die politische Bühne der großen Demokratien ist in jener Beziehung besonders lehrreich: eine Partei schafft durch gegenseitige Beeinflussung ihrer Wähler und umgekehrt einen Meinungsstrom, welcher, wenn er stark ist, die Regierung in sein Schlepptau bringt. Poincaré rief keineswegs, wie man sich es vielfach vorstellt, den französischen Nationalismus ins Leben, sondern umgekehrt: der Staatsmann befand sich im Banne dieser Bewegung. Was bedeutete ihr Ideenkomplex für die internationalen Beziehungen vor Ausbruch des Krieges? Ein überaus schwieriges Problem, das wir in den vorliegenden Zeilen leider nur flüchtig berühren können. Der französische Nationalismus ist vor allem eine Stimmung. In allgemeiner Depression, nach verlorenem Kriege ist er im Herzen einer kleinen Anzahl jugendlicher Geister geboren. Es war eine zunächst unbedeutende Gruppe politisierender Schriftsteller, Journalisten und Philosophen. Der Nationalismus kann, dem Charakter der Völker entsprechend, verschiedener Art sein; in Frankreich bedeutet er Revanche — die florumhüllte Statue Straßburgs auf dem Concordeplatz sollte dessen Symbol sein —, ferner Pflege der Tradition: Einigkeit, nationalen Stolz und vor allem lebendigen Glauben an die Wiederkehr des alten Glanzes und der alten Macht; das Standbild Gambettas vor dem Louvre zeigte, wohin sich die Blicke des jungen Frankreichs wenden sollten. Diese Geistereinstellung drängte nach rauher Luft, verlangte kriegerischen Geist. Sie entfaltete sich bald zur politischen Doktrin, durchaus aber im Rahmen der republikanischen Verfassung. Nur langsam und zögernd brach sich das Nationale Bahn — die Opposition der demokratisch-sozialistisch Gesinnten war nicht leicht zu besiegen. Die Dreifuß-Affäre bedeutete die erste mächtige Explosion des Nationalgefühls; die Bewegung ist aber durch das gemeinsame Vorgehen der Linken aus dem Gebiete der großen Politik wieder verdrängt worden. Das Ministerium Combes wollte von „nationalem Aufschwung“ nichts wissen. Aber Delcassé meinte es anders, er bot dem Nationalismus eine mächtige Stütze und fortan entwickelte sich dieser in zielbewußter Kraft weiter. Mit geringen Unterbrechungen dauerte sein Aufstieg bis an die Schwelle des Krieges. Treten wir seiner Ideologie näher, — Herr Gustave Le-Bon könnte uns dabei behilflich werden. Er ist weder Staatsmann noch Parlamentarier,

sondern — „Philosoph", ein politisierender Philosoph, der sich mit eigentlicher Philosophie überhaupt nicht befaßt hat. Konkret und leidenschaftlich ist sein Geist, der eines Kämpfers, welcher für abstrakte Dinge als solche wohl wenig Interesse bekundet. Le-Bon leitet eine bedeutende Bibliothek für „Wissenschaftliche Philosophie", ist zugleich Verfasser von Schriften über Fragen der praktischen Psychologie. Seine Werke[1]) sind u. a. „Psychologie der Erziehung" („Psychologie de l'Éducation"), „Psychologie der Politik" („Psychologie politique"), „Meinungen und Glauben" („Opinions et Croyances"), „Das Leben der Wahrheiten" („La vie des Verités"), ferner die Serie über „Kriegs- und Nachkriegsprobleme", „Die psychologischen Lehren des Krieges" („Enseignements psychologiques de la guerre européenne"), „Die ersten Folgen des Krieges" („Premières Conséquences de la guerre") und endlich die „Psychologie der neuen Zeiten" („Psychologie des temps nouveaux").

Die schriftstellerische Tätigkeit Le-Bons umfaßt eine lange Zeitspanne, von der Mitte der neunziger Jahre bis 1920, also eine Epoche großer geschichtlicher Bedeutung. Er hat seine Forschungsmethoden und Leitsätze, die klar und einfach sind. Sie gestalten sich ungefähr in folgender Weise: Massen bzw. Völker werden bei ihren Handlungen niemals von dem Verstande geleitet, sondern ausschließlich von Gefühlen. Die Völker haben einen bestimmten, langsam von Jahrhunderten geformten Charakter, der trotz seiner inneren Beständigkeit mobil ist und wechselnden Empfindungen offen steht. Diese Empfindungen, die niemals konstant bleiben, ändern sich unter dem Einfluß der Ereignisse und des Willens der Führer. Die Gefühle der Massen äußern sich in Gestalt von Hingebung, Opferwillen, Heroismus, können aber eben so leicht in Grausamkeit, Zerstörungswut, wilde Panik entarten. Nur Dankbarkeit und Treue kennen die Massen nicht. Es hängt nun vom konsequenten Willen des Führers ab, diesen oder jenen Gefühlskomplex zu entladen. Er bedient sich dazu weniger allgemein verständlicher klarer Behauptungen. Ständige Wiederholung ein und desselben einfachen Gedankens, Suggestion, Hervorhebung des moralischen Prestiges der führenden Persönlichkeit sind Mittel zum Zweck. Eben diese Methoden wendet Le-Bon öfters seinen Lesern gegenüber an. Mit Erfolg: Die Ausgaben seiner Werke gehen in Frankreich heute noch in die Tausende. Die „Enseignements psychologique de la guerre" sind in 36 000 Exemplaren erschienen, nicht weniger Leser haben die anderen politischen Schriften Le-Bons

[1]) Sämtliche Werke Le-Bons sind bei dem Verlage E. Flammarion in Paris erschienen.

erworben. Seine Prinzipien der individuellen Erziehung sind lange vor dem Kriege in den französischen Militärschulen eingeführt worden und zum Thema von Konferenzen im Generalstab gemacht; der Erfolg war also gründlich. Und es sind keine abstrakten Theorien, die hier vorgebracht werden; vielmehr macht Le-Bon einen Versuch zur Umgestaltung der geistigen Einstellung Frankreichs. Er ist ein schonungsloser Kritiker. In der Frage der Erziehung sei das anglo-amerikanische System das richtige: freie Bahn dem Individuellen! Vor allem soll der Charakter geformt und gestärkt werden, auf die Summe der beigebrachten Kenntnisse käme es weniger an. Die französische Universität bilde den Menschen nicht aus, vielmehr lähme sie durch Routine seine Geisteskraft. Die Erziehungsart der deutschen Hochschulen scheine viel richtiger zu sein. Ferner seien die dominierenden sozial-politischen Strömungen in Frankreich durchaus zu verurteilen. Die Schönredner, die sich Sozialisten, Syndikalisten, Radikale u. a. nennen, seien entweder Schwachköpfe, welche nichts von den wahren Eigenschaften der Massen wissen, oder machtsüchtige Verbrecher am Vaterlande. Sozialismus, ergo Statismus, bedeute Utopie, weil er individueller Kraft feindlich gegenüberstehe und die Privatinitiative hemme; außerdem predigen seine Apostel Weltfrieden, Pazifismus. Wann werde Frankreich mit diesem Unsinn aufräumen? Das parlamentarische System sei überhaupt auf die Dauer haltlos, wenn sich das Niveau der Deputierten nicht hebe. Dringt die Linke mit ihren Regierungsmethoden durch, so stehe die gesamte französische Kultur auf dem Spiele. Nur die Elite sei noch imstande, mit einer starken Führerhand dem Lande aus dem Sumpf zu helfen. — So äußert sich Le-Bon nicht etwa jetzt nach dem Kriege, sondern 1910 in seiner „Psychologie politique". Wir wittern Kampfeslust — bei diesem Philosophen. In seinem politischen Programm sind die Leitsätze der Nationalisten ganz deutlich zu erkennen. Frankreich steht mitten im Frieden, wie jedes Land will es und braucht es ihn zur ungestörten Entwicklung seiner Kraft. Eben in diesem Friedensgenuß aber liegt der Keim der Krankheit, die Le-Bon als nationalen Verfall bezeichnet. Lassen wir ihn selbst zu uns reden und schlagen dazu seine „Psychologie politique" auf. Aus dem Kapitel V des Absatzes „Facteurs psychologiques de la vie européenne" vernehmen wir folgendes: „Dem Fortschritt der Zivilisation und den Reden gewisser Philosophen zum Trotz hat der Krieg niemals aufgehört, eine der Hauptbeschäftigungen der Völker zu sein." Dies schade der Zivilisation aber keineswegs, im Gegenteil, die Kämpfe der Nationen wären Quellen des Fortschritts gewesen. Kriege

werden durch den Rassenantagonismus heraufbeschworen. „Die Völker steuern einer ständig wachsenden gegenseitigen Antipathie zu", erklärt Le-Bon. Alle internationalen Annäherungsversuche der Staatsmänner erzeugen das Gegenteil. Als Folge dessen können nur neue Kriege in Betracht kommen. Nun, mancher Philantrop werde sich darüber aufregen und in Bestürzung geraten, man könne ihn aber beruhigen: „ein universeller Friede würde das sofortige Ende jeder Zivilisation, jeden Fortschritts bedeuten und den Rückgang zur krassesten Barbarei herbeiführen (Sic!)". Sicher haben Kriege auch ihre Nachteile: Sie verursachen Verlust an Geld und Menschenleben, tragen auch zur Ermattung der Rasse bei; diese Schattenseiten seien aber gar nicht so gefährlich wie sie scheinen, besonders im Vergleich mit den bedeutenden Vorteilen, die Kriege zu bieten imstande wären. Geldverlust sei von verhältnismäßig geringer Bedeutung: an Finanzwunden werde wohl kein Land zu Grunde gehen. Was die Vernichtung an Menschenleben anbetreffe, so sei dieses Übel zweifellos das schlimmere, weil es die Nation ihrer stärksten Kräfte beraube und eine Schwächung der Rasse herbeiführe; aber auch das Unglück einer großen Hekatombe heile mit der Zeit bei jedem gesunden Volke; nein, Kriege fördern viel mehr Gutes als sie Böses erzeugen. Vor allem formen sie die nationale Seele, ohne die keine Zivilisation für ein Volk möglich sei. Die „nationale Seele" werde im Falle des Sieges „konsolidiert" und bedeutend gestärkt im Falle der Niederlage. Statistiker prophezeien dabei finanziellen Ruin, nicht das sei wichtig, sondern „der ernste Wiederaufschwung des nationalen Charakters" bleibe springender Punkt. Wie wohltuend erweise sich die allgemeine militärische Dienstverpflichtung, ohne die Anarchismus, Sozialismus und andere Seuchen mit Riesenschritten vor sich gehen würden! Nur der militärische Geist könne „Egoismus und Molligkeit" bei den Völkern bekämpfen. Aber die Kaserne und das Exerzieren genügen Le-Bon nicht; er kommt auf seine Lieblingsidee zurück: „Kriege oder einfach Kriegsdrohungen sind ein mächtiger Faktor der moralischen und materiellen Entwicklung der Völker" erfahren wir abermals, und nun finden wir den Philosophen im Bereiche der Praxis: „Wir haben den Krieg nicht zu wählen, sondern ihn zu überstehen", schreibt er wörtlich, „deswegen würde es besser sein, nur seine Vorteile im Auge zu haben und uns vor allem bereit halten". Darum soll auch der militärische Geist gefördert werden; „am Tage wo er verschwindet, würde uns nichts mehr zu verlieren bleiben", warnt seine Mitbürger Gustave Le-Bon. Und es folgt ein grauenhaftes Bild der Katastrophe; wir geben davon den vollen Auszug: „Vergegenwärtigen

wir uns stets die finsteren Voraussagen der militärischen Schriftsteller verschiedener Länder über die Folgen des nächsten Krieges, welcher Europa droht. Vergessen wir nicht, daß er einen dieser letzten Kämpfe darstellen wird, wie sie die Geschichte schon mehrere kennt und welcher das definitive und gänzliche Verschwinden einer der ringenden Nationen mit sich führt; entsetzliches Gemenge, jeden Mitleids fern, wo ganze Gebiete methodisch ausgeplündert werden, bis zuletzt kein Haus, kein Baum, kein Mensch mehr dort verbleibt. Diese Begriffe mögen in unserer Seele leben, beim Erziehen unserer Kinder und Soldaten; überlassen wir ruhig den Rhetorikern die nutzlosen Reden über Pazifismus, Brüderlichkeit und anderen Kitsch". Nichts könne helfen, man müsse bereit sein, jene Greuel des Krieges zu ertragen!

„Der Sieg würde nicht auf seiten der zahlreicheren Armee sein, sondern dort, wo sich die widerstandfähigste Massenenergie angesammelt hat", schreibt Le-Bon. „Wenig bedeuten Verluste — der Erfolg verbleibt dem, welcher sie am besten zu ertragen vermag"! Kein Zweifel ist möglich — Gustave Le-Bon und mit ihm die französischen Nationalisten wollten den Krieg, sie strebten ihn als wirkungsvollstes Mittel zur Hebung des nationalen Geistes Frankreichs an, — Größe und Hegemonie im Falle des Sieges, enger Zusammenschluß aller im Notfalle der Niederlage sollte Frankreich auf dem Schlachtfelde zuteil werden. „Si vis bellum, para bellum" war ihr Gebot. Die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens scheint dabei nicht ausschlaggebend zu sein. Aber es kam wohl darauf an, einen Verteidigungskrieg zu führen; denn für einen Angriff hätte das Land niemals genügend Widerstandsfähigkeit aufbringen können. Dazu aber brauchte man das Gespenst eines starken drohenden Nachbars. Und Gustave Le-Bon beeilte sich, einen solchen zu entdecken: Deutschland rüste, es besitze nicht nur eine vorzügliche Armee, sondern auch starken Geist, lasse sich durch keine Utopien, wie das arme Frankreich, irreführen, es sehe die Dinge so wie sie seien und laufe nicht Gefahr, von Pazifismus angesteckt zu werden. Doch außer der militärischen Bedrohung sei die Tätigkeit des Nachbarreiches für die Franzosen noch in anderer Hinsicht gefährlich — nämlich in Bezug auf seine wirtschaftliche Expansion. Die ganze Riviera sei z. B. von Deutschen buchstäblich kolonisiert worden. Die friedliche „Durchdringung" werde aber zur Kalamität, weil sie den nationalen Geist des Landes töte und seine Dekadenz beschleunige. Um jene Gefahr möglichst stark hervorzuheben, erzählt Le-Bon seinen Lesern in derselben „Psychologie politique" (S. 281, Ausgabe v. 1920) von einem Gespräch, das er mit einem „deutschen

Philosophen“ im Abteil eines Schnellzuges geführt hätte. Er läßt sich vom „derben Germanen“ in harmloser Weise die unmöglichsten Dinge vortragen: Deutschland soll angeblich beabsichtigen, seinen westlichen Nachbar erst dann anzugreifen, wenn Frankreich durch seine Pazifisten, Internationalisten usw. vollkommen demoralisiert sein werde. Diesem Zustande gehe es rasch entgegen. Die kleinen Staaten sollen überhaupt in nächster Zukunft verschwinden; Frankreich werde aber die Kosten der neuen Conflagration zahlen müssen, die Franzosen stiegen übrigens auf das niedrigste Niveau der Völker herab. Das Geschick der Schwachen sei jedoch stets, vor dem Stärkeren zu weichen oder ihm zu dienen usw. Sicher sorgte der Zufall dafür, einen Bernhardi oder Treitschke in erfreulicher und überraschender Weise Gustave Le-Bon persönlich zuzuführen. Dies war doch zur Aufklärung der französischen Pazifisten so dringend nötig! Es könnten nachdem keine Zweifel über die wahren Absichten Deutschlands bestehen!

Nun wir lächeln darüber; aber der empfindliche und leichtgläubige nationale Stolz der Franzosen wurde durch derartige Vorspiegelungen keineswegs beschwichtigt.

Vielleicht wundert sich mancher Leser, daß wir seine Aufmerksamkeit für die Persönlichkeit Le-Bons dauernd in Anspruch nehmen. Dies geschieht jedoch aus mehrfachen Gründen. Der Philosoph und Kriegsprediger erscheint uns für die damalige Geistesverfassung der französischen Nationalisten durchaus typisch; er hat auch den Vorteil, sich sehr klar und ausführlich über gewisse Dinge zu äußern; dazu sei bemerkt, daß seine Persönlichkeit größeres Ansehen in politischen Kreisen Frankreichs genoß, als es bei Bernhardi oder Treitschke in Deutschland der Fall war. Er war persona grata nicht nur in seiner wissenschaftlichen Bibliothek; unterhielt vielmehr gute Beziehungen zu Männern von solcher Bedeutung wie z. B. Gabriel Hanotaux, Jules Cambon und andere. Clemenceau beruft sich auf ihn in seinem bekannten Werk „Frankreich vor Deutschland“. Le-Bons letzte Schrift „Die Psychologie der neuen Zeiten“ ist seinem Freunde Louis Boudenot, Vizepräsidenten des Senats, Präsidenten der Armeekommission desselben, aus Dankbarkeit für Mitwirkung gewidmet. Von dem Ansehen Le-Bons überzeugt uns schließlich das Buch Baron Motonos, des japanischen Botschafters in Paris, „L'oeuvre de Gustave Le-Bon“.[2])

Die Person Raymond Poincarés begegnet dem größten Wohlwollen des Philosophen. Er führt diesen „eminenten“ Politiker

[2]) Bei Flammarion erschienen.

mehrfach als Beispiel vor, kommt auch wiederholt auf Äußerungen Poincarés zurück, und zwar stets im lobenden Tone. Der Gedanke einer gewissen Geistesverwandtschaft vom Philosophen zum Staatsmann wäre vielleicht der richtige. Es liegt ebenfalls die Vermutung nahe, daß die Ansichten beider über praktische Kriegsfragen nicht fern voneinander lagen. Was aber Gustave Le-Bon ruhig sagen konnte, mußte der Präsident der Republik unbedingt zu verschweigen wissen.

Wer noch Zweifel an der Geisteseinstellung des politisierenden Philosophen hegen sollte, den verweisen wir an seine beiden Kriegswerke, die 1915 und 1916 erschienenen „Enseignements psychologiques de la guerre européenne" und „Premières conséquences de la guerre". Le-Bon stellt darin die neuen sozial-psychologischen Zusammenhänge der noch im Werden begriffenen Umwälzung fest. Er kann dabei nicht umhin, mit Genugtuung zu bemerken, wie zutreffend seine früheren Gedanken über Politik, Krieg und Frieden wären. Wo blieben nun die Pazifisten und Sozialisten mit ihren Doktrinen? Wie elend sie dastünden! Frankreich finde sich wieder im heroischen Willen zum Kampfe. Es gehe nun seiner Größe entgegen. Alle innerpolitischen Zerwürfnisse seien glücklicherweise mit einem Schlage beseitigt worden. Obzwar der Ausgang des Kampfes in jener Zeit durchaus noch unentschieden war, erläuterte der Philosoph schon seine ersten Wohltaten. Wir hören seinen Ton und merken seine Freude! Alles ist doch so gegangen, wie er und seine Freunde es gewünscht hatten. Le-Bon ist ein weitblickender national empfindender Soziologe und als solcher hat er seine Sorgen. Er weiß, was die Lateiner schon wußten und in wenigen Worten ausdrückten: „Tempora mutantur et nos mutamur in illis". Es werden auch andere Zeiten kommen, ruhigere, friedlichere Zeiten, dann könnten die schönen Errungenschaften der nationalen Einigkeit bald in die Brüche gehen. Wie soll dem abgeholfen werden? Es gebe nur ein Mittel dazu: den Haß gegen Deutschland solange wie irgend möglich in den Herzen seiner Mitbürger wach zu erhalten. Bleibt er lebendig, wird auch die Einigkeit bestehen! Zu dem Zwecke soll man mit Hilfe der Presse und der Literatur zwei Grundsätze aufrechterhalten; der eine davon sei, „die Überzeugung, daß die Deutschen von unseren Schwächen Vorteil ziehen würden, um ihren Angriff zu wiederholen" und der zweite — „eine unwiderstehliche Antipathie dem deutschen Volke gegenüber" soll stets gepredigt werden, weil „tiefe Feindschaft im Äußeren, die Verstimmung im Inneren vermindern werde" (S. 121). Als Mittel der Aufrechterhaltung dieser Antipathie bei „einem Volke, das leicht vergißt", schlägt der Philo-

soph vor „ alle deutschen Greuel nach vollständiger Überprüfung in einem besonderen Buche zu vereinigen“ und dieses Buch müsse unbedingt in den Schulunterricht aufgenommen werden. Die Kinder Frankreichs sollten also aus bestimmten Gründen ihre Altersgenossen im Nachbarlande a priori hassen lernen. So meint es Le-Bon mit der Erziehung der jungen Generation zum Wohle seines Vaterlandes. Dies, allerdings 1915 in der Blütezeit der Kriegspsychose. Wir haben aber glücklicherweise Gelegenheit, die Ideen Le-Bons weiter in die Friedensära zu verfolgen. 1920 erscheint sein Buch „Psychologie des temps nouveaux“. Vielleicht ändert er seine Denkweise? Von dem ist nicht viel zu merken. Die neue Zeit birgt Merkmale des Klassenkampfes in sich und das Gebot: Zusammenschluß gegen den äußeren Feind, bleibt dringender denn je. Auf welcher Basis und durch welche Mittel diese Einigkeit erzielt werden sollte, wissen wir bereits. Die Theorien Le-Bons hatten den Vorzug, fruchtbar zu sein. Ihren Segen für Europa haben wir in der Politik des Bloc National mehrere Jahre hindurch beobachten können. Es bedarf keiner Erläuterung. Gewisse französische Kreise und nicht die minder einflußreichen waren aller Bestimmtheit nach an der Arbeit, Europa 1914 in den Krieg zu stürzen. Aus welchen Gründen dies geschehen sollte, haben wir bereits ausführlich dargelegt. Aber noch schlimmer: dieselben Leute, die damals mit kühlem rechnerischen Geist den Krieg bis in seine einzelnen Wirkungen „auskalkuliert“ hatten, sind scheinbar weiter bemüht, den Völkerhaß zu schüren. Dieselben eindeutigen Ziele liegen dem zu Grunde, genau so wie 1914. Die Welt aber sehnt sich nach Frieden, und Frieden wird erst dann sein können, wenn die politischen Methoden Gustave Le-Bons definitiv fallen gelassen werden. Dies aber ist mit der gerechten Lösung des Kriegsschuldproblems auf das engste verknüpft.

Die angebliche Bürgschaft der k. u. k. Regierung für Gabrinović.

Ein Nachtrag zu dem Aufsatz „Grey über das Verbrechen von Sarajewo".

In dem Aufsatz „Grey über das Verbrechen von Sarajewo" im Aprilheft dieser Zeitschrift war darauf hingewiesen worden, daß die Angelegenheit mit Gabrinović noch nicht so weit aufgeklärt sei, daß man daraus den Schluß ziehen könnte, die serbische Regierung wäre bestrebt gewesen, von Gabrinović abzurücken. Inzwischen sind uns Mitteilungen zugegangen, die ein abschließendes Urteil zulassen.

Grey schreibt in seinen Memoiren: „einer von ihnen (den Mördern) war sogar in Serbien als lästiger Ausländer betrachtet worden, doch Österreich hatte damals der serbischen Regierung mitgeteilt, er sei harmlos, und hatte darauf hingewiesen, daß er unter österreichischem Schutz stehe. Alles das machte den Eindruck, daß man Serbien gegenüber brüsker verfahre als gerecht sei". Unter dem „lästigen Ausländer" ist Nedjelko Gabrinović, einer der Attentäter, gemeint. Gabrinović war im Herbst 1913 aus Bosnien nach Belgrad eingewandert. Die Belgrader Polizei hatte, wie dies üblich ist, beim österreichisch-ungarischen Konsulat angefragt, ob die Angaben Gabrinović' über seine Person zutreffend sind, und ob er vorbestraft sei. Das österreichisch-ungarische Konsulat hatte darauf mitgeteilt, daß die Personalangaben der Wahrheit entsprechen und nichts Nachteiliges über Gabrinović bekannt sei.

Dieser harmlose Schriftwechsel, der im Herbst 1913 zwischen der Belgrader Polizei und dem österreichisch-ungarischen Konsulat stattgefunden hat, wurde nach dem Attentat Anfang Juli 1914 von Serbien benutzt, um die Legende in die Welt zu setzen, die österreichischen Behörden hätten für Gabrinović „Bürgschaft" geleistet und eine Intervention des Konsulats zugunsten des Gabrinović habe die serbische Polizei abgehalten, von einer in Aussicht genommenen Ausweisung des Attentäters abzusehen und ihn in der königlich serbischen Staatsdruckerei anzustellen.

Diese Legenden, die zuerst der „Balkan" in seiner Nr. 168 vom 4. Juli 1914 brachte, wurde in bezeichnender Weise vom „Temps" kolportiert und auch später von Pasitsch in einem in der serbischen Presse wiedergegebenen Interview bestätigt. Die k. u. k. Regierung

nahm daraufhin Veranlassung, den falschen Behauptungen in einem im „Fremdenblatt“ vom 8. Juli 1914 veröffentlichten Communiqué entgegenzutreten. Das Blatt schrieb:

„Ein in Belgrad erscheinendes Blatt berichtet, daß an dem Sarajewoer Attentat auch das österreichisch-ungarische Konsulat in Belgrad insofern Schuld trage, als es für Gabrinović, den die Belgrader Polizei als verdächtig habe ausweisen wollen, interveniert habe. Das Konsulat habe in einem an die Belgrader Polizeipräfektur gerichteten Akt die Bürgschaft für Gabrinović übernommen und verlangt, daß er unbelästigt bleibe. Die Präfektur habe das Verlangen des Konsulats berücksichtigen müssen. Trotzdem sei ihr Gabrinović unter anderen auch deshalb verdächtig geblieben, weil das Konsulat für ihn die Bürgschaft übernommen habe.

Gegenüber dieser Darstellung sind wir in der Lage, auf Grund authentischer Erhebungen folgendes festzustellen: Anfang Dezember vorigen Jahres wendete sich die Belgrader Stadtpräfektur an das k. u. k. Konsulat in Belgrad mit der amtlichen Anfrage, ob die Angaben, die Gabrinović der serbischen Polizei über seine Person und sein Vorleben gemacht hatte, richtig seien. Das k. u. k. Konsulat setzte sich mit der Landesregierung in Sarajewo in Verbindung und beantwortete auf Grund der erhaltenen Auskunft die Anfrage der Stadtpräfektur in dem Sinne, daß Gabrinović bisher unbescholten sei und die von ihm angegebenen Personaldaten auf Wahrheit beruhten. Zu einer weiteren Mitteilung hatte das Konsulat keinen Anlaß.

Vollkommen unwahr ist es, daß das Konsulat für Gabrinović interveniert oder gar irgendeine Bürgschaft für ihn übernommen hätte.“

Aus dem Mitgeteilten geht hervor, daß die auch von Grey gebrachte Darstellung, daß die österreichisch-ungarische Regierung der serbischen mitgeteilt habe, Gabrinović sei „harmlos“ und darauf hingewiesen hätte, „daß er unter österreichischem Schutz stehe“, den Tatsachen nicht entspricht.

Der Fall zeigt aber auch aufs neue, wie sehr die serbische Regierung sich nach dem Attentat dafür eingesetzt hat, den wahren Sachverhalt zu verschleiern und die Schuld am Attentat auf Österreich zu werfen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß die serbische Polizei den in ihren Akten befindlichen Schriftwechsel zwischen dem österreichisch-ungarischen Konsulat und der Polizei der Presse zugeleitet, jedenfalls nichts dagegen unternommen hat, um die, wie ihr bekannt sein mußte, falsche Meldung der Presse richtigzustellen.

Im Gegenteil, der Ministerpräsident Pasitsch scheute sich nicht, die von der Presse erfundene oder in die Presse lancierte Nachricht selbst zu kolportieren.

Wenn Sir Ed. Grey auf Grund dieser Mitteilung den Eindruck gewonnen hat, „daß man Serbien gegenüber brüsker verfahre als gerecht sei", so war der Eindruck eben falsch, weil er sich auf eine unrichtige Mitteilung gründete.

A. v. W.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Amerikanische Kirchenkreise gegen die Kriegsschuldlüge.

Der amerikanische Ausschuß des Weltbundes für Völkerfreundschaft durch die Kirchen richtete an Dr. Kapler, den Präsidenten des deutsch-evangelischen Kirchenverbandes, ein Schreiben, in dem es heißt:

„Unser Ausschuß sympathisiert mit der Forderung unserer Brüder in Deutschland nach Untersuchung der Kriegsursachen. Wir verstehen die tiefste Unzufriedenheit der Angehörigen einer Nation darüber, daß Menschen anderer Länder ihr Land als allein verantwortlich für den an Wildheit und Schrecken beispiellosen Krieg verdammen. Wir erkennen an, daß die öffentliche Meinung in höchstem Maße beeinflußt wurde durch die rücksichtslose Zensur der Kriegszeit. Wir erkennen weiter an, daß seit dem Kriege Männer in hohen amtlichen Stellungen freimütig zugaben, daß diese Propaganda zur Aufstachelung des Kampfgeistes der Völker während des langen blutigen Krieges zur Hilfe herbeigeholt wurde.

Wir sind geneigt, folgendes zu glauben: Welche Vorwürfe Deutschland auch für Einzelakte gemacht werden mögen — wir würden doch nur eine Neuillustrierung der Bibelstelle erleben: Alle haben gesündigt. Sicherlich glaubt heute kein geistig gesunder Mensch mehr, daß die ganze Verantwortung für jene schreckliche Katastrophe auf eine Nation fällt. Alle gerecht urteilenden Menschen sind sich heute klar, daß der Versailler Artikel 231 durch den Kriegsgeist diktiert wurde zu einer Zeit, als alle die Leidenschaften hochgingen, und daß die Abfassung eines solchen Artikels heute unmöglich wäre.

Alle denkenden Menschen vergegenwärtigen sich heute, daß die Kriegsursachen viel schwieriger festzustellen sind als damals einzelne Nationen anzuerkennen sich fähig zeigten, und daß die Vorbedingungen, die zum Kriege führten, bei verschiedenen Nationen vorhanden sein müssen. Wir hoffen aufrichtig, daß die Kriegsschuldfrage durch einen eigens dazu ernannten Gerichtshof oder Ausschuß erwogen wird mit dem einzigen Ziele, der wirklichen Wahrheit näherzukommen."

Der genaue Wortlaut dieses Schreibens lag bei Abschluß des Heftes noch nicht vor. Wir werden aber in einem späteren Heft einmal zusammenfassend das Thema „Kirche und Kriegsschuldfrage" behandeln.

The Geographical Colonel, by George Sylvester Viereck.
„The New York Evening Graphic", 10. März 1926.

Viereck behandelt die Mission des Oberst House nach Europa im Sommer 1914 und insbesondere seinen Besuch in Berlin.

Colonel House fails to return, by George Sylvester Viereck.
„The New York Evening Graphic", 11. März 1926.

In einem zweiten Aufsatz berichtet Viereck über den Inhalt und die Bedeutung des Gespräches, das House aus Anlaß seines Berliner Aufenthaltes mit dem Kaiser hatte. Viereck ist in der Lage, zur Unterstützung seiner Ausführungen einen Brief des ehemaligen Kaisers über die Mission House zum Abdruck zu bringen, der folgenden Wortlaut hat:

Doorn, Holland, January 18, 1926.

George Sylvester Viereck, Esquire.

„Dear Mr. Viereck:—

The House letter discovered by Gottlieb von Jagow must have arrived in those July days when destiny in seven league boots moved with iron strides. Col. House thanks me for my kind reception and conveys to me the information that President Wilson received the colonel's report from Berlin with a „thrill of deep pleasure." This letter completely exonerates my position. Its publication here created general astonishment and disconcerted my adversaries.

In this connection, I wish to call attention to the confirmation from another hostile source of a footnote in my Historical Tables. James Gerard, former American ambassador to Berlin, in a letter to

the editor of the Deutsche Allgemeine Zeitung, replies to the query, „What have you omitted from your memoirs?“ as follows:—

I did not mention a conversation between the ex-Kaiser, Col. House, and myself at Potsdam in 1914, when the ex-Kaiser said he aspired to an alliance of the four civilized nations — Germany, Great Britain, France, and America.

Jagow's analysis of Col. House and Sir Edward Grey is cleverly written. It smashes Lord Grey's self-conscious, self-advertising and mendacious memoires to smithereens. Von Jagow's attack, like Edmund von Mach's article on Sir Edward Grey, published in the American Monthly, forcefully destroys the legend invented and upheld by allied statesmen to defend their hypocrisy in dealing with events which — though created by their own intrigues — they intimate as lying beyond their control.

House may have been misled. Grey knew the landgrabbing hunger of Russia directed against Germany and Austria-Hungary; he knew the burning desire of France to reconquer the „lost provinces“ — the old German territory of Elsaß-Lothringen; he knew the envy in British industrial and capitalistic circles against Germany's successful competition.

Hence, he “engineered” the necessary events and complications that presented the Russian hate, the French lust for revenge, and British commercial envy with the wished for oppourtunity to satisfy their criminal intentions at the expense of unsuspecting Germany.

Result: A junction of pirates surprising a tranquil land and a tranquil people profoundly at peace with themselves and the world. Sir Edward Grey played the role of interested observer who shrugs his shoulders, when appealed to, exclaiming, „Not my fault. Can't help it! Those Germans ARE exasperating.”

Realizing the heinousness of their offense, those responsible for the conspiracy, knowing that in time truth, like murder, will out, created a scapegoat to turn away the wrath of the world from themselves. They chose for their victim the monarch of the nation they feloniously attacked and saddled him with their crime by inventing the War Guilt Lie.

International capital and the press placed itself at the disposal of the pirates and by propaganda (Northcliffe) they disseminated the War Guilt Lie all over the world, until even their victims, the Germans, began to believe it.

Ever yours,

William, I. R.“

The Mystery of Colonel House and Sir Edward Grey, by George Sylvester Viereck.

„The New York Evening Graphic", 12. März 1926.

Staatssekretär von Jagow hat Viereck ermächtigt, aus der von ihm herausgegebenen Schrift „England und der Kriegsausbruch" die Darstellung über den Besuch des Oberst House in Berlin im „Evening Graphic" zum Abdruck zu bringen. In einem vierten Aufsatz der gleichen Zeitung bringt Viereck Material, das ihm über die letzten deutschen Friedensbemühungen im Juli-August 1914 Herr von Jagow zur Verfügung gestellt hat.

★

DEUTSCHLAND.

Die wahre Ursache der russischen Mobilmachung. Von Graf Max Montgelas.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", Nr. 149, 30. März 1926.

In der „Berliner Morgenpost" vom 29. Januar 1926 hatte Arnold Rechberg versucht, den vom Zaren am frühen Nachmittag des 30. Juli 1914 gefaßten Beschluß zur russischen allgemeinen Mobilmachung mit der irrtümlichen Nachricht des „Berliner Lokalanzeiger" über die angebliche deutsche Mobilmachung zu entschuldigen.

Der falschen Auffassung Rechbergs tritt Graf Montgelas entgegen und zeigt in eingehender Darlegung, daß die Meldung des „Berliner Lokalanzeiger" auf den Beschluß des Zaren ohne jeden Einfluß gewesen ist, und daß die russische allgemeine Mobilmachung angeordnet worden ist „einzig und allein deshalb, weil die militärischen Ratgeber des Zaren und auf deren Drängen auch der Außenminister die Teilmobilmachung für verhängnisvoll und technisch undurchführbar erachteten."

Sir Edward Grey. Von A. Mendelssohn Bartholdy.

„Europäische Gespräche", Dezember 1925, Januar 1926.

Eine sehr eingehende und wertvolle Kritik der Memoiren Lord Greys.

Meine Denkschrift über die Flottennovelle vom 10. Januar 1912. Von Botschafter a. D. Graf Paul Metternich.

„Europäische Gespräche", Februar 1926.

Graf Metternich veröffentlicht den Wortlaut einer Denkschrift, die er auf Wunsch des Reichskanzlers niedergeschrieben hatte, um die hauptsächlichsten Bedenken gegen eine neue Flottennovelle zusammenzufassen.

Der deutsche Flottenbau und die englische Politik. Von Hans Herzfeld.

„Archiv für Politik und Geschichte", 1926, Heft 1/2.

Eine sehr eingehende Darstellung auf Grund der Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes und der Dokumente des Großadmirals von Tirpitz. Dr. Herzfeld behandelt die Zeit von 1898—1908.

Der deutsche Generalstab und die Kriegsschuld. Von Generalleutnant Grafen Waldersee.

„Deutscher Offizierbund", 1926, Nr. 8, 9.

Generalleutnant Graf von Waldersee, in den letzten beiden Jahren vor dem Kriege Oberquartiermeister I im Großen Generalstab, schreibt über die Julikrise und den Kriegsausbruch 1914:

„Die Mordtat von Sarajewo erschien dem Chef des Generalstabes der Armee wie seinen nächsten Mitarbeitern natürlich als ein Ereignis, das große Folgen haben könnte.

Irgendwelche Schritte aber, an dieses Geschehnis anknüpfend, für uns eine Entscheidung herbeizuführen, hat General von Moltke weder direkt noch indirekt, weder bei der eigenen Regierung noch bei den verbündeten Generalstäben unternommen."

„In den nunmehr beginnenden Verhandlungen — schreibt Waldersee — der Reichsleitung mit Österreich wegen dessen Vorgehen gegen Serbien und bei den Erwägungen über dessen Konsequenzen für uns, wenn solche überhaupt stattgefunden haben — ist der Generalstab vollständig ausgeschaltet worden. Hof und Kanzler, beide wollten ja nichts weniger als Krieg, handelten allein. General von Moltke wurde nicht zitiert." . . .

Über die Kriegserklärungen schreibt Waldersee:

„Daß mit den Kriegserklärungen unsererseits vorangegangen wurde, — Herr von Bethmann erließ sie gegen Rußland im wesentlichen nur, wie er selbst zu meinem Gewährsmann geäußert hat, um die von ihm gefürchteten Sozialisten bei der Stange zu halten, — war den Wünschen des Generalstabes völlig entgegen und wurde als ein schädlicher Mißgriff empfunden."

Cadornas Angriffsplan gegen Frankreich. Von Dr. Hans v. Hentig.

„Vossische Zeitung", Nr. 164, 8. April 1926.

Cadorna hat in Mailand unter dem Titel: „Altre pagine sulla grande guerra" die Denkschrift veröffentlicht, die er am 31. Juli 1914 verfaßt hat. Aus dieser Denkschrift geht hervor, daß Cadorna ein unbedingter Anhänger der Idee war, die dritte italienische Armee

am Südflügel der deutschen Front einzusetzen. Nach Cadorna hätte die italienische Hilfe möglicherweise außer den drei vorgesehenen Korps noch durch sechs weitere Armeekorps an der deutschen Südflanke erhöht werden können. (Wir werden auf die Denkschrift Cadornas in einem der nächsten Hefte eingehend zurückkommen.)

Wilsons Freund. Von Botschafter z. D. Graf Johann Heinrich v. Bernstorff.

„Vossische Zeitung", Nr. 71, Ausgabe A, 25. März 1926.

Graf Bernstorff schreibt über die Memoiren des Oberst House: „Ich habe die ganze von House beschriebene Periode miterlebt und kann im allgemeinen seiner Darstellung nur zustimmen, mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, daß ich seine europäischen Erlebnisse nur vom Hörensagen kenne, und daß der nationale Gegensatz verschiedene Auffassungen erzeugte." Graf Bernstorff gliedert die von House beschriebene Periode in drei Teile: die erste reicht bis zum Lusitania-Zwischenfall, die zweite bis zum Sussex-Ultimatum, die dritte bis zum Abbruch der Beziehungen mit Deutschland. In der ersten Periode handelte es sich um Neutralitätsfragen und Friedensfühler, in der zweiten stand Deutschland täglich vor dem Kriege mit den Vereinigten Staaten, während in der dritten eine Beruhigung gegenüber Deutschland eintrat, da Wilson gegenüber den Alliierten sehr aufgebracht war, weil sie seine Intervention abgelehnt hatten. Er entschied sich für den Frieden ohne Sieg, als der uneingeschränkte U-Bootkrieg den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland brachte. Welche Aussichten Deutschland gehabt hätte, zeigt ein Ausspruch Greys, den Professor Seymour, der Herausgeber der House-Memoiren, zitiert: „Wir hätten Wilsons Frieden ohne Sieg annehmen müssen, denn wir waren vollkommen abhängig von den Vereinigten Staaten."

Die Kriegsschuldfrage und der Völkerbund. Von Generalleutnant von Cramon.

„Rheinischer Beobachter", Nr. 7, 1. April 1926.

Cramon fordert Klärung der Kriegsschuldfrage vor Eintritt in den Völkerbund. „Mit dem Makel der Kriegsschuld können wir nicht in den Völkerbund eintreten. . . . ."

Die Kriegsschuldfrage nach Genf. Von Alfred von Wegerer.

„Kreuzzeitung", Nr. 162, 8. April 1926.

Wenn auch heute wohl nicht damit gerechnet werden darf, daß der Völkerbund einmal das Forum abgibt, vor dem die Kriegsschuldfrage eine gerechte Lösung finden kann, so wäre es

doch falsch, deshalb den Kopf hängen zu lassen und davon abzusehen, „auf die völlige Beseitigung der Kriegsschuldlüge zu dringen." Der erfreuliche Fortschritt der Kriegsschuldfragenforschung im Auslande gibt dazu auch gar keine Veranlassung.

Grey über den Ausbruch des Weltkrieges. Von Alfred von Wegerer. „Der Student", 1. April 1926.

Eine Kritik der Ausführungen, die Grey in seinen Memoiren dem Kriegsausbruch 1914 widmet, unter besonderer Berücksichtigung der „abnormen Vorstellungen Greys vom preußischen Militarismus".

Franz Ferdinands Pläne. Thronmanifest des ermordeten Thronfolgers von Österreich. Ein historisches Dokument. Von J. A. Freiherrn von Eichhoff, ehemaligem Gesandten der Republik Österreich in Paris.

„Berliner Tageblatt", Nr. 152, 31. März 1926.

Das nachstehende Manifest des ermordeten österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand, das Freiherr von Eichhoff aus seinen Papieren veröffentlicht, zeigt, daß die slawischen Völkerschaften des alten Habsburgerreichs in Franz Ferdinand ihren besten Freund verloren haben. Ohne das Verbrechen von Sarajewo würde die Frage der Nationalitäten im Donaustaat nach dem Tode Kaiser Franz Josephs friedlich gelöst worden sein.

Das Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, Meinen erhabenen Oheim, Seine Majestät Unseren allergnädigsten Herrn, Kaiser und König Franz Joseph I. nach langer, segensreicher Regierungstätigkeit aus dem Leben abzurufen, sind Kraft der mit der Pragmatischen Sanktion Unseres erlauchten Vorfahren Kaiser Karl VI. für alle Zeit festgelegten Sukzessionsordnung Wir Franz II. von Gottes Gnaden zum Thronfolger in allen unter dem Zepter unseres Hauses vereinigten Königreichen und Ländern berufen.

Wir verkünden hiermit feierlich allen Völkern der Monarchie Unsere Thronbesteigung.

Von tiefem Schmerz bewegt stehen Wir mit den Völkern des Reiches an der Bahre des verewigten Kaisers und Königs, dankbaren Herzens seiner väterlichen Liebe, seines hohen Sinnes, seiner Pflichttreue und rastlosen Arbeit, seiner Güte und Milde gedenkend.

Sein erhabenes Beispiel soll auch der Erfüllung Unserer Herrscherpflichten voranleuchten. Dem Glücke und der Wohlfahrt Unserer Völker ist in Zukunft Unser ganzes Leben und alle Unsere Kraft geweiht.

Allen Völkern der Monarchie, allen Ständen und jedermann, der in nationaler Arbeit seine Pflicht tut, welchen Stammes und Glaubens auch er sein mag, bringen Wir gleiche Liebe entgegen. Ob hoch, ob niedrig, ob arm oder reich, alle sollen vor Unserem Thron gleichgehalten werden.

Die bewährten konstitutionellen Einrichtungen und die Rechtsordnung des Staates, an der jeder Bürger nach den Gesetzen gleichen Anteil hat, wollen Wir achten und mit kraftvoller Hand schützen. Zum Wohle und Gedeihen aller Völker in allen Teilen der Monarchie halten Wir es für Unsere nächste Pflicht, eine Vereinigung zum großen Ganzen und ein einträchtiges Zusammenwirken nach gerechten Grundsätzen auf klarer, zuverlässiger Grundlage zu stellen, die — ungetrübt von Unseren Bestrebungen — über Zweifel und Anfechtungen erhaben sind. In der Reichsverfassung müssen daher zunächst die Widersprüche behoben werden, die derzeit zwischen den für die gemeinsamen Angelegenheiten in der Monarchie geltenden österreichischen und ungarischen Gesetzen bestehen und die Leistung des vorgeschriebenen Eides auf die Verfassungsvorschriften durch deren Unvereinbarkeit unmöglich machen. Als Unterpfand Unserer heiligsten Regentenpflichten wollen Wir sodann die unzweideutigen Bestimmungen der Reichsverfassung gleichzeitig mit den grundsätzlichen Rechten und Freiheiten aller Angehörigen der Monarchie mit feierlichem Krönungseide bekräftigen. Um die Möglichkeit hierfür zu schaffen, werden Unsere Regierungen ohne Verzug die notwendigen Maßnahmen einleiten.

Die Einheit des Reiches nach außen, auf der seine Großmachtstellung aufgebaut ist, und den durch die Pragmatische Sanktion gewährleisteten unteilbaren und unzertrennlichen Besitz der unter Unserem Zepter vereinigten Länder wollen Wir mit Festigkeit wahren.

Wir werden unbeugsam dafür sorgen, daß das feste Gefüge der bewaffneten Macht von einseitigen politischen Strömungen unberührt bleibe. In Unserer getreuen Armee erblicken Wir den Hort und die zuverlässige Gewähr nicht nur für die Erhaltung und Sicherheit des Wohls im Innern, sondern auch für die Erfüllung Unseres aufrichtigen Wunsches zur Fortsetzung der Friedenspolitik Unseres erhabenen, nun in Gott ruhenden Oheims.

In diesem Sinne wollen Wir an dem bewährten Bündnis mit fremden Staaten festhalten, mit allen auswärtigen Mächten im guten Einvernehmen bleiben und, soweit nicht Ehre und Existenz des Vaterlandes angegriffen werden, nach Kräften bemüht sein, für die

Erhaltung des Friedens zu wirken, damit sich die Völker der Monarchie ungestört ihren kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben widmen können, die in Uns stets den wärmsten Förderer finden werden.

Recht und Gesetz werden Wir bei Erfüllung Unserer Regierung gerecht zur Geltung bringen, jede redliche Arbeit schützen, jedes gemeinnützige Wirken fördern. Wir werden hierbei von allen Organen Unserer Regierung, von allen Behörden und Dienern des Staates die unentwegte, eiserne und verständnisvolle Pflichterfüllung sowie eine von Parteiströmungen und Standesinteressen durchaus unbeeinflußte Hingebung für das allgemeine Beste und das Wohl des Vaterlandes verlangen.

Ebenso wie alle Unserem Zepter angehörigen Völker in bezug auf die Mitwirkung an den gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie gleichen Rechten teilhaft werden sollen, erfordert es die Gleichberechtigung, daß jedem Volksstamm seine nationale Entwicklung im Rahmen der gemeinsamen Interessen der Monarchie gewährleistet bleibt, und daß allen Volksstämmen, allen Ständen und allen Berufsklassen, wo dies noch nicht durchgeführt ist, die Wahrung ihrer berechtigten Interessen durch gerechte Wahlgesetze ermöglicht werde.

Die Völker der Donaumonarchie sind durch tausendfache Bande geschichtlicher Entwicklung und gemeinsamer Bildung und Kultur, gemeinschaftlicher Interessengemeinschaft miteinander verknüpft. Sie sollen sich in brüderlicher Liebe zusammenschließen, Trennendes beseitigen, Gemeinsames kräftigen und nur auf dem Gebiete des kulturellen und wirtschaftlichen Fortschrittes im edlen Wettkampf einander gegenübertreten. Vertrauensvoll rufen Wir alle auf, denen das Gedeihen Unseres von Gott mit so reichen Gaben gesegneten Vaterlandes am Herzen liegt, ihre Arbeit mit der Unseren zu vereinen. Nur durch das einträchtige Zusammenwirken aller Unserer Völker wird das Wohl jedes einzelnen Stammes gesichert und gefördert.

Alles Glück kann aber nur aufgebaut sein auf frommen Sinn. Diesen bei Unseren Völkern zu wahren, soll Uns Gewissenssache sein.

So flehen Wir vertrauensvoll um Gottes Hilfe, auf daß sein Segen vor der Erfüllung Unserer Herrscherpflichten sowie in der Arbeit jedes Unseres geliebten Untertans sei, auf daß der Allmächtige Uns erleuchte und stärke, damit Wir Unsere Völker zu Wohlfahrt, Glück und Frieden führen mögen.

Das walte Gott!“

Vergleiche hierzu auch den Artikel von Paul Wentzke: „Erzherzog Franz Ferdinands Manifest“ in der „Kölnischen Zeitung“, 10. April 1926, Nr. 265.

*

FRANKREICH.

Aus dem Märzheft der „Evolution“.

Das Märzheft der Pariser Monatsschrift „Evolution“, von Victor Margueritte begründet und von Armand Charpentier herausgegeben, bringt sehr inhaltreiche Aufsätze zur Kriegsschuldfrage. Aus der Feder von Margueritte selbst wird das Vorwort veröffentlicht, das dieser der französischen Übersetzung eines für die Kriegsschuldfragenforschung sehr wertvollen russischen Sammelwerkes: „Les Alliés contre la Russie“ widmet. Dieses Werk bringt neue, interessante Aufschlüsse über die Entwicklung des französisch-russischen Bündnisses.

Der Aufsatz über die Kriegsschuldfrage, den der ehemalige Reichskanzler Dr. Wilhelm Marx im Januarheft 1926 der amerikanischen „Foreign Affairs“ veröffentlicht hat, wird den Lesern der „Evolution“ in französischer Übersetzung vermittelt.

Georges Demartial berichtet in eingehender Darlegung über den gegenwärtigen Stand der Kriegsschuldfragenforschung in Frankreich. Der gleiche Aufsatz konnte bereits im Märzheft unserer Zeitschrift und im Märzheft der New Yorker „Current History“ erscheinen. Ein schönes Beispiel für die im besten Sinne internationale Einstellung und Bedeutung der Kriegsschuldfragenforschung!

Baron Baudran weist in einem Artikel: „Die Auslassungen des russischen Orangebuches“ auf das von Friedrich Stieve eingeleitete und mit zahlreichen, bisher unveröffentlichten Dokumenten neu herausgegebene russische Orangebuch über den Eintritt der Türkei in den Weltkrieg hin.

Le Traité de Bjoerkoe. Von Emile Laloy.
„Mercure de France“, 15. März 1926.

Eine Studie auf Grund der Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes.

Le roman d'un Homme d'Etat. Von Victor Margueritte.
„La Volonté“, 31. März 1926.

In den beiden ersten Bänden seiner Erinnerungen hat Poincaré einige Briefe des französischen Schriftstellers Victor Margueritte veröffentlicht, aus deren Inhalt Poincaré beweisen wollte, daß

Margueritte einmal wesentlich anders über den Politiker und Staatsmann Poincaré geurteilt hat, als er dies später in seinen zahlreichen Aufsätzen und in seinem Buch: „Les criminels“ getan hat. Gegen diese Methode der Selbstverteidigung wendet sich Margueritte in einem ausführlichen Artikel. Gewiß habe er nicht nur bis 1914, sondern bis 1919 Poincaré für einen sehr bedeutenden und ehrenwerten Staatsmann gehalten, gewiß habe er vor dem Kriege mehrfach Poincaré um einige Gefälligkeiten für sich und seinen Bruder gebeten, wie dies unter Freunden wohl üblich sei. Aber wie könne Poincaré diese persönliche Korrespondenz benutzen, um die gegen seine Politik gerichteten Angriffe abzuwehren! Margueritte kündigt eine Broschüre an, in der er sich mit den Aufzeichnungen Poincarés auseinandersetzen werde.

*

ITALIEN.

Salandra über Deutschlands Rolle im Völkerbund.

„Berliner Tageblatt“, Nr. 165, 8. April 1926.

Salandra, der ehemalige italienische Ministerpräsident und frühere Vertreter Italiens im Völkerbund, veröffentlicht im „Corriere della Sera“ vom 7. April einen Leitartikel über Deutschland und den Völkerbund. „Wenn Deutschland erst einmal in den Völkerbund aufgenommen sei, so werde es die letzten Ziele seiner internationalen Politik zu erreichen streben, nämlich die langsame Aushöhlung, wenn nicht Umstürzung der Friedensverträge auf Grund der im ganzen deutschen Volke durchgedrungenen Überzeugung von der sogenannten Kriegsschuldlüge. Das sei eine These, der jede deutsche Regierung in Genf Rechnung tragen müsse.“

*

RUSSLAND.

Wie begann der Krieg 1914. Von Professor Baron M. A. Taube.

„Rul“, 31. März 1926.

In einem zweiten Aufsatz setzt Professor von Taube seine Besprechung der englischen Ausgabe der Tagesaufzeichnungen des früheren russischen Außenministeriums fort und beschäftigt sich hier mit dem von S. D. Sasonow verfaßten Vorwort. Auch dieses nennt er nicht weniger „kompromittierend“ als das von Baron Schilling verfaßte und begründet seine Auffassung an zwei Beispielen. Erstens erwähnt Sasonow wieder einmal das Extrablatt des „Lokalanzeigers“, dessen Bedeutungslosigkeit hinsichtlich der russischen

Mobilmachung längst festgestellt sei, wobei sich Professor von Taube besonders auf die von Swerbejew und Paléologue mitgeteilten Daten beruft.

Das andere Beispiel für die Wertlosigkeit der Einleitung Sasonows sieht der Verfasser in der Behauptung des früheren russischen Außenministers, daß durch die von den Alliierten angebotene Garantie für die territoriale Integrität der Türkei die behaupteten imperialistischen Angriffsabsichten Rußlands gegenüber der Türkei widerlegt seien. Die in der letzten Zeit bekanntgewordenen Dokumente über die russische Meerengenpolitik hätten die russischen Absichten hinsichtlich der Meerengen genügend erwiesen. Zudem erinnert Taube an die Äußerung Doumergues gegenüber Iswolski, daß eine solche Garantie der territorialen Integrität der Türkei Rußland an und für sich nicht hindern würde, „nach Beendigung des Krieges die Meerengenfrage in einem ihm günstigen Sinne zu lösen".

*

SERBIEN.

Erregte Kriegsschulddebatten in Belgrad.

In der Sitzung der Belgrader Skupschtina vom 26. Februar 1926 hat der Führer der Landbauern, Joca Jovanović, heftige Anklagen gegen den bisherigen Ministerpräsidenten Pasitsch, der am 4. April wegen seines Konfliktes mit den kroatischen Ministern zurückgetreten ist, gerichtet. Jovanović warf dem Ministerpräsidenten vor, nichts getan zu haben, „um einen schändlichen Feldzug abzuweisen, der gegen das Königreich Serbien, seine Staatsmänner und seinen Herrscher geführt wird. Der Feldzug besteht darin, Serbien, das Königreich Serbien und besonders seine Regierung, zu beschuldigen, am Weltkriege schuld zu sein."

Jovanović führte weiter aus:

„Schon gleich zu Beginn des Weltkrieges gründeten in Deutschland Geschichtsprofessoren eine Gesellschaft, die gegenüber den neutralen Staaten und ihrer eigenen öffentlichen Meinung, möglichst auch in Amerika, beweisen sollte, daß nicht Deutschland am Weltkriege schuld ist, sondern daß England und Rußland den Weltkrieg hervorgerufen haben. Dieser Feldzug wird seit 1917 geführt und dauert bis zum heutigen Tage fort, und zwar mit viel größerer Stärke, als man bei uns denkt, und von unserer Seite geschieht nichts, um diesen Feldzug abzuschlagen. Den Professoren und der Gesellschaft ist es gelungen, zu erreichen, daß man über diese Frage in Amerika, in England und in den neutralen Staaten spricht. Es

ist ihnen nicht gelungen, England als den Schuldigen hinzustellen, wie sie anfangs wollten: es ist ihnen nicht gelungen, Rußland die Schuld nachzuweisen, uns ermutigt zu haben, daß wir 1914 anläßlich des Attentats von Sarajewo in den Krieg traten. Auch das ist ihnen nicht gelungen. Aber infolge einer Unachtsamkeit von unserer Seite haben sie erreicht, daß in letzter Zeit die Leute in Amerika und England anfangen zu glauben, daß wir wirklich schuld sind. Sie beschuldigen uns, wir hätten 1914 gewußt, was am Veitstage in Sarajewo in Vorbereitung sei, und hätten es nicht verhindert. Sie führen gewisse Beweise an, die nach meiner Meinung keine Beweise sind, die aber im Auslande zu Wege gebracht haben, Zweifel zu erwecken, als ob wir wirklich vom Attentat von Sarajewo gewußt und es nicht verhütet hätten. Zwei Jahre spricht man hiervon, zwei Jahre schreibt man hierüber. Ich glaube, es gibt in deutscher, englischer und französicher Sprache eine ganze Literatur darüber, über diese unsere Mitwirkung gibt es einige zwanzig Bücher und Broschüren. Das sind alles Feinde von uns, die diese Bücher geschrieben haben, und wir haben nichts getan, um zu sagen: es ist nicht wahr, wir haben nicht mitgewirkt, wir haben nicht um das Attentat von Sarajewo gewußt, und um das zu sagen, was in Wirklichkeit war. Ich muß sagen, es tut mir leid, daß der Herr Regierungspräsident, der auch damals Regierungspräsident war, nicht hier ist. Ich muß auch in seiner Abwesenheit sagen, daß mehrere Male der Versuch gemacht worden ist, ihn dazu zu bringen, daß er sein Wort dazu sagt, und daß es bisher nicht gelungen ist, zu erreichen, daß von seiner Seite in dieser so delikaten Frage, sei es in der Skupschtina, sei es im Wege des Interviews, gesagt würde: Serbien ist nicht schuld, Serbien ist nicht an dem Attentat beteiligt gewesen, wie es die Deutschen, wie es die Österreicher, wie es die Ungarn beschuldigen. Und ich kann sagen, daß auch wir in Belgrad von hier aus es einige Male versucht haben und daß auch unsere Freunde in Amerika und in England gleichfalls mehrere Male den Versuch gemacht haben, daß es dazu komme, und daß man bis jetzt nichts als Antwort von zuständiger Seite erhalten konnte.

Es ist notwendig, daß Serbien vollkommen rein hieraus hervorgehe. Andererseits, wenn wir nichts tun, wenn wir unsere Freunde im Zweifel lassen, schädigen wir gleichfalls auch unseren Kredit im Auslande. Und wenn wir später in der Reparationsfrage, in der Frage unseres Kredits im Auslande und in der Frage der Schuldenregulierung Schwierigkeiten haben werden, glauben Sie mir, daß dann auch dieser Zweifel daran Anteil haben und schaden wird. Deshalb meine ich, daß es Zeit ist, daß von dieser Seite (auf die

Regierung zeigend) ein Wort hierüber gesagt wird. Und dann muß auch das Regierungspräsidium, das so großen Kredit hat, wenigstens von dort an anfangen zu schreiben und in Zeitungen, in Broschüren und in Büchern zu sagen, daß das Königreich Serbien am Weltkriege nicht schuld ist. Das kann bewiesen werden, und das ist für uns völlig klar ebenso wie auch für alle unsere Freunde in England und Amerika, und sie verlangen nur das, daß wir alsdann unsere ganze Kraft anstrengen und den Feldzug der Deutschen von der Schuld Serbiens am Weltkriege zu Fall bringen. Man verlangt nur, daß dies geschieht, aber es geschieht nicht. Jetzt ist der Augenblick, um das zu tun, und ich bitte diese Seite (zeigt auf die Mehrheit), das zu tun und daß es möglichst bald geschieht."

Trotz dieser eindringlichen Mahnung hat die serbische Regierung nichts zu ihrer Entschuldigung vorzubringen gewußt.

Der ehemalige Privatsekretär des Thronfolgers Alexander, Professor Georg Jelenić, greift in der Belgrader „Politika" vom 26. März 1926 den ehemaligen Kultusminister Ljuba Jovanović scharf an und beschuldigt ihn als Hochverräter, weil er die „Geschichtslüge erfunden habe, daß die serbische Regierung über die Vorbereitung des Attentats von Sarajewo unterrichtet gewesen sei. Jelenić scheut sich nicht, die Behauptung aufzustellen, der serbische Oberst Dragutin Dimitriewić habe im Einvernehmen mit der „Wiener und Berliner Hofkamarilla" den Erzherzog Franz Ferdinand ermorden lassen. Jelenić erklärt, er sei gerüstet, der Öffentlichkeit Beweise für die von ihm aufgestellten Behauptungen zu geben.

Da Jelenić auch die Organisation „Einigung oder Tod" im Zusammenhang mit der angeblichen Verschwörung der „Wiener und Berliner Hofkamarilla" genannt hat, geben im Namen der ehemaligen Organisation „Einigung oder Tod" in der „Politika" vom 31. März Milan Gr. Milovanović und Ced. A. Popović die Erklärung ab, sie würden, sobald Jelenić für seine Angaben Belege vorbringe, auch ihrerseits alles vorbringen, was sie über das Attentat von Sarajewo auf Grund der ihnen zur Verfügung stehenden Daten wüßten. Durch den Angriff auf ihre toten Gefährten (Apis und Tankosić), deren Patriotismus bisher von niemand angezweifelt worden sei, hielten sie sich künftighin aller Rücksichten entbunden, von denen sie sich bisher hätten leiten lassen. —

Auch auf die Beweise des Herrn Jelenić wird man ebenso vergeblich warten, wie auf das vor Jahren angekündigte serbische Blaubuch, das die Mitwisserschaft der serbischen Regierung am Attentat entkräften sollte.

Bücherschau.

Voranzeige.

In den nächsten Wochen wird in New York ein Werk über die Kriegsschuldfrage von Professor Harry Elmer Barnes erscheinen:

Barnes, Harry Elmer: The Genesis of the World War: an Introduction to the Problem of War Guilt. Alfred A. Knopf, New York 1926, XXIV, 745 S.

Neuerscheinungen.

Becker, Otto: Das französisch-russische Bündnis. Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. Zweiter Teil. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1926, 316 S.

Wir werden auf dises sehr wertvolle Buch in der nächsten Nummer zurückkommen.

Les Alliés contre la Russie, avant, pendant et après la guerre mondiale. Préface de Victor Margueritte. André Delpeuch, Paris 1926, 391 S.

Lion, Ferdinand: Große Politik. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Berlin und Leipzig 1926, 221 S.

Bei der Schriftleitung eingegangen:

Oncken, Hermann: Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten. Erster Band: 1863 bis Juli 1866. Zweiter Band: Juli 1866 bis 1868. Dritter Band: Juli 1868 bis August 1870. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig, 1926, 382 S., 591 S., 550 S.

Roth, Paul: Die Entstehung des polnischen Staates. Eine völkerrechtlich-politische Untersuchung. Verlag von Otto Liepmann, Berlin, 1926, 168 S.

Steketee-Hulst, Cornelia: „Our Secret Alliance". League to Ensure International Justice, Chicago 1917, 71 S. Deutsche Ausgabe: „Unser Geheimbündnis". Frei übersetzt von Germanicus. 39 S. Ohne Orts- und Jahresangabe.

Bei Anfragen, Bestellungen und Einkäufen bitten wir auf unsere Zeitschrift
„Die Kriegsschuldfrage"
Bezug zu nehmen.
Der Verlag.

Rosenthal
Rosenthal
PORZELLANKUNST
BERLIN
BELLEVUESTR. 10 • TAUENTZIENSTR. 19

Rosenberg & Fischer, Berlin C2

Neue Friedrichstrasse 23 a

Schürzenfabrik

Schürzen / Spielhosen / Russenkittel

Wer sein Haar nicht färben,

das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden"

à Flasche **3,75 Mark** (blond, braun, schwarz). **Nur** zu haben bei

Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute

Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Preußische

Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

Setzmaschinen
Stereotypie

Berlin SW 48
Wilhelmstraße 32
Fernspr.: Hasenheide 5981-98

Rotationsdruck
Flachdruck

empfiehlt sich zur preiswerten Anfertigung sämtlicher Drucksachen u. Massenauflagen

Zeitschriften • Werke • Zeitungen

Kopfschuppen werden in kürzester Zeit beseitigt

durch den Gebrauch von

Apoth. Zadeck Kopfschuppenwasser

Erhältlich beim Fabrikanten **R. Kalck, Berlin, Charlottenstrasse 76**

Niederlage aller in- und ausländischen Parfümerien

Preis per Flasche M. 2,50

H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren
Silberausstattungen

gegründet 1767

Gustav

Hirsch

Berlin C2

Königstrasse 42

★

Trikotagen
Wollwaren
Strümpfe
Tücher
Schals

J. Čepek

Charlottenburg

Leibnizstraße 23

Tel.: Steinplatz 7463

Vornehme

Herrenmoden

nach Maß

Lager

in- und ausländischer

Stoffe

Fritz Worbs

Charlottenburg 2
Grolmanstraße 56
Tel. Steinpl. 2255

Antiquitäten

Ankauf ‖ Verkauf

Sämtliche Erzeugnisse der staatl. Porzellanmanufaktur
(früher Königl. Berlin)

Was liefert die „Deutsche Tracht"?

Deutsche Tracht (Rock, Weste, lange oder kurze Hose) siehe Abb. . **Mk. 66**
Deutsches Wams (bisherige Qualität) siehe Abbildung . . . . . **Mk. 85**
Deutsches Wams (aus bestem Kammgarn, neue Qualität) siehe Abb. **Mk. 96**
Deutsche Hansa Dunkelblauer, zweireihiger Sacco-Anzug (nur mit langer Hose) aus Spezialkammgarn . . . . . **Mk. 92**
Deutscher Trachtmantel Gabardine, Rückenfalte mit Gurt, zweireihig . . . . . **Mk. 96**

Erleichterte Zahlungsbedingungen Versand in ganz Deutschland

Stoffproben, Maßanleitung und Druckschriften werden gern kostenlos übersandt.

Deutsche Tracht gemeinnützige G. m. b. H.
Berlin NW 6, Luisenstraße 38

Verkaufsstellen:

Berlin NW 6, Luisenstr. 38
Eingang Marienstraße 1
Essen, Bahnhofstraße 83
Flensburg, Holm 57
Kiel,
Brunswicker Str. 13-15
Lübeck, Handelshof
Magdeburg,
Gr. Diesdorfer Str. 227
München,
Reichenbachstraße 18

Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Für den Anzeigenteil: Erich M. J. Beele, Charlottenburg 1.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

SOEBEN ERSCHIEN:

Eine neue Rede

des

Senators Robert L. Owen

über die

Kriegsschuldfrage

Gehalten vor der

Foreign Policy Association
in Boston

am 27. März 1926

*

Herausgegeben von der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen
Berlin NW6

1926

Preis 0,50 Mark

„Fragen, die bis ins innerste das friedliche Leben der Völker beeinflussen, müssen, wenn einmal aufgeworfen, die Lösung erhalten, welche die Gerechtigkeit verlangt."

Der italienische Ministerpräsident Emanuel Orlando in einer Rede zur Kriegsschuldfrage vom 3. Oktober 1918. Zitiert in der Mantelnote zum Ultimatum der Alliierten und Assoziierten Regierungen vom 16. Juni 1919.

Nachdruck aller Aufsätze nur mit Quellenangabe gestattet.

Das Wichtigste aus dem Inhalt.

Zu einer dramatischen und historisch außerordentlich bedeutsamen Diskussion ist es anläßlich der Tagung des Hauptausschusses der serbischen Radikalen Partei gekommen. Pasič war nicht in der Lage, die von Ljuba Jovanovič behauptete Mitwisserschaft der serbischen Regierung am Attentat von Sarajewo zu entkräften. Ljuba Jovanovič selbst, der auf Antrag von Pasič mit Stimmenmehrheit aus der Radikalen Partei ausgeschlossen wurde, erklärte, daß er alles das, was er im „Blut des Slawentums" veröffentlicht habe, auch heute noch aufrecht erhalte und daß er bereit sei, seine Behauptungen durch Veröffentlichung von Dokumenten zu beweisen. Gegen eine derartige Veröffentlichung erhoben der serbische Ministerpräsident und der serbische Außenminister sofort Einspruch. Alfred von Wegerer hat das gesamte neu vorliegende Beweismaterial für die Mitschuld der serbischen Regierung in seinem Aufsatz „Neue Ausschnitte zum Attentat von Sarajewo" verarbeitet und kommt zu dem Schlußergebnis, „daß die serbische Regierung von 1914 für die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand mitverantwortlich gemacht werden muß".

★

Der einzige sozialistische Vertreter im amerikanischen Kongreß, Victor Berger, hat einen Antrag eingebracht, in dem der Präsident der Vereinigten Staaten gebeten wird, „eine internationale Konferenz einzuberufen zum Zweck der Revision der Vertragsbedingungen von Versailles und zum Zwecke der Veröffentlichung der Geheimverträge, welche die Ursachen des Weltkrieges bilden, aus den Archiven der alliierten und assoziierten Regierungen". Zur Begündung seiner Interpellation hielt Victor Berger eine Rede, in der er auf das schärfste die Bestimmungen des Versailler Vertrages verurteilte, und im einzelnen ausführte, welche furchtbaren Auswirkungen dieser Vertrag in den Jahren nach 1919 in Europa gezeitigt hat. Schonungslos geißelte Berger in seiner Rede die Kriegsgreuelpropaganda der Alliierten während des Krieges. Über die Kriegsschuldlüge sagte er:

„Aber die größte Lüge von allen — die Lüge, die allen gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Welt zugrunde liegt — ist die Lüge, daß Deutschland die einzige Ursache des Weltkrieges war, weil der sogenannte Frieden von Versailles darauf beruht. Ohne diese Lüge kann der Vertrag von Versailles nicht bestehen."

★

Graf Max Montgelas veröffentlicht den zweiten Teil seiner Besprechung der Memoiren von Lord Grey. Er behandelt die entscheidenden Jahre der Vorkriegszeit vom englisch-russischen Abkommen 1907 bis zum Abschluß der Balkankriege 1913.

★

Der österreichische Generalstabsoberstleutnant a. D. Rudolf Kiszling gibt eine zusammenhängende Darstellung der österreichisch-ungarischen Mobilisierungsmaßnahmen gegen Rußland bei Kriegsausbruch 1914.

★

Der französische Ministerpräsident Briand hat dem Generalsekretär der französischen „Liga für Menschenrechte" versprochen, daß er bei dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine genugtuende Erklärung über den Artikel 231 des Versailler Vertrages abgeben werde.

★

Zum ersten Male wird das italienisch-russische Abkommen von Racconigi, das in einem Briefwechsel zwischen dem italienischen Außenminister Tittoni und dem russischen Außenminister Iswolski vom 24. Oktober 1909 niedergelegt ist, veröffentlicht. Dieser Rückversicherungsvertrag gab Italien volle Freiheit in Tripolis und gewährte Rußland die italienische Unterstützung bei Aufrollung der Meerengenfrage.

Der Weltkrieg und der Versailler Vertrag.

Victor Berger.

Wir veröffentlichen nachstehend die Rede, die der amerikanische Abgeordnete Victor Berger (Wisconsin) im amerikanischen Kongreß am 18. Januar 1926 gehalten hat. Einige erläuternde Fußnoten sind von der Schriftleitung hinzugefügt worden.

Victor Berger, der einzige sozialistische Vertreter im Repräsentantenhause, hat im Anschluß an seine Rede einen Antrag eingebracht, in dem der Präsident der Vereinigten Staaten gebeten wird, „eine internationale Konferenz einzuberufen zum Zwecke der Revision der Vertragsbedingungen von Versailles und zum Zwecke der Veröffentlichung der Geheimverträge, welche die Ursachen des Weltkrieges bilden, aus den Archiven der alliierten und assoziierten Regierungen . . .“ Die Besprechung der Interpellation ist beschlossen und wir hoffen, über ihren Verlauf bald berichten zu können. Die Schriftleitung.

Herr Sprecher! Der letzte europäische Krieg verdiente in der Tat den Namen „Weltkrieg“. Es war fraglos das größte Unglück, das je die weiße Rasse betroffen hat.

Nach den besten Statistiken kostete der Weltkrieg 30 Millionen Menschenleben und 400 Milliarden Dollar an Eigentumswerten.

Um eine Vorstellung davon zu geben, was dies bedeutet, gestatten Sie mir, es auf folgende Art anschaulich zu machen:

Mit dem Betrage hätten wir ein 2500-Dollar-Haus bauen, dieses mit Möbeln für 1000 Dollar einrichten, es auf fünf Acker Land, zu 100 Dollar den Acker, stellen können und hätten all dies jeder Familie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Kanada, Australien, England, Wales, Irland, Schottland, Frankreich, Belgien, Deutschland und Rußland geben können.

Nachdem wir das getan hätten, wäre noch genug Geld übrig, jeder Stadt von 200 000 Einwohnern und darüber in allen obengenannten Ländern eine Bibliothek für fünf Millionen Dollar, ein Krankenhaus für fünf Millionen Dollar und eine Universität für 10 Millionen Dollar zu geben.

Und dann würden wir aus dem Rest noch genug Geld haben, eine Summe zu fünf Prozent Zinsen auszuwerfen, aus der für alle Zeiten ein jährliches Gehalt von 1000 Dollar für jeden von einer Armee von 125 000 Lehrern und außerdem dasselbe Gehalt für jede von einer Armee von 125 000 Krankenpflegerinnen gezahlt werden könnte.

Und, nachdem wir all dies getan haben, würden wir noch genug von unseren 400 Milliarden Dollar übrig haben, um Frankreich und Belgien und alles, was Frankreich und Belgien an Werten besitzen, aufzukaufen; das heißt, jede französische und belgische Farm, jedes Heim, jede Fabrik, Eisenbahn, Straßenbahn — kurz, alles was in diesen beiden Ländern von Wert ist.

Denn man muß daran denken, daß die Gesamtbewertung Frankreichs im Jahre 1914 nach den französischen amtlichen Zahlen 62 Milliarden Dollar betrug. Die Gesamtbewertung Belgiens betrug nach den amtlichen belgischen Zahlen ungefähr 12 Milliarden Dollar. Dies bedeutet eine Gesamtbewertung der beiden Länder im Jahre 1914 von weniger als 75 Milliarden Dollar.

Mit anderen Worten, der Preis, den die Führer und Staatsmänner der Entente, einschließlich der „Staatsmänner" der Vereinigten Staaten, die Völker der Welt für den Sieg über Deutschland zu zahlen zwangen, war dem Werte fünf solcher Länder wie Frankreich plus fünf solcher Länder wie Belgien gleich.

Und alles das wurde getan, um „die Welt für Pierpont Morgans Demokratie sicher zu machen", um Großbritanniens Übergewicht im Welthandel zu erhalten und Frankreich zur ersten Militärmacht der Welt zu machen — furchtbarer als irgendeine andere in der Weltgeschichte — und nur begrenzt durch ihre schreckliche Verschuldung und die Unfähigkeit mehr Geld zu borgen, bis der Frank stabilisiert ist.

Der grausamste Teil des Weltkrieges war nicht das Aushalten von Schlachten, noch der Mangel, an dem besonders das deutsche Volk während des Kampfes zu leiden hatte, da es von einem eisernen Ring umgeben war — der grausamste Teil war die Hungerblockade nach dem Kriege, sechs Monate lang, nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet worden war. Und an dieser bestialischen und unmenschlichen Blockade beteiligten sich nicht nur Großbritannien, sondern auch die Vereinigten Staaten.

Hunderttausende von Deutschen — besonders alte Leute, Frauen und Kinder — kamen um. Dies war eine der feigsten und grausamsten Handlungen der Wilson-Regierung.

Und sie wurde durchgeführt, nachdem Deutschland seine Waffen auf die sogenannten 14 Punkte hin niedergelegt hatte. Diese „14 Punkte" wurden jedoch niemals auch nur erwähnt bei den Friedensverhandlungen in Versailles.

Der Frieden von Versailles! Unsere Regierung half ihn zu entwerfen, und Woodrow Wilson unterzeichnete ihn, obwohl der Senat ihn verwarf.

Dieser Frieden von Versailles verteilte 15 Millionen Deutsche unter feindliche Nachbarn wie Schafe, die geschlachtet werden sollen.

Mitteleuropa wurde balkanisiert.

Eine Anzahl neuer Länder wurde gegründet, alle Trabanten Frankreichs, jedes mit einem großen stehenden Heere, das von Franzosen organisiert und geführt wurde.

Der Frieden von Versailles half, im militärischen Frankreich eine riesige Zwingburg und eine Anzahl kleinerer Zwingburgen derselben Art in Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien zu erbauen.

Auf der anderen Seite sind die Deutschen, eine Nation, die vor ein paar Jahren die erste auf der Welt an Macht, Zivilisation, Wissenschaft, Kunst und Handel war, heute ein Bettlervolk geworden, dessen Armut, verbunden mit der Notwendigkeit, billig zu arbeiten, und mit Talent für Organisation eine Gefahr für alle anderen Industrienationen geworden ist.

Was die Sieger anlangt, so steht Großbritannien mit dem Hut in der Hand herum, furchtsam, beinahe zitternd, weil England sich vor der französischen Luftflotte fürchtet.

Es gibt Millionen von Arbeitslosen in England. Frankreich ist jedoch bis auf den heutigen Tag nicht Willens, Europa wieder friedlich werden zu lassen. Frankreich hält immer noch eine Armee in der Rheinprovinz, die das Blut des industriellen Deutschland aussaugt.

Und obwohl England stark vom deutschen Handel abhängig ist, ist England hilflos.

Und nun zu Frankreich, das anscheinend den großen Preis dieses Krieges gewonnen hat. Tatsache ist, daß Frankreich das größte jemals bekannte stehende Heer, etwa 770 000 Mann, unterhält und den sorgfältigst ausgebildeten und kostspieligsten militärischen Apparat der Geschichte aufrechterhält — und zwar aus bloßer Feigheit. Es hält allein in der Rheinprovinz 150 000 Mann seit der Räumung des Ruhrgebiets.

Frankreich unterhält nicht nur seine eigenen kostspieligen militärischen Einrichtungen, sondern es hat Polen 450 Millionen Franken, Rumänien 100 Millionen Franken, Jugoslawien 300 Millionen Franken und der Tschechoslowakei 500 Millionen Franken zu dem Zwecke geliehen, ihre Heere und militärischen Einrichtungen zu unterhalten, um einen französischen Angriff zu unterstützen, wenn es Frankreich wünscht.

Und während Frankreich all dies getan hat, hat es nur sehr geringe Neigung gezeigt, auch nur einen Teil seiner Schuld an die Vereinigten Staaten zu zahlen — weder das Kapital noch die Zinsen —, eine Schuld, die sich jetzt auf etwa 4 Milliarden Dollar beläuft. Tatsächlich erklären führende Politiker in Frankreich zynisch, daß Frankreich niemals zahlen solle.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß das amerikanische Volk heute schwerer mit Steuern belastet ist, als irgendeine andere zivilisierte Nation mit Ausnahme Großbritanniens und Deutschlands. Wir sind überbelastet, weil wir nicht nur die Ausgaben unserer Regierung tragen, sondern auch noch helfen müssen, die Lasten einiger europäischer Länder, besonders Frankreichs, zu tragen.

Und doch ist Frankreich als Regierung dem Bankerott näher als irgendein anderes Land in Europa, mit Ausnahme Deutschlands, obwohl das französische Volk jetzt das von allen am niedrigsten besteuerte ist. Der französische „Franken" war vor dem Kriege gleich 20 Cents in amerikanischem Gelde. Er ist jetzt etwa drei Cents wert. Und Frankreich wird innerhalb fünf Jahren zusammenbrechen und in Rauch, Blut und Kommunismus aufgehen — wenn Frankreich seinen Kurs nicht gänzlich ändert.

Und nun zu den Vereinigten Staaten. Wir sind in der Annahme in den Krieg eingetreten, daß kleinen Kindern in Belgien die Finger abgeschnitten wurden, und um den Militarismus in der Welt abzuschaffen. Dieser Krieg kostete uns 40 Milliarden Dollar und 123 000 Menschenleben, und noch viele mehr starben an der Influenza, die eine unmittelbare Folge des Krieges war.

Wir haben aus diesem Kriege 23 000 neue Millionäre und mehr als 200 000 Krüppel erhalten. Außerdem den wohlverdienten Haß fast jeder Nation der Erde, weil wir keinen guten Grund hatten, uns an dem Blutvergießen zu beteiligen, und keine Kosten scheuten, uns zu drücken (to sneak away), nachdem wir beim Zustandekommen des höllischen Vertrags von Versailles geholfen hatten.

Der Weltkrieg beruhte auf einer Million Lügen. Dies wird heute zugegeben, nicht nur von neutralen Staatsmännern und Historikern, sondern von den meisten der führenden Staatsmänner des Weltkrieges selbst — von Engländern, Russen und Italienern.

Das einzige Land, wo noch eine dichte Wolke der Unwissenheit die Gehirne des Volkes umnebelt, sind die Vereinigten Staaten von Amerika.

Hier leiden wir noch an der Kriegspropaganda — einer Propaganda, die anscheinend in Amerika gründlicher war, als in

irgendeinem andern Lande auf Gottes Erde. Teils aus dem Grunde, daß in diesem Lande mehr Geld für diese Propaganda ausgegeben worden ist, als in irgendeinem andern Lande, teils weil dieselben Mächte, die in diesem Lande die Zeitungen beherrschen, auch die Schulen, Kirchen, Theater, Lichtspieltheater und alle anderen Mittel bei der Nachrichtenverbreitung, im Ausdruck und in Veröffentlichungen beherrschen. Und teils, weil unser Volk weniger über europäische Angelegenheiten weiß, als die Europäer und leichtgläubiger und fügsamer ist, als die meisten von ihnen.

Besonders Großbritannien hatte die Propaganda für seine eigene Sache in diesem Lande länger als 25 Jahre vor dem Weltkriege betrieben. Diese Propaganda wurde verstärkt, als der Weltkrieg näher kam. Seit dem sogenannten Frieden von Versailles scheint die ganze Lügenverbreitungs-Maschine von der französichen Regierung übernommen worden zu sein, die für diesen Zweck ein Büro in New York errichtet hat.

So gibt es Leute in Amerika, die noch glauben, daß dies ein Krieg war, „um die Welt fest für die Demokratie zu gewinnen". Oder ein Krieg „für Freiheit", oder „ein Krieg, den Militarismus abzuschaffen", oder „ein Krieg, das kleine Belgien zu schützen". Und da ich gerade von Belgien spreche, möchte ich Francesco Nitti, den italienischen Premierminister während des Weltkrieges, anführen.

Er sagt über die Geschichte von den „armen kleinen belgischen Kindern":

„Um die Wahrheit der gegenwärtigen europäischen Krise der Welt klar zu machen, ist es nötig, immer wieder die boshaften Legenden zu zerstören, die durch die Kriegspropaganda verbreitet worden sind. Während des Krieges verbreitete Frankreich zusammen mit anderen Alliierten, einschließlich unserer eigenen Regierung in Italien, die absurdesten Erfindungen, um die Kampfstimmung unseres Volkes zu erregen. Die den Deutschen zugeschriebenen Grausamkeiten waren geeignet, unser Blut gerinnen zu machen. Wir hörten die Geschichte von den armen kleinen belgischen Kindern, deren Hände von den Hunnen abgeschnitten worden waren.

Nach dem Kriege schickte ein reicher Amerikaner, der durch die französische Propaganda tief gerührt worden war, einen Abgesandten nach Belgien, um für den Lebensunterhalt der Kinder, deren arme kleine Hände abgehackt worden waren, zu sorgen. Er war außerstande, auch nur eins zu entdecken.

Mr. Lloyd George und ich, als ich an der Spitze der italienischen Regierung stand, führten eine ausgedehnte Untersuchung der Wahrheit dieser schrecklichen Anklagen durch, von denen wenigstens einige genau mit Namen und Ort genannt worden waren. Jeder Fall, der untersucht wurde, erwies sich als eine Legende. Die Quelle dieser gräßlichen Lügen war allerdings sonderbar.

Als Belgien den Kongo besetzte, wollte es die Negerbevölkerung in Schrecken setzen. Um seinen Zweck zu erreichen, beging es einige Handlungen furchtbarer Grausamkeit. Erwachsenen Männern und Kindern wurden die Hände und Füße abgeschnitten. Dieser Umstand ist durch amtliche Dokumente bewiesen. Er gab zu jener Zeit zu ernsten Protesten in der amerikanischen und europäischen Presse Anlaß.

Während des Krieges wurden die Deutschen von gewissen Amerikanern, Engländern, Franzosen und Italienern gerade der Taten angeklagt, deren einige belgische Befehlshaber 10 Jahre vorher am Kongo tatsächlich sich schuldig gemacht hatten."

Aber die größte Lüge von allen — die Lüge, die allen gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Welt zugrunde liegt — ist die Lüge, daß Deutschland die einzige Ursache des Weltkrieges war, weil der sogenannte Frieden von Versailles darauf beruht.

Ohne diese Lüge kann der Vertrag von Versailles nicht bestehen. Dies ist die Stellungnahme, die beide, Poincaré und Lloyd George, verschiedentlich eingenommen haben.

Am 27. Dezember 1920 erklärte Poincaré im „Le Temps", daß die Tatsache von Deutschlands Schuld die gesetzliche Grundlage für die Versailler und Pariser Entscheidungen sei. Am 7. Juli 1922 erklärte Poincaré abermals, daß der Frieden von Versailles nicht auf Deutschlands Niederlage, sondern auf Deutschlands Verantwortung für den Krieg beruhe.

Noch schlimmer, David Lloyd George erklärte am 3. März 1921 dem deutschen Minister Simons:

„Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn dies Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig."

Und selbst unser „Staatsmann" Charles E. Hughes, hat darauf bestanden, daß vor irgendwelchen Friedensverhandlungen mit Deutschland unser Vertrag ebenfalls Deutschlands Annahme des Paragraphen 231 des Versailler Friedensvertrages enthalten muß, der lautet:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Aber was ist die Wahrheit?

Sowjet-Enthüllungen aus den Geheimarchiven des russischen Auswärtigen Amtes,[1]) ergänzt durch einige aus dem englischen Auswärtigen Amt [2]) und auch durch Funde der Deutschen in Belgien,[3]) beweisen, daß Deutschland, anstatt schuldiger als die anderen Mächte am Beginn des Weltkrieges gewesen zu sein, viel weniger schuldig war.

Die ganze Welt war systematisch getäuscht worden und fährt fort, von der kapitalistischen Presse und der alliierten Propaganda getäuscht zu werden.

Die Tatsache ist, Deutschland wünschte den Krieg nicht und hat ihn nicht hervorgerufen.

---

[1]) Siebert, B. W. von: „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre." Vereinigung wissenschaftlicher Verleger de Gruyter & Co., Berlin-Leipzig 1921. 827 S.

„Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen 1910—1914." Sammlung der geheimen, diplomatischen Dokumente des kaiserlich russischen Ministeriums des Äußern. Herausgegeben von der Sowjetregierung. Moskau 1922. 733 S.

„Un livre noir." Diplomatie d'avant-guerre d'après les Documents des Archives Russes, Novembre 1910—Juillet 1914. Préface par René Marchand. Librairie du Travail. Tome premier: 1910—1912. Trois Rapports de Nekloudof. La Correspondance d'Iswolski. Paris 1922. 372 S. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Tome second: Correspondances d'Iswolsky et de Benckendorf. Rapports de Sazonof et de Kokovtsev. Conférences militaires franco-russes: L'Emprunt russe. La Question des Détroits. Paris 1923. 591 S.

[2]) Oman, C.: „The Outbreak of the War of 1914—1918." A Narrative based mainly on British Official Documents. Published by His Majesty's Stationery Office, London 1919. 146 S. (Anmerkung der Schriftleitung.)

[3]) Belgische Aktenstücke 1905—1914. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußern in Brüssel. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt. Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Berlin 1915. 140 S. (Anmerkung der Schriftleitung.)

„Zur europäischen Politik 1897—1914" (belgische Gesandtschaftsberichte). Herausgegeben von B. Schwertfeger. 5 Bände. Reimar Hobbing, Berlin 1919.

Der großsprecherische (vainglorious) Kaiser und die selbstsüchtige und einfältige regierende Klasse in Deutschland ließ es geschehen, daß Deutschland einfach in die Falle hineingetrieben wurde.

Unter den Dokumenten, die ans Licht gekommen sind, befinden sich Protokolle von Geheimkonferenzen aus den Jahren 1911, 1912 und 1913, in denen der russische Zar durch General Gilinsky, Chef des Generalstabes, vertreten wurde, und Frankreich durch General Joffre und den Kriegsminister Millerand.

Nach diesen Protokollen [4]) hatte man sich über Pläne für einen gemeinsamen Angriff durch Frankreich und Rußland vollkommen geeinigt. Es war auch vorgesehen, daß bei der ersten Gelegenheit Frankreich und Rußland sofort und gemeinschaftlich ihre Streitkräfte mobilmachen und an die Grenze transportieren sollten. Es war weiter vorgesehen, „daß diese Streitkräfte in größter Schnelligkeit vollkommen in Aktion treten sollten, so daß Deutschland zu gleicher Zeit an zwei Fronten kämpfen müßte".

Die Veröffentlichung dieser Dokumente beweist auch, daß es ein gründlich geplanter Teil der Politik der französischen, russischen und britischen Regierungen war, das Odium des Weltkrieges der deutschen Regierung zuzuschieben.

Das russische Auswärtige Amt gab sogar ein Orangebuch heraus, das die amtlichen Dokumente der russischen Regierung, die sich auf den Krieg bezogen, enthielt. Von den 60 Depeschen des Auswärtigen Amtes während der wenigen dem Weltkriege vorangehenden Tage scheinen 50 durch Auslassen und Einsetzen von Worten gefälscht zu sein.[5])

Senator Robert L. Owen von Oklahoma bewies in einer bemerkenswerten Rede am 18. Dezember 1923 aus diesen Dokumenten und aus vielen anderen, wie der Krieg von den Alliierten

---

[4]) „Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis." Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Übertragung herausgegeben von Friedrich Stieve. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924. 4 Bände. (Anmerkung der Schriftleitung.)

[5]) „Das russische Orangebuch von 1914." Ergänzt durch die inzwischen bekanntgewordenen neuen Dokumente. Mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer. Beiträge zur Schuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, 4. Heft. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925. 223 S. (Anmerkung der Schriftleitung.)

angezettelt wurde.[6]) Er erwähnte auch den im Jahre 1916 abgeschlossenen Geheimvertrag zwischen Rußland und Frankreich zur Teilung Deutschlands und Österreichs.

Und Großbritannien — das perfide Albion — war natürlich ein Teilnehmer an all diesen Abmachungen seit 1903 und versprach in jeder Beziehung mitzuwirken.

Ebenso war es mit Belgien, das mit beiden, Großbritannien und Frankreich, eine Militärkonvention hatte.[7]) Belgien hatte seine bewaffnete Macht schon im Jahre 1908 zur Verfügung der Entente gestellt — sechs Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges —, obwohl es seit 1839 laut Vertrag, der sich als „Fetzen Papier" erwies, als neutrales Land galt. So hatte „das unschuldige kleine Belgien" lange, ehe der deutsche Kanzler das Wort prägte, aus demselben Vertrage einen „Fetzen Papier" gemacht.

Aber um zum Frieden von Versailles zurückzukehren: Er ist gänzlich auf der Kriegsschuld Deutschlands aufgebaut.

Die 14 Punkte, auf die hin Deutschland seine Waffen niedergelegt hatte, wurden in Paris nicht einmal erwähnt, als der Friedensvertrag entworfen wurde.

Prof. Harry Elmer Barnes, der die Frage des Versailler Vertrags und die Festlegung der Kriegsschuldfrage studiert hat, sagt:

„Deutschland war in der Lage des Gefangenen vor den Schranken des Gerichts. Und es war ein Fall, in dem der Staatsanwalt sich einfach mit der Annahme der Schuld des Angeklagten begnügte. Er brauchte keine Beweise beizubringen. Deutschland wurde vor die Alternative gestellt, das Geständnis sofort zu unterzeichnen oder den Feind in sein Gebiet einrücken und dasselbe besetzen zu lassen, mit aller Wahrscheinlichkeit, daß ein solches Geständnis endgültig von ihnen erpreßt werden würde."

Und die Ergebnisse dieses Vertrages von Versailles?

---

[6]) Owen, Robert L.: „The inner Secrets of European Diplomacy disclosed for the first Time to the American Public." Congressional Record, Sixty-eigth Congress, First Session. Government Printing Office, Washington, 1923. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Deutsche Ausgabe: Rede über die Kriegsschuldfrage. Gehalten vor dem Senat der Vereinigten Staaten von Nordamerika am 18. Dezember 1923. Mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer. Beiträge zur Schuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Drittes Heft. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925, 189 S.

[7]) Daß vor dem Kriege zwischen Belgien und England und Belgien und Frankreich eine Militärkonvention bestanden hätte, konnte bis heute nicht nachgewiesen werden. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Die Alliierten, und besonders Frankreich, nahmen alles, was Deutschland besaß, nicht nur an Kriegsmaterial, Maschinen und Eisenbahnbetriebsmaterial, sondern auch Pferde, Kühe usw.

Die Reparationskommission setzte „Reparationen" fest, ohne Rücksicht auf irgendwelche beim Waffenstillstand gegebene Versprechen, und bestimmte keine endgültige Summe, die Deutschland zahlen muß.

Die Alliierten nahmen alle deutschen Kolonien, französische Beamte nahmen tätigen Anteil an der Regierung der Pfalz, wo sie die politische Zersetzung der deutschen Republik betrieben. Französische Truppen rückten in die Ruhr ein — das industrielle Herz Deutschlands — unter dem Vorwande, daß Deutschland in seiner Kohlenlieferung zurückgeblieben sei, obwohl Deutschland anbot, Kohlen von England zu kaufen und sie an Frankreich zu liefern, da die Franzosen die Kohlenbergwerke Schlesiens Polen gegeben hatten.

Und französische Truppen halten noch die Rheinprovinz Deutschlands besetzt, obwohl die Botschafterkonferenz gerade einen Bericht herausgegeben hat, daß Deutschland alle Forderungen des Vertrages erfüllt hat und vollkommen entwaffnet ist.

Kurz, Deutschland ist ruiniert. Wir kommen dann zum Dawes-Plan. Dies ist einfach ein Versuch der internationalen Bankiers, den unmöglichen Vertrag von Versailles zu erzwingen.

Wie wir alle wissen, soll das bankerotte und verhungerte deutsche Volk einige 35 000 000 000 Dollar bezahlen, die die Alliierten verlangen, um einen Anfang zu machen, weil sie die Gesamtsumme noch nicht festgesetzt haben, und dies ist mehr als dreißigmal so viel, wie das siegreiche Deutschland im Jahre 1871 von Frankreich verlangte.

Nun setzt der Dawes-Plan die Gesamtsumme, die Deutschland bezahlen soll, auch nicht fest. Er entscheidet nur über die Summe, die Deutschland jährlich für die nächsten fünf Jahre bezahlen muß. Die Dawes-Kommission sagt nicht, ob Deutschland diesen Tribut 100 Jahre oder 1000 Jahre bezahlen muß.

Fernerhin sieht der Plan vor, daß Deutschland seine Reparationen in Waren bezahlen muß, da die Alliierten alles Gold, das Deutschland besaß, weggenommen haben.

Aber nun bleibt die große Frage, „wieviel Waren können Frankreich und Belgien und England aufnehmen, ohne ihre eigenen Leute arbeitslos zu machen?"

Der Dawes-Plan mag für die ersten zwei Jahre funktionieren, da unter dem Vorwand des Planes Deutschland Geld von amerika-

nischen Bankiers borgen konnte, um während der ersten zwei Jahre seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Aber wie lange kann Deutschland fortfahren, zu diesem Zweck Geld zu borgen?

Überdies: nur die Hälfte von dem, was Deutschland zu zahlen hat, kann durch Besteuerung eingebracht werden. Der Rest ist eine Hypothek auf die Eisenbahnen und all die Privatetablissements, Fabriken, Bergwerke, Werkstätten usw. in Deutschland. Diese können die Franzosen an den höchsten Bieter verkaufen, die Kapitalisten ihres eigenen Landes, an Pierpont Morgan oder an irgend jemand anders zu irgendeiner Zeit, wenn die Deutschen im Rückstand bleiben.

Augenscheinlich warten französische und amerikanische Plutokraten auf irgendeinen Vorwand, alle Eisenbahnen, Fabriken und Bergwerke Deutschlands in ihre Hand zu bekommen, und die Dawes-Kommission liefert den Vorwand.

Und, um allem die Krone aufzusetzen, setzt der Dawes-Plan kein Datum fest, an dem Deutschland seine Schuld bezahlt haben soll.

Nun ist die Frage: „Wie lange werden die Deutschen willens sein, wie die Sklaven in Ägypten oder die Sklaven im alten Rom für ihre fremden Herren zu arbeiten?"

Es wird da nur einen Unterschied geben, daß es den deutschen Sklaven erlaubt sein wird, in ihrem eigenen Lande zu bleiben. Nach dem Dawes-Plan werden sie immer in Sklaverei bleiben müssen.

All dies beweist, daß es der gründlichste und teuflischste Plan ist, eine Nation auszuplündern, der je in der Weltgeschichte zusammengebraut worden ist.

Die deutsche Regierung und der deutsche Reichstag nahmen diesen Plan an. Sie taten dies nur unter Zwang, weil die Nation am Verhungern war und die französischen Bajonette an der Kehle des Volkes saßen. Er wurde nur in der Hoffnung angenommen, daß in der Zukunft etwas passieren wird, das Deutschland einen Ausweg zeigen wird.

Und mit dieser letzteren Hoffnung rechnen augenscheinlich auch die englischen Staatsmänner. Sie sehen keinen Weg, der sie in den Stand setzt, Frankreich zu zwingen, welches, wenn es dies wünschte, London, Liverpool, Manchester und irgendeine andere englische Stadt innerhalb drei Tagen in Trümmer legen könnte, wie die Dinge jetzt liegen. Frankreich besitzt heute die größte und bestausgerüstete Luftflotte der Welt.

Andererseits muß sich der englische Premierminister, wie jeder andere verständige Mensch, darüber klar sein, daß, wenn er den

französischen Kapitalisten erlaubt, auf diese Weise 60 Millionen Menschen — weiße Menschen und höchst intelligente und tüchtige Menschen — zu Sklaven zu machen, dies der erste Schritt zur Versklavung innerhalb kurzer Frist der arbeitenden Klasse Englands und selbst Frankreichs sein würde. Eine fürchterliche und blutige Revolution, wie sie die Welt noch nie gesehen hat, würde früher oder später folgen, und dies kann die weiße Rasse in Europa ausrotten.

Dies ist eine entsetzliche Lage. Es ist eine Gefahr, die nicht nur Europa, von dem Deutschland ein lebenswichtiger Teil ist, sondern unsere ganze Zivilisation bedroht.

Herr Sprecher und meine Herren, es besteht keine Frage, daß die amerikanische Landwirtschaft sich in einer beklagenswerten Lage befindet. Nicht nur die Produzenten von Weizen, Mais und Korn, sondern auch die Farmer, die Schweine, Rindvieh, Schafe und andere Tiere züchten, sind von der Depression der letzten fünf Jahre hart getroffen worden.

Verschiedene Maßnahmen sind vorgeschlagen worden. Unter anderen die Gründung einer Regierungs-Aktiengesellschaft mit 200 Millionen Dollar und einer Garantie für die Preisfestsetzung für Weizen und andere Getreide — Verkaufsgenossenschaften — Kornhäuser und Silos.

Alle Arten von Beteiligten und Berufsständen hat man getadelt. Die Bankiers, die Packer (Großschlächter), die Spekulanten, die Eisenbahnen und die Zwischenhändler auf der einen Seite; und der hohe Tarif und die Gewerkschaften auf der anderen Seite haben einen Teil des Tadels auf sich gezogen.

Sachverständige haben alle Arten Heilmittel empfohlen — abwechselnde Fruchtfolge, weniger Land in Weizen, mehr Milchwirtschaft, mehr Kredit und weniger Kredit.

Es mag in einigen von diesen Faktoren ein Körnchen Wahrheit sein. Sie mögen den Weizenpreis in einigen Teilen des Landes zu einem gewissen Grade beeinflußt haben. Keine von den vorgeschlagenen Kuren aber entfernt die wahre Ursache der Schwierigkeiten für den amerikanischen Farmer — den Verlust des großen Marktes für amerikanische Lebensmittelprodukte, den Verlust des mitteleuropäischen Marktes und ganz besonders den Verlust des deutschen Marktes. Sicherlich kann die mit Weizen bebaute Fläche, die am häufigsten getadelt wird, nicht die Ursache für die Preissenkung in landwirtschaftlichen Erzeugnissen sein. Unsere mit Weizen bebaute Fläche vor dem Kriege — d. h. im Jahre 1913 — war 47 Millionen Acker. Im Jahre 1919, als Weizen seinen höchsten

Preis erlebte, stieg sie auf 75 Millionen Acker. Aber im Jahre 1923 war sie kleiner als 58 Millionen Acker. Wenn wir unsere natürliche Bevölkerungszunahme in Betracht ziehen, so ist es unsinnig, die große Bebauungsfläche zu tadeln, vorausgesetzt, daß unsere Farmer einen Markt haben. Und es war im Jahre 1919, daß unser Land gerade die weizenlosen und fleischlosen Tage gesehen hatte.

Die Tatsache ist folgende:

Amerika hat einen enormen Überschuß an natürlichen Hilfsquellen seines Bodens, wie Metalle aller Art, Mineralöle, gewisse Arten Holz und besonders einen Überschuß an Getreide, Baumwolle, Vieh und verschiedenen Lebensmittelprodukten, die unser Land ausführen muß, wenn unsere landwirtschaftliche Bevölkerung zu Wohlstand kommen soll.

Während des Weltkrieges, als ganz Europa kämpfte anstatt zu produzieren, gingen die Preise aller unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die Höhe, und eine allgemeine Inflation fand statt.

Deutschland seinerseits besitzt keine natürlichen Niederlagen oder Hilfsquellen von Rohmaterial, das es ausführen könnte — sogar vor dem Kriege —, außer Kali und Kohle.

Selbst vor dem Kriege konnte Deutschland nicht für mehr als 40 Millionen seiner Bewohner genug Lebensmittel produzieren, und es hatte 65 Millionen. Deutschland war gezwungen, Getreide und Getreideprodukte, wie Mehl, Kleie, Stärke usw., einzuführen. Es mußte auch stets eine große Menge Vieh, Schweine und Fleischprodukte einführen, ebenso viel Wolle und Baumwolle.

In der Tat mußte Deutschland fast alles Rohmaterial für seine Industrien, außer Eisen und Kohle, einführen. Und fast alles Rohmaterial, das Deutschland braucht, besitzt Amerika im Überfluß.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit für die Einfuhr dieses Rohmaterials, dieser Produkte der amerikanischen Farm und der amerikanischen Großschlächterei beruhte immer auf der Fähigkeit des deutschen Volkes, das Rohmaterial in Fertigfabrikate zu verwandeln. Zum Beispiel, ein Pfund Roheisen mag sehr wenig, vielleicht 2 cents, kosten, während dasselbe Eisen, in Uhrfedern verwandelt, viele Dollar wert ist.

Seit dem Frieden von Versailles hat jedoch Deutschland ein Neuntel seines Vorkriegsgebiets verloren, aber dieses eine Neuntel produzierte ein Fünftel der deutschen Vorkriegsgetreideernte. So würde Deutschland jetzt sogar ein noch besserer Markt für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse sein, wenn es das Geld zum Kaufen hätte.

Dann ist noch etwas zu erwähnen: Der Deutschland verbleibende Ackerboden hat sich aus zwei Gründen verschlechtert. Erstens hat Deutschland in fast zehn Jahren keinen Kunstdünger gehabt. Zweitens hat es während des Krieges einen großen Teil des deutschen Viehs verbraucht, und viele Millionen Stück wurden von den Franzosen nach dem Frieden von Versailles weggenommen. So gibt es weniger Dünger, so daß die deutsche Getreideernte um etwa 60 Prozent ihres früheren Ertrages aus Mangel an geeignetem Dünger herabgesetzt worden ist.

Die Erzeugung von Milch ist auch nur ein Drittel der Vorkriegszeit, und Butter und Käse sind im Verhältnis selbst noch mehr heruntergegangen, so daß Deutschland ein ganz hervorragender Markt sein würde, wäre es in der Lage, zu zahlen.

Kurz, Deutschland benötigt jetzt die Einfuhr von mehr Lebensmitteln als vor dem Kriege, nicht nur, weil es einen Teil seines landwirtschaftlichen Gebiets verloren hat, sondern auch, weil die ihm verbleibende Anbaufläche weniger erzeugt.

Der Fehlbetrag der deutschen Handelsbilanz von 1922 belief sich auf 2 Milliarden Goldmark und war letztes Jahr sogar größer.

Er würde noch größer gewesen sein, aber die zwangsweise Unterernährung in ganz Deutschland und die Hungersnot haben den Betrag auf diese Zahl niedergehalten. Aber diese Unterernährung hat das Leben von Hunderttausenden gekostet.

Ein antideutscher Schriftsteller erklärte vor drei Jahren, im März 1923, in der „Review of Reviews", daß, wenn diese Zustände andauern, das deutsche Volk sich zweifellos von 60 Millionen auf 40 Millionen verringern wird, was ungefähr die Zahl ist, die der deutsche Boden ernähren kann. Die anderen müssen umkommen.

Die Frage ist nun, abgesehen von allen Betrachtungen von Menschlichkeit: „Ist ein solcher Zustand für den Rest der Welt und besonders für Amerika, mehr noch für den amerikanischen Farmer, Baumwolle- und Wolleerzeuger vorteilhaft, die Besitzer von Kupfer-, Zink- und Eisenbergwerken und Ölquellen gar nicht zu erwähnen, die heute alle leiden, weil Deutschland nicht kaufen kann?"

Millionen sind in Deutschland unterernährt, während die Erzeugnisse der amerikanischen Farmen verfaulen, weil sie nicht verkauft werden können.

Und ist es zum Vorteile von Amerika, daß diese Zustände andauern und daß 20 Millionen Deutsche sterben?

Ich stelle diese Frage als einfache Geschäftssache, abgesehen von jeder menschlichen Betrachtung.

Aber Amerika ist nicht das einzige Land, das unter dem deutschen Chaos leidet. In England herrscht Arbeitslosigkeit. Im letzten Dezember waren in England noch 1 275 000 Mann arbeitslos. Und England zahlt heute seinen Arbeitslosen „Almosen". Das industrielle Gewebe der Welt ist so eng miteinander verwoben, daß das tiefe, Deutschland angetane Unrecht naturgemäß auch in England gefühlt wird, weil gleich nach den Vereinigten Staaten Deutschland der beste Kunde war, den Großbritannien hatte. Natürlich gibt es Anzeichen für die Rückkehr zur Vernunft.

Da ist der sogenannte „Geist von Locarno" und das viel verkündete Abkommen von Locarno. Aber dieser „Spiritus" von Locarno scheint nicht ganz hundertprozentig zu sein, sondern nur etwas weniger als halbprozentig.

Und es ist bemerkenswert, daß, obwohl es sich hier um die Interessen von Handel und Kapital handelt, die in Frage stehen, es die arbeitende Klasse und nur die arbeitende Klasse zu sein scheint, die eine Lösung versucht.

In England sowohl wie in Frankreich sind es die Arbeiterparteien — die sozialistischen und radikalen Parteien —, die eine Politik versuchen, die den Normalzustand in Europa und damit auch das geschäftliche Leben wiederherstellen soll.

Die Tories in England und die Nationalisten in Frankreich — und ihre sogenannten Staatsmänner — haben Widerstand geleistet und leisten dieser vernünftigen Politik noch Widerstand.

In unserem eignen Lande, wo wir sogar zwei Tory-Parteien haben — die republikanische und die demokratische — sind die Ergebnisse in dieser Beziehung noch schlechter.

Wenn unsere Regierung nur noch ein Körnchen Verstand hätte, so hätten wir Europa schon seit langer Zeit wieder aufrichten können. Wir haben den Weltkrieg zugunsten der Alliierten entschieden. Ohne unsere Einmischung hätte der Krieg unentschieden geendet und Europa würde heute arbeiten. Wir hatten sicherlich keine gültige Entschuldigung, uns in diesen mörderischen Wirrwarr einzumischen. Und was noch schlimmer ist: Europa ist in einem Kriegszustand, schlimmer als der Kampf mit den Waffen, gewesen, seitdem Deutschland seine Waffen am 11. November 1918 auf Wilsons „14 Punkte" hin niedergelegt hat.

Jeder denkende Mensch würde nun sagen, daß es unsere Pflicht ist, zu helfen so gut wir können, besonders da der lasterhafte Vertrag von Versailles großenteils nicht nur das Ergebnis unserer Einmischung, sondern auch amerikanischer Mitarbeit war. Er wurde von einem amerikanischen Präsidenten, Woodrow Wilson,

unterzeichnet, obwohl er sogar vom Senat verworfen worden war. Die Vereinigten Staaten sind großenteils für die Lage verantwortlich. Die Vereinigten Staaten, die für den Eintritt in den Krieg keinerlei Entschuldigung hatten, wie jeder denkende und unterrichtete Mensch jetzt zugibt, haben in Wirklichkeit den Krieg entschieden. Wegen ihrer Verantwortlichkeit, und außerdem, weil die Vereinigten Staaten allein von allen Nationen das nötige Ansehen und die nötige Befähigung besitzen, sollten die Vereinigten Staaten die Initiative ergreifen und eine internationale Konferenz zum Entwurf von Friedensbedingungen einberufen, welche das Arbeiten wirtschaftlicher Gesetze in Betracht zieht.

Wir müssen einen Frieden haben, der nicht versuchen will, das zu tun, was der Versailler Frieden vergeblich zu tun versucht — eine Nation von 60 Millionen Menschen, die der Zivilisation viel gegeben haben, und die, wenn ihnen eine Chance gegeben wird, noch viel mehr geben werden — eine Nation im Herzen Europas — in einem dauernden Zustand der Sklaverei und in einem Zustand tatsächlicher Hungersnot zu halten.

Deshalb habe ich einen Beschluß im Hause der Abgeordneten eingebracht, der dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Vollmacht gibt und ihn ersucht, eine internationale Konferenz nach Washington einzuberufen, die eine Kommission von Sachverständigen neutraler Nationen ernennen soll, um die Ursachen, die den Weltkrieg herbeiführten, zu prüfen und solche Geheimdokumente zu veröffentlichen, wie sie noch in den Archiven der alliierten und verbündeten Regierungen verborgen sind. Und gleichzeitig einen Ausgleich herbeizuführen auf der Basis: „Keine Schadenersatzzahlungen, keine gewaltsamen Annexionen“ und auf der Basis der 14 Punkte, gemäß denen das deutsche Volk seine Waffen niederlegte.

Die österreichisch-ungarischen Kriegsvorbereitungen und die Mobilisierungsmaßnahmen gegen Rußland 1914.

Von Generalstabsoberstleutnant a. D. Rudolf Kiszling des Wiener Kriegsarchivs.

Bei Erörterung der Kriegsschuldfrage wird von seiten der Entente immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die russische allgemeine Mobilmachung, außer aus andern Motiven, auch deswegen notwendig geworden wäre, weil vorher von Österreich-Ungarn in Galizien gegen Rußland mobilisiert worden sei. Ehe hier auf die Widerlegung dieser haltlosen Behauptung eingegangen wird, sei es zum besseren Verständnis der militärischen Vorgänge im Nordosten der Donaumonarchie gestattet, eine kurze Erörterung der Kriegsvorbereitungen Österreich-Ungarns im allgemeinen und der teilweisen Mobilisierung gegen Serbien voranzustellen.

Keine europäische Großmacht befand sich vor Ausbruch des Weltkrieges in einer so schwierigen militärpolitischen Lage, wie Österreich-Ungarn. Wenn die Bündnisse und sonstigen Verträge, die 1914 in Geltung standen, eingehalten worden wären, hätte die Doppelmonarchie bei einer europäischen Konflagration eigentlich nur mit zwei Kriegsfällen zu rechnen gehabt, und zwar mit Rußland und mit Serbien samt Montenegro (Balkan). Nun war aber trotz des Dreibundvertrages ein Krieg mit Italien seiner Haltung nach immerhin möglich; weiter mußte infolge der seit dem Jahre 1913 eingetretenen Trübung der Beziehungen zu Rumänien mit der Möglichkeit gerechnet werden, auch dieses Land in der Reihe der Feinde der Donaumonarchie zu finden. So hatte der Chef des Generalstabes, G. d. I. Freiherr von Conrad, die außerordentlich schwierige Aufgabe, mit Ausnahme gegen Deutschland und gegen die Schweiz, an allen anderen Grenzen des Reiches Kriegsvorbereitungen zu treffen. Diese Aufgabe wurde noch erschwert durch die Unzulänglichkeit der Rüstung, die in der dualistischen Staatsform und im ewigen Hader der verschiedenen Nationalitäten ihre Ursachen hatte.

Aus vorstehendem Grunde wurde für das Jahr 1914/15[1]) für das gleichzeitige Eintreten aller Kriegsfälle vom k. u. k. Generalstab

[1]) Alle Mobilisierungsvorbereitungen traten stets mit 1. März auf die Dauer eines Jahres in Kraft.

keine Vorbereitungen getroffen, denn hierzu hätten die Kräfte keinesfalls ausgereicht. Es blieb der Diplomatie überlassen, diesen ungünstigsten Fall zu verhüten. Die Haltung Serbiens und Montenegros in den Krisenjahren 1908/9 und 1912/13 hatte im Generalstabe die Überzeugung gefestigt, daß im Falle eines Krieges mit Rußland oder Italien das Habsburgerreich fast mit Sicherheit auf einen Angriff dieser beiden Balkanstaaten zu rechnen haben werde. Deshalb wurden bei den Vorbereitungen für die beiden großen Kriegsfälle Rußland und Italien stets auch Vorsorgen gegen die beiden serbischen Balkanstaaten getroffen, aber auch der Anschluß Rumäniens an Rußland oder an Serbien-Montenegro wurde in Rechnung gestellt. Die Verwendung der österreichisch-ungarischen Streitkräfte wurde daher für folgende Kombinationen vorbereitet:

1. gegen Serbien-Montenegro (reiner „Balkanfall") und eventuell auch gegen Rumänien;
2. gegen Rußland und gleichzeitig gegen Serbien-Montenegro, eventuell auch gegen Rumänien;
3. gegen Italien und gleichzeitig gegen Serbien-Montenegro.

Schließlich mußte noch berücksichtigt werden, daß dem reinen Balkanfall der Kriegsfall Rußland nachfolgen konnte. Österreich-Ungarn hatte daher fast immer mit einem Zweifrontenkrieg zu rechnen. Aus diesem Dilemma blieb kein anderer Ausweg, als die Vorbereitung eines möglichst elastischen Aufmarsches. Dieser Forderung wurde General von Conrad in weitestem Maße gerecht.

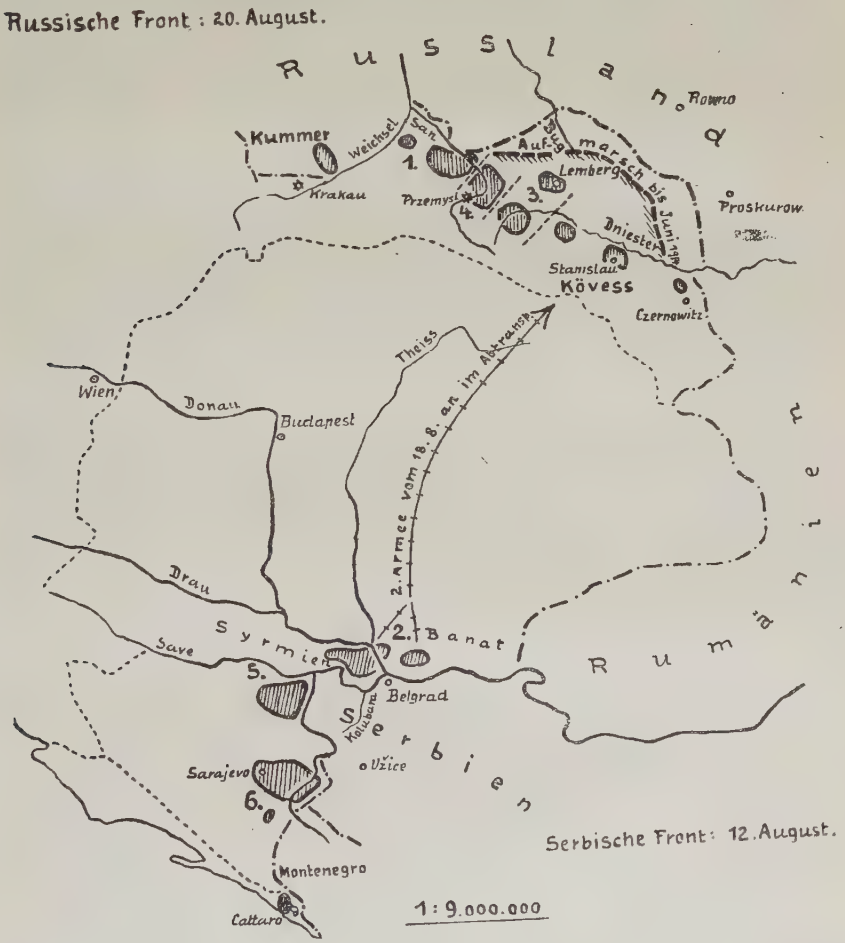
Österreich-Ungarn hatte an Feldformationen 16 Korps mit 48 Infanterie- und 11 Kavalleriedivisionen (siehe Skizze 1). Die in Bosnien, Herzegowina und in Dalmatien stehenden Korps Nr. XV und XVI besaßen Gebirgsorganisation. Ihre vier Divisionen zählten zusammen 14 Gebirgsbrigaden, die aus selbständigen, vom Regimentsverbande losgelösten Bataillonen und aus Gebirgsbatterien aus allen anderen Korpsbereichen (mit Ausnahme der an Italien grenzenden) formiert waren. Diese eigenartige Zusammensetzung war notwendig, weil man es nicht für ratsam hielt, diese beiden Korps nur aus bodenständigen Truppen mit überwiegend serbischem Ersatz zu bilden, aber auch nicht andere Korps um ganze Regimenter schwächen wollte. Die bosnisch-herzegowinischen Truppen waren dafür zum größten Teile in fremde Korps eingeteilt.

Eine Reservearmee bestand nicht. An ihrer Statt wurden 21 Landsturm- und 14 Marschbrigaden eingestellt, von denen erstere nur eine sehr schwache, letztere gar keine Artillerie be-

saßen. Die Marschbrigaden waren außerdem zur Leistung des ersten Mannschaftsersatzes bei den zugehörigen Korps I—XIV bestimmt. Die Marschformationen für die Bataillone des XV. und XVI. Korps waren nicht in Brigaden vereinigt.

Skizze 1

Aufmarsch der öst.-ung. Armeen bei Kriegsbeginn 1914.



Für den Fall eines Zusammenstoßes zwischen dem Dreibunde und der Tripleentente hatten Conrad und Moltke sich schon im Jahre 1909 dahin geeinigt, daß Deutschland zuerst die Masse seines Heeres gegen die Feinde im Westen werfen müßte, um diese in

möglichst kurzer Zeit zu besiegen. Dann sollten starke Teile des deutschen Heeres nach dem Osten gefahren werden. Bis dahin hatten Österreich-Ungarn, Rumänien (als man noch auf dieses rechnen konnte) und das zunächst schwache deutsche Ostheer die Last des an Truppenzahl bedeutend überlegenen Rußland auf sich zu nehmen. Trotzdem wollte man auch diesen Kampf offensiv führen. Hierzu nahm Conrad in Aussicht, die Masse des k. u. k. Heeres in der Stärke von 9 Korps und 10 Kavalleriedivisionen samt zugehörigen Landsturm- und Marschbrigaden so rasch als möglich gegen diesen Feind in Aktion zu bringen. Diese Kräfte bildeten die „A-Staffel", die unter allen Umständen für den Krieg mit Rußland bestimmt war und im gegebenen Falle zuerst nach Galizien rollen sollte.

Da bei einem Kriege mit Rußland auch mit dem Kriegsfalle Balkan gerechnet werden mußte, hatte eine für die Behauptung des eigenen Landes gerade noch ausreichende Heereskraft, die „Minimalgruppe Balkan", bestehend aus dem XV., XVI. und XIII. (Agramer) Korps gegen Serbien und Montenegro aufzumarschieren.

Die restlichen Kräfte: IV. (Budapester), VII. (Temesvárer), VIII. (Prager) und IX. (Leitmeritzer) Korps sowie eine Kavalleriedivision bildeten die „B-Staffel", die bei einem Kriege gegen Rußland allein oder auch beim gleichzeitigen Eintreten der Kriegsfälle Rußland und Balkan hinter der A-Staffel nach Galizien zu rollen hatte. Die Auswahl dieser vier Korps war derart getroffen, daß durch ihren Abtransport die Grenzen gegen Rußland, Italien und Rumänien nicht entblößt wurden, diese Truppen daher bei der Sicherung gegen diese Staaten während eines Krieges gegen Serbien und Montenegro nicht ausfielen. Blieb Rußland beim Eintreten des Kriegsfalles Balkan neutral, so hatte die B-Staffel sogleich an der Balkanfront aufzumarschieren.

Minimalgruppe Balkan, B-Staffel und zwei Kavalleriedivisionen der A-Staffel bildeten dann in einem Kriege gegen Serbien und Montenegro allein die zur Niederwerfung dieser Staaten bestimmte Heeresmacht von drei Armeen. Ihre Stärke war mit 20 Infanterie-, 3 Kavalleriedivisionen, 5 Landsturmbrigaden und zugehörigen Marsch- und Besatzungstruppen derart bemessen, daß man hoffen konnte, die 12 serbischen und 4 montenegrinischen Divisionen mit Sicherheit und — wegen des befürchteten nachfolgenden Zusammenstoßes mit anderen Mächten — auch in möglichst kurzer Zeit niederwerfen zu können.

Für den wesentlich komplizierteren, aber gleichfalls vorauszusehenden Fall, daß Rußland die Serben zuerst vorschob und

zuwartete, dann aber doch in den Kampf eingriff, war die Verlegung der B-Staffel, die im wesentlichen die 2. Armee darstellte, von der Balkanfront nach Galizien — und damit der Frontwechsel vom Balkan gegen Rußland auch vorbereitet. Die Zeit, innerhalb welcher der Kriegsfall Rußland dem Balkanfalle nachfolgte, spielte für das Umlenken der 2. Armee eine große Rolle. Je später, desto schwieriger; nach dem 16. Tage der Mobilisierung gegen Serbien, an welchem die Operationsbereitschaft auf dem Balkankriegsschauplatz erreicht war, hätte man die Operation aller dreier Armeen gegen Serbien und Montenegro auslaufen lassen und sich gegen Rußland vorerst nur mit den Truppen der A-Staffel allein behelfen müssen.

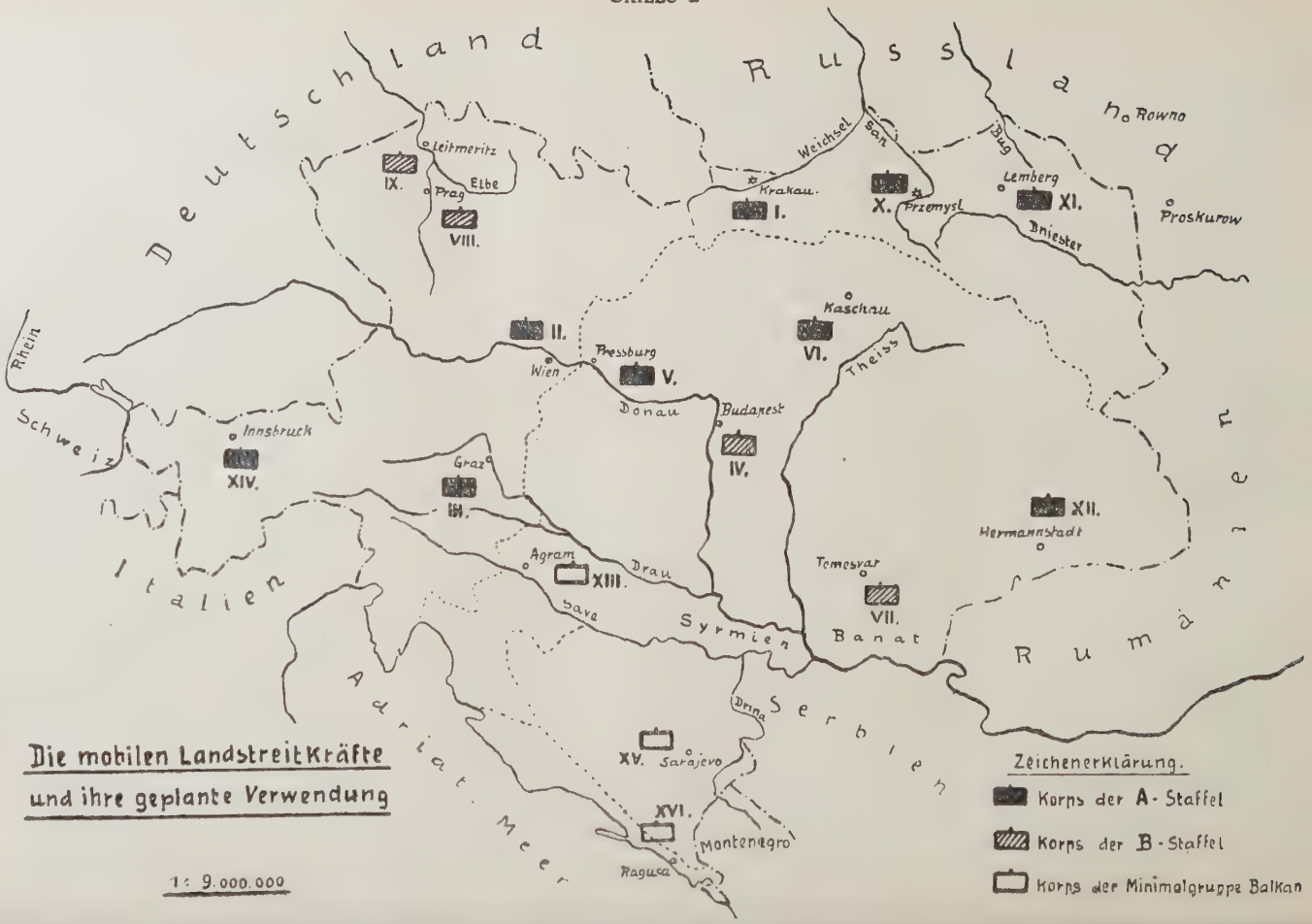
Gegen Rumänien war zunächst nur eine Sicherheitsbesatzung in Siebenbürgen in der Stärke von drei Landsturm- und einer Marschbrigade vorgesehen, die bei einem Kriege mit Rußland automatisch zur Aufstellung gelangte. Ein Aufmarsch stärkerer Kräfte gegen Rumänien sollte erst erforderlichenfalles ausgearbeitet werden.

Die für einen Krieg mit Italien getroffenen Maßnahmen sollen hier nicht erörtert werden, weil der Aufmarsch der österreichisch-ungarischen Streitkräfte im Jahre 1915 schon unter wesentlich geänderten Verhältnissen erfolgte.

Schließlich war noch die Möglichkeit gegeben, einzelne Korpsbezirke selbständig zu mobilisieren, um entweder die betreffenden Gebiete nötigenfalls in Kriegszustand zu versetzen oder das bei einer teilweisen Mobilisierung aufgerufene Machtaufgebot verstärken zu können.

Der Kriegsplan gegen Rußland wurzelte in den Abmachungen, die G. d. I. von Conrad mit G. O. von Moltke seit 1909 in Briefen und fallweisen Besprechungen festgelegt hatten. Sie stimmten in der Annahme überein, daß Rußland mit zwei Armeen Ostpreußen angreifen werde, mit der Masse seines Heeres sich aber gegen Österreich-Ungarn wenden werde. Von letzterer, in der mutmaßlichen Stärke von 12—13 K. D. und 35 I. D. bis zum 20., von 60 I. D. bis zum 30. Mobilisierungstage, erwartete man einen Ostgalizien im Norden und Osten umfassenden Aufmarsch. Um sich von dieser Umklammerung zu befreien, beabsichtigte Conrad, sich durch einen zwischen Weichsel und Bug nach Norden gerichteten Vorstoß des auch früher operationsbereiten linken Flügels des österreichisch-ungarischen Heeres Luft zu machen. Hierzu war die Versammlung des Heeres in Ostgalizien im Raume zwischen Dnjester und San, nahe der Reichsgrenze, in Aussicht

Skizze 2



Die mobilen Landstreitkräfte und ihre geplante Verwendung

1 : 9.000.000

Zeichenerklärung.

- Korps der A-Staffel
- Korps der B-Staffel
- Korps der Minimalgruppe Balkan

genommen. (Siehe Skizze 2.) Bei dieser ersten Offensive rechnete Conrad im Sinne der Zusagen Moltkes auf einen gleichzeitigen Vorstoß des deutschen Ostheeres gegen und über den Narew und erhoffte sich davon eine kräftige Unterstützung seiner eigenen Operation. Eine aus Landsturm und Kavallerie bestehende Gruppe (im Kriege vom G. d. K. von Kummer befehligt) hatte von Krakau aus am nördlichen Weichselufer vorzurücken und womöglich in den Kampf östlich der Weichsel einzugreifen. Nachher sollten die zwei linken Flügelarmeen gegen Osten aufschwenken und im Verein mit den beiden Armeen des rechten Flügels die bei Rowno und Proskurow versammelten russischen Heeresteile schlagen. Diesem Plane entsprechend war der Aufmarschtransport auf sieben Bahnlinien derart vorbereitet, daß die Kampftruppen des linken Flügels (1. und 4. Armee) am 17., jene des rechten (3. und 2. Armee) bis zum 20. Mobilisierungstage im Versammlungsraume eingelaufen sein konnten.

Doch dieser Aufmarschplan konnte nur so lange bestehen, als der rechte Flügel des Heeres durch die Mitwirkung der in der Moldau aufmarschierenden rumänischen Armee gedeckt war. Als nach der um die Jahreswende 1913 eingetretenen Erkaltung der Beziehungen Rumäniens zur Doppelmonarchie auf eine Kooperation nicht mehr zu rechnen war, wurde die Rückverlegung des Aufmarsches in die San-Dnjester-Linie zunächst erwogen und nach dem die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen auslösenden Attentat von Sarajewo auch dahin umgeändert.

In einem Kriege, den die Donaumonarchie gegen Serbien und Montenegro allein auszutragen gehabt hätte, war der Einbruch in Nordwestserbien und zunächst die Wegnahme des Gebiets bis zur Kolubara durch umfassenden Angriff geplant. Hierzu war der Aufmarsch der 2. Armee in Syrmien, mit einer selbständigen Gruppe (VII. Korps) im Banat, der 5. Armee in Nordostbosnien und der 6. Armee im Südosten des Okkupationsgebietes vorgesehen. Der Angriff sollte mit der 2. Armee über die Save und mit der 5. über die untere Drina beginnen. Von der 6. Armee, die infolge der geringen Leistungsfähigkeit der bosnischen Schmalspurbahnen etwa um eine Woche später schlagfertig war als die beiden anderen Armeen, sollten starke Teile gegen Užice vorstoßen, indes schwächere Kräfte, gestützt auf die Festungen, zunächst zur Abwehr von Einfällen der Montenegriner bestimmt waren.

Bei Festsetzung dieses Aufmarsches mußte noch berücksichtigt werden, daß eventuell, infolge eines bis zum 16. Mobilisierungstag erfolgenden Eingreifens Rußlands, das Abziehen der

2. Armee nach Galizien notwendig werden konnte, so wie es sich im Jahre 1914 tatsächlich ereignete. In diesem Falle mußte die zurückbleibende Minimalgruppe Balkan (5. und 6. Armee) ohne langwierige Verschiebungen ihre Mindestaufgabe: „Schutz des eigenen Gebietes vor feindlichen Einbrüchen, insbesondere solchen, welche in der Richtung Wien oder Budapest erfolgen", übernehmen können.

Schließlich war für den Kriegsfall Balkan noch die Indienststellung der ganzen Donauflottille und eines Teiles der Hochseeflotte vorgesehen.

* * *

Als Serbien auf die befristete Note der österreichisch-ungarischen Regierung am 25. Juli 1914 keine voll befriedigende Antwort erteilte, entschloß sich die Donaumonarchie, den unruhigen, ihr inneres Gefüge seit Jahren bedrohenden kleinen Nachbar mit den Waffen zum Einlenken zu zwingen. Allerdings bestand die Gefahr, daß sich Rußland der Serben annehmen und dabei auch vor einem Kriege nicht zurückschrecken werde. Für Österreich-Ungarn wäre es in militärischer Hinsicht wünschenswert gewesen, schon nach den ersten Nachrichten über russische Kriegsvorbereitungen dem Kriege mit Serbien nur untergeordnete Bedeutung beizumessen und dafür gegen das Zarenreich mit möglichst starken Kräften initiativ vorgehen zu können. Doch erlaubten politische Erwägungen ein solches Verfahren nicht. Denn das Habsburgerreich durfte weder das Odium, einen Weltbrand entfesselt zu haben, auf sich nehmen, noch durch einen Vorbeugungsangriff auf Rußland riskieren, daß die Verbündeten den Bündnisfall als nicht für gegeben erachteten, was zumal bei Italien und Rumänien durchaus im Bereiche der Wahrscheinlichkeit lag. So blieb es denn dabei, die Aktion gegen Serbien, wie eingeleitet, fortzuführen und die für den Kriegsfall Balkan vorgesehenen Kräfte gegen die beiden serbischen Königreiche aufzurufen. (Vergleiche Seite 368.)

Um aber, wenn es die politischen Verhältnisse zulassen sollten, noch einen Kraftzuschuß zur Verfügung zu haben, wurde auch das III. (Grazer) Korps mobilisiert. Es war dies zugleich eine Sicherheitsreserve für den Fall von Schwierigkeiten bei der Mobilmachung in Böhmen; man hätte dann an Stelle tschechischer Regimenter andere Formationen aufmarschieren lassen können. Schließlich bildete das III. Korps auch einen Flankenschutz gegen das stets als unverläßlich angesehene Italien.

Auf Grund dieser Erwägungen wurde am 25. Juli abends der Befehl zur „Mobilisierung Kriegsfall Balkan“ und zur „selbständigen Mobilisierung des Militärterritorialbereichs Graz (III. Korps)“ erteilt. Als erster Mobilisierungstag galt der 28., als erster Alarmtag [2]) der 27. Juli. Durch diese teilweise Mobilmachung wurden auf Kriegsstand gebracht: auf dem Lande: 3 Armee- und 8 Korpskommandos mit zusammen 23 I. D., 3 K. D., 8 Landsturm- und 6 Marschbrigaden; dann weitere 5 Heeres-, 2 Landwehr- und 1 Landsturminfanterieregiment, 8 Jägerbataillone, 10 Heeres- und 1 Landwehrkavallerieregiment, die wohl in den aufgerufenen Korpsbereichen mobilisierten, aber nicht zu diesen drei Armeen gehörten, daher vorläufig zur Verfügung des Kriegsministeriums stehen blieben; zur See: eine Eskader mit 2 Schlachtschiff- und 1 Kreuzerdivisionen und 1 Torpedobootsflottille, weiter die ganze Donauflottille.

Dieses Kräfteaufgebot übertraf jenes der Serben und Montenegriner an Stärke ungefähr um ein Drittel. Die Überlegenheit der österreichisch-ungarischen Truppen war demnach nicht unerheblich. Sie mußte aber bedeutend sein, denn man wollte die Züchtigung Serbiens rasch beendet haben, ehe man durch Verwickelungen mit anderen Mächten, die der damaligen politischen Lage nach keineswegs unwahrscheinlich waren, daran gehindert werden konnte. Die befürchtete Einmengung Rußlands trat ohnehin früher ein, als sie erwartet wurde. Unter anderem nahm Rußland den Umstand, daß Österreich-Ungarn acht Korps mobilisiert hatte, zum Anlaß für seine teilweise Mobilmachung, denn es erklärte, daß acht Korps gegen Serbien zu viel seien und es daher diese Maßregel als zum Teil gegen sich gerichtet ansehen müsse.[3])

Die Haltlosigkeit dieser Behauptung erhellt schon daraus, daß die galizischen Korps (Nr. I, X und XI), als zur A-Staffel gehörig, bei der teilweisen Mobilisierung gar nicht aufgerufen wurden, auf welche Tatsache der österreichisch-ungarische Außenminister den russischen Botschafter Schebeko bei seiner am 28. Juli erfolgten

---

[2]) Die Alarmierung war ungefähr gleichbedeutend mit dem, was in Deutschland „Zustand drohender Kriegsgefahr“ genannt wurde. Es erfolgte die Grenzsicherung durch Truppen der zunächst befindlichen Garnisonen mit Friedensständen und durch Gendarmerieposten, die durch Landsturmmannschaften verstärkt wurden; die Aufstellung des Bahnschutzes durch Landsturm-Eisenbahnsicherungsabteilungen; schließlich eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Vorbereitung und Sicherung der Mobilmachung und des Aufmarsches.

[3]) Goos: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. S. 288 ff. Kautsky: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. II. S. 60.

Vorsprache auch ausdrücklich aufmerksam machte.[4]) Als vom 27. Juli an in Wien Nachrichten über die Mobilmachung der an Österreich-Ungarn grenzenden russischen Militärbezirke einliefen, wäre es dem k. u. k. Generalstabe ohne weiteres möglich gewesen, die drei galizischen Korps zum Schutze gegen Rußland selbständig zu mobilisieren. Doch auch dies wurde unterlassen, um in Rußland nicht den Glauben an österreichisch-ungarische Angriffsabsichten aufkommen zu lassen.

In Galizien wurden vom 25. bis 31. Juli, also in der Zeit zwischen der Anordnung der teilweisen und der allgemeinen Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Streitkräfte, nur jene Maßnahmen durchgeführt, die mit der teilweisen Mobilisierung zusammenhingen. Dies waren erstens die Einberufung der Ergänzungsmannschaften und Pferde für 14 im XV. und XVI. Korps befindliche selbständige Bataillone und zwei Gebirgsartillerieregimenter auf den Kriegsstand und zur Bildung der den Bataillonen zugehörigen 14 Marschkompagnien. Dann standen in Galizien auch vier Kavallerieregimenter, die aus den von der teilweisen Mobilisierung betroffenen Korpsbereichen stammten. Diese mußten notwendigerweise gleichfalls den Kriegsstand annehmen, weil ihre Ergänzungsmannschaften einrückten. Da sie aber nicht zu den drei Armeen des Kriegsfalles Balkan gehörten, blieben sie zur Verfügung des Kriegsministeriums stehen. Schließlich ordnete das XI. (Lemberger) Korpskommando am 27. Juli auf eigene Verantwortung die Sicherung der Kunstbauten einiger Bahnlinien Ostgaliziens durch Truppenwachen an. Dies entsprang der Besorgnis, daß diese Objekte durch einbrechende russische Kavallerie oder durch Attentate russophiler Elemente zerstört werden könnten, was nicht nur die ordnungsmäßige Absendung der Ergänzungstransporte nach Bosnien-Herzegowina-Dalmatien, sondern auch eine eventuell nachfolgende allgemeine Mobilisierung hätte beeinträchtigen können.

Bei dem ausgebreiteten Spionagedienst, den der russische Generalstab in den österreichisch-ungarischen Grenzgebieten unterhielt, darf es als sicher angenommen werden, daß diese vorerwähnten, in Galizien sich vollziehenden Maßnahmen der russischen Heeresleitung raschestens zur Kenntnis gelangten. Doch sie mochten auch ihr als ungefährlich erschienen sein, denn bei allen diplomatischen Verhandlungen und im Notenwechsel der kritischen Julitage wurde von russischer Seite hierüber keine Klage geführt. Dessenungeachtet wurde in Rußland, wo schon am 26. Juli die

[4]) Goos S. 294. — Die österreichisch-ungarischen Dokumente zum Kriegsausbruch. III. S. 38.

Kriegsvorbereitungsperiode proklamiert worden war, am 29. Juli die teilweise und am 30. Juli die allgemeine Mobilmachung angeordnet mit dem 31. Juli als 1. Mobilmachungstag. Wenn heute doch noch immer Anschuldigungen gegen die ehemalige Donaumonarchie erhoben werden, daß sie durch Mobilisierungsmaßnahmen in Galizien den Kriegseintritt Rußlands provoziert hätte, so erscheinen sie durch vorstehende Ausführungen wohl hinreichend widerlegt. — Nicht Österreich-Ungarn, sondern Rußland wollte den Krieg!

Mittlerweile durchlebten die verantwortlichen Personen der Donaumonarchie Stunden höchster Nervenanspannung, die durch die Ungewißheit über die Haltung Rußlands noch gesteigert wurde. Durch die sich mehrenden Nachrichten über russische Mobilisierungsmaßnahmen stand man in Wien unter dem Eindruck einer kaum abwendbaren russischen Kriegsgefahr, deren Tatwerden aber noch nicht genau vorausgesehen werden konnte. Andererseits lief gerade am 29. und 30. Juli zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren eine Vermittlungsaktion zur Lokalisierung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktes, deren Erfolg man abwarten wollte. So wurde am 30. Juli — als in Rußland schon die allgemeine Mobilmachung befohlen wurde — in Wien der Entschluß gefaßt, vorläufig nur den gegen Serbien begonnenen Krieg fortzuführen und erst am nächsten Tage, nach Klärung der politischen Lage, zu entscheiden, ob der Rest der Armee, nämlich die neun Korps der A-Staffel, gegen Rußland aufgerufen werden sollte.[5])

Unterdessen hatte man in Wien, nach einem bald aufgeklärten Mißverständnis, die Gewißheit erlangt, daß Deutschland seine Bündnispflicht gegen Österreich-Ungarn im Streitfalle mit Rußland erfüllen werde. Gleichzeitig verdichteten sich die aus Rußland kommenden Nachrichten dahin, daß dessen allgemeine Mobilmachung nicht mehr zu bezweifeln sei.[6]) So erteilte denn Kaiser Franz Joseph schweren Herzens am 31. Juli mittags den Befehl zur allgemeinen Mobilisierung von Heer und Flotte.

Der schon gegen Serbien rollende Aufmarsch beeinträchtigte aber doch die Mobilisierung und Aufmarschtätigkeit gegen Rußland. So konnte wegen der bereits für den Aufmarsch gegen den Balkan erfolgten Lokomotiv- und Waggondirigierung als erster Mobilisierungstag gegen Rußland erst der 4. August angesetzt werden, wodurch Österreich-Ungarn seinem nordöstlichen Feinde

---

[5]) Conrad: Aus meiner Dienstzeit. II. S. 151.

[6]) Durch eine Verkettung mißlicher Umstände hatte man in Wien die erste authentische Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilmachung erst am 1. August früh erhalten.

gegenüber um vier Tage in die Hinterhand geriet. Da weiter die Truppen der B-Staffel schon seit zwei Tagen gegen Serbien im Abrollen waren und ein Umlenken nach Galizien aus bahntechnischen Gründen nicht möglich war,[7]) mußte die 2. Armee in Syrmien-Banat zum Aufmarsch gebracht und von hier aus vom 18. August an nach Galizien neuerlich abbefördert werden, wo die Armeegruppe Köveß vorläufig ihre Vorhut bildete. Die 2. Armee konnte, da sie um sieben Tage früher mobilisiert worden war, zur selben Zeit in Galizien eintreffen, als wenn sie bei gleichzeitiger Mobilmachung mit der A-Staffel, so wie es für den Kriegsfall Rußland vorgesehen war, direkt aus den Mobilisierungsstationen hinter ihr abgerollt wäre. Entgegen der Absicht der höheren Führung wurden aber später doch Teile der 2. Armee in die Kämpfe gegen Serbien verwickelt, so daß das IV. Korps verspätet und eine Division des IX. Korps gar nicht nach Galizien gelangten.

Der Zeitverlust in der Anordnung der allgemeinen Mobilisierung gegen Rußland und der vorerwähnte, die 2. Armee betreffende ungünstige Umstand brachten Österreich-Ungarn ganz um den Vorteil, den es sonst, infolge seiner rascheren Mobilisierung und kürzeren Aufmarschdauer, Rußland gegenüber als Ausgleich für seine zahlenmäßige Unterlegenheit hätte ausnützen können. Nun traten aber die beiden feindlichen Heere ungefähr gleichzeitig, und zwar jedes mit dem früher operationsbereiten linken Flügel zuerst, die Vorbewegung an.

Bei dieser Gelegenheit darf nicht unterlassen werden, hervorzuheben, daß die vom ehemaligen k. u. k. Generalstab feinsinnig erdachten Kriegsvorbereitungen, trotz ihrer scheinbaren Kompliziertheit, doch die Feuerprobe bestanden haben. Reibungslos lief das Räderwerk der Mobilisierung und des Aufmarsches ab. Aber auch in dem befürchteten Falle des notwendig gewordenen Umlenkens der 2. Armee verstand es der Generalstab, die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten zu meistern.

Es soll hier unerörtert bleiben, welche Erfolgsmöglichkeiten sich für Österreich-Ungarn am nordöstlichen Kriegsschauplatz eröffnet hätten, wenn es — nur von militärischen Rücksichten geleitet — gegen Serbien und Rußland gleichzeitig oder wenigstens zur selben Zeit wie Rußland mobilisiert hätte. Es muß aber noch-

---

[7]) Das Umlenken der nach Südungarn im Rollen befindlichen Transporte der B-Staffel nach Galizien war undurchführbar, weil auf den dorthin führenden Bahnen noch die Friedensfahrordnung Geltung hatte. Die Kriegsfahrordnung trat erst mit dem zweiten Tage der allgemeinen Mobilisierung, also am 6. August, in Kraft.

mals ausdrücklich festgestellt werden, daß keinesfalls die geringfügigen, in Galizien vorgenommenen, einer Spitze gegen das Zarenreich jedoch vollkommen entbehrenden Mobilisierungsmaßnahmen dazu beigetragen haben, den Entschluß Rußlands zum Kriege und in Konsequenz dessen seine allgemeine Mobilmachung auszulösen. Im Gegenteil. Die Donaumonarchie hatte sich — sehr zu ihrem Nachteil — von dem Streben leiten lassen, auch den Schein einer Herausforderung Rußlands zu vermeiden und war dadurch diesem gegenüber derart in die Nachhand geraten, daß es verspätet und mit noch nicht völlig versammelter Kraft in den ihm aufgezwungenen Abwehrkampf treten mußte. Der unglückliche Ausgang des Feldzuges von Lemberg, der für Österreich-Ungarn vielleicht kriegsentscheidend war, war nicht zum geringsten Teile die Folge davon.

Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber.

Graf Max Montgelas.

II. Teil. 1907—1913.

Die zweite Haager Konferenz.

Als Fürst Bülow sein Buch „Deutsche Politik“ veröffentlichte, beanstandete die pazifistische Kritik sehr scharf, daß die beiden Haager Konferenzen darin überhaupt nicht erwähnt seien. Auch Lord Grey übergeht, ohne bisher gleichen Tadel erfahren zu haben, die in seine Amtszeit fallende zweite Zusammenkunft im Haag von 1907 mit Schweigen. Lorbeeren hat sich freilich damals das Foreign Office nicht errungen. So berichtet Bertha von Suttner:

„Am peinlichsten waren die amerikanischen und englischen Friedensfreunde über die matte und ablehnende Haltung der britischen Delegation berührt. In seiner unerschrockenen Art gab Stead seiner Enttäuschung — mehr noch seiner Entrüstung — darüber Ausdruck. Von der liberalen Regierung seines Landes, die durch den Mund des Premiers und des Ministers des Auswärtigen, Sir Edward Grey, so entschieden dafür eingetreten war, daß England sich „an die Spitze einer Friedensliga der Staaten“ stellen solle, hatte man doch eine andere Rolle auf der Haager Konferenz erwartet. Stead regte eine Aktion unter den englischen

Parlamentariern an; und in der Tat: eine Deputation begab sich zu Campbell-Bannerman und Minister Grey, um sie in dieser Angelegenheit zu interpellieren. Stead reiste auch selber nach London und kam der Sache auf den Grund: Die Instruktionen der britischen Delegation waren ihr von den Funktionären des Auswärtigen Amtes gegeben worden, die noch vom vorigen imperialistischen Regime her in Stellung geblieben sind und daher in ihrem Geiste die Delegierten zu der passiven und ablehnenden Haltung verpflichteten, die sie im Haag beobachteten. Jetzt war die Sache aufgeklärt, und der Premier hat selber neue Instruktionen geschickt, so daß die englischen Delegierten — nicht nur zur allgemeinen, sondern auch zu ihrer eigenen Befriedigung — nunmehr in liberalster Weise für das permanente Tribunal und andere ähnliche Vorschläge eintreten." [1])

Mit der Erklärung, alle Schuld auf die noch nicht an die Ideen der neuen Vorgesetzten gewöhnten Unterbeamten abzuschieben, ist es nun ein eigen Ding. Sowohl der Staatssekretär selber als der Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge [2]) waren damals schon anderthalb Jahre (Dezember 1905 bis Juni 1907) im Amte. Die Instruktion an die britischen Delegierten ist am 12. Juni 1907 von Grey persönlich unterzeichnet.[3]) Sie ist so nichtssagend wie möglich. Von sieben großen Seiten behandeln $6^1/_2$ die Land- und Seekriegsordnung, die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg, die Verwendung von Handelsschiffen zu Kriegszwecken, die Rechte der Neutralen, die Frage des Privateigentums zur See u. dgl. Eine halbe Seite nur beschäftigt sich unter der viel versprechenden, jedoch wenig haltenden Überschrift „Friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten" mit einem russischen Vorschlag der besseren Ausgestaltung der „Internationalen Untersuchungskommissionen", dem Prisenhofe für Neutrale und dem Gebrauche verschiedener Sprachen auf der Konferenz. Kein einziger neuer Gedanke, keine Silbe über Schiedsgerichtsbarkeit!

Die deutsche Türkenpolitik.

Das Kapitel „Akaba und Denshawei" ist in dreifacher Hinsicht lehrreich. Es zeigt, wie rasch eine britische Regierung, selbst bei sehr zweifelhafter Rechtslage, mit Ultimaten gegen schwache Staaten bei der Hand ist, wenn es sich um Wahrnehmung vermeintlicher oder wirklicher politischer Interessen handelt (Akaba

---

[1]) Bertha von Suttner: „Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges", Band II, Seite 42.

[2]) Jetzt Lord Hardinge of Penshurst, 1904—1906 Botschafter in Petersburg, 1906—1910 ständiger Unterstaatssekretär des Auswärtigen.

[3]) „Correspondence respecting the Second Peace Conference" Miscellaneous No. 1 (1908).

S. 119—122). Das Kapitel zeigt ferner, mit welch maßloser Strenge in den unterworfenen Ländern die Vergehen Eingeborener gegen Leib und Leben britischer Staatsangehöriger bestraft werden (Denshawei S. 130—134). Das Hauptinteresse jedoch bilden die Ausführungen über die deutsche Türkenpolitik; sie enthüllen den wahren Grund der englischen Mißgunst gegen Deutschland. Die deutsche Regierung und der deutsche Kaiser, so wird geklagt, zahlten den Preis, „den keine britische Regierung zahlen konnte", und der darin bestand, die Mißregierung Abdul Hamids nicht zu stören. So habe Deutschland in Konstantinopel die Stellung errungen, die einst Großbritannien innegehabt hätte. „Die deutsche Politik schien aufgebaut zu sein auf der Überlegung und auf dem Glauben, daß moralische Bedenken und altruistische Motive in den internationalen Angelegenheiten nicht zählen . . . Die höchste Moral für eine deutsche Regierung war das nationale Interesse . . . Die Methoden, mit denen Deutschland seine Politik in der Türkei betrieb, erschienen uns in der Tat zynisch" (Seite 127—129).[4])

Man braucht diese Strafpredigt nicht allzu tragisch zu nehmen, denn sie macht einen recht eigentümlichen Eindruck, eingerahmt zwischen den von Altruismus wahrlich nicht angekränkelten Vorfällen von Akaba und Denshawei. Sie ist obendrein eine große Selbstanklage, denn in der Einleitung des Buches (S. 6) ist gesagt, „das jeweilige unmittelbare Interesse Englands" sei das Leitmotiv aller britischen Außenminister gewesen. Die Heftigkeit des Tones beweist, worin die Hauptbeschwerden des Londoner Kabinetts gegen Deutschland bestanden haben. Die „Flottenpaniken" taten gute Dienste als Agitationsmittel für die breiten Massen; die leitenden Männer wußten sehr wohl, daß eine ernstliche Bedrohung der maritimen Suprematie Großbritanniens durch die weit unterlegene deutsche Seemacht völlig ausgeschlossen war, aber sie scheinen geargwöhnt zu haben, daß eine unter deutscher Führung regenerierte, mit Deutschland verbündete Türkei eine Gefahr für die britische Herrschaft in Indien werden könnte. Unfaßlich für den Kenner der geographischen Verhältnisse. Ständig kehrt bei Grey die Klage wieder über die Atmosphäre von Mißtrauen und Argwohn, welche die Beziehungen zwischen den Mächten vergiftet habe. Nun wohl, in der Türkenfrage sind Mißtrauen und Argwohn in Downingstreet stärker gewesen als die Geographie.

---

[4]) Ähnliche Ausfälle gegen den deutschen Egoismus, während Großbritannien allein von allen Mächten aus reinem Idealismus gehandelt habe, S. 167, 187, 237, 249.

Selbstverständlich hat auch nach dem vorliegenden Memoirenwerk der deutsche Flottenbau sehr bestimmend auf die allgemeine Linie der britischen Politik eingewirkt. „Deutschland begann ein Flottenprogramm, das jedermann als eine Herausforderung der britischen Marine ansah . . . . Deutschland steigerte das Wettrüsten zur See und verwarf englische Angebote zu einem Flottenabkommen, ja nahm sie mitunter sogar übel (S. 234). . . Deutschland strebte nach einer maritimen Stellung, die eine außerordentlich ernste Gefahr (?) für das Britische Reich bedeutete. . . . Es zwang uns, Sicherheit zu finden sowohl durch Vermehrung unserer Schiffsbauten als auch durch eine Politik, die uns nicht der Feindschaft anderer Seemächte aussetzte“ (S. 240). Tatsächlich ist ja auch das französisch-englische Marineabkommen vom September 1912, das — wie noch zu erörtern sein wird — die stärkste militärische Bindung Englands an Frankreich bedeutete, eine Folge der letzten deutschen Flottennovelle gewesen. Aber die Kritik Greys gegenüber der deutschen Flottenpolitik klingt wesentlich milder als die gegenüber der deutschen Türkenpolitik. Der Flottenbau wird nur als unklug hingestellt. Deutschland hatte „unzweifelhaft das Recht, in Wettbewerb mit unserer Seemacht zu treten“ (challenging our sea-power S. 240). Die Türkenpolitik hingegen wird mit Argumenten der Moral bekämpft. Dabei wird man vergeblich nach Antwort auf folgende Fragen suchen: Warum ist es sündhaft, die türkische Armee zu reorganisieren, und warum ein gutes Werk, die türkische Flotte zu reformieren? Warum sind deutsche Bahnbauten in der Türkei ein imperialistisches Unternehmen, und warum englische und französische eine rein wirtschaftliche Betätigung? Warum ist der deutsche Handel mit der Türkei (460 Millionen Piaster Einfuhr und Ausfuhr) moralisch verwerflich, und warum der doppelt so große französische (882 Millionen) und der dreimal so große englische (1356 Millionen) moralisch einwandfrei? Die Flagge des Vorwurfs gegen Deutschland lautet Unterstützung der Mißregierung des Tyrannen Abdul Hamid, eine Deckadresse, die nur auf Leser Eindruck machen kann, die vergessen haben, daß Abdul Hamid seit dem Herbst 1908 nicht mehr regierte.

Das englisch-russische Abkommen.

Freundschaft mit Frankreich und Feindschaft mit Rußland waren auf die Dauer nicht vereinbar. Die Streitpunkte mit dem Zarenreich in Ostasien waren durch die japanischen Siege erledigt, die in Zentralasien wurden beglichen durch das Abkommen vom

August 1907 über drei weder Rußland noch England gehörige Länder Tibet, Afghanistan und Persien. Der wichtigste Teil bezog sich auf Persien, aus dessen südlichem Teil die britische Gespensterfurcht ein russisches Vordringen gegen Indien für möglich hielt. So kam man dazu, das ohnmächtige Land ohne sein Befragen in drei Zonen zu teilen, von denen die nördliche als russische, die südliche als britische „Interessensphäre", die mittlere mit dem Persischen Golf als „neutral" bezeichnet wurde. Persien selber war recht wenig über diese Aufteilung erfreut, und Grey gibt zu, daß die in der Präambel des Vertrages so warm betonte (tenderly cherished) „Integrität und Unabhängigkeit" des unglücklichen Staates schon bei Abschluß des Abkommens in Wirklichkeit nicht mehr bestand (S. 161). Besonders die russischen Agenten seien sehr brutal vorgegangen, auf eigene Faust; denn Rußland war eine „Autokratie ohne Disziplin" (S. 162). Wiederum erkennt und betont Grey die Härte, daß dem im fernen Osten vom Meere vertriebenen Rußland nun auch im mittleren Orient der Weg zur eisfreien See versperrt worden sei.[5]) Aber er selber war es ja doch, der diese Härte ausübte, weil bei ihm die strategische Sicherheit der angeblich bedrohten indischen Grenze schwerer wog als die Rücksicht auf Lebensnotwendigkeiten der russischen Wirtschaft. Richtig sieht er auch voraus, daß nunmehr Rußland bei der ersten Gelegenheit mit England über die Meerengen im nahen Osten (Bosporus und Dardanellen) sprechen werde (S. 155). Man sollte somit erwarten, daß, wenn diese Gelegenheit eintritt, das Londoner Kabinett den russischen Wünschen in weitestem Maße entgegenkommen werde.

Die bosnisch-herzegowinische Krise.

Es kam so, wie Grey und alle denkenden Politiker vorausgesehen hatten. Rußland, von den asiatischen Meeren abgedrängt, wendete sich seinen alten Zielen auf dem Balkan wieder zu. Bei den Unterredungen von Buchlau Mitte September 1908, von denen das vorliegende Buch nichts zu wissen scheint, hatten Aehrenthal und Iswolsky vereinbart: für Österreich-Ungarn die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, für Rußland die Durchfahrt seiner Kriegsschiffe durch die Meerengen. Ein Handel, sicherlich nicht einwandfrei vom Standpunkt der strengen Moral, aber im Rahmen der alten Diplomatie durchaus vernünftig, bei weitem anständiger als das doppelzüngige französisch-englische Abkommen von 1904

[5]) Siehe dazu Maiheft S. 288.

und förderlich für den Frieden, da ein derartiger russischer Erfolg in der Meerengenfrage die Eigenliebe der Petersburger Diplomatie auf Jahre hinaus befriedigt haben würde.

Nachdem in den ersten Oktobertagen 1908 Österreich-Ungarn die Annexion ausgesprochen und Bulgarien seine Unabhängigkeit erklärt hatte, trug der infolge unglücklicher Zufälligkeiten von Aehrenthal nicht rechtzeitig verständigte [6]) Iswolsky am 10. Oktober in London das bescheidene russische Anliegen vor: Rußland und die anderen Uferstaaten des Schwarzen Meeres sollten das Recht erhalten, in Friedenszeiten ihre Kriegsschiffe bis zur Höchstzahl von drei die Engen passieren zu lassen, ohne Aufenthalt und ohne Anker zu werfen (S. 178). Aber der britische Staatssekretär verlangt das gleiche Recht für alle anderen Staaten, mit anderen Worten: die britische Flotte soll ermächtigt sein, in einem englisch-russischen Kriege, auch wenn die Türkei neutral bleibt, die russischen Schiffe im Schwarzen Meere aufzusuchen und zu vernichten (S. 173). Auf neues Drängen Iswolskys gab Grey schließlich die klassische Antwort: „Ich habe nicht „nein" gesagt, aber es ist auch schwer, „ja" zu sagen" (S. 176).[7])

Die Londoner Absage war ein schwerer Schlag für den Ehrgeiz Iswolskys. Doch der Groll des russischen Ministers kehrte sich nicht gegen das mächtige Albion, sondern gegen das schwache Habsburger Reich. Noch am 5. Oktober hatte er in Paris dem serbischen Vertreter erklärt: „Serbien und das serbische Volk verlieren nichts, sondern gewinnen effektiv . . . . Ich habe diesen Schritt Österreich-Ungarns vorausgesehen . . . . . Deshalb habe ich unsere Zustimmung von der oben ausgesprochenen Bedingung (Räumung des Sandschaks) abhängig gemacht." [8]) Ganz anders hingegen meldete acht Tage später (13. Oktober) der serbische Vertreter aus London: „Iswolsky verhehlte nicht seinen Unwillen gegen Österreich und protestierte auf das energischste gegen die Behauptung, als ob er der Annexion zugestimmt hätte." [9]) Ein klarer Beweis, daß die veränderte Haltung des russischen Ministers in London eingetreten ist.

---

[6]) Siehe H. Friedjung „Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914" II., S. 232 u. 247.

[7]) Vergl. dazu das englische Memorandum vom 14. Oktober 1908, das eine glatte Ablehnung des Antrages Iswolskys bedeutet („Livre Noir" II., S. 458).

[8]) Dr. M. Boghitschewitsch, ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin: „Kriegsursachen" Seite 152.

[9]) loc. cit. S. 157.

Die abermalige „Härte“ Englands gegen einen russischen Wunsch, den der Minister des doch viel näher beteiligten Österreich-Ungarns bewilligt hatte, brachte damals Europa an den Rand des Krieges. Das schließliche Einlenken Rußlands Ende März 1909 erregte den höchsten Unwillen des britischen Botschafters in Petersburg, Sir Arthur Nicolson [10]) (Seite 182—183), der bald darauf Greys nächster Mitarbeiter wurde.

Die Durchführung der Buchlauer Abmachungen hätte viel dazu beitragen können, den östereichisch-russischen Antagonismus zu mildern. Daß das nicht erreicht wurde, sondern im Gegenteil der Gegensatz zwischen Wien und Petersburg sich ungemein verschärfte, war neben unglücklichen Zufälligkeiten und der Ungeschicklichkeit Iswolskys das Werk der englischen „Härte“. Auch heute erkennt Grey noch nicht seinen friedensstörenden Fehler vom Oktober 1908. Er schreibt lange über die Demütigung Rußlands, sieht aber nicht, daß sie im letzten Grunde nicht durch die deutsche Intervention in Petersburg, sondern durch das englische „Nein“ verursacht worden ist.

Die Reisen König Eduards.

Großes Erstaunen wird bei allen deutschen und nichtdeutschen Lesern die Behauptung erregt haben, daß die Reisen König Eduards nicht dazu bestimmt gewesen seien, „tief in die Politik hineinzusteigen“ (S. 146 und 195 ff.). Sicher ist, daß sie in Deutschland seinerzeit diesen Eindruck hervorgerufen haben, und zwar nicht etwa nur in nationalistisch eingestellten Kreisen. So schrieb der „Vorwärts“ 1907: „Es würde ganz nützlich sein, wenn unsere Genossen im englischen Parlament ein ernstes Wort sprächen. Die Geschäftigkeit König Eduards ist dem Frieden nicht förderlich.“ Das „Berliner Tageblatt“ urteilte in demselben Jahre: „Der Übereifer, mit dem Eduard VII. seine politischen Geschäfte betreibt, mußte bei uns um so mehr Verdacht erregen, als gleichzeitig England die Abrüstungsfrage mit einer Entschiedenheit in den Vordergrund schob, die etwas an den Vers erinnert: Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein.“

Grey wendet sich gleichzeitig gegen die deutsche Theorie der „Einkreisung“ und meint, die deutsche Regierung selber habe nie ernsthaft daran gelaubt (S. 196). Jedenfalls glaubte der „Vorwärts“ daran, denn er schrieb 1907: „Es zeuge nicht von politischer

---

[10]) Jetzt Lord Carnock, Botschafter in Petersburg 1905(1906?)—1910; ständiger Unterstaatssekretär des Auswärtigen 1910—1916.

Einsicht, daß man erst jetzt entdecke, wie Deutschland von den Westmächten, speziell von England, politisch isoliert oder, wie es neuerdings im politischen Jargon heiße, „eingekreist" worden ist." [11]) Sehr nachdrücklich versucht das Buch der Behauptung entgegenzutreten, König Eduard habe versucht, Kaiser Franz Joseph dem Bunde mit Deutschland abspenstig zu machen. „Wenn wir intrigiert hätten, um den Dreibund zu sprengen, würde unsere Behauptung, daß die Entente ausschließlich defensiv und nicht gegen Deutschland gerichtet war, nicht mehr wahr sein" (S. 195). Nun wird aber doch niemand bestreiten wollen, daß jedenfalls Frankreich bemüht war, den Dreibund zu sprengen, und daß es seine durch die französisch-italienischen Abmachungen von 1902 eingeleiteten Sprengversuche auch nach der Entente mit England fortgesetzt hat. Die Behauptung des ausschließlich defensiven und nicht gegen Deutschland gerichteten Charakters der Entente ist damit nach der eigenen Argumentation Greys erledigt. Was insbesondere die Bemühungen Eduards VII. bei Franz Joseph betrifft, so wird gesagt, der Bericht Hardinges über die Unterredung in Ischl sei ja veröffentlicht. Hier dürfte ein Irrtum vorliegen, da ein solcher Bericht nicht aufgefunden werden konnte.[12]) Auch hat der König den österreichischen Kaiser nicht einmal, sondern viermal besucht (1904, 1905, 1907 und 1908), so daß e i n Bericht nichts beweisen würde. Endlich steht der Behauptung das übereinstimmende Zeugnis des Feldmarschalls Freiherrn von Conrad und des Feldmarschalleutnants von Margutti entgegen.[13])

Auch die Entrevue von Reval wird als harmlos hingestellt. Dabei ergibt sich nun in einem wichtigen Punkte eine nicht ganz

---

[11]) Alle Zeitungszitate nach der Rede Bassermanns im Reichstage am 30. April 1907. Stenographische Berichte Bd. 228 S. 1243 Sp. 1—2, S. 1246 Sp. 1.

[12]) Vermutlich denkt Grey an den Bericht Hardinges über die Unterredung mit Kaiser Wilhelm in Cronberg am 11. August 1908. Dieser Bericht ist von den „Times" am 10. November 1924 veröffentlicht, die Übersetzung in den „Europäischen Gesprächen" Februar 1925 Seite 77 ff. abgedruckt.

[13]) Conrad „Aus meiner Dienstzeit" I. S. 55: „Gelegentlich einer Audienz in Ischl sagte mir der Kaiser, wie der König Eduard hier war, hat er mich vom Bunde mit Deutschland abbringen wollen". Ähnlich Margutti „Vom alten Kaiser" S. 319, 321, 351—353, 355. Anders Musulin „Das Haus am Ballplatz" S. 167, wo gesagt wird, es habe sich nur darum gehandelt, daß Kaiser Franz Joseph auf Deutschland im Sinne einer Beschränkung der Flottenbauten einwirken solle. Siehe dazu jedoch kritische Bemerkungen im „Archiv für Politik und Geschichte" November 1925 S. 535.

unwesentliche Verschiedenheit zwischen den Berichten Hardinges und Iswolskys. Die betreffende Äußerung des britischen Unterstaatssekretärs zum russischen Minister lautete:

nach dem Bericht Hardinges:

„In sieben oder acht Jahren könnte (bei Fortdauer der deutschen Flottenbauten) eine kritische Lage entstehen, bei der Rußland, wenn es in Europa stark sei, der Schiedsrichter des Friedens sein und mehr Einfluß zur Sicherung des Friedens haben könnte als auf irgendeiner Konferenz im Haag“ (Grey S. 205).

nach dem Bericht Iswolskys:

„In sieben oder acht Jahren kann in Europa eine äußerst beunruhigende und gespannte Lage entstehen; dann wird zweifelsohne Rußland der Schiedsrichter der Lage sein; aus diesem Grunde wünschen wir im Interesse des Friedens und der Erhaltung des Gleichgewichts, daß Rußland zu Lande und zu Wasser möglichst stark ist“ (B. v. Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre“ Seite 778).

Iswolskys Bericht spricht nicht nur von Erhaltung des Friedens, sondern auch von der des Gleichgewichts, betont schärfer die Schiedsrichterstellung Rußlands und die Notwendigkeit seiner Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Wer hat richtig berichtet, Hardinge oder Iswolsky?

Die Krise von Agadir.

„Schließlich schickte Frankreich eine Streitmacht nach Fez, und Spanien landete Truppen in seiner Zone. Dann entsendeten die Deutschen plötzlich ein Schiff, den „Panther“, nach Agadir.“ So werden (S. 211) die Ereignisse nebeneinandergestellt, als ob der deutsche Schritt unmittelbar auf die französisch-spanischen Maßnahmen gefolgt wäre. Tatsächlich waren die Franzosen am 26. April 1911 in die Hauptstadt des Scherifenlandes einmarschiert, und nachdem Paris monatelang, bis zum 20. Juni, gezögert hatte, die Konversation mit Berlin wegen dieses Bruches der Akte von Algeciras zu beginnen und Fez wieder zu räumen, war das kleine deutsche Kanonenboot „Panther“ von 1000 Tonnen mit 125 Mann Besatzung an die Westküste Marokkos entsendet worden, wo es am 1. Juli vor Agadir Anker warf. Der Vorschlag, britische und französische Kriegsschiffe längsseit des deutschen Bootes zu senden oder als „Gegenmaßnahme andere marokkanische Häfen zu besetzen“ — Agadir war ja gar nicht besetzt, kein

Mann der 125 Köpfe zählenden Besatzung gelandet[14]) — ging Grey zwar zu weit, er findet indessen auch heute noch kein Wort des Tadels gegen die (französischen oder englischen?) Urheber des Planes[15]), obwohl er sich klar darüber ist, daß die Durchführung dieser Flottendemonstration die Wagschale auf die Seite des Krieges geneigt haben würde (S. 212).

Die Drohrede Lloyd Georges vom 21. Juli, hervorgerufen dadurch, daß eine Londoner Anfrage von Berlin einen halben Monat — nicht etwa wie die Berliner Anfragen von Paris drei Monate lang — ohne Antwort gelassen worden war, ist nach dem Buche das ausschließliche Werk des damaligen Schatzkanzlers. Dieser zeigte den fertigen Entwurf dem Leiter des Auswärtigen Ressorts, der darin nichts gefunden haben will, woran Deutschland billigerweise hätte Anstoß nehmen können (S. 216)! Er begrüßte es, daß ein anderer Minister für ihn sprechen wollte, da „ein Teil, und zwar ein beträchtlicher Teil, der öffentlichen Meinung das Foreign Office und mich insbesondere für übermäßig deutschfeindlich hielt“[16]). Die Rede habe viel dazu beigetragen, 1911 den Frieden zu erhalten (S. 217).

Nach deutscher Auffassung hat umgekehrt die Rede den einzigen Vorfall gebildet, der eine bis dahin gar nicht bestehende Kriegsgefahr heraufbeschwor. Berlin wollte von allem Anfang an den Krieg nicht.[17]) Als Staatssekretär von Kiderlen-Wächter in einem Immediatbericht vom 15. Juli unvorsichtigerweise den Ausdruck gebraucht hatte, man müsse, um bei den Verhandlungen mit Frankreich etwas zu erreichen, „jedenfalls sehr kräftig auftreten“,

---

[14]) Staatssekretär von Kiderlen-Wächter hatte früher, im Mai, allerdings an eine Besetzung marokkanischer Häfen gedacht, jedoch nur als „Faustpfand“, nicht als „Annexion“. Er bezeichnete Anfang Juli einen nationalliberalen Führer, der an die Nichtannexion nicht glauben wollte, mit einem wenig schmeichelhaften Beiwort. „Große Politik“ Band 29, Nr. 10 549; Jäckh „Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch“ S. 122 f.

[15]) Über die strittige Urheberschaft siehe „Große Politik“ Band 29 Nr. 10 586 S. 162 Anm.

[16]) Die jetzige Angabe Greys über den Ursprung der Rede Lloyd Georges ist mit der Darstellung in Churchill „The World Crisis“ S. 46 f. wohl vereinbar. Entgegenstehende Erklärungen, wie in Greys Parlamentsrede vom 27. November 1911, und gelegentliche Äußerungen Lloyd Georges, worin er jede Verantwortung ablehnt („Große Politik“ Band 29 Nr. 10 621 Anm.) fallen demgegenüber nicht ins Gewicht.

[17]) Bestimmte Erklärungen Kaiser Wilhelms, daß es nicht zum Kriege kommen dürfe, vom 30. April und 23. Mai siehe „Große Politik“ Band 29 Nr. 10 548 und 10 562. Der Kaiser war ursprünglich auch gegen die Entsendung von Schiffen, loc. cit. Nr. 10 538.

nahm Kaiser Wilhelm sehr scharf dagegen Stellung.[18]) Die drohende Fanfare Lloyd Georges erregte nun in Berlin die Befürchtung, England wolle den Krieg, und man versuchte, dem Überspringen der Kriegsstimmung auf Frankreich, wo am 26. Juni der versöhnlichere Caillaux die Ministerpräsidentschaft angetreten hatte, durch vertrauliche Verhandlungen mit Paris entgegenzuwirken.

Sir Edward selber hat damals nicht die Ansicht gehabt, daß es nötig sei, gegenüber einem deutschen Kriegswillen den Frieden zu erhalten. Denn am 16. August erklärte er dem russischen Botschafter Grafen Benckendorff: „Ich glaube nicht, daß Kaiser Wilhelm den Krieg gewollt hat, als dieser Zwischenfall entstand. Ich glaube auch nicht, daß er den Krieg heute will".[19]) Leider hat Lord Grey diese seine Auffassung inzwischen völlig vergessen, sonst könnte er nicht zwei Seiten mit Insinuationen füllen, daß Deutschland entweder auf die diplomatische Demütigung Frankreichs oder auf Krieg hingearbeitet habe. Er hat jedoch nicht nur jetzt seine Auffassung von 1911 nicht mehr in Erinnerung, sondern, was noch merkwürdiger ist, es war ihm auch 1911 ganz entfallen, wie er 1906 die Dinge in Marokko angesehen hatte. Im Januar 1906 hatte er nämlich in der Überlassung eines Hafens an der Westküste Marokkos an Deutschland ein Mittel erblickt, alle Schwierigkeiten der Konferenz von Algeciras zu lösen (S. 114). Fünf Jahre später billigte er wegen des bloßen Argwohns, Deutschland könnte den Besitz eines solchen Hafens anstreben, die Kriegsrede eines Ministerkollegen, die keine andere Großmacht so geduldig hingenommen haben würde wie das Deutsche Reich.

So anfechtbar der „Panthersprung" als diplomatisches Druckmittel auch ist, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die deutsche Regierung die schwere diplomatische Niederlage, die im Buch sehr zutreffend „nahezu ein Fiasko" genannt wird (S. 232), dem Kriege vorgezogen hat. Dabei muß jeder, der über Heeres- und Flottenstärken einigermaßen Bescheid weiß, unumwunden zugeben, daß 1911 die Kräfteverhältnisse für die Zentralmächte zwar nicht mehr so günstig lagen wie 1905/06 oder 1908/09, aber immerhin noch wesentlich günstiger als 1914, nachdem Frankreich sein aktives Heer um eine, seine Reserven um vier Jahresklassen ver-

---

[18]) loc. cit. Nr. 10 607, 10 608, 10 613—14; Jäckh loc. cit. S. 126—28.

[19]) Siebert loc. cit. S. 435. Ebenso am 13. Oktober der russische Botschafter in Berlin: „Erstens hat Kaiser Wilhelm beim ersten Ausbruch der Krise beschlossen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen" loc. cit. S. 445.

stärkt, Rußland sein „großes Programm“ begonnen, Serbien fast den doppelten Umfang gewonnen, die Türkei den Balkan geräumt hatte.

Die zeitgenössischen Zeugnisse über die Friedensliebe der englischen Politik lauten nicht so günstig. Zum mindesten bekundet es große Gelassenheit gegenüber der Kriegsmöglichkeit, wenn Grey damals zu Benckendorff sagte: „Im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich wird England sich beteiligen müssen. Wenn dieser Krieg auch einen Krieg mit Rußland nach sich zieht, so wird Österreich mit hineingezogen werden, welches gar keine Lust hat, sich in diese Frage einzumischen, aber durch die Umstände dazu gezwungen werden wird . . . Es ist also nicht mehr ein Duell zwischen Frankreich und Deutschland — es ist der allgemeine Krieg“.[20]) Die Rede Lloyd Georges sodann hat als böse, immer neues Böse erzeugende Tat noch lange fortgewirkt. Nach den „Times“ hat er 1919 in Paris Paul Cambon beglückwünscht als den Mann, der als Schmied der französisch-englischen Entente den Krieg gemacht habe. Doch Cambon lehnte ab: „Ihre Rede vom Juli 1911 war es, die uns die Gewißheit gegeben, daß wir auf England zählen dürfen“.

Das deutsche Wehrgesetz von 1913.

Unter den Verdächtigungen, daß Deutschland anläßlich der Krise von Agadir entweder die diplomatische Demütigung Frankreichs oder den Krieg gewollt habe, verdienen zwei Behauptungen festgehalten zu werden.

Die eine lautet: „Hätte die Krise zum Kriege geführt, so würde er genau zu derselben Zeit ausgebrochen sein, die bekanntlich 1870 von den militärischen Führern Deutschlands bevorzugt, die 1905 für die Drohung gegen Frankreich gewählt und nach meiner Ansicht 1914 von den militärischen Autoritäten bestimmt worden ist“ (S. 231). Dieser „Saisonverdacht“, der den Gründer des Deutschen Reichs als einen willenlosen Spielball der preußischen Generale hinstellt[21]) und den deutschen Generalstab für den Zeitpunkt der Mordtat von Sarajewo verantwortlich macht, bedarf keines Kommentars.

Die zweite Verdächtigung wird mit der Frage eingeleitet, warum es denn entgegen den Absichten Deutschlands weder zur Demütigung Frankreichs noch zum Kriege gekommen sei, und zur

[20]) Siebert S. 435.

[21]) Über den Ursprung des Krieges 1870 siehe das große Werk von Herm. Oncken „Napoleon III. und der Rhein“.

Erklärung liest man: „Eine Antwort könnte sein, daß 1911 die deutsche Flotte noch nicht so stark war wie 1914 und auch das deutsche Heer noch nicht die Höhe der Ausrüstung (height of equipment) erreicht hatte, die es später infolge des Wehrbeitrags erhielt“ (S. 231). Welche Unkenntnis von „facts and figures“ enthüllt sich in diesem Satze! Daß die deutsche Flotte 1914 der britischen ebensowenig gewachsen war wie 1911, sollte doch auch dem Laien bekannt sein. Für das Landheer aber hatte das Wehrgesetz von 1913 noch kaum zu wirken begonnen. Es war nicht ein Offensivgesetz wie die sofort wirksame, während langer Zeit kaum tragbare dreijährige Dienstzeit in Frankreich. Es war ein Defensivgesetz auf lange Frist. Bis Sommer 1914 war erst ein einziges erhöhtes Rekrutenkontingent (im Oktober 1913) eingestellt worden. Selbst die aktive Armee würde erst im Frühjahre 1915 vollen Nutzen von dem Gesetze gezogen haben; noch 24 Jahre mußten vergehen, bis das gesamte Heer in allen Jahrgängen der Reserve und Landwehr die vorgesehene Verstärkung erhalten konnte. So stand es in personeller Beziehung. Hinsichtlich der materiellen Rüstung war die auf Grund der Erfahrungen der Balkankriege als dringend nötig erkannte Erhöhung der Vorräte an Artilleriemunition erst bis Ende 1917 beantragt. Sind denn alle diese Dinge im Kreise der Mitarbeiter Lord Greys noch nicht bekannt? Hat dort niemand die Schrift des ersten französischen Sachverständigen, Generals Buat „L'Armée allemande pendant la Guerre de 1914—18“ gelesen? Wenn man diese Dinge hingegen weiß, wie kann man dann noch behaupten, die deutsche Wehrvorlage von 1913 sei auf einen Krieg im Jahre 1914 zugeschnitten gewesen?

Die Mission Haldane.

Die deutsche Forschung war bisher geneigt, die Mission Haldane im Februar 1912 als eine entschiedene Abkehr des Foreign Office von der im vorhergehenden Sommer eingenommenen deutschfeindlichen Haltung anzusehen. Diese Auffassung erweist sich nunmehr als optimistisch. Grey, der heute noch nicht weiß, ob die Anregung, einen britischen Minister zu freundschaftlicher Aussprache nach Berlin zu entsenden, von deutscher oder englischer Seite ausgegangen ist, beargwöhnte den Vorschlag seinerzeit als eines der kleinen nichtamtlichen „Manöver“, die man in Berlin je nach den Umständen anerkennen oder verleugnen könne (S. 241). Sir Arthur Nicolson war ein Gegner des Gedankens und suchte

dessen Ausführung zu verhindern.[22]) Zu dieser wenig begeisterten Haltung des Staatssekretärs und Unterstaatssekretärs gesellte sich die chronische Sorge, der Besuch könnte in Paris „Verdacht und Mißtrauen" erregen (S. 242), weshalb sofort der französische Botschafter in London und der in Berlin beruhigt wurden: „es handle sich keineswegs darum, Verhandlungen zu beginnen . . . man wolle nur die Absichten der deutschen Regierung kennen lernen und sich über das deutsche Flottenprogramm informieren".[23]) Kaum war Haldane in Berlin eingetroffen, hielt am 10. Februar der erste Lord der Admiralität Churchill seine bekannte Rede über die „deutsche Luxusflotte". Bei diesem Ausfall handelte es sich, wie Poincaré verrät, um einen wohlüberlegten Plan aus Ärger darüber, daß Staatssekretär von Kiderlen-Wächter zu den Verhandlungen nicht zugezogen war.[24])

Die von englischer Seite so widerwillig eingeleitete, immerhin auch nach Rückkehr Haldanes nach London noch fortgesetzte Aktion scheiterte bekanntlich daran, daß Deutschland zu äußerstem Verzicht in der Flottennovelle bereit war, jedoch nur dann, wenn England durch ein politisches Abkommen Sicherheit für den Fall eines Festlandkrieges gewähre.[25]) Eine Erklärung Greys gegenüber dem deutschen Botschafter vom 17. März: „ein direktes Neutralitätsabkommen würde unbedingt die französische Empfindlichkeit reizen, was die englische Regierung vermeiden müsse", ließ zwar nicht mehr viel Hoffnung auf Erfüllung des deutschen Wunsches, indes kam es noch nicht zum Abbruch der Besprechungen. Da erfolgte am 27. März ein ungewöhnlicher Schritt des britischen Botschafters in Paris, Sir Francis Bertie. Er erschien bei Poincaré, bat „nicht als Botschafter" sprechen zu dürfen, warnte leidenschaftlich davor, daß für Frankreich noch nicht alle Gefahr eines deutsch-englischen Abkommens geschwunden sei, und schloß mit den Worten: „Wenn Sie in London eine feste Sprache führen lassen, wird man zweifelsohne zögern, den Fehler zu begehen, den ich befürchte". Es ist wohl ohne Beispiel, daß ein Botschafter eine fremde Regierung auffordert, „faites parler avec fermeté" zu seiner eigenen Regierung.

---

[22]) Poincaré „Le Lendemain d'Agadir" S. 165.

[23]) loc. cit. S. 166 f.

[24]) loc. cit. S. 168. Der deutsche Staatssekretär war übrigens einen oder zwei Tage zuvor beim Reichskanzler mit Haldane zusammengetroffen; Haldane „Before the War" S. 62.

[25]) Die verschiedenen der Reihe nach erörterten Formeln des Neutralitätsabkommens siehe Bethmann Hollweg „Betrachtungen zum Weltkrieg" I. S. 50 ff.

Poincaré beauftragte am 28. Paul Cambon zu ernsten Vorstellungen: „Wir haben England Vertrauen bewiesen. Ohne daß die beiden Regierungen durch schriftliche Verträge gebunden waren, haben wir zugestimmt, daß unser Generalstab sich mit dem englischen in Verbindung setze und ihn in unsere strategischen Pläne einweihe. So wenig wie bisher verlangen wir jetzt von der britischen Regierung, uns zu liebe ihre Handlungsfreiheit aufzugeben; aber es ist wohl das Mindeste, daß sie diese Freiheit nicht zu unserem Nachteile durch eine Neutralitätserklärung aufgebe, die nur dazu dienen könnte, Deutschland anzureizen, seine herausfordernde Taktik uns gegenüber zu wiederholen".[26])

Am 29. März führte Cambon seinen Auftrag aus. An demselben Tage erfolgte die endgültige Absage Greys an den Grafen Metternich, der unter diesem Datum berichtet, der englische Minister habe ihm gesagt: „Irgendein Hinausgehen Deutschlands über das bestehende Flottengesetz gestatte der englischen Regierung nicht, ein politisches Abkommen mit Deutschland einzugehen, ein völliges Aufgeben der deutschen Flottennovelle liege aber wohl nicht im Bereich der Diskussion".[27]) Daraufhin beschränkte man in Berlin den weiteren Meinungsaustausch auf koloniale Fragen.

Was wird Lord Grey empfinden, wenn er zufällig nachträglich den eigenmächtigen Schritt Lord Berties erfahren sollte? Über die Eigenmächtigkeiten russischer Diplomaten hat er ein oben berichtetes sehr scharfes Urteil gefällt. Poincaré ist die Forschung zu Dank verpflichtet, daß er so eingehend die Richtigkeit der Meldung Iswolskys vom Herbst 1912 bestätigt, das englische Kabinett habe geschwankt, ob es den deutschen Vorschlag eines Neutralitätsabkommens annehmen soll oder nicht, Poincarés Einspruch habe den Ausschlag für das „Nein" gegeben.[28])

Die französisch-englische Marinekonvention und der Briefwechsel Grey-Cambon.

Sir Edward ließ die militärischen Besprechungen seit 1906 ihren Weg nehmen, ohne sich um die getroffenen Abmachungen zu kümmern. „Was sie (die Sachverständigen) ausmachten, habe ich

---

[26]) Die Darstellung des Schrittes Berties und seiner Wirkung auf Poincaré nach dessen Schilderung in „Le Lendemain d'Agadir" S. 170 ff.

[27]) Berichte Metternichs vom 17. und 29. März nach zurzeit noch ungedruckten Akten des Auswärtigen Amts, die wohl demnächst veröffentlicht sein werden.

[28]) Iswolsky an Sasonow 5. Dezember 1912 „Livre Noir" I S. 365—66.

nie erfahren“ schrieb er im April 1911 an Asquith (S. 92). Glücklicher war das französische Kabinett, es wußte jedenfalls im Herbst 1911, was der britische Generalstab mit dem französischen vereinbart hatte.[29]) Der Quai d'Orsay war in die militärischen Geheimnisse Englands besser eingeweiht als Downingstreet.

Nach Lord Grey hat nun während der Agadirkrise Asquith ähnliche Skrupel wegen der Generalstabsdiplomatie empfunden wie seinerzeit Campbell-Bannerman und meinte Anfang September, diese Konversationen seien doch „ziemlich gefährlich, insbesondere der Teil, der sich auf die britische Unterstützung beziehe“. Aber der Leiter des Foreign Office beschwichtigte: „Es würde Bestürzung hervorrufen, wenn wir unseren militärischen Sachverständigen verbieten wollten, sich mit den Franzosen zu besprechen. Zweifellos haben diese Besprechungen und unsere Reden [30]) die Erwartung auf Beistand erweckt. Aber ich weiß nicht, wie dem abzuhelfen wäre“ (S. 93). Der Fluch der bösen Tat kann also nach diesem Eingeständnis nicht mehr abgewendet werden. Allmählich erfuhren nun, so berichtet das vorliegende Buch, andere Kabinettsmitglieder von den militärischen Unterredungen und drangen darauf, daß deren „nichtbindender“ Charakter festgestellt werde (S. 94). So sei der Briefwechsel Grey-Cambon vom November des folgenden Jahres (1912) entstanden, wobei der Wortlaut des englischen Schreibens die Zustimmung des gesamten Kabinetts gefunden habe.

Ganz anders nun schildert Poincaré den Ursprung der Korrespondenz.[31]) Der Kernpunkt der Ende Mai 1912 eingeleiteten und im September dieses Jahres zum Abschluß gebrachten französisch-englischen Marinekonvention bestand bekanntlich darin, daß Frankreich auch sein letztes (drittes) Geschwader von Brest ins Mittelmeer entsandte, während England umgekehrt Schiffe vom Mittelmeer nach der Nordsee heranzog. Frankreich wollte jedoch auf

---

[29]) Poincaré an den französischen Botschafter in London 23. Januar 1922 in „Documents relatifs aux Négociations concernant les Garanties de Sécurité“ Nr. 23 S. 119. Ebenso in „Le Lendemain d'Agadir“ S. 183/4. Insbesondere waren vereinbart: Zusammensetzung des britischen Expeditionskorps, Seetransporte, Landungsplätze, Bahnbeförderung, Aufmarschräume in Frankreich, Abschlußzeit der Transporte, Verpflegung. Siehe dazu auch A. Bach „Die Entstehung der englisch-französischen Militärkonvention“ im Aprilheft 1925 S. 231—247.

[30]) In erster Linie wohl die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli.

[31]) Das Nachstehende nach Poincaré „Le Lendemain d'Agadir“ S. 214 bis 220. Auch schon im Schreiben an den Botschafter in London vom 23. Januar 1922 (vorstehende Anm. 29) nimmt Poincaré die Initiative zum Schriftwechsel für sich in Anspruch „sur mes instructions“. Eine Erinnerung dagegen ist damals in London nicht erhoben worden.

diese Entblößung seiner Nord- und Westküste nicht eingehen, „ohne von England eine ernsthafte Garantie erhalten zu haben". Botschafter Cambon wurde beauftragt, diese Garantie zu extrahieren. Er drang zuerst in Nicolson, dann in Grey. Dieser gab nach und drang seinerseits in Asquith, der unter zwei Bedingungen zustimmte: 1. Nicht diplomatische Noten, sondern persönlicher Briefwechsel zwischen Staatssekretär und Botschafter, 2. Billigung des Wortlautes durch das Kabinett.

Nach Greys Darstellung sollte also der auf englischer Initiative beruhende Briefwechsel die Nichtbindung Englands feststellen. Nach Poincarés Schilderung sollte im Gegenteil die aus französischer Initiative hervorgehende Korrespondenz die von Frankreich als Vorbedingung für die Marinekonvention geforderte ernsthafte Garantie geben. Dem Urteil des Lesers darf überlassen bleiben, welche Erzählung wahrscheinlicher ist.

Was nun die Marinekonvention betrifft, so war sie von allen militärischen Abmachungen der beiden Mächte zweifellos die politisch wichtigste. Die Entblößung der französischen Nord- und Westküsten erfolgte und konnte nur erfolgen im festen Vertrauen darauf, daß diese Küsten im Kriegsfalle — und zwar in jedem Kriegsfalle, gleichviel aus welchem Grunde der Krieg entstand — durch die britische Flotte geschützt werden würden. So erklärte auch Asquith dem Fürsten Lichnowsky am 2. August 1914, der englischen Regierung werde eine neutrale Haltung durch zwei Dinge erschwert: erstens durch eine etwaige Verletzung der belgischen Neutralität, zweitens „durch einen etwaigen Angriff deutscher Kriegsschiffe auf die gänzlich unbeschützte Nordküste Frankreichs, die die Franzosen in gutem Glauben auf die britische Unterstützung zugunsten ihrer Mittelmeerflotte entblößt hätten.[32])

Richtig schätzte die Wirkung der Konvention auch Churchill ein, der während der Verhandlungen darüber am 23. August 1912 an Grey schrieb, die Handlungsfreiheit Englands könne ernstlich gefährdet werden, „wenn Frankreich uns entgegenhalten kann, es hätte infolge der von uns getroffenen Maßnahmen seine atlantische Küste entblößt und seine Streitkräfte im Mittelmeer zusammengezogen", und der über die abgeschlossene Abmachung urteilte: „Wenngleich wir die Schwierigkeiten erkannten und uns darüber

[32]) „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch" Nr. 676. Sperrdruck von mir.

klar waren, daß wir uns politisch festlegten, bestanden wir auf der Durchführung der maritimen Maßnahmen.“ [33])

Grey selber bezeugt, daß am 30. Juli 1914, als Frankreich fieberhaft um Englands Waffenhilfe warb, Cambon ihn an diesen Briefwechsel erinnert habe.[33a]) Der französische Botschafter würde dies wohl kaum getan haben, wenn er darin eine ausdrückliche „Nichtbindung“ Englands gesehen hätte. Der Historiker Grey hat gegen Poincaré, Asquith, Churchill und sich selbst einen schweren Stand.

Die Balkankriege.

In diesem Abschnitt finden sich einige sehr richtige Urteile. So wird von dem Vertrag von Bukarest (10. August 1913) gesagt: „Dieser Vertrag trug den Keim unvermeidlichen späteren Unfriedens in sich . . . Jeder Friede auf dem Balkan war unmöglich, solange der Bukarester Vertrag bestand . . . Die Regelung nach dem zweiten Balkankriege beruhte nicht auf Gerechtigkeit, sondern auf Gewalt“ (S. 253 f.). Das ist nichts anderes als eine leider sehr verspätete Billigung der österreichisch-ungarischen Politik, deren Ziel dahin ging, das auch nach Greys jetziger Ansicht aufs schlimmste verstümmelte und beraubte Bulgarien zu kräftigen, das auf Kosten Bulgariens übermäßig vergrößerte Serbien zu verkleinern.

Ebenso zutreffend urteilt das Buch über die Haltung Deutschlands auf der Londoner Konferenz. „Deutschland war entschlossen, daß der Krieg vermieden werden solle, und zu diesem Zweck hatte es in Lichnowsky einen Vertreter, der mit dem ganzen Herzen dabei war“ (S. 265). Und dieses Deutschland, das 1913 so friedlich gesinnt war, soll 1911 das Ziel verfolgt haben: diplomatische Niederlage Frankreichs oder Krieg? Und die deutschen Generale, die 1913 den Juli und August so ruhig verstreichen ließen, sollen 1914 diese Jahreszeit zum Losschlagen ausersehen haben?

Nicht so günstig urteilte der russische Vertreter auf der Konferenz über seinen französischen Kollegen Cambon und dessen Auftraggeber Poincaré, als er am 25. Februar 1913 nach Petersburg schrieb: Frankreich habe nicht wie England einen Vorbehalt formuliert, daß seine Unterstützung (an Rußland) nur rein diplomatischer Natur sein solle. „Dies ist so wenig der Fall gewesen, man darf sich darüber nicht täuschen, daß, wie klug und maßvoll, obwohl niemals rätselhaft, Herr Cambon sich in den

---

[33]) Churchill „The World Crisis“ S. 112 ff. Sperrdruck von mir.

[33a]) „Cambon reminded me to-day“, englisches Blaubuch 1914 Nr. 105.

Sitzungen verhalten hat, er sich in Wirklichkeit durchaus nach mir gerichtet hat, und zwar mehr als nach seinen eigenen Gedanken. Im Gegenteil, wenn ich seine Unterredungen mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Überzeugung nahe ist, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, die den Krieg, um nicht zu sagen wünscht, doch ohne großes Bedauern sehen würde. Jedenfalls hat mir nichts gezeigt, daß Frankreich aktiv dazu beiträgt, im Sinne eines Kompromisses zu arbeiten. Nun, der Kompromiß ist der Friede; jenseits des Kompromisses liegt der Krieg." [34])

Anzuerkennen ist auch, daß Grey nicht die Fabel wiedergibt, Deutschland habe im Sommer 1913 einem österreichischen Plan zum Angriff auf Serbien zugestimmt, und die Ausführung sei nur durch den Einspruch Italiens verhindert worden.[35])

Nicht beipflichten kann man der Konstruktion über die Entstehung der Balkankriege (S. 251): Annexion von Bosnien und Herzegowina — Tripolis — Balkankriege. Italien ist nach Tripolis gegangen, nicht weil drei Jahre vorher Österreich-Ungarn die ihm vom Berliner Kongreß auf Antrag Lord Salisburys zugestandene Okkupation und Administration der beiden türkischen Provinzen in Annexion umgewandelt hat, sondern deshalb, weil man im Herbst 1911 auf der römischen Konsulta erkannt hatte, daß das französische Protektorat über Marokko zur Tatsache geworden war, und daher befürchtete, Frankreich könnte, des eigenen Anteils an der 1901 vereinbarten nordafrikanischen Beute sicher, Italien den ihm zufallenden Teil nicht mehr gönnen. Diesen Zusammenhang hat Marquis von San Giuliano seinerzeit klar ausgesprochen.[36]) Der Unterschied ist nicht ganz unwichtig. Das erste Glied in der Kette der Ereignisse, die zum Weltkriege führten, ist auf französische, nicht auf österreichische Initiative zurückzuführen. Der Zusammenhang ist: Marokko — Tripolis — Balkankriege — Weltkrieg.

---

[34]) „Livre Noir" II. S. 303—306.

[35]) Erklärung, wie diese Legende entstanden ist, siehe Montgelas „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" S. 61—64.

[36]) Fürst Bülow „Deutsche Politik" Ausgabe 1917 S. 107.

Die „Times“ von 1914 über die Pflichten Serbiens.

Von Hermann Lutz.

Herr von Wegerer hat im Aprilheft 1926 der „Kriegsschuldfrage“ in seinem Artikel „Grey über das Verbrechen von Sarajewo“ u. a. verschiedene englische Presseäußerungen angeführt, die interessantes Licht auf die öffentliche Meinung Englands hinsichtlich der durch den Mord von Sarajewo erneut aufgeworfenen Frage der österreichisch-serbischen Beziehungen werfen. Diesen englischen Pressestimmen wäre noch ein bemerkenswerter Leitartikel der „Times“ vom 16. Juli 1914 anzureihen, der zu Unrecht in Vergessenheit geraten zu sein scheint, obwohl Fürst Lichnowsky z. B. an dem genannten Tage telegraphisch darüber berichtet hat. Seine Wiedergabe war allerdings ungenau und einseitig. Er drahtete nämlich:[1])

„Heutige Times bringt Leitartikel über Österreich und Serbien und verurteilt auf das Schärfste herausfordernde Haltung der Belgrader Presse, [die] der serbischen Sache die Sympathien des gebildeten Europas entfremdete. Das Blatt erwartet bereitwilliges Entgegenkommen serbischer Regierung zur Aufklärung des Verbrechens und Bürgschaft gegen fernere Unterstützung der revolutionären Bewegung. Gleichzeitig warnt das Blatt die Österreicher vor der Befolgung einer Politik, wie die militärischen Zeitschriften sie fordern, bei der alles zu verlieren und nichts zu gewinnen sei. Die südslawische Frage, schwierigste aller österreichisch-ungarischen Probleme, könne niemals durch Gewalt gelöst werden oder durch Drohungen. Jeder Versuch in dieser Richtung würde vielmehr den europäischen Frieden gefährden. Die eigene Geschichte lehrt die Monarchie, wohin es führe, wenn sie die Politik der ruhigen Selbstbeherrschung verlasse.“ [2])

Ein Vergleich mit dem unten stehenden Leitartikel selbst zeigt, daß Fürst Lichnowsky zwar die Warnung der „Times“ an die Österreicher völlig ausreichend wiedergegeben, aber die mindestens ebenso energische Mahnung des Blattes, Serbien müsse seine selbstverständliche Pflicht tun, in erheblichem Maße abgeschwächt hat. Das entsprach der Stellungnahme des deutschen Botschafters in

---

[1]) „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“, Berlin 1919, Dok. Nr. 55. Die dortige Schreibweise ist natürlich genau beibehalten.

[2]) Dem fügte Lichnowsky hinzu: „Ich wiederhole meine Auffassung, daß bei militärischen Maßnahmen gegen Serbien gesamte öffentliche Meinung gegen Österreich-Ungarn Stellung nehmen wird.“ — Diese Seite der Sache steht hier nicht zur Erörterung; sondern es handelt sich im vorliegenden Aufsatz nur darum, bedeutsame Auslassungen der „Times“ über die offenbaren Pflichten Serbiens in Erinnerung zu bringen.

London dem schwebenden Problem gegenüber und erlaubt zudem einen Rückschluß auf die Tätigkeit Lichnowskys in der Julikrise 1914.

Der Leitartikel lautet in seinen wesentlichen Abschnitten:[3])

„Seit vielen Jahren sind die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und seinem slawischen Nachbarn südlich der Donau schlecht gewesen. Sie haben sich seit der Mordtat in Sarajewo noch bedeutend verschlechtert. Amtlich ist die Haltung der beiden Regierungen korrekt, aber die Presse hat auf beiden Seiten der Grenze einen Feldzug geführt, der schließlich zu verheerenden Folgen führen kann. In Österreich-Ungarn waren die Hauptschuldigen die „Reichspost" und die „Militärische Rundschau", die Organe der Militärpartei. Dagegen ist die große Mehrheit der verantwortlichen Zeitungen, wie wir mit Befriedigung wahrgenommen haben, dem vom Kaiser und König seinen Untertanen gelieferten Beispiel gefolgt und hat sich besonnen und zurückhaltend über die Mörder geäußert. Diese Blätter bestehen, wie das ihr vollkommenes Recht ist, auf der Notwendigkeit einer erschöpfenden Untersuchung aller Umstände des Verbrechens sowie der Natur und der Verzweigungen der Verschwörung, die unfraglich dahintersteckte. Sie fordern Serbien mit gleicher Berechtigung auf, diese Untersuchung in vollstem Umfang zu erleichtern. Sie erwarten, daß, wenn die Mitschuld irgendwelcher Personen auf serbischem Boden nachgewiesen werden sollte, Serbien sie so bestrafen wird, wie sie es verdienen. Sie behaupten, daß, sollte es sich hinreichend erweisen lassen, daß die Agitation unter den Südslawen der Monarchie jenseits der serbischen Grenze gefördert wird, Österreich-Ungarn einen rechtlichen Anspruch auf wirksame Garantien gegen die Unterstützung einer von den Untertanen König Peters betriebenen aufrührerischen Bewegung hat. All das, sagen diese Blätter, ist eine Pflicht, die Serbien seinem Nachbarn gegenüber hat. Wir stimmen dem bei und möchten hinzufügen, daß es auch, und in erster Linie, eine Pflicht Serbiens gegen sich selbst ist. Wir zweifeln nicht, daß Serbien sie erfüllen wird.

Die leichtfertige und herausfordernde Sprache, die angeblich recht viele serbische Zeitungen sowohl vor wie nach dem Verbrechen, das Europa erschütterte, geführt haben, kann der Sache, die ihnen am Herzen liegt, nur schaden. Sie erbittert die öffentliche Meinung jenseits der Donau und entfremdet ihnen die Sympathien aller zivilisierten Völker. Einige dieser Artikel beschuldigen nicht nur die österreichisch-ungarischen Behörden in Bosnien mit allen möglichen Ungeheuerlich-

[3]) Der Artikel bespricht einleitend eine Panik, die am 12. Juli 1914 unter den in Belgrad wohnenden Untertanen der Doppelmonarchie entstanden war. Bald stellte sich heraus, daß kein Grund dafür vorlag und daß auch das Gerücht, Serben hätten die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad in die Luft sprengen wollen, der Grundlage entbehrte. Die „Times" erklärte aber die Panik vom 12. Juli „als ein ominöses Zeichen für die Stimmung, in der die Österreicher-Ungarn und die Serben einander betrachten". Zwar habe man sich über die erwähnten falschen Gerüchte beruhigt, die allgemeine Lage bleibe jedoch unverändert. Das Blatt fuhr dann wie oben fort.

keiten, sondern sie reden offen der Vernichtung der Doppelmonarchie als einem Dienste an der Menschheit das Wort. Die neueste Idee, die in einem dieser Artikel auftaucht, geht dahin, daß der plötzliche Tod des Herrn von Hartwig in der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Belgrad durch Gift erfolgt sei. Ein derartiger Wahnwitz erregt den Verdacht sowohl wie den Ekel aller kultivierten Völker, welche politische Sympathien sie auch haben mögen. Wie uns scheint, liegt der kluge und ehrenhafte Weg für Serbien klar vor Augen. Es sollte selbst, und aus freien Stücken, eine Untersuchung vornehmen, die, wie es Grund hat anzunehmen, Österreich-Ungarn von ihm verlangen wird, und es sollte den Mächten einen vollständigen Bericht über das Verfahren unterbreiten. Wenn Serbien die Untersuchung ohne Aufschub unternimmt und sie offen und fair, ohne Furcht und Begünstigung durchführt, wird das viel dazu beitragen, die öffentliche Meinung des Auslands mit ihm auszusöhnen. Österreich-Ungarn seinerseits muß bedenken, daß durch die Befolgung einer Politik, wie sie die Militärorgane lärmend fordern, nichts gewonnen und vielleicht alles gefährdet werden kann. Die südslawische Frage ist wahrscheinlich das furchtbarste und schwierigste der vielen dornigen Probleme, denen es sich gegenübersieht, und seine Beziehungen zu Serbien stellen einen Zweig, und zwar einen wichtigen Zweig, davon dar. Wie das Problem gelöst werden kann, oder auf welche Weise ihm am besten beizukommen wäre, sind zu schwerwiegende Fragen, um augenblicklich erörtert zu werden. Aber sicher ist, daß das Problem in einer für Österreich-Ungarn befriedigenden Weise nicht durch Gewalt oder durch Gewaltandrohungen, die nur reizen, aber keinen Schrecken erregen, gelöst zu werden vermag. Jeder dahingehende Versuch würde eine neue Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten, und wir sind der Zuversicht, daß der Kaiser und seine klügsten Ratgeber das ganz klar erkennen. Österreich-Ungarn hat sich bislang beherrscht und zurückgehalten. Wir hoffen ernstlich, daß es sich weiterhin bis zum Schlusse so verhalten wird. Seine eigene Geschichte seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts enthält einige sehr eindrucksvolle Warnungen vor dem nicht wieder gutzumachenden Unheil, das plötzlich gerissene Geduld einer Politik bringen kann, die unter schwierigen Verhältnissen lange und sorgsam befolgt wurde. Wir glauben, daß Österreich-Ungarn sich diese Warnungen zu Herzen genommen hat."

Damit schließt dieser bedeutsame Leitartikel. Seine Kernpunkte sind, wenn wir von der Warnung an Österreich als nicht zum vorliegenden Thema gehörend absehen:

Der Mord von Sarajewo war das Ergebnis einer „Verschwörung". Die „Times" bezweifelte augenscheinlich nicht, daß die Fäden der Verschwörung nach Serbien reichten. Sie erklärte eine erschöpfende Untersuchung, die Serbien in vollstem Umfang zu erleichtern habe, für notwendig. Mitschuldige auf serbischem Boden sollte Serbien gebührend bestrafen. Und vor allem: Serbien sollte „selbst, und aus freien Stücken, eine Untersuchung vornehmen"; Serbien sollte sie „ohne Aufschub", „offen und fair" durchführen,

und Serbien sollte „den Mächten einen vollständigen Bericht über das Verfahren unterbreiten".

Die „Times" zweifelte 1914 nicht daran, daß Serbien seine offenbare Pflicht tun werde. Die Welt weiß, daß Serbien nichts dergleichen getan hat.[4]) Im Gegenteil: es liegt genügend Material dafür vor, daß die serbische Regierung die Spuren des Verbrechens auf serbischem Boden zu verwischen trachtete. Zudem ist seit 1914 ein erdrückendes Material gegen amtliche serbische Kreise ans Licht gedrungen, das mehr denn je die Erfüllung der von der „Times" 1914 geforderten Pflicht Serbiens erheischt. Die „Times" hat bei einer Besprechung des Buches „The Serajevo Crime" von Miß M. E. Durham am 10. Dezember 1925 in ihrer literarischen Beilage geschrieben, der Brite dürfe recht dankbar sein, daß Großbritannien nicht als Freund Serbiens und auch nicht als Verbündeter Rußlands, sondern als Garant der belgischen Neutralität in den Krieg getreten sei. Abgesehen davon, daß diese Begründung des englischen Kriegseintritts auf das amtliche Großbritannien nicht zutrifft, kann es der öffentlichen Meinung Englands wahrlich doch nicht gleichgültig sein, wie das Verbrechen von Sarajewo, der unmittelbare Anlaß zum Weltkrieg, entstanden ist. Wir nehmen daher an, daß die „Times", hiermit an ihre Haltung vom Juli 1914 erinnert, sich auch heute zur selben Auffassung bekennen und erneut und mit allem Nachdruck von der serbischen Regierung das verlangen wird, was sie, noch bei ganz ungenügender Kenntnis der Sachlage, bereits 1914 als eine selbstverständliche Pflicht Serbiens gefordert hat.

---

[4]) Der Prozeß von Saloniki kann natürlich nicht als Untersuchung gelten.

Neue Ausschnitte zum Attentat von Sarajewo.[1]

Alfred von Wegerer.

I.

Eine Pressekampagne zwischen Jelenič und den Freunden Ljuba Jovanowitsch's.

Erklärungen der „Schwarzen Hand".

Die innerpolitischen Kämpfe in Jugoslawien haben dazu geführt, daß aus der Gegnerschaft von Pasitsch und Ljuba Jovanowitsch[1a]) die Frage der Mitwisserschaft und Mitverantwortlichkeit am Attentat von Sarajewo erneut aufgeführt worden ist. Wenn auch hierbei verhältnismäßig wenig neue Tatsachen mitgeteilt worden sind, so ist der ganze Streit für die Kriegsschuldfrage doch von größtem Interesse, weil die Anklagen Ljuba Jovanowitsch's gegen die serbische Regierung von 1914 eine erneute Bestätigung gefunden haben, während ein versuchtes Dementi von Pasitsch als mißlungen bezeichnet werden muß.

Der erste Vorstoß gegen die Veröffentlichungen von Ljuba Jovanowitsch in seiner bekannten Broschüre „Blut des Slawentums" erfolgte durch ein Sendschreiben von Gjurgje Jelenič an den Hauptausschuß der Radikalen Partei in Belgrad, in dem Jovanowitsch des Verrates angeklagt wurde. In dem Schreiben, das in der Belgrader „Politika" vom 26. März 1926 unter dem Titel „Das Vidovdan-Attentat 1914 und Ljuba Jovanowitsch" erschien, heißt es:

„. . . sechs Jahre nach beendetem Kriege sei Ljuba Jovanowitsch aufgetreten, ‚um in der Eigenschaft eines Präsidenten der Nationalversammlung gegen die Königl. Regierung und das Vorkriegs-Königreich Serbien die furchtbarste Beschuldigung wegen der Verantwortung am Weltkrieg zu veröffentlichen'. Ausgestattet mit der Autorität eines Mitglieds der Regierung im Augenblick des Sarajewoer Attentats und von der Stellung eines Präsidenten der Nationalversammlung aus bot Ljuba Jovanowitsch, bewußt oder im Zustand irgendeines unzurechnungsfähigen Deliriums, im November 1924 allen Feinden Serbiens, d. h. des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, und seiner großen Ver-

---

[1]) Fortführung meines Aufsatzes: „Der Anlaß zum Weltkrieg." Ausschnitte zum Attentat von Sarajewo, Juniheft 1925, „Die Kriegsschuldfrage".

[1a]) Die Meldung der „Frankfurter Zeitung" Nr. 380 vom 25. Mai d. J., wonach Ljuba Jovanowitsch Selbstmord begangen hat, trifft nicht zu. Erhängt hat sich an diesem Tage der ehemalige Bautenminister Joca Jovanowitsch.

bündeten gewisse Argumente, wie sie vor ihm nicht einmal die größten Feinde unseres Volkes und Staates weder geheim noch offen vorgebracht haben.

Ljuba Jovanowitsch, wiederholt Inhaber eines Ministerportefeuilles und Präsident der Nationalversammlung, schrieb nämlich unter seinem Namen in der Broschüre „Das Blut des Slawentums" als „Einige Erinnerungen und Notizen" einleitenden Orts folgende zwei Stellen nieder:

‚Ich erinnere mich nicht, ob es Ende Mai oder Anfang Juni war, als eines Tages Pasitsch zu uns sagte — er hatte in diesen Dingen mehr mit Stojan Protitsch zu tun, der damals das Innenministerium innehatte, aber soviel sagte er auch uns andern — daß einige Leute sich anschickten nach Sarajewo zu gehen und Franz Ferdinand zu töten, der dorthin kommen und am Vidov-Dan feierlich empfangen werden sollte. Wie mir später gesagt wurde, ging der Plan von dem Kreis der geheimen Organisationen und der patriotischen bosnisch-herzegowinischen Studenten in Belgrad aus. Sowohl Pasitsch als auch wir andern meinten und Stojan stimmte zu, den Grenzbehörden an der Drina Auftrag zu erteilen, die jungen Leute, die dieserhalb Belgrad verlassen hatten, am Übergang nach Bosnien zu hindern. Aber diese Grenz„behörden" gehörten selber zu der Organisation, sie führten Stojans Auftrag nicht aus und meldeten ihm — was er später uns mitteilte — die Verfügung sei ihnen verspätet zugekommen, denn die jungen Leute hätten die Grenze bereits überschritten.

So wurde der Versuch der Regierung, die Ausführung des geplanten Attentats zu verhindern, vereitelt, sowie auch der Versuch fehlschlug, den unser Gesandter in Wien, Joca Jovanowitsch, auf eigene Initiative beim Minister Bilinski unternahm, um den Erzherzog von dem verhängnisvollen Reiseplan abzubringen. So kam das Attentat in Sarajewo zur Ausführung, in noch schrecklicherem Umfange als vorgesehen und mit Folgen, wie sie damals niemand auch nur träumen konnte . . .'[2])

Es ist von Interesse zu erwähnen, daß wir alle in Belgrad, offizielle und nicht offizielle Kreise, von dieser perfiden Lüge Ljuba Jovanowitsch's erst erfuhren, als in Belgrad massenhaft Noten und Vorstellungen unserer Verbündeten und großen Freunde aus dem Krieg einliefen mit Fragen, was das alles zu bedeuten habe.

Indessen ist vom ersten bis zum letzten Buchstaben alles in der zitierten Stelle der „Erinnerungen und Notizen" des Herrn Ljuba Jovanowitsch's eine einzige, absolute Lüge. Schon auf Grund meiner amtlichen Funktionen in jener Zeit, über deren Vorgänge Ljuba Jovanowitsch die angeführten Daten gegen unser Vaterland insinuiert, behaupte ich kategorisch: daß nicht nur alles, was er in diesem Passus vorbringt, Erfindung und Lüge ist, entstanden in seinem Hirn, nachdem sich die Ereignisse abgespielt hatten, sondern ich behaupte auch auf Grund der damaligen wirklichen Sachlage, daß dies alles auch ein furcht-

---

[2]) Eine vollständige Übersetzung der Broschüre „Blut des Slawentums" findet sich im Februarheft 1925 „Die Kriegsschuldfrage". — Eine englische Ausgabe unter dem Titel „The Murder of Serajevo" hat das British Institute of International Affairs, London 1925, herausgegeben.

barer bewußter oder unbewußter Verrat ist. Es ist eine Lüge, die allerperfideste Levantinerlüge, daß von den Sarajewoer Attentätern und dem geplanten Attentat gegen Franz Ferdinand in irgendeiner Sitzung des Ministerrats des Königreichs Serbien, in welchem Ljuba Jovanowitsch Minister für Unterricht und Kultur war, auch nur mit einem Wort die Rede gewesen ist. Der verewigte Stojan Protitsch erhielt die ersten und letzten Meldungen über die Fahrt der bosnischen Revolutionäre nach Sarajewo etwa vier Tage vor dem Vidovdan-Attentat durch den Vorstand des Podriner Kreises, und zwar deshalb, weil die Attentäter beim Übergang über die Drina in angetrunkenem Zustand Herrn Samokresovitsch, den damaligen und gegenwätrigen Verwalter des Bades Banja Koviljaca verprügelt hatten, aber damals waren sie schon auf bosnischem Gebiet. Indem ich aufs kategorischste behaupte, daß außer Stojan Protitsch, der dieser ganzen Angelegenheit mit Rücksicht auf die Vorsichtsmaßregeln der damaligen österreich-ungarischen Polizei keine besondere Bedeutung beimaß, niemand anders von dieser ganzen Sache wußte, unterstreiche ich ausdrücklich das Faktum, daß Ljuba Jovanowitsch die ersten Nachrichten über das Sarajewoer Attentat zusammen mit Belgrad und der ganzen übrigen Welt am Tage der Ausführung der entsetzlichen Tat erfahren hat.

Vollkommen gerüstet und mit allen Argumenten versehen, die zur Aufklärung des Sarajewoer Attentats notwendig sind, welches Attentat in Berlin vorbereitet und das definitiv beschlossen wurde, nach dreitägigen Diskussionen aller Faktoren von Heer und Flotte des einstigen Deutschlands und Österreich-Ungarns, im famosen Konopischt bei der Zusammenkunft des Ex-Kaisers Wilhelm und Franz Ferdinands, und das ausgeführt wurde im Wege der Wiener und Pester Kamarilla unter Mitwirkung der damaligen Belgrader „Schwarzen Hand" und der verstorbenen Apis und Tankosič, — bin ich bereit, der Öffentlichkeit Beweise vorzulegen für die ganze gegen die Freiheit aller Balkanstaaten und Balkanvölker geplanten Verschwörung, und klage hiermit öffentlich im Bewußtsein aller gerichtlichen Verantwortlichkeiten Ljuba Jovanowitsch an, erstens in dem genannten Aufsatz über alles, wovon er schreibt, eine phantastische Lüge vorgebracht und damit den Feinden unseres Landes und Volkes Material gegen uns geliefert zu haben, und zweitens erkläre ich alle seine Behauptungen als einen förmlichen Verrat an Staat und Volk.

Daß im Ministerrat Vorkriegs-Serbiens von dem geplanten Sarajewoer Attentat mit keinem Wort die Rede war, darüber berufe ich mich hiermit öffentlich auf die Herren Nikola Pasitsch, damaligen und jetzigen Ministerpräsidenten, Joca P. Jovanowitsch, damaligen Bautenminister, General Dusan Stefanowitsch, damaligen Kriegsminister, Marko Gjuricic, damaligen und jetzigen Justizminister, Dr. Velizar Jankowitsch, damaligen Volkswirtschaftsminister.

Da von dem ganzen damaligen Ministerrat im ganzen nur zwei gestorben sind, Dr. Laza Pacu und Stojan Protitsch, so betrachte ich es als Pflicht der übrigen fünf, mit Ausnahme Ljuba Jovanowitsch's, sofort und öffentlich meine Behauptung entweder zu bestätigen oder zu widerlegen. Das ist um so notwendiger und unerläßlicher, als zu jener Zeit, über die Ljuba Jovanowitsch seine perfiden Lügen verbreitet hat, unser jetziger König Regent war, auf den gleichfalls alle Verantwortlichkeiten

fallen würden, wie sie Ljuba Jovanowitsch in dem erwähnten Aufsatz der damaligen radikalen Regierung Pasitsch's imputiert . . ."

Die scharfen Anklagen Jelenićs, die vielleicht noch im Jahre 1924 einen gewissen Eindruck auf die unaufgeklärte öffentliche Meinung gemacht haben würden, können heute angesichts des zutage liegenden Materials den Tatbestand nicht mehr verdunkeln.

Jelenič macht sich zunächst einer Unterstellung schuldig, indem er behauptet, Jovanowitsch habe geschrieben, es sei in einer „Ministerratssitzung" über das geplante Attentat verhandelt worden. Das hat Jovanowitsch selbst niemals behauptet, und er hat, wie wir noch später sehen werden, jetzt ausdrücklich betont, daß die fraglichen Mitteilungen im Privatgespräch gemacht worden seien. — Die Herren Minister, die Jelenič feierlich als seine Zeugen aufruft, können daher mit ruhigem Blute schwören, daß in einer Ministerratssitzung niemals über das Attentat etwas gesagt worden sei. Die Tatsache, daß die Minister von dem geplanten Attentat wußten, wird dadurch nicht hinweggeräumt.

Man würde trotzdem vielleicht noch geneigt sein, der entschiedenen Sprache Jelenićs Beachtung zu schenken, wenn er nicht den Mangel an Klugheit gezeigt hätte, daß er sich einbildet, noch heute mit der überlebten Legende von Konopischt oder der grotesken Behauptung, daß in Verfolg der Unterredung des ermordeten Erzherzogs mit Kaiser Wilhelm II. eine Wiener und Pester Kamarilla in Verbindung mit der „Schwarzen Hand" Franz Ferdinand umgebracht worden sei. Das würde mit andern Worten bedeuten, daß Franz Ferdinand selbst ein Attentat gegen sich in Szene gesetzt hätte. Eine unsinnigere Behauptung ist wohl kaum denkbar.

Wir bringen nun eine serbische Entgegnung. Ein Freund von Ljuba Jovanowitsch, der Professor an der Belgrader Kriegsakademie, Milan Zečevitsch, hat auf die Anklagen Jelenićs in der „Politika" vom 29. März folgendes erwidert:

„Ich bin ebenso Jurist wie Herr Jelenič. Untersuchen wir denn juristisch die Worte Jovanowitsch's, wie ein Gericht sie untersuchen würde, das nach Gesetz und Überzeugung richtet. Was hat Jovanowitsch in dem genannten Aufsatz gesagt? Er hat gesagt, daß vor dem Vidovdan-Attentat, er erinnert sich nicht genau des Tages, Pasitsch den Ministern (nicht im Ministerrat, wie Herr Jelenič auf eigene Faust hinzufügt, auch nicht allen Ministern, sondern einigen von ihnen und im gewöhnlichen Gespräch) mitteilte, daß einige Leute sich anschickten, nach Sarajewo zu gehen und Franz Ferdinand zu töten . . . ‚Wie mir später gesagt wurde — fährt Jovanowitsch fort, ging der Plan von dem Kreis der geheimen Organisationen und der patriotischen bosnisch-herzegowinischen Studenten in Belgrad aus'. Er sagte ferner, die damalige Regierung habe Maßnahmen getroffen, damit jene Leute nicht nach Sarajewo

gelangen, aber es war zu spät, sie waren schon auf dem Weg, denn die Grenzbehörden, denen aufgetragen war, den Übergang dieser Leute über die Drina zu verhindern, waren selber in jener Geheimorganisation. Er erwähnte noch, daß es auch Herrn Joca M. Jovanowitsch, unserem damaligen Gesandten in Wien, nicht gelungen sei, den Minister Bilinski zu überzeugen, daß Franz Ferdinand nicht nach Bosnien gehen solle.

Das ist das Wesentlichste an der Erzählung Jovanowitsch's. Wer kann nun daraus den Beweis führen, daß Jovanowitsch gesagt habe, die serbische Regierung hätte bestimmt gewußt, daß das Attentat vorbereitet werde, oder gar noch, sie sei selbst in die Vorbereitung dieses Attentats verwickelt gewesen? Das kann nur Herr Jelenič behaupten und mit ihm gewisse verdächtige Freunde des serbischen Volkes und der radikalen Partei. Kein vernünftiger Mensch in Europa hat diese Worte Jovanowitsch so verstanden wie Jelenič. Wer diese Worte so auslegt wie Jelenič, läßt jene bedeutsame Einschränkung Jovanowitsch's aus den Augen, die in den Worten liegt ‚wie mir später gesagt wurde'. Aus dem Texte geht klar hervor, daß jenes ‚später' sich auf alles das bezieht, was Jovanowitsch weiter erzählt und worin alle jene Behauptungen enthalten sind, wegen deren er angeklagt wird. Die Frage ist nur, auf welche Zeit sich die Worte ‚wie mir später gesagt wurde' beziehen. Es ist natürlich und auch vollkommen klar, daß sie sich auf die Zeit nach dem Attentat beziehen. Erst als das Attentat geschehen war, tauchten Vermutungen auf, wer es angezettelt habe, und da hat sich natürlich auch Jovanowitsch erkundigt und erfahren, was er berichtet. Hiernach ist es ganz klar, daß Jovanowitsch mit diesen seinen Worten gesagt hat, daß er nicht bestimmt um die Attentatsvorbereitungen wußte, daß dies auch Pasitsch nicht bestimmt wußte, sondern daß nur infolge von Anzeigen und Gerüchten vermutet wurde, daß ein Attentat geplant sei, worauf man die Aufmerksamkeit auf die Personen lenkte, gegen die man Verdacht hatte, daß sie solche Gedanken hegten. Dies ist alles, was Jovanowitsch gesagt hat."

Wir müssen an dieser Stelle den Artikel von Zečevitsch unterbrechen, um der irrigen Auffassung des Verfassers entgegenzutreten, daß die Worte von Ljuba Jovanowitsch „wie mir später gesagt wurde", so auszulegen sind, daß sie sich auf die Zeit n a c h dem Attentat beziehen. Wie aus einer späteren Stelle der Schrift von Ljuba Jovanowitsch „Blut des Slawentums" hervorgeht, trifft dies nicht zu. Jovanowitsch schrieb hier:

„Am Veitstage war ich am Nachmittag allein in meiner Wohnung auf dem Senjak. Etwa um 5 Uhr meldete sich bei mir telephonisch ein Beamter aus dem Preßbüro und sagte mir, was mittags in Sarajewo geschehen war. Und obwohl ich wußte, was sich dort vorbereitete, war mir doch, während ich den Hörer hielt, als ob mir jemand plötzlich einen Schlag versetzt hätte; und als nachher die erste Nachricht auch von anderen Seiten bestätigt wurde, begannen mich schwere Sorgen zu quälen . . ."

Aus den Worten Jovanowitschs „und obwohl ich wußte, was sich dort vorbereitete", geht unzweideutig hervor, daß Jovanowitsch von den Vorbereitungen des Attentats v o r der Er-

mordung des Erzherzogs erfahren hatte, d. h. mit andern Worten, er seine Worte „wie mir später mitgeteilt worden ist“ selbst als in die Zeit vor dem Attentat fallend betrachtet. Wir fahren dann in dem Aufsatz Zečevitsch in der „Politika“ vom 29. März fort.

„Was Jovanowitsch berichtet, sind Tatsachen, die schon während des Krieges bekannt waren. Das ist festgestellt durch die Sarajewoer Untersuchung und bestätigt durch die Notizen eines unserer Grenzoffiziere, die den Österreichern schon 1916 in die Hände fielen; alle diese Daten hatten die österreichische und die deutsche Regierung zur Zeit der Friedensverhandlungen und der Erörterungen über die Kriegsverantwortung in Händen . . .“

Der Verfasser stellt dann die Frage, ob, wenn überhaupt von Verrat die Rede sein könne, nicht eher Jelenič als Jovanowitsch ein Verräter sei? Zečewitsch zitiert den Passus aus dem Artikel Jeleničs über die „Schwarze Hand“ und sagt:

„Lassen wir jene sonderbare Erzählung beiseite, daß Kaiser Wilhelm und Franz Ferdinand das Vidovdan-Attentat vorbereitet hätten, aber von Bedeutung ist es, wenn Jelenič behauptet, Argumente zu haben, daß dieses Attentat unter Mitwirkung von Apis und Tankosič ausgeführt worden sei. Man muß sich nur erinnern, welche Stellung im Staate damals dieser Apis einnahm, und man wird unschwer inne werden, was es bedeuten würde, wenn tatsächlich festgestellt werden sollte, daß eine Persönlichkeit in so hervorragender Stellung im Staat und Heer das Attentat ausgeführt hätte.“

In der Erwiderung des Professors Zečevitsch ist besonders bemerkenswert, daß er erneut die Aufmerksamkeit darauf hinlenkt, daß Dimitriewitsch-Apis, der Chef der Nachrichtenabteilung im serbischen Generalstab, und der Major Tankosič vermutlich an der Vorbereitung des Attentats von Sarajewo beteiligt waren. Wenn auch nach den Feststellungen des Professors Stanojewitsch in seiner Schrift „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand“ über die Rolle Dimitriewitschs eigentlich kein Zweifel mehr besteht, wäre es natürlich sehr wertvoll, wenn Herr Jelenič die Aussagen von Stanojewitsch durch neue Dokumente stützen könnte.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Major Tankosič, dessen Verhaftung in der serbischen Antwortnote an Östereich-Ungarn vom 25. Juli 1914 als verfügt mitgeteilt wurde [3]), schon am Tage der Überreichung des österreich-ungarischen Ultimatums, am 23. Juli 1914, mit der Aufstellung seines Rudnik-Komitadschi-Detachements begonnen haben soll, und keine Miene gemacht wurde, ihn wirklich zu verhaften. Durch positive Mitteilungen hierüber konnte die serbische Regierung zeigen, welche Haltung sie gegenüber einem der Hauptschuldigen am Attentat von Sarajewo tatsächlich eingenommen hat.

[3]) Ö. Rotbuch 1919 Nr. 47 Ziffer 7.

Erklärungen der Schwarzen Hand.

Zu den Ausführungen Jelenićs in seinem Aufsatz vom 26. März haben neben Zečevitsch auch die Mitglieder der einstigen Organisation „Vereinigung oder Tod“ (Schwarze Hand) in einer Erklärung Stellung genommen, die in der „Politika“ vom 31. März 1926 veröffentlicht und von Milan Gr. Milovanovič und Ced. A. Popovič unterzeichnet worden ist. Es heißt darin:

„Wir sind ermächtigt zu erklären:

1. Die Schwierigkeit der Frage gebietet uns abzuwarten, daß Jelenič für seine Behauptungen Belege beibringt. Danach werden auch wir alles vorbringen, was wir über das Sarajewoer Attentat wissen, usw. auf Grund der Daten, die uns zur Verfügung stehen.

2. Der Angriff auf unsere toten Gefährten, deren Patriotismus bisher in den Kreisen ernster und unparteiischer Männer niemals bestritten worden ist, entbindet uns unseres Erachtens in Zukunft aller Rücksichten, von denen wir uns bisher noch haben leiten lassen.“

Die Erklärungen der „Schwarzen Hand“ sind außerordentlich bedeutsam. Es wird hier unverblümt die Drohung ausgesprochen, das Schweigen über die Vorbereitungen, betreffend das Attentat von Sarajewo, zu brechen, wenn Jelenič versuchen sollte, mit Beweisen sein Dementi der Mitwisserschaft der serbischen Regierung von den Vorbereitungen des Attentats von Sarajewo zu stützen. Schweigt Jelenič, schweigen die von ihm feierlichst als Zeugen aufgerufenen fünf Minister, so dürfte es nicht schwer fallen, zu entscheiden, auf welcher Seite die Wahrheit zu suchen ist. Aus der Erklärung der „Schwarzen Hand“ wird so recht klar, in welcher schwierigen Lage sich die serbischen Minister von 1914 befinden. Sie wissen, daß den Eingeweihten bekannt ist, daß die Regierung von den Vorbereitungen am Attentat wußte, und wissentlich, wohl auch willentlich ein Auge zudrückte, während sie andererseits gezwungen sind, von den Attentätern dem Ausland gegenüber abzurücken, um den Makel der Mitwisserschaft an dem Verbrechen von Sarajewo nicht auf sich nehmen zu müssen. Wenn man auch den Mord durchaus verabscheuen muß, so berührt einen das unerschrockene Eintreten der Mitglieder der „Schwarzen Hand“ für ihre toten Gefährten doch sympathischer als das sich Herumdrücken um die Wahrheit und Verantwortlichkeit der serbischen Minister der Regierung von 1914 für die Tat, dem die Serben nun einmal ihre nationale Befreiung verdanken.

Ced. A. Popovič, der zurzeit Professor an der Lehrerpräparande in Jagodina ist, hat in der „Politika“ vom 3. April 1926 gegen Herrn Jelenič noch persönlich eingehend Stellung genommen. Auffallend und bemerkenswert ist, daß die „Politik“ in diesem Artikel Popovič

selbst als einen „der noch lebenden Teilnehmer am Sarajewoer Attentat“ bezeichnet. Wir werden auf die Rolle Popowitsch beim Attentat von Sarajewo in einem weiteren Aufsatz noch näher einzugehen haben. Popowitsch schreibt:

„Sie, Herr Jelenič, erzählen uns geradezu phantastische Dinge. Wenn ich etwas früher gestorben wäre, würde ich z. B. nicht gewußt haben, daß wir im Jahre 1914 das Attentat auf den Wunsch Berlins, Wiens und Pests ausgeführt haben! Und warum haben Sie, wenn Sie für solche Behauptungen, „Belege“, „Argumente“ besitzen, damit nicht ein für allemal unsere Feinde zerschmettert?

Ich möchte Ihre Bereitschaft, „der Öffentlichkeit Beweise vorzulegen“, ausnützen in betreff dessen, was Sie von den Sarajewoer Attentätern erzählen. Sie behaupten, „die Attentäter hätten beim Übergang über die Drina in angetrunkenem Zustand Herrn Samokresovič, den damaligen und gegenwärtigen Verwalter des Bades Banja Koviljaca, verprügelt.

Ich lasse beiseite, wie unwahrscheinlich es ist, daß zu jener Zeit betrunkene Leute die Drina hätten überschreiten können, ohne von den österreichischen Wachen bemerkt zu werden, wie es auch unwahrscheinlich ist, daß die jungen Leute sich gerade in jenem wichtigen Moment angetrunken hätten. Ich fordere von Ihnen, Herr Jelenič, im Namen aller, die daran zweifeln, zu beweisen, was Sie von den Sarajewoer Attentätern behaupten, denn Sie haben sie meines Erachtens verleumdet und damit auch die ganze Generation beleidigt, die hinter ihnen stand.

Wollen Sie also folgende Fragen beantworten: 1. Geben Sie den Ort an, wo die Attentäter in angetrunkenem Zustand Herrn Samokresovič verprügelt haben sollen, und den Grund. 2. Nennen Sie die Namen der Attentäter, die dies getan haben sollen, und die Zeit, wann sie es getan haben sollen?

Dies ist notwendig, damit man sieht, ob mit Rücksicht auf die tatsächlichen Ereignisse von 1914 das, was Sie behaupten, überhaupt möglich ist.“

Aus der vorliegenden Pressekampagne verdient noch hervorgehoben zu werden, daß der Versuch Jelenićs, die Attentäter dadurch herabzusetzen, daß sie beim Überschreiten der Grenze betrunken gewesen und jemanden verprügelt haben sollen, zeigt, wie auch heute noch die Mitglieder der „Schwarzen Hand“ zusammenhalten und nicht dulden, daß man jetzt versucht, von den eigentlichen Attentätern, die auf Geheiß der Belgrader Drahtzieher gehandelt haben, abzurücken oder sie sogar in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Immer wieder gewinnt man von neuem den Eindruck, daß in Serbien sich noch eine Menge Persönlichkeiten befinden, die neue Enthüllungen über die weitverzweigten Zusammenhänge des Attentats von Sarajewo mitteilen könnten, und daß die Verschwörung einen weit größeren Umfang gehabt haben muß, als man ursprünglich annehmen konnte. Auch der Verdacht, daß das zaristische Rußland von dem Plan wußte und ihn billigte,

steigt daher immer wieder empor. Das Wort der Versailler Richter von der Vorsätzlichkeit, den Krieg entworfen und begonnen zu haben, kann eines Tages noch einmal zur grausigen Wahrheit werden, nicht für Deutschland — aber für die Gegenseite!

Ebenso bedeutsam als diese Pressekampagne zwischen Jelenič und den Freunden Jovanowitsch's bzw. den Mitgliedern der „Schwarzen Hand" ist der rednerische Zusammenstoß zwischen Pasitsch und Ljuba Jovanowitsch im Belgrader Radikalen Klub.

II.

Das Rededuell zwischen Pasitsch und Ljuba Jovanowitsch.

Im Hauptausschuß des Radikalen Klubs in Belgrad hat der kürzlich gestürzte Ministerpräsident Pasitsch seinen politischen Gegner Ljuba Jovanowitsch in einer mehrstündigen Rede scharf angegriffen, und bei dieser Gelegenheit zum erstenmal sein bisher geübtes Schweigen über die Mitwisserschaft der serbischen Regierung von 1914 am Attentat von Sarajewo gebrochen. Jovanowitsch, von dem Pasitsch annahm, daß er ihn rednerisch niederschmettern könnte, wagte es, dem „Grauen Premier" gegenüber scharf zu antworten und seinen Standpunkt energisch zu vertreten. Die Reden sind für die Beurteilung der Kriegsschuldfrage von höchstem Interesse.

Zum Verständnis der Kontroverse zwischen Pasitsch und Ljuba Jovanowitsch sei daran nochmal erinnert, daß der serbische Unterrichtsminister Ljuba Jovanowitsch in einer Gedenkschrift „Blut des Slawentums" mitgeteilt hatte, daß Pasitsch und die serbischen Minister von dem geplanten Attentat Ende Mai oder Anfang Juni Kenntnis erhalten und zur Verhinderung des Attentats nur ungenügende Maßnahmen ergriffen hatten.

Nach der „Politika" vom 26. April 1926 hat Pasitsch im Radikalen Klub folgendes gesagt:

„Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand war für Österreich nur eine günstige Ausrede, um mit Serbien abzurechnen. Uns hat es verantwortlich gemacht für diesen Mord, obwohl wir nicht schuld waren.

Ich bin verpflichtet, dies zu sagen — fuhr Herr Pasitsch fort — denn es gab auch bei uns Leute, die dies sagen. Hier hat Herr Pasitsch den Artikel des Herrn Jovanowitsch „Krv. Slovenstva" (Blut des Slawentums) erwähnt. Es war auch Herr Ljuba Jovanowitsch einer von denen, der gesagt hat, daß wir Franz Ferdinand ermordet haben. Das hat Herr Jovanowitsch gesagt, vorher schrieben das einige, die Freunde Deutschlands waren. Denn wer an dem Kriege schuld ist, der muß alle Folgen des Krieges tragen.

Österreich beschuldigt uns und jetzt wird geprüft, wer schuld ist. Es ist eine internationale Kommission gebildet worden, dies nachzuprüfen.[4]) Wenn sie uns nicht beschuldigen können, können sie unsere Einkünfte herabsetzen und den Deutschen die materielle Lage erleichtern.

Herr Pasitsch erklärt weiter, daß ihn ausländische Korrespondenten gefragt hätten, ob er gewußt habe, daß der österreichische Thronfolger ermordet werden würde. Er habe das zurückgewiesen. Er habe Herrn Jovanowitsch gebeten, das zu widerrufen, denn es sei nicht wahr, daß er, Herr Pasitsch, dies in der Ministerratssitzung (!Der Verfasser) gesagt habe. Herr Pasitsch behauptet, daß er, sobald er aus Bukarest zurückgekehrt sei, der Narodna Odbrana empfohlen habe, nichts gegen Österreich zu unternehmen, da es gefährlich sei.[5]) Herr Pasitsch habe auf den Widerruf des Herrn Jovanowitsch gewartet. Herr Jovanowitsch habe gezögert, das zu tun, und habe es nicht getan.

Herr Pasitsch wiederholt und behauptet, daß er nicht gesagt habe, was ihm Herr Jovanowitsch zuschreibe. Er habe auch seine Ministerkollegen gefragt: Leute, habe ich vielleicht nicht vergessen, daß ich das gesagt habe. Und alle haben bestätigt, daß Herr Pasitsch dies wirklich nicht gesagt habe.

Es ist nicht widerrufen worden, und jetzt ist diese Frage in Fluß gebracht. Ich muß das widerrufen. Was Herr Ljuba Jovanowitsch gesagt hat, weiß ich nicht, aber er hat eine Unwahrheit gesagt. Er hat dies alles auf eigene Faust getan, und wenn jemand auf eigene Faust etwas tut, und wenn jemand selbständig ohne Einverständnis mit seinen Kollegen etwas tut, so ist das gefährlich. Ich habe Beweise gegeben, daß ich schweigen kann, aber wenn Ljuba Jovanowitsch selbständig handeln will, so soll er sich trennen und selbständig arbeiten. Das ist ein Fehler des Herrn Jovanowitsch, der ihm nicht verziehen werden kann."

Auf diese Anklage Pasitsch's hat Ljuba Jovanowitsch nach dem gleichen Belgrader Blatt folgendes geantwortet:

„Ich wende mich zu dem zweiten Punkt der Anklage zu meinem Artikel in dem Buch „Krv Slovenstva". Vor allem entspricht es nicht der Wahrheit, daß ich in dem Buch gesagt haben soll, daß eine gewisse Mitteilung über die Vorbereitung des Attentats Herr Pasitsch in der Ministerratssitzung gemacht habe, sondern es war dies in einem Privatgespräch. Es scheint, daß Herr Pasitsch diesen meinen Artikel nicht durchgelesen hat, und daß er über ihn hier spricht nach der Darstellung gewisser Leute nicht gerade lauteren Charakters. Das war, meine Herren, im Jahre 1924 und niemand, auch nicht Herr Pasitsch, hat mir dies als Fehler angerechnet, bis zu dem Artikel des Herrn Gjurgje Jelenič in der „Politika". Nach meinem Artikel, meine Herren, war ich, und zwar auf Wunsch des Herrn Pasitsch, Präsident der Narodna

[4]) Von der Bildung einer internationalen Kommission zu dem Zweck, die Schuld am Kriege nachzuprüfen, ist uns nichts bekannt. (Anmerkung des Verfassers.)

[5]) Diese Erklärung Pasitsch's beweist, daß er über die Tätigkeit der „Narodna Odbrana" ziemlich genau orientiert sein mußte. Zweifellos war auch Pasitsch über die Tätigkeit der „Schwarzen Hand" ebenfalls gut unterrichtet.

Skupschtina, Präsident des Wahlaktionsausschusses, Präsident des gesetzgebenden Ausschusses. Feststehend ist, daß derjenige, der arbeitet, auch fehlen kann, und daß diejenigen am meisten fehlen, die sind, die am meisten arbeiten. Also, meine Herren, wenn ich damals gefehlt habe, wie kommt es, daß die Radikale Partei jetzt diesen meinen Fehler ausnutzt nicht nur zum Schaden der Partei, sondern auch dem des Landes. Mir wird vorgeworfen, ich sei ein Verräter. Ich bin, meine Herren, von einem Verräter immer weit entfernt gewesen und meine Tätigkeit in den letzten 40 Jahren ist sehr gut bekannt nicht nur Herrn Pasitsch, sondern unserem ganzen Volke. Ich schäme mich dieser Tätigkeit nicht."

Die Kontroverse zwischen Pasitsch und Ljuba Jovanowitsch interessiert uns hier nur insoweit, als sie die Frage betrifft, ob die eingangs wiedergegebene Behauptung Jovanowitsch's in seiner Schrift „Blut des Slawentums" aufrechterhalten werden müssen oder ob durch die Erklärung von Pasitsch eine andere Beurteilung der moralischen Schuld Pasitsch's und seiner Minister am Attentat von Sarajewo Platz greifen muß.

Wenn Pasitsch behauptet, daß er die Frage ausländischer Korrespondenten, ob er gewußt habe, daß der österreichische Thronfolger ermordet werden würde, zurückgewiesen habe, so müssen wir zunächst daran erinnern, daß Ljuba Jovanowitsch nach der „Politika" vom 17. April 1925 einem Mitarbeiter dieses Blattes unter anderem folgendes versichert hat. Jovanowitsch sagte:

„Das, was ich im Almanach des Herrn Ksjunjin[6]) ‚enthüllt' habe, nämlich, daß man im Schoße der serbischen Regierung 1914 von Vorbereitungen für das Sarajewoer Attentat wußte, ist gar keine Enthüllung, das ist eine bekannte Sache, von der schon längst und gerade von serbischer Seite gesprochen worden ist. Herr Pasitsch selbst gab am 7. Juli (n. St.) 1914, also neun Tage nach dem Sarajewoer Attentat, ein Interview, worin er sagte, daß die serbische Regierung die Wiener Regierung rechtzeitig von den Gefahren benachrichtigt habe, denen sich der österreichische Thronfolger auf der geplanten Reise nach Sarajewo aussetze. Der „Temps" vom 10. Juli veröffentlichte aus diesem Anlaß einen ausführlichen Artikel. Hätte denn Pasitsch von Mitteilungen der serbischen Regierung an die Wiener Regierung sprechen können, wenn uns hier nicht Anzeigen über irgendwelche Vorbereitungen vorgelegen hätten? Wäre ein Dementi am Platz gewesen, so konnte man schon damals den „Temps" und unsere anderen Freunde dementieren, die uns damals in Schutz nahmen . . ."

Wenn man den übrigen Wortlaut der Rede Pasitsch's genau beachtet, so geht daraus hervor, daß Pasitsch die Aussagen Jovanowitsch's nicht direkt dementiert, sondern er sagt nur, daß es nicht wahr sei, daß Pasitsch die fraglichen Mitteilungen in einer „Ministerratssitzung" gemacht habe. Dies hat, wie wir schon gesehen haben,

[6]) Das ist die Schrift „Blut des Slawentums" (Anmerkung des Verfassers).

Jovanowitsch in seiner Schrift „Blut des Slawentums“ auch gar nicht behauptet. Wie aus der Erwiderung Jovanowitsch's hervorgeht, bezeichnet er die Unterredung der Minister über das geplante Attentat jetzt ausdrücklich als ein Privatgespräch. An der moralischen Verantwortlichkeit der serbischen Minister kann dies aber natürlich nichts ändern.

Wie unsicher sich Pasitsch bei diesem Versuch, die Äußerungen Jovanowitsch's über seine vorherige Mitwisserschaft von dem geplanten Attentat von Sarajewo zu dementieren selbst fühlt, geht sehr deutlich aus seinen folgenden Worten hervor: „Was Herr Ljuba Jovanowitsch gesagt hat, weiß ich nicht, aber er hat eine Unwahrheit gesagt“. Diese klassischen Worte des alten Pasitsch werden wohl im „Büchner“ eine bleibende Stätte finden.

Wenn die Rede Pasitsch's bei genauer Würdigung des Wortlauts auch streng genommen nicht als ein Dementi der bekannten Enthüllungen Jovanowitsch's über die Mitwisserschaft der serbischen Regierung am Attentat von Sarajewo gedeutet werden kann, so zeigen sich doch bereits in der jugoslawischen Presse Ansätze dafür, daß man versucht, Pasitsch's Rede als ein vollgültiges Dementi der Aussagen von Jovanowitsch hinzustellen. So heißt es in einem Aufsatz der Agramer „Nova Evropa“ vom 11. Mai 1926 „G. Pasić i Sarajevski Atentat“, daß Pasitsch, der bisher wie ein Stein geschwiegen, jetzt empfunden habe, daß er verpflichtet sei zu sagen, ob Serbien an der Ermordung von Franz Ferdinand schuldig sei oder nicht. Man will also in dieser Erklärung Pasitsch's eine Antwort auf diese Frage sehen. In dem Aufsatz wird dann weiter ausgeführt, daß es wohl besser gewesen wäre, wenn Pasitsch diese Erklärungen schon früher abgegeben hätte, weil dann die vielen Anschuldigungen gegen das Vorkriegs-Serbien und das heutige Jugoslawien unterblieben wären, aber es sei letzten Endes auch jetzt noch gut, daß Pasitsch diese Erklärung abgegeben habe. In dem Aufsatz, der nur mit „C“ unterzeichnet ist, wahrscheinlich die Chiffre des Herausgebers der „Nova Evropa“, Dr. Milan Curcin, wird dann zum Ausdruck gebracht, daß man mit der Erklärung, die Pasitsch über diesen Gegenstand abgegeben habe, zufrieden und der Meinung sei, daß auch Dr. Seton Watson und die übrigen Freunde Serbiens im Ausland zufrieden sein werden. Wir glauben jedoch, daß auch Seton Watson, der sich jetzt endlich zur Herausgabe seines angekündigten Buches über das Attentat von Sarajewo entschlossen hat, die Erklärung Pasitsch's nicht als eine Entlastung der serbischen Regierung von 1914 deuten kann.

Den Widerspruch in den Erklärungen zwischen Pasitsch und Ljuba Jovanowitsch kann sich auch Dr. Curcin nicht erklären, und gibt nur ein salomonisches Urteil ab, wenn er sagt „irgendeiner spricht also die Unwahrheit, entweder Pasitsch oder Jovanowitsch, vielleicht auch beide". Durch diese Erklärung wird unverständlich, daß Curcin mit der Erklärung Pasitsch's trotzdem zufrieden ist.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Rede Pasitsch's vielleicht doch dazu ausgenutzt werden soll, um den Makel, den die serbische Regierung von 1914 durch ihre Mitverantwortlichkeit am Attentat von Sarajewo in die ewigen Tafeln der Geschichte eingegraben hat, auszulöschen, sei daran erinnert, daß sich die Mitwisserschaft der serbischen Regierung nicht allein auf die Äußerungen Ljuba Jovanowitsch's in seiner Schrift „Blut des Slawentums" stützt, sondern daß hierfür noch ein anderer Beweis vorliegt, der etwas in Vergessenheit geraten war, aber auch in der serbischen Presse jetzt wiederholt angeführt wird.

In dem bereits erwähnten Interview Ljuba Jovanowitsch's mit einem Mitarbeiter der „Politika", das in diesem Blatt am 17. April 1925 veröffentlicht wurde, hat Jovanowitsch mitgeteilt, daß die Regierung Pasitsch's Maßregeln getroffen hatte, um die Grenzüberschreitung der Teilnehmer an dem Attentat zu verhindern. Jovanowitsch fährt in diesem Interview dann wörtlich fort:

„Eine positive Spur dieser Anordnungen fanden die österreichischen Behörden, als sie zum erstenmal 1914 die Drina überschritten und Loznitza einnahmen. Sie fanden dort das Tagebuch des verstorbenen Kosta Todorović, unseres Grenzoffiziers, der darin Tag für Tag den Inhalt der empfangenen Akten eintrug, und unter anderem auch die strenge Anordnung des Kriegsministers, Obersten Duschan Stefanović, die genannten jungen Leute aus Bosnien am Grenzübergang zu verhindern . . ."

Diese Mitteilungen Jovanowitsch's wurden in der „Politika" vom 29. März 1926 durch einen der Freunde Jovanowitsch's, Milan Zecević, Professor an der Kriegsakademie in Belgrad, mit folgenden Worten bestätigt:

„Was Ljuba Jovanowitsch erzählt hat, sind Tatsachen, die bereits während des Krieges bekannt waren. Dies wurde festgestellt durch die Untersuchung in Sarajewo und bestätigt durch die Notizen eines unserer Grenzoffiziere, die 1916 den Österreichern in die Hände fielen. Die österreichische und die deutsche Regierung hatten alle diese Daten in Händen, als über den Frieden und über die Verantwortung für den Krieg verhandelt wurde. . . . ."

Aus der Tatsache, daß der serbische Kriegsminister eine Verhaftung der Attentäter beim Überschreiten der Grenze befohlen

hatte, geht hervor, daß der Kriegsminister von der Reise der Attentäter erfahren, und sich dabei beruhigt hat, daß die Verhaftung nicht geglückt war.

Die Erwiderung, die Jovanowitsch auf die Anklagereden Pasitsch's gegeben hat, wird im „Obzor" vom 27. April 1926, Nr. 112, in etwas anderer Fassung widergegeben, weshalb wir auch die Stelle in diesem Blatt wörtlich widergeben wollen:

„Man macht mir Vorwürfe wegen meines Artikels in dem bekannten Buche „Krv Slovenstva" (Das Blut des Slawentums). Ich behaupte, daß ich mich deswegen in keiner Weise versündigt habe und daß ich nichts vermerkt habe, was nicht richtig gewesen wäre. Ich muß aber bemerken, daß all' dies bereits im Jahre 1924 gewesen ist und daß dies öffentlich publiziert worden ist und ihr habt mich trotzdem damals zum Vorsitzenden der Skupschtina, zum Vorsitzenden des Gesetzgebungsausschusses und zum Vizepräsidenten des Hauptausschusses der Radikalen Partei gewählt, und ihr habt dies damit gutgeheißen. Ihr könnt daher diese Sache jetzt nicht mehr aufrollen, nachdem ihr bereits damals darüber hinweggegangen seid. Was aber diese Frage betrifft, d. h. des Artikels im Buche „Krv Slovenstva", so kann ich diesbezüglich noch Dokumente und Beweise vorlegen, aber ich verlange, daß dafür der jetzige Ministerpräsident und der Minister des Äußern die volle Verantwortung übernehmen."

Aus der Mitteilung des „Obzor" geht demnach noch hervor, daß Jovanowitsch seine Aussagen im „Blut des Slawentums" durch Dokumente und Beweise zu stützen bereit ist, wenn die Regierung hierfür die Verantwortung übernehmen will. Daß die verantwortlichen Minister Uzunovitsch und Nintitsch die Veröffentlichung der Dokumente ablehnen, legt wohl den Schluß nahe, daß auch nach ihrer Auffassung diese Dokumente nur Tatsachen enthalten können, die für die serbische Regierung von 1914 ungünstig sind.

Ergebnis zu I und II.

Aus den vorstehenden Nachrichten der Belgrader Presse geht folgendes hervor:

1. Die Behauptungen des serbischen Ministers Ljuba Jovanowitsch in seiner Schrift „Blut des Slawentums" über die Mitwisserschaft serbischer Kabinettsmitglieder der Regierung von 1914 an dem geplanten Attentat von Sarajewo sind weiter als den geschichtlichen Tatsachen entsprechend anzusehen.

2. Die aus den Mitteilungen abgeleitete Auffassung, daß die fragliche Besprechung zwischen Pasitsch und seinen Ministern in einer offiziellen Sitzung stattgefunden hat, ist dahin abzuändern, daß es sich nur um private Mitteilungen gehandelt hat. An der Verantwortlichkeit der serbischen Regierung am Attentat von Sarajewo ändert dies nichts.

3. Die Mitwisserschaft der serbischen Regierung am Attentat von Sarajewo ist nicht nur aus den Mitteilungen Ljuba Jovanowitsch's in seiner Schrift „Blut des Slawentums" erwiesen, sondern geht auch aus erbeuteten Tagebüchern des Grenzhauptmanns in Loznitza hervor.[7])

4. Nach den Aussagen Jelenić hat dieser noch Dokumente, aus denen sich die Mitwirkung Dimitriewitsch's und Tankosićs an den Vorbereitungen des Attentats von Sarajewo nachweisen läßt. Die Mitglieder der „Schwarzen Hand" haben nach der „Politika" vom 31. März 1926 erklärt, daß auch ihnen noch Daten über das Attentat von Sarajewo zur Verfügung stehen. Jovanowitsch hat erklärt, daß er noch Dokumente besitze, um seine im „Blut des Slawentums" gemachten Aussagen zu stützen.

5. Cvetko Popovič, Professor an der Lehrer-Preparande in Jagodina, wird von der „Politika" vom 3. 4. 26 als „einer der noch lebenden Teilnehmer am Sarajewoer Attentat" bezeichnet.

6. Es bleibt also hiernach die Auffassung bestehen, daß die serbische Regierung von 1914 für die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand mitverantwortlich gemacht werden muß.

---

[7]) „Politika", 17. April 1925. „Erklärung von Ljuba Jovanowitsch."

Das italienisch-russische Abkommen von Racconigi.

Der Briefwechsel Tittoni-Iswolski.

Wir veröffentlichen nachstehend die erste vollständige deutsche Übersetzung des italienisch-russischen Abkommens von Racconigi vom 24. Oktober 1909. Der Briefwechsel Tittoni-Iswolski ist veröffentlicht bei E. A. Adamow: „Die Aufteilung der asiatischen Türkei." Nach Geheimdokumenten des früheren Außenministeriums. Moskau 1924, S. 355 f.

Die Schriftleitung.

Der italienische Außenminister T. Tittoni an den russischen Außenminister A. P. Iswolski.

Der Außenminister. Schloß Racconigi, 24. Oktober 1909.

„Herr Minister!

In der Unterhaltung, die ich mit Ew. Exzellenz zu führen das Vergnügen hatte, und in deren Verlauf die erfolgte Annäherung der Interessen zwischen unseren zwei Staaten, sowie die vollkommene Übereinstimmung in den Ansichten beider Regierungen so glücklich zutage trat, hielten wir es für nützlich, die grundlegenden Punkte, über die wir zu einem vollständigen Abkommen gelangt sind, festzulegen.

Wir haben beide festgesetzt:

1. Italien und Rußland müssen in erster Linie danach streben, den Status quo auf der Balkanhalbinsel aufrechtzuerhalten.

2. Bei allen auf dem Balkan möglichen Fällen müssen sie unter Ausschluß der Möglichkeit jeder fremden Herrschaft auf der Anwendung des Nationalitätenprinzips durch Entwicklung der Balkanstaaten bestehen.

3. Sie müssen sich gemeinsam allen Aktionen widersetzen, die den vorerwähnten Zielen entgegengesetzt sind. Unter „gemeinsamen Aktionen" sind diplomatische Schritte zu verstehen; jede andere Aktion muß natürlich bis zu einer viel späteren Verständigung zurückgestellt werden.

4. Wenn Italien und Rußland hinsichtlich des Europäischen Ostens mit einer dritten Macht Verträge, außer den bereits bestehenden, abschließen wollen, darf jede der beiden Mächte dies nur unter gleichzeitiger Beteiligung der anderen tun.

5. Italien und Rußland verpflichten sich, zu folgenden Fragen eine wohlwollende Haltung einzunehmen: Italien zu den russischen Interessen in der Meerengenfrage, Rußland zu den Interessen Italiens in Tripolis und in der Cyrenaika.

Es wird als festgesetzt angenommen, daß der gegenwärtige Briefwechsel geheim bleibt und nur mit gegenseitigem Einverständnis zur Kenntnis einer dritten Macht gebracht werden kann.

Seine Majestät der König, mein Erlauchtigster Herr billigt die Haltung seiner Regierung, die den vorerwähnten Prinzipien entspricht.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

Tittoni."

Der russische Außenminister A. P. Iswolski an den italienischen Außenminister T. Tittoni.

„Ew. Exzellenz waren so freundlich, im heutigen Briefe die glücklich erfolgte Annäherung der Interessen zwischen unseren beiden Staaten, sowie die vollkommene Übereinstimmung in den Ansichten beider Regierungen zu bemerken; mit Ew. Exzellenz halte auch ich es für nützlich, die grundlegenden Punkte, über die wir zu einem vollständigen Abkommen gelangt sind, festzulegen und beeile mich meinerseits festzusetzen:

1. Rußland und Italien müssen in erster Linie danach streben, den Status quo auf der Balkanhalbinsel aufrechtzuerhalten.

2. Bei allen auf dem Balkan möglichen Fällen müssen sie unter Ausschluß der Möglichkeit jeder fremden Herrschaft auf der Anwendung des Nationalitätenprinzips durch Entwicklung der Balkanstaaten bestehen.

3. Sie müssen sich gemeinsam allen Aktionen widersetzen, die den vorerwähnten Zielen entgegengesetzt sind. Unter „gemeinsame Aktionen" sind diplomatische Schritte zu verstehen; jede andere Aktion muß natürlich bis zu einer viel späteren Verständigung zurückgestellt werden.

4. Wenn Rußland und Italien hinsichtlich des Europäischen Ostens mit einer dritten Macht Verträge außer den bereits bestehenden, abschließen wollen, darf jede der beiden Mächte dies nur unter gleichzeitiger Beteiligung der anderen tun.

5. Italien und Rußland verpflichten sich, zu folgenden Fragen eine wohlwollende Haltung einzunehmen: Italien zu den russischen Interessen in der Meerengenfrage, Rußland zu den Interessen Italiens in Tripolis und in der Cyrenaika.

Es wird als festgesetzt angenommen, daß der gegenwärtige Briefwechsel geheim bleibt und nur mit gegenseitigem Einverständnis zur Kenntnis einer dritten Macht gebracht werden kann.

Seine Majestät der Kaiser, mein Erlauchtigster Herr billigt die Haltung seiner Regierung, die den vorerwähnten Prinzipien entspricht."

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk Nikolai II: „Einverstanden". Schloß Racconigi, 11./24. Oktober 1909.

MONATSBERICHT.

DEUTSCHLAND.

Staatsmänner und Diplomaten. IV. Sir Edward Grey. Von A. Mendelssohn-Bartholdy.

„Europäische Gespräche", März 1926.

In dem Schlußartikel seiner Grey-Besprechung schreibt Professor Mendelssohn u. a.: „Das Zentralproblem der Vorkriegszeit war jener Zustand, den man, um der weiten historischen Perspektive und um des beliebten Kokettierens mit dem siebzehnten Jahrhundert willen, das europäische Gleichgewicht zu nennen pflegt, für den es aber doch viel bezeichnender ist, wenn man ihn so faßt, wie ihn die beiden Gewichtsgruppen dieses nicht vorhandenen Äquilibrium selbst zu benennen pflegten, nämlich als etwas, was entweder deutsche Hegemonie oder Eingekreistsein Deutschlands war, keinenfalls aber beides zugleich sein konnte." Greys „These scheint zu sein, daß zwischen England und Frankreich — und ebenso, auf einem anderen Blatt, zwischen England und Rußland — nur die Alternative bestand: Streit (mit Deutschland als tertius gaudens) oder Entente." . . . „Gleiche Vertrauensstellung zu Frankreich und Deutschland war, nach seiner Darstellung, nicht möglich; nicht nur, wer Deutschlands Freund war, konnte nicht Frankreichs Freund bleiben; auch wem Deutschland Freund war, der war für Frankreich schon kein zuverlässiger Freund mehr." . . . Grey scheint hier in Frankreichs Unversöhnlichkeit das Friedenshindernis in Europa zu sehen. Bei diesem Gedankengang sieht Mendelssohn zur Entlastung Frankreichs nur die eine Annahme, „daß Freundschaft zwischen Deutschland und England . . . für Frankreich notwendig bedeutet hätte, daß es an Händen und Füßen gebunden der deutschen Vorherrschaft ausgeliefert gewesen wäre". Etwas ähnliches scheint Grey zu glauben, wenn er von den Gefahren, die der Dreibund für England, Frankreich und Rußland in sich barg, schreibt. Dieser Auffassung tritt Mendelssohn entgegen und wirft die Frage

auf, ob denn seit 1902 in Paris, London und Petersburg noch irgendein Staatsmann glauben konnte, der Dreibund stehe wo anders als auf dem Papier? „Wir erwarten die Veröffentlichung der englischen Dokumente. Und um des Ansehens willen, das wir auch heute dem englischen Namen in der Welt erhalten sehen möchten, würde ich mich freuen, wenn diese Dokumente das widerlegen könnten, was sich aus dem Zusammenhang als fast sichere Vermutung aufdrängt: daß nämlich England die Entente mit Frankreich nicht abgeschlossen hat, um dem übermächtigen Dreibund ein gesundes Gegengewicht zu schaffen, sondern daß es sie im Gegenteil abgeschlossen hat, weil es wußte, daß der Dreibund jetzt keine wirkliche Macht mehr war — weil es die italienisch-französischen Abmachungen kannte."

Politisches Ziel und Operationsplan. Von Wolfgang Foerster, Oberarchivrat am Reichsarchiv, Oberstleutnant a. D.

„Deutscher Offiziersbund", 25. Februar 1926, Nr. 6.

Im Oktober 1925 veröffentlichte der holländische General G. F. Snijders im „Archiv für Politik und Geschichte" einen Aufsatz über „Staatskunst und Strategie" (vergl. „Die Kriegsschuldfrage", Dezember 1925, S. 845 f.). General Snijders hatte u. a. behauptet, der Reichskanzler von Bethmann Hollweg habe sich im August 1914 von Moltke zur Kriegserklärung an Rußland zwingen lassen. Snijders berief sich dabei auf Bethmanns Zeugnis, der in seinen Memoiren schreibt, daß Moltke für die Kriegserklärung gewesen sei. Foerster ist hingegen der Ansicht, daß sehr gewichtige Gründe gegen die Darstellung Bethmanns sprechen. Moltke selbst hat sich zu dieser Frage nie geäußert, die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch ergeben keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß Moltke aus militärischen Gründen die Kriegserklärung an Rußland für notwendig erachtet hätte. Foerster hält es auch für ganz ausgeschlossen, daß Moltke die Kriegserklärung an Rußland als Voraussetzung für den deutschen Einmarsch in Belgien angesehen haben sollte. „Der Kanzler selbst aber — schreibt Foerster — scheint diese Kriegserklärung als unerläßliche Vorbedingung für die belgische Sommation angesehen zu haben, weil er aus rein formalen Rechtsgründen auf dem Standpunkt stand, daß der Begriff des „Notstandes", auf den die Sommation sich stützte, nicht eine konditionelle, sondern eine tatsächlich vorhandene, aktuelle Gefahr voraussetzte. Nach alledem ist die Behauptung des General Snijders, der Kanzler sei durch den Strategen zur Kriegserklärung an Rußland gezwungen worden, nicht aufrecht zu erhalten. Der deutsche Operationsplan hat jedenfalls weder eine Kriegserklärung an Ruß-

land noch eine solche an Frankreich, sondern nur die mit beiden ursächlich nicht zusammenhängende Sommation an Belgien notwendig gemacht."

Zu dem Aufsatz des Generalleutnants Grafen von Waldersee: „Der deutsche Generalstab und die Kriegsschuld".

„Deutscher Offiziersbund", 1926, Nr. 11.

Zu dem Aufsatz des Grafen von Waldersee (vergl. „Die Kriegsschuldfrage" Mai 1926, S. 336) schreibt Oberstleutnant a. D. Hoffmann:

„Die gesamten, der Mobilmachung und dem Aufmarsch dienenden Kriegstransporte vom 3. Mobilmachungstage ab wurden im Sommer 1914 noch nach dem alten, seit Jahren bestehenden Militärfahrplan durchgeführt, der auf einer Geschwindigkeit von nur 22,5 km/Std. aufgebaut war. Als infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges Deutschlands die Zahl der schweren Güterzug-Lokomotiven bei den deutschen Eisenbahnverwaltungen in den letzten Jahren vor dem Kriege immer mehr anstieg, konnte von der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabes daran gegangen werden, einen neuen Militärfahrplan aufzustellen. Ein solcher war im Sommer 1914 soweit durchgearbeitet, daß es nur noch der Drucklegung bedurfte, um ihn mit dem am 1. April 1915 beginnenden neuen Mobilmachungsjahr in Kraft treten zu lassen. Dieser neue Fahrplan war auf einer Stundengeschwindigkeit von 40 km aufgebaut und hätte bewirkt, daß unser Aufmarsch um zwei Tage früher beendet gewesen wäre." . . .

„Generalleutnant Groener bestätigt die Angaben des Oberstleutnants Hoffmann. Der neue Fahrplan war ein Teil des Programms, das er sich zum Ziel seiner Tätigkeit als Chef der Eisenbahnabteilung vorgenommen hatte. Der zweite Teil war ein umfassender strategischer Ausbau des deutschen Bahnnetzes, besonders viergleisiger Transportstraßen und neuer Rheinbrücken. Die Verhandlungen mit Reich und Bundesstaaten standen bei Kriegsausbruch vor dem Abschluß. Das dritte Projekt war die Schulung der Militär-Eisenbahn- und Kommandobehörden in der schnellen Bearbeitung und Ausführung von Heeresverschiebungen und auch des Aufmarsches selbst. Es sollte dabei ein modernes Verfahren ohne die umständlichen veralteten Fahrtlisten gefunden werden. Die Schulung der Militär-Eisenbahnbehörden und der Bahnbevollmächtigten war von 1912 bis 1914 eifrig und mit gutem Erfolg betrieben worden. 1914 und die folgenden Jahre sollten die Kommandobehörden dann kommen. Die grundlegende Verfügung war bei

Kriegsausbruch bereits fertiggestellt und hatte die Billigung des Generalstabschefs gefunden."

Diese praktisch 1914 noch nicht ausgenutzte Möglichkeit, den deutschen Aufmarsch zu beschleunigen, ist ein neuer Beweis dafür, daß der deutsche Generalstab einen Krieg für 1914 mit Bestimmtheit nicht in den Kreis seiner Berechnungen gezogen hatte.

Eine südslawische Note an Bulgarien.

„Frankfurter Zeitung", 7. Mai 1926, Nr. 338.

Das Belgrader Außenministerium teilt mit, daß es an die bulgarische Regierung eine Note senden werde, um gegen die in letzter Zeit sich häufenden Komitatschi-Überfälle an der serbisch-bulgarischen Grenze Protest zu erheben. Die südslawische Regierung verlangt in ihrer Note, die bulgarische Regierung möge ihr die Erlaubnis erteilen, die Untersuchung über das Bombenattentat von Strumitza auch auf bulgarischem Gebiete durchzuführen. Mit Recht bemerkt dazu die Redaktion der „Frankfurter Zeitung", daß hier Serbien die gleiche Forderung an Bulgarien stelle, die Österreich in seinem Ultimatum vom 23. Juli 1914 an Serbien richtete und die von Serbien damals zurückgewiesen wurde.

★

FRANKREICH.

Les falsifications de Sazonow ou histoire de l'entrée de la Turquie dans la guerre. Par Joseph Chapiro.

„La Volonté", 4. Mai 1926.

Eine sehr eingehende Besprechung des von Friedrich Stieve neu herausgegebenen zweiten russischen Orangebuches über den Eintritt der Türkei in den Weltkrieg. Es ist zu begrüßen, daß das wichtigste der in Frage stehenden Dokumente von Chapiro in vollem Wortlaut mitgeteilt und so den Lesern der „Volonté" ein eigenes Urteil ermöglicht wird.

Aus dem Aprilheft der „Evolution".

Das Aprilheft der Pariser Monatsschrift „Evolution" enthält Aufsätze zur Kriegsschuldfrage von Harry Elmer Barnes, Victor Margueritte und dem Schriftleiter der „Evolution" Armand Charpentier. Barnes hat der Zeitschrift Teile des ersten Kapitels aus seinem demnächst erscheinenden Buche zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt. Margueritte kritisiert das Werk von Pierre Renouvin über die unmittelbaren Ursachen des Weltkrieges. Margueritte ist mit den Forschungsmethoden von Renouvin nicht ein-

verstanden. Das ist verständlich, da beide von verschiedenem Standpunkt aus an die Lösung des Kriegsschuldproblems herantreten. Renouvin ist der sachlich urteilende, ruhig abwägende Historiker, während Margueritte als Schriftsteller sich weniger für die Einzelheiten der Materie interessiert, sich vielmehr stark und impulsiv für die Lösung der Kriegsschuldfrage vom moralischen Standpunkt aus einsetzt. — Charpentier beleuchtet in einer größeren Studie die Politik Poincarés von 1912—1914. Die Arbeit ist anscheinend noch ohne Kenntnis der beiden ersten Bände der Poincaré-Memoiren geschrieben.

Briand verspricht eine Erklärung über die Kriegsschuldfrage bei Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Die „Cahiers des Droits de l'Homme" berichten in ihrer Nummer vom 15. Mai 1926 über die Sitzung der „Ligue Internationale" vom 2. März 1926. Von deutscher Seite nahm an der Tagung der Kammergerichtsrat a. D. Freymuth teil. Er machte den Vorschlag, die Redaktion einer Erklärung zur Revision des Artikels 231 des Versailler Vertrages Herrn Professor Aulard zu übertragen. Der Generalsekretär der französischen Liga für Menschenrechte, Herr Guernut, entgegnete, daß ihm der Ministerpräsident Briand in einer Unterredung das Versprechen gegeben habe, bei dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine genugtuende Erklärung über den Artikel 231 abzugeben.

Briand scheint sich demnach der eitlen Hoffnung hinzugeben, daß eine Erklärung von ihm ausreichen könnte, den Kampf gegen eine Beseitigung des § 231 zum Stillstand zu bringen.

Les mensonges du livre jaune par Lazare.

„L'Humanité", 1926, Nr. 9939.

Bereits im Dezember 1925 hatte Lazare einen Artikel über die Fälschungen des französischen Gelbbuches veröffentlicht, dessen Schlußfolgerungen wir aber nicht ganz beipflichten konnten. (Vergl. Februarheft 1926, S. 122.) In seinem zweiten Aufsatz wendet sich Lazare zunächst gegen unsere Kritik, ohne neue stichhaltige Beweise für die Richtigkeit seiner Ausführungen beizubringen. Im zweiten Teil seiner Arbeit richtet Lazare einige Fragen an die französische Regierung, die sehr wichtig sind und die wir in ihrem Wortlaut wiedergeben wollen:

1. „Wie konnte Herr Dumaine um sechs Uhr morgens über ein Dekret berichten, das den zuständigen Stellen erst um 12 Uhr 35 p. m. mitgeteilt und das erst einige Stunden später veröffentlicht wurde?"

2. „Ist es richtig, daß Herr Dumaine am 31. Juli außer der Nummer 115 keine weitere Depesche geschickt hat?“
3. „Ist es richtig, daß weder am 1., noch am 2., noch am 3., nach am 4. eine Depesche der Botschaft in Wien am Quai d'Orsay eingetroffen ist?“

Die erste Frage bezieht sich auf Telegramm Gelbbuch Nr. 115, das angeblich bereits am 31. Juli um sechs Uhr a. m. die Anordnung der österreichischen allgemeinen Mobilmachung gemeldet hat. Es wäre sehr interessant, wenn man erfahren könnte, welches die Quelle für diese unwahre Meldung des französischen Botschafters gewesen ist.

Zur zweiten Frage: Es ist kaum denkbar, daß der Botschafter nicht später am Nachmittag des 31. Juli die richtige Zeit der Ausgabe des Mobilmachungsbefehls für die österreichisch-ungarische Armee erfahren und darüber gemeldet haben sollte.

Zur dritten Frage: Es ist allerdings sehr auffallend, daß die französische Botschaft in Wien vier Tage lang kein einziges Telegramm absendet. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Herr Lazare auf seine Fragen eine Antwort erhalten würde, was allerdings kaum zu erwarten ist.

Les origines de la guerre et la politique extérieure de l'Allemagne au début du XXe siècle d'après les documents diplomatiques publiés par le ministère allemand des affaires étangères. Par E. Vermeil, professeur à l'Université de Strasbourg. Avec une préface de E. Chaumié, député.

„l'Europe Nouvelle“, 17. April 1926.

Zum ersten Male nimmt eine angesehene französische Zeitschrift in einer Sondernummer Stellung zu der Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amtes. Professor Vermeil von der Universität Straßburg beschränkt sich nicht auf eine Kritik der ausgewählten Dokumente, sondern er zitiert die wesentlichsten Stellen der Schriftstücke im Wortlaut. Das Vorwort hat der Abgeordnete Chaumié geschrieben. Dr. Thimme — sagt er — habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß er aus dieser Sammlung diplomatischer Akten hinreichende Argumente gewinnen werde, um eine Wiederaufnahme des Kriegsschuldprozesses zu erzielen. Diese Absicht sei berechtigt, aber sie nötige den Leser zu ebenso berechtigten Vorbehalten. Chaumié findet die Gruppierung der Dokumente nach ihrer Zusammengehörigkeit zu bestimmten Ereignissen nicht sehr glücklich. Die französische Ausgabe der deutschen Dokumente soll nach chronologischen Gesichtspunkten erfolgen. Trotz mancher

Bedenken im einzelnen gesteht Chaumié der deutschen Veröffentlichung ihre hohe Bedeutung durchaus zu. Es sei dringend zu wünschen, daß die europäischen Staatskanzleien das Beispiel der deutschen Regierung nachahmen und einen gleichwertigen Beitrag zur Geschichte dieser Zeit liefern. Chaumié sagt, beim Lesen der Dokumente staune man über die Mittelmäßigkeit fast aller deutschen verantwortlichen Staatsmänner der Vorkriegszeit. Vom Kaiser will er gar nicht erst sprechen. Dieser Souverän, der in Frankreich ein unbestreitbares Prestige besessen habe, stehe in seinen Randbemerkungen auf dem Niveau eines sehr jungen Offiziers. Chaumié vermißt in der deutschen Publikation die Instruktionen über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und seines Außenhandels. Die deutsche Diplomatie habe nach 1870 das vollständigste Experiment mit Bündnissen gemacht, das die Geschichte kenne. Deutschland habe durch diese Politik der Bündnisse die Errungenschaften des Frankfurter Friedens sichern wollen, aber es habe genau das Gegenteil erreicht: die deutsche Bündnispolitik habe zum Abschluß des französisch-russischen Vertrages und zur Triple-Entente geführt. Allerdings habe auch Frankreich von seinem Bündnis mit Rußland keinen Nutzen gehabt. „Die Bündnisse gewähren den Interessierten eine oft falsche Sicherheit und verbreiten ein berechtigtes Mißtrauen um sich." Erst die Abmachungen von Locarno hätten in diese, an Ideen so arme Welt eine neue Form von Bindungen zwischen Völkern hineingebracht.

In seinem einleitenden Kapitel gibt dann Professor Vermeil einen Überblick über den Inhalt der bis zum Abschluß seiner Arbeit vorliegenden deutschen Akten. Die eigentliche Arbeit hat Vermeil in zwei große Abschnitte zerlegt: Deutschland und Europa von 1900—1904 und Deutschland und Europa von 1904—1908. Diese großen Abschnitte sind ihrerseits wieder in mehrere Unterabteilungen eingeteilt, so daß der Leser ein ziemlich klares und vollständiges Bild der deutschen Außenpolitik von 1900—1908 erhält. In einer Schlußfolgerung gibt Professor Vermeil das Fazit seiner Beurteilung der deutschen Politik in jenen Jahren: „Das Studium dieser acht Jahre europäischer Geschichte, auf Grund der von der Wilhelmstraße veröffentlichten diplomatischen Dokumente in breiten Zügen wieder vor Augen geführt, erweist klar die Größe des deutsch-englischen Konfliktes. Im Vergleich mit ihm ist der französisch-deutsche Konflikt nur sekundärer Natur. Frankreich allein kann einen europäischen Krieg, den es im übrigen keineswegs wünscht, nicht provozieren. Aber seit 1908 ist es klar, daß es an Seiten Englands und im Einklang mit Rußland in einen Krieg

zwischen England und Deutschland hineingezogen werden wird.“ Im Jahre 1908 stehe Deutschland allein mit dem zur Auflösung verurteilten Österreich-Ungarn. „Diese Situation hat es selber geschaffen. Es will den Frieden, aber es bereitet den Krieg vor und zwingt seine natürlichen Gegner, ihn vorzubereiten. So steht es im Mittelpunkt des bewaffneten Friedens, des tragischen Verhängnisses Europas.“

Un livre de souvernirs polémiques, par Alfred Fabre-Luce.

„Europe“, 15. April 1926.

Alfred Fabre-Luce, der Verfasser des Buches: „La Victoire“, wird in den beiden ersten Bänden der Memoiren Poincarés mehrfach sehr scharf kritisiert. Auf diese Kritik geht Fabre-Luce in einzelnen Punkten näher ein. Poincaré wolle den angeblich friedfertigen Charakter seiner Politik durch Veröffentlichung konventioneller Formeln beweisen, hinter denen er sich verkrieche. Die wirkliche Aufgabe der Kritik bestehe darin, bei jedem Staatsmann die ihn besonders charakterisierenden Eigenschaften ausfindig zu machen, durch die letzten Endes die Geschichte des Landes bestimmt werde. Interessanter als die beiden ersten Bände der Memoiren findet Fabre-Luce den Aufsatz, den Poincaré im Oktoberheft 1925 der amerikanischen „Foreign Affairs“ veröffentlicht hat. Poincarés Bewunderer würden nicht wenig gestaunt haben, in seinen dortigen Ausführungen den Satz gelesen zu haben: „Ich behaupte nicht, daß Österreich oder Deutschland in dieser ersten Phase (Anfang Juli 1914) bewußt die Absicht hatten, einen allgemeinen Krieg zu entfesseln“. Dazu bemerkt Fabre-Luce: „Wie kann man diese Behauptung mit dem überspannten Rapport, der Stütze des Artikels 231 des Versailler Vertrages, in dem Deutschland angeklagt war, eine „Verschwörung“ gegen den allgemeinen Frieden angezettelt zu haben, in Einklang bringen? Ich schließe daraus, daß Poincaré seinerseits einen „Hindenburg-Rückzug“ vollzieht.“

★

JAPAN.

The origins of the war.

„The Japan Weekly Chronicle (Kobe)“, 11. März 1926.

Eine Besprechung der englischen Ausgabe von Friedrich Stieve: „Iswolski und der Weltkrieg“. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die hier veröffentlichten Dokumente kaum mit der Ansicht zu vereinbaren seien, daß der Krieg mit einem

unvermuteten Angriff raubgieriger Wölfe auf arglose Lämmer begonnen habe. Es könnte beinahe so scheinen, daß, wenn es keine Triple-Entente gegeben hätte, es auch keinen Krieg gegeben hätte.

★

UNGARN.

Eine der monumentalsten Lügen der Weltgeschichte. Von Minister a. D. Bela Földes.

„Pester Lloyd", 27. April 1926, Nr. 94.

Eine Besprechung der beiden ersten Bände der Poincaré-Memoiren.

Kriegsschuldfrage und Minderheitsprobleme. Von Dr. Artur Weber.

„Pester Lloyd", 13. Mai 1926, Nr. 107.

Weber stellt in einer interessanten Studie die Nationalitätenpolitik der ehemaligen Donaumonarchie der heute als Idealzustand bezeichneten Regelung des Nationalitätenproblems durch die Verträge von St. Germain und Trianon gegenüber.

★

Bücherschau.

Neuerscheinungen.

Bourgeois, Emile: „La politique mondiale 1878—1919. Empires et nations." Librairie Classique Eugène Belin, Belin Frères, Paris 1926, 863 S.

Emile Bourgeois ist Professor der modernen Geschichte an der Universität Paris. Er hat im Jahre 1919 zusammen mit G. Pagès dem französischen Senat einen Bericht über die Kriegsursachen vorgelegt, den die Verfasser, etwas erweitert, 1921 in Buchform veröffentlichten. Das neue Werk von Bourgeois reicht bis zum Abschluß des Weltkrieges. Ein Kapitel von 28 Seiten widmet Bourgeois dem Kriegsausbruch 1914. Das Fazit seiner Darstellung in diesem Kapitel bleibt die Alleinverantwortlichkeit der Mittelmächte für den Kriegsausbruch 1914. Das Verhalten der Ententemächte während der Julikrise 1914 wird nur in wenigen Sätzen gestreift, während jeder Schritt der Mittelmächte während der Krise eingehend beleuchtet und kritisiert wird. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn auch solche Einseitigkeit der Darstellung nicht den Methoden des Historikers entspricht. Aber Professor Bourgeois stellt in seiner „Beweisführung" Behauptungen auf, für die er dann jeden Beweis schuldig bleibt. Seine Ausführungen verraten eine große Unkenntnis der bekannten Dokumente, nicht nur der deutschen Akten, sondern auch der nach dem Kriege veröffentlichten russischen Dokumente. Auch die wesentlichsten Memoirenwerke der Entente-Staatsmänner und Diplomaten hat er entweder nicht gelesen oder ihren Inhalt wissentlich verschwiegen. Bezeichnend für

Professor Bourgeois ist es, daß er in der kleinen Literaturzusammenstellung, die er seinem Kapitel über den Kriegsausbruch anhängt, von deutschen Werken nur das Buch „Die Verbrecher" aus der Feder des Herrn Richard Grelling zitiert.

Cadorna, Général: „Mémoires". La guerre sur le front italien jusqu'à l'arrêt sur la ligne de la Piave et du Grappe (24 mai 1915 — 9 novembre 1917). Avec 3 cartes hors texte. Charles Lavauzelle, Paris 1926, 442 S.

La grande guerre. Relation de l'État-Major Russe. Concentration des armées. Premières opérations en Prusse Orientale, en Galicie et en Pologne (1er août — 24 novembre 1914). Traduit du Russe par le Commandant Edouard Chapouilly. Avec 42 croquis dont 8 hors texte. Charles Lavauzelle, Paris 1926, 582 S.

Les carnets de Georges Louis. En deux volumes. F. Rieder, Paris 1926, 251 u. 266 S.

Rhodes, Thomas: „Kühlmann, wie er wirklich ist." Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926, 109 S.

Winnig, August: „Befreiung". Milavida Verlag, München 1926, 32 Seiten.

Die Ausführungen Winnigs haben an und für sich mit dem Problem der Kriegsschuldfrage nichts zu tun. Sie sind geschrieben von einem Politiker, der die Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft, aus der er selber hervorgegangen ist, für das wichtigste Problem der deutschen Zukunftsentwicklung hält. Winnig sieht die Ursachen der deutschen Einkreisung vor dem Kriege, so weit überhaupt von einer solchen gesprochen werden kann, in Deutschlands Übergang zum Industrialismus und in dem Wachstum seiner Volkszahl. „Die eigentliche Ursache des Krieges — schreibt Winnig — war der deutsche Arbeiter — dieser Arbeiter, der dem Kriege abgeneigt, der so durchaus friedlich war; dieser Arbeiter, der sich für die Völkerverbrüderung begeisterte, der dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen gönnte, der gegen Kriegsschiffe und Kolonien stimmte und bereit war, sich für die Erhaltung des Friedens totschlagen zu lassen. Dieser Arbeiter war da, war eine Masse von 20 Millionen, und er wollte leben. Für seines Lebens Notdurft arbeitete er. Alles oder vieles hätte man uns verziehen. Aber daß es 20 Millionen deutsche Arbeiter gab, und daß diese Arbeiter leben wollten, daß sie für ihre Lebensfristung arbeiteten und daß die Erzeugnisse ihrer Arbeit auf die Märkte der Welt drängten, das hat man uns nicht verziehen. Das war die eigentliche, die wirkliche deutsche Gefahr. Gegen diese Gefahr schloß sich die Welt zusammen. (S. 7.)

Winogradsky, Général: „La guerre sur le front oriental". En Russie, en Roumanie. Mis au point et commenté par le Général Malleterre. Charles Lavauzelle, Paris 1926, 380 S.

Bei der Schriftleitung eingegangen:

Appuhn, Charles: „La politique allemande pendant la guerre". Publications de la Société de l'Historie de la Guerre. Alfred Costes, Paris 1926, 131 S.

Appuhn ist Chef der deutschen Abteilung an der „Bibliothèque de la Guerre" in Paris. Das Kernstück seines Buches bildet eine Kritik der Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Friedensvermittlungsangebot des Papstes im Sommer 1917.

Bibliographie der Sozialwissenschaften. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926.

Deutschland und der Völkerbund. Herausgegeben von der Deutschen Liga für Völkerbund. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926, 216 S.

Ein Sammelband mit Aufsätzen der hervorragendsten Sachverständigen für die Arbeiten und Aufgaben des Völkerbundes.

Garfield, Wadsworth: „German Disarmament" The Reference Service on International Affairs of the American Library. Paris 1926, 23 S.

Jordan, Leo: „Die Kunst des begrifflichen Denkens". F. Bruckmann, München 1926, 156 S.

Les savants américains devant le probléme des origines de la guerre. Sidney B. Fay, Harry Elmer Barnes, Frédérick Bausman mettent en pleine lumière la responsabilité de M. Raymond Poincaré. Avec préface de M. Mathias Morhardt. Société d'études documentaires et critiques sur la guerre. Librairie du Travail, Paris 1926, 105 S.

Die „Société d'études documentaires et critiques sur la guerre", die älteste Gruppe der internationalen Kriegsschuldforschung, veröffentlicht ein schmales, aber inhaltreiches Bändchen zur Kriegsschuldfrage. Es enthält den Aufsatz über die Kriegsverantwortlichkeit, den Poincaré im Oktoberheft 1925 der amerikanischen „Foreign Affairs" geschrieben hat, sowie die Antworten, die er von amerikanischer Seite erhielt: von Professor Sidney B. Fay in der „New Republic" vom 14. Oktober 1925, von Professor Harry Elmer Barnes im Novemberheft 1925 unserer Zeitschrift und von Bausman im Januarheft der englischen „Foreign Affairs".

Das Vorwort hat Mathias Morhardt, der Präsident der Société, geschrieben. Seine Schlußworte lauten: „Das Werk, das in den Vereinigten Staaten die Herren Sidney B. Fay, Harry Elmer Barnes und Frédérick Bausman verfolgen, ist ungemein fruchtbar und segensreich. Sie arbeiten für die Wiederversöhnung der Welt, wie es unlängst, zu unserem bescheidenen Teil, die Société in einer sorgfältig gearbeiteten Studie über den Kriegsausbruch versucht hat. Die öffentliche Meinung in Frankreich, soweit sie sich ein gesundes Urteil bewahrt, wird ihnen für diese wertvolle geistige Arbeit dankbar sein."

Loebells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen. XLIII. Jahrgang. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute herausgegeben von v. Örtzen, Oberst a. D. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1926, 331 S.

Nagel, Charles: „The permanent court of international justice." Im Selbstverlag, 6. April 1926, o. J. o. O.

Oncken, Hermann: „Über das politische Motiv der „Sicherheit" in der europäischen Geschichte." Vortrag gehalten zur fünften Jahresfeier der deutschen Hochschule für Politik. Beilage zur Zeitschrift für Politik, Carl Heymanns Verlag, Berlin 1926, 16 S.

Schnee, Dr. Heinrich: „German Colonization. Past and Future." The truth about the German colonies. With introduction by William Harbutt Dawson. With 24 illustrations. George Allen and Unwin, Ltd., London 1926, 176 S.

The Mosul Question: by V. F. M. Published by The Reference Service on International Affairs of the American Library in Paris. Paris 1926, 44 S.

Unsere Zeitschrift

„Die Kriegsschuldfrage"

Berliner Monatshefte

für internationale Aufklärung

liegt während der Sommermonate in nachstehenden Badeorten aus:

Baden-Baden	Reinerz
Braunlage	Salzig a. Rh.
Büsum	Salzuflen
Driburg (Westfalen)	Salzungen
Bad Eilsen	Sassnitz (Rügen)
Bad Flinsberg	Schreiberhau
Freudenstadt	Segeberg (Holstein)
Garmisch	Bad Soden
Godesberg a. Rh.	Todtmoos
Bad Neundorf	Wiesbaden
Norderney	Wildbad
Reichenhall	Wildungen

---

46. Jahrgang

Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik
mit Unterhaltungsblatt für die Gebildeten aller Stände.

Herausgeber:
D. Bruno Doehring und Heinrich Rippler.

Bezugspreis monatlich:

Ausgabe	A	(täglich	1×)	durch	die	Post	einschl.	Bestellgeld	RM. 3.36
„	B	(„	2×)	„	„	„	„	„	3.72
„	B	(„	2×)	durch	Boten	in	Groß-Berlin	..... „	3.—

Als **maßgebende** und **einflußreiche politische Tageszeitung** im **ganzen Deutschen Reiche** und im **Auslande** anerkannt und stark verbreitet

Hervorragende politische Mitarbeiter!

Unabhängig von allen Parteien und Interessengruppen

Ausführliche und wertvolle
täglich zweimalige Handelsbeilage:
„Wirtschaft und Börse“

Probenummern durch die
Geschäftsstelle der „Täglichen Rundschau“
Berlin W 57, Bülowstraße 66
Fernsprecher: Nollendorf 8120—8123
Drahtanschrift: Rundschaudienst

PORZELLANFABRIK

PH. ROSENTHAL & Co. A.G.

BERLIN W. 9.

BELLEVUESTR. 10.
TAUENTZIENSTR. 19.

H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren
Silberausstattungen

gegründet 1767

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

Wer sein Haar nicht färben,

das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden“

à Flasche **3,75 Mark** (blond, braun, schwarz). **Nur** zu haben be

Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute

Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Deutsche
lesen die
Deutsche
Zeitung
·Berlin·S·W·11·

DIE
DRUCKEREI
FÜR
QUALITÄTSARBEITEN
EIN- UND MEHRFARBENDRUCKE FÜR
HANDEL • INDUSTRIE • GEWERBE

GEGR. 1889
PAUL LEHSTEN
BUCHDRUCKEREI GUTENBERG
HOFBUCHDRUCKER WEILAND IHRER MAJESTÄT DER KAISERIN
Charlottenburg I Berliner Straße 119
FERNRUF: WILHELM 180 u. 9852
ABENDRUF: WILH. 3206

Fritz Worbs
Charlottenburg 2
Grolmanstraße 56
Tel. Steinpl. 2255

Antiquitäten
Ankauf ⁞⁞ Verkauf

Sämtliche Erzeugnisse der staatl. Porzellanmanufaktur
(früher Königl. Berlin)

Preußische
Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft
Setzmaschinen
Stereotypie
Berlin SW 48
Wilhelmstraße 32
Fernspr.: Hasenheide 5981-98
Rotationsdruck
Flachdruck
empfiehlt sich zur preiswerten Anfertigung sämtlicher Drucksachen u. Massenauflagen
Zeitschriften • Werke • Zeitungen

Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung

* Gegründet 1848 *

Die „Kreuzzeitung", ein führendes politisches Organ, dessen Äußerungen von den Gegnern genau so beachtet werden wie von den Freunden, betrachtet es als Aufgabe, ihre ganze politische Bedeutung einzusetzen für den Kampf um die Befreiung unseres Vaterlandes. Voran steht ihr hierbei die Bekämpfung der Kriegsschuldlüge, auf der der Vertrag von Versailles aufgebaut ist. Bei aller Pflege idealer Gesinnungen und Anschauungen hat die „Kreuzzeitung" nicht unterlassen, sich auch als Zeitung den Forderungen der neuen Zeit anzupassen. Sie ist nicht nur auf dem Gebiete der Politik, sondern auch auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens und der Unterhaltung, sowie auch in volkswirtschaftlicher Beziehung so ausgestaltet, daß jeder Leser in ihr alles Wissenswerte und Notwendige findet. Insbesondere bietet sie regelmäßig Übersichten über die innere und äußere Politik, wie über die wirtschaftliche Lage. Vermöge ihrer Verbreitung in den Kreisen des Grundbesitzes, der Großindustrie, des Beamtentums, der Offiziere usw. ist die „Kreuzzeitung" auch für Anzeigen vortrefflich geeignet. Sie erscheint täglich zweimal, abgesehen von den durch die Sonn- und Feiertage gebotenen Ausnahmen. Alle Postanstalten, in Berlin auch die bekannten Zeitungsspediteure, nehmen Bestellungen entgegen.

*

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Dessauer Str. 6

Grünfeld

Leinen-Wäsche-Ausstattungen

Die Hauptpreisliste

Nr. 248 P über Wäsche jeder Art (mit 2000 Abbildungen) wird auf Wunsch zugesandt.

★

Das Brautausstattungs-

Verzeichnis Nr. 247 H, mit vielen Aufstellungen, wird auf Wunsch zugesandt.

★

Die Erstlingswäsche-

Preisliste Nr. 245 M, mit zahlreichen Abbildungen, wird auf Wunsch zugesandt.

★

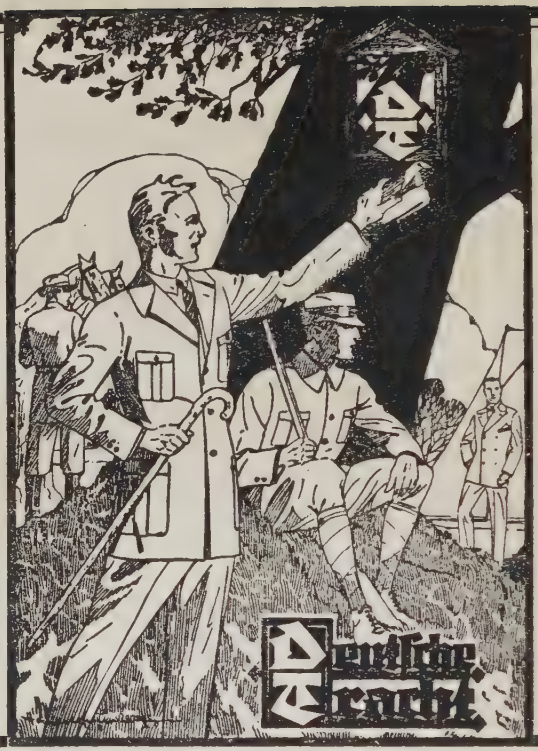
Landeshuter Leinen- und Gebildweberei

F. V. Grünfeld

Größtes Sonderhaus für Leinen u. Wäsche

Berlin W 8
Leipziger Str. 20–22

Zweigniederlassung: Köln, Krebsgasse :: Fabrik: Landeshut (Schlesien)



Was liefert die „Deutsche Tracht“?

Deutsche Tracht (Rock, Weste, lange oder kurze Hose) siehe Abb. . **Mk. 66**
Deutsches Wams (bisherige Qualität) siehe Abbildung . . . . . **Mk. 85**
Deutsches Wams (aus bestem Kammgarn, neue Qualität) siehe Abb. **Mk. 96**
Deutsche Hansa Dunkelblauer, zweireihiger Sacco-Anzug (nur mit langer Hose) aus Spezialkammgarn . . . . . **Mk. 92**
Deutscher Trachtmantel Gabardine, Rückenfalte mit Gurt, zweireihig . . . . . **Mk. 96**

Erleichterte Zahlungsbedingungen Versand in ganz Deutschland

Stoffproben, Maßanleitung und Druckschriften werden gern kostenlos übersandt.

Deutsche Tracht gemeinnützige G. m. b. H.
Berlin NW 6, Luisenstraße 38

Verkaufsstellen:

Berlin NW 6, Luisenstr. 38
Eingang Marienstraße 1
Essen, Bahnhofstraße 83
Flensburg, Holm 57
Kiel,
Brunswicker Str. 13-15
Lübeck, Handelshof
Magdeburg,
Gr. Diesdorfer Str. 227
München,
Reichenbachstraße 18

Verlag: Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Für den Anzeigenteil: Erich M. J. Beele, Charlottenburg 1.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.